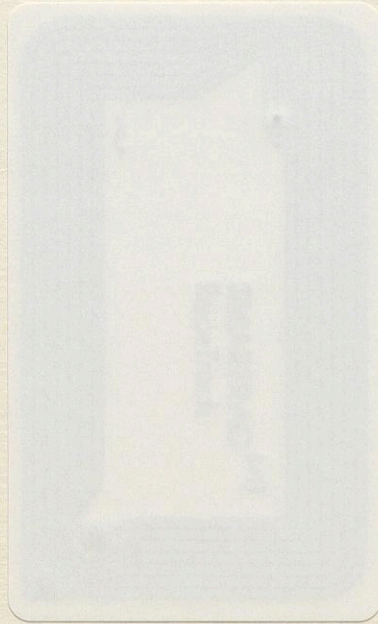




530352611 021



Universität Tübingen



IN DER KRISE

Was hält Europa noch zusammen?

Solidarität auf dem Prüfstand

Besinnung auf christliche Werte

Stimmen aus Polen, Tschechien,
der Ukraine und Ungarn

2A 9873

Impressum

Herausgeber: Renovabis, Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa, Dr. Gerhard Albert, Geschäftsführer, Kardinal-Döpfner-Haus, Domberg 27, D-85354 Freising, Tel.: 08161 / 5309-0, Fax: 08161 / 5309-11

info@renovabis.de · www.renovabis.de
und

Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Stefan Vesper, Generalsekretär, Hochkreuzallee 246, D-53175 Bonn, Tel.: 0228 / 38297-0, Fax: 0228 / 38297-44
info@zdk.de · www.zdk.de

Redaktion: Prof. Dr. Michael Albus, Mainz (verantwortlich) · Prof. Dr. Thomas Bremer, Münster · Burkhard Haneke, Freising · Dr. Matthias Kneip, Regensburg · Dr. Christof Dahm, Freising (Redakteur vom Dienst).

Anschrift: Redaktion „OST-WEST. Europäische Perspektiven“, Renovabis, Domberg 27, D-85354 Freising
Tel.: 08161 / 5309-70, Fax: 08161 / 5309-44
owep@renovabis.de · www.owep.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung bzw. die Ansicht der Autorin/des Autors wieder und stimmen nicht unbedingt oder in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion überein.

Erscheinungsweise: 4 x im Jahr, jeweils Mitte Februar, Mai, August und November.

Bezugspreis: Einzelheft 6,50 €
Jahresabonnement 19,80 €
(jeweils zzgl. Versandkosten).

Bezugsbedingungen: Bestellungen sind an den Verlag zu richten. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn bis 15. November keine schriftliche Abbestellung erfolgt.

Verlag und Anzeigenverwaltung:
Verlag Friedrich Pustet
Gutenbergstraße 8, D-93051 Regensburg
Tel. 0941 / 92022-0 · Fax 0941/92022-330
verlag@pustet.de · www.verlag-pustet.de

ISSN 1439-2089

Inhaltsverzeichnis

Die Vorlagen für die Collage auf der Umschlagvorderseite stammen aus dem Renovabis-Archiv und aus frei zugänglichen Quellen im Internet, die Daniela Schulz zusammengestellt hat. – Gesamtgestaltung: Martin Veicht.

Thomas Bremer

Was ist das eigentlich: Europa? 2

Michael Kuhn

Europa, die Krisen und die Kirche 13

Elizabeta Kitanović

Europa in der Krise: Menschenrechte und Werte schützen 21

Stephanie Dietrich

Die Flüchtlingskrise als Chance und Herausforderung für den Zusammenhalt Europas 30

Frido Pflüger SJ

Abschottungspolitik: weltfremd und gescheitert . . 37

Bára Procházková

Die Tschechen sind als Europaskeptiker bekannt. Warum eigentlich? 44

Stefan Garsztecki

Polen und Europa: nur eine Zweckgemeinschaft? . 52

Serhij Zhadan

Die Ukraine und Europa: die Unausweichlichkeit einer gemeinsamen Existenz 60

Interviews

Der Weg Ungarns in der aktuellen Krise. Ein Gespräch mit Erzabt Imre Asztrik Várszegi OSB . . . 66

Europäische Erfahrungen in Taizé: Der Mentalität des Sich-Abgrenzens entgegenwirken. Ein Gespräch mit Frère Alois. 69

Dokumente

Peter Frey: Europa und die Flüchtlingskrise 73

Karl Kardinal Lehmann: Epochenschwelle? 77

Bücher und weitere Medien 78



ZA 9873

OST-WEST. Europäische Perspektiven

Jahres-Inhaltsverzeichnis

17. Jahrgang 2016

Schwerpunkte

- Heft 1: Was hält Europa noch zusammen?
 Heft 2: Glaube, Zweifel, Gleichgültigkeit?
 Heft 3: Polen in Europa
 Heft 4: Migration – selbst gewählt und fremd bestimmt

Hauptartikel

- Enika Abazi*
 Albaniens Weg zur Religiosität: Glaube im Wandel 136 - 142
- Dieter Bingen*
 Polens aktuelle Rolle im europäischen Kontext aus deutscher Perspektive 185 - 192
- Thomas Bremer*
 Was ist das eigentlich: Europa? 2 - 12
- Stephanie Dietrich*
 Die Flüchtlingskrise als Chance und Herausforderung für den Zusammenhalt Europas 30 - 36
- Nikola Erceg*
 Als Student aus dem kriegsgeprüften Bosnien und Herzegowina nach Serbien 276 - 281
- Maria Christina Färber und Monika Kleck*
 Abgeschoben, enturzelt, abgekoppelt – Rückführung von Albanern aus Deutschland ins Nichts 282 - 290
- Reinhard Feiter*
 Einen Platz finden in der Welt – und nicht zum Feind werden 299 - 310
- Alexander Filonenko*
 Jugend in der Ukraine: Der Weg des Glaubens und die „Revolution der Würde“ 115 - 122
- Jarosław Flis*
 Konfliktlinien in der polnischen Gesellschaft 178 - 184
- Stefan Garsztecki*
 Polen und Europa: nur eine Zweckgemeinschaft? 52 - 59

<i>Inga Gevorkyan</i>	
Aus Armenien nach Russland	268 - 275
<i>Martina Gille</i>	
Jugendliche in Deutschland und ihr Verhältnis zu Religion und religiöser Praxis	90 - 97
<i>Alois Glück</i>	
Globale Umbrüche, Flucht und Migration als europäische Herausforderungen	311 - 316
<i>Galina Goncharova und Teodora Karamelska</i>	
Jugend in Bulgarien: wirtschaftliche Sackgassen und religiöse Wahlmöglichkeiten	123 - 128
<i>Agnieszka Hreczuk</i>	
Eine verlorene Generation?	
Drei Porträts von jungen Menschen aus Polen	218 - 224
<i>Teodora Karamelska und Galina Goncharova</i>	
Jugend in Bulgarien: wirtschaftliche Sackgassen und religiöse Wahlmöglichkeiten	123 - 128
<i>Elizabeta Kitanović</i>	
Europa in der Krise: Menschenrechte und Werte schützen	21 - 29
<i>Monika Kleck und Maria Christina Färber</i>	
Abgeschoben, entwurzelt, abgekoppelt – Rückführung von Albanern aus Deutschland ins Nichts	282 - 290
<i>Piotr Kosiewski</i>	
„Kunst muss in gute und schlechte unterschieden werden.“	
Kultur im Dienste des Staates	209 - 217
<i>Michael Kuhn</i>	
Europa, die Krisen und die Kirche	13 - 20
<i>Irena Lipowicz</i>	
Polen heute – Gedanken über ein Land im Aufruhr	193 - 199
<i>Peter Oliver Loew</i>	
Flagge zeigen! Polen in Europa – eine Geschichte inniger Verbundenheit	162 - 169
<i>Olaf Müller</i>	
Renaissance des Religiösen? Die Religiosität junger Erwachsener in Russland im intergenerationalen Vergleich	107 - 114
<i>Michal Němeček</i>	
Junge Menschen in der Tschechischen Republik: ihre Hoffnungen, ihr Glaube, ihre Zweifel	129 - 135

<i>Rupert Neudeck †</i>	
Flüchtling sein. Die Stunde der Frauen	291 - 298
<i>Zbigniew Nosowski</i>	
Ein neues Bündnis zwischen Thron und Altar?	
Der polnische Katholizismus und die Versuchung der Politisierung	170 - 177
<i>Krunoslav Novak</i>	
Jugend in Kroatien: Religiosität, Herausforderungen, Probleme	143 - 149
<i>Frido Pflüger SJ</i>	
Abschottungspolitik: weltfremd und gescheitert	37 - 43
<i>Bára Procházková</i>	
Die Tschechen sind als Europaskeptiker bekannt. Warum eigentlich?	44 - 51
<i>Clauß Peter Sajak</i>	
Zwischen Unglaube, „Reli light“ und „echter“ Migranten- religion. Erkenntnisse aus der empirischen Jugendforschung zur Religion Jugendlicher in Deutschland	82 - 89
<i>Barbara Törnquist-Plewa</i>	
„Was zum Teufel scheren dich Polens Affären?“ – Polen aus schwedischer Perspektive	200 - 208
<i>Marcin Wiatr</i>	
Blickwinkel verändern oder einmal hin und zurück ...	243 - 251
<i>Anna Wishiwanjuk</i>	
Ukrainischer Alltag in Moskau	261 - 267
<i>Irena Wiśniowska</i>	
Aus der Ukraine über Russland nach Polen	252 - 260
<i>Marek Zając</i>	
Eine Generation sucht neue Wege. Jugend und Religion in Polen	98 - 106
<i>Serhij Zhadan</i>	
Die Ukraine und Europa: die Unausweichlichkeit einer gemeinsamen Existenz	60 - 65

Bericht

Vilte Žukaite und Klaus Baumann

Die Caritas in Litauen – aktiv gegen Armut und
soziale Ausgrenzung

231 - 237

Buchauszug

Elizabeth Fleckenstein und Michael Albus

Schicksale, authentische Zeugnisse

317 - 319

Dokumente

Peter Frey: Europa und die Flüchtlingskrise

73 - 76

Karl Kardinal Lehmann: Epochenschwelle?

77

XXXI. Weltjugendtag: Auszug aus der Ansprache von
Papst Franziskus bei der Begegnung mit den Vertretern
der Regierung und des öffentlichen Lebens und mit dem
Diplomatischen Korps (Krakau, 27. Juli 2016)

238

Interviews

Europäische Erfahrungen in Taizé: Der Mentalität des Sich-
Abgrenzens entgegenwirken. Ein Gespräch mit Frère Alois

69 - 72

„Vielleicht trauen wir unseren jungen Menschen viel zu spät
Verantwortung zu.“ Ein Gespräch mit Prof. Dr. Thomas
Sternberg

157 - 159

Der Weg Ungarns in der aktuellen Krise.

Ein Gespräch mit Erzabt Imre Asztrik Várszegi OSB

66 - 68

Porträt

Jarosław Kaczyński (*Georges Mink*)

225 - 230

Testimonials

Junge Menschen aus sechs Ländern äußern sich
zu Religion, Glaube und Kirche

150 - 156

Bücher und weitere Medien

78

Editorial

In diesen Wochen und Monaten steht Europa vor so vielen und mannigfachen Problemen, wie es wohl seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr der Fall war: Die Wirtschafts- und Währungskrise hat Griechenland, aber auch einige andere Staaten in eine Schieflage gebracht und die Frage nach der innereuropäischen Solidarität neu gestellt. Nationalistische und populistische Parteien sind in Ungarn und Polen an die Macht gekommen, in anderen Ländern wie Frankreich oder Österreich sind sie ein nicht mehr zu übersehender politischer Faktor. Die Flüchtlingskrise schließlich hat diametral unterschiedliche Sichtweisen innerhalb der Gemeinschaft, aber auch innerhalb der einzelnen Staaten deutlich gemacht. Nicht nur, dass keine Lösung für diese Einzelprobleme abzusehen ist; in den europäischen Strukturen herrscht auch kein Konsens darüber, wo eine solche zu suchen sein müsste.

Wir versuchen in diesem Heft, einige wichtige Aspekte der Problematik aufzugreifen. Dabei spielen die aktuellen Probleme eine Rolle, aber auch grundsätzliche Fragen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auch auf der Rolle der Kirchen, einzelner kirchlicher Organisationen ebenso wie kirchlicher Zusammenschlüsse. So wollen wir ein Spektrum von Fragestellungen aufgreifen, die die europäischen Bürgerinnen und Bürger (und damit auch unsere Leserinnen und Leser) heute beschäftigen – aber wir wollen auch versuchen, mögliche Antworten auf diese Herausforderungen aufzuzeigen.

„Europa“ ist ein Projekt, an dem immer weiter gearbeitet werden muss. Manchmal wirkt die Baustelle wie kurz vor der Fertigstellung, manchmal lassen sich die Strukturen kaum erkennen. Doch dass es sich lohnt, an dem Bau mitzuarbeiten, und dass es letzten Endes keine Alternative zu diesem gemeinsam zu erstellenden Bauwerk gibt, davon ist die Redaktion überzeugt. Die Beiträge dieses Heftes sollen den Leserinnen und Lesern diese Überzeugung nahebringen.

Die Redaktion

Was ist das eigentlich: Europa?

Prof. Dr. Thomas Bremer unterrichtet Ökumenik, Ostkirchenkunde und Friedensforschung an der Universität Münster und ist Mitglied der Redaktion dieser Zeitschrift.

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass es nie eine feste Vorstellung davon gegeben hat, was „Europa“ eigentlich ist. Auch die Idee, Europa durch bestimmte Werte definieren zu wollen, muss in die Irre gehen, da auch Werte und Normen Veränderungen unterworfen sind. Wichtig für den Zusammenhalt Europas ist daher, dass es einen gewissen Grundkonsens gibt, der tiefe Wurzeln im Christentum hat, der aber im Diskurs je neu diskutiert und bestimmt werden muss.

Es gibt wohl kaum einen geografischen Begriff, der so eindeutig verwendet wird und zugleich so unklar ist wie der Name „Europa“. Während es für die einen die Bezeichnung eines Kontinents ist, setzen es andere mit der Europäischen Union gleich. Wieder andere verbinden mit „Europa“ ein System von kulturellen Traditionen und Werten, das sich von denen anderer Regionen der Erde unterscheidet. Und nicht wenige Menschen sehen in Europa schlicht Wohlstand und die Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben, das besser ist als das, welches sie in ihrem Heimatland führen – die aktuellen Migrationsbewegungen zeigen das sehr deutlich. Doch obwohl sich so viele Erwartungen mit dem Begriff verbinden, ist nicht deutlich, was er umfasst.

Die Europa-Wahrnehmung der Antike

Blickt man in die Geschichte, so ist zu erkennen, dass Europa keinesfalls immer als Kontinent gedacht wurde, wie wir ihn heute mit den anderen Erdteilen aufzählen. In der Antike, aus der der Name stammt, war das Mittelmeerbecken der zentrale Wahrnehmungsraum; hier ist „Europa“ mehr oder weniger der Name für die nördliche Küste, so wie „Asia“ die Ostküste benennt und „Africa“ die südliche. Niemand wäre auf die Idee

gekommen, mit diesen Namen ganze Kontinente zu verbinden, und vor allem hat niemand das Mittelmeer als einen Raum gesehen, der Kontinente voneinander getrennt hat – vielmehr hat es die verschiedenen Küsten miteinander verbunden. Europa endete an den Alpen, Afrika an der Sahara. Die jeweils dahinter liegenden Teile wurden wenig beachtet und jedenfalls nicht als mit dem Erdteil zusammengehörend gedacht. Diese Wahrnehmung hat sich völlig umgedreht – wir halten heute Norweger ebenso für Europäer wie Sizilianer, während wir davon ausgehen, dass Tunesier, die keine 200 Kilometer von Sizilien entfernt leben, Afrikaner sind, ebenso wie etwa Senegalesen. Und heute würde wohl niemand mit dem Begriff „Asiaten“ Menschen aus Syrien, dem Libanon oder Jordanien assoziieren; wir denken dabei an Inder, Chinesen oder Japaner.

In der Antike bildeten die Länder rund um das Mittelmeer einen zusammenhängenden Kulturraum.

Die gegenwärtige Flüchtlingskrise zeigt uns, wie mächtig die Bedeutung des Mittelmeers als einer Verbindung heute noch ist: Für die vielen Menschen, die ihr Leben aufs Spiel setzen, um nach Europa zu gelangen, ist das Mittelmeer nicht so sehr die Trennung zwischen den anderen Kontinenten und Europa, sondern es ist vor allem die Brücke, die den Übergang in die Region politischer Stabilität ermöglicht. Dass es sich dabei um eine höchst gefährliche Brücke handelt, ändert nichts daran.

Wann hat sich der Übergang zu einer anderen Sicht von Europa vollzogen, in der dieser Name für einen Kontinent steht, der sich von Afrika und Asien so deutlich unterscheidet? Eine wichtige Entwicklung lässt sich im 9. Jahrhundert sehen. Ohne es ausdrücklich zu reflektieren, vollzog die westliche Christenheit damals einen bedeutsamen Schritt, der die Wahrnehmung des Raumes für viele Jahrhunderte entscheidend verändern sollte. Vorausgegangen war der Verlust großer christlich besiedelter Gebiete im Süden und Südosten des Mittelmeerraumes an die muslimischen Araber. Die spätantike Vorstellung, dass dieses Meer und seine Küsten christlich geprägt seien und es bleiben würden, stimmte nun nicht mehr, auch wenn die Konversion der dort lebenden Christen nur sehr langsam vor sich ging. Bislang war das politische Zentrum des Christentums das Oströmische („Byzantinische“) Reich, dessen Kaiser seinen Sitz in Konstantinopel hatte. Er betrachtete sich als Schutzherr des rechten Glaubens nicht nur innerhalb seines Reiches, sondern darüber hinaus auch für die Christenheit ganz generell, den lateinischen Westen eingeschlossen.

In einer Krise im 8. Jahrhundert, die durch theologische Auseinandersetzungen um die Bilderverehrung in Konstantinopel sowie durch Streitigkeiten um Steuereinnahmen und um Gebietsvorrechte zwischen dem Papst und dem byzantinischen Kaiser ausgelöst worden war, mussten die Päpste erkennen, dass sie sich auf die byzantinischen Kaiser nicht mehr verlassen konnten. Die wichtigen und mächtigen Kaiser zu Beginn des 8. Jahrhunderts, Leo III. und Konstantin V., waren bereit, Reichsinteressen über die des römischen Bischofs zu stellen und sogar mit Gewalt gegen Rom vorzugehen. Auch wenn die geplante Militäraktion erfolglos blieb, war das doch ein deutliches Alarmzeichen für die Päpste.

Gleichzeitig mit diesem Prozess einer Entfremdung zwischen den beiden bislang wichtigsten Zentren der frühmittelalterlichen Welt war es nördlich der Alpen, also in unseren Regionen, nach den Unruhen der Völkerwanderungen zu einer allmählichen politischen Konsolidierung gekommen. Hierzu hatten die Franken erheblich beigetragen, die, christlich geworden, nach und nach zum wichtigsten militärischen Akteur in Mitteleuropa geworden waren. Es war also auch machtpolitisch für die römischen Bischöfe empfehlenswert, sich mit ihnen gut zu stellen. So kam es zu einem Bündnis, das in der Krönung von König Karl zum Kaiser an Weihnachten 800 in Rom seinen Höhepunkt fand. Aus der byzantinischen Perspektive war das ein unsinniger und usurpatorischer Akt, da es ja schon ein Kaisertum gab, nämlich das von Konstantinopel, und ein anderes, konkurrierendes schlechthin undenkbar war. Manche orthodoxe Historiker haben sogar in diesem Akt der Kaiserkrönung die eigentliche Trennung zwischen dem griechischen Osten und dem lateinischen Westen gesehen.

Tatsächlich legten die Franken ein großes Selbstbewusstsein an den Tag, das von der Überzeugung getragen war, den christlichen Glauben und seine Repräsentanten, allen voran den Papst, schützen zu müssen. In den nächsten Jahrhunderten führte diese Überzeugung zu einem engen Bündnis zwischen dem westlichen Kaiserreich, das auch die Trennung des Frankenreichs überstand, und den römischen Bischöfen – eine Beziehung, die nicht ohne Konflikte blieb, die jedoch die europäischen Verhältnisse auf lange Zeit prägten. Zugleich wurde der bisherige Kaiser, der von Konstantinopel, in diesem „Europa“ immer mehr vergessen. Die Kenntnisse des Griechischen gingen stark zurück (wie auch die des Lateinischen in Konstantinopel), sodass man sich kaum noch verständigen konnte. Die Kreuzzüge, die westliche Heere in den östlichen Mittelmeerraum brachten, ignorierten das östliche Christentum und seine Tra-

ditionen, und als außer Kontrolle geratene Kreuzfahrer 1204 Konstantinopel eroberten und plünderten, war der Bruch zwischen diesen beiden Zweigen des Christentums schon endgültig.

Die europäische Zivilisation

So entstand also auf unserem Kontinent ein Bewusstsein von einer christlichen, von der lateinischen Kultur geprägten Zivilisation – ein Europa der *latinitas*. Eine Reihe von Faktoren trug dazu bei, dass diese Zivilisation großen Einfluss erlangte: Die geografische Lage führte dazu, dass Bedrohungen nur von Süden oder von Osten kommen konnten – die große militärische Stärke sorgte jedoch dafür, dass solche Bedrohungen in Schach gehalten und schließlich abgewehrt werden konnten. Die technische Entwicklung führte nicht nur zu Fortschritten auf vielen Gebieten und der Vervollkommenung mancher Fähigkeiten, sondern damit auch zur Überlegenheit gegenüber anderen. Die geografische und politische Kleinteiligkeit des Kontinents ließ lokale und regionale Sonderentwicklungen zu, solange die grundsätzliche Solidarität der christlichen Gemeinschaft nicht in Frage gestellt wurde. Durch die Aneignung von antikem Gedankengut (das zu einem wichtigen Teil durch arabisches Gelehrte vermittelt worden war) kam es zu einer kulturellen Hochblüte.

Das religiös geeinte Europa schloss sich aber auch gegenüber allem, was anders war, ab. Vor allem der Osten wurde als fremd und oft feindlich angesehen, sei es in Gestalt des „heidnischen“ Islam, sei es als die „schismatische“ Orthodoxie. Das hinderte aber nicht daran, mit beiden in rege Handelsbeziehungen einzutreten und sich die Vorteile der Situation zunutze zu machen. Doch auch in Europa selbst gab es religiöses Anderssein. Zunächst ist hier an die Juden zu denken, die von Christen und christlichen Staaten über viele Jahrhunderte mit blutiger Verfolgung überzogen wurden. Antijudaismus und Antisemitismus, die im vergangenen Jahrhundert mit dem Versuch der systematischen Vernichtung des Judentums ihren Höhepunkt gefunden haben, gehören ebenfalls zum europäischen Erbe; sie lassen sich nicht einfach wegdefinieren oder übergehen. Daneben gab es aber auch im westlichen Christentum verschiedene Versuche, die eigene Religion

Das durch den katholischen Glauben geeinte Europa schloss sich sowohl gegenüber dem „heidnischen“ Islam als auch gegenüber der „schismatischen“ Orthodoxie ab.

anders zu verstehen oder anders zu leben. Die meisten dieser Bewegungen wurden zu Ketzern erklärt und ebenfalls blutig unterdrückt (Katharer, Hussiten u.a.), andere gelang es erfolgreich in die Kirche zu integrieren (etwa die Bewegung des Franz von Assisi). Erst mit der Reformation im frühen 16. Jahrhundert kam es zu einer religiösen Spaltung von Belang, die weitreichende historische Folgen für Europa haben sollte.

Vorher jedoch war das Zeitalter der „Entdeckungen“ angebrochen. Die europäischen Nationen expandierten erstmals gezielt und in großem Maße; vorher hatte es zwar auch einzelne Entdeckungsreisende gegeben, aber die von ihnen entdeckten Gebiete waren bei den Staaten Europas nicht auf großes Interesse gestoßen. Jetzt aber fingen die europäischen Nationen an, diese Gebiete für sich als Kolonien zu beanspruchen: Sie schlugen sie ihrem Staatsgebiet zu und nahmen sich das Recht heraus, ihre Ressourcen auszubeuten. Die Bevölkerung wurde christianisiert, nicht selten unter der Anwendung von Gewalt, und ihr wurden sämtliche Rechte entzogen; in der Regel wurden sie als minderwertig betrachtet und häufig versklavt.

Der Kolonialismus hat in der europäischen Geschichte und Wirklichkeit ein schwieriges Erbe hinterlassen, das sich in vielfacher Form bis heute bemerkbar macht. Doch ungeachtet dessen ist der Kolonialismus, die Ausbeutung weit entfernt liegender Kolonien und die missachtende Behandlung ihrer Menschen, ebenfalls ein Teil der europäischen Tradition. Sie lässt sich nicht einfach wegdenken; vielmehr ist es die Aufgabe der heutigen Europäer, mit diesem Erbe verantwortungsvoll umzugehen. Dazu gehört auch das Phänomen der Sklaverei. Es hat sie bereits in der Antike gegeben, und die verschiedenen Formen von Leibeigenschaft und Schuldknechtschaft wurden in Europa nach und nach abgeschafft. Doch haben sich Europäer als Sklavenhändler und als Sklavenhalter in den Überseegebieten schändlich hervorgetan. Mit dem europäischen Bewusstsein ging die Vorstellung von einer Überlegenheit einher, die nicht selten mit dem christlichen Glauben korrelierte.

Neben den christlichen Einflüssen gab es auch weiterhin immer solche von anderen Religionen. Die überlebenden Juden haben vor allem entscheidend zu den Aufklärungsprozessen beigetragen, die Europa in intellektueller Hinsicht stark geprägt haben. Vorstellungen von Toleranz und religiöser Anerkennung gehen auf diese Denker zurück, die damit der geistigen Entwicklung des Kontinents entscheidende Impulse verliehen haben.

Ehrlicherweise muss man auch die Agnostiker und die Atheisten zum Erbe Europas zählen. In polemischer Auseinandersetzung mit den vorherrschenden religiösen Anschauungen sind europäische Philosophen zu der Überzeugung gelangt, dass es Gott nicht gibt oder dass seine mögliche Existenz für die Menschen keine Bedeutung hat. Der Nichtglaube ist ein europäisches Produkt, das – in Form philosophischer Anschauungen oder vulgarisiert als der Atheismus der kommunistischen Regimes – zu einem Exportartikel geworden ist, der die Weltgeschichte nachhaltig beeinflusst hat. Auch wenn die Entwicklung von Religiosität in unserer Zeit unter den Religionssoziologen umstritten ist, so ist doch in Mittel-, Nord- und Westeuropa der Grad an Kirchlichkeit so niedrig wie sonst nirgends auf der Welt. Ob das eine Folge der Modernisierung ist oder durch andere Faktoren erklärt werden kann, muss dahingestellt bleiben.

Schließlich sei noch darauf verwiesen, dass der europäische Kontinent wie kein anderer in der Geschichte die ihm zugrunde liegenden Ideen verbreiten wollte und auch erfolgreich verbreitet hat. Der Kolonialismus wurde schon genannt; über die Ausbeutung von Ländern und Menschen hinaus hat man jedoch auch versucht, ein kulturelles, zumeist religiös konnotiertes Modell zu verbreiten, das man für die richtige Art zu leben hielt. Dazu gehören konkrete Erscheinungsformen, die in den ehemaligen Kolonialstaaten oft bis heute noch sichtbar sind. Dazu gehört aber auch die Idee, aus Europa stammenden Werten wie etwa den Menschenrechten weltweit Geltung zu verschaffen. Allerdings ist dazu zu ergänzen, dass hierbei seit dem 20. Jahrhundert die (ursprünglich natürlich auch europäisch geprägten) Vereinigten Staaten ebenfalls eine wichtige Rolle gespielt haben.

All diese Dinge also sind zu beachten, wenn wir über das Erbe Europas sprechen. Es ist sehr stark durch die christlichen Traditionen geprägt, aber eben auch von anderen, den christlichen Ideen und Lehren zum Teil sogar zuwiderlaufenden Vorstellungen. Auch die freiheitlichen und emanzipatorischen Vorstellungen, auf die Europa mit Recht stolz sein kann, mussten sich teilweise erst im Gegensatz zu und in Abgrenzung von kirchlichen Positionen entwickeln. Das entbehrt nicht einer gewissen Absurdität: Die christlich-jüdische Tradition von der Gottesebenbildlichkeit des Menschen hat entscheidend dazu beigetragen, dass sich

Europa ist zwar sehr stark durch die christlichen Traditionen geprägt, aber auch von anderen Vorstellungen, die den christlichen Ideen und Lehren zum Teil sogar zuwider laufen.

moderne Ideen über die Würde und die Rechte des Menschen entwickeln, doch mussten diese sich zuerst und nicht ohne Mühe gegen den Widerstand des verfassten Christentums durchsetzen. In einem lange dauernden und oft schmerzhaften Prozess haben sich die christlichen Kirchen dann diese Errungenschaften angeeignet und nach und nach auch erkannt, dass sie zu ihrem eigenen Erbe gehören.

Was ist Europa heute?

Die bisher dargestellten Punkte helfen uns dabei zu verstehen, wie in der Geschichte „Europa“ gesehen wurde und was seine zentralen Elemente sind. Aber sie können keine Kriterien zur Bestimmung eines heutigen Verständnisses sein. All diese Dimensionen, auch die religiösen, haben eine wichtige historische Bedeutung; sie lassen uns verstehen, warum wir heute in der Verfassung sind, in der wir uns befinden, aber sie sind nicht normativ. Es ist also zu überlegen, was denn Europa heute ausmachen kann.

Dabei ist klar, dass es sich nicht um eine geografische Definition handeln kann. Dass der Versuch, den Kontinent durch seine physischen Grenzen zu bestimmen, nicht funktionieren kann, hat schon der Blick in die Geschichte gezeigt, wo das Mittelmeer lange Zeit nicht als Südgrenze des Kontinents, sondern als Verbindung zwischen den Küsten verstanden wurde. Doch auch im Norden und Westen ist es nicht viel besser: Ist Island ein Teil Europas? Grönland gehört geologisch zu Nordamerika, politisch aber über seine Verbindung mit Dänemark zum Kontinent – aber lässt sich die größte Insel der Welt tatsächlich als Teil Europas ansehen? Am schwierigsten ist die Abgrenzung Europas jedoch gegen Osten: Keine der traditionell angegebenen Ostgrenzen Europas ist überzeugend. Der Bosphorus trennt Istanbul in zwei Teile – aber es handelt sich um *eine* Stadt, nicht etwa um eine halbe europäische und eine halbe asiatische Stadt. Die Zugehörigkeit von Schwarzem Meer und Kaukasus lassen sich ebenso geografisch nicht bestimmen, und der Ural, der gemeinhin als die Ostgrenze Europas angegeben wird, ist zu dieser Funktion vor allem deswegen gekommen, weil er sich fast gerade von Nord nach Süd erstreckt – tatsächlich ist er aber kein die Kontinente trennendes Gebirge, sondern eher eine Mittelgebirgskette; außerhalb seines subpolaren Teils gibt es nur einige wenige Erhebungen über 1.500 Meter Meereshöhe.

Es hat also wenig Sinn, Europa durch die erdkundlichen Gegebenheiten festlegen zu wollen. Nimmt man aber den kulturellen Raum als Kriterium, dann ergeben sich zahlreiche weitere Probleme. Russland unterscheidet sich zivilisatorisch in seinem europäischen Teil praktisch nicht von seinen in Asien gelegenen Gebieten. „Europa“ erstreckt sich also bis ans Japanische Meer. Es ist kein Zufall, dass die Idee von „Eurasien“ gerade in der russischen Geistesgeschichte so einflussreich gewesen ist. Und lässt sich nicht auch etwa Israel als europäisch geprägt bezeichnen? Ebenso müsste man die Frage in Bezug auf Australien stellen. Es gibt also einen europäischen Raum (nicht im konkreten Sinn verstanden), der über den Kontinent weit hinausgeht und sich in verschiedenen Regionen der Welt wiederfinden lässt. Australien hat nicht die historischen Prozesse des alten Kontinents wie Städtebildung, Entstehung von Bürgerschaft, Selbstkonstitution von Gesellschaft usw. durchlaufen, doch ist es eine Gesellschaft, die sich von europäischen Werten leiten lässt, in der auf die europäische Art und Weise über das Gemeinwesen bestimmt wird und die somit in der europäischen Tradition steht.

Denkt man in diese Richtung weiter, so ergibt sich eine Vorstellung von Europa als einem Konglomerat von Werten, Lebens- und Verhaltensweisen. Eine geografische Zuordnung ist dafür nicht notwendig, und auch keine zu einem Staatswesen. Es ist also denkbar, dass es Gebiete, Regionen oder einfach Orte gibt, die zu „Europa“ gehören, weil in ihnen dieses Konglomerat verwirklicht wird. Das könnte man dann sogar für solche Denkformen sagen, die nicht räumlich eingegrenzt werden können. „Europa ist kein Ort, sondern eine Idee“, lautet ein berühmter Satz des französischen Philosophen Bernard-Henri Lévy. Dann aber kann Europa tatsächlich überall sein. Es ist gleichsam eine Einstellung, die sich historisch aus in Europa entstandenen und/oder gewachsenen Traditionen speist und sie kreativ weiterentwickelt.

„Europa ist kein Ort, sondern eine Idee.“

Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass wir Europa sehr häufig im Sinne des politischen Einigungsprojekts verstehen. Oft wird es ja mit der Europäischen Union gleichgesetzt, obwohl niemand daran zweifeln dürfte, dass auch Nichtmitglieder wie Norwegen oder die Schweiz zu Europa gehören. Dieses Europaverständnis ist allerdings pragmatisch und damit begrenzt. Es funktioniert (mehr oder weniger gut), solange es darum geht, Politik zu gestalten und konkrete Entscheidungen zu treffen und durchzusetzen. Es kann allerdings keine Grundlage für eine Idee davon sein, wie Europa gestaltet

werden soll. Vielmehr bedarf es selber einer solchen Idee. Es ist eine faktische Beschreibung, aber kein Zukunftsprojekt. Ein solches muss jeweils neu auf der Grundlage der Traditionen des Kontinents erdacht und entwickelt werden.

Europa im Diskurs

Was hält aber Europa dann zusammen? Diese Frage stellt sich in der gegenwärtigen Situation mit umso größerer Dringlichkeit. Die Finanzkrise hat die Frage nach der europäischen Solidarität konkret gemacht und die Schwächen der Wirtschaftsgemeinschaft aufgedeckt. In den mittel- und osteuropäischen Ländern, die sich noch vor kurzem so sehr um die Mitgliedschaft in der Europäischen Union bemüht haben, macht sich nicht nur zunehmende Distanzierung gegenüber „Europa“ breit, weil man – etwa an der Frage nach der Flüchtlingsverteilung – merkt, dass Solidarität auch eine Leistungsseite hat. Die Wahlerfolge populistischer Parteien und die damit verbundene Abwendung von längst gesichert geglaubten Errungenschaften der Demokratie, wie sie gerade etwa in Ungarn oder in Polen zu beobachten sind, sind ebenfalls Anzeichen für ein Auseinanderdriften Europas. Der Nationalismus, übrigens auch eine europäische Erfindung, die von hier aus ihren Weg in alle Welt genommen hat, kehrt zurück und lässt die nationalen Egoismen zu neuer Bedeutung gelangen.

Diese Entwicklungen zeigen uns, wie gefährdet die Idee Europa ist. Sie ist nicht von vornherein gegeben, sondern sie musste, wie wir gesehen haben, historisch entwickelt werden. Das bedeutet, dass sie auch historischen Veränderungen unterliegt, und vor allem, dass diese Veränderungen gestaltet werden können und müssen. Somit ist „Europa“ also ein kaum eindeutig zu bestimmendes Gemenge von Vorstellungen und Werten, die veränderlich sind und die von den Beteiligten – also von allen Europäer/inne/n – diskursiv ausgehandelt werden müssen. Es ist nicht wichtig, dass es innerhalb Europas in allen Punkten Übereinstimmung darüber gibt, was diese Werte ausmacht. Das ist vielmehr das Schauermärchen, mit dem die Europegegner ihre potenzielle Wählerschaft erschrecken wollen: Als sollten alle lokalen Traditionen und gewachsenen Gepflogenheiten vereinheitlicht werden. Es gibt keinen europäischen Politiker und kein Dokument, die das auch nur annähernd anstreben wollten. Im Gegenteil, von den Slogans des „Europas der Vaterländer“ über die „Einheit in Verschiedenheit“ bis zu der Vorstel-

lung von einem „Europa der Regionen“ wird immer wieder die Bedeutung der nationalen und regionalen Besonderheiten unterstrichen. Es muss also keinesfalls Übereinstimmung in allen Fragen herrschen; doch muss es einen Grundbestand von gemeinsamen Vorstellungen geben, die von allen geteilt – und geteilt heißt: gegebenenfalls auch verteidigt werden müssen. Dass dieser Grundbestand nicht genau zu bestimmen und sozusagen nicht in einer Charta zu formulieren ist, spielt dabei keine Rolle. Das ist die Folge davon, dass er eben Veränderungen unterliegt. Auch Normen und Werte bleiben nicht ewig gleich, sondern verändern sich.

Eine Aufgabe der Kirchen wird es sein, die Gleichgültigkeit und das Desinteresse an der Zukunft Europas zu bekämpfen.

Bei einer solchen Vorstellung von Europa bleibt auf den ersten Blick für das Christentum und die Kirchen nicht viel Raum. Doch dieser Eindruck täuscht. Das Christentum hat, wie oben skizziert wurde, eine zentrale Rolle bei der Entwicklung Europas gespielt, und selbst die Bedeutung der ständigen diskursiven Selbstversicherung lässt sich ohne große Mühe auf das christliche Erbe zurückführen. Doch kann es trotz dieser seiner wichtigen Rolle nicht verlangen, gleichsam als Lieferant für die europäischen Werte gesehen zu werden. Das gilt aber nicht nur für die christliche Tradition, sondern überhaupt für jedes Glaubens- oder Überzeugungssystem. Keines davon kann erfolgreich den Anspruch erheben, die Konturen von Europa bestimmen zu können. Und „können“ ist hier nicht als „dürfen“, sondern als „vermögen“ gemeint: Die Idee von Europa bringt es mit sich, dass es gar keinen solchen Satz von Werten geben kann, wer auch immer ihn formulieren würde.

Doch bleibt für das Christentum, konkret: für die Kirchen und für die einzelnen Gläubigen, eine Rolle von großer Wichtigkeit. Es geht darum, sich bei der Diskussion um den Charakter Europas zu engagieren und daran teilzunehmen. Das Ziel soll allerdings dabei nicht sein, so viele eigene Werte wie möglich durchzusetzen – Ziel muss es sein, das Gespräch, den Diskurs über die gemeinsame Zukunft aufrecht zu erhalten, die Regeln zu beachten, Defizite anzusprechen, Vorschläge zu diskutieren. Wie die Nichtwähler ein mindestens so großes Risiko für eine Demokratie darstellen wie extreme Parteien, so ist auch die Gleichgültigkeit gegenüber der Zukunft Europas gefährlich, da es keinen Automatismus gibt, der das System am Funktionieren halten würde. Das ist die Aufgabe aller – und die Kirchen spielen hierfür eine wichtige Rolle.

Dabei soll und kann gar nicht bestritten werden, dass die christliche Tradition ein reiches Arsenal an Vorstellungen, Werten und Ideen in sich birgt, die für Europa ein interessantes Angebot darstellen könnten. Aber es geht nicht darum, sie durchzusetzen, sondern sie müssen sich argumentativ bewähren. Allein die Tatsache, dass es innerhalb des Christentums, ja innerhalb ein und derselben christlichen Kirche ganz unterschiedliche Auffassungen davon geben kann, welche Werte in einer bestimmten Situation wie verstanden und konkretisiert werden sollen (und dass diese Vielfalt auch legitim ist), zeigt, dass es gar nicht möglich ist, *eine* Lösung für eine bestimmte Frage als unverzichtbar zu deklarieren. Die jüngere Geschichte ist voll von Beispielen des Scheiterns solcher Bemühungen, und die Anstrengungen der Russischen Orthodoxen Kirche, Russland zu einem „orthodoxen“ Staat zu machen, zeigen nicht nur, dass es völlig unmöglich ist, eine Gesellschaft auf diese Weise zu beeinflussen, sondern tragen auch zum Bedeutungs- und Glaubwürdigkeitsverlust der russischen Orthodoxie in ihrem Lande bei.

Was bedeutet das für die Zukunft Europas? Wenn wir Europa als jeweils neu zu verhandelnde Gemeinschaft verstehen, die auf den historisch erlangten und erkämpften Werten aufgebaut ist, dann ist es ein Projekt, das nie fertig ist. Die Gegenwart mit ihren Herausforderungen zeigt das sehr deutlich. Was dann bleibt, sind der Wille und die Bereitschaft, an diesem Projekt mitzumachen und sich dafür zu engagieren. Das aber ist keinesfalls wenig. Für den Kontinent ist es unabdingbar, und für uns alle ist es die Herausforderung, der wir uns zu stellen haben.

Europa, die Krisen und die Kirche

Dr. Michael Kuhn ist Referent der Österreichischen Bischofskonferenz für Europäische Angelegenheiten und stellvertretender Generalsekretär der COMECE (Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft) in Brüssel.

Ein kritischer Rückblick auf das Jahr 2015 kann nicht nur zahlreiche Tragödien vermerken – auch die Ursachen einer Entwicklung, die die Grundfesten Europas erschüttern, gilt es zu analysieren. Der folgende Beitrag zeichnet das Geschehen nach, in dem es immer wieder um Solidarität bzw. genauer: das Fehlen von Solidarität geht. Dies trifft leider auch auf die katholische Kirche in vielen Staaten Europas zu.

„Was hat das Jahr mit uns gemacht?“ und „So viel Jahr war nie“: Unter diesen Titeln versuchen Ressortchefs und Redakteure in der ersten Ausgabe des Jahres 2016 der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ das soeben zu Ende gegangene Jahr und seine turbulente Entwicklung in Bilder, Worte und Geschichten zu fassen.¹ Was für jeden Einzelnen von uns gilt, das gilt vielleicht auch für Europa. „Was hat das Jahr 2015 mit Europa gemacht?“, diese Frage könnte uns helfen, die Entwicklungen der letzten zwölf Monate näher in den Blick zu nehmen und zu verstehen versuchen. Zwei Begriffe drängen sich sofort auf, weil sie mit fast allen europäischen Entwicklungen des letzten Jahres in Zusammenhang gebracht werden: „Krise“ und „Solidarität“.

Mehr als einfach nur „eine Krise“

Das Jahr begann mit dem Terroranschlag auf das französische satirische Magazin „Charlie Hebdo“ in Paris und es endete wiederum mit einem noch größeren Terroranschlag in Paris auf Cafés, Restaurants und einen

¹ <http://www.zeit.de/2016/01/jahresueckblick-2015-aussenpolitik-redakteur> (letzter Zugriff: 15.01.2016).

Konzertsaal. Terroralarm und weitgehende Sicherheitsmaßnahmen in vielen europäischen (Groß-)städten, darunter auch Brüssel, waren die Folge. Damit verbunden ist die Einsicht, dass Konflikte in anderen Teilen der Welt globale Auswirkungen haben und letztlich auch Europa und seine Bürger nicht verschonen. Wir ahnen: Die Unsicherheit wird zunehmen und – der Staat kann uns nur unzureichend vor den Gefahren schützen.

Die Krise in der Ukraine und die kriegesischen Auseinandersetzungen in ihren Ostprovinzen, wo Rebellen versuchen, sich mit Unterstützung Russlands entweder selbstständig zu machen oder zumindest weitgehende Autonomie zu erlangen, beschäftigte die europäische Politik in den Wintermonaten. Das Abkommen von Minsk verhinderte einen offenen Konflikt, aber die Sanktionen, die die Europäische Union (EU) Russland auferlegte, wirkten sich auch auf die europäische Wirtschaft aus.

Ebenfalls noch im Winter gewann Alexis Tsipras mit Syriza die Wahlen in Griechenland, nachdem er den Wählern versprochen hatte, dass er den von der EU und anderen Gläubigern auferlegten Maßnahmen, um den griechischen Staatsbankrott abzuwenden, nicht nachkommen und die radikale Sparpolitik beenden werde. Die Folge waren monatelange Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Gläubigern, aber auch zwischen den Mitgliedsstaaten der EU, die Schließung der griechischen Banken für 60 Tage, ein Abkommen und ein Weiterfinanzierungsplan sowie Neuwahlen in Griechenland. Unter dem neuen alten Ministerpräsidenten ist es (vorläufig) etwas ruhiger.

Der Spätsommer brachte dann die wohl größte Herausforderung dieses Jahres: über eine Million Flüchtlinge, hauptsächlich aus dem Nahen Osten, aus Afghanistan und aus Eritrea und Somalia, die über das Mittelmeer, über die Ägäische See und griechische Inseln und über die Balkanroute versuchen, West- und Nordeuropa zu erreichen. Deutschland und Schweden sind die bevorzugten Ziele. Die Transitländer Serbien, Ungarn, Slowenien und Kroatien sind schnell überfordert und schließen die Grenzen, zum Teil mit Zäunen. Der Transit durch Österreich und die Verteilung der Flüchtlinge in Deutschland funktionieren besser, aber auch die Aufnahmeländer bekommen Schwierigkeiten. Schweden und Dänemark schließen ihre Grenzen. Nachdem Deutschland das Dublin-III-Abkommen, das die Behandlung von Asylanfragen innerhalb der EU regelt, praktisch außer Kraft setzt, weigern sich andere Mitgliedsstaaten, vor allem die Visegrád-Länder Ungarn, Slowakei,

Tschechien und Polen, den Vorschlag der Europäischen Kommission – schließlich mit Stimmenmehrheit im Europäischen Rat beschlossen – zur fairen Verteilung von 160.000 Flüchtlingen über die Mitgliedsstaaten der Union umzusetzen. Mehr noch: Im Dezember klagen die Slowakei und Ungarn vor dem Europäischen Gerichtshof auf Aufhebung dieses Beschlusses.

Immer wieder fällt in diesen Krisenmomenten das Wort „Solidarität“: Solidarität mit den Ländern und den Opfern der terroristischen Anschläge. Solidarität mit den von den harten Sparmaßnahmen betroffenen Menschen in Griechenland. Soli-

Solidarität in Europa wird gefordert, jedoch nicht praktiziert.

darität mit jenen Ländern, die von der Migrationsbewegung von Griechenland bis Schweden besonders betroffen sind. Solidarität mit all jenen Menschen, die flüchten müssen, entweder vor der direkten Bedrohung durch Terror und Krieg im Nahen Osten, durch Hunger und Naturkatastrophen in Afrika, oder durch mittelbare Ursachen, etwa die zu geringen Mittel der UN, die es ihr unmöglich machen, die Flüchtlinge im Nahen Osten auch nur annähernd menschlich zu versorgen oder unterzubringen. Solidarität mit den verfolgten Christen in Syrien und im Irak. Solidarität mit ...

Gegenüber dieser oft unbestimmt und moralistisch klingenden Forderung nach Solidarität setzen viele Menschen allerdings – ganz praktische Solidarität, aber anders, als viele es sich erwartet hätten. Menschen empfangen Flüchtlinge an der ungarisch-österreichischen Grenze, um sie mit Lebensmitteln und Kleidung zu versorgen. Menschen erwarteten Flüchtlinge auf dem Hauptbahnhof in München und in anderen deutschen Städten, um sie willkommen zu heißen, in Notquartieren unterzubringen und zu versorgen. Menschen richteten Versorgung für Flüchtlinge in Brüssel ein – Essen, Trinken, Übernachtung im Zelt, ärztliche Betreuung, Kinderbetreuung –, die von den kommunalen Behörden im Stich gelassen worden waren. Zivilgesellschaftliche Organisationen, Pfarreien, Freundesgruppen, Vereine, Firmen, Einzelpersonen: Sie beteiligten sich spontan an der Hilfe für jene Million von Menschen, die bisher aus dem Nahen Osten nach Europa geflüchtet sind: in der Unterbringung, in der Versorgung, in der Betreuung und Begleitung.

Krisen als Vergrößerungsglas

Auf Europa bezogen sind die Ereignisse des letzten Jahres wie eine Lupe, unter der die Verwerfungen, Risse, Gräben und Abgründe in Europa, aber auch die Umbrüche und Verschiebungen, aus denen Neues entsteht, sichtbar werden. Alte Sicherheiten scheinen plötzlich wert- und gegenstandslos. Ihr Verschwinden löst Angst und Unsicherheit aus. Die Wahlerfolge von populistischen und nationalistischen Parteien in verschiedenen Mitgliedsstaaten der EU – Frankreich, Deutschland, Österreich, Schweden, Polen, um nur einige zu nennen – sind ein deutliches Zeichen dafür. Ebenso das Entstehen von Bewegungen wie Pegida oder einer „illiberalen Demokratie“, wie sie Viktor Orbán in Ungarn vorschwebt.

Konstruktionsfehler im Bauwerk Europa

Noch unbarmherziger enthüllt die Krise allerdings Konstruktionsfehler im „Bauwerk Europäische Union“, die zwar lange bekannt sind und häufig benannt wurden, zu deren Behebung aber der politische Wille fehlte. Die wohl größte „Bausünde“ ist das Fehlen eines festen politischen Fundaments für die Wirtschafts- und Währungsunion. Die so genannten Maastrichtkriterien haben sich als schwach erwiesen, vor allem, nachdem Deutschland und Frankreich als erste folgenlos dagegen verstoßen und damit auch das Recht verloren haben, andere darüber zu belehren oder Maßnahmen gegen diese Verstöße einzufordern. Erst langsam setzt sich die Einsicht durch, dass es einer koordinierten europäischen Wirtschafts- und Budgetpolitik bedarf, wobei es weiterhin

fraglich bleibt, wie so unterschiedliche Volkswirtschaften wie die Deutschlands und Griechenlands unter einen Hut zu bekommen sind.

Durch die Krise sind fundamentale Konstruktionsfehler im „Bauwerk Europäische Union“ sichtbar geworden.

Mindestens ebenso fahrlässig ist das jahrzehntelange Verzögern einer gemeinsamen europäischen Asyl- und Migrationspolitik. Bereits Ende der neunziger Jahre hatte die Europäische Kommission einen Plan für gemeinsame Asylstandards und -prozeduren ausgearbeitet, um zu verhindern, dass Flüchtlingsströme innerhalb der EU letztendlich vom liberalsten Asylsystem und den großzügigsten Sozialunterstützungen bestimmt werden. Sie ist damit wiederholt am Veto der Mitgliedsstaaten gescheitert. Die Dublin-Abkommen waren im Vergleich zu den ursprünglichen Vorschlägen nur schwache Kompromisse. Sie bürdeten die Lasten der Asylpolitik den

Ländern an den EU-Außengrenzen auf, eine Politik, die bei einigen tausend Flüchtlingen pro Jahr funktionieren mag, die aber unter dem massiven Andrang der letzten Jahre zusammenbrechen musste. Auch hier kommt die Einsicht ziemlich spät, dass gemeinsame Außengrenzen auch gemeinsame Verantwortung bedeuten, die sich nicht auf einige Länder abwälzen lässt, und die schrittweise Einigung auf abgestimmte Prozeduren.

Brüche zwischen Ost und West

Schmerzhaft deutlich wird auch der Riss zwischen den alten und den neuen Mitgliedsstaaten der EU, wohl am deutlichsten durch die Aufkündigung der Solidarität der Visegrádstaaten anlässlich der Griechenlandkrise (hier betraf es allerdings nur die Slowakei, die als einziger der vier Staaten bereits den Euro eingeführt hat) und der Verteilung der Flüchtlinge über die Mitgliedsstaaten. Vor allem jene Länder, die während des Kalten Krieges Flüchtlinge aus Ungarn (1956), aus der Tschechoslowakei (1968) und aus Polen (1981) aufgenommen hatten, konnten die grundsätzliche Ablehnung von Flüchtlingen nicht verstehen. Hatte man die eigene Geschichte vergessen? Woher diese Undankbarkeit? In einem kurzen, aber prägnanten Essay nennt der bulgarische Politikwissenschaftler Ivan Krastev² einige Gründe für die kategorische Ablehnung, Flüchtlinge (und wenn, dann höchstens christliche Flüchtlinge) aufzunehmen und sich mit den übrigen Mitgliedsstaaten solidarisch zu zeigen:

- Es ist das Gefühl, im Vergleich zu den alten Mitgliedsstaaten selbst unterprivilegiert und zu kurz gekommen zu sein. Das vorrangige Ziel der EU-Mitgliedschaft ist es, denselben Lebensstandard nach Jahren der Entbehrung zu erreichen.
- Es ist das „demografische Defizit“ – die Tatsache, dass viele junge Menschen die neuen Mitgliedsstaaten verlassen und woanders Arbeit und Heimat gefunden haben –, und die damit verbundene Angst, über kurz oder lang die Identität zu verlieren bzw. aus der Geschichte zu verschwinden.

Die Ablehnung der Fremden ist auch das Ergebnis von Selbstgenügsamkeit und fehlender Neugier: Im Gegensatz zu den Ländern Westeuropas hatte man keine Kolonien, war nach innen und nicht nach außen

² Ivan Krastev: Het ongemak van Oost-Europa. In Rob Riemen, Els Schröder (Hrsg.): De terugkeer van Europa. Haar tranen, daden en dromen. Nexus 70/2015, S. 164-167.

gerichtet, und danach war man vierzig Jahre hinter dem Eisernen Vorhang eingesperrt. Fremdlinge, etwa aus Vietnam oder aus Kuba, kamen als Studenten oder als Arbeiter ins Land, waren aber Zeichen des „brüderlichen Internationalismus“ des kommunistischen Regimes und daher nicht sonderlich beliebt. Die Integration in die EU unter den Bedingungen einer (fast ausschließlich marktwirtschaftlich-liberal orientierten) Globalisierung überfordert die Menschen, und das nicht nur in Mittel- und Osteuropa. Außerdem ist es im Zuge der Erweiterung nicht gelungen, die gemeinsame, nicht geteilte Geschichte zu thematisieren. Für viele neue Mitgliedsstaaten bleibt die Rückbesinnung auf die eigene Geschichte, die wiedergewonnene (nationale oder staatliche) Selbstständigkeit und die Rückversicherung durch die NATO von größerer Bedeutung als die Zugehörigkeit zur EU.

Es wäre unfair, diesen Riss nur den neuen Mitgliedsstaaten anzulasten. Das Interesse in den alten Mitgliedsstaaten an den neuen Mitgliedern war oft ausschließlich wirtschaftlich und galt nicht den Menschen, sondern möglichen Absatzmärkten. Die Freiheit des Personenverkehrs wurde schon problematisch gesehen. Meist waren Arbeitskräfte willkommen als unterbezahlte Erntehelfer, als billige Pflegekräfte für Alte und Kranke, als Ersatz in Berufen, in denen man keine geeigneten Fachkräfte mehr finden konnte. Gleichzeitig entstanden aber Ressentiments gegen den „polnischen Klempner“ und all diejenigen, die oft schneller, zuverlässiger und billiger arbeiteten als entsprechende Handwerker aus dem eigenen Land.

Gänzlich ausgeblendet bleibt die gemeinsame nicht geteilte Geschichte. Einerseits weiß man in Westeuropa fast nichts über die Geschichte Mittel- und Osteuropas, andererseits werden die politischen und historischen Ereignisse seit Ende des Ersten Weltkriegs unterschiedlich bewertet. Der Untergang der „Alten Welt“ für die einen bedeutete die nationale (Wieder-)Geburt für die anderen. Die Befreiung des Jahres 1945 für die einen kennzeichnet den Beginn einer mehr als 40 Jahre dauernden Unterdrückung für die anderen. Dieses (Selbst-)Verständnis ist noch immer in den Köpfen und beherrscht das Denken.

Und die Kirche ...?

Die Krise hat auch die Kirche unter die Lupe gelegt. Sie hat sich mit Blick auf die Ukraine, Griechenland, die Flüchtlingsfrage und die terroristischen Anschläge vielfältig und kompetent zu Wort gemeldet. Angefan-

gen mit seinem Besuch in Lampedusa im Sommer 2013 hat Papst Franziskus die Situation der Flüchtlinge immer wieder zur Sprache gebracht, so etwa mit seiner Mahnung im Europäischen Parlament im November 2014, dass das Mittelmeer nicht zu einem großen Friedhof für Flüchtlinge werden dürfe. Seinen Aufruf, dass jede Pfarrei eine Flüchtlingsfamilie aufnehmen solle, hat er in der Pfarrei St. Anna im Vatikan selbst umgesetzt. Allerdings ist er mit seinem Aufruf nicht überall auf Gegenliebe gestoßen: Der Riss, der sich durch die EU zieht, zieht sich auch durch die Kirche. Die Vorsitzenden der COMECE und der KEK, Erzbischof Reinhard Marx und Bischof Christopher Hill, haben in einer gemeinsamen Erklärung zur Unterstützung der Flüchtlinge aufgerufen.

Der Riss, der sich durch die EU zieht, zieht sich auch durch die Kirche.

Die COMECE hat in ihrer Vollversammlung einen Koordinator für „Flucht, Migration und Integration“ ernannt, der sich mit konkreten Vorschlägen an den Europäischen Rat vom Dezember 2015 gewandt hat. Der Wiener Erzbischof Christoph Schönborn hat Flüchtlinge an der ungarischen Grenze und am Wiener Hauptbahnhof empfangen, Erzbischof Reinhard Marx am Hauptbahnhof in München. In den Bischofskonferenzen Mittel- und Osteuropas stößt dieses Verhalten oft auf Skepsis oder Ablehnung. So hat der Bischof der ungarischen Diözese Szeged-Csanád, László Kiss-Rigó, vor der Aufnahme von Flüchtlingen mit dem Hinweis gewarnt, dadurch werde die nationale Identität bedroht. Die bittere Kritik von Erzbischof Schönborn an der Haltung zu den Flüchtlingen in Mittel- und Osteuropa und der Vorwurf, vergessen zu haben, dass ihnen auch geholfen worden sei, konterte Erzbischof Dominik Duka von Prag ebenfalls in einem Interview mit dem Hinweis, dass man in dieser Situation zuerst sorgfältig prüfen müsse, wer wirklich hilfsbedürftig sei oder eine andere – sprich: dschihadistische – Mission erfülle. Die Flüchtlingswelle bediene bekanntermaßen auch bestimmte Pläne.

Mit Blick auf die Krisen in Europa steht die Kirche vor drei konkreten Aufgaben: *Erstens* die praktische Hilfe fortzusetzen und zu unterstützen, die von der Basis getragen wird, von den Pfarreien, den Vereinigungen und von vielen Menschen, die sich ohne direkte kirchliche Bindung spontan angeschlossen haben. Das gilt besonders dann, wenn Mittel und Kräfte in der Zivilgesellschaft zu schwinden drohen. *Zweitens* gilt es, auf europäischer Ebene die Politik zu ermuntern und zu bestärken, die notwendigen Begleitmaßnahmen anzugehen und umzusetzen: eine gemein-

same Asylpolitik und eine eigene zukunftsorientierte Migrationspolitik; Integrationsmaßnahmen für jene Flüchtlinge, die bleiben; politische Lösungen für jene Konflikte, die die Fluchtbewegungen verursachen; eine gerechte Entwicklungspolitik, die Menschen Entwicklungschancen, Arbeit und Leben in ihren Herkunftsländern ermöglicht. *Drittens* und *am Wichtigsten* erscheint es mir aber, dass sich die Christen in Europa auf der Grundlage des Evangeliums „der Wirklichkeit stellen“ und versuchen, gemeinsam mit „allen Menschen guten Willens“ die bestehenden Risse und Gräben in Europa zu überwinden, die Ereignisse des letzten Jahres im Kontext globaler Entwicklungen zu sehen und einzuordnen, Visionen guten Lebens zu entwickeln und an ihrer Umsetzung zu arbeiten.

Literaturhinweise:

Ernst-Wolfgang Böckenförde: Die Bedingungen europäischer Solidarität. In: ders.: Wissenschaft, Politik, Verfassungsgericht. Frankfurt 2011, S. 267-280

Evelyn Finger: Ende einer Welt. In: DIE ZEIT, 52/2015, 23.12.2015, S. 62. (Auch verfügbar unter <http://www.zeit.de/2015/52/christenverfolgung-syrien-islamischer-staat-irak-solidaritaet>)

Christiane Florin: „Flüchtlingstrecks wecken kollektive Erinnerungen.“ In: Christ & Welt 43/2015, 23.10.2015, S. 5. (Auch verfügbar unter <http://www.zeit.de/2015/43/flucht-fluechtlinge-zweiter-weltkrieg-vertreibung-kirche>)

Otto Friedrich: „Wie die Geschichte ausgeht, ist noch offen“. Interview mit Caritas-Präsident Michael Landau. In: Die Furche, 52-53/2015, 23.12.2015. S. 4 f. (Auch verfügbar unter <http://www.furche.at/system/showthread.php?t=72012>)

David Hollenbach: Who is responsible for refugees? In: America 2016/1, S.14-17 (<http://americamagazine.org/issue/rights-refugees>)

Die im Text angesprochenen Stellungnahmen der COMECE zu Griechenland, Ukraine, Flüchtlinge finden sich unter <http://www.comece.eu/site/de/unserearbeit/pressemeldungen/2015>.

Europa in der Krise: Menschenrechte und Werte schützen

Mag. Elizabeta Kitanović ist als Executive Secretary for Human Rights im Brüsseler Büro der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) tätig. Sie ist u. a. Herausgeberin des „Human Rights Training Manual for European Churches“. Ihr Einsatz für die Menschenrechte wird auch in ihrem Beitrag deutlich, ebenso – sie stammt aus Serbien – ihre Verwurzelung in der orthodoxen Kirche.

Das krisengeschüttelte Europa steht nach Ansicht der Autorin vor einem Scheideweg. Wenn keine Besinnung auf fundamentale christliche Grundhaltungen erfolgt, wie sie besonders in Mt 25,35-40 niedergelegt sind, besteht auch keine Aussicht darauf, dass Menschenrechte wie Schutz der persönlichen Integrität, Gesundheit oder Recht auf Arbeit durchgesetzt werden können. Das vereinte Europa hat nur dann eine Zukunft, wenn es sich auf diese Grundwerte stützt.

Einleitung

Mit mehr als einer Million Flüchtlinge, einer stagnierenden Wirtschaft, dem Aufstieg des politischen Extremismus und seiner Hauptwährung in schweren Turbulenzen könnte man annehmen, dass die Herausforderungen, denen Europa 2014-2015 gegenüberstand, einzigartig und ohne Beispiel seien. Aber natürlich ist dies nicht die erste europäische Krise in der Geschichte unseres Kontinents. Nach dem Zweiten Weltkrieg war Europa völlig zerstört und lag in Ruinen und Asche. Über dem Kontinent lag der Geruch der verbrannten Leichen von Frauen, Kindern und Männern aus den Konzentrationslagern. Es waren Juden, Menschen mit Behinderungen, Roma und viele Andere, die von den Nazis verfolgt worden waren.

Dies waren nur einige der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die daraus folgten, dass Menschen vom grundlegenden Prinzip der Gleichheit aller Menschen und für die, die daran glauben, vom Gedanken der

Gottebenbildlichkeit abwichen. Die Bibel sagt uns (Gen 1,27): „Gott schuf also den Menschen als sein Abbild; als Abbild Gottes schuf er ihn. Als Mann und Frau schuf er sie.“ Hätten diese Katastrophen vermieden werden können, wenn die menschliche Würde von allen geachtet worden wäre? Ja, sie hätten vermieden werden können, wenn Menschen stark genug gewesen wären, um ein hartnäckiges Nein zur Folter und zur unmenschlichen Behandlung von Anderen zu sagen. Es wird immer schwierige Momente in der Geschichte unseres Kontinents geben und

Auf die offenen Fragen im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise und den Flüchtlingsströmen gibt es noch keine Antworten.

die Entscheidungen, die Menschen treffen, sind wichtig. Und ja, es wird immer schwierig sein, die richtige Entscheidung zu treffen. Als Zeugen der heutigen Krise wissen wir, dass sie sehr verschieden ist von der Krise der

1930er- und 1940er-Jahre. Aber sowohl die heutige Wirtschafts- und Finanzkrise als auch die Flüchtlingskrise verlangen Antworten.

Wie sieht Europa heute aus? Den europäischen und internationalen Verträgen zufolge sollten wir annehmen, dass wir in einem Europa leben, in dem Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gelten. Aber wir alle können sehen, dass dieses Ziel noch nicht vollständig erreicht worden ist.

Europa und die Krise

Die derzeitige Krise ist nicht nur eine europäische Krise, sondern eine weltweite Krise. Als Reaktion darauf haben sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) gegenseitig dazu aufgerufen, Solidarität zu demonstrieren, Verantwortung zu teilen und Verständnis für die Herausforderungen des Anderen zu zeigen. Im Folgenden werde ich einige der aktuellen Herausforderungen für die Beziehungen zwischen den EU-Mitgliedsstaaten ohne Anspruch auf Vollständigkeit vorstellen:

- „Grexit“: Diese Krise war schwierig für das griechische Volk, denn es fühlte, dass es in dieser schweren Krise seine Identität als Teil der EU nicht aufgeben durfte. Es hätte anders wählen können. Was wäre passiert, wenn das griechische Volk entschieden hätte, die EU zu verlassen? Aber in einer sehr schwierigen Situation hat das griechische Volk sich entschlossen, ein Teil der EU-Familie zu bleiben und weiterhin mit seinen wirtschaftlichen und finanziellen Schwie-

rigkeiten zu kämpfen – einschließlich täglicher Entlassungen, leerer Geschäfte und Bankkonten, drastischer Gehaltseinschnitte im öffentlichen Sektor, junger, gut ausgebildeter Menschen, die das Land auf der Suche nach einer besseren Zukunft verlassen. Wenn dies in einem EU-Mitgliedsstaat passieren kann, welche Perspektiven gibt es dann für dieses Land und für solche Länder, die der EU beitreten und Teil der Eurozone werden wollen?

- „Brexit“: Die Frage, ob das Vereinigte Königreich die EU verlässt, rührt von ganz anderen Gründen her als jenen, denen sich Griechenland gegenüber sah. Wie wird die Zukunft der EU und Großbritanniens aussehen, wenn eines der größten Mitgliedsländer die EU aus nationalistischen Gründen verlässt? Was wird mit den Briten passieren, die in der EU arbeiten? Werden sie in der Lage sein, weiterhin in EU-Ländern zu arbeiten? Wird die englische Sprache die Hauptverkehrssprache der EU bleiben oder werden Französisch oder Deutsch diese Rolle übernehmen? Wird die politische Richtung sich verändern und stärker interventionistisch mit einem größeren sozialen Schutz und weniger liberal mit Blick auf Wirtschaft, Wettbewerb und Handel werden?

Wir sehen außerdem, dass während der derzeitigen Krise und Sparmaßnahmen europäische Werte wie Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit stark attackiert werden – wie z. B. in Ungarn. Die Krise hat auch den sozialen Zusammenhalt und die politische Stabilität erschüttert, indem schwerwiegende Ungleichheiten durch die Politik von Mitgliedsstaaten, die nicht die Unteilbarkeit der Menschenrechte achten, hervorgerufen wurden. Was wird mit der Erwartung der europäischen Bürger auf Frieden und Wohlstand auf diesem Kontinent passieren?

Der Staat und die Krise

Die Krise hat viele Gesichter. Sie attackiert Staaten, Nationen und normale Menschen, indem sie die menschliche Würde unterminiert, die sie ungeachtet ihrer Hautfarbe, Ethnizität, Geschlecht, Religion oder Glaube haben. Die Krise attackiert die Unteilbarkeit und gegenseitige Abhängigkeit der Menschenrechte, die alle Menschen schützen. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte in Artikel 1 lautet: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der

Brüderlichkeit begegnen.“¹ Wir müssen darüber nachdenken, wie sich diese rechtsgültige Erklärung zu den biblischen Geboten verhält, die viel älter und seit zweitausend Jahren für Christen verbindlich sind.

Für praktizierende Christen hat das Evangelium einen viel höheren moralischen Wert als jedes niedergeschriebene weltliche Recht. Im Evangelium nach Matthäus heißt es (25,35-40): „Denn ich war hungrig und ihr habt mir zu essen gegeben; ich war durstig und ihr habt mir zu trinken gegeben; ich war fremd und obdachlos und ihr habt mich aufgenommen; ich war nackt und ihr habt mir Kleidung gegeben; ich war krank und ihr habt mich besucht; ich war im Gefängnis und ihr seid zu mir gekommen. Dann werden ihm die Gerechten antworten: Herr, wann haben wir dich hungrig gesehen und dir zu essen gegeben, oder durstig und dir zu trinken gegeben? Und wann haben wir dich fremd und obdachlos gesehen und aufgenommen, oder nackt und dir Kleidung gegeben? Und wann haben wir dich krank oder im Gefängnis gesehen und sind zu dir gekommen? Darauf wird der König ihnen antworten: Amen, ich sage euch: Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan.“

Da der Hauptfokus des Evangeliums auf dem Schutz der menschlichen Würde aller Menschen liegt, müssen wir als Christen sagen, dass die rechtliche Pflicht der Staaten, die Menschenrechte zu schützen und zu fördern, ein Hauptanliegen in der Krise bleiben sollte, da dies die menschliche Würde schützt. Der Schutz der Menschenrechte ist in der derzeitigen Krise besonders wichtig. Die Worte des Evangeliums sind sehr stark und hatten zu allen Zeiten eine tiefe Bedeutung, egal ob in

Zeiten einer Wirtschafts- und Finanzkrise oder nicht, egal ob in Krieg oder Frieden. Die christliche Pflicht bleibt und bedeutet den ewiggültigen Aufruf

Aus dem Evangelium lässt sich der Schutz der menschlichen Würde ableiten.

Gottes an uns alle, andere Menschen zu akzeptieren, wer immer sie auch sein mögen.

Staaten haben die rechtliche und politische Verpflichtung, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit innerhalb eines rechtlichen Rahmens umzusetzen, der es für Opfer von Verletzungen dieser Grundsätze möglich macht, den Schutz zu erhalten, der ihnen zusteht.

1 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (1948): Resolution 217 A (III) der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 / Allgemeine Erklärung der Menschenrechte; online zugänglich unter <http://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf> (letzter Zugriff: 21.01.2016).

Sobald ein Staat internationale Menschenrechtsabkommen ratifiziert, ist er dazu verpflichtet, diese in nationales Recht umzusetzen und die Abkommen bestmöglich zu implementieren. Die zivilen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte aller Menschen – Ausländer eingeschlossen – müssen also innerhalb des Territoriums eines Staates geschützt werden. Diese Rechte leiten sich juristisch (neben anderen internationalen Abkommen) vom Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (UN-Zivilpakt) und vom Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966 (UN-Sozialpakt) ab. Die rechtlichen Verpflichtungen zum Schutz der Menschenwürde sind Mindeststandards, zu deren Einhaltung der Staat gegenüber allen Menschen auf seinem Territorium verpflichtet ist. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat leider die Umsetzung dieser Menschenrechte erschwert.

Die Förderung einer Kultur der Menschenrechte innerhalb eines Staates ist stark mit dessen Gesamtkultur verbunden. Zu diesen kulturellen Einflüsse zählen viele Bereiche, etwa ob der Staat eine Demokratie oder eine Diktatur ist, ob er in jüngster Zeit in Kriege involviert bzw. überhaupt irgendwann schon einmal in einen solchen verwickelt war, wie die jüngste Geschichte des Staates verlaufen ist und ob sich die Bürger der Möglichkeit bewusst sind, dass ihre Menschenrechte geschützt werden.

Bestimmte gefährdete Gruppen und die Krise

Da die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) ein Mitglied der Konferenz der Nichtregierungsorganisationen im Europarat ist, hat sie zusammen mit dem Heiligen Stuhl und der NGO-Plattform des Europarats zu einem Bericht beigetragen, der vom Lenkungsausschuss für Menschenrechte (CDDH) des Europarates entwickelt wurde und den Titel trägt „Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise und der Sparmaßnahmen auf die Menschenrechte in Europa“. Es ist bedeutsam, dass sich der Europarat mit seinen 47 Mitgliedsstaaten in dieser Studie dazu entschieden hat, über die Rechte von gefährdeten Gruppen wie Frauen, Jugendlichen, Häftlingen und Migranten, die von der Wirtschafts- und Finanzkrise beeinflusst wurden, nachzudenken.² Der folgende Abschnitt gibt einen

² Steering Committee for Human Rights (CDDH): The impact of the economic crisis and austerity measures on human rights in Europe. Revised draft feasibility study. 7 – 11

kurzen Überblick über einige Aspekte der Menschenrechtsverletzungen dieser besonders gefährdeten Gruppen.

Frauen und die Krise

Die Lohnungleichheit von Männern und Frauen gerät während der Wirtschaftskrise und Finanzkrise unter Beschuss, da gewöhnlich Frauen diejenigen sind, denen weniger gezahlt wird. Auch finden sich weniger Frauen als Männer in Führungs- und Entscheidungspositionen. Wenngleich viele internationale rechtliche Abkommen die Diskriminierung von Frauen verbieten, passieren solche Verstöße noch immer.

Wir sind leider auch Zeugen einer Zunahme von häuslicher und sexueller Gewalt aufgrund von Arbeitslosigkeit und schwerer Alkoholprobleme, die das Leben vieler Frauen und Kinder beeinträchtigen. Allerdings brauchen auch die Männer Unterstützung, um mit diesen Problemen in einer Krisenzeit zurechtzukommen.

Migrantinnen haben besondere Schwierigkeiten, eine gutbezahlte Arbeit zu bekommen, die ihrer Bildung und beruflichen Qualifikation und Erfahrung entspricht. Außerdem ist es für sie schwieriger, dasselbe Niveau an politischen und beruflichen Rechten wie Männer zu erhalten. In manchen kulturellen Kontexten haben Frauen nicht dieselben Bildungsmöglichkeiten wie Männer, was durch die Krise verstärkt wurde. Das Problem der Zwangsheirat existiert immer noch und wird durch die wirtschaftliche Situation größer. In manchen europäischen Ländern gibt es noch die Praxis der weiblichen Genitalverstümmelung, die großes Leid über Tausende von Frauen bringt.

Aufgrund eines Mangels an Stellen, Bildung und einiger kultureller Stereotypen hat sich die Marginalisierung von Frauen während der Krise verschlimmert. Die europäischen Staaten müssen daher mehr darin investieren, um Bildungsmöglichkeiten für Frauen zu schaffen und sie zu ermutigen, Führungsrollen in privaten Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen zu übernehmen.

Dezember 2015; online zugänglich unter [http://www.coe.int/t/dghl/standardsetting/cddh/CDDH-DOCUMENTS/CDDH\(2015\)007Rev_EN.pdf](http://www.coe.int/t/dghl/standardsetting/cddh/CDDH-DOCUMENTS/CDDH(2015)007Rev_EN.pdf) (letzter Zugriff: 21.01.2016).

Die Jugend und die Krise

Während der Wirtschaftskrise ist es wichtig sicherzustellen, dass junge Menschen Kenntnisse über ihre politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte und deren Durchsetzung erlangen. Viele junge Menschen wollen ihr Heimatland auf der Suche nach einem besseren Leben verlassen. Die Stimme der jungen Menschen muss auch in der öffentlichen Debatte über die soziale und wirtschaftliche Krise gehört werden.

Hinzugefügt werden muss, dass mehr und mehr junge Menschen mit Langzeitpraktika konfrontiert oder für ihre Stellen überqualifiziert sind.

Neben den Frauen sind besonders die jungen Menschen von den Folgen der Krise stark betroffen.

Junge und ausgebildete Menschen können von der finanziellen Hilfe ihrer Eltern abhängen, die sich selber möglicherweise auch in einer schwierigen finanziellen Situation befinden. Wir können beobachten, dass die Anforderungen des Arbeitsmarktes steigen und sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter öffnet. Budgetkürzungen betreffen Heime für Kinder mit Behinderungen. Viele Kinder sind Opfer von Menschenhandel, sexueller Gewalt, Drogensucht und bewaffneten Konflikten.

Die europäischen Staaten müssen sicherstellen, dass die europäischen Werte, die uns einen, durch jeden Staat umgesetzt werden und der Pflicht entsprochen wird, Kinder vor all diesen Übeln zu schützen, die ein Albtraum für viele Menschen sind.

Häftlinge und die Krise

Die Situation von Häftlingen ist schwierig, selbst in guten Zeiten. Budgetkürzungen machen Gefängnisse sogar zu einem noch dunkleren Ort, als sie dies ohnehin schon sind. Menschen, die für kriminelle Taten verurteilt wurden, haben auch eine menschliche Würde, die geachtet werden muss. Es gibt in den internationalen Abkommen ein klares Verbot von Folter, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung und Bestrafung, gleich welches Verbrechen begangen wurde. Aber es gibt etwas, das Kirche und Gesellschaft für Häftlinge in Krisenzeiten tun können. Wie Mt 25,35-40 aufzeigt, können wir Häftlinge besuchen oder für sie beten, sodass ihre Seelen Heilung und Wiederherstellung ihrer menschlichen Würde finden. Wir vergessen oft, dass die Stimme dieser Menschen nicht gehört wird und sie in tiefer Stille leiden.

In manchen europäischen Ländern fehlt es Häftlingen am Grundbedarf wie Hygieneartikeln, warmer Kleidung und angemessenem Essen. Wenn nicht adäquate Hilfe geleistet wird, können wir nicht erwarten, dass Menschen, die sozial benachteiligt sind oder einen anderen negativen Hintergrund haben, als Häftlinge in der Lage sein werden, das Gefängnis als einen Ort zu nutzen, um ihre schwierige Vergangenheit für eine bessere Zukunft hinter sich zu lassen. Diese Menschen brauchen Hilfe, und indem wir uns einfach um sie kümmern, wird dies Zeugnis ablegen für die Werte, die uns einen. Wenn der Staat und die Gesellschaft Häftlinge nicht fair und gerecht behandeln, ist das Risiko des Rückfalls in erneute Straffälligkeit sehr hoch. Die Gesellschaft muss Häftlinge daher als nach dem Bilde Gottes Geschaffene behandeln.

Migranten, Asylsuchende, Flüchtlinge und die Krise

Aufgrund der Krise sind Migranten oft die ersten, die ihren Arbeitsplatz verlieren. Sie werden häufig ausgebeutet, möglicherweise weil ihren Leben weniger Wert zugemessen wird als den Leben derer, die sie ausbeuten. Migranten und Asylsuchende mit Respekt zu behandeln, könnte etwas sein, das uns als Europäer eint, wir, die wir für demokratische Werte stehen und moderne Sklaverei ablehnen, für die möglicherweise die Wirtschafts- und Finanzkrise die Ursache ist.

Menschen sind gezwungen, aus Kriegsgebieten wie Syrien, Irak, Afghanistan, Eritrea, Somalia und anderen Ländern zu fliehen.³ Derzeit leben ungefähr vier Millionen syrische Flüchtlinge im Libanon, in Jordanien, der Türkei, Ägypten und dem Irak. Diese Menschen sollten durch europäische Staaten willkommen geheißen werden, gleich welche ihre Religion, Ethnizität, Hautfarbe oder ihr Geschlecht ist. Deshalb haben Kirchen und im kirchlichen Bereich tätige Organisationen Regierungen gedrängt, „legale und sichere Wege für Menschen, die Sicherheit suchen, auszubauen, Verfahren zu beschleunigen, sodass Menschen so schnell wie möglich Zugang zu Schutz haben, und die Suche nach Familienangehörigen und die Kapazitäten für Familienzusammenführungen zu ver-

3 Vgl. Joint Appeal Church World Service and Churches' Commission for Migrants in Europe: Urge Governments to Resettle Substantial Numbers of Syrian Refugees, Uphold Commitments to Protection; online zugänglich unter: http://www.ccme.be/file-admin/filer/ccme/20_Areas_of_Work/Safe_Passage/2015-10-26-CWS_CCME_Statement_151022.pdf (letzter Zugriff: 21.01.2016).

bessern“.⁴ Migranten, Asylsuchenden und Flüchtlingen zu helfen, ist ein Wert, der uns als Europäer und als Menschen vereint.

Schlussfolgerungen

Wir haben in dieser kurzen Betrachtung gesehen, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise Staaten wie z. B. Griechenland in eine äußerst schwierige Lage gebracht hat. Wir sind auch Zeugen der Tatsache, dass die EU sich möglicherweise radikal verändern wird, wenn es 2016 zu einem „Brexit“ kommen sollte. Wir haben einige Aspekte der Krise genannt, die die am stärksten gefährdeten Gruppen wie Frauen, Kinder, Häftlinge, Migranten, Flüchtlinge und Asylsuchende betreffen. Es gibt auch andere gefährdete Gruppen, die von der Krise betroffen sind, jedoch in diesem Artikel nicht genannt wurden, etwa Roma, Menschen mit Behinderungen und Millionen andere, die in extremer Armut leben. Europa kann nur auf der Grundlage des Schutzes der Menschenwürde eines jeden einzelnen hilfsbedürftigen Menschen geeint werden. Menschen brauchen konkrete Hilfe und Ermutigung in ihrem Leben. Wenn ein Staat zusammenbrechen kann, wie viel einfacher kann es für einen Einzelnen sein, in seinem Leben zusammenzubrechen?

Menschen dabei zu helfen, ihre Würde wiederzugewinnen, ist einer der am weitesten reichenden Dienste, den wir als Menschen füreinander tun können. Wir sollten in Europa mit denen, die warme Kleidung, Schutz, Nahrung und medizinische Versorgung brauchen, in Solidarität vereint sein, da dies ein Weg ist, die menschliche Würde und das Antlitz Gottes in jedem Menschen in Not zu achten. Wir sollten darauf auch aus einem anderen Blickwinkel schauen und feststellen, dass wir es morgen vielleicht selber sind, die Hilfe brauchen. Also seien wir in Solidarität gegenüber allen, die unsere Hilfe hinsichtlich ihrer Grundbedürfnisse brauchen, vereint. Dies ist unsere Pflicht, es ist Gottes Ruf an uns und es ist ein Weg, die europäischen Werte zu leben, die uns einen.

Aus dem Englischen übersetzt von David Kulke.

⁴ Ebd.

Die Flüchtlingskrise als Chance und Herausforderung für den Zusammenhalt Europas

Stephanie Dietrich ist Professorin für Diakoniewissenschaft an der VID Specialized University in Oslo und Pfarrerin der Norwegischen Kirche mit vieljährigem Engagement in internationalen und ökumenischen Dialogen und Gremien. Sie ist auch Autorin von Publikationen zu ökumenischen und diakoniewissenschaftlichen Themen.

Der aktuelle Zustrom von Menschen aus den Krisengebieten des Nahen und Mittleren Ostens und Nordafrikas nach Europa verursacht viele Probleme, birgt aber auch Chancen für die Fortentwicklung Europas. Die Kirchen sind in dieser Situation, wie die Autorin darlegt, aufgefordert, ihre internen Differenzen zurückzustellen und stattdessen im gemeinsamen Zeugnis die Botschaft Christi für die Menschen in der Welt wirksam werden zu lassen.

Was hält Europa im Übergang von 2015 zu 2016 zusammen? Was beschäftigt die Menschen in allen Ländern? Als ich die Arbeit an diesem Artikel begonnen habe, habe ich diese Fragen an Freunde und Kollegen gestellt. Unser Gespräch war von einer gewissen Ratlosigkeit geprägt. Gibt es überhaupt einen Zusammenhalt in Europa? Worin könnte er bestehen? Warum erscheint Europa heute gespaltenener denn je?

Mein Heimatland Norwegen steht außerhalb der Europäischen Union, und es ist oftmals von einer grundlegenden Skepsis gegenüber den europäischen Institutionen geprägt. Geografisch am nördlichen Rand Zentraleuropas gelegen, sind viele Norweger – auch auf dem Hintergrund der Okkupationserfahrungen des Zweiten Weltkrieges – dem Gedanken eines europäischen Zentralismus gegenüber, besonders wenn er politischer Art sein sollte, eher kritisch gesinnt. Auch kirchlich bilden die nordischen Länder eine Art „lutherischen Block“ im Norden Europas – sind sie doch historisch und bis heute von volkskirchlichem und bis vor kurzem hauptsächlich staatskirchlichem Luthertum geprägt, das trotz umfassender und ansteigender Säkularisierung immer noch weite Teile der Bevölkerung umfasst.

Sowohl in Skandinavien als auch in allen anderen europäischen Ländern wird die Frage gestellt, ob das Verständnis Europas als einer politischen und kulturellen Einheit, als „christliches Abendland“, überhaupt noch Sinn macht. Gibt es so etwas wie eine gemeinsame Wertegrundlage in Europa? Ist es vielleicht gerade die Vielfalt und Diversität, die Europa prägt und zusammenhält? Welche Rolle spielt die historische und kulturelle Präsenz des Christentums und der christlichen Kirchen in einem Europa, das sich zunehmend säkular, multikulturell und multi-religiös versteht? Was hält Europa zusammen?

Der Besuch eines guten Freundes aus Damaskus hat mir dann bei der Suche geholfen. Seine Antwort war eindeutig: *Was Europa heute zusammenhält, sind die Flüchtlinge.*

Die Flüchtlinge halten Europa zusammen. Besser gesagt: die Herausforderungen, die der eskalierende Flüchtlingsstrom in den vergangenen Jahren an Europa gestellt hat und stellt. Die Chancen und Möglichkeiten, aber auch die Probleme, die der Zustrom von Menschen aus Krisengebieten, zurzeit besonders aus dem Mittleren Osten und aus Afrika, an Europa stellt, sollen deshalb Thema dieses Beitrags sein. Kein Land Europas kann sich indifferent zu den Fragen über die Flüchtlingspolitik stellen, denn der Flüchtlingsstrom ist nicht mehr nur eine theoretische Möglichkeit, sondern eine Realität vor unseren Türen und Toren.

Der Strom der Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen ihren Weg nach Europa eingeschlagen haben, bringt Chancen und Möglichkeiten für die Kirchen mit sich, ihr Kirche-Sein im Einsatz für die Menschen zu leben, nicht zuletzt, weil im Bereich der Arbeit mit Flüchtlingen viele Ehrenamtliche ihren Tätigkeitsbereich in und durch die kirchlichen Strukturen finden.

Die Flüchtlingskrise hat auf der anderen Seite aber auch dazu geführt, dass an vielen Orten und in vielen Ländern Europas Fremdenhass, Ras-

sismus, Islamophobie und Gewalt gegen die Flüchtlinge Fuß gefasst haben. In einem Europa, das zwei Weltkriege durchlebt hat und indem Millionen von Menschen aus rassistischen Gründen ermordet wurden, breiten sich wieder Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit aus. Während Europa in den letzten Jahren eng zusammengewachsen ist, sowohl politisch als auch wirtschaftlich, hat die Flüchtlingskrise dazu geführt, dass neue Grenzen gezogen werden, Mauern gebaut und die

Europa wird durch die Herausforderungen, die der eskalierende Flüchtlingsstrom gestellt hat und stellt, zusammengehalten.

Zusammenarbeit und Solidarität zwischen den Ländern immer schwieriger geworden ist. In einer Situation, in der viele Länder Europas auch schon vor der Flüchtlingskrise große ökonomische Probleme hatten, hat sich die Lage nicht nur für diese Länder radikal verschärft. Auch in diesem negativen Sinne hält die Flüchtlingskrise Europa momentan zusammen: Fast alle Länder, auch die, die anfänglich ein großes Maß an Offenheit gezeigt haben, haben nun Verschärfungen in der Flüchtlingspolitik eingeführt. Die meisten europäischen Länder haben ihre Grenzkontrollen verschärft. Viele Länder haben Zäune, ja Mauern gezogen, um den Flüchtlingen die Einreise zu erschweren oder sie gar völlig zu verhindern. Die Angst um die eigene Existenz, vereint mit der Angst vor den Fremden, die vor den Türen Europas stehen, hat auch zu einer Welle von Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit geführt. An vielen Orten wird in den Medien nicht mehr von Menschen in Not gesprochen, sondern nur mehr von den Kosten und Gefahren, die ihre Ankunft mit sich bringt. Die Flüchtlinge werden oft nicht mehr als Individuen mit Menschenwürde und Recht auf Schutz wahrgenommen, sondern vielmehr als eine undefinierbare und überwältigende Masse, die scheinbar Europa überrollt und es zum Fallen bringen könnte.

In dieser Situation stehen die Kirchenleitungen in besonderer Weise in der Verantwortung, ihre Stimme gegen eine solche Entwicklung zu erheben und für verantwortliche Willkommenskultur und Willkommensstrukturen einzutreten.

Ich möchte hier deshalb der Frage nachgehen, was diese Herausforderung für Europa mit sich bringt und wie man aus kirchlicher Sicht die aktuelle Situation beurteilen könnte und sollte. Abschließend möchte ich, ausgehend von einer diakonischen Ekklesiologie, erläutern, auf welche Weise die Flüchtlingssituation eine Chance für die Kirchen sein kann, sowohl zu sich selbst als auch zueinander zu finden.

Die Flüchtlingskrise als Chance: Willkommenskultur und Willkommensstruktur

In allen europäischen Ländern sind die Kirchen durch die Flüchtlingskrise herausgefordert. Der Zustrom von Menschen in Not betrifft die Kirchen und Gemeinden auf vielen Ebenen: Die Kirchenmitglieder sind in ihren Wohnorten und Gemeinden durch den Flüchtlingsstrom direkt oder indirekt auf individueller Ebene, als Bürgerinnen und Bürger und Christinnen und Christen, betroffen, und ihr zivilgesellschaftliches Engagement ist gefragt. Ohne das Engagement von Freiwilligen wäre die

Flüchtlingskrise nicht zu bewältigen. Eine Bewusstmachung des christlichen Menschenbildes unter den Kirchenmitgliedern und durch sie im öffentlichen Raum kann auch dazu beitragen, dem eskalierenden Hass und der Fremdenfeindlichkeit entgegenzuwirken, etwa in den sozialen Medien.

Die Kirchengemeinden als Ganze sind organisatorisch gefragt. Da es überall sowohl kirchliche Gebäude als auch Hauptamtliche gibt, haben die Kirchen die Möglichkeit, sich auch organisatorisch und strukturell, etwa durch Bereitstellen von Gebäuden und durch die professionelle Organisation von Freiwilligen, in die Arbeit mit einzubringen. Und letztendlich und nicht zuletzt können Kirchenleitungen sich an vielen Orten und in vielen Ländern aktiv am öffentlichen Diskurs beteiligen und dadurch Zeichen setzen in Bezug auf politische Fragen, zu denen die Kirchen von einem christlichen Menschenbild her deutlich beitragen könnten und sollten.

Im Lichte der biblischen Gesetze und Erzählungen wird deutlich, dass die Schrift zur Flüchtlingsfrage Stellung nimmt und auch ein Buch über Flüchtlinge ist. Abraham etwa ließe sich mit den heutigen Wirtschaftsflüchtlingsen vergleichen. Jesus könnte gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention Asyl beantragen. Die biblische Aufforderung, einen Fremden bzw. einen Flüchtling wie sich selbst zu lieben (vgl. Lev 19,34), hat nicht nur historische und „binnenchristliche“, sondern auch allgemein politische Relevanz in einem Europa, das sich auf christlich-humanistische Grundwerte berufen möchte. Der Einsatz für die Flüchtlinge kann auch als Akt der christlichen Nächstenliebe und Solidarität mit Menschen in Not verstanden und gedeutet werden. Deshalb obliegt der christlichen Kirche, die ihren Auftrag und ihre diakonische Identität ernst nimmt, die Pflicht, sich für Menschen in Not einzusetzen.

Schon die Bibel enthält mit Abraham und Jesus zwei prominente Personen mit Flüchtlingsschicksal.

Der Einsatz für Flüchtlinge ist aber zuerst und vor allem eine grundlegende Verpflichtung, die allen europäischen Ländern als rechtsstaatlichen und demokratischen Ländern und ihren Bürgern obliegt. Die norwegische ökumenische Nothilfeorganisation *Norwegian Church Aid* hat im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise eine Kampagne unter dem Motto „Menschen in Not brauchen Hilfe“ (norwegisch: „Folk i nød skal ha hjelp“) geleitet. Bei dieser Aktion ging es darum zu zeigen, dass das Eintreten für die Flüchtlinge in Not keine wahlfreie Handlung ist.

Als Länder Europas, die sich den Menschenrechten und der Internationalen Flüchtlingskonvention grundlegend verpflichtet wissen, ist das Eintreten für Menschen in Not eine grundrechtliche Verpflichtung. Vielleicht könnte man gerade an diesem Punkt von Europa als so genanntem „christlichem Abendland“ ein besonderes Bewusstsein von Menschenwürde und Menschenwerten erwarten, weil die christlich-humanistische Tradition eben gerade in ihrer Anthropologie, der Wertschätzung der Würde jedes Menschen, eine entscheidende Grundlage für das Zusammenleben in Europa bildet. Die politischen Diskussionen, die sich im Laufe der letzten Monate im europäischen Raum und zwischen den politischen Leitungen auf europäischer Ebene vollzogen haben, lassen jedoch leider Zweifel an einem solchen grundlegenden Einverständnis über Menschenrechte und Menschenwürde und politische Verantwortung aufkommen.

Alle Menschen, auch und gerade Flüchtlinge, haben grundlegende Rechte auf Schutz. Es sollte eine Aufgabe für die kirchlichen und diakonischen Akteure sein, kontinuierlich und unablässig an diese Werte zu erinnern und sie gegebenenfalls dort einzuklagen, wo sie vernachlässigt werden.

Die Flüchtlingskrise in Europa gibt den Kirchen die Möglichkeit, Solidarität und Menschlichkeit vorzuleben, so der Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes (LWB), Pfarrer Dr. Martin Junge, in einem vom 4. September 2015 datierten Schreiben an die lutherischen Mitgliedskirchen. Der Schutz von Flüchtlingen sei nicht nur eine moralische Verpflichtung, erinnert Junge die Mitgliedskirchen: „Als Unterzeichner völkerrechtlicher Verträge und insbesondere der Flüchtlingskonvention haben die europäischen Staaten die Pflicht, Flüchtlinge zu schützen.“¹ Deshalb sollte eine Rückbesinnung auf diese grundlegenden Rechte, die das Selbstverständnis der europäischen Länder historisch zusammengeführt und geeint hat, ein wichtiger Aspekt dessen sein, was Europa heute zusammenhalten könnte. Die Flüchtlingskrise macht diesen Aspekt, ungeachtet aller politischen Kontroversen in und zwischen den Ländern Europas, überdeutlich.

Die Kirchen sollten deshalb an der Entwicklung und Förderung einer *Willkommenskultur* in ihren jeweiligen Kontexten beitragen. Diese Willkommenskultur umfasst sowohl die persönliche und mitmenschli-

1 <https://de.lutheranworld.org/de/content/verpflichtung-zum-schutz-von-fluechtlingen-ist-nicht-allein-moralisch-begrundet-21>(letzter Zugriff: 20.01.2016).

che Ebene, wenn Menschen die Menschen aus anderen Ländern willkommen heißen, Gastfreundschaft zeigen und sich für deren Wohl engagieren. Willkommenskultur zu fördern heißt auch, dem eskalierenden Fremdenhass und Rassismus entgegenzuarbeiten. Beginnend auf der nachbarschaftlichen Ebene, in Kirchengemeinden und Kommunen, in Schulen, an Arbeitsplätzen und im Bereich von Freizeit und Sport, gibt es Möglichkeiten, Willkommenskultur zu leben, indem Vorurteile abgebaut und Begegnung und Dialog gesucht werden. Das individuelle Engagement der Christinnen und Christen als Mitbürgerinnen und Mitbürger und Mitmenschen ist wohl der wichtigste Beitrag der Kirchen zu einer allgemeinen Willkommenskultur in den europäischen Gesellschaften. Es sollte Hand in Hand mit der Entwicklung von *Willkommensstrukturen* gehen, an denen auch die Kirchen organisatorisch teilhaben.

Die Flüchtlingskrise erinnert die Kirche an ihren Auftrag zur Gastfreundschaft.

Das Engagement für Mitmenschen in Not erwächst aus der Überzeugung, dass wir als Christinnen und Christen nicht die Augen schließen dürfen, wo Unrecht geschieht und Menschen leiden. Dieses Engagement verlangt aber auch Strukturen und Leitung, professionelle Koordination und Zusammenarbeit mit Institutionen und Organisationen, die Verantwortung für die Flüchtlingsarbeit sowohl im zivilen als auch im kirchlichen und diakonischen Bereich tragen. Zusammenfassend könnte man sagen, dass die Flüchtlingskrise die Kirche an ihren Auftrag zur Gastfreundschaft erinnert, die eine Willkommenskultur in Kirche und Gesellschaft fördert, die ihrerseits der Willkommensstrukturen bedarf.

Die Flüchtlingssituation als ökumenische Chance für die Kirchen

Die Geschichte der ökumenischen Bewegung kann aus verschiedenen Perspektiven geschrieben werden; als Suche nach kirchlicher Einheit in Christus oder auch als kirchenpolitisches Projekt. Die Geschichte der Ökumene kann aber auch aus der Perspektive des Zusammenhangs zwischen weltlicher Geschichte und Kirchengeschichte geschrieben werden. Die großen Ereignisse der ökumenischen Geschichte des letzten Jahrhunderts können als Reaktion der Kirchen auf die Weltsituation gedeutet werden. Nach den Gräueln der zwei Weltkriege, angesichts der menschlichen Not und der Zerstörung in weiten Teilen Europas und im Bewusstsein des Versagens vieler kirchlicher Leitungspersonen unter der Nazi Herrschaft suchten die Kirchen auf neue Weise gemeinsame Wege. Ökumenische Organisationen, wie etwa der Ökumenische Rat der

Kirchen, und die konfessionellen Weltbünde, wie die Leuenberger Kirchengemeinschaft, konstituierten sich auf dem Hintergrund der politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen in der Nachkriegszeit. Wo Menschen leiden und die Not allerorts gegenwärtig ist, haben sich die Kirchen darauf besonnen, dass sie zusammenstehen müssen – in Zeugnis und Dienst. Die Leuenberger Konkordie von 1973, das Grundlagendokument der gegenseitigen Anerkennung der reformatorischen Kirchen aufgrund der Einheit im Verständnis von Wort und Sakrament, unterstreicht, dass die gegenseitige Anerkennung der Kirchen, d. h. die Erklärung der Kirchengemeinschaft, die Basis für deren Verwirklichung in „Zeugnis und Dienst“ ausmacht:

„Die Verkündigung der Kirchen gewinnt in der Welt an Glaubwürdigkeit, wenn sie das Evangelium in Einmütigkeit bezeugen. Das Evangelium befreit und verbindet die Kirchen zum gemeinsamen Dienst. Als Dienst der Liebe gilt er dem Menschen mit seinen Nöten und sucht deren Ursachen zu beheben. Die Bemühung um Gerechtigkeit und Frieden in der Welt verlangt von den Kirchen zunehmend die Übernahme gemeinsamer Verantwortung.“ (Leuenberger Konkordie, § IV,2 a).²

Die Kirchen sind im Angesicht der aktuellen Flüchtlingskrise zur Zusammenarbeit herausgefordert. Die Flüchtlingskrise birgt die Möglichkeit in sich, dass Kirchen sich gemeinsam in ihren jeweiligen Zivilgesellschaften engagieren. Wenn und weil sie das unabhängig von ihrer konfessionellen Familienzugehörigkeit tun, kann dies dazu beitragen, sie näher zusammenzuführen.

Abschließend soll deshalb hervorgehoben werden, dass die Flüchtlingskrise nicht nur eine Chance und Herausforderung für den Zusammenhalt Europas, sondern auch für den der Kirchen bedeutet. Die Kirchen sollen sich nicht mehr vor allem um eigene Anliegen und Sorgen kümmern, sondern den Blick heben im gemeinsamen Zeugnis und Dienst am Menschen und an der Welt. Ein solcher Dienst ist nicht nur notwendiger Dienst am Menschen in Not auf der Grundlage eines christlichen Menschenbildes, sondern gleichzeitig auch Zeugnis des Wirkens des dreieinigen Gottes in der Welt. Es kann auch dazu beitragen die vielerorts geschwächte Glaubwürdigkeit der Kirchen zu stärken, indem Menschen erfahren, dass das Zeugnis vom gnädigen Gott auch ein Zeugnis vom gnädigen Menschen sein sollte.

2 Quelle: https://www.ekd.de/glauben/grundlagen/leuenberger_konkordie.html.

Abschottungspolitik: weltfremd und gescheitert

Pater Frido Pflüger SJ ist Direktor des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes Deutschland. Zuvor war er mehrere Jahre Regionaldirektor des Flüchtlingsdienstes in Ostafrika.

Flüchtlingspolitik, die auf Abschottung beruht, ist zum Scheitern verurteilt und verrät Europas ureigene Werte. Engagierte Bürgerinnen und Bürger zeigen, dass weder Europa noch Deutschland überfordert sind: Sie begegnen Flüchtlingen mit großer Herzlichkeit und tatkräftiger Aufnahmebereitschaft, ganz im Sinne des päpstlichen Appells, der Globalisierung der Gleichgültigkeit mit der Globalisierung der Nächstenliebe zu begegnen. Entscheidend für das Zusammenleben ist es, den Diskurs der „Belastung“ zu beenden und stattdessen Flüchtlingen frühzeitig die aktive Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

2015 war ein Jahr voller Umbrüche. Noch nie kamen so viele Flüchtlinge in so kurzer Zeit nach Deutschland, und noch nie war die Hilfsbereitschaft so groß. Unzählige Ehrenamtliche engagieren sich überall im Land für Flüchtlinge. Sie springen ein, wo lokale Behörden nur langsam neue Strukturen schaffen; sie sind da, wenn Flüchtlinge in den neuen Unterkünften ankommen. Vom Aufbau der Betten über Suppenküchen, Begleitung oder Hilfe bei den Ämtern bis hin zu Deutschkursen und Übersetzungen – überall bestätigen Menschen das historische Diktum der Bundeskanzlerin: Wir schaffen das!



*Empfang von Flüchtlingen am Hauptbahnhof in München, September 2015
(© Pascal Meyer SJ/SJ-Bild)*

Nein, wir sind bei weitem nicht überfordert – wir haben ja kaum richtig angefangen, uns der neuen Aufgabe zu stellen. Statt dieses Engagement zu fördern, hält aber das so genannte „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“ an dem ebenso falschen wie sinnlosen Kurs der Abwehr und Abschottung fest. Es setzt eine Politik



*Flüchtlingsmädchen am Hauptbahnhof in München, September 2015
(© Pascal Meyer SJ SJ-Bild)*

Euro mehr oder weniger. Menschen verlassen ihre Heimat, ihr Zuhause, ihre Nachbarn und Freunde, weil sie es müssen. Solange Flüchtlinge vor existenziellen Bedrohungen fliehen – seien es Bomben, Hunger, existenzielle Not oder rassistische Gewalt –, werden weder Paragraphen noch Grenzzäune sie von ihrer Suche nach Schutz und Sicherheit abhalten.

Menschen verlassen ihre Heimat, ihr Zuhause, ihre Nachbarn und Freunde nicht freiwillig, sondern aus purer Not.

fort, deren Fehler darin besteht, in Bezug auf Flüchtlinge von einem Menschenbild auszugehen, das wir in jedem anderen Zusammenhang weltfremd nennen würden. Menschen verlassen ihre Heimat nicht für ein paar Euro mehr oder weniger. Menschen verlassen ihre Heimat, ihr Zuhause, ihre Nachbarn und Freunde, weil sie es müssen. Solange Flüchtlinge vor existenziellen Bedrohungen fliehen – seien es Bomben, Hunger, existenzielle Not oder rassistische Gewalt –, werden weder Paragraphen noch Grenzzäune sie von ihrer Suche nach Schutz und Sicherheit abhalten. Deshalb muss eine Politik, die die tatsächlichen Fluchtursachen erkennt und auf Abschottung oder Schikane setzt, früher oder später scheitern – wir erleben es gerade.

Aufnahme von Flüchtlingen in weltweitem Vergleich

Während weltweit die Zahl der Flüchtlinge dramatisch auf inzwischen fast 60 Millionen angestiegen ist – mehrere Millionen davon aus Syrien und Zentralafrika –, wurden bis vor kurzem in Deutschland immer mehr Unterkünfte abgebaut. Es war naiv zu glauben, dass Europa sich auf Dauer von der globalen Entwicklung abkoppeln könne. Und es war unsolidarisch anzunehmen, dass das wirtschaftsstärkste Land Europas sich auf einen unbeteiligten Beobachtungsposten zurückziehen könne, weil es von „sicheren Drittstaaten“ umgeben ist. Zelte und Container sind als Notfallmaßnahmen wichtig, aber sie können nur eine kurzfristige Lösung sein. Jetzt mit neuen Unterkünften und sozialem Wohnungsbau gegenzusteuern, sind richtige politische Ansätze.

Auch wenn in Deutschland über die im Vergleich zu den Vorjahren hohen Zugangszahlen diskutiert wird: Noch immer nehmen Entwicklungsländer 86 Prozent der Flüchtlinge weltweit auf. Diese globale Verteilung sollten wir uns bewusst machen, wenn sich der wirtschaftliche Exportweltmeister darum sorgt, wie die neu Ankommenden untergebracht und versorgt werden können.

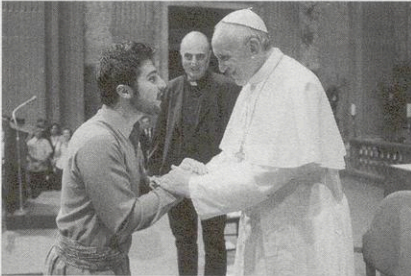
Länder wie Libanon, Irak oder Jordanien stehen seit Jahren vor größeren Herausforderungen als jetzt Deutschland. Mehr als vier Millionen Syrerinnen und Syrer sind aus ihrer Heimat geflohen, weil sie sich nach Frieden und grundlegenden Menschenrechten sehnen. Unter ihnen unzählige Familienväter, Brüder und Söhne, die sich weder von einem skrupellosen Diktator, der Krieg gegen die eigene Zivilbevölkerung führt, noch von zersplitterten und sich radikalisierenden Gegenkräften rekrutieren lassen wollen. Ihnen Schutz zu gewähren, ist nicht Aufgabe eines einzelnen Landes, sondern der ganzen Staatengemeinschaft. Trotzdem muss das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen für die Versorgung syrischer Flüchtlinge bei den internationalen Geberländern betteln gehen – und noch immer sind die Fonds in den angrenzenden Ländern dramatisch unterfinanziert.

Im vergangenen Jahr habe ich den kurdischen Nordirak und den Libanon besucht. Weit mehr als 1,2 Millionen Flüchtlinge warten im Libanon seit Jahren auf ihre Rückkehr nach Syrien. Die Hoffnung auf eine baldige Rückkehr schwindet, aber der Libanon bietet ihnen keinerlei Perspektiven für die Zukunft. So warten immer noch Hunderttausende von Kindern darauf, dass sie endlich in die Schule gehen können, die meisten chancenlos. Auch im Nordirak, in Kurdistan, leben hunderttausende Flüchtlinge in erbärmlichsten Umständen, ohne ausreichende Versorgung und ohne Schulzugang. Diese Reise war für mich eine erschütternde Erfahrung: So viele Menschen zu sehen, die an die Grenzen ihrer Hoffnung kommen, die in erbärmlichen Umständen leben müssen, die keine Zukunftsperspektive mehr sehen, auch nicht für ihre Kinder. Sie leben in jedem halbwegs witterungsgeschützten Winkel, den sie finden können, in Bauruinen und Zelten. Die wenigsten sind in Flüchtlingslagern untergekommen, wo sie immerhin eine Versorgung erhalten. Viele hatten gehofft, dass der Terror des „Islamischen Staates“/ Daesh im Irak und der Krieg in Syrien bald vorübergehen würden. Die meisten aber haben diese Hoffnung inzwischen aufgegeben.

Papst Franziskus und die Flüchtlingskrise

Der Jesuiten-Flüchtlingsdienst ist in diesen Ländern nur eine kleine Organisation, aber wir versuchen, die Familien zu bestärken, den Kindern mit Unterricht zu helfen, den Menschen mit ihren oft grauenvollen Erfahrungen beizustehen. Papst Franziskus hat uns im November aus-

drücklich dazu aufgerufen, Bildung weiter zu fördern: „Bildung rüstet Flüchtlinge mit den Mitteln aus, über das Überleben hinaus voranzugehen, an die Zukunft zu glauben und Pläne machen zu können ... Für



Papst Franziskus mit einem kurdischen Flüchtling aus dem Irak (Rom, in der Kirche Il Gesù, 10. September 2013; © A. Guiliani/JRS)

Kinder, die gezwungen waren zu fliehen, sind Schulen Orte der Freiheit.“¹ Nur wenn die Menschen nicht den Eindruck haben, dass ihren Kindern jede Chance genommen wird, jemals ein selbstbestimmtes Leben zu führen, weil sie in den entscheidenden Lebensjahren keinerlei Bildung erhalten – nur dann werden sie wieder Hoffnung schöpfen.

Solche Hoffnungslosigkeit, wie ich sie in Irak und Libanon erlebt habe, ist ein Beweggrund, sich wei-

ter auf den Weg nach Europa machen – und weil die Wege lebensgefährlich sind, gehen oft zuerst die jungen Männer. Doch wenn die Wege gefährlicher werden, fliehen nicht weniger Menschen – aber es sterben mehr auf der Flucht. Schärfere Grenzkontrollen werden daran nichts ändern. Hingegen ist die Entscheidung der Regierungskoalition, die Finanzhilfe für die wichtigsten Aufnahmeländer und die Flüchtlingsversorgung in den Nachbarregionen der Konfliktherde aufzustocken, wichtig und richtig.

In seiner Straßburger Rede hat Franziskus Europa dazu aufgefordert, wieder seine gute Seele zu entdecken

In Europa greifen Populismus und menschenfeindliche Rhetorik um sich.

und, gestützt auf seine Werte – besonders die menschliche Würde – mit Vertrauen in die Zukunft zu sehen.² Es ist beschämend, dass in Europa stattdessen ein Wettlauf der Schäbigkeit eingesetzt hat, dass sich der reichste Kontinent hinter Natodraht verschanzt, dass populistische und menschenfeindliche Rhetorik und Maßnahmen um sich greifen. Es ist nicht die Anzahl der Flüchtlinge, die dem Rassismus Aufwind geben.

1 Vgl. auch <https://www.jesuiten.org/aktuelles/details/article/papst-lobt-den-jesuiten-fluechtlingsdienst.html>

2 Ansprache an das Europaparlament, Straßburg, 25. November 2014 (Text abrufbar unter http://w2.vatican.va/content/francesco/de/speeches/2014/november/documents/papa-francesco_20141125_strasburgo-parlamento-europeo.html).

Der Rassismus ist schon vorher da, und er ist immer eine Gefahr für eine Gesellschaft, die auf die Menschenrechte Wert legt. Er instrumentalisiert die Flüchtlinge, aber er lässt sich nicht abschaffen, indem Flüchtlinge ferngehalten werden, sondern nur, indem die Werte bewusst verteidigt und gestärkt werden, gegen die er sich richtet: die Gleichheit aller Menschen und ihre unantastbare Würde, Mitmenschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit.

Europa verrät seine Werte

Der Jesuiten-Flüchtlingsdienst ist unter anderem in der Abschiebungshaft tätig und hat zudem Hunderte von Gemeinden bei Kirchenasylan unterstützt, die Abschiebungen verhindert haben. Im Gespräch mit Menschen, die Furchtbare auf der Flucht erlebt und manchmal eine jahrelange Odyssee durch Europa hinter sich haben, halten uns Flüchtlinge einen Spiegel vor. Wir hören oft erschütternde Schilderungen von Menschen, die einen Traum hatten: Europa. Dieser Traum ist eben nicht materiell. Sie erinnern uns an das Versprechen, das Europa sich selbst gegeben hat: „Ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ zu sein. Weil wir Menschenrechte hoch halten, deshalb fliehen viele Menschen nach Europa – und nicht nach China oder in den Iran! „Aber Europa respektiert unsere Rechte nicht. Europa führt einen Krieg gegen uns“, sagte uns ein junger Flüchtling, der wegen seiner Religionszugehörigkeit aus der Heimat fliehen musste. Und ein anderer Mann, der aus einer Diktatur entkommen ist, sagte: „Wir mussten fliehen, weil wir die Demokratie lieben. Wir sind Demokraten! Genau deshalb sind wir hier. Warum werden wir hier wie Terroristen und Verbrecher behandelt?“

Wenn wir unsere europäischen Ideale nicht verraten wollen, dann dürfen wir die Außengrenzen nicht noch schärfer bewachen, um sie vor Flüchtlingen zu „schützen“. Vielmehr muss die Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen zu einer Selbstverständlichkeit werden. Natürlich kommt einem so großen und wirtschaftsstarken Land wie Deutschland dabei eine entsprechende Verantwortung zu. All das können wir sehr wohl bewältigen – die Politik muss es aber wollen und aktiv gestalten. Dabei könnte sie sich auf ein Engagement in allen Teilen der Gesellschaft stützen, das, wie eingangs skizziert, Seinesgleichen sucht.

Erfolgreiche Integration – nur durch Partizipation

Und was ist mit jenen, die schon angekommen sind? Gesellschaftliche Integration lautet ein erklärtes politisches Ziel – das aber setzt voraus, dass wir auch bereit sind, alle an dieser Gesellschaft teilhaben zu lassen. Integration ist ohne Partizipation nicht zu haben. Bisher aber machen es unsere Gesetze den meisten Neuankömmlingen ausgesprochen schwer, hier Fuß zu fassen und sich einzubringen. Es braucht Unterkünfte in der Nachbarschaft, nicht am äußersten Rand von Gewerbegebieten oder auf der grünen Wiese, es braucht frühzeitige Angebote, die Sprache zu lernen, zu arbeiten, die leichtere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse. Aus Erfahrung wissen wir, dass die Familie die wirksamste Integrationshilfe ist. Die Pläne, den Familiennachzug (der nur für Ehegatten und minderjährige Kinder gilt) zu erschweren, sind nicht nur integrationshemmend. Ihre Umsetzung würde die Rede vom Wert der Ehe und Familie zu leerem Geschwätz degradieren.

Nicht nur Flüchtlinge haben für den Neuanfang Hausaufgaben zu machen – die für das Zusammenleben so wichtige Partizipation kann nur eine Gesellschaft als Ganzes gewährleisten. Als Vertreter des Erzbistums Berlin in der Härtefallkommission erlebe ich aber immer wieder, dass Menschen, die seit Jahren oder Jahrzehnten hier zuhause sind, wieder abgeschoben werden sollen, selbst wenn sie hier aufgewachsen sind, fließend Deutsch sprechen, die Schule besucht haben. Wir können aber nur Integration fordern, wenn wir als Gesellschaft auch bereit sind, den Menschen irgendwann zu sagen: „Du bist jetzt angekommen, du gehörst dazu.“

Papst Franziskus hat in seiner Botschaft zum Weltflüchtlingstag 2016 darauf hingewiesen, dass sich das Phänomen der Flucht eben nicht auf Gesetze, Politik und Wirtschaftszahlen reduzieren lässt. Vor allem bedarf es der Gegenseitigkeit, wie jede menschliche Begegnung. In einem Land, das Flüchtlinge aufnimmt, entsteht leicht der Eindruck, dass es die einen sind, die (ab-)geben und die anderen, die etwas bekommen. Franziskus schlägt vor, uns in der Fähigkeit zu üben, auch die Gaben der neu Ankommenden anzunehmen: „Die Pflege guter persönlicher Kontakte und die Fähigkeit, Vorurteile und Ängste zu überwinden, sind wesentlich für eine Kultur der Begegnung, in der man nicht nur bereit ist zu geben, sondern auch von den anderen zu empfangen.“³

3 Quelle: http://de.radiovaticana.va/news/2015/10/01/die_papst-botschaft_zum_welt-fl%C3%BChtlingstag_im_wortlaut/1175970

Damit knüpft Franziskus an seinen berühmt gewordenen Appell an, der Globalisierung der Gleichgültigkeit mit der Globalisierung der Nächstenliebe entgegenzutreten. Mit diesen Worten hatte er – ebenfalls aus Anlass des Weltflüchtlingstags – deutlich betont, dass die Zeiten der nationalstaatlichen Abschottung vorbei sind: „Mit der Solidarität gegenüber Migranten und Flüchtlingen müssen der Mut und die Kreativität verbunden werden ..., um weltweit eine gerechtere und angemessenere Wirtschafts- und Finanzordnung zu entwickeln.“

Die Politik des Misstrauens, die sich so deutlich in der Asylpolitik durchsetzt, ist tödlich für viele Menschen, die Europa beim Wort genommen und auf die Versprechen von Menschenrechten und Frieden vertraut haben. Eine solche Politik schadet allen. Denn auch ökonomisch ist es unsinnig, den anderen mit seinen Gaben als Belastung statt als Bereicherung zu betrachten. Umso ermutigender ist es, dass so viele Freiwillige, Willkommensinitiativen und Gemeinden sich dem Misstrauen und der Abschottung entgegenstellen und stattdessen mit der Bereitschaft zur herzlichen Aufnahme und mit Nächstenliebe auf Flüchtlinge zugehen. Es wäre zum Besten aller, wenn wir endlich die Solidarität, den Mut und die Kreativität aufbringen, unsere Gesetze an dem auszurichten, was Europa mit seinen eigenen Worten sein wollte: Ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – für alle, die sich ihm anvertrauen.

Die Antwort auf eine Globalisierung der Gleichgültigkeit muss eine Globalisierung der Nächstenliebe sein.

Die Tschechen sind als Europaskeptiker bekannt. Warum eigentlich?

Bára Procházková ist Chefin vom Dienst im Nachrichtenportal des öffentlich-rechtlichen Tschechischen Fernsehens. Vorher war sie als Chefredakteurin des Monatsmagazins „Bel Mondo“ sowie als Redakteurin in mehreren anderen Medien tätig. Sie leitet Seminare für politische Bildung in Deutschland und in Tschechien.

Eine feste Quote zur Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU scheitert am Widerstand der Osteuropäer, berichtete im Herbst des vergangenen Jahres die deutsche Presse vom europäischen Gipfeltreffen. Jeden Tag strömten tausende Flüchtlinge nach Europa, und europäische Politiker suchten gemeinsam nach Lösungen. Von den tschechischen Kollegen kam jedoch eine klare Antwort: Nicht mit uns. Und in den Augen der meisten Tschechen war es richtig so. Warum? Die Experten sind sich einig – die Tschechen haben Angst vor Unbekanntem sowie vor dem Verlust des eigenen Wohlstands und stellen deshalb auch die europäische Integration in Frage.

Tschechen waren schon immer eher europaskeptisch. Diese Haltung ist mal mehr, mal weniger offen kommuniziert worden, je nachdem wer auf der politischen Szene gerade aktiv war. Die Fachöffentlichkeit ist sich einig, dass die allgemeine Meinung bezüglich der europäischen Integration am stärksten von Václav Klaus gelenkt wurde. Klaus war von 1992 bis 1998 Premierminister und später, von 2003 bis 2013, Präsident der Tschechischen Republik. „Er dominierte den öffentlichen Raum mit seiner starken Rhetorik gegen die Europäische Union und es gab keine bedeutende Gegenreaktion darauf. Mit seinem Rückzug aus der aktiven Politik sind seine eurogegnerische Stimme sowie die von seinen Anhängern verschwunden“, meint Jakub Janda, stellvertretender Direktor des Think-Tanks „European Values“. In der politischen Szene waren die Positionen immer klar verteilt – die Linken waren gemeinsam mit den Konservativen immer die größten Skeptiker, ausgesprochene EU-Opti-

misten gab es nie. So konnte Václav Klaus ohne einen ideellen Widerstand zwanzig Jahre lang die tschechische Europa-Meinung lenken, und mangels anderer Stimmen hörte die Bevölkerung zu. „Die Kommunikation hat nach dem Blame-Game-Prinzip funktioniert, also bei gelungenen Taten haben die Politiker die eigenen Verdienste hervorgehoben, bei misslungenen Schritten war die EU schuld“, erklärt Jakub Janda.

Gleichzeitig mit dem Rückzug von Klaus kam im Herbst 2013 die Regierung des sozialdemokratischen Premierministers Bohuslav Sobotka ins Amt, die vorsichtige Schritte in Richtung Europa gemacht hat. So startete die Regierung beispielsweise zum zehnten Jahrestag des EU-Beitritts Tschechiens eine Kampagne, die positive Seiten der EU-Mitgliedschaft kommunizieren sollte, vor allem die finanziellen Vorteile für das Land. Bis zum Anfang der Migrationskrise konnte man in Tschechien also kaum eine europaskeptische Stimme hören, was sich in einer nach Jahren erstmals wachsenden Zustimmung widerspiegelte. Bis zum Anfang des Jahres 2014 stieg das Vertrauen in die europäischen Institutionen, positiv geneigt war laut der Umfragewerte des Meinungsforschungsinstituts CVVM jeder zweite Tscheche, was seit einigen Jahren ein Maximum an Zustimmung gegenüber der EU bedeutete.

Woher kommt die tschechische EU-Skepsis?

Die Experten erklären den tschechischen Abstand zur EU mit einer allgemeinen Unwissenheit und einer schlechten historischen Erfahrung. Auch im Vergleich mit anderen Staaten zeigen Tschechen nur oberflächliche Kenntnisse über die europäische Integration. So konnten zum Beispiel 66 Prozent der Tschechen bei einer Untersuchung, die das Tschechische Fernsehen 2014 durchführen ließ, keinen einzigen der 22 EU-Abgeordneten aus ihrem Land nennen. In der Slowakei zum Beispiel waren es zumindest zwei. Gleichzeitig beklagen sich die tschechischen EU-Abgeordneten immer wieder öffentlich in den Medien, dass „sie sich wie im Exil fühlen“, und begründen dies damit, dass im Gegensatz zu anderen Regierungschefs die tschechischen Premierminister kein Interesse an einem Austausch mit ihnen hätten. „In den Köpfen eines Großteils der Gesellschaft bleiben die Grenzen zu. Manche sind nicht fähig, sich mit Europa zu identifizieren, sondern nur mit Tschechien. Es kann mit dem Alter zusammen hängen“, meint Monika Horáková, Prager Politikerin der Grünen Partei.

Gleichzeitig werden in regelmäßigen Zeitabständen Stimmen laut, die an negative historische Erfahrungen aus zwei unterschiedlichen Epochen erinnern. Die aus dem Sozialismus lässt sich in folgendem Satz zusammenfassen: „Wir mussten uns vor Moskau verbeugen, nun wollen wir es nicht wieder vor Brüssel tun.“ Die andere führt in die Vorkriegszeit zurück und wird als so genannter „Münchener Komplex“ beschrieben. So wurde im Jahr 1938 im Münchener Abkommen zwischen Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland vereinbart, dass

„Wir mussten uns vor Moskau verbeugen, nun wollen wir es nicht wieder vor Brüssel tun.“

die Tschechoslowakei das Sudetengebiet an Deutschland abtreten sollte. Die tschechoslowakischen Vertreter wurden zu den Verhandlungen nicht einmal eingeladen, und so bleibt in der

tschechischen Gesellschaft nach wie vor ein Misstrauen gegenüber den westeuropäischen Staaten, das sich folgendermaßen zusammenfassen lässt: „Es wurde über uns, aber ohne uns verhandelt und entschieden.“ Diese Haltung taucht in der tschechischen Argumentation immer wieder auf und wird auch aktuell bestätigt, neuerdings nach der Entscheidung der europäischen Vertreter über die Verteilungsquoten für Flüchtlinge. So wollten die Tschechen keine Flüchtlinge aufnehmen, aufgrund der Entscheidung der anderen EU-Staaten müssen sie nun aber doch etwa 3.000 Flüchtlingen Asyl gewähren.

In der Flüchtlingsfrage sind sich alle Parteien quer durch das politische Spektrum beiseite einig, und die oppositionelle Parlamentspartei *Úsvit-Národní koalice* forderte unmittelbar nach der europäischen Entscheidung über die Quoten ein Referendum über den EU-Austritt Tschechiens, und zwar mit dem erwähnten „Münchener Argument“. Die Petition erhielt 70.000 Unterschriften, und das in einem Land, wo Petitionen meistens kaum über 10.000 Befürworter finden. Die tschechische Regierung erklärte in diesem Zusammenhang, ein möglicher EU-Austritt wäre für das Land ein Fehler. „Die EU-Mitgliedschaft ist einer der Grundsteine der tschechischen Außenpolitik und gehört zu den Interessen des Landes“, schrieb die Regierung in einer Erklärung.

Lange Zeit war eine der positiven europäischen Errungenschaften in den Augen der Tschechen der Schengen-Raum. Die Menschen verstanden ihn als ein Symbol für die neue Freiheit und als den wichtigsten Vorteil der europäischen Integration, was sich mit der offiziellen politischen Linie deckte, denn auch die Regierung hielt den funktionierenden Schengen-Raum für eines der wichtigsten politischen Interessen des

Landes. Nun kam es in der öffentlichen Meinung zu einer Wende. Die Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2015 zeigten, dass die Unterstützung für eine Personenfreizügigkeit in Tschechien rapide sinkt. „Insgesamt 80 Prozent der Tschechen waren von einem Tag auf den anderen für das Schließen der Grenzen, damit keine Fremden ins Land kommen. So hatte die Regierung plötzlich ein Problem, wie sie ihre Ziele kommunizieren soll“, kommentiert Jakub Janda die Umfragewerte. Einerseits muss sich das Land an die europäischen Verpflichtungen halten, andererseits jedoch ermöglicht die Meinung in der Bevölkerung keine Politik, die gegenüber der EU und der Flüchtlingsfrage offen ist. Die Lage wird auch durch den bereits gestarteten Wahlkampf zu den diesjährigen Regionalwahlen beeinflusst.

Warum wollen die Tschechen keine Flüchtlinge aufnehmen?

Seit den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts wurde die tschechische Gesellschaft Schritt für Schritt homogener. Nach dem Kriegsende verschwanden aus der Gesellschaft Juden und Deutsche, Sinti und Roma, ebenso wie behinderte Menschen oder Homosexuelle. „Deshalb haben die Tschechen bis heute ein großes Problem mit allem, was anders ist“, sagt Lukáš Houdek, Aktivist, der sich für die Minderheitenrechte einsetzt. Seine Worte werden auch durch die Ergebnisse der aktuellen Eurobarometer-Untersuchung bestätigt, nach denen es einen Großteil der tschechischen Befragten stören würde, wenn sie zwei küssende Schwule sehen würden. Sie wären auch nicht einverstanden, wenn ihr Kind einen körperlich behinderten Partner heiraten würde oder einen gemeinsamen Arbeitsplatz mit einem Buddhisten hätte. Vierzig Jahre Geschlossenheit haben zur Folge, dass die Gesellschaft keine Erfahrung mit einer ethnisch offenen und bunten Realität wie in der westlichen Welt hat.

Die tschechische Gesellschaft hat keine Erfahrung mit einer ethnisch offenen und bunten Realität.

Dazu kommt die Befürchtung, mit der Ankunft von vielen bedürftigen Menschen könnte sich am gewohnten Lebensstandard etwas ändern. „Von Bedeutung ist, dass sich die tschechische Gesellschaft 25 Jahre lang hauptsächlich auf das eigene Lebensniveau konzentriert hat. Nun ist die Stabilität weg und jemand scheint in den Augen der Menschen ihren Wohlstand und ihre Sicherheit zu gefährden. Gleichzeitig ist im Gegensatz zu früher nicht mehr so klar vorhersehbar, wie sich das

Leben in der Zukunft weiter entwickeln wird. Und das bringt eine große Unsicherheit mit sich“, erklärt Ivan Gabal, Abgeordneter und einer der führenden tschechischen Soziologen.

Wegen der Flüchtlinge stellen die Tschechen die ganze EU in Frage

Nun verbinden sich die EU-Skepsis und die Angst vor den Muslimen, und der Begriff Europa wird mit jedem ankommenden Flüchtling negativer wahrgenommen, meint Jakub Janda. Die Umfrageergebnisse bestätigen, dass die Nichtübereinstimmung mit der Migrationspolitik der EU an eine Ablehnung der europäischen Integration insgesamt gekoppelt ist. Nach einer Untersuchung der Agentur STEM sind drei Fünftel der Bewohner der Tschechischen Republik unzufrieden mit der EU-Mitgliedschaft des Landes, und 62 Prozent würden heute gegen den EU-Beitritt des Landes stimmen. Das gaben vor allem Menschen an, die in der Untersuchung gleichzeitig ihre Angst vor dem Islam erwähnten.

Auch die politischen Eliten verbinden die Migration mit einem Versagen der gesamten Europäischen Union. So sagt zum Beispiel der ehemalige Präsident Václav Klaus: „Die unverantwortlichen europäischen Politiker wie Merkel, Gauck, Juncker oder Tusk nutzen die Migrationskrise aus. Sie kennen die Regel der Politik: Kommt eine Krise, muss man schnell bedeutende Veränderungen einführen, die in einem Normalfall nicht durchkommen würden. So missbrauchen sie die Migrationskrise dazu, in der EU die Schrauben anzuziehen. Das bedeutet eine Demokratiebeschränkung sowie Verstärkung der Zentralisierung und Abschwächung der Freiheit.“ Und Václav Klaus bekommt in den Medien in den letzten Monaten immer mehr Raum.

Interview: Tschechen sind besonders offen für die Rhetorik von Populisten

Einer der führenden christdemokratischen Politiker, David Macek, verlässt nach 19 Jahren seine Partei. Grund ist die negative Haltung seiner Kollegen in der Flüchtlingsfrage. Im Gespräch erläutert er die Gründe der tschechischen Skepsis gegenüber den Flüchtlingen sowie gegenüber der europäischen Integration. – David Macek (39) ist ein tschechischer Politiker, Soziologe und Psychotherapeut. Zwischen 2006 und 2010 war er stellvertretender Vorsitzender der tschechischen Christ-

demokraten (KDU-ČSL), seit 2010 sitzt er im Regionalparlament der Region Südmähren. Im Herbst 2015 beendete er seine Mitgliedschaft in der Partei wegen deren Haltung in der Flüchtlingsfrage. – Die Fragen stellte die Autorin.

Wie erklären Sie sich die eher ablehnende Haltung der tschechischen Gesellschaft in der Flüchtlingskrise?

Wir Tschechen haben ein Problem mit allem, was aus dem allgemeinen Durchschnitt heraussticht. Und wir haben gleichzeitig ein Problem mit allem, was gewissermaßen „größer“ ist als wir selber. Das zeigt sich in der ablehnenden Meinung zum Adel, zu Kirche und Religion im Allgemeinen sowie in der negativen Position gegenüber allen Minderheiten. Mit Ausnahmen kann die tschechische Gesellschaft einfach nicht umgehen. Was Flüchtlinge betrifft, hatten die meisten Tschechen kaum je die Möglichkeit, jemandem auf der Flucht persönlich zu begegnen oder Muslime zu treffen. So haben die Menschen eine diffuse Angst vor dem Unbekannten und sind dadurch offener für Propaganda jeglicher Art. Sie sehen etwa in den Medien das Bild einer Entauptung, verbinden es automatisch mit Muslimen und bekommen Angst.

Kann man dem irgendwie entgegenwirken?

Alles fängt mit einer persönlichen Begegnung mit anderen Menschen an. Das ist der Schlüssel für eine Änderung des tschechischen Standpunkts. Je mehr Muslime wir treffen, desto weniger Angst werden wir haben.

Das ist allerdings ein Teufelskreis. Denn wir können nicht mehr Muslime aufnehmen, da die Politiker und ein bedeutender Teil der Bevölkerung dagegen sind ...

Wir müssen zunächst die Bevölkerung besser informieren. Des Weiteren müssen wir auch die böhmischen und mährischen Regionen Schritt für Schritt darauf vorbereiten, dass dort in Zukunft mehr Menschen aus unterschiedlichen Kulturen leben werden. Das könnte mithilfe von positiven Beispielen funktionieren.

Wenn irgendwo in der Welt eine humanitäre Katastrophe passiert, zum Beispiel ein Erdbeben auf Haiti oder in Nepal, spenden die Tschechen innerhalb von wenigen Tagen gleich mehrere Dutzend Millionen Kronen. Wieso ist diese grundsätzliche tschechische Hilfsbereitschaft nicht auch für die Flüchtlinge aus Syrien da?

Grundsätzlich gibt es in Tschechien viel Hilfsbereitschaft, nur ist diese im Moment durch die Ängste stillgelegt. Die erwähnten Katastrophen

hatten keine besondere Auswirkung auf den Alltag der Einheimischen, dies wäre bei einer Aufnahme von Flüchtlingen anders. Eine Lösung gibt es nur durch die persönliche Erfahrung. Dazu habe ich ein schönes Beispiel: Zum Gedenktag der „Samtenen Revolution“ am 17. November fuhr ich mit dem Auto nach Prag und nahm außer vier Kollegen noch den Vorsitzenden der Brünner Gemeinde der Muslime mit. Für meine Kol-

Die meisten Tschechen hatten kaum je die Möglichkeit, einem Flüchtling persönlich zu begegnen oder einen Muslim zu treffen.

legen war er der erste Muslim, mit dem sie je gesprochen haben. Er erzählte lustige Geschichten aus seinem Leben und sagte auch, dass er immer von seiner Ehefrau eine Einkaufsliste bekäme, weil sie immer mit ihm schimpft,

wenn er sich die Sachen nicht merken kann. Meine Kollegen waren nach dieser zweistündigen Autofahrt ganz positiv überrascht, dass er so wie sie ganz „normal“ ist.

Warum sind denn die tschechischen Politiker nicht so ein Vorbild für die Bevölkerung wie manch anderer europäischer Politiker?

Erstens sind die Politiker Menschen aus der Bevölkerung. Warum sollten sie besser sein als der durchschnittliche Tscheche? Und solange die Mehrheitsmeinung negativ ist, bekommen sie mehr Zustimmung, wenn sie das Land vor den Flüchtlingen schützen. Sie wollen einfach, dass keine anderen Menschen ins Land kommen. Ich habe zum Beispiel meinen Kollegen im Regionalparlament von Südmähren angeboten, dass ich einige Integrationsmaßnahmen aus den französischen Regionen bei uns kommunizieren und umsetzen könnte. Sie waren aber dagegen und zwar mit der Begründung, dass wir uns auf die Regionalwahlen 2016 vorbereiten müssten und dass dieses Thema keine Stimmen bringe – sogar eher im Gegenteil.

War das für Sie der Grund, die Christdemokratische Partei nach 19 Jahren aktiver Mitgliedschaft zu verlassen?

Es war eine Entwicklung der letzten Monate, denn die Christdemokraten rückten immer weiter in die Nähe nationalistischer Bewegungen. Meine Kollegen betrachteten zum Beispiel einige Schritte des ungarischen Premierministers Viktor Orbán gegenüber den Flüchtlingen als völlig angemessen und waren auch gegen die europäischen Flüchtlingsquoten. Als mir klar wurde, dass die Partei christliche Werte mit nicht-christlichen Methoden verteidigen will, habe ich mich verabschiedet.

Wie waren die Reaktionen darauf?

Einige wenige Parteimitglieder aus unterschiedlichen Ecken des Landes haben mir geschrieben und ihre Sympathien ausgesprochen, die meisten haben aber negativ reagiert. Der Parteichef, Pavel Bělobrádek, führte eine Kampagne gegen mich auf Facebook. Ich bin nach wie vor Mitglied des Regionalparlaments von Südmähren und habe meinen Kollegen angeboten, dass ich meine Arbeit als Vorsitzender des Ausschusses für Regionale Entwicklung bis zu den Wahlen weiterführe und in diesem Zusammenhang auch Projekte zur Integration vorantreibe. Meine Kollegen waren dagegen und haben mich abberufen. Das alles hat mir gezeigt, dass es die richtige Entscheidung war.

Was kann die Migrationskrise für die Zukunft Tschechiens in der Europäischen Union bedeuten?

Die meisten Tschechen sehen die aktuelle Situation leider als ein weiteres Argument gegen die europäische Integration, und es gibt genug Populisten, die diese Tendenz für sich nutzen. Dazu gehören auch der jetzige und der vorherige Präsident. Die Menschen hören diesen Leuten zu. Die Politiker wollen viele Kompetenzen nicht nach Brüssel abgeben, die Europäische Union ist darum in vielen Fällen nicht handlungsfähig, dann erzählen aber die Politiker zu Hause den Wählern, dass die EU unfähig sei, und sammeln damit Punkte.

Warum haben gerade die Tschechen ein offenes Ohr für solche Populisten?

Das hängt mit der eigenen Identität zusammen. In Tschechien gibt es dieses Gefühl, dass man sich stets gegen Andere abgrenzen muss – und das schon seit der Hussitenbewegung im 15. Jahrhundert. Die Hussiten hatten das Motto „Gegen alle“. Das beschreibt die grundsätzliche tschechische Haltung sehr gut, und sie taucht in der Geschichte immer wieder auf. Genau das haben wir auch während der Diskussion über die Flüchtlingsquoten gemerkt, die Rhetorik war klar: Wir sind die Einzigen, die erkannt haben, dass die Quoten ein Fehler sind, alle Anderen sehen es nicht, also müssen wir gegen alle kämpfen.

Polen und Europa: nur eine Zweckgemeinschaft?

Prof. Dr. Stefan Garsztecki ist Politologe und Historiker an der Technischen Universität in Chemnitz sowie Inhaber des Lehrstuhls für Kultur- und Länderstudien Ostmitteleuropas.

Ausgehend von aktuellen Umfragewerten der polnischen Bevölkerung zur Europäischen Union vermittelt der Beitrag einen Überblick über den Umgang der neuen polnischen, nationalkonservativen Regierung mit Themen aktueller Europapolitik. Auffallend ist dabei die stärkere Betonung nationaler Positionen gegenüber europäischen Interessen. Inwiefern die neue polnische Regierung den Konflikt mit der EU auf die Spitze treibt, bleibt vorerst noch abzuwarten.

Vom Musterknaben zum Skeptiker?

Lange Jahre galten die Polen und ihre jeweiligen Regierungen als Muster-europäer. Im Vergleich mit den anderen drei Visegrád-Staaten Tschechien, Slowakei und Ungarn ist das Bild der Europäischen Union (EU) in Polen nach wie vor positiv. Im Standard-Eurobarometer vom Frühjahr 2015 wurde die EU in Polen von 58 Prozent der Befragten positiv assoziiert gegenüber 38 Prozent negativen Bildern, während in Tschechien nur 37 Prozent, in der Slowakei nur 38 Prozent der EU ein positives Bild zuschrieben. In Ungarn hielten sich positive und negative Wahrnehmung mit 43 Prozent die Waage.¹ Trotz der Abnahme der positiven Assoziationen mit der EU in Polen bestätigt das Standard-Eurobarometer lang anhaltende Trends. Bei einer repräsentativen Umfrage im Frühjahr 2014 anlässlich des zehnten Jahrestages der polnischen EU-Mitgliedschaft unterstützten 89 Prozent die polnische EU-Mitgliedschaft, wie überhaupt die Zustimmung zur EU seit dem Beitritt im Jahr 2004 immer überaus positiv war.

1 Vgl. Standard-Eurobarometer 83, Frühjahr 2015, DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION. ERSTE ERGEBNISSE, S. 9 (http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb83/eb83_first_de.pdf).

Begleitet wurde diese positive Grundstimmung in der Gesellschaft seit dem Regierungswechsel zur liberalen Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) im Herbst 2007 von europafreundlichen Regierungen, zunächst unter dem heutigen EU-Ratsvorsitzenden Donald Tusk als Ministerpräsident, ab Herbst 2014 bis zur Parlamentswahl am 25. Oktober 2015 dann angeführt von Ministerpräsidentin Ewa Kopacz. Polen war ganz zweifellos in der Union angekommen und gerierte sich mit wachsendem Erfolg als Akteur, was sich auch in der Neuverhandlung des mehrjährigen EU-Finanzrahmens niederschlug, in dem Polen für den Zeitraum 2014-2020 mit 82,5 Milliarden – etwa 10 Milliarden – mehr aus den Strukturfonds zugestanden wird als im vorangegangenen Zeitraum 2007-2013. Hier konnte sich Warschau gemeinsam mit 15 anderen ärmeren EU-Staaten in einem informellen Bündnis, das sich als „Freunde der Kohäsionspolitik“ bezeichnete, erfolgreich gegen eine starke Kürzung der Mittel für die Kohäsionspolitik im EU-Finanzrahmen 2014-2020 einbringen.

Diese positive Wahrnehmung Europas und insbesondere das konstruktive Agieren der polnischen Regierung innerhalb der EU scheinen sich im Herbst 2015 deutlich geändert zu haben. Einerseits ist in den Parlamentswahlen am 25. Oktober 2015 mit der Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) eine Gruppierung mit absoluter Mehrheit (37,58 Prozent der Stimmen, 235 von 460 Parlamentsmandate) an die Regierung gekommen, die von vielen Beobachtern innerhalb wie auch außerhalb von Polen als EU-skeptisch wahrgenommen wird. Das symbolische Entfernen der EU-Fahnen vor einer Pressekonferenz der polnischen Regierung

durch die Ministerpräsidentin Beata Szydło am 25. November 2015 ist Beleg für diese distanziertere Haltung zur EU oder zumindest zu deren Symbolik. Andererseits offenbart die polnische Debatte über den Zustrom

Heute ist in Polen weniger von gemeinsamen europäischen Werten die Rede, vielmehr geht es vor allem um die Durchsetzung nationaler Interessen in Brüssel.

von Flüchtlingen nach Europa und die darin zum Ausdruck gekommene Skepsis gegenüber der Politik Deutschlands sowie die mangelnde Bereitschaft sowohl der polnischen Regierung als auch der Bevölkerung, Flüchtlinge im Rahmen europäischer Solidarität aufzunehmen und den EU-Beschluss bezüglich der Umverteilung von 120.000 Flüchtlinge vom 22. September 2015 umzusetzen, das die Phase der EU-Euphorie in Polen ihr Ende erreicht hat. Von gemeinsamen europäischen Werten ist

heute weniger die Rede, vielmehr von der Durchsetzung nationaler Interessen in Brüssel – wenn es sein muss auch gegen Deutschland. Dieses soeben skizzierte Panorama übersieht allerdings, dass auch unter den Vorgängerregierungen gravierende Interessensunterschiede beispielsweise zwischen Deutschland und Polen in der Frage der Russlandpolitik der EU oder hinsichtlich einer von Polen gewünschten gemeinsamen EU-Energiepolitik bestanden und dass auch die neue Regierung keineswegs aus der EU austreten möchte.

Die neue Regierung und der konservative Diskurs über Europa

Der von der PiS-Regierung vollzogene Kurswechsel in der Europa-Politik hatte sich allerdings seit Jahren angedeutet. Bereits während der ersten Regierungszeit von PiS in den Jahren 2005–2007, damals noch in einer Koalitionsregierung, war PiS ein schwieriger Partner gewesen, der sich zwar nicht der EU verschloss, wohl aber einer immer weiter gehenden Integrationsdynamik. Dem gegenüber wurde stets der Erhalt der nationalen Souveränität betont.

In konservativen Kreisen und Milieus ist seitdem die Kritik an der EU nicht abgerissen. Als Polen im Jahr 2014 noch unter Ministerpräsident Tusk zehn Jahre Mitgliedschaft in der EU feierte und die Regierung dies mit ausführlichem Informationsmaterial und Fernsehspots würdigte, war die Analyse der politischen Rechten in Polen deutlich kritischer. Dabei muss angemerkt werden, dass der polnische Pressemarkt erheblich bunter ist, als es im Ausland oft wahrgenommen wird. Während die vom ehemaligen Dissidenten Adam Michnik nach wie vor geleitete Tageszeitung *Gazeta Wyborcza* ebenso wie die linksliberale Wochenzeitung *Polityka* eher ein positives Bild der EU vermitteln, gehen zahlreiche konservative online-Portale wie *niezależna.pl*, *wpolityce.pl*, das Vierteljahresheft *Fronda*, Wochenzeitungen wie *WSieci*, *Gazeta Polska*, *Do Rzeczy*, *Polska Niepodległa* und Tageszeitungen wie die *Rzeczpospolita* oder der nationalkatholische *Nasz Dziennik* mit der EU sehr viel kritischer ins Gericht.

Diese kritische Auseinandersetzung mit der EU wurde von PiS im Wahlkampf aufgegriffen und fand ihren Niederschlag im Programmkonvent, den die Partei Anfang Juli 2015 in Kattowitz durchführte. Der PiS-Abgeordnete des EU-Parlaments Zdzisław Krasnodębski rief angesichts der aktuellen Krisen der EU und in der EU – Euro-Krise und Flüchtlingskrise – dazu auf, dass Polen eine aktive Außenpolitik führen

müsse, die verschiedene Varianten für die Zukunft der EU berücksichtige. Eine dieser Varianten sei der Zerfall der EU, eine andere Gefahr sieht er in einer weiteren Zentralisierung der EU mit Deutschland als dominantem Akteur. Polen sollte beiden Tendenzen entgegenwirken.

Einige der erwähnten Punkte wurden von der neuen Regierungschefin Beata Szydło in ihrem Exposé am 18. November 2015 im Sejm aufgegriffen. Sie sprach unter anderem davon, die Lebensbedingungen im Land und das Lebensniveau der Polen erhöhen zu wollen, damit junge Menschen nicht mehr emigrieren müssten. Dafür müssten Investitionen in die Entwicklung des Landes erhöht werden und es gelte besonders, die EU-Strukturmittel besser zu nutzen, als dies ihres Erachtens bisher geschehen sei. Ferner möchte sie den polnischen Boden vor einem unkontrollierten Ausverkauf schützen und auch die Zuzahlungen für polnische Bauern dem EU-Niveau angleichen. Heute erhält ein polnischer Bauer 207 € pro Hektar, während der EU-Durchschnitt bei 240 € pro Hektar liegt.² Ein weiteres, von Frau Szydło genanntes Ziel ist eine aktivere Rolle für Polen und die Region Ostmitteleuropa in der EU.

Entgegen der gerade in Deutschland in den Medien vertretenen Ansicht, wonach PiS eine EU-skeptische Partei ist, lässt sich dies nicht ohne weiteres aus den Programmdokumenten oder dem Exposé der Ministerpräsidentin herauslesen. Reibungspunkte zwischen der neuen Regierung und der EU bestehen dennoch. Noch als Oppositionspartei hatte PiS sich stets kritisch über die Energiepolitik der von der PO geführten Regierung geäußert. Ihres Erachtens hatte die polnische Regierung nicht entschlossen genug auf die polnische Interessenlage verwiesen, das heißt die starke Abhängigkeit Polens von der heimischen Kohle. PiS warf der alten Regierung vor, im Rahmen des *EU-Klimapaktes* zu niedrige CO₂-Emissionen für Polen ausgehandelt zu haben, was angesichts eines Anteils von 88 Prozent der heimischen Kohle an der Stromerzeugung des Landes nicht sinnvoll sei. Demgegenüber möchte die neue Regierung die Kohle als Energiequelle erhalten und in diese Industrie weiter investieren. Mit Spannung wurde daher die polnische Position auf dem Welt-Klimagipfel in Paris Anfang Dezember 2015 erwartet. Die polnische Regierung akzeptierte jedoch die Vereinbarungen und betonte insbesondere, dass der globale Charakter entscheidend gewesen sei. Polen habe

2 Vgl. UE zapewnia w 18 krajach wyższe niż w Polsce dopłaty dla rolników. In: <http://biznes.pl/magazyny/rolnictwo/ue-zapewnia-w-18-krajach-wyzsze-niz-w-polsce-doplaty-dla-rolnikow/7mjnmn> (letzter Zugriff: 25.01.2016).

zudem, so Ministerpräsidentin Szydło, den Ausstoß von Treibhausgasen in den letzten 17 Jahren um 30 Prozent reduziert. Allerdings sei ein völliger Ausstieg aus der Kohle nicht möglich angesichts der Kohlekraftwerke im Lande. Stattdessen werde Polen Wälder pflanzen, was gleichfalls im Pariser Klima-Abkommen als Beitrag zur CO₂-Reduktion vorgesehen ist.

Ein anderer kritischer Punkt für die EU-Politik der neuen Regierung dürfte die *Haltung zum Euro* sein. Spitzenvertreter von PiS einschließlich des Parteichefs Jarosław Kaczyński hatten in der Vergangenheit stets betont, dass sie gegen eine baldige Einführung des Euro seien. Dagegen sprechen nach ihrer Ansicht sowohl die weitere Einschränkung der nationalen Souveränität als auch ökonomische Gründe. Allerdings wird der Verweis auf die nationale Souveränität inzwischen unterlassen, da Polen – bei Erfüllung der ökonomischen Voraussetzungen – zur Übernahme der Gemeinschaftswährung verpflichtet ist. Der polnische Präsident Andrzej Duda betonte daher im Präsidentschaftswahlkampf im Frühjahr 2015 vielmehr, dass für den Beitritt zur Euro-Zone kein konkreter Termin genannt sei und der aktuelle Finanzminister Paweł Szałamacha unterstrich im November 2015 wenige Tage vor seiner Ernennung, dass die Einführung des Euro keine Priorität habe. Erst müsse die polnische Industrie gestärkt werden. Hier darf die neue Regierung aber auf Rückhalt in der Bevölkerung zählen, die sich in Umfragen deutlich gegen die Einführung des Euro ausspricht.

Die neue Regierung ist somit um Akzentverschiebungen auch in der Außenpolitik bemüht. Sie betont stärker als ihre Vorgänger Fragen der

Die PiS möchte keineswegs auf Distanz zur EU gehen, sondern zur besseren Wahrung eigener Interessen die Position Polens in der EU stärken.

nationalen Souveränität, sie möchte den Euro so spät wie möglich einführen und streicht deutlicher nationale Interessen heraus – im Einklang mit ihrem neorealistischen Politikan-satz. Allerdings möchte PiS keines-

wegs auf Distanz zur EU gehen, sondern vielmehr die Position Polens in der EU stärken, um eigene Interessen besser gewahrt zu sehen.

Dennoch bleibt die Frage, ob sich die kritischen Stimmen zur EU auch in der gesellschaftlichen Wahrnehmung niederschlagen, was angesichts des Wahlsieges von PiS zumindest vermutet werden kann.

Europa in der gesellschaftlichen Wahrnehmung

Das Bild Europas ist in Polen gegenwärtig zweigeteilt: Auf der einen Seite haben wir die allgemeine Wahrnehmung der EU und auf der anderen Seite die Haltung der Polen zur Flüchtlingskrise.

Hinsichtlich der Einstellungen zur EU haben sich auch nach der Wahl keine gravierenden Veränderungen ergeben. Wie das Meinungsforschungszentrum CBOS Anfang November 2015 ermittelt hat, ist der Rückhalt für eine polnische EU-Mitgliedschaft mit 84 Prozent unverändert hoch. Die Unterstützung für die EU überwiegt dabei sowohl in allen Altersgruppen als auch in allen Wählerschaften der im Parlament vertretenen Parteien. Interessant ist auch, dass ältere Befragte (55+) sich häufiger für eine Vertiefung der Integration aussprechen als jüngere – ein Indiz für die konservative Wende in Polen. Bei den letzten Parlamentswahlen hat nicht nur PiS bei den jüngsten Wählern am stärksten abgeschnitten, sondern auch die rechtspopulistische Bewegung um den Rockmusiker Paweł Kukiz. Schließlich ist die Mehrheit der Befragten auch der Ansicht, dass Polen keinen ausreichenden Einfluss auf Entscheidungen der EU habe.

Ganz anders stellt sich die polnische öffentliche Meinung in der *Flüchtlingskrise* dar. Hier dominiert Skepsis sowohl auf Seiten der Politik als auch in der Bevölkerung. Ministerpräsidentin Szydło hatte sich bereits in ihrem Exposé gegen Solidarität in diesem Fall ausgesprochen, da hier andere Länder sich selber Probleme geschaffen hätten, die sie nun exportieren wollten. Zwar lehnt die polnische Regierung die Entscheidung der EU vom September 2015 bezüglich der Umverteilung der Flüchtlinge nicht offiziell ab, aber Außenminister Witold Waszczykowski stellt in einem Interview im November 2015 die Entscheidung gleichwohl in Frage und fordert eine Revision der EU-Politik. Zudem verweist er darauf, dass Polen bereits Flüchtlinge aus dem Osten aufnehme (Ukrainer) und zudem wohl kaum Flüchtlinge nach Polen wollten, da es hier weder Arbeit noch Wohnungen gebe. Allerdings ist PiS mit für die aggressive Stimmung gegenüber Flüchtlingen verantwortlich. So warnte etwa Jarosław Kaczyński am 16. September in einer Sejm-Debatte davor, dass in Westeuropa in verschiedenen Ländern das Schariat in bestimmten Städte herrsche und die Flüchtlinge sich nicht an Gesetze halten würden. In einem Interview legte Kaczyński noch nach und warnte vor unbekannten Krankheiten, die Flüchtlinge mit sich bringen würden.

Umfragen zeigen allerdings, dass der PiS-Vorsitzende hier weit verbreitete Ängste in der Gesellschaft aufgreift. Nicht zuletzt wohl unter dem Eindruck der politischen Diskussion in Polen ist die Bereitschaft in der polnischen Gesellschaft, Flüchtlinge aufzunehmen, in den letzten Monaten deutlich zurückgegangen. Während noch im Mai 2015 58 Prozent der Befragten gewillt waren, Flüchtlinge bis zum Moment ihrer möglichen Rückkehr aufzunehmen – 21 Prozent sprachen sich dagegen aus –, so waren im Oktober 2015 nur noch 46 Prozent dieser Ansicht bei 43 Prozent negativen Antworten. Bedenkenswert ist auch der Umstand, dass insbesondere junge Menschen zwischen 18 und 24 Jahre zu 69 Prozent gegen die Aufnahme von Flüchtlingen sind. Eine Analyse von Internetforen zeigt zudem, dass im Netz die Ablehnung zur Aufnahme von Flüchtlingen mit 81 Prozent noch höher ist. Als Gründe werden die andere Kultur und Religion (20 Prozent), Krankheiten (16 Prozent) oder die Nutzung von Sozialleistungen genannt.³

An dieser polnischen Skepsis gegenüber Flüchtlingen, die vor allem mit dem scharfen polnischen Diskurs, Unkenntnis und der geringen Zahl an Ausländern und Migranten in Polen zu erklären ist – Polen hat unter 28 EU-Mitgliedsländern mit 0,27 Prozent den geringsten Ausländeranteil –, ändert auch die durchaus positive Haltung der polnischen katholischen Kirche nichts. Das Präsidium der Polnischen Bischofskonferenz hatte sich in einer Erklärung bereits am 8. September für Hilfe für Flüchtlinge ausgesprochen und damit auf einen entsprechenden Appell

An der polnischen Skepsis gegenüber den Flüchtlingen ändert auch die durchaus positive Haltung der polnischen katholischen Kirche nichts.

des Papstes reagiert. Seit 2009 engagiert sich die polnische katholische Kirche für Flüchtlinge, und zwar, wie sie in der Erklärung betont, nicht nur für Christen.

Während hinsichtlich der Perzeption der EU keine großen Veränderungen nach dem Regierungswechsel erkennbar sind, steht die Umsetzung einer gemeinsamen EU-Flüchtlingspolitik in Polen somit vor einem echten Akzeptanzproblem.

Umbau der Republik: Polen am Pranger

Schließlich wird das Verhältnis Polens zu Europa auch von der europäischen Wahrnehmung der von der neuen Regierung eingeleiteten

3 Vgl. CBOS: Polacy o uchodźcach – w internecie i w „realu“, Nr. 149, Warszawa.

politischen Umbaumaßnahmen geprägt. Hier sind an erster Stelle die Auseinandersetzungen um das polnische Verfassungsgericht zu nennen, die nun schon seit Wochen anhalten. Durch das Ende der Amtszeit von insgesamt fünf Verfassungsrichtern war im Herbst 2015 eine Neuwahl notwendig geworden. Die Amtszeit von drei Richtern endete noch im Oktober 2015 während der Wahlperiode des alten Sejm, zwei Richter beendeten ihre Amtszeit hingegen während der Wahlperiode des neuen Parlaments. Dennoch wählte der alte Sejm fünf neue Verfassungsrichter, was das Verfassungsgericht in einer Entscheidung am 3. Dezember 2015 bezüglich der Wahl von zwei Verfassungsrichtern für unvereinbar mit der Verfassung erklärte. Unmittelbar zuvor hatte der neue Sejm seinerseits mit PiS-Mehrheit fünf neue Verfassungsrichter gewählt, denen Staatspräsident Duda noch in der Nacht den Amtseid abnahm, was er bei den zuvor gewählten fünf Richtern nicht tat. Schließlich hat PiS noch vor Weihnachten ein neues Gesetz über das Verfassungsgericht im Eiltempo durch den Sejm gebracht, welches der Senat in einer nächtlichen Sitzung am 24. Dezember um vier Uhr morgens bestätigte. Dieses Gesetz sieht unter anderem Zweidrittelmehrheiten bei Entscheidungen vor und die Anwesenheit von 13 der 15 Richter; bisher konnten die Fälle in kleinere Gremien von fünf Richtern aufgeteilt werden. In der Praxis wird dies zu einer Verschleppung von Entscheidungen und zur Lähmung des Verfassungsgerichts führen.

Die Außenwirkung dieses Vorgehens ist fatal. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz sprach von einem „Angriff auf den Rechtsstaat“, das EU-Parlament wird im Januar 2016 über Polen diskutieren. Unabhängig von der juristischen Einschätzung des Streites um das polnische Verfassungsgericht – und die Mehrheit der polnischen Verfassungsrechtler kritisiert hier deutlich das Vorgehen der Regierung – demonstriert die neue polnische Regierung einen sehr zweifelhaften Umgang mit demokratischen parlamentarischen Gepflogenheiten. Das Durchpeitschen von Gesetzen im Eiltempo – oft in nächtlichen Sitzungen – und der polarisierende Politikstil passen wenig zum europäischen Politikmodell der konsensualen Aushandlung unterschiedlicher Interessen. Es bleibt abzuwarten, ob sich dies auch auf europäischer Ebene negativ auswirken wird, wenn die polnische Regierung nationale Interessen mit Verve durchsetzen möchte.

Die Ukraine und Europa: die Unausweichlichkeit einer gemeinsamen Existenz

Serhij V. Zhadan (geb. 1974 in Starobilsk) ist ein ukrainischer Schriftsteller, Dichter und Übersetzer. Er gehört zu den wichtigsten literarischen Stimmen seiner Generation in der Ukraine. Zuletzt sind von ihm erschienen „Die Erfindung des Jazz im Donbass“ (Roman, 2012) sowie „Mesopotamien“ (Roman, 2015)

Der Schriftsteller Serhij Zhadan blickt in seinem Text zunächst auf die Ursachen des Ukraine-Konflikts vor zwei Jahren zurück. Er schreibt über das neue Bewusstsein von Werten, zu welchem der Konflikt in großen Teilen der ukrainischen Bevölkerung geführt hat, und problematisiert das Verhältnis der Ukraine zu Europa, das von Missfallen, aber auch von zu großen Erwartungen geprägt ist.

Vor zwei Jahren fing alles wegen Europa an.¹ Die Nichtunterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union (EU) durch den damaligen Präsidenten wurde formal zum Auslöser der Massenproteste, die für ihn dann mit Machtverlust und der Flucht ins Nachbarland endeten. Von da an begann für uns eine ganz neue Geschichte; eine blutige und schwierige, der das Streben des Landes nach Veränderung zugrunde lag. Diese Geschichte dauert bis heute an, und wie sie enden wird, hängt in erster Linie von uns selbst ab. Aber auch von Europa, egal ob es sich dessen bewusst ist oder nicht.

Ich glaube, damals – vor zwei Jahren – konnte sich niemand vorstellen, wie diese Geschichte der Nicht-Unterzeichnung ausgeht und wie wichtig den Ukrainern die Möglichkeit der freien Wahl ist; der europäischen Wahl, wie wir sagen. Natürlich geht es nicht nur um diese

1 Ausführliche Informationen über die Ereignisse in der Ukraine und darüber hinaus über das ukrainisch-russische Verhältnis bieten die Ausgaben „Ukraine? – Ukraine!“ und „Russland: Bedrohung oder Partner?“ der Zeitschrift OST-WEST. Europäische Perspektiven; es handelt sich um die Ausgaben 15 (2014), H. 4, und 16 (2015), H. 3.

Nicht-Unterzeichnung – die europäische Integration allein hätte die Ukrainer nicht dazu bringen können, der unnachgiebigen Staatsmaschine zu widerstehen; aber auf jeden Fall begann die ukrainische Revolution mit der Europafrage. Und so sind zwei Jahre vergangen, wir haben ein völlig anderes Land mit völlig anderen Problemen und vieles wird heute ganz anders wahrgenommen und verstanden. Auch kann man die heutigen Probleme kaum mit denen von vor zwei Jahren vergleichen – damals ging es um Autoritarismus und das Fehlen von Demokratie, heute – um Leben und Tod.

Von Worten zu Werten

Was fand in diesen beiden Jahren statt? Ein unendlich schwerer Revolutionswinter mit massenhaften Erschießungen von Demonstrierenden in Kiew; die Annexion der Krim, russische Söldner im Donbass, der Beginn der Kampfhandlungen. Schon anderthalb Jahre dauert der Krieg im Land. Ein richtiger Krieg, der offiziell aber „Anti-Terror-Operation“ genannt wird. Für viele Ukrainer hat sich alles verändert – das Bewusstsein ihrer Staatszugehörigkeit, das Gefühl der eigenen Freiheit und der Freiheit ihres Landes. Für viele von uns wurden Dinge lebenswichtig, über die wir früher, vor dem Krieg, einfach nicht geredet hatten: Unabhängigkeit, Patriotismus, der politische Standpunkt – all das, was im heutigen Europa wohl zum Wortschatz eines Politikers gehört, ist für viele Ukrainer Alltagslexik geworden, die täglich verwendet wird. Aber wirklich – wer spricht im heutigen Europa von Patriotismus? Vielleicht Historiker. Und auch sie wie über etwas hoffnungslos Veraltetes und auf suspekter Weise nicht mehr Aktuelles. Stattdessen hat sich herausgestellt, dass die Frage der Freiheit keineswegs nur in die Geschichtsbücher gehört und dass Unabhängigkeit bei weitem keine Abstraktion ist – an ihr muss jeden Tag gearbeitet werden, sie braucht täglich Exklusivität und unmittelbare Teilhabe. Viele Dinge, die vor dem Krieg pathetisch und unangebracht klangen, erlangten unter den Bedingungen der Okkupation plötzlich ihre ursprüngliche Bedeutung zurück. Und in dieser Situation erinnert gerade die Ukraine die europäische Gemeinschaft an die Wichtigkeit und Brisanz vieler vergessener Begriffe und Bedeutungen. Und

Man spürt die Wichtigkeit und Unaus-tauschbarkeit der eigenen Freiheit wie auch der Freiheit der Gesellschaft allgemein besonders deutlich dann, wenn Gefahr besteht, dieser Freiheit beraubt zu werden.

das ist es, was sich tatsächlich in den Beziehungen zwischen der Ukraine und Europa geändert hat. Tatsächlich, man beginnt, die Wichtigkeit und Unaustauschbarkeit der eigenen Freiheit wie auch der Freiheit der Gesellschaft allgemein besonders deutlich dann zu spüren, wenn Gefahr besteht, dieser Freiheit beraubt zu werden. Die meisten Wörter erhalten erst dann ihre direkte Bedeutung, wenn das Recht, sie auszusprechen, mit dem Leben von Bürgern bezahlt werden muss. Hier in der Ukraine sind wir alle ernster geworden und möchten, dass dieser Ernst nicht unbemerkt bleibt.

Wo steht die Ukraine heute?

Was hat sich noch geändert? Die Anwesenheit der Ukraine als Staat auf der Landkarte Europas. Europa war gezwungen, seine Aufmerksamkeit auf das zu lenken, was dort in diesem komischen Land passiert, das sich irgendwo am Rand seiner, Europas, Interessen befindet. Irgendwo am Rand, irgendwo dort, wo alles endet. Meiner tiefen Überzeugung nach hat sich auch die Position der Europäer gegenüber der Ukraine geändert. Denn, seien wir ehrlich – bis zu den Ereignissen des Winters 2013/14 wurde unser Land im breiten Bewusstsein der Europäer – wenn überhaupt – dann nur mit Korruption und dem ganzen anderen Sortiment postsowjetischer Realien assoziiert: Armut, Verbrechen, soziale Abhängigkeit und so weiter. Und plötzlich stellte sich heraus, dass man dieser Reihe von Charakteristiken auch das Streben der Ukrainer nach Veränderung anfügen muss, den Unwillen, sich mit einer verfestigten Situation abzufinden, das Streben nach einem normalen Leben. Plötzlich stellte sich heraus, dass nun, wenn es um die europäische Zukunft geht, auch die Ukraine erwähnt werden muss und man sie von nun an nicht mehr einfach ignorieren kann; einen allzu hohen Preis haben die Ukrainer für ihre Wahl bezahlt; allzu viel Blut wurde für eben diese Zukunft vergossen.

Auch der Bewegungsvektor der Gesellschaft hat sich geändert und das ist wahrscheinlich das Wichtigste. Es geht nicht so sehr um unterzeichnete Abkommen oder deklarative Erklärungen von Politikern. Es geht um etwas anderes – in diesen anderthalb Jahren hat Russland alles daran gesetzt, um die Ukraine zu verlieren. Auch wenn es paradox klingt, aber gerade damit, dass unser nördlicher Nachbar gegen alle angebrachten Regeln und Gesetze die Ukraine unbedingt in seiner Einflussosphäre halten wollte, hat er die Ukrainer von sich abgestoßen. Einem Aggressor

zu vertrauen ist einfach nicht schlau. Natürlich folgt in dieser Situation die pro-europäische Orientierung der Ukraine direkt aus der Überlebensfrage. Und auch wenn diese Orientierung auf den ersten Blick nicht gradlinig verfolgt wird, ist sie ganz sicher unumkehrbar.

Die Ukraine durchlebt gegenwärtig außergewöhnlich gewaltige und wichtige Prozesse. Allerdings gelangen diese Prozesse nicht immer an die Oberfläche, sie sind nicht sofort wahrnehmbar. Alle sprechen ja über das Fehlen von Reformen, die unbezwingbare Korruption in der Regierung sowie über soziale und wirtschaftliche Mängel, die keineswegs verschwunden sind. Das ist alles so und stimmt, aber ich würde trotzdem über die Richtung der Bewegung reden, für die sich das Land vor zwei Jahren entschieden hat und in die es sich trotz der äußeren und inneren Faktoren, trotz aller Probleme, bewegt. Für mich ist es eindeutig, dass die Ukraine Europa gewählt hat; unter Druck, jedenfalls nicht aus freien Stücken. Aber die Wahl selbst ist gemacht und alle müssen sie als gegeben betrachten – unsere östlichen wie auch unsere westlichen Nachbarn.

Die Ukraine und Europa – ein schwieriges Verhältnis

Und hier gibt es noch einen äußerst interessanten und wichtigen Punkt; die Änderung der ukrainischen Einstellung zu Europa. Denn trotz aller außenpolitischen Prozesse war sie nie simpel und einheitlich. Für viele Ukrainer war die Frage der europäischen Integration selbst auf dem Majdan nicht die wichtigste und ist es bis heute nicht geworden. Europa löst nicht nur Entzückung aus, Europa enttäuscht und ruft Ressentiments hervor. Seit dem Winter, in dem die Ukrainer auf die Straße gingen, um gegen das Regime Janukowitsch zu protestieren, rufen Europa und die Europäer sehr scharfe und widersprüchliche Gefühle hervor. Manche Ukrainer sind geneigt, dieses imaginierte Europa der Unentschiedenheit und Ungradlinigkeit zu beschuldigen, manche schimpfen über Doppelstandards der europäischen Politik, manche verfolgen mit Argusaugen jede Erklärung und Geste der westlichen Politiker und erkennen in allen ihren Entscheidungen doppelte Böden und gegen unser Land gerichtete verdeckte Interessen. Eine solche scharfe und nervöse Reaktion ist vollkommen verständlich – denn in jedem Fall tragen unsere westlichen Partner heute in vollem Maße für die Ereignisse in der Ukraine Verantwortung; zumindest deshalb, weil

Europa und die Europäer rufen bei den Ukrainern sehr scharfe und widersprüchliche Gefühle hervor.

sie die ganze Zeit in die Entwicklungen in der Ukraine eingebunden waren. Seit der Verhängung der Sanktionen gegen Russland und den Minsker Vereinbarungen hörte Europa auf, nur ein Beobachter in diesem Krieg zu sein. Es ist in jedem Fall ein Teilnehmer dieser dramatischen Geschichte.

Die Ukrainer möchten in den Europäern Verbündete sehen; dass man mit ihnen auf einer Ebene spricht, dass man nicht irgendwelche Spielchen hinter ihrem Rücken spielt, dass man sie einbezieht. Dieser Wunsch ist verständlich und Europa muss ihn beachten. Und hier ist es sehr wichtig, dass neben den vollkommen gerechtfertigten Forderungen und Auflagen für Reformen und die Beseitigung der Korruption auch der Wunsch sichtbar wird, Stimmen aus der Ukraine anzuhören. Denn die Ukraine besteht nicht nur aus korrupten Politikern und Oligarchen mit krimineller Vergangenheit, sondern vor allem aus einer jungen Gesellschaft, die versucht, sich von ihrer sowjetischen Vergangenheit loszureißen und ihre eigene Zukunft zu entscheiden. Und diese Gesellschaft braucht nicht nur Kredite und Investitionen, sondern ist auch an gleichberechtigter vollwertiger Kommunikation interessiert – also sich nicht nur Ratschläge und Tadel anzuhören, sondern auch von sich aus etwas anbieten zu können.

Wenn Europa die Ukraine als vollwertigen Partner akzeptieren möchte, wird es gezwungen sein, seine Haltung gegenüber diesem neuen Mitglied des gesamteuropäischen Raumes zu ändern. Und je früher das passiert, je früher sich die Beziehungen zwischen Europa und der Ukraine hin zu einem gleichberechtigten Dialog und Austausch wandeln, desto einfacher können wir die in solchen Fällen unausweichlichen Missverständnisse und Schwierigkeiten vermeiden.

Der Anfang vom Ende – oder das Ende eines Neuanfangs?

Wir alle befinden uns gegenwärtig am Anfang eines langen und schwierigen Weges. Für uns beginnt alles erst. Und wie man sich leicht denken kann, werden gerade mit der europäischen Wahl weitere Änderungen unserer ukrainischen Realien verbunden sein. Man kann auch voraussetzen, dass sich die Einstellung der Ukrainer zu Europa wie auch die der Europäer zur Ukraine ändern wird. Natürlich müssen wir das Misstrauen zueinander und die veralteten Stereotype überwinden. Natürlich muss die Ukraine nicht einfach nur ihre außenpolitische Orientierung ändern – sie muss auch die Grundregeln der Funktionsweise ihrer Ge-

sellschaft in Hinblick auf die gemeinsame Existenz im gesamteuropäischen Raum anpassen. Selbstverständlich müssen wir uns gegenseitig unterstützen und in engem Kontakt bleiben. Und genauso selbstverständlich wird die europäische Integration für die Ukraine nicht einfach und ohne Probleme bleiben. Aber in jedem Falle müssen wir diesen Weg gehen.

Übrigens: Neben Misstrauen und Missfallen gibt es noch eine weitere nicht weniger schädliche Sache in der Haltung und Wahrnehmung der Ukrainer Europa gegenüber: maßlose

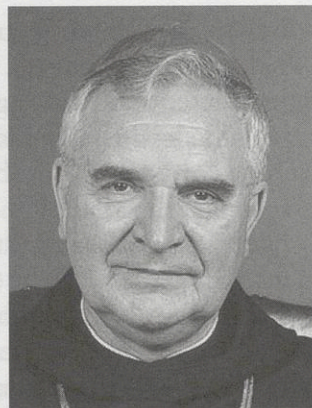
Erwartungen. Wir müssen akzeptieren, dass die Idealisierung der europäischen Realität durch einen Teil der Ukrainer genauso fehl am Platz ist wie eine vollständige Ablehnung derselben.

Die Idealisierung der europäischen Realität durch einen Teil der Ukrainer ist genauso fehl am Platz wie eine vollständige Ablehnung derselben.

Idealismus schadet, er führt dahin, dass man die Verantwortung für die eigenen Probleme auf andere schiebt und es ablehnt, selbst die eigene Zukunft zu gestalten. Die Ukraine ist erst dabei, das echte Europa zu entdecken – mit all seinen Widersprüchen und inneren Problemen, verworrenen Fragen und Antworten, die nicht gegeben werden. Und noch einmal: Je mehr wir über einander wissen, desto offener werden wir in unserer Kommunikation, desto einfacher und durchführbarer wird der Prozess des Bezwingens unserer Widersprüche. Ich glaube, dass wir mehr als genügend Möglichkeiten haben werden, über die für uns wichtigen Dinge zu reden. Das Wichtigste ist, keine Angst vor unangenehmen Fragen zu haben. Und dass wir bereit sind, aufrichtige Antworten zu bekommen.

Aus dem Ukrainischen übersetzt von Jakob Mischke.

Der Weg Ungarns in der aktuellen Krise



Im Spätsommer und Herbst 2015 war Ungarn ein Brennpunkt der Flüchtlingskrise in Europa. Christof Dahm stellte dazu einige Fragen an Imre Asztrik Várzegi OSB, Erzabt der ungarischen benediktinischen Territorialabtei Pannonhalma, die zum vorübergehenden Zufluchtsort für viele Flüchtlinge auf ihrem Weg nach Westeuropa wurde.

Die Flüchtlingswelle, die über die Balkanroute Richtung Westeuropa rollt, hat in vielen europäischen Staaten zu Ängsten geführt. Auch in Ungarn sind die Menschen verunsichert. Die Regierung hat einen Grenzzaun zu Serbien errichten lassen, was die Regierungen in Westeuropa, aber auch viele Bürger empört hat. Es hat aber auch in Ungarn viele Menschen gegeben, die den Flüchtlingen spontan geholfen haben. Wie beurteilen Sie das Verhalten Ihrer Landsleute in dieser Krise? Stehen die meisten Ungarn hinter der Politik der Regierung, die die Grenzen abriegelt und die Flüchtlinge nicht im Lande haben möchte?

Momentan gibt es kein akutes Flüchtlingsproblem in Ungarn. In den Lagern Bicske und Vámoszabadi halten sich Flüchtlinge auf, die inzwischen gut versorgt werden. Ungarns

Bevölkerung, besonders engagierte Christen aller Konfessionen, haben in ökumenischer Zusammenarbeit den ganzen Sommer über viel für diese armen Menschen getan. Es gab zahlreiche spontane Hilfsaktionen, egal ob am Ostbahnhof in Budapest oder auf dem Weg in Richtung Österreich.

In Ungarn, aber auch in anderen Ländern Mittel- und Osteuropas sind viele Menschen verunsichert, weil mit den Flüchtlingen Menschen einer fremden Kultur zu ihnen kommen. Die meisten von ihnen sind Muslime. Viele Europäer fürchten sich vor dem Islam und einer möglichen „Islamisierung“ des Abendlandes. Wie beurteilen Sie dies im Blick auf Ungarn?

Ungarn leidet, was den Islam betrifft, unter einem historischen Trauma. Seit dem 16. Jahrhunderts war die

Mitte des Landes für 150 Jahre Teil des Osmanischen Reich. Es ist nicht leicht für die Menschen, das zu vergessen. Die Angst, unsere Sprache und unsere christliche Kultur zu verlieren, besteht unter den Menschen weiterhin. Man spricht immer wieder darüber, die Verteidigung der Grenzen sei in Ordnung, jedoch müsse der Schutz der Flüchtlinge im Vordergrund stehen. Ungarn ist klein, wir können die Flüchtlingsfrage nicht alleine, sondern nur in Zusammenarbeit mit allen EU-Ländern lösen. Die Einwohner Ungarns haben spontan und direkt geholfen – wenn jemand vor unserer Tür liegt oder verfolgt wird, müssen wir helfen, wir dürfen nicht wegsehen.

Von der Erzabtei Pannonhalma wurde aktiv Hilfe für die Flüchtlinge geleistet. Können Sie beschreiben, wie die Situation war und was genau getan wurde? Angeblich gab es auch Drohungen gegen Sie. Wie sind Sie damit umgegangen?

Unser Kloster hat eine historische Tradition im Hinblick auf Flüchtlingsaufnahme. In der Neuzeit haben wir schon französische Nonnen beherbergt, die in der Französischen Revolution aus Frankreich vertrieben worden waren, dann viele Juden, Soldaten und Frauen zur Jahreswende 1944/1945, nach der ungarischen Revolution 1956 Revolutionäre, die vor ihren Genossen auf der Flucht in Richtung Österreich waren.

Die Erzabtei Pannonhalma liegt 22 Kilometer von der Autobahn entfernt. Gute Freunde haben eine 18-köpfige Familie aus Győr bei Regen-



Schuldirektor Pater Titusz mit Flüchtlingen vor der Erzabtei Pannonhalma, September 2015 (© Erzabtei Pannonhalma)

wetter zu uns gebracht. Wir haben für sie Zimmer, Duschen und Verpflegung bereit gestellt; das wiederholte sich dann noch zweimal mit je einer größeren und einer kleineren Familie. Die Flüchtlinge wurden dann nach Österreich gefahren.

Die Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen, war eine gemeinsame Entscheidung unserer Gemeinschaft. Die jungen Mitbrüder waren sehr hilfsbereit und aktiv. Sie helfen den Flüchtlingen bis heute im Lager Vámos-szabadi.



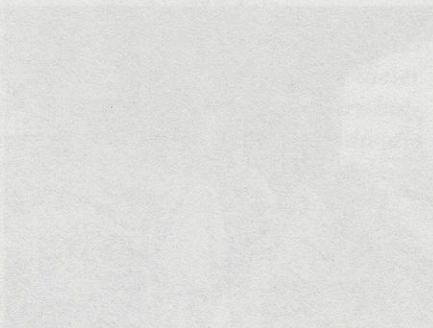
Schuldirektor Pater Titusz mit Flüchtlingen in Pannonhalma, September 2015 (© Erzabtei Pannonhalma)

Die Medien wollten unsere Bereitschaft als politische Heldentat gegen die Politik der Regierung in Budapest darstellen. Wir haben uns aber mit der Tagespolitik gar nicht beschäftigt, vielmehr haben wir haben so gehandelt, wie es die Situation verlangt hat. Gegen mich gab es übrigens keine Bedrohungen – diese in den Nachrichten gebrachte Mitteilung war falsch.

Die Europäische Union befindet sich in einer schweren Krise der Soli-

darität. Was können Ihrer Ansicht nach die Kirchen dazu beitragen, damit diese Krise überwunden wird?

Wichtig ist es vor allem, das gegenseitige Verständnis zu fördern und zu helfen, wo es notwendig ist. Die Kirche kann trotz ihrer geringen Mittel viel tun. In der jetzigen Situation braucht man eine schnelle und kluge politische Entscheidung, denn die Gefahr, einander gegenseitig zu zerstören, ist groß.



Europäische Erfahrungen in Taizé: Der Mentalität des Sich- Abgrenzens entgegenwirken



Ein Gespräch mit Frère Alois, dem Prior der Brüdergemeinschaft von Taizé; Gesprächspartner war Michael Albus.

Frère Alois, in Taizé treffen sich jeden Tag viele Menschen, vor allem junge, aus ganz Europa und kommen in engen Kontakt miteinander und Sie mit ihnen. Welche grundsätzlichen Erfahrungen machen Sie und die Brüder der Gemeinschaft dabei?

Jugendliche kommen nicht nur aus Europa, sondern auch von den anderen Kontinenten nach Taizé. Sie machen gemeinsam eine bleibende Erfahrung der Freundschaft und der Offenheit für andere. Oft tritt dabei eine tiefe Sehnsucht zutage, dem ständigen Wettbewerb und dem „Jeder-für-sich“ in der Gesellschaft etwas entgegenzusetzen, ein geschwisterliches Miteinander, sowohl auf lokaler Ebene als auch zwischen Ländern und Kontinenten. Gerade angesichts brutaler Gewalt wird es immer dringlicher, geduldig auf Andersdenkende zuzugehen, und dies ist der einzige Weg zu einer Zukunft im Frieden.

In Taizé bekommen diese Freundschaft und das geschwisterliche Zusammenleben durch unser gemeinsames Gebet eine neue Tiefe. Das Gebet

der Communauté dreimal am Tag trägt die Jugendlichen, aber wir übersehen nicht: Sie tragen durch ihre treue Teilnahme auch uns. Das gemeinsame Gebet macht uns offen und verleiht unserem Glauben eine neue Tiefe. Jeder Einzelne kann entdecken, dass Gott in ihm wohnt, so klein der eigene Glaube auch sein mag.

Die Jugendlichen kommen zum Teil aus einer der historischen Kirchen, der katholischen, der orthodoxen oder einer der evangelischen Kirchen (Anglikaner, Lutheraner, Baptisten, Mitglieder von Pfingstkirchen und weitere). Sie sind häufig kirchlich sehr engagiert und kommen oft in Begleitung ihrer PfarrerInnen oder Bischöfe. Darüber hinaus gibt es viele Jugendliche, die keinen Bezug zu einer christlichen Konfession haben und die da sind, weil Freunde sie mitgebracht haben; aber auch sie sind auf der Suche und meist sehr offen für das Evangelium.

Gibt es zwischen den jungen Europäern Unterschiede, etwa politische oder nationale, die zu Konflikten

führen können? Gibt es Mentalitäten, die auseinanderdriften?

Ich möchte hierzu gerne ein Beispiel nennen: In den vergangenen Jahren sind sich auf unserem Hügel oft Russen und Ukrainer begegnet. Das ist nicht immer leicht, aber die geschwisterliche Atmosphäre erleichtert das Gespräch, man hört einander zu und lernt sich so vielleicht etwas besser zu verstehen. Dieses Jahr war ich mit mehreren meiner Brüder und einer Gruppe Jugendlicher aus verschiedenen Ländern in Moskau, um die orthodoxe Kar- und Osterliturgie mitzufeiern. Wir verbrachten im Anschluss daran mehrere Tage in Minsk, in Weißrussland, und in Kiew und Lwiw/Lemberg, in der Ukraine. Zum Europäischen Jugendtreffen, das wir zum Jahresende im spanischen Valencia vorbereiten, erwarten wir 2.400 junge Ukrainer! So können wir nur bestätigen, dass sich überall auf der Welt Menschen dafür einsetzen, die trennenden Mauern in der Gesellschaft und zwischen den Nationen abzubauen, und der Mentalität des Sich-Abgrenzens entgegenwirken.

Hat Sie und die Gemeinschaft von Taizé schon das Thema „Flüchtlinge“ erreicht?

Ja! Für uns hat die Aufnahme von Fremden, die in Schwierigkeiten sind, eine lange Tradition. Bereits während des Zweiten Weltkriegs, als Frère Roger in Taizé noch alleine war, versteckte er Flüchtlinge in seinem Haus. Nun sind vor kurzem sieben junge Sudanesisen aus Calais in Nordfrankreich,

wo sie mit über 6.000 Flüchtlingen in einem Elendsviertel lebten, hier angekommen. Sie sind zwischen 19 und 26 Jahre alt und haben im Darfur-Krieg viele Angehörige verloren. Ihre übrigen Familien leben in Flüchtlingslagern im Sudan. Wir haben die sieben in einem Haus in Taizé untergebracht. Es ist beeindruckend, wie sehr sich das ganze Dorf dabei engagiert – besonders zwei Flüchtlingsfamilien aus dem Irak, die mit ihren Kindern schon seit einiger Zeit in Taizé leben.

Vor kurzem haben wir auch zwei kleine Gruppen Jugendlicher als „Provisorische Gemeinschaften“ nach Ungarn und Kroatien geschickt, um dort die Flüchtlingsarbeit zu unterstützen. Außerdem sind zwei Brüder unserer Communauté für vier Monate im Libanon, in einem Land, das – selbst im Vergleich zu Deutschland – eine ungeheure Zahl von Flüchtlingen aufnimmt. Die Brüder versuchen dort, den Menschen in dieser schwierigen Situation nahe zu sein.

Wir hören von jungen Deutschen Woche für Woche von den Schwierigkeiten angesichts der plötzlich anschwellenden Zahl von Flüchtlingen in Deutschland. Man kann die Unsicherheit und Angst vieler Menschen verstehen, umso erstaunlicher ist die Welle der Solidarität. Zäune werden Menschen auf der Flucht nicht aufhalten. Natürlich braucht es klare Regelungen und vor allem eine Solidarität auf europäischer Ebene – doch wir können uns auch fragen: Helfen uns die Flüchtlinge, die an unsere Tür klopfen, nicht in Wirklichkeit auch, uns auf das Wesentliche zu besinnen?

Hält der Glaube Europa zusammen? Welche gegenwärtige Rolle spielt das Christentum dabei, das die Geschichte Europas entscheidend geprägt hat? Worin sehen Sie den Beitrag von Taizé zur einer wachsenden Einheit Europas?

Der christliche Glaube hat die Geschichte des gemeinsamen Europas nach dem Zweiten Weltkrieg zweifelsohne mitgeprägt. Die politisch Verantwortlichen waren damals allesamt Christen. Das heutige Europa ist pluralistischer, die Christen müssen im Dialog mit Muslimen leben, und auch mit Menschen, für die der Glaube keine Rolle spielt.

Die Frage, welchen Beitrag Taizé zur Einheit Europas leistet, können wir nicht selbst beantworten, aber wir wissen, wie wichtig die persönliche Begegnung ist, damit sich Denkweisen ändern können. Die Freundschaft, die zwischen Jugendlichen aus verschiedenen Ländern und Sprachen während einer Woche in Taizé entsteht, ist etwas Bleibendes. Es entsteht Offenheit für andere und bestehende Vorurteile können abgebaut werden. Während der langen Jahre des Kommunismus haben wir immer wieder Jugendliche aus dem Westen zu Besuchen in die Länder hinter dem Eisernen Vorhang geschickt. Man konnte sich gegenseitig kennenlernen und einander zuhören, und so blieb der Kontakt über die politischen Grenzen hinweg erhalten.

Auf dem „Pilgerweg des Vertrauens auf der Erde“, den Frère Roger vor mittlerweile fast vierzig Jahren ins Leben rief, findet am Ende jedes Jahres

ein Europäisches Treffen statt. Dazu sind Jugendliche manchmal mehrere Tage lang mit dem Bus unterwegs; das erinnert daran, wie durch die Pilger im Mittelalter ein europäisches Bewusstsein entstand. Heute nehmen Familien die Teilnehmer der Treffen auf. Sie öffnen fremden Jugendlichen, deren Sprachen sie oft nicht einmal sprechen, ihre Wohnungen – all dies in einer Zeit, in der viele Menschen vor Fremden Angst haben. So wird zum einen die Berufung der Kirche deutlich, Ort der Gemeinschaft zu sein, und gleichzeitig kommen Völker einander näher.

An unseren Jugendtreffen auf den anderen Kontinenten – wie in Benin Anfang September 2016 – nehmen auch immer einige europäische Jugendliche teil. Europa kann nur in Offenheit zu den anderen Kontinenten hin weiter zusammenwachsen.

Europa ist in einer, man kann auch sagen in vielen Krisen. Wie sehen Sie die Zukunft des europäischen Kontinents? Wo sind kritische Punkte? Wo tun sich Perspektiven auf für eine gute Zukunft?

Es gibt momentan zwei völlig widersprüchliche Tendenzen: Zum einen werden nationale und manchmal sogar regionale Identitäten viel stärker, als dies früher der Fall war, hervorgehoben und eingefordert. Zum anderen leben junge Menschen heute ganz selbstverständlich als Bürger Europas, sie studieren und arbeiten zum Beispiel oft längere Zeit in einem anderen Land. Wie viele junge Polen sind zum Beispiel aus beruflichen Gründen in England und Irland!

Das eine wie das andere ist sehr wichtig: Regionale Besonderheiten bergen den Reichtum einer langen Geschichte in sich und sollen bewahrt und hervorgehoben werden. Gleichzeitig ist das wachsende Bewusstsein, zu Europa zu gehören, eine Chance. Wir haben in Taizé großes Vertrauen in die junge Generation. Durch die Offenheit, die viele Jugendliche gewonnen haben, werden sie Wege aus so mancher verfahrenen Situation finden. Es wird ihnen gelingen, die Einheit Europas zu festigen, und gleichzeitig eine stärkere Solidarität mit den anderen Kontinenten zu verwirklichen!

Wie sehen Sie die jungen Deutschen, die so zahlreich nach Taizé kommen?

Bei vielen der Jugendlichen spüren wir eine starke geistliche Suche, ein Suchen nach dem Sinn des Lebens. Sie machen während ihres Aufenthalts in Taizé oft einen großen Schritt nach vorne. Aber die Frage, die wir uns sehr oft stellen, lautet: „Wie machen sie nach einer Woche in Taizé zu Hause weiter?“

Wir ermutigen sie immer wieder, Kontakt mit ihren Kirchengemeinden zu Hause aufzunehmen. Aber nur wenige wagen diesen Schritt; sie fühlen sich dort nicht so angenommen, wie sie sind. Die jüngeren Jugendlichen kommen oft in Begleitung von bemerkenswert engagierten Menschen, PfarrerInnen und Laien, die sie auf die Jugendtreffen vorbereiten und ihnen helfen, die Suche zu Hause fortzusetzen. Gerne würden wir mit diesen engagierten Menschen noch mehr zusammenarbeiten. Allerdings werden bei weitem nicht alle Jugendliche auf diese Weise begleitet, sondern sind oft sich selbst überlassen. Sie bräuchten dringend jemanden, der auch nach einem Aufenthalt in Taizé mit ihnen spricht, der sich für sie Zeit nimmt, ihnen zuhört und der zu verstehen versucht, wonach sie wirklich suchen. Das verlangt großen Einsatz, ohne dass die Jugendlichen dabei vereinnahmt werden. Diesen Aufruf, der mir sehr am Herzen liegt, möchte ich auf diesem Wege an die Kirchenverantwortlichen in Deutschland richten.

Europa und die Flüchtlingskrise

Dr. Peter Frey ist Chefredakteur des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF).

Auszug aus einer Rede vor der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken am 21. November 2015 (Quelle: <http://www.zdk.de/veroeffentlichungen/reden-und-beitraege/detail/Ermutigung-zum-C-Die-Welt-braucht-die-Kirche-als-versoehnende-verbindende-Kraft-Dr-Peter-Frey--364p/>; vollständig abgedruckt in „Christ & Welt“, Ausgabe 48/2015, verfügbar unter <http://www.christundwelt.de/detail/artikel/ermutigung-zum-c/>).

...

Die Flüchtlingskrise

2015 konfrontiert uns mit der Zuspitzung einer weiteren Krise, der Flüchtlingskrise. Nein, sie ist nicht neu. Flüchtlinge drängen seit mindestens zwei Jahrzehnten an die europäischen Grenzen. Wir haben die Bilder doch nicht vergessen: vom schockierten EU-Kommissionspräsidenten Barroso vor den weißen Särgen in Lampedusa bis zur demonstrativen Pastoralreise des gerade gewählten Papstes auf diese Insel, die längst zum Symbol geworden ist. Franziskus nutzte sie zu einer wütenden Ermahnung zur Menschlichkeit. Und wenn wir hier auch darüber sprechen, was die Kirche erreichen kann, so würde ich das als Beispiel nennen und behaupten, es war nicht zuletzt der dramatische Appell von Franziskus, der dazu führte, dass

die Rettungsaktionen wieder aufgenommen wurden und nicht weiter hunderte oder wahrscheinlicher: tausende Menschen im Mittelmeer ertranken.

Im Herbst 2015 hat sich der Fokus der öffentlichen Wahrnehmung verschoben – zur Balkanroute. Hundertausende, vielleicht über eine Million Menschen sind im vergangenen Jahr nach Deutschland geströmt. Man könnte, was sich ereignet, auch so beschreiben: Europa, Deutschland zumal, erfährt, dass Globalisierung mehr ist als die Öffnung der Märkte. Globalisierung hat nicht nur eine ökonomische, sie hat auch eine menschliche, eine humanitäre Dimension. Menschen in Afrika oder in den durch Krieg und Bürgerkrieg heimgesuchten Ländern von Syrien bis Afghanistan sind nicht nur Kunden und Konsumenten für Waren „made in Ger-

many“. Ähnlich wie einst die DDR-Bürger durchs Westfernsehen wissen sie, weiß die durch das Internet verbundene Welt recht gut, wie es sich in „Germany“ lebt, oder meint es zu wissen. Vielleicht ist es in die Entscheidung der Bundeskanzlerin in jener Nacht des 4. September 2015 eingeflossen, die Grenzen nicht dicht zu machen, dass es – nach allem, was Deutschland der Welt im 20. Jahrhundert angetan hat – nicht selbstverständlich ist, als Modell, als Sehnsuchtsland, als Hort der Sicherheit zu gelten.

Das Ziel ist Deutschland, nicht Europa, leider nicht Europa. Was wir in den letzten Monaten miterleben, hat in Ländern wie Slowenien und Kroatien sicher auch mit objektiver Überforderung zu tun. Aber das Beispiel Ungarn zeigt es auf drastische Weise – und ich fürchte, wir werden mit der neuen polnischen Regierung ähnliches mit noch größerer Wucht erleben –: dieses Europa hat nicht die gleichen Werte.

Willkommenskultur ist ein deutsches Phänomen – gewiss, auch die Österreicher, Niederländer, Schweden und Luxemburger öffnen sich. Aber die übergroße Zahl unserer europäischen Partner steht beiseite. Vor allem auch die Osteuropäer – und das, obwohl nach der Niederschlagung der Aufstände in Budapest und

Prag 1956 und 1968 Hunderttausende von ihnen Zuflucht im Westen suchen und fanden. Es ist eine verstörende Erfahrung. Sie zeigt, dass West- und Osteuropa in unterschiedlichen Zeitzonen leben. Das Europa der Toleranz und Vielfalt, ein Europa, das sich selbst sicher und deshalb stark ist, war ein Phänomen der 90er und 2000er Jahre. Wir haben uns getäuscht, als wir glaubten, dass die Osterweiterung, der Ausbau der Infrastruktur von Tallinn bis Bukarest und von Danzig bis Sofia gleichermaßen eine Übernahme dieses, vielleicht zu westeuropäisch geprägten Zeitgeistes mit sich bringen würde.

Europa: Ein Kontinent der Ungleichzeitigkeit

Die Staaten und alten europäischen Völker der Mitte unseres Kontinents, Polen, Tschechen, Ungarn, Balten, strebten in die Europäische Union, vor allem weil sie weg-strebten von Russland. Und mehr als alles andere entdeckten sie ihre eigene Nationalität und Souveränität. Die Osteuropäer sahen Europa vor allem als Raum, der nach vier Jahrzehnten der Unterwerfung unter den sowjetischen Hegemon das ihnen Eigene zum Ausdruck und Vorschein bringt.

Dieses Auseinanderfallen Europas ist für mich das tragischste

Resultat dieses Jahres. Gerade für die Generation, die wahrscheinlich auch hier im Saal die Mehrheit bildet, war Europa doch die große Hoffnung, unser heimliches Identitätszeichen. Wir hatten den Mauerfall eben nicht ausschließlich national als deutschen Glücksfall interpretiert, sondern auch als Tür zu einem grenzenlosen Kontinent, eine Tür, die nicht zuletzt vom polnischen Papst Johannes Paul II. aufgestoßen worden war. Unsere Hoffnung war: Toleranz, Solidarität, Zivilität, Weltoffenheit. Diese Werte sollten nun bis zum Schwarzen Meer gelten, der europäischen Raum der supranationalen Bürgerlichkeit erweitert und vertieft werden. Jetzt scheint bei den meisten Nachbarn die Abgrenzung im Vordergrund zu stehen, auch aus Angst vor rechtsnationalen Parteien wie in Frankreich.

Europa desintegriert sich. Für unsere Nachbarn hatte Europa schon in den Jahren zuvor Glanz eingebüßt, hatte die Finanz- und Bankenkrise zu tiefer wirtschaftlicher Depression und Jugendarbeitslosigkeit geführt, zur Verarmung von Menschen, deren Ziel doch war, zur Mittelschicht aufzusteigen. Deutschlands Sparpolitik wurde oft (zu Recht oder Unrecht) dafür verantwortlich gemacht. Nun könnte man sagen: Angela Merkel hat im Jahr 2015 mit der nochmaligen Rettung Griechen-

lands, mit der Verhinderung des Grexit – gegen den Ratschlag ihres eigenen Finanzministers – das Schlimmste verhindert. „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“ – an diesem (ersten) Mantra der Kanzlerin gemessen, ist Europa noch nicht gescheitert. Aber die Flüchtlingskrise führt uns in grellen Farben vor, dass es das Europa der Solidarität, des gemeinsamen Lastentragens nicht mehr gibt. An dessen Stelle heißt es: Rette sich wer kann. Die einen bauen Mauern, die anderen schauen weg und die dritten müssen sehen, wie sie mit den Hunderttausenden zu Rande kommen, deren Hoffnungsziel, ironisch genug, Europa heißt.

Für uns Deutsche ist es vielleicht am schmerzhaftesten zu realisieren, dass sich fast von dem einen auf den anderen Tag die Kräfteverhältnisse verschoben haben – in der Euro-Krise waren wir eben noch die wenn auch nicht geliebten, so doch unangefochtenen Retter. Heute fühlen wir uns alleine gelassen von unseren europäischen Partnern, abhängig von schwer beeinflussbaren Potentaten, die die Flüchtlingsströme auch nutzen, um international Druck und auf sich aufmerksam zu machen, seien es Erdoğan oder Putin. Solche Ohnmachtsgefühle, der Zwang mit den falschen Partnern zusammenzuarbeiten, wer-

den wohl ein Teil der internationalen politischen Kultur bleiben.

Übrigens – seien wir ehrlich: die Zerrissenheit Europas zeigt sich auch in der Zerrissenheit der europäischen Kirche. Da hat sich ein ungarischer Bischof die Rhetorik von Orbán zu Eigen gemacht und das Horrorbild einer muslimischen Invasion beschrieben.

Der Sieg der Kaczyński-Partei zeigt auch in Polen sehr viel ländlichen Nationalkatholizismus und anti-islamische Abwehrreflexe in einer Gesellschaft ohne Muslime. Auch die Katholiken Europas leben in unterschiedlichen Zeitzonen.

...

Epochenschwelle?

Auszug aus der Predigt zur Jahresschlussandacht 2015 im Hohen Dom zu Mainz (Quelle: http://www.bistummainz.de/bistum/bistumkardinal/index.html?f_action=show&f_newsitem_id=51894)

...

Europa macht bei diesen Herausforderungen eine jämmerliche Figur. Wir haben besonders die Europäische Union dabei im Blick. Waren schon die wirtschaftlichen Probleme in den letzten Jahren trotz vieler Erfolge durch die Einführung des Euro ernüchternd, so zeigen sich jetzt unverblümt fundamentale Risse in dem Grundgefüge nicht bloß der Euro-Länder. Viele sind auf den fahrenden Zug Europa weitgehend aus wirtschaftlichen Erwägungen aufgesprungen. Sie hatten eine Besserung ihrer ökonomischen und finanziellen Verhältnisse im Blick, aber waren sie auch bereit, gemeinsame Aufgaben mitzutragen, wenn man dabei primär der Geber und nicht der Empfänger ist, vielleicht sogar einmal Opfer bringen muss? Jetzt zeigt sich, dass man weitgehend von solchen egoistischen Interessen ausgegangen ist, weniger von dem, was uns von der gemeinsamen Geschichte und dem geistigen Erbe sowie den ethisch-

religiösen Werten trägt. Gewiss, auch Verfassungsgrundsätze stehen zunächst auf dem Papier. Aber spätestens heute müssen wir erkennen, wie jämmerlich die Diskussion um einen Gottesbezug in der Präambel europäischer Verfassungsdokumente erfolglos versandet ist. Haben wir nicht doch auf die Wirtschaft allein (dieses „allein“ ist entscheidend) gesetzt? Wie schwach ist dieses Europa in Wirklichkeit? Muss man nicht um unsere Zukunft fürchten, wenn wir nicht aus dieser Ohnmacht herausfinden? Gerade die Ursprungskräfte Europas, besonders das Christentum (einschließlich des Judentums) und die klassische Antike, müssten uns zu einer neuen geistigen Gemeinsamkeit inspirieren, freilich im Durchgang durch Aufklärung und Moderne. Ich habe für mich leider oft den Eindruck, dass wir Kirchen zur Bewältigung dieser Krise bisher auch nicht viel beigetragen haben. ...

Bücher und weitere Medien

Ernst-Wolfgang Böckenförde: Die Bedingungen europäischer Solidarität. In: ders.: Wissenschaft, Politik, Verfassungsgericht. Frankfurt 2011, S. 267-280.

COMECE. Die Katholische Kirche in der Europäischen Union. Beiträge zu den Themen „Migration“ und „Asyl“ unter <http://www.comece.eu/site/de/migrationasyl>

Evelyn Finger: Ende einer Welt. In: DIE ZEIT, 52/2015, 23.12.2015, S. 62. (Auch verfügbar unter <http://www.zeit.de/2015/52/christenverfolgung-syrien-islamischer-staat-irak-solidaritaet>)

Christiane Florin: „Flüchtlingstreichs wecken kollektive Erinnerungen.“ In: Christ & Welt 43/2015, 23.10.2015, S. 5. (Auch verfügbar unter <http://www.zeit.de/2015/43/flucht-fluechtlinge-zweiter-weltkrieg-vertreibung-kirche>)

Eric Gujer: Migration und Sicherheit. Der ohnmächtige Staat. In: Neue Zürcher Zeitung, 15.01.2016. (Abrufbar unter: <http://www.nzz.ch/der-ohnmaechtige-staat-1.18677974>)

Europäische Integration in der Krise. (= Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“. Ausgabe 52/2015, 21. Dezember 2015).

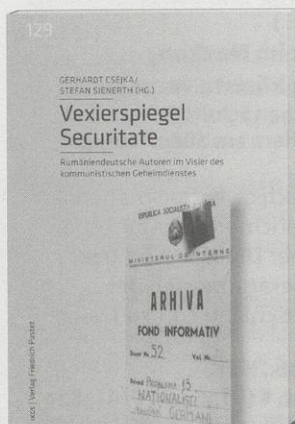
Jesuiten Flüchtlingsdienst Deutschland: Zahlreiche Informationen und weiterführende Links unter <http://www.jesuiten-fluechtlingsdienst.de/>

Basil Kerski: Migranten und die Zukunft Europas. In: Dialog. Deutsch-polnisches Magazin. Nr. 113/2015, S. 40-45.

Europas Reifeprüfung. Themenheft 2/2015 der „Politischen Studien“ der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Jg. 66, Dezember 2015.

Deutsche Geschichte und Kultur im südosteuropäischen Kontext

Veröffentlichungen des Instituts für deutsche Kultur und Geschichte
Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität München



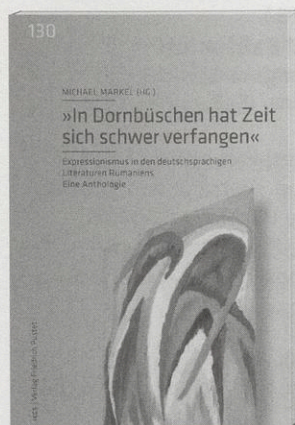
GERHARDT CSEJKA / STEFAN SIENERTH (HG.)

Vexierspiegel Securitate Rumäniendeutsche Autoren im Visier des kommunistischen Geheimdienstes

Der ehemalige Geheimdienst »Securitate« hat während der kommunistischen Herrschaft in Rumänien zahlreiche Materialien über deutsche Literatur- und Kulturschaffende im Land gesammelt. Dieser Band ist der Aufarbeitung gewidmet. Deutsche Autoren aus Rumänien berichten über ihre Drangsalierungen.

Band 129, 280 S., kart.

ISBN 978-3-7917-2679-3, € (D) 29,95 / € (A) 30,80
auch als eBook



MICHAEL MARKEL (HG.)

»In Dornbüschen hat Zeit sich schwer verfangen« Expressionismus in den deutschsprachigen Literaturen Rumäniens. Eine Anthologie

Neben Programmen und Aufrufen in Kulturzeitschriften hat Michael Markel mehr als 100 Gedichte, 15 Prosawerke, ein Drama und zahlreiche Kritiken ausfindig gemacht, die in Anlehnung an expressionistische Muster um 1920 in Rumänien veröffentlicht worden sind.

Band 130, 344 S., kart.

ISBN 978-3-7917-2653-3, € (D) 34,95 / € (A) 36,-
auch als eBook

Deutsche Geschichte und Kultur im südosteuropäischen Kontext

Veröffentlichungen des Instituts für deutsche Kultur und Geschichte
Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität München



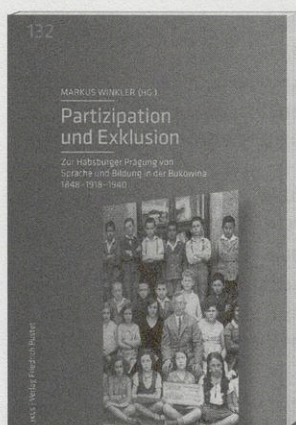
STEFAN SIENERTH (HG.)

**»Immer die Angst im Nacken,
meine Erinnerung könnte versagen«**
Interviews mit deutschen Schriftstellern und
Literaturwissenschaftlern aus Südosteuropa

Vor allem deutschsprachige Kulturschaffende
aus Südosteuropa berichten über ihr Leben
und Schreiben in einer Diktatur und über
ihre Versuche, im Literaturbetrieb der
Bundesrepublik Deutschland Fuß zu fassen.

Band 131, 400 S., 25 Abb., kart.

ISBN 978-3-7917-2713-4, € (D) 36,95 / € (A) 38,10
auch als eBook



MARKUS WINKLER (HG.)

Partizipation und Exklusion
Zur Habsburger Prägung von Sprache und
Bildung in der Bukowina. 1848 – 1918 – 1940

Sprache als gesamtgesellschaftlicher Kataly-
sator in der Bukowina. Beiträge von Spezia-
listen, u. a. Marianne Hirsch, Leo Spitzer,
Mariana Hausleitner, Kurt Scharr, David
Rechter, Andrei Corbea-Hoişie, Ion Lihaciu
und Peter Rychlo.

Band 132, 296 S., 12 Abb., kart.

ISBN 978-3-7917-2712-7, € (D) 29,95 / € (A) 30,80
auch als eBook



VERLAG
FRIEDRICH
PUSTET

Verlag Friedrich Pustet
Unser komplettes Programm unter:
www.verlag-pustet.de

Tel. 0941 / 92022-0
Fax 0941 / 92022-330
bestellung@pustet.de

OST-WEST.

Europäische Perspektiven

Die Zeitschrift **OST-WEST. Europäische Perspektiven** bietet ein offenes Forum für den Dialog zwischen dem Osten und dem Westen Europas. Damit begleitet sie den Prozess des Zusammenwachsens des neuen Europa und der Entstehung einer neuen gemeinsamen Identität auf konstruktive und sachlich kontroverse Weise.

Jede Ausgabe behandelt ein Schwerpunktthema aus verschiedenen Blickwinkeln. Einzelhefte können zum Preis von € (D) 6,50 / € (A) 6,70 (zzgl. Porto) beim Verlag bestellt werden.

Religiöse Gruppen in Europa, Heft 4/2015

Sehnsucht nach dem Göttlichen ♦ Facetten des Christentums ♦ Islam und Buddhismus in Europa

Russland – Bedrohung oder Partner?, Heft 3/2015

Russische Eliten von Jelzin bis Putin ♦ Wirtschaftliche und strategische Aspekte ♦ Signale eines Ost-West-Konflikts

Menschenhandel – moderne Sklaverei in Europa, Heft 2/2015

Fakten zu einem unmenschlichen System ♦ Rechtliche, politische und ethische Aspekte ♦ Hilfe für die Opfer

Makedonien – Land am Rand der Mitte Europas, Heft 1/2015

Streifzüge durch die Geschichte ♦ Politik und Kultur ♦ Religion und Nation

Ukraine? – Ukraine!, Heft 4/2014

Der Weg in die Krise ♦ Gesellschaftliche Kräfte ♦ Sprache und Identität

Wege und Straßen, Heft 3/2014

Der Weg als Symbol des Lebens ♦ Straßennamen im Wandel der Geschichte ♦ Handelswege von der Antike bis in die Gegenwart

Heft 2/2016 erscheint Mitte Mai zum Thema »Jugend zwischen Hoffnung und Resignation«.



VERLAG
FRIEDRICH
PUSTET

Verlag Friedrich Pustet
Unser komplettes Programm unter:
www.verlag-pustet.de

Tel. 0941 / 92022-0
Fax 0941 / 92022-330
bestellung@pustet.de

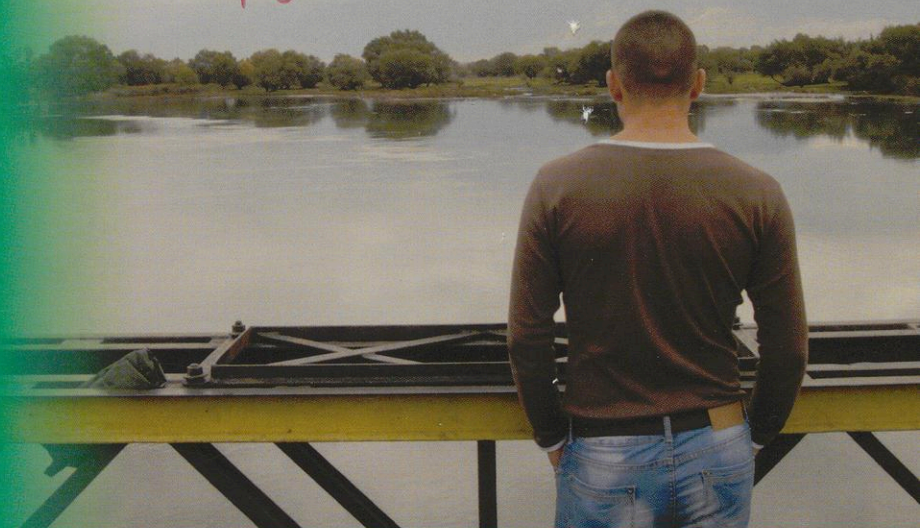
Seit 1997 führt Renovabis jährlich den Internationalen Kongress zu kirchlichen und gesellschaftspolitischen Themen durch. Referate, Diskussionsbeiträge und Arbeitskreisberichte werden in Dokumentationsbänden veröffentlicht. In Vorbereitung befindet sich folgender Band:

**Kirche – Medien – Öffentliche Meinung
(Internationale Kongresse Renovabis 18/2014)**

Redaktion: Christof Dahm
Gestaltung: Thomas Schumann

Zu beziehen ab Juli 2016 über:
Renovabis e. V.
Domberg 27, 85354 Freising
E-Mail: kongress@renovabis.de

Theol



JUGEND IN MITTEL- UND OSTEUROPA

Glaube, Zweifel, Gleichgültigkeit?

Kirche und religiöse Praxis

Suche nach neuen Wegen

Stimmen von Jugendlichen aus sechs Ländern

Impressum

Herausgeber: Renovabis, Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa, Dr. Gerhard Albert, Geschäftsführer, Kardinal-Döpfner-Haus, Domberg 27, D-85354 Freising, Tel.: 08161 / 5309-0, Fax: 08161 / 5309-11 info@renovabis.de · www.renovabis.de und Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Stefan Vesper, Generalsekretär, Hochkreuzallee 246, D-53175 Bonn, Tel.: 0228 / 38297-0, Fax: 0228 / 38297-44 info@zdk.de · www.zdk.de

Redaktion: Prof. Dr. Michael Albus, Mainz (verantwortlich) · Prof. Dr. Thomas Bremer, Münster · Burkhard Haneke, Freising · Dr. Matthias Kneip, Regensburg · Dr. Christof Dahm, Freising (Redakteur vom Dienst).

Anschrift: Redaktion „OST-WEST. Europäische Perspektiven“, Renovabis, Domberg 27, D-85354 Freising Tel.: 08161 / 5309-70, Fax: 08161 / 5309-44 owep@renovabis.de · www.owep.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung bzw. die Ansicht der Autorin/des Autors wieder und stimmen nicht unbedingt oder in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion überein.

Erscheinungsweise: 4 x im Jahr, jeweils Mitte Februar, Mai, August und November.

Bezugspreis: Einzelheft 6,50 € Jahresabonnement 19,80 € (jeweils zzgl. Versandkosten).

Bezugsbedingungen: Bestellungen sind an den Verlag zu richten. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn bis 15. November keine schriftliche Abbestellung erfolgt.

Verlag und Anzeigenverwaltung: Verlag Friedrich Pustet Gutenbergstraße 8, D-93051 Regensburg Tel. 0941 / 92022-0 · Fax 0941/92022-330 verlag@pustet.de · www.verlag-pustet.de

ISSN 1439-2089

Inhaltsverzeichnis

Das Bild auf der Vorderseite zeigt einen Jugendlichen auf einer Brücke in Shkodra/Albanien (Copyright: Renovabis). – Gesamtgestaltung: Martin Veicht.

Clauß Peter Sajak
Zwischen Unglaube, „Reli light“ und „echter“ Migrantenreligion. Erkenntnisse aus der empirischen Jugendforschung zur Religion Jugendlicher in Deutschland 82

Martina Gille
Jugendliche in Deutschland und ihr Verhältnis zu Religion und religiöser Praxis 90

Marek Zajac
Eine Generation sucht neue Wege. Jugend und Religion in Polen 98

Olaf Müller
Renaissance des Religiösen? Die Religiosität junger Erwachsener in Russland im intergenerationalen Vergleich 107

Alexander Filonenko
Jugend in der Ukraine: Der Weg des Glaubens und die „Revolution der Würde“ 115

Galina Goncharova und Teodora Karamelska
Jugend in Bulgarien: wirtschaftliche Sackgassen und religiöse Wahlmöglichkeiten 123

Michal Němeček
Junge Menschen in der Tschechischen Republik: ihre Hoffnungen, ihr Glaube, ihre Zweifel 129

Enika Abazi
Albaniens Weg zur Religiosität: Glaube im Wandel 136

Krunoslav Novak
Jugend in Kroatien: Religiosität, Herausforderungen, Probleme 143

Testimonials
Junge Menschen aus sechs Ländern äußern sich zu Religion, Glaube und Kirche 150

Interview
„Vielleicht trauen wir unseren jungen Menschen viel zu spät Verantwortung zu.“ Ein Gespräch mit Prof. Dr. Thomas Sternberg 157

Editorial

Der heutigen Jugend in Mitteleuropa wurden die demokratischen und marktwirtschaftlichen Errungenschaften ihrer Eltern- und Großelterngeneration in die Wiege gelegt. Die Jugend beispielsweise in Polen, Bulgarien oder in der Ukraine wächst mit den Möglichkeiten des Konsums und mit der Kommunikationstechnik ihrer westlichen Altersgenossen auf. Und dennoch: Für viele Jugendliche bleiben diese Möglichkeiten nur Theorie. Dank Internet wissen sie zwar, was es alles auf dem Markt gibt, nur um dann Unzufriedenheit darüber zu empfinden, dass sie viele Möglichkeiten aus finanziellen Gründen nicht nutzen können. Diese Unzufriedenheit vieler Jugendlicher darüber, dass der Systemwandel nicht schnell genug für sie vonstatten gegangen ist, lässt sie nicht selten innerlich wie äußerlich protestieren und macht sie offen für oft einschlägige und simple politische Parolen rechter oder neugegründeter Parteien ohne Programm. Nicht wenige Jugendliche haben den Glauben an Gott gegen den Glauben ans Geld und den Kommerz getauscht, zögern aber dennoch, der Religiosität gänzlich den Rücken zu kehren. Sie befinden sich im Transit. Im Transit zwischen den sicheren Werten und Glaubensgrundsätzen ihrer Eltern und den scheinbar unbegrenzten Möglichkeiten und Verlockungen der kapitalistischen Welt. Nicht selten gehen sie auch neue religiöse Wege, engagieren sich in Jugendgemeinschaften oder flüchten in den Grundsatz „believing without belonging“.

Unser Heft vermittelt anhand von Beispielen aus verschiedenen ostmitteleuropäischen Ländern Einblicke in die konkrete Lebenssituation der dortigen Jugend heute. Die Beiträge greifen den Status Quo auf, ohne die historischen und politischen Hintergründe in den einzelnen Ländern auszublenken. Bewusst wurden auch authentische Stimmen junger Menschen zitiert, die beispielhaft ihr Verhältnis zu Religion und Kirche zum Ausdruck bringen. Auch die im Heft veröffentlichten Bilder stehen dafür.

Die Jugend in den Ländern Ostmitteleuropas zu verstehen bedeutet auch, einen Blick in die Zukunft zu werfen. Vielleicht gelingt es dem Heft, in dieser Hinsicht dem Leser Perspektiven zu eröffnen.

Die Redaktion

Zwischen Unglaube, „Reli light“ und „echter“ Migrantenreligion

Erkenntnisse aus der empirischen Jugendforschung zur Religion Jugendlicher in Deutschland

Clauß Peter Sajak ist Professor für Religionspädagogik und Didaktik des schulischen Religionsunterrichts an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster. Seine Forschungsschwerpunkte sind Interreligiöses Lernen, Kompetenzentwicklung im Kontext religiöser Bildung und Fragen der Wirksamkeit religiöser Lernprozesse.

Die Bindung junger Menschen in Deutschland an die Kirchen wird zwar immer lockerer, jedoch sollte man damit, wie neuere Studien belegen, nicht vorschnell auf Religionsferne schließen. Wie der Beitrag zeigt, ergeben sich bei näherem Hinsehen überraschende Befunde, auf die die Kirchen reagieren müssen.

Beobachtungen in der Praxis

Wenn ich an der sonntäglichen Eucharistiefeier teilnehme, so bin ich in der Regel mit meinen 49 Lebensjahren einer der jüngsten Besucher des Gottesdienstes. Eine Ausnahme bilden allerdings die vier Ministrantinnen und Ministranten, die brav und treu am Sonntag dem Priester bei der Feier der hl. Messe assistieren und so der Liturgie einen feierlichen Rahmen geben. Allerdings senken sie mit ihren 12 und 14 Jahren den Altersdurchschnitt der Gottesdienstversammlung von ca. 100 Katholiken nicht wirklich.

Neulich hat der Kaplan unserer Pfarrgemeinde entrüstet berichtet, dass sich in der Gruppenleiterrunde der *Katholischen Jungen Gemeinde* (KJG) – das ist einer der größeren Verbände im *Bund der Deutschen Katholischen Jugend* (BDKJ) – eine größere Gruppe von Leiterinnen und Leitern geschlossen geweigert hat, an der Firmvorbereitung der Pfarrgemeinde teilzunehmen. Geschlossen hätten die Jugendlichen,

deren Aufgabe es in der Regel ist, wöchentliche Gruppenstunden für Kinder im Rahmen der katholischen Pfarrgemeinde anzubieten und im Sommer ein großes Zeltlager zu organisieren, darauf hingewiesen, dass sie mit dem katholischen Glauben und seiner Praxis nichts mehr verbinde und sie deshalb auch nicht das Firmsakrament empfangen wollten.

Das vergangene Jahr ist in unserer Kleinstadt vor allem durch den Tod von 14 Schülerinnen und Schülern und zwei Lehrerinnen des städtischen Gymnasiums geprägt gewesen: Sie waren auf der Rückreise von einem Schüleraustausch bei einem Flugzeugabsturz in den französischen Alpen unter tragischen Umständen ums Leben gekommen. Am Abend des Unglückstags, es war der 24. März 2015, versammelten sich spontan Hunderte von Jugendlichen in der Stadtkirche, um vor dem alten gotischen Wallfahrtskreuz der Gemeinde die Nacht in Trauer zu verbringen. Auch in den folgenden 14 Tagen versammelten sich in jeder Nacht Hunderte von Jugendlichen im Kirchenraum der Stadtkirche, um gemeinsam auszuharren.

Drei Beobachtungen an einem Ort, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Sie verweisen allerdings auf religionssoziologische Phänomene, die im Kontext der empirischen Jugendforschung durchaus kategorisiert und erklärt werden können. Steht auf der einen Seite die völlige Abkehr von Liturgie und Kult als traditionell praktiziertem Vollzug der katholischen Religion durch Kinder und Jugendliche heute, die in der Weigerung, das Sakrament der Firmung zu empfangen, ihren Höhepunkt findet, so zeigt sich auf der anderen Seite die Sehnsucht von jugendlichen Mädchen und Jungen, im Moment der tiefsten Verstörung, der Verlust- und Todeserfahrung, im Raum der Kirche so etwas wie Trost und Geborgenheit zu finden. Soziologisch gedeutet verweisen diese Beobachtungen darauf hin, dass junge Menschen heute Religion und Glaube

Einerseits wenden sich viele Jugendliche von Liturgie und Kult ab, andererseits suchen sie gerade bei Grenzerfahrungen kirchlichen Trost.

auf eine ganz grundsätzliche Funktion reduzieren, nämlich die der *Kontingenzbewältigung* (d. h. der Bewältigung der Offenheit und zugleich Ungewissheit des menschlichen Lebens). Sie verhalten sich entsprechend der Religionstheorie von Hermann Lübbe oder Niklas Luhmann¹ und demonstrieren mit ihrer sonstigen Abwesenheit von Kirche

1 Hermann Lübbe: Religion nach der Aufklärung. Graz 1996; Niklas Luhmann: Die Religion der Gesellschaft. Frankfurt (Main) 2000.

und Gemeinde deutlich, dass sie alle anderen Funktionen, die Religion zugeschrieben werden – z. B. Identitätsstiftung, Handlungsführung, Sozialintegration, Kosmisierung und Weltdistanzierung² – durch viele andere Einfluss- und Prägefaktoren in ihrem Leben ersetzt haben, so z. B. durch Freunde, die Peer-Group, die partnerschaftlich erfahrenen Eltern und nicht zuletzt den Konsum. Die verschiedenen Funktionen von Religion sind folglich durch säkulare Religionsanaloge³ ersetzt worden – ausgenommen die Problematik der Kontingenzbewältigung. Was dies für Religion, Religiosität und Glaube Jugendlicher, also für die Zugehörigkeit zur verfassten Religionsgemeinschaft, für den gelebten Kult, für das praktizierte Ethos und für das persönliche Für-wahr-Halten von Glaubenssätzen bedeutet, soll im Folgenden an den wichtigsten Studien aus dem Bereich der empirischen Jugendforschung aufgezeigt werden.

Erkenntnisse der empirischen Jugendforschung

Religion, Religiosität und Glaube junger Menschen heute sind nicht nur Gegenstand verschiedener religionspädagogischer Studien, sondern auch eine, wenn auch nicht besonders zentrale, so aber doch regelmäßig erhobene Kategorie im Rahmen der empirischen Großstudien der sozialwissenschaftlichen Jugendforschung. So haben die in den letzten 15 Jahren veröffentlichten so genannten *Jugendstudien der Shell Deutschland Holding*⁴ alle versucht, die Bedeutung von religiösen Vorstellungen und den damit verbundenen Wertekonzepten bei Jugendlichen zu erheben und zu analysieren. Legt man diese letzten drei Shell-Studien nebeneinander, so fällt interessanterweise auf, dass über den Zeitraum von nun elf Jahren die Daten zur gelebten Religion Jugendlicher relativ stabil bleiben. In allen drei Studien kann zwischen drei Grundformen von Religiosität unterschieden werden:

- 2 Vgl. Franz-Xaver Kaufmann: Religion und Modernität. Sozialwissenschaftliche Analysen. Tübingen 1998.
- 3 Maria Widl: Zwischen Religionslosigkeit und Rekonfessionalisierung – einige Schlaglichter einer religionssoziologischen Analyse. In: Theo-Web. Zeitschrift für Religionspädagogik 13 (2014), H. 2, S. 27-34.
- 4 Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck. Hrsg. v. d. Shell Deutschland Holding. Frankfurt (Main), Hamburg 2006; Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich. Hrsg. v. d. Shell Deutschland Holding. Frankfurt (Main), Hamburg 2010; Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch. Hrsg. v. d. Shell Deutschland Holding. Frankfurt (Main), Hamburg 2015.

- Zum einen die so genannte „*Religion light*“, die von den Jugendlichen in den westlichen Bundesländern praktiziert wird: Diese Form der Religion zeichnet sich durch eine weiterhin relativ stabile Kirchenmitgliedschaft, die mehr oder weniger geschlossene Teilnahme an den Sakramenten der Lebenswendpunkte (Taufe, Kommunion, Firmung, Hochzeit) und durch eine ansonsten eher kritische Distanz gegenüber der Institution der Kirche und ihren Glaubensvorstellungen aus. Man könnte verkürzt sagen, dass in den westlichen Bundesländern für christliche Jugendliche Religion ein zu ihrem familiären Hintergrund gehörender Kontext ist, der aber für das tagtägliche Leben keinerlei Relevanz besitzt.
- Die zweite Gruppe ist die der Jugendlichen in den ostdeutschen Bundesländern, also in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik: Sie gehören mehr oder weniger geschlossen keinerlei Religionsgemeinschaften an, pflegen überhaupt keine Formen von Religiosität oder Glaube, sondern halten diese Phänomene in der Regel für ein Konstrukt, das Menschen helfen kann, die psychische Probleme haben oder durch eine besondere Labilität gefährdet sind. Religion wird als *kulturhermeneutisches Deutungsmuster* verstanden, nicht aber als etwas, das irgendeine aktuelle Relevanz heute besitzen kann.
- Die dritte Gruppe schließlich wird von den vor allem in den westdeutschen Bundesländern lebenden Jugendlichen mit Migrationshintergrund gebildet. Für sie, ganz unabhängig davon, ob sie katholische Kroaten oder türkischstämmige Muslime sind, hat Religion einen hohen Stellenwert: Der religiöse Glaube wird zum einen praktiziert und kommuniziert, zum anderen bildet er einen wichtigen Kontext für *Wertvorstellungen und Handlungsmuster*.

Dieser Trend, der sich in allen drei Shell-Studien findet und der mehr oder weniger stabil bleibt, zeigt sich im Einzelnen in den verschiedenen Fragen, die den Jugendlichen von den Forschern des Shell-Konsortiums vorgelegt worden sind. So sagen 27 Prozent aller befragten Jugendlichen, dass es einen persönlichen Gott oder eine überirdische Macht nicht gibt (2006 waren es 28 Prozent). Diese Gruppe setzt sich maßgeblich aus Jugendlichen aus den neuen Bundesländern zusammen. Ihnen gegenüber steht die Gruppe derer, die klar bekennt „Es gibt einen persönlichen Gott“, nämlich 26 Prozent (2006 waren es hier allerdings noch 30 Prozent). 24 Prozent (2006 waren es 23 Prozent) der Jugendlichen sind religiös verunsichert und sagen: „Ich weiß nicht richtig, was ich glauben

soll“. 21 Prozent der Befragten (2006 waren es 19 Prozent) kann man als „kirchenfern religiös“ bezeichnen in dem Sinne, dass sie an eine überirdische Macht glauben, nicht aber an einen persönlichen Gott.

Blickt man auf die Antworten der Jugendlichen, die sie zur Frage nach der Wichtigkeit des Glaubens an Gott für die persönliche Lebensführung formuliert haben, so fällt auf, dass die Zahl der Katholiken im Alter von 12 bis 25 Jahren, die Gott eine große Bedeutung für ihr persönliches Leben zuschreiben, von 45 (2006) auf 39 Prozent (2015)

Jugendliche mit Migrationshintergrund haben eine wesentlich stärkere Bindung an Religion als andere Jugendliche.

gesunken ist, die der evangelischen Jugendlichen mit einem solchen Bekenntnis von 39 Prozent auf 32 Prozent. Deutlich anders verhält es sich jedoch mit den Jugendlichen anderer

Religionen, die in Deutschland ja nun vornehmlich muslimischen Glaubens sind. Für sie hat die Bedeutung des Gottesglaubens für das persönliche Leben von 69 Prozent (2006) auf 70 Prozent (2015) sogar zugenommen! Kumuliert man nun die Wichtigkeit des Glaubens an Gott für die Lebensführung über den Zeitraum der Jahre 2002 bis 2015, so ergeben sich folgende Zahlen: Katholiken räumen dem Gottesglauben zu 45 Prozent eine wichtige Bedeutung für die Lebensführung ein, evangelische Jugendliche zu 37 Prozent. Andere Christen, also vornehmlich orthodoxe Jugendliche und vereinzelte Mitglieder von evangelikalen Gemeinschaften, stimmen sogar zu 64 Prozent einer solchen Bedeutsamkeit des Gottesglaubens zu. Überrascht wird dieser hohe Anteil allerdings durch die muslimischen Jugendlichen, bei denen 76 Prozent für die große Bedeutung des Gottesglaubens für die persönliche Lebensführung votieren. Bei den Jugendlichen, die keiner Konfession angehören, sind es entsprechend lediglich 8 Prozent, die dieser These zustimmen. 82 Prozent der Jugendlichen ohne religiöses Bekenntnis halten dagegen folgerichtig in ihrer Perspektive die Gottesfrage mit Blick auf die eigene Lebensführung für irrelevant.

Ein weiterer Fragebereich sollte hier noch kurz erwähnt werden: Alle ca. 2.500 Jugendlichen sind in den drei zitierten Studien auch danach gefragt worden, wie sie zur Kirche stehen. Dabei hält sich die Zahl derer, die es gut finden, dass es die Kirche gibt, zwischen 2006 und 2015 konstant zwischen 69 und 67 Prozent. Dies bedeutet, dass auch eine ganze Reihe von Jugendlichen, die mit Religion und Glaube nichts zu tun haben wollen, die Institution der Kirche selber positiv bewerten. Allerdings sagen auch 68 bzw. 64 Prozent der Jugendlichen (2006 bzw. 2015),

dass die Kirche sich ändern muss, wenn sie eine Zukunft haben will. Das für die Kirchen allerdings besorgniserregendste Ergebnis ist die dritte Frage. Hier attestieren nämlich 65 Prozent (2006) bzw. 57 Prozent (2015) der Jugendlichen der Kirche, dass diese auf die Fragen, die sie, die Jugendlichen, wirklich bewegten, keine wirklichen Antworten geben könne. Dies kann ein Beleg dafür sein, dass die im Eingangsabschnitt referierte These von der faktischen Bedeutungslosigkeit der Kirche für die Bewältigung des Alltagslebens zutreffend ist. Übrig bleibt allein die Bewältigung von Leid und Tod, in der eine Funktion von Religion im Sinne der Kontingenzbewältigung auch für junge Menschen erkennbar wäre.

Im Bereich der dezidiert religionspädagogischen Jugendforschung ist die so genannte *Signatures-Studie* aus dem Jahre 2003 bis heute diskursprägend.⁵ Darin hatte der Würzburger Religionspädagoge Hans-Georg Ziebertz zusammen mit seinen Mitarbeitern jene Gruppe Jugendlicher näher in den Blick genommen, die man heute als so genannte „kirchennahe“ bezeichnen kann. Er fragte im Rahmen einer europaweit projektierten Studie 729 katholische Gymnasiasten der 9. Klasse in der Region Unterfranken und lieferte damit einen Querschnitt im katholisch-ländlichen Milieu des Bildungsbürgertums, das in der Regel als besonders kirchennah bezeichnet wird. Selbst in dieser dreifach eingeschränkten Stichprobe – hohes Bildungsniveau des Gymnasiums, ländlicher Raum, katholisch-konfessionelle Region – beschränkte sich die Zahl der Jugendlichen, die als traditionell kirchlich-religiös bezeichnet werden können, auf gerade einmal 16,7 Prozent! Die große Mehrheit der befragten Jugendlichen, nämlich 68 Prozent, bezeichnete sich dagegen als an religiöser Autonomie und Selbstbestimmung orientiert; nach Ziebertz sind dies Gruppen, die man als „christlich-autonom“, „konventionell-religiös“ und „autonom-religiös“ bezeichnen kann. Eine kleine Gruppe bildeten die Jugendlichen, die sich selbst in diesem Kontext als insgesamt „nicht-religiös“ bezeichnen, nämlich 15,3 Prozent. Damit konnte Ziebertz belegen, wie plural die Glaubens- und Religionsvorstellungen junger Menschen heute geworden sind: Selbst im katholisch-ländlichen Milieu Unterfrankens bevorzugt die Mehrheit der bürgerlichen Jugendlichen aus einem hohen Bildungsmilieu autonome und post-konventionelle Glaubensvorstellungen, die nur noch wenig mit dem Glauben der

5 Hans-Georg Ziebertz (u. a.): Religiöse Signaturen. Ein religionspädagogischer Beitrag zur empirischen Jugendforschung. Freiburg (Breisgau) 2003.

christlichen Kirchen zu tun haben. Somit liegt die These nahe, dass die fortschreitende Pluralisierung religiöser Vorstellungen in den Ballungsräumen und städtischen Milieus unserer Republik noch weit dramatischer ausfällt.

Die dritte Studie, die hier kurz erwähnt werden soll, ist die *Sinus-U27-Jugendstudie*, die vom Bund der Katholischen Jugend in Deutschland im Anschluss an die Sinus-Studie der Deutschen Bischofskonferenz in Auftrag gegeben worden war. Diese Studie zeigte deutlich, dass kirchlich sozialisierte und engagierte Jugendliche heute nur noch in zwei von insgesamt sieben Milieus jugendlicher Grundorientierung vorkommen⁶: Lediglich so genannte „traditionelle Jugendliche“ (4 Prozent) und „bürgerliche Jugendliche“ (14 Prozent) lassen sich noch von den Angeboten kirchlicher Jugendarbeit und gemeindlicher Veranstaltungen überhaupt erreichen. „Konsummaterialistische Jugendliche“ (11 Prozent), „postmaterielle Jugendliche“ (6 Prozent), „hedonistische Jugendliche“ (26 Prozent), „performative Jugendliche“ (25 Prozent) und „experimentalistische Jugendliche“ (14 Prozent) haben sich von den Kirchen und ihren Freizeit-, Bildungs- und Liturgieangeboten schon längst entfernt. Dieser Trend wird sich sicherlich verstärken.

Deutungen in der Religionspädagogik

Fasst man die Ergebnisse der drei vorgestellten empirischen Instrumente zusammen, so lassen sich deutliche Konturen der Religiosität Jugendlicher heute in der Bundesrepublik Deutschland erkennen:

1. Während die Kirchenzugehörigkeit in den westlichen Bundesländern mehr oder weniger stabil bleibt (insgesamt wirkt sich natürlich auch hier die sinkende Geburtenrate dramatisch aus), nimmt die Kirchenbindung derer, die noch zu den christlichen Glaubensgemeinschaften gehören, kontinuierlich ab.

2. Der Glaube beeinflusst nur noch Handlungen im Bereich von Kirche, nicht aber in der alltäglichen Lebenspraxis. Hier sind längst andere Konzepte, nämlich die so genannten Religionsanaloge, an die Stelle von Sinnstiftung, Sozialintegration, Wertsetzung usw. getreten.

3. Deutschland bleibt in Sachen Religion weiterhin tief gespalten: Während in den alten Bundesländern weiterhin die Kirchenzugehörig-

⁶ Vgl. Bund der Katholischen Jugend in Deutschland und Misereor (Hrsg.): *Wie ticken Jugendliche? Sinus-Milieu-Studie U 27*. Düsseldorf 2008.

keit der Normalfall ist, findet sich in den neuen Bundesländern nur ein ganz kleiner Anteil von Menschen, die überhaupt einer Religionsgemeinschaft angehören. Stattdessen pflegt die Mehrheit der Bevölkerung ein tiefes Misstrauen gegenüber religiösen Menschen und Institutionen.

4. Entgegen früherer Thesen und Diskussionen gibt es offensichtlich keine Wanderbewegung von jungen Menschen in Richtung der so genannten „neuen Religiosität“. Auch traditionelle nicht-christliche Religionen wie das Judentum oder der Islam haben keine Attraktivität für christliche Jugendliche, die mit ihrer eigenen Religion nichts mehr anfangen können.

Deutschland bleibt in Sachen Religion weiterhin in Ost und West gespalten.

5. Innerhalb der Gruppe der kirchenzugehörigen Jugendlichen gibt es eine große Heterogenität in Sachen Religion und Glauben. Die Jugendlichen, die der Kirche und ihrer Lehre nahestehen, sind auch innerhalb der kirchenzugehörigen Gruppe eine verschwindende Minderheit.⁷ Die im Eingangsabschnitt beobachteten Ministrantinnen und Ministranten gehören offensichtlich zu dieser kleinen Gruppe, die noch an den kirchlichen Vollzügen teilnimmt und sich in diesen engagiert. Damit bekommt besonders die Ministrantenarbeit eine neue religionspädagogische Funktion als Lernort des Glaubens, zumal sich Jugendliche in der verbandlich-kirchlichen Jugendarbeit in der Distanz zu Kirche kaum von kirchenfernen Altersgenossen heute unterscheiden.

Wie lassen sich nun diese Phänomene deuten? Zum einen hat Religion im Kontext der Moderne offensichtlich die in der vormodernen Zeit selbstverständliche Funktion als eine alles bestimmende normative Kraft verloren. Religion ist nur noch eine Sphäre von vielen gesellschaftlichen Subsystemen, die nebeneinander stehen wie z. B. Politik, Wirtschaft, Kultur und nicht zuletzt der kommerzialisierte Sport. Zum anderen ist Religion deshalb auch nicht mehr selbstverständlich der Lebenshorizont und das Lebensmovers des einzelnen Menschen. Vielmehr erscheint Religion als eine Option, die ihren Geltungsanspruch als handlungsleitende und sinnstiftende Instanz dem Menschen erst einmal plausibel machen muss, z. B. im Kontext von Tod und Trauer. Damit ist die entscheidende religionspädagogische Aufgabe der christlichen Kirchen genannt, sofern sie denn eine Zukunft in unserer Gesellschaft haben wollen.

7 Nach Ziebertz (wie Anm. 5, oben S. 87) 16,7 %.

Jugendliche in Deutschland und ihr Verhältnis zu Religion und religiöser Praxis

Martina Gille ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Jugendinstitut (DJI) und leitet dort das Kompetenzteam „Jugend“ im Rahmen des Projekts AID:A „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Wertorientierungen und die soziale und politische Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener.

Anhand institutioneller und auf Glaubensinhalte bezogener Aspekte von Religion wie der Konfessionszugehörigkeit, der Einschätzung der persönlichen Bedeutsamkeit von Religion für das Leben und der Ausübung religiöser Praktiken wird die aktuelle Situation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland beschrieben. Dabei finden auch Fragen des Wandels religiöser Haltungen Berücksichtigung.

I.

In der Lebensphase Jugend stehen vielfältige Entwicklungsaufgaben an wie der Aufbau sozialer Bindungen zu Gleichaltrigen und damit verknüpft die allmähliche Ablösung vom Elternhaus, der Erwerb schulischer und beruflicher Qualifikationen als Voraussetzung für einen erfolgreichen Einstieg in den Arbeitsmarkt, sowie die Auseinandersetzung mit den Freizeit- und Konsummärkten die Entwicklung eines eigenständigen Lebensstils und schließlich der Aufbau eines persönlichen Wertesystems, das als Orientierungsrahmen im familialen Bereich (Elternhaus) sowie in institutionellen (Schule, Kirche, Vereine, Verbände usw.) und informellen Kontexten (Gleichaltrigengruppen) dient.¹ Die Bewältigung dieser zentralen Entwicklungsaufgaben wird bei jungen Menschen dabei begleitet durch die mit der Pubertät einsetzenden

1 Vgl. August Flammer: Entwicklungsaufgaben der Adoleszenz. In: Jörg M. Fegert (u. a., Hrsg.): Adoleszenzpsychiatrie. Psychiatrie und Psychotherapie der Adoleszenz und des jungen Erwachsenenalters. Stuttgart, New York 2009, S. 92-104; Gudrun Quenzel: Entwicklungsaufgaben und Gesundheit im Jugendalter. Weinheim, Basel 2015.

körperlichen Veränderungen und der damit verknüpften Herausbildung einer geschlechtlichen Identität.

Die Entwicklungs- und Sozialisationsbedingungen junger Menschen in den modernen Wissensgesellschaften haben sich im Zuge der Individualisierung sowie auch Globalisierung und Mediatisierung stark gewandelt. Nicht nur die Zeiten, die junge Menschen in Bildungsinstitutionen verbringen – und somit auch die Jugendphase – haben sich stark ausgedehnt, sondern auch das Maß an Eigenständigkeit, das junge Leute in der Planung ihrer Biografien aufbringen müssen, ist deutlich angewachsen. Die traditionellen Lebensentwürfe der Elterngeneration können dabei immer weniger als Vorbild für die jungen Leute dienen. Damit steigen die Anforderungen an das biografische Selbstmanagement für junge Menschen deutlich.

In diesem Beitrag soll der Frage nachgegangen werden, welche Rolle heute die Religion und die kirchliche Praxis für junge Menschen spielen. Führen die zunehmenden Individualisierungsprozesse und ihre Folgen für das Aufwachsen junger Menschen zu einem Bedeutungsverlust von Religion und Kirche bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen?

II.

Zunächst soll anhand von Ergebnissen des DJI-Survey AID:A 2014/15 („Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“)² für die Altersgruppe der 12- bis 25-Jährigen dargestellt werden, welcher Stellenwert der Religion im Vergleich zu anderen Bereichen wie der Herkunftsfamilie, den Freunden, der Ausbildung und dem Beruf zukommt. In der Studie wurden die jungen Menschen gebeten, ein breites Spektrum von Lebensbereichen danach zu bewerten, wie wichtig diese für sie persönlich sind. Eine herausragende Bedeutung hat die Herkunftsfamilie, in denen die

2 Die Studie „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ (AID:A) des DJI dient der Sozialberichterstattung zur Situation von Kindern, Jugendlichen und Familien. Im Jahr 2014/15 wurden 13.006 Personen im Alter von 12 bis 32 Jahren befragt (mehrheitlich telefonisch/ein kleiner Anteil mündlich). Die Stichprobe von AID:A weist die in nicht-amtlichen Surveys übliche Überrepräsentanz von Höhergebildeten auf; vgl. dazu Walter Bien, Ulrich Pötter, Holger Quellenberg: Methodische Grundlagen von AID:A II. Stichprobe und Fallzahlen. In: Sabine Walper (u. a., Hrsg.): Aufwachsen in Deutschland heute. Erste Befunde aus dem DJI-Survey AID:A 2015. München 2015, S. 63-68. Der vorliegende Beitrag bezieht sich auf die Ergebnisse für die Altersgruppe der 12- bis 25-Jährigen.

jungen Menschen zu einem großen Anteil Geborgenheit, Unterstützung und Vertrauen erfahren. Gesundheit, Freizeit und Freunde folgen dicht auf die Herkunftsfamilie, wenn man eine Rangreihe der Wichtigkeiten der Lebensbereiche bildet. Der soziale Austausch im Freundeskreis ist ganz zentral für die jugendliche Identitätsarbeit. Eine etwas nachgeordnete Bedeutung erfahren die Lebensbereiche Schul- und Berufsausbildung, Beruf und Arbeit, die Partnerschaft sowie die zukünftige eigene Familie. Junge Menschen sind heute sehr leistungsorientiert und sie sind

Die Lebensbereiche Politik und Religion sind anderen Lebensbereichen wie Herkunftsfamilie und Freundeskreis nachgeordnet.

sich dessen bewusst, dass gute schulische und berufliche Qualifikationen Schlüsselressourcen für eine erfolgreiche Integration in die Gesellschaft sind. Jugendliche und junge Erwachsene geben daher dem Erwerb von Bil-

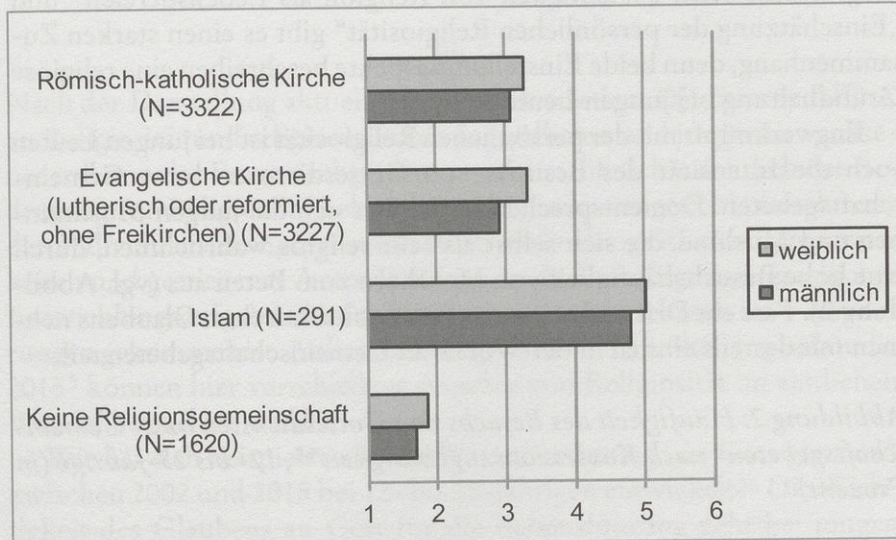
dung sowie dem (zukünftigen) Beruf einen hohen Stellenwert im Leben. Partnerschaft und eine eigene Familie spielen in den Lebensentwürfen junger Menschen eine wichtige Rolle und erfahren mit steigendem Lebensalter höhere Wertschätzung.

Angesichts der vielfältigen Aufgaben, die sich jungen Menschen in dieser Lebensphase stellen, ist es nicht verwunderlich, dass die Lebensbereiche Politik und Religion den anderen Lebensbereichen nachgeordnet werden. Die relativ randständige Bedeutung von Religion bei jungen Leuten ist dabei ein konstantes Ergebnis der Jugendforschung seit Beginn der 1990er-Jahre.³ Allerdings variiert die Wichtigkeit des Lebensbereichs Religion danach, ob die jungen Menschen überhaupt konfessionell gebunden sind bzw. welche Konfessionszugehörigkeit sie haben (vgl. Abbildung 1 auf der folgenden Seite).

Jugendliche, die keiner Religionsgemeinschaft angehören, halten zwar die Religion für ihr persönliches Leben als nicht für ganz unwichtig, sind aber in der Bewertung deutlich zurückhaltender als junge Menschen, die eine Konfessionszugehörigkeit haben. Exemplarisch sind in Abbildung 1 die Ergebnisse für die Konfessionslosen und drei Konfessionsgruppen dargestellt: die römisch-katholische Kirche, die evangelische Kirche und den Islam. Dabei zeigt sich, dass die katholischen und

³ Vgl. Martina Gille: Jugend heute – Lebenslagen und Herausforderungen. Ergebnisse des DJI-Surveys Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten. In: Kooperationsverbund Schulsozialarbeit (Hrsg.): Dokumentation. Stark für Bildung und soziale Gerechtigkeit. Beiträge zum Bundeskongress Schulsozialarbeit. 30.11. bis 01.12.2013 in Hannover. Frankfurt (Main) 2013, S. 39-47.

Abbildung 1: Wichtigkeit des Lebensbereichs Religion* nach Konfessionszugehörigkeit und Geschlecht**, 12- bis 25-Jährige (Mittelwerte)



Quelle: DJI-Survey AID:A 2014/15 (gewichtet); 12- bis 25-Jährige.

* Frage: Wie wichtig sind für Sie persönlich die folgenden Lebensbereiche? Antwortskala von 1 = „überhaupt nicht wichtig“ bis 6 = „sehr wichtig“. In der Abbildung sind die Mittelwerte dargestellt.

** In den Klammern ist die Anzahl der Befragten (ungewichtet) dargestellt.

evangelischen 12- bis 25-Jährigen der Religion eine ähnliche „mittlere“ Wichtigkeit geben (nahe am theoretischen Mittelpunkt der Skala von 3,5), die jungen Musliminnen und Muslime dagegen der Religion eine deutlich höhere Wertschätzung verleihen. In allen dargestellten Gruppen geben die Mädchen und jungen Frauen der Religion eine etwas höhere Bedeutung. Das stärkere Interesse der Mädchen und Frauen an Religion und religiöser Praxis ist ein konstanter Befund religionsbezogener Studien und wird in Zusammenhang gebracht mit geschlechtsspezifischen Traditionen der religiösen Sozialisation.⁴

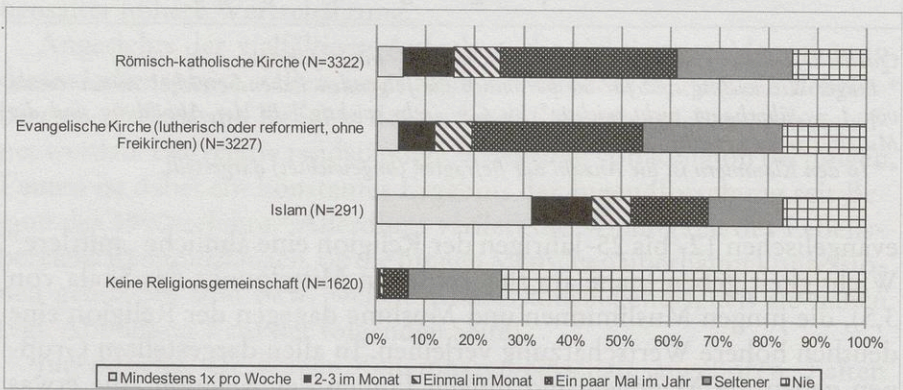
Ganz ähnliche Bewertungsabstufungen für die Geschlechter und Konfessionsgruppen erhält man, wenn die jungen Menschen danach gefragt werden, ob sie sich selbst als religiös wahrnehmen oder nicht. Junge Frauen schätzen sich dabei als religiöser ein als junge Männer. Im Ver-

4 Friedrich Schweitzer: Jugend und Religion. In: Thomas Rauschenbach, Stefan Bormann (Hrsg.): Herausforderungen des Jugendalters. Weinheim, Basel 2013, S. 198-218.

gleich der Konfessionen erweisen sich die jungen Musliminnen und Muslime wiederum als besonders religiös. Zwischen den beiden Einstellungsdimensionen „Wichtigkeit von Religion als Lebensbereich“ und „Einschätzung der persönlichen Religiosität“ gibt es einen starken Zusammenhang, denn beide Einstellungsaspekte beschreiben eine religiöse Grundhaltung bei jungen Leuten

Eng verknüpft mit der persönlichen Religiosität ist bei jungen Leuten auch die Intensität des Besuchs von Gottesdiensten bzw. Gemeinschaftsgebeten. Dementsprechend zeichnen sich die jungen Musliminnen und Muslime, die sich selbst als sehr religiös wahrnehmen, durch eine hohe Besuchshäufigkeit von Moscheen zum Beten aus (vgl. Abbildung 2). Fast ein Drittel der jungen Leute muslimischen Glaubens nehmen mindestens einmal in der Woche an Gemeinschaftsgebeten teil.

Abbildung 2: Häufigkeit des Besuchs von Gottesdiensten bzw. Gemeinschaftsgebeten nach Konfessionszugehörigkeit**, 12- bis 25-Jährige (in Prozent)*



Quelle: DJI-Survey AID:A 2014/15 (gewichtet); 12- bis 25-Jährige.

* Frage: Wie häufig nehmen Sie an Gottesdiensten (bei muslimischen Befragten: an Gemeinschaftsgebeten) teil?

** In den Klammern ist die Anzahl der Befragten (ungewichtet) dargestellt.

Der Anteil bei den jungen Protestanten und Katholiken mit wöchentlichem Gottesdienstbesuch liegt bei jeweils 5 Prozent. Insgesamt gesehen ist allerdings die Häufigkeit des Kirchgangs bei den jungen Katholiken etwas höher als bei den jungen Protestanten. Bei den Jugendlichen, die keiner Religionsgemeinschaft angehören, deren Anteil in der DJI-Studie in den neuen Bundesländern bei ca. 68 Prozent und in den alten

Bundesländern bei ca. 15 Prozent liegt, besuchen ein Viertel „mehrmals im Jahr“ oder „seltener“ und drei Viertel „nie“ einen Gottesdienst.

III.

Nach der Darstellung aktueller Ergebnisse aus dem DJI-Survey AID: A zu Religiosität und religiöser Praxis Jugendlicher und junger Erwachsener soll nun der Frage nachgegangen werden, ob es hinsichtlich der Bedeutung von Religion im Leben junger Menschen angesichts zunehmender Individualisierungsprozesse, wachsender biografischer Ungewissheiten und gestiegener Anforderungen an die Bewältigung jugendlicher Entwicklungsaufgaben in den letzten beiden Jahrzehnten zu Veränderungen gekommen ist. Anhand der Ergebnisse der 17. Shell Jugendstudie 2015⁵ können hier verschiedene Aspekte von Religiosität im zeitlichen Wandel betrachtet werden.

Wie hat sich beispielsweise die Wertorientierung „an Gott glauben“ zwischen 2002 und 2015 bei 12- bis 25-Jährigen entwickelt?⁶ Die Wichtigkeit des Glaubens an Gott für die Lebensführung geht bei jungen Leuten etwas zurück, wenn man die Anteilswerte derjenigen betrachtet, die diesen Wert für wichtig halten: 37 Prozent (2002) – 36 Prozent (2006) – 36 Prozent (2010) – 33 Prozent (2015).⁷ Der Rückgang im Glauben an Gott bei jungen Menschen insgesamt beruht dabei vor allem auf Entwicklungen bei der katholischen Jugend. Bei den jungen Katholiken zeigt die Zeitreihe für die Wichtigkeit des Glaubens an Gott eine deutliche Abnahme: 51 Prozent (2002) – 45 Prozent (2006) – 43 Prozent (2010) – 39 Prozent (2015). Die evangelischen Jugendlichen geben dem Glauben an Gott generell eine etwas geringere Wertschätzung, wobei dieser Wert

5 Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch. Hrsg. v. d. Shell Deutschland Holding. Frankfurt (Main), Hamburg 2015. – Zum Folgenden vgl. auch die Hinweise von Clauß Peter Sajak in vorliegendem Heft auf S. 84-87.

6 In den Shell Jugendstudien wurde der Wert „an Gott glauben“ neben vielen anderen Werten mit folgender Eingangsfrage erfasst: „Jeder Mensch hat ja bestimmte Vorstellungen, die sein Leben und Verhalten bestimmen. Wenn Sie einmal daran denken, was Sie in Ihrem Leben eigentlich anstreben: Wie wichtig sind dann die folgenden Dinge für Sie persönlich?“ Antwortskala: 1 = unwichtig bis 7 = außerordentlich wichtig. Die Prozentwerte im Beitrag beziehen sich auf die Skalenpunkte 5 bis 7. Die Frage nach den Wertorientierungen wurde in den Shell Jugendstudien 2002, 2006, 2010 und 2015 in gleicher Weise erhoben.

7 Vgl. Thomas Gensicke: Die Wertorientierungen der Jugend (2002-2015). In: Jugend 2015 (wie Anm. 5), S. 237-272, hier S. 257.

2015 noch weiter zurückgegangen ist: 38 Prozent (2002) – 39 Prozent (2006) – 39 Prozent (2010) – 32 Prozent (2015). Bei den anderen Religionen zeigt sich eine mehr oder minder gleichbleibend hohe Wichtigkeit des Gottesglaubens: 68 Prozent (2002) – 69 Prozent (2006) – 72 Prozent (2010) – 70 Prozent (2015).⁸

Mit den Ergebnissen der Shell Jugendstudien lässt sich die religiöse Praxis des Betens bei 12- bis 25-Jährigen im Zeitvergleich für die beiden Erhebungsjahre 2006 und 2015 untersuchen. Hierbei zeigt sich, dass die Praxis des Betens bei den jungen Protestanten und Katholiken an Bedeutung verloren hat. Dieser Rückgang vollzieht sich bei den jungen Katholiken allerdings auf einem höheren Ausgangsniveau. Die Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften weisen zu beiden Zeitpunkten eine gleichbleibend hohe Häufigkeit des Betens auf. Dieser Trend soll anhand der Ergebnisse zur Häufigkeit des Betens „mindestens einmal pro Woche“ veranschaulicht werden. Bei den jungen Katholiken gehen die Anteile derjenigen, die mindestens einmal in der Woche beten, von 28 Prozent auf 20 Prozent zurück, bei den jungen Protestanten von 21 Prozent auf 15 Prozent, und bei den Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften zeigen sich mit Anteilswerten von 49 Prozent (2006) und 46 Prozent (2015) nur geringe Veränderungen.⁹

Wie auch in der DJI-Studie AID:A zeigen sich in den Shell Jugendstudien Zusammenhänge zwischen Religiosität (in AID:A erfasst durch die Wichtigkeit des Lebensbereichs Religion und die persönliche Religiosität, in den Shell Studien durch die Wichtigkeit des Glaubens an Gott) und der religiösen Praxis (in AID:A erfasst durch den Gottesdienstbesuch, in den Shell Jugendstudien durch das Beten). Die abnehmende Religiosität, wie sie durch die Trenddaten der Shell Jugendstudien nachgewiesen werden kann, führt zu einem Rückgang in der religiösen Praxis bei jungen Leuten. Allerdings gilt dies vorwiegend für die jungen Protestanten und Katholiken. Jugendliche anderer Religionen (vor allem Islam und orthodoxe christliche Kirchen) weisen ein nahezu gleichbleibend hohes Niveau religiöser Praxis auf. Betrachtet man die Erwachsenen in der deutschen Bevölkerung insgesamt (ab 18 Jahren), so zeigt sich für den Zeitraum 1992 bis 2012 eher eine Konstanz in der Religiosität und Gebetshäufigkeit.¹⁰ Möglicherweise ist die junge Generation mit

8 Ebd., S. 251.

9 Ebd., S. 258.

10 In Westdeutschland ist der Anteil der Bevölkerung, die „nie“ beten, konstant, im Osten

ihrer größer werdenden Distanz zur Religion und den Kirchen Vorreiter einer Entwicklung, die über die Generationenabfolge auch zunehmend die älteren Generationen erfassen wird.

IV.

Die Religion hat für die meisten jungen Menschen keine wesentliche Bedeutung für die Realisierung ihrer persönlichen Lebenspläne. Junge Menschen haben mehrheitlich den Eindruck, dass die Kirche keine Antworten auf die Fragen hat, die sie wirklich bewegen, wie die jüngste Shell Jugendstudie feststellte.¹¹ Die in diesem Beitrag dargestellten religiösen Haltungen beziehen sich allerdings eher auf traditionelle Aspekte von Religiosität. Angesichts der zunehmenden Ausdifferenzierung und Individualisierung von Lebensführungen in modernen Gesellschaften kommt es auch zu einem Wandel von religiösen Ausdrucksformen und zu einer Pluralisierung religiöser Praktiken insbesondere bei jungen Menschen. Neben dem vor allem durch die religionssoziologische Forschung konstatierten Rückgang des Glaubens und der religiösen Praxis insbesondere bei den jungen Katholiken und Protestanten gilt es zukünftig, die jugendspezifischen Ausdrucksformen religiöser Überzeugungen und Betätigungen genauer zu untersuchen. Junge Menschen entscheiden sich immer weniger eindeutig für oder gegen Gott bzw. die Religion, sondern sie mixen sich ihre eigenen Weltbilder je nach praktischen Notwendigkeiten und Handlungserfordernissen.¹² Zukünftige Forschung sollte daher vor allem die vielfältigen Modi der Aneignung von Religion bei jungen Menschen in den Blick nehmen.

Junge Menschen gestalten immer stärker ihre eigenen Weltbilder je nach praktischen Notwendigkeiten und Handlungserfordernissen.

nimmt dieser Anteil leicht zu. Vgl. Heiner Meulemann: Religiosität und Säkularisierung. In: Statistisches Bundesamt (Destatis), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) in Zusammenarbeit mit Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (Hrsg.): Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2013, S. 346-349, hier S. 347.

11 59 Prozent der evangelischen, 56 Prozent der katholischen, 68 Prozent der konfessionslosen, allerdings nur 33 Prozent der muslimischen 12- bis 25-Jährigen stimmen der Aussage „Die Kirche hat keine Antworten auf Fragen, die mich wirklich bewegen“ zu; vgl. Gensicke (wie Anm. 7, oben S. 95), S. 260.

12 Vgl. Albrecht Schöll: Jugend und Religion. In: Yvonne Kaiser (u. a., Hrsg.): Handbuch Jugend. Evangelische Perspektiven. Opladen, Berlin, Toronto 2013, S. 155-160.

Eine Generation sucht neue Wege. Jugend und Religion in Polen

Marek Zając (geb. 1979 in Krakau) ist ein bekannter polnischer Journalist und Publizist, der sich vor allem auf religiöse und gesellschaftliche Themen spezialisiert hat. Er arbeitet für zahlreiche polnische Zeitungen und Fernsehsender, u. a. für die katholische Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“.

Der Journalist und Publizist Marek Zając beschreibt in seinem Beitrag, ausgehend vom Tode Papst Johannes Pauls II., die seit dem Fall des Kommunismus in Polen entstandenen Wertekonflikte der Jugend in Polen. Ein Teil der Jugend in Polen erliegt heute der Versuchung, sich vom Glauben und seinen Ritualen abzuwenden. Ein anderer Teil sucht neue Wege, zum Beispiel im Internet, eine eigene Form des Glaubens zu entwickeln.

Das Ende einer Ära

Es mag kaum zu glauben sein, doch es ist wirklich geschehen. Am Samstag, dem 2. April 2005, um 21.37 Uhr starb Johannes Paul II. – und fast ganz Polen kam zum Stillstand. Journalisten weinten bei Live-Schaltungen. Bis zur Beisetzung des Papstes sendeten selbst die kommerziellen Fernsehkanäle Beiträge über einen Menschen, den man überall und ohne zu zögern den größten Polen der Geschichte nannte. An Straßen, die seinen Namen trugen, stellten Zehntausende von Menschen Kerzen auf – die Bürgersteige verwandelten sich zu leuchtenden Teppichen. In der Nacht von Samstag auf Sonntag füllten sich die Kirchen mit Wachenden. Wenn die Menge auf verschlossene Türen stieß, weckte sie die Pfarrer und verlangte die Öffnung der Gotteshäuser.

An den nächsten Tagen geschahen Wunder. Die Anhänger der beiden verfeindeten Krakauer Fußballvereine Wisła und Cracovia vereinigten sich. „Es ist höchste Zeit, um in Schals und Mützen ruhig durch die Stadt gehen zu können. Ohne das Risiko, von jemandem verprügelt, verstümmelt oder gar erschlagen zu werden“, erklärte der Vorsitzende einer

Wisła-Fanvereinigung. Unter den Fenstern der erzbischöflichen Residenz tauschten die Fans ihre Schals aus und skandierten: „Jeder wird es sagen, in Krakau regiert Wojtyła!“ (Każdy to powie, Wojtyła rządzi w Krakowie!“). Zwar sollte diese Verbrüderung nicht lange halten, doch einige Apriltage lang war sie eine Tatsache. Am Montag verabredeten sich 150.000 Menschen, meist Schüler und Studenten, die mit den Technologien des 21. Jahrhunderts aufgewachsen waren, mittels SMS und Internet. Sie organisierten einen spontanen Marsch auf die Błonia-Wiese im Herzen Krakaus, wo Johannes Paul II. bei seinen Reisen in die Heimat die Messe gelesen hatte. Am Donnerstag, dem Vorabend der Beisetzung, zog ein „Weißer Marsch der Dankbarkeit“ durch die Stadt, an dem sich mehr als eine halbe Million Menschen beteiligte. Abends fand auf der Błonia-Wiese eine Messe statt, und an die mehr als eine Million Versammelten schickte der Metropolit von Krakau aus Rom eine SMS: „Ich bin mit Euch am Petersdom. Hier und dort der Eure“, schrieb Kardinal Franciszek Macharski. Pünktlich um 21.37 Uhr wurden Kerzen angezündet. Die Menge verstummte. Viele weinten leise, als würden sie den eigenen Vater oder die eigene Mutter verabschieden.

Und hier beginnt eine Geschichte, die wie in einem Brennglas die Kraft und die Schwäche meiner Kirche zeigt. Als Kardinal Macharski aus Rom zurückkehrte, wollte er von seinen engsten Mitarbeitern in allen Einzelheiten erfahren, wie während seiner Abwesenheit Johannes Paul II. verabschiedet wurde. Über die Messe berichtete der Kirchenhistoriker Prof. Dr. Grzegorz Ryś, ein beliebter Seelsorger und heute Weihbischof in Krakau. Er sprach von den spontan zusammengekommenen Menschenmassen und der weinenden Menge, äußerte aber auch einen Zweifel. Einen Zweifel, der die in diesen Tagen vorherrschende Überzeugung infrage stellte, ob nämlich der Tod Johannes Pauls II. für die Kirche in Polen ein mächtiger Impuls sei und viele zurückholen würde, die sie verlassen hatten. „Vor der Messe hatten wir viele zur Kommunion vorbereitet“, berichtete Ryś. Doch als die Priester sich in der Menge verteilten, stellte sich heraus, dass nur wenige zur Kommunion gingen. „Sieh an, wie fantastisch die jungen Leute sind ...“, schwärmte der Kardinal. „Eure Eminenz“, antwortete Ryś verwirrt, „Sie haben mich wohl nicht recht verstanden. Ich habe gesagt, dass nur wenige zur Kommunion gegangen sind.“ „Ach, wie fantastisch die jungen Leute doch sind“, wiederholte Kardinal Macharski: „Alles drängte sie dazu, die Kommunion zu empfangen. Die Atmosphäre, die Umgebung, die Emotionen, die

Tränen ... Doch sie haben so große Hochachtung vor der Eucharistie, dass sie das ohne Beichte nicht tun ...“

Selbst wenn diese seit Jahren erzählte Anekdote nur zu einem Bruchteil den Tatsachen entsprechen sollte, so soll noch einmal gesagt werden: Sie zeigt sehr deutlich sowohl die Kraft als auch die Schwäche meiner Kirche.

Entwicklung der Religiosität in Polen seit 1989

Das Jahr 1989: Sturz des Kommunismus. In Polen beginnt die vom Runden Tisch eingeleitete demokratische Transformation. Marktwirtschaftliche Schockreform und Triumph des Kapitalismus. Modernisierung aller Lebensbereiche, die Zahl der Menschen mit Hochschulabschluss steigt, die Bevölkerung wird allmählich wohlhabender, die Verstädterung beschleunigt sich, die Einstellungen individualisieren sich rasch und ein neues, aus dem Westen stammendes Sittenleben hält Einzug.

Zu Beginn der 1990er Jahre hatten viele Soziologen kaum Zweifel: Unter dem Druck der genannten Prozesse stehe Polen vor einer unumkehrbaren, radikalen und massenhaften Verweltlichung. Doch die Jahre verstrichen und die apokalyptischen Visionen wollten sich nicht verwirklichen. Natürlich gab es Verluste, doch die Kirchen leerten sich keineswegs. Nach wie vor geben rund 90 Prozent der Polen an, gläubig zu sein, was uns in eine Reihe mit Ländern wie den muslimischen Staaten Afghanistan oder Pakistan stellt. Anfang der 1980er Jahre wurde der Anteil der *dominantes*, also der regelmäßig zum sonntäglichen Hoch-

In den Jahren nach der Wende gab es zwar ein Abbröckeln der Gläubigenzahlen, doch die Kirchen Polens leerten sich nicht.

amt kommenden Personen, auf etwas über 50 Prozent der Gläubigen geschätzt. Seit einigen Jahren hat sich an den Statistiken wenig verändert, die Zahlen pendeln hartnäckig um die 40 Prozent. Das ist, zugestanden, kein

schlechtes Ergebnis. Ganz ausgezeichnet ist es um die Kommunion bestellt, denn in diesen dreißig Jahren wuchs deren Anteil um das Doppelte und beträgt nun mehr als 16 Prozent. Gelegentlich werden diese Daten so interpretiert, dass die Zahl derjenigen Katholiken in Polen steigt, für die der Glauben kein gedankenlos von Generation auf Generation übertragenes Ritual, keine nationale Tradition mehr ist, sondern das Ergebnis einer bewussten, existenziellen Entscheidung. Deshalb greifen viele Publizisten auch die These auf, wonach sich Polen auf einem ande-

ren Weg befinde als Westeuropa, was der Überzeugung widerspreche, dass Modernisierung eine unaufhaltsame Verweltlichung bedeute. Das ist gut möglich, aber ...

Im Herbst des vergangenen Jahres stellte bei einer Tagung der Polnischen Bischofskonferenz Mirośława Grabowska, eine erfahrene Soziologin und Leiterin des Meinungsforschungsinstituts CBOS, einen Bericht über die Jugend vor. Die Schlussfolgerungen? Erstens: Die Zahl der religiös praktizierenden jungen Menschen sinkt. Zweitens: Die meisten lehnen die katholische Sexuallehre entschieden ab. Drittens: Die Abkehr von der Kirche als Institution verläuft viel schneller als die Aufgabe des Glaubens insgesamt. Dies drückt sich in folgender Formulierung aus: Gott – vielleicht schon, aber Kirche – ganz gewiss nicht.

Gestützt auf die Analyse anderer Daten und Statistiken füge ich meinerseits noch eines hinzu: Unter den Erwachsenen greift die Verweltlichung – wie gesagt – relativ langsam um sich. Doch unter den Jungen hat sie sich beschleunigt. Deshalb gilt es, sich hart an die Arbeit zu machen. Wir können uns keinen Schlummer erlauben, denn es geht um alles: um die Zukunft.

Hier nach Mirośława Grabowska noch einige Daten für das Jahr 2013: Als gläubig bezeichnen sich 71 Prozent der Jungen. Im Vergleich zu Mitte der 1990er Jahre hat sich der Anteil der erklärten Nichtgläubigen verdoppelt und beträgt 10 Prozent. Und die Religionsausübung: 1996 praktizierten 16 Prozent der Jugend überhaupt nicht, 2013 waren es schon 23 Prozent. Der Anteil der mindestens einmal in der Woche praktizierenden jungen Leute stürzte in diesem Zeitraum von 55 Prozent auf 37 Prozent ab. Böartige Kommentatoren behaupten, dass die Firmung in Polen als Kirchenabschiedssakrament bezeichnet werden müsse. Die Jugendlichen, die sich nun abkehren, kommen erst im Erwachsenenalter zum Altar zurück, wenn sie heiraten. Der Grund ist einfach: Die kirchliche Liturgie gilt nach wie vor hinsichtlich Feierlichkeit und Symbolik als konkurrenzlos und lässt die Zeremonien in den staatlichen Standesämtern weit hinter sich.

Einer der vielen Gründe für die Abkehr der Jugendlichen von der Kirche ist die Schwäche der Seelsorge in den Pfarreien und des Religionsunterrichts in den Schulen, aber oft auch das schmerzliche Fehlen christlicher Glaubenspraktiken in der eigenen Familie. Welche Bedeutung hat die Erstkommunion für ein Kind, dessen Eltern überhaupt nicht zur Kommunion gehen? Letztlich sind wir oft nicht in der Lage, einen Teenager durch das Rote Meer zu führen, das den kindlichen Glauben an

den Herrgott von dem Glauben trennt, den er als Erwachsener annehmen und praktizieren könnte. Keine geringe Rolle hierbei spielt, dass die Jugendlichen gerade in diesem Alter ihre eigene Sexualität entdecken. Über die Hälfte der Jugendlichen sagt, dass für Sex weder Ehe noch Liebe nötig seien. Die große Mehrheit lehnt die Haltung der Kirche zur Schwangerschaftsverhütung ab.

Den genannten Befunden ist noch ein weiteres Problem hinzuzufügen: religiöses Unwissen und Ignoranz. Umfragen in mehreren

Gerade unter Schülerinnen und Schülern sind religiöses Unwissen und Ignoranz heute weit verbreitet.

Warschauer Schulen zeigen, dass nur 48 Prozent der Schülerinnen und Schüler erklären, an die Person Gottes zu glauben. Knapp 29 Prozent glauben an die Wiederauferstehung von

Seele und Körper. Das alles begünstigt die Abkehr vom Glauben. Der bekannte polnische Religionssoziologe Janusz Mariański zitiert die symptomatische Aussage eines seiner Schüler: „Für mich ist der Glaube nicht wichtig, aber er ist in meinem Leben präsent.“

Und hier kommen wir zu etwas vielleicht noch Wichtigerem, das wohlgemerkt nicht nur die jungen Leute betrifft. Seit dem Tod Johannes Pauls II. ist in Polen ein weitreichender Wandel in Bezug darauf zu erkennen, ob die Kirche als Autorität angesehen wird, als Stimme, die Einfluss auf individuelle Lebensentscheidungen, aber auch auf den Alltag hat. Noch 2005 sagten immerhin 66 Prozent der Befragten, sie glaubten und ließen sich von der Kirchenlehre leiten. Vor zwei Jahren waren es nur noch 39 Prozent! In dieser Zeit ist der Anteil derjenigen, die sagten, sie glaubten auf ihre eigene Weise, von 32 auf 52 Prozent emporgeschnellt. Das ist nicht nur ein interessanter Trend, es kann vielmehr das Vorzeichen eines Erdbebens sein.

Neue Medien als Wege zu Gott?

Stellen wir uns einen Dom vor, der jeden Tag von mehr als 10.000 vor allem jungen Menschen gefüllt ist. Und jeden Monat kommen insgesamt mehrere hunderttausend. Wo in Europa würde man heute eine solche Kirche finden? Wenn wir an Gebäude aus Holz und Backsteinen denken, an Kathedralen mit hohem Kirchenschiff und gotischen Spitzbögen, mit einer reich verzierten Kanzel, die auf Figuren der vier Evangelisten ruht – dann muss gesagt werden, dass es einen Dom mit einem solchem Gottesdienstbesuch nicht gibt. Nirgendwo. Auch nicht in Polen. Wenn wir

aber den engen Rahmen der „normalen“ Welt verlassen und davon ausgehen, dass dieser Dom nicht physisch existieren muss, sondern auch virtuell sein kann – dann stoßen wir auf die Seite „Facebóg“ („Facegott“). Aber Achtung: Dort gibt es keinen einzigen Bischof ...

Das nur schlecht ins Deutsche übertragbare Wortspiel „Facebóg“ spielt auf den Namen des weltweit größten Online-Mediums an. Initiator und *spiritus movens* des Unternehmens ist der junge Computergrafiker und Journalist Piotr Żyłka. Das Facebook-Profil von „Facebóg“ hat über 185.000 Likes. Eine andere bekannte Internetseite, die von den Jesuiten gegründete und betriebene Seite deon.pl, wird monatlich sogar von mehreren hunderttausend Nutzern (*unique users*) besucht.

In einer Art Netz-Credo schreibt Żyłka: „Man sagt, dass das Evangelium heute altmodisch sei und der Informationsgesellschaft nichts mehr zu sagen habe. Man sagt, dass Facebook kein Ort für gute Initiativen zur Verbreitung von Werten sei. Wir beweisen, dass diese beiden Behauptungen unwahr sind! So haben wir die Idee des Projekts Facebóg zu Anfang der Fastenzeit 2012 beschrieben. Zunächst entstand ein Facebook-Profil, später eine Homepage. Rasch stellte sich heraus, dass es Sinn hat, das Netz mit kurzen und inhaltsreichen Gedanken zu nähren. Das Projekt weitete sich aus. Wir ermöglichten es unseren Nutzern, auf unserer Seite eigene Grafiken zu gestalten und zu veröffentlichen.

Welches ist unser Hauptziel? Wir wollen das Evangelium verkünden. Wir wollen Gläubige und Ungläubige ansprechen. Wir wollen einen und zum Denken anregen. Das Projekt Facebóg ist der Versuch, alle zum Leben zu erwecken, die sich lange bei Facebook aufhalten. Wir wollen eure Gedanken zum Wesentlichen lenken. Oder anders – zu dem, was am wichtigsten ist.“ So veröffentlichte Facebóg etwa vor Kurzem einen Gedanken der hl. Theresa: „Auf zwei Worte – Liebe und Barmherzigkeit – kann man das ganze christliche *credo* reduzieren.“ Und es gibt einen Film mit Hinweisen von Pater Grzegorz Kramer, was man tun muss, wenn man sich „voll aufregt“.

Es findet sich hier auch eine Erzählung: „Im Bauch einer schwangeren Frau waren Zwillinge. Der eine fragte den anderen: ‚Glaubst du an das Leben nach der Geburt?‘ – ‚Klar. Irgendetwas muss da sein! Ich glaube, dass wir genau deshalb hier sind, um uns darauf vorzubereiten, was danach sein wird.‘ – ‚Dummes Zeug. Es gibt kein Leben nach der Geburt. Wie sollte das denn aussehen?‘ – ‚Nun, das weiß ich nicht, aber es wird dort mehr Licht geben. Wir werden laufen, mit dem Mund essen können ...‘ – ‚Aber das ergibt doch keinen Sinn! Laufen kann man nicht! Und

wer hat jemals gesehen, dass man mit dem Mund isst! Wir werden doch von der Nabelschnur genährt.' – ‚Hm, ich weiß nicht, aber wir werden Mami sehen und sie wird sich um uns kümmern.' – ‚Mami? Du glaubst an Mami? Wer ist das deiner Meinung nach denn?' – ‚Aber sie ist doch überall um uns herum ... Dank ihr leben wir. Ohne sie gäbe es uns nicht.' – ‚Das glaube ich nicht! Ich habe nie eine Mami gesehen, also gibt es sie nicht ...' – ‚Wie das? Wenn wir still sind, kannst du doch hören, wie sie singt. Oder spüren, wie sie unsere Welt streichelt. Siehst du, ich denke, dass das wirkliche Leben erst später beginnt ...'“

Infantil? Naiv? Banal? Vielleicht. Aber kurz gesagt: Diese Geschichte hat schon mehr als viereinhalbtausend Likes und nur positive Kommentare. Żyłka hat auch einen Becher entworfen, auf dem zwei Sprüche stehen. Der erste: „Sag Gott nicht, dass du ein großes Problem hast.“ Der zweite: „Sag deinem Problem, dass du einen großen Gott hast.“ Das ist eine kurze Katechese über die Liebe des allmächtigen Gottes, die bewirkt, dass man selbst in einem dunklen Tal keine Angst vor dem Bösen hat – das ist eine wahre *biblia pauperum* für das 21. Jahrhundert.

Ein Blick in die Zukunft

Die Aktivitäten der Kirche im Internet wuchern in Polen unglaublich. Es gibt zahlreiche Facebookprofile und Internetseiten, Tausende von Video-Exerzitien, Blogs charismatischer Seelsorger und Exorzisten, Youtube-Kanäle mit Homilien, Postings oder SMS mit Bibelzitaten oder päpstlichen Dokumenten, virtuelle Briefkästen für Fragen junger Nutzer, Möglichkeiten, bei Frauenklöstern online Messen für bestimmte Personen zu bestellen ...

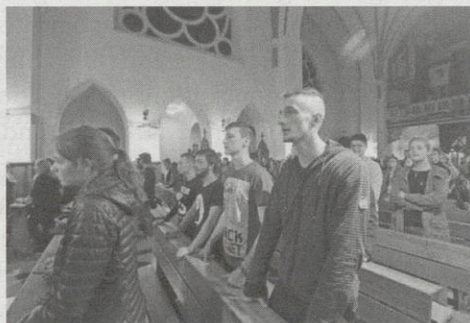
Bei den religiös ausgerichteten Internetangeboten gibt es neben viel Licht auch manchen Schatten.

Damit das klar ist: Ich sage nicht, dass das Internet ein Rezept gegen jedes Wehwehchen ist. Verschiedene Formen und Beispiele der Evangelisierung im Netz und durch das Netz wecken Zweifel. Etwa die Frage nach den Absichten einiger derer, die sich als Internetseelsorger aufspielen – auch hier fehlt es nicht an billiger Effekthascherei, eitlen Starkult und gefährlicher Sektiererei. Und in dem offenen, fast grenzenlos pluralistischen Internet gibt es schließlich keinerlei *imprimatur*. Die Glaubenskongregation ist ratlos ... Noch wesentlicher scheint folgende Frage zu sein: Wie kann man die im Internet an Jesus und am Evangelium interessierten jungen Leute aus dem virtuellen Raum in die Kirche

außerhalb der Netzwelt bringen? Denn nur dort haben sie schließlich Zugang zu den Sakramenten!

Dies zeigen auch andere Beispiele: Auf dem großen Rockfestival „Przystanek Woodstock“ (Haltestelle Woodstock), das 2004 nach Kostrzyn (Küstrin) an der Oder direkt an der deutschen Grenze verlegt wurde, organisieren Missionare einen „Przystanek Jezus“ (Haltestelle Jesus) und fischen sehr erfolgreich nach verirrtten jugendlichen Seelen. Das Problem beginnt meist dann, wenn die frisch Bekehrten nach Hause kommen und sich im zuweilen grauen und monotonen Gemeindeleben zurechtfinden müssen. Hier kommt mir eine Geschichte in den Sinn. Der Ende letzten Jahres verstorbene Dominikaner und legendäre Seelsorger Jan Góra warnte, als er noch zu kommunistischen Zeiten die Liturgie begann, die in den Bänken sitzenden Greisinnen: „Das ist eine Messe für Jugendliche! Sie könnten den Glauben verlieren!“

Denn Jugendseelsorge ist nur etwas für Leute, die kein Risiko scheuen. Das Risiko, das darin besteht, nach neuer Sprache und neuen Formen zu suchen, aber auch darin, mit unbequemen Fragen konfrontiert zu werden. Hier führen kirchlicher Newspeak, seichte Frömmigkeit und rituelle Religiosität nicht weiter. Das Problem ist nicht neu. In den 1950er Jahren verstanden nicht



*Jugendliche Gottesdienstbesucher in Polen
(Bild: Markus Nowak)*

alle Pfarrer, warum zum Kuckuck ihr junger Kollege Karol Wojtyła mit Studenten in die Berge an einen See fährt, um auf einem umgekippten Kajak die Heilige Messe zu lesen. Am schlimmsten ist es, wenn die Kirche keine Emotionen – auch negative – mehr hervorruft und junge Leute total gleichgültig lässt. Wie Kardinal Carlo Maria Martini in der Einführung zu seinem Buch „Jerusalem Nachtgespräche“ schreibt: „Am wichtigsten sind die von den Jungen gestellten Fragen. Sind sie heute überhaupt noch daran interessiert, uns, die Kirche, die Regierenden, das Establishment zu kritisieren? Vielleicht entfernen sie sich schweigend? Ich bin überzeugt: Wo es Konflikte gibt, dort lodert das Feuer und wirkt der Heilige Geist.“

Zweifellos befinden wir uns in Polen an einem weiteren Wendepunkt. Das ist kein plötzlicher Wetterumschlag, sondern eine schleichende Krise. Ich sage es noch einmal: Wenn wir die Jugend verlieren, verlieren wir die Zukunft. Die Ausgangsposition ist noch nicht so schlimm. So betätigen sich zum Beispiel nach recht vagen Schätzungen rund eine Million junge Leute in Polen in diversen katholischen Bewegungen und Gemeinschaften. Selbst wenn wir diese Zahl in Wirklichkeit halbieren müssten, so haben wir es doch mit einem großen Potenzial zu tun. Wenn wir ihnen vertrauen, so werden sie für ihre Gleichaltrigen zu überzeugenden und glaubwürdigen Zeugen des Glaubens werden. Es besteht auch die Hoffnung, dass der Weltjugendtag in Krakau unsere Kirche dazu bringt, die sicheren Mauern der Gotteshäuser zu verlassen und einen großen missionarischen Werbefeldzug zu veranstalten.

Vor uns – dabei meine ich nicht nur die Kirche und nicht nur Polen – liegen gewaltige Herausforderungen. Aggressiver Fundamentalismus und gnadenloser Terrorismus; bewaffnete Konflikte – erstmals seit Jahren so nahe unserer Grenzen (Ukraine); eine Weltwirtschaft, die sich von der Ethik gelöst hat und immer wieder in neue Krisen stürzt, aber auch eine immer schwieriger aufzuhaltende Umweltkatastrophe. Und dazu das in seinen Grundfesten erbebende gemeinsame europäische Haus, das noch vor gut zehn Jahren unzerstörbar schien. Bei alledem haben es die jungen Leute besonders schwer: fehlende Stabilität, zerfallende Familien, hohe Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig wachsenden persönlichen Bestrebungen und Konsumerwartungen. Dazu kommt ein immer größeres Misstrauen gegenüber den Politikern. Es verwundert kaum, dass junge Leute immer häufiger Parteien wählen, die nicht mehr nur gegen das System, sondern gar gegen die Demokratie agitieren.

Werden sie in unserer Kirche Hoffnung, Glauben und Liebe finden? Das ist hier die Frage.

Aus dem Polnischen übersetzt von Peter Oliver Loew.

Renaissance des Religiösen?

Die Religiosität junger Erwachsener in Russland im intergenerationalen Vergleich

Dr. Olaf Müller arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Religionssoziologie, Exzellenzcluster „Religion und Politik“ und Institut für Soziologie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (Forschungsschwerpunkte: Religionssoziologie, Analyse sozialen Wandels, Politische-Kultur-Forschung).

In Russland war wie in allen postkommunistischen Ländern in den neunziger Jahren ein Aufschwung der Religiosität zu beobachten, wobei es von vornherein unklar war, ob dieser Trend dauerhaft anhalten und vor allem die jüngere Generation prägen würde. Die Auswertung entsprechender Umfragen führt, wie aus folgendem Beitrag hervorgeht, zu einem recht ernüchternden Befund.

I.

Wenn in den letzten Jahren vom Aufschwung des Religiösen die Rede war, dann wurde immer wieder auf die postkommunistischen Länder Osteuropas verwiesen. Auch wenn die Behauptung einer allumfassenden religiösen Renaissance in der Region den empirischen Gegebenheiten letztlich nicht standhält, lassen die meisten religionssoziologischen Studien aus den 1990er und 2000er Jahren für Russland und die meisten anderen orthodox geprägten Gesellschaften Ost- und Südosteuropas doch einen deutlichen Bedeutungsgewinn von Kirche und Religion erkennen, der sich vor allem im neu erwachten Bekenntnis zur Orthodoxie und weit verbreiteten allgemeinen Glaubensbekenntnissen widerspiegelt.¹

Die Ausführungen dieses Beitrages widmen sich dem Phänomen des religiösen Aufschwungs unter dem Blickwinkel intergenerationaler Un-

1 Vgl. Olaf Müller: Kirchlichkeit und Religiosität in Ostmittel- und Osteuropa. Entwicklungen – Muster – Bestimmungsgründe. Wiesbaden 2013.

terschiede. Gerade im Hinblick auf mögliche Entwicklungsszenarien kommt den Bekenntnissen, Haltungen und Praktiken der nachwachsenden, die zukünftige Gestalt der Gesellschaft bestimmenden Generationen eine besondere Bedeutung zu. Eine alleinige Betrachtung der jüngeren Kohorten würde hier jedoch nur begrenzte Erkenntnisse liefern; erst der Vergleich mit den Vorgängergenerationen ermöglicht eine Bewertung bestimmter Daten und Muster vor dem Hintergrund des Gesamtbildes sowie (vorsichtige) Aussagen über Prozesse religiösen Wandels.

Eine Frage, die sich im Zusammenhang mit dem Stichwort „religiöse Renaissance“ stellt, ist etwa die, ob sich die Jüngeren im Gegensatz zu ihren unmittelbaren Vorgängern, die in der säkularen bis religionsfeindlichen sowjetischen Gesellschaft aufgewachsen sind und sozialisiert wurden, den Ältesten wieder annähern. In Bezug auf die Nachhaltigkeit eines etwaigen religiösen Aufschwungs wäre es von Interesse zu erfahren, in welchen Bereichen das geschieht – ob es sich mithin „nur“ um entsprechende Bekenntnisse handelt oder sich auch in konkreten Praktiken niederschlägt.

Wenn im Folgenden Aussagen über die Religiosität der Jugend bzw. der jungen Erwachsenen² in Russland getroffen werden, dann geschieht dies zur besseren Einordnung also immer im intergenerationalen Vergleich. Als empirische Basis dienen die Daten einer Untersuchung zur Religion und Religiosität in Russland, die vom Levada-Zentrum im Jahr 2009 durchgeführt wurde.³

II.

Begonnen werden soll der Streifzug durch die Religiosität der russischen Bevölkerung und insbesondere der jüngeren Generation mit der „traditionellen“, institutionell-kirchlich verfassten Religiosität. Beginnen wir

2 Da die hier verwendete Datenbasis einer allgemeinen Bevölkerungsumfrage entstammt (s. u.), in der das Mindestalter der Befragten (wie in den meisten vorliegenden Umfragen zu diesem Thema) 18 Jahre beträgt, sind hier streng genommen keine Aussagen über „die Jugend“ möglich. Die im Folgenden im Fokus stehende jüngste Altersgruppe der „jungen Erwachsenen“, die der avisierten Gruppe der Jugendlichen noch am nächsten kommt, ist die der Jahrgänge 1986 bis 1991, die zum Befragungszeitpunkt zwischen 18 und 23 Jahre alt war.

3 Levada-Zentrum: Religion und Religiosität in Russland. Datensatz. Moskau 2009. Vgl. dazu auch Nadeschda Beljakowa: Religiöses Leben im heutigen Russland – Ideal und Wirklichkeit. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 11 (2010), H.1, S. 54-63.

zunächst mit einer Variablen, die sich an einen auch sonst oft erfragten Standardindikator anlehnt, der konfessionellen Identität: Da die Frage in der Levada-Studie etwas „weicher“ formuliert ist („Was ist Ihr religiöses Bekenntnis?“) als in anderen Umfragen, wo meist die konkrete Zugehörigkeit zu einer bestimmten religiösen Tradition oder Gruppierung erhoben wird, fallen die Zustimmungsraten hier naturgemäß etwas höher aus: Insgesamt 73 Prozent der Befragten bekennen sich zur Orthodoxie, 6 Prozent zum Islam, kaum mehr als 2 Prozent zu irgendeiner anderen religiösen Tradition. 6 Prozent bezeichnen sich selbst als Atheisten, weitere 11 Prozent wählten die etwas schwammig formulierte Kategorie „nichts Konkretes“.

Betrachtet man die Antworten im Kohortenverlauf, so lässt sich konstatieren, dass sich der Anteil derjenigen, die sich als orthodox bezeichnen, von den älteren zu den jüngeren Altersgruppen leicht verringert – von 79 Prozent bei den zwischen 1917 und 1935 Geborenen auf 72 Prozent bei den zwischen 1976 und 1985 Geborenen. Eine erste differenzierte Feststellung in Bezug auf die jüngste Gruppe der in der Zeit von Perestroika und Glasnost aufgewachsenen jungen Erwachsenen (1986 bis 1991 geboren) lautet, dass sie nach wie vor mehrheitlich eine konfessionelle Bindung erkennen lässt, sich hier jedoch auch keine Trendumkehr, sondern eher eine Fortführung des intergenerationalen Musters beobachten lässt: Aus dieser Gruppe bekennen sich mit 67 Prozent im Altersgruppenvergleich die wenigsten zur Orthodoxie; der Anteil derjenigen, die „nichts Konkretes“ angeben, liegt dagegen ebenso über dem Durchschnitt (14 Prozent) wie der der selbsternannten Atheisten (8 Prozent).

Dass ein wie auch immer geartetes Bekenntnis zur orthodoxen Kirche bzw. zur Orthodoxie zum kulturellen Selbstverständnis der russischen Bevölkerung zu gehören scheint,

Die Taufrate allein ist noch kein Garant für eine lebenslange Nähe zur Orthodoxie.

bestätigt sich auch auf einer anderen Ebene – und zwar in der außerordentlich hohen *Taufrate* von 79 Prozent.⁴ Obwohl die Taufe natürlich kein Garant für eine lebenslange Nähe zur Orthodoxie ist (so geben in der Studie immerhin auch 40 Prozent der bekennenden Atheisten an, getauft worden zu sein), stellt sie doch ein recht „manifestes“ Bindeglied

⁴ Diese Prozentzahl stellt die Taufrate im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung dar. Die höhere Taufrate von 85 Prozent in Tabelle 1 auf S. 111 ergibt sich aus der Tatsache, dass dort Muslime, Juden und Buddhisten nicht eingerechnet sind.

zur eigenen religiösen Tradition dar. Da sie oft auch den ersten Schritt in der religiösen Sozialisation repräsentiert, lassen sich aus Befunden zur Taufe auch immer Anzeichen herauslesen, die über Veränderungen auf dem religiösen Feld, über vergangene und – wie gesagt, mit aller gebotenen Vorsicht – über zukünftige Entwicklungen Auskunft geben. Die in der Levada-Studie erhobenen Indikatoren zur Taufe ermöglichen solche Einblicke, die über die bloße Auszählung der Tauftrate hinausgehen: Die Frage danach, in welchem Jahr man getauft wurde, eröffnet dabei eine Perspektive, die direkt auf zeitliche bzw. generationenspezifische Wandlungsprozesse verweist.

In Tabelle 1 (folgende Seite), die Informationen zu Taufraten und Taufalter unterschiedlicher Geburtskohorten enthält, lassen sich einige interessante Muster erkennen: Zunächst fällt auf, dass im Kohortenvergleich der Anteil derjenigen, die zum Befragungszeitpunkt, also im Jahr 2009, angaben, getauft zu sein, nicht so sehr differiert, wie man vielleicht annehmen könnte (80 bis 87 Prozent). Betrachtet man die Daten jedoch etwas genauer, dann zeigen sich durchaus interessante Muster, die in gewisser Weise die historischen Umstände widerzuspiegeln scheinen: Was in diesem Zusammenhang vor allem ins Auge fällt, ist der Anstieg der Erwachsenentaufen in den mittleren Altersgruppen sowie der Taufen im Kindes- und Jugendalter (2-6 bzw. 7-17 Jahre) in der Kohorte der zwischen 1976 und 1985 Geborenen auf insgesamt 25 Prozent: Zeitlich würden die meisten dieser Taufen in die Zeit von Glasnost und Perestrojka fallen, mithin in die Periode nach der Kirchenverfolgung. Am deutlichsten wird dieser Effekt beim Anteil an Kleinkindtaufen bei den jungen Erwachsenen (42 Prozent) – ein Wert, der sogar die Rate bei der ältesten Kohorte (38 Prozent) übertrifft. Man könnte also daraus schlussfolgern, dass sich das Taufverhalten der Kohorte 1976-85 aufgrund der günstigeren gesellschaftlichen Umstände schon wieder zunehmend ins Kindesalter verlagert hat, während sich schließlich die zwischen 1985 und 1991 Geborenen wieder an das „natürliche“ Taufverhalten angenähert haben, wie es in der Kohorte, die vor den großen Kirchenverfolgungen geboren wurde, anzutreffen war. Wenn man die Gruppe der jungen Erwachsenen hier als „Trendsetter“ ansieht, dann wäre zu erwarten, dass sich das Taufverhalten der folgenden Jahrgänge in dieser Form repliziert und auf diesem im internationalen Vergleich doch verhältnismäßig hohem Level einpendelt.

Tabelle 1: Taufraten und Taufalter in unterschiedlichen Geburtskohorten

	1917 -1935	1936 -1945	1946 -1955	1956 -1965	1966 -1975	1976 -1985	1986 -1991	gesamt
Taufrate	87	86	83	87	86	80	85	84
Alter bei Taufe								
0-1	38	26	27	33	22	23	42	29
2-6	7	11	14	10	11	13	9	11
7-17	1	8	5	4	6	12	9	7
>17	7	10	11	12	18	8	2	10
Weiß nicht, wann getauft	34	31	28	28	30	25	23	28
Weiß nicht, ob getauft	3	3	2	2	0	1	1	1
Nicht getauft	10	11	15	11	14	19	15	14

Quelle: Levada-Studie 2009; ohne Muslime, Juden und Buddhisten

So beeindruckend sich die Zahlen in Bezug auf das Bekenntnis zur Orthodoxie und die Taufen ausnehmen: In anderen Bereichen findet die hohe Identifikation der russischen Bevölkerung mit der Orthodoxie kaum eine Entsprechung (Tabelle 2). Die aktive Teilnahme am kirchlichen Leben etwa ist äußerst schwach ausgeprägt: So geben insgesamt nur 12 Prozent der Befragten an, wenigstens einmal im Monat zur Kirche zu gehen. Die Hälfte der Befragten besucht die Kirche allenfalls sporadisch, vorzugsweise zu Ostern und an anderen hohen kirchlichen Feiertagen⁵; etwa 40 Prozent sagen von sich selbst, weniger als einmal im Jahr bzw. niemals zur Kirche zu gehen. Die jungen Erwachsenen der Kohorte 1986-1991 lassen hier wiederum keinen Trendwechsel erkennen, sondern stehen im Gegenteil dadurch hervor, dass sich der Anteil der regelmäßigen Kirchgänger unter ihnen mit 6 Prozent im Vergleich zu den Vorgängerkohorten noch einmal halbiert hat.

Zieht man einen weiteren Indikator hinzu, dann verstärkt sich der Eindruck, dass das Gemeindeleben weitgehend brach liegt und auch unter den Jüngeren praktisch keinen Anklang findet: Nur 1 Prozent der

Von einer aktiven Teilnahme am kirchlichen Leben kann besonders in der jüngeren Generation kaum die Rede sein.

⁵ Jeweils etwa die Hälfte der Befragten gibt an, an solchen Tagen zumindest manchmal den Gottesdienst zu besuchen.

Befragten insgesamt bekundet, regelmäßig am Leben irgendeiner Kirchengemeinde teilzunehmen, weitere 7 Prozent tun dies zeitweilig, 92 Prozent beteiligen sich überhaupt nicht; bei den jungen Erwachsenen sind es 0 bzw. 5 und 95 Prozent.

Tabelle 2: Kirchengangshäufigkeit und Teilnahme am Gemeindeleben

	1917 -1935	1936 -1945	1946 -1955	1956 -1965	1966 -1975	1976 -1985	1986 -1991	gesamt
<i>Wie oft gehen Sie zur Kirche?</i>								
monatlich oder öfter	17	19	15	11	12	11	6	12
mehrmals im Jahr	36	49	47	52	49	45	53	49
weniger als einmal im Jahr / nie	47	32	38	37	39	43	42	39
<i>Nehmen Sie am Leben irgendeiner Kirchengemeinde teil?</i>								
regelmäßig	3	4	0,5	0,5	2	1,5	0	1
zeitweilig	11	12	7	7	7	4	5	7
nein	86	84	93	93	91	94	95	92

Quelle: Levada-Studie 2009

III.

Wie steht es nun um die „private“ Religiosität? Im Zentrum des christlichen Glaubens steht zweifellos der *Glaube an Gott*. Die Levada-Studie enthält eine Frage, die den Gottesglauben sehr differenziert abfragt und die Menschen nicht nötigt, sich für ein klares „ja“ oder „nein“ zu entscheiden. Tabelle 3 vermittelt einen guten Eindruck über das breite Spektrum der Glaubensformen in der heutigen russischen Gesellschaft, enthält aber auch erneut einige Hinweise über charakteristische Altersgruppendifferenzen: Betrachtet man zunächst die Verteilung der unterschiedlichen Glaubensinhalte insgesamt, so zeigt sich, dass die traditionelle, der kirchlichen Lehre entsprechende Vorstellung von der zweifelsfreien Existenz eines Gottes nur von etwa jedem dritten Befragten vertreten wird. Ein weiteres Fünftel glaubt im Großen und Ganzen ebenfalls an Gott, zweifelt jedoch manchmal. Demgegenüber steht nur ein

kleiner Anteil von knapp 6 Prozent, die dezidiert die Existenz Gottes leugnen. Das verbleibende Drittel der Befragten kann weder eindeutig als gläubig noch als ungläubig bezeichnet werden, sondern ordnet sich irgendwo zwischen diesen beiden Positionen ein.

Tabelle 3: Glaube an Gott in unterschiedlichen Geburtskohorten

Welche der angeführten Aussagen spiegelt am genauesten Ihre Vorstellung von der Existenz Gottes wieder?	1917 -1935	1936 -1945	1946 -1955	1956 -1965	1966 -1975	1976 -1985	1986 -1991	gesamt
• Ich glaube nicht an die Existenz Gottes	5	7	8	7	4	7	6	6
• Ich weiß nicht, ob Gott existiert und bezweifle, dass man von seiner Existenz überzeugt sein kann	3	7	7	8	12	9	9	8
• Ich glaube nicht an Gott, aber ich glaube an eine höhere Macht	3	8	11	10	16	7	13	10
• Manchmal glaube ich an die Existenz Gottes und manchmal nicht	4	8	12	16	13	13	18	13
• Ich glaube an die Existenz Gottes, obwohl ich manchmal auch Zweifel empfinde	28	19	19	24	20	21	23	21
• Ich glaube, dass Gott existiert, und zweifle nicht im Geringsten daran	54	49	38	32	31	36	25	36
• Sonstige	0	0	1	0	0	1	1	0,4
• Schwer zu sagen	4	2	4	4	4	6	6	5

Quelle: Levada-Studie 2009

Aufschlussreich sind nun wiederum die Differenzen zwischen den einzelnen Geburtskohorten, wie sie schon in weiter vorn bei den Taufen unterschieden wurden: In der ältesten Kohorte der zwischen 1917 und 1935 Geborenen bekundet noch eine absolute Mehrheit von 54 Prozent, ohne Zweifel an Gott zu glauben; der Anteil derjenigen, die dies mit nur gelegentlichen Zweifeln tun, ist hier mit 28 Prozent ebenfalls überdurchschnittlich hoch. In den nachfolgenden Geburtsjahrgängen nimmt der Anteil der Gottgläubigen tendenziell deutlich ab. In der Altersgruppe der jungen Erwachsenen beträgt er gerade noch 48 Prozent, wenn man

beide Kategorien zusammenzieht. Die Gruppe der Zweifler und Unentschlossenen, mit insgesamt etwa 13 Prozent in der ältesten Kohorte ebenfalls viel kleiner als in den anderen Altersgruppen, nimmt dagegen von den älteren zu den jüngeren Geburtskohorten hin sukzessive zu und ist bei den jungen Erwachsenen der Gruppe der an Gott Glaubenden zahlenmäßig ebenbürtig (46 Prozent). Die Zahl derjenigen, die den Glauben an Gott entschieden ablehnen, unterscheidet sich dann aber zwischen den Kohorten interessanterweise kaum und bewegt sich in den

Der Anteil der Menschen, die an der Existenz eines persönlichen Gottes zweifeln, verstärkt sich unter den jungen Erwachsenen.

einzelnen Altersgruppen zwischen 4 und 8 Prozent. Alles in allem scheint sich auch für Russland ein Trend abzuzeichnen, der sich seit Jahren schon in Westeuropa ablesen lässt – dass sich nämlich im Zuge der Generationenab-

folge der Anteil der Zweifler sowie derjenigen, die nicht an einen konkreten Gott, sondern an ein unbestimmtes höheres Wesen glauben, auf Kosten der unzweifelhaft an Gott Glaubenden sukzessive erhöht.

IV.

Was lässt sich aus den zugegebenermaßen bestenfalls schnappschussartigen Darstellungen schlussfolgern? Festzuhalten bleibt, dass die Haltung der russischen Bevölkerung zu ihrer Kirche und zur Religion auch vor allem im europäischen Vergleich durchaus in gewisser Weise eine besondere ist. Das Bild, das die Anhängerschaft der Orthodoxie in Russland abgibt, fällt dabei jedoch ambivalent aus: Einerseits stellt die Orthodoxie für die große Mehrheit der Bevölkerung zweifellos einen zentralen Grundpfeiler in ihrem kulturellen und nationalen Selbstverständnis dar. Andererseits jedoch sind die Menschen kaum bereit, sich aktiv in die Kirche bzw. in die Gemeinde einzubringen; die Glaubensvorstellungen sind oft diffus, kirchlich-religiöse Praktiken sind nicht sehr verbreitet.

Betrachtet man die Haltungen und Praktiken der Jüngeren in dem Sinne, dass sie die mögliche Zukunft der Religion anzeigen, dann ist ein weiterer Aufschwung kaum zu erwarten. Abgesehen vom bloßen Bekenntnis der Zugehörigkeit lassen sich in der Generation, die nach dem Kommunismus, d. h. in Zeiten religiöser Freiheit aufgewachsen ist, zumindest bisher kaum Anzeichen einer tieferen Verankerung in der Orthodoxie erkennen.

Jugend in der Ukraine: Der Weg des Glaubens und die „Revolution der Würde“

Dr. Alexander Filonenko ist Dozent am Lehrstuhl für Kulturtheorie und Wissenschaftstheorie an der Nationalen Universität Charkiw (Ukraine) und unterrichtet am Institut „Hl. Thomas von Aquin“ in Kiew. Zugleich ist er der Gründer der Gemeinschaft „Emmaus“.

Paradigmatisch für die Jugend der Ukraine stehen die überwiegend jungen Menschen der Majdan-Proteste, deren Entstehung der Autor als eine Rückbesinnung auf die Kraft des Glaubens deutet. Das Engagement der Christen bei der Gestaltung der Zivilgesellschaft, das im Beitrag am Beispiel der Gemeinschaft „Emmaus“ deutlich wird, trägt dazu bei, dass die Ukraine einer Zukunft sowohl mit Europa als auch mit Russland entgegensehen kann.

Ein Grashalm durch den Asphalt: Das Erwachen des Glaubens und die Menschenwürde in der postatheistischen Gesellschaft

Die Ukraine erlangte 1991 die staatliche Unabhängigkeit. Die ukrainische Jugend ist genau so jung wie ihr Staat. Wie jede postsowjetische Gesellschaft setzt die Ukraine sich mit der Frage nach ihrer eigenen Identität im Verlauf der Geschichte auseinander, mit zwei Ausnahmen: der Sieg über den Nationalismus 1945 und die Überwindung des Kommunismus 1991. Diese Ausnahmen wirkten ebenso auf die Entwicklung des neuzeitlichen Europa. Trotz eines unterschiedlichen Geschichtsverlaufs erlebt die Ukraine den Weg der europäischen Identitätskrise, der mit der Einsicht verbunden ist: Sich abzuwenden allein genügt nicht, um einen guten Anfang sowohl für die Ukraine als auch für Europa zu machen.

Im Laufe der drei Monate der friedlichen Zusammenkünfte auf dem Kiewer Majdan im Winter 2013/14 wurde das Wesen dieses positiven Anfangs offenbar. Es erwies sich als mit der Frage nach dem Ursprung der Menschenwürde verbunden. Jene winterlichen Ereignisse wurden

von ihren Teilnehmern als „Revolution der Würde“ bezeichnet. Der überwiegende Teil dieser Akteure waren junge Menschen unter 23 Jahren, die die UdSSR nicht mehr persönlich erlebt hatten, jedoch in Familien hineingeboren wurden und aufwuchsen, die selber in einem atheistischen, bis 1988 den Glauben bekämpfenden Staat erzogen und ausgebildet wurden. Die ukrainische Gesellschaft ist nicht nur eine postsowjetische Gesellschaft, sondern gleichzeitig auch eine postatheistische. Sie kam aus dem Staatsatheismus, ihre 25-jährige Geschichte wurde aber zur

Die ukrainische Gesellschaft ist nicht nur eine postsowjetische Gesellschaft, sondern gleichzeitig auch eine postatheistische.

Geschichte des Erwachens des Glaubens in all seinen Dimensionen. Auf dem Majdan wurde dieses Erwachen in seiner ganzen Fülle deutlich. Bevor nun diese Glaubenserfahrung, in der die Jugend ihren Weg erkennt, be-

schrieben wird, lohnt es sich, die Worte eines der wichtigsten orthodoxen Theologen des 20. Jahrhunderts, Antoni Bloom, Bischof der Diözese von Surosch, in Erinnerung zu rufen, Worte über den Zusammenhang zwischen dem Glauben und der tatsächlichen Würde des Menschen nach dem Zweiten Weltkrieg:

„Zwei Gedanken sind nach dem Krieg vielleicht viel deutlicher in den Vordergrund getreten als vorher: die Vorstellung von der *Würde des Menschen* und seiner Wertschätzung sowohl für die anderen Menschen als auch für Gott, und zugleich jene von der *Solidarität* unter den Menschen.“

Die *Würde des Menschen* besteht darin, dass er „ein unwürdiger Sohn sein kann, ein bereuender Sohn. Unter das väterliche Dach kann er zurückkehren, aber immer als ein Sohn. Wie unwürdig der Sohn auch ist, er wird nie zu einem würdigen Knecht. Auf diese Weise schaut Gott auf den Menschen – in der Perspektive von dessen Sohnschaft, die ihm in Jesu Christi Menschwerdung verliehen wurde, die in den Akt der Schöpfung eingelegt ist, die unserer Berufung entspricht, am Göttlichen teilzuhaben (2 Petr 1,4) ... Es ist unsere Berufung. Es ist das, was wir werden sollen. Auf etwas Geringeres wird Gott sich nicht einlassen.“

„Wir sollen vor allem mit Christus *solidarisch* sein, und in Ihm – mit allen Menschen ... bis zum vollen Ausmaß des Lebens und Sterbens. Und nur dann, wenn wir das annehmen, können wir alle – jeder von uns und die Gemeinschaft aller Gläubigen, Gottes Volk – in das aufwachen, was in Christus und den Aposteln war, d. h. in eine Gruppe von Menschen, die über eine erhabene Sicht und einen größeren Maßstab verfügen, der

größer als die Welt ist, sodass die Kirche von Anfang an alles dieses in sich beinhalten konnte: Sie konnte an allen Existenzbedingungen der Menschen Anteil nehmen und somit die Menschheit zum Heil leiten.“

Diese praktische Theologie der Würde und Solidarität wird in den auf große Krisen folgenden Anfangsphasen intensiviert. Zu dieser Krise wurde für die Ukraine der Abschied vom Atheismus. Dieser sich über 25 Jahre erstreckende Abschied ist mit der Geburt des Landes aus dem Zerfall der Sowjetunion verbunden und prägte zugleich die Tragödie der Jugend. Nach der anthropologischen Katastrophe des Kommunismus mit seinen Praktiken der Entmenschlichung sorgt der Glaube der nach neuen Wegen der Menschlichkeit suchenden Jugend für ein Staunen. Denn er ist vergleichbar damit, dass ein Grashalm durch den Asphalt bricht, und dieser Vorgang, der so oft in postkommunistischen Ländern zu sehen ist, weckt Hoffnung. Das Gespräch über Glaubenswege entsteht aus dem Staunen über ein solches Erwachen des Glaubens. „Für Menschen ist das unmöglich, aber nicht für Gott; denn für Gott ist alles möglich“ (Mk 10,27).

Emmaus: Der Beginn des Glaubensweges

Das Gespräch über das Erwachen des Glaubens im postkommunistischen Kontext soll mit der Geschichte begonnen werden, die auf dem Weg nach Emmaus stattgefunden hat. Es ist bekannt, dass es heute keine Ortschaft mit diesem Namen mehr gibt. Jetzt ist es kein Ort, sondern ein Symbol für das Ereignis, das zwei Menschen zur Umkehr bewegte, die durch den Tod Christi bedrückt waren und in Bestürzung aus Jerusalem fortgingen. Sie verließen ihr Emmaus, um Christus zu folgen, und jetzt ist für sie alles verloren. Sie ziehen zurück nach Hause, um dort die Tage zu beschließen, denn nichts soll mit ihnen mehr geschehen. Und jäh geschieht ihnen eine *Begegnung*, die sie wieder zum Leben erweckt. Diese Begegnung war möglich, weil Christus mit ihnen unterwegs war und an ihrem Leben teilnahm, bevor sie im Bestürzen davor wegliefen. Solche Wendepunkte geschehen *plötzlich* und erfordern keine Zeit. Sie können weder geplant noch vorhergesehen oder geschickt arrangiert werden. Sie geschehen aber nicht ohne unsere Anteilnahme an einer realen Situation, die von Sozialprogrammen nicht vorausgesehen werden kann.

Solche „*Plötzlich*-Ereignisse“ erfordern unsere Glaubenssicht und Teilnahme am Leben jener, die nach Hilfe schreien. Wenn ich an die ukrainischen Jungen und Mädchen – an die behinderten Kinder und

Waisenkinder – denke, die mir diese Sichtweise beibringen, erinnere ich mich an die Worte eines italienischen Jugendlichen, der unter Panikattacken litt und sein Haus nicht verlassen konnte. Er schrieb folgende Worte an seinen Lehrer: „Ich weiß, das Problem meines Lebens ist einfach zu beschreiben: Heiligkeit oder Sterben. Ich bin nicht fähig für den Weg der Heiligkeit. Hilfe!“ Diese Worte könnten alle sprechen, die im System der postsowjetischen Kinderheime aufgewachsen sind. Zutreffend beschreiben diese Worte aber auch den Schrei des Glaubens aller jungen Menschen.

Ich erzähle eine Geschichte: 2011 rief Wassili Sidin mich an und stellte eine Frage, auf die er selber keine Antwort hatte. Das Schicksal dieses Menschen ist unglaublich. Vor vierzig Jahren, in den grauen 1970er Jahren in Charkiw, gründete er die Theatergruppe „Timur“ für „schwierige“ Kinder – in der richtigen Annahme, dass es begabte Menschen sind, die zu Hooligans werden, deren Begabung aber gemeingefährliche Ergebnisse hervorbrachte. Indem er Kindertalente und ihre Welt vor sozialen Katastrophen schützte, zog er mehrere Generationen von Charkiws Bürgern ins Theaterleben hinein und rief mit seinen Aufführungen und Meisterklassen, Sommerlagern und wohltätigen Weihnachtsfesten, sozialen Festspielen und Erziehungsveranstaltungen mit Eltern ein ganzes Land der Kindheit ins Leben. Unter seinen Zöglingen waren Kinder mit zerebraler Kinderlähmung aus Wohnheimen. In den früheren neunziger Jahren bekehrte er sich dank einer Fernbekanntschaft mit Alexander Men zum Christentum. Dieser wahre christliche Tugendtäter, der für viele zum Lehrer der christlichen Barmherzigkeit und zum Jugendzieher auf den Ruinen des sowjetischen Systems wurde, rief mich an, um mit mir wie mit anderen Freunden ein ungelöstes und bis zum Absurden unerträgliches Problem eines Menschen zu teilen.

Im Theater spielte Lena Kuz, ein 18-jähriges Mädchen mit körperlicher Behinderung. Sie litt an einer genetisch bedingten Nagelerkrankung und hatte nur einen Arm. Ihre Eltern sagten sich nach der Geburt von ihr los. Sie ging auf eine Internatsschule, verbrachte aber monatelang im Krankenhaus. Die Ärzte wollten ihre Beine verlängern, damit sie gehen konnte. Im letzten Schuljahr teilte die Direktion der Internatsschule Sidin mit, dass für Lena ein guter Platz für die Zeit nach der Schule gefunden wäre, in einem *Altersheim*, in dem alte Menschen ihre letzten Tage verleben. Das staatliche Sozialamt gewährt solche Häuser als einzige Möglichkeit für Kinder mit Behinderungen, die, wie vorausgesetzt wird, nicht imstande sind, selbstständig zu leben. Gedanklich ist diese

Perspektive entsetzlich. Im Falle von Lena war sie noch absurder, denn alle kannten sie als eine willensstarke und klar denkende Person, die immer wieder Jungen und Mädchen im Wohnheim in schwerer Zeit unterstützte.

Glaubensnot kommt mit Fragen: „Gibt es in unserer Gesellschaft, in unserem Leben, in unseren Herzen eine Alternative, die tiefer als ‚Rationalität‘ ist?“ oder: „Existiert eine andere Größe in der Welt, die unserem Verstand unbekannt ist, die aber eine Alternative eines anderen Lebens aufzeigt, und wie kann eine solche Gewissheit an Unsichtbarem erlangt werden?“ Die Antworten können weder nur theoretische Erwägungen über den Glauben noch präzise Ideen sein, hier ist der Weg des Glaubens selbst angefragt. Ein Weg voller Risiko und Verantwortung, weshalb niemand von den Erwachsenen, an die sich die Fragen über Lena richteten, eine klare und endgültige Antwort hatte. Aber wir schlugen zusammen mit Freunden der Direktion der Internatsschule vor, bis zum Ende der Schule – zwei Monate lang – Lena Nachhilfeunterricht in Mathematik und Literatur zu geben. Somit würde sie eine Chance bekommen, ihr Leben zu ändern und eventuell eine Ausbildung anzufangen. Tatsächlich waren Lenas Schulkenntnisse in diesen Fächern schwach. Kein Wunder – über die Hälfte ihres Lebens hatte sie in Krankenhäusern verbracht. Ihr Wille und ihre Zielstrebigkeit waren aber ungeheuer groß. Sie ging nicht nur in eine Berufsschule und beschloss ihre Ausbildung in zwei Jahren mit Auszeichnung, sie bereitete sich auch auf die Aufnahmeprüfungen für ein Universitätsstudium vor und studiert heute schon im dritten Jahr Philosophie.

Nach dem Fall mit Lena haben wir verstanden, dass ihre Freunde aus der Internatsschule das gleiche Problem haben: Ihre Schulkenntnisse sind so schwach, dass nicht nur ihre Behinderung, sondern auch ihr Bildungs-

„Emmaus“ wurde mit dem Ziel gegründet, junge Menschen auf der Suche nach dem eigenen Lebensweg zu begleiten.

niveau sie daran hindert, eine Ausbildung nach der Schule anzufangen, und somit ihre Lebensqualität enorm einschränkt. Es ist unzureichend, diesen Kindern während des letzten Jahres vor dem Schulabschluss Nachhilfeunterricht zu geben, denn die ganze Einstellung zu ihrer Bildung müsste verändert werden. Das ist aber unmöglich, ohne sich vorher mit ihren Schicksalen zu beschäftigen. Eine viel größere Entdeckung bestand jedoch darin, dass dieses Aufmerksamwerden auf das jeweilige Schicksal nur als *Glaubensweg* möglich ist. Aus diesem Blickwinkel he-

raus haben wir 2011 eine gesellschaftliche Organisation namens „Emmaus“ gegründet, um Jungen und Mädchen nicht nur in ihrem schwierigsten Lebensjahr vor dem Schulabschluss zu begleiten, wenn sie große Angst vor der Ungewissheit des Lebens haben, sondern sie durch alle Jahre ihres Heranwachsens hindurch zu unterstützen und ihnen dabei zu helfen, den eigenen Lebensweg zu finden. Was konnten wir außer unseren Fachkenntnissen mitgeben? Nur zwei Dinge – Freundschaft und eine neue Haltung der Bildung gegenüber, nicht in Angst, sondern im Staunen über den Glauben.

„Revolution der Würde“: Glauben und die Geburt der Hoffnung

Unser „Emmaus“ wurde ins Leben gerufen, als eine unüberwindliche Verzagttheit in der Luft der ukrainischen Gesellschaft lag. Nach der „Orangen Revolution“ im Jahr 2004 und der darauffolgenden Enttäuschung über ihren Misserfolg machte sich Niedergeschlagenheit und Resignation breit. Politische Ereignisse, die die Menschen zu größeren Zusammenkünften hätten bewegen können, waren unmöglich und wurden eigentlich sogar unvorstellbar. Die von der Politik verfolgte „Stabilität“ wurde allmählich zu einem Synonym gesellschaftlicher Lähmung oder Verschlussenheit. Wir kehrten zur nicht überwundenen Landschaft der kommunistischen Ruinen zurück und es erschien so, als ob Widerstand nie wieder möglich sein würde. Ende November 2013 verweigerte unser Präsident die Unterschrift unter das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union – und dies rief nur geringen Protest in Kiew hervor, der dazu bestimmt war, sich in einer depressiven Atmosphäre zu zerstreuen. Damals kamen etwa 1.000 Menschen zusammen. Plötzlich entschied der Kiewer Bürgermeister, einen Weihnachtsbaum auf dem Hauptplatz des Landes zu errichten, und schickte dazu Milizeinheiten, die auf brutale Art junge, von einer europäischen Zukunft ihres Landes träumende Menschen zusammenschlugen. Dieser unbegreifliche Akt der Gewalt hatte eine unvorhersehbare Folge: Tausende Menschen kamen zusammen, die vorher zu keiner politischen Handlung fähig waren. Jedoch waren sie nicht damit einverstanden, dass im Herzen *ihrer* Stadt *ihre* Kinder geschlagen wurden. Wie in Charkiw, im Osten des Landes, konnte sich unser Blick nicht von den Menschen abwenden, die auf den Majdan kamen und blieben, um ihre und unsere Freiheit zu verteidigen. Dort, in unserem Land, an einem Ort, der uns eher anonym vorkam, haben wir tausende Brüder und Schwestern vor-

gefunden, die nicht nur friedlich protestierten, sondern uns nach der Würde des Menschen fragten. Genau diese Frage wurde zu jenem Archimedischen Punkt, dank dem die Welt der Unmenschlichkeit ins Wanken geriet und die Ereignisse auf dem Majdan zu einer „Revolution der Würde“ wurden.¹

Andere Majdan-Proteste ereigneten sich landesweit, und das erste, was die dort stehenden Menschen in sich spürten, war die Befreiung von der Angst. Ohne sie war es nicht möglich, das Verlangen nach der Menschenwürde direkt zu erkennen und die drei frostigen Monate in Frieden durchzuhalten. Mit der Bewunderung für die Menschen, die diesem Verlangen bis zum Äußersten folgten, kam auch die Frage nach der Quelle ihres Mutes auf. Was hat aus Schwachen Tapfere gemacht? Mit jedem Tag der Versammlungen auf dem Majdan wurde die Antwort klarer: Im Zentrum des Majdan-Platzes stand eine Kirche und Priester aller Konfessionen munterten auf, beschützten, nahmen die Beichte ab, spendeten die Kommunion, hin und wieder taufte sie Menschen, die ihre Angst überwunden hatten. Mit einem Wort: Der Glaube befreite. In einer auf der Praxis der Angstaussübung aufgebauten Gesellschaft wurden das von Angst befreiende Gebet und der Aufruf zur Besinnung auf die Glaubenserfahrung zur effektivsten politischen Widerstandsquelle. Es stellte sich heraus: Um Unabhängigkeit, Würde und Frieden in der aus dem kommunistischen Alptraum erwachten Ukraine zu praktizieren, sollte man ein Christ sein. Wir hatten uns von dem Gedanken entwöhnt, dass man, um heute ein Europäer sein zu können, mutig sein müsse. Es schien, als ob Courage eine Eigenschaft der Radikalen und Extremisten sei. Nun aber war es die Courage des friedlichen Protests, die Befreiung und vor allem die Befreiung von der Angst brachte, die in ihrem Ursprung christlich war. Die Welt des Majdans erwies sich als ein Verlangen nach der Welt Christi. Im Osten Europas wurde die Wiederentdeckung der Werte des Westens zu einem christlichen Ereignis.

Der Glaube gab den Menschen auf dem Majdan die Kraft und den Mut zum Protest.

Wie entsteht diese Hoffnung, ohne die kein Mensch in Christi Welt bestehen kann, ohne die das großartigste Ereignis in die Vergessenheit historischer Chroniken gerät? Wie wird die Hoffnung geboren, die uns

¹ Vgl. zum Folgenden auch die Beiträge des Heftes „Ukraine? – Ukraine!“ (= OST-WEST. Europäische Perspektiven 4/2014).

heute nicht mehr an das mehr als drei Monate währende winterliche Protestieren denken lässt, sondern an die Welt Christi? Wir können diesen Weg der Hoffnung in dem Weg erkennen, den der Apostel Paulus im Römerbrief beschreibt: „... wir rühmen uns ebenso unserer Bedrängnis; denn wir wissen: Die Bedrängnis bewirkt Geduld, Geduld aber Bewährung, Bewährung Hoffnung. Die Hoffnung aber lässt nicht zugrunde gehen; denn die Liebe Gottes ist ausgegossen in unsere Herzen durch den Heiligen Geist, der uns gegeben ist“ (Röm 5,3-5). Wie befremdlich klingt für einen Menschen von heute, der es gewohnt ist, Hoffnung eher als Passivität oder Verzicht auf eine Handlung aufzufassen, eine solche Begründung für Hoffnung! Die christliche Geduld entsteht letztlich aus der von Gewalt und Krieg ausgelösten Trauer, die zu einem Frieden führt, der sich keineswegs als Stillstand, sondern vielmehr als die Welt Christi erweist. Genau dieser Akt der Geduld ermöglichte es der Ukraine, den Weg jener Hoffnung zu gehen, die die Angst überwindet, und der Zukunft nicht nur mit Europa, sondern auch mit Russland entgegenzuschauen.

Einige Male während meiner Vorträge vor christlichen Studierenden lud ich Teilnehmer ein sich vorzustellen, dass sie einmal gebeten werden könnten, vor Menschen, die wenig mit der christlichen Tradition vertraut sind, einen Vortrag über ein Thema wie beispielsweise Glaube, Hoffnung oder Liebe zu halten. Und ich fragte sogleich, welches Thema für ein solches pädagogisches Experiment am wenigsten kompliziert sei. Die Antworten glichen sich auffallend: Die Mehrheit bevorzugte, von der Liebe zu sprechen, eine wesentlich kleinere Gruppe sprach sich für die Hoffnung aus, und nur Einzelne wollten über den Glauben sprechen. Das sei doch wohl verständlich, sagten sie mir, denn von der Notwendigkeit der Liebe wisse jeder, über die Bedeutung der Hoffnung ahnten viele etwas, glauben täten aber nur die Gläubigen, das heißt nicht alle. Diese Argumentation widerspricht dennoch dem christlichen Weg. Auf der Schwelle des Lebens mit Gott liegt der Glaube in allen Variationen: Glaube daran, dass es Gott, Vertrauen auf ihn und Treue gibt. Im Glauben fußt die Hoffnung, und aus der Hoffnung erschließt sich die Liebe. Ohne Glauben werden sie nicht begriffen, deshalb sollte man mit dem Glauben beginnen. Die Entdeckung dieser einfachen Quelle, die nicht nur den Christen, sondern jedem Menschenherz verständlich ist, wurde zum roten Faden jenes Weges, den die ukrainische Jugend mit dem Heranwachsen der Ukraine selber zurücklegen wird.

Aus dem Russischen übersetzt von Alena Kharko.

Jugend in Bulgarien: wirtschaftliche Sackgassen und religiöse Wahlmöglichkeiten

Dr. Galina Goncharova lehrt neue bulgarische Kulturgeschichte an der Hl.-Kliment-Ochridski-Universität Sofia. Sie hat zahlreiche Publikationen u. a. über (post)sozialistische religiöse Praktiken, Generationsdiskurse und Tod und Trauerbewältigung veröffentlicht; aktuelle Forschungsschwerpunkte: Oral History, Jugendkultur, Religionssoziologie. – Dr. Teodora Karamelska lehrt Soziologie an der Neuen Bulgarischen Universität in Sofia. Sie ist Redaktionsmitglied der Fachzeitschrift „Soziologische Probleme“; ihre Forschungsinteressen liegen auf den Gebieten der Religionssoziologie und qualitativen Sozialforschung.

Wie stellen sich junge Leute in Bulgarien ihre Rolle in der Gesellschaft und ihren beruflichen Weg vor? Wie können sie Einfluss auf politische Entwicklungen nehmen, und welche Rolle spielt die Religion in ihrem Lebensentwurf? Zur Beantwortung dieser Fragen diskutiert der Beitrag unterschiedliche Strategien der jungen Bulgaren, die in einer Situation extremer politischer und wirtschaftlicher Probleme aufwachsen, was auch Konsequenzen für die Religiosität der jungen Generation hat.

Junge Bulgaren auf der Flucht vor Armut und Arbeitslosigkeit

„Wir leben in einer armen Gegend, die meisten Jugendlichen fliehen inzwischen aus unserer Stadt, da es hier fast keine Entwicklungsperspektiven gibt. Die Gehälter sind niedrig, die Lebenshaltungskosten hoch. Mein Vater ist Elektrotechniker, momentan hält er sich in Belgien mit meiner Mutter auf. Eine Schwester habe ich auch, die da verheiratet ist. Und ich habe mir versprochen: Solange ich Theaterprojekte in Razgrad habe, bleibe ich hier, von dann an bin ich mir nicht sicher ...“¹ So beginnt

1 Das Interview wurde im Rahmen des internationalen Forschungsprojekts MICRO-CON geführt.

unser biografisches Interview mit dem jungen Schauspieler Ahmed aus Nordostbulgarien – der Region mit einer der höchsten Arbeitslosenquoten im Lande (8,3 Prozent).² Trotz aller EU-Programme zur Förderung hochwertiger Beschäftigung befinden sich die Jugendlichen mit ethnischen Minderheits hintergrund und diejenigen mit niedrigem Bildungsniveau immer noch in der so genannten Risikogruppe: Nach den letzten Angaben der Nationalen Beschäftigungsagentur sind über 48.000 Bulgaren im Alter bis 29 Jahre erwerbslos, die Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen mit Hauptschulabschluss beträgt 44,8 Prozent. Über die Gefahr ihrer nachhaltigen sozialen Exklusion warnt auch die jüngste Datenerhebung von UNICEF: 2015 sind 20 Prozent der Bulgaren zwischen 15 und 24 Jahren arbeitslos und befinden sich zugleich in keiner Ausbildung.³

Während diese Jugendlichen eher geringe Chancen für eine qualifizierte Beschäftigung haben, betrachten andere gleichaltrige Bulgaren das Bildungskapital als das sicherste Mittel, ihre berufliche und persönliche Entwicklung im Ausland zu ermöglichen. Eine erneuerte Steigerung der Bildungsmigration lässt sich in der Altersgruppe der 20-29-Jährigen beobachten. Praktisch jeder achte von ihnen hat vor, in absehbarer Zeit zu emigrieren, wobei Großbritannien, die Niederlande, Dänemark, Deutschland und Frankreich die beliebtesten Ziele sind. Diesbezüglich äußerte eine bulgarische Mathematiklehrerin: „Die Kinder sind auf der Suche nach einer besseren Ausbildung im Westen. Die meisten Schüler aus den deutschsprachigen Klassen in unserer Fachoberschule gehen

Einerseits möchten viele junge Bulgaren auswandern, andererseits ist der Anteil Rückkehrwilliger relativ hoch.

weg. Nicht alle aber schaffen es, sich zu integrieren, einige können sich nicht anpassen.“⁴ Nicht zufällig gibt es daher immer mehr Beispiele für Rückwanderung, besonders nach der

Wirtschaftskrise von 2008. Die Gründe dafür sind unterschiedlich: Oft ist die Bereitschaft zu einem dauerhaften Aufenthalt im Ausland gering oder gleich mit starkem Heimweh verbunden, vielfach besteht aber auch der ernsthafte Wunsch, zur wirtschaftlichen Entwicklung Bulgariens

2 Laut Angaben des Nationalen Instituts für Statistik für 2015, <http://www.nsi.bg/en>. – Die Gesamteinwohnerzahl Bulgariens liegt bei ungefähr 7,2 Millionen Menschen.

3 Der durchschnittliche Wert für die EU liegt bei 12,9 %; vgl. „Assessment of the status and analysis of the profile of adolescents and young people not in employment, education or training“ (UNICEF, 2015).

4 Interview mit Tzvetelina Popova, Sofia.

beizutragen. Eine 29-jährige Bulgarin, die Politikwissenschaften, Wirtschaft und Jura in Deutschland absolviert, sich danach gegen ein Promotionsstudium in der Schweiz entschieden hat und nach Sofia zurückgekehrt ist, beschreibt die Verwendung der Migrationserfahrung als soziales Kapital folgendermaßen: „Nach dem Lernstress im Studium habe ich mich erschöpft gefühlt. Und dann habe ich gelesen, dass eine Stelle für EU-Experten im Außenministerium ausgeschrieben ist, und ich habe mir gesagt: Das ist ein passender Job für mich! Bis heute bedauere ich diese Entscheidung nicht ... Mein Leben wäre sicherlich anders verlaufen, wenn ich in die Schweiz gegangen wäre, ein bisschen Optimismus für das eigene Land zu zeigen, ist aber auch nötig.“⁵

Obwohl die bulgarischen Jugendlichen keine homogene Gruppe bilden, lässt sich feststellen, dass je besser ausgebildet, sozial mobiler und zufrieden im Job sie sind, desto größer auch ihr bürgerliches Engagement ist, insbesondere wenn es um Umweltschutz oder Kampf gegen Korruption geht; so haben viele im Sommer 2013 gegen die



Studentenproteste vor dem Parlament in Sofia, Sommer 2013⁶

Verstrickung von Staatsgewalt und Oligarchie demonstriert. Der Widerstand gegen eine Regierung, die jegliche Legitimität verloren hatte, motivierte sogar eine Gruppe von Studierenden, das Hauptgebäude der Universität von Sofia 26 Tage lang zu besetzen. „Wenn die bulgarische Schule kritisch eingestellte und nicht politisch apathische Bürger ausgebildet hätte, hätten wir längst keine Probleme mehr mit Korruption“, erzählt der 24-jährige Ivajlo Dinev, einer der Blockadeführer.⁷

Obwohl solche Initiativen eine große Resonanz in den Medien erfahren, bleiben sie eher die Ausnahme. Die kollektive Unzufriedenheit der

5 Vanya Ivanova: Return Migration in Concepts, Policies and Personal Stories. In: *Soziologicheski Problemi* 1-2/2012, S. 251.

6 Das Foto mit den protestierenden Studenten stellten die Autorinnen zur Verfügung.

7 Zitat bei dem Journalisten Ivan Bedrov (<http://www.svoboddata.com/page.php?pid=12853>)

Jugendlichen wandelt sich selten in dauerhaftes Engagement um, nicht zuletzt da das konventionelle politische Handeln längst kompromittiert ist. Laut der letzten Angaben der European Values Study (EVS) ist die Politik kein attraktives Thema für junge Leute zwischen 18 und 24 Jahren: Auf die Frage „Besprechen Sie politische Fragen mit Ihren Freunden?“ antworten 53,5 Prozent von ihnen „manchmal“, 33,4 Prozent – „niemals“. Öffentlich präsent, aber eher destruktiv, sind nur die Anhänger antiglobalistischer und nationalistischer Parteien. Mit Parolen wie „Rettung der Nation“ und „Wiederherstellung des alten Großbulgariens“ lehnen sie jede historisch-kritische Interpretation der Vergangenheit ab und wenden sich gegen „die Fremden“ – bulgarische Türken und Roma, Amerikaner, Muslime und Flüchtlinge.

Zwischen expressivem Individualismus und traditionellen Religionen

Die zunehmende Individualisierung in der Postmoderne zeigt sich exemplarisch in der unterschiedlichen Einstellung von drei Generationen Bulgaren zur Religion als Ressource für Bewältigung der existenziellen Grenzsituationen wie etwa den Tod.⁸ Obwohl die atheistische kommunistische Propaganda sich bemühte, die orthodoxe Kirche zu diskreditieren, genießt diese nach wie vor hohes Ansehen in den älteren Generationen, besonders auch im Blick auf Tod und Bestattung. Die junge Generation hingegen folgt einer anderen Logik bei der Prägung ihrer postmortalen Identität: Ähnlich wie das Konsumverhalten oder die Freizeittätigkeiten sind die Vorstellungen über das Ende des Lebens ein *Feld der individuellen Gestaltung* geworden. Da das Leben nicht mehr als „Schicksal“, sondern als „Wahl“ wahrgenommen wird, darf jeder für selbst entscheiden, wie er sich nach dem Tod durch eine Reihe von Umwandlungen „weiterentwickeln“ wird; so glauben nach Angaben der EVS 33 Prozent der Bulgaren zwischen 18 und 24 Jahren an eine Wiedergeburt. Das institutionalisierte Christentum wird als „provinziell“ oder „vormodern“ betrachtet, als eine Begrenzung der subjektiven religiösen Erfahrung.⁹ An seine Stelle treten häufig hinduistische und bud-

8 Die hier vorgestellten Ergebnisse stammen aus unserem laufenden Forschungsprojekt „Generationale utopische Vorstellungen über das Leben nach dem Tod“.

9 Laut EVS sind 25,6 % der Jugendlichen der Meinung, dass die Bezeichnung „religiöse Glaubensgemeinschaft“ für das institutionalisierte Christentum nicht zutreffend ist.

dhistische Spiritualität, Neopaganismus und New Age, vielfach eine Mischung aus verschiedenen Traditionen und Glaubensinhalten.

Der Verfall der kirchlichen Religiosität und die Selbstermächtigung in Bezug auf das eigene „Human Design“ führen unter anderem zu einem *moralischen Relativismus*: 40 Prozent der bulgarischen Jugendlichen sind der Meinung, dass die Bewertung in „Gut“ und „Böse“ sich nicht eindeutig definieren lässt und letztlich von den jeweiligen Umständen abhängt (EVS 2008). Deswegen ist es nicht überraschend, dass Begriffe wie „Fleischwerdung Gottes“, „Auferstehung der Toten“ oder „Heilsgüter“ für sie *weitgehend sinnlos geworden sind*. Als fremd und abstrakt werden ebenso die Vorstellungen

In der jungen Generation Bulgariens werden überlieferte religiöse Begriffe vielfach individualistisch umgedeutet.

von Paradies und Hölle wahrgenommen – und wenn man überhaupt daran glaubt, dann hat dieser Glaube kein christlich-theologisches Fundament. Paradies und Hölle werden nicht mehr mit einem universellen Schicksalsort der Menschengemeinschaft gleichgesetzt, sondern als *Sehnsuchtsorte für die eigene symbolische Unsterblichkeit*: „Wenn überhaupt ein Himmelreich existiert, möchte ich da allein verweilen. Oder ich wünsche mir, dass nicht die ganze Menschheit dort anwesend ist, sondern nur diejenigen, die ich liebe oder deren Nähe ich selbst zulasse.“ Im Trend ist außerdem eine neue eklektizistische, von der zeitgenössischen Bildkunst und von Fantasy-Romanen beeinflusste Trauerkultur: „Anstelle einer Erdbestattung ziehe ich die Kremation vor. Alle Freunde von mir werden sich nach meinem Tod versammeln, um zu tanzen, natürlich ohne schwarze Kleidung. Sie werden Popcorn essen und Musik hören.“¹⁰

Außer denjenigen, die Wert auf ihr „believing without belonging“ legen, gibt es natürlich auch noch andere junge Bulgaren, die sich vom kirchlichen Christentum oder der islamischen Umma (Gemeinschaft) nicht distanzieren.¹¹ Sie weigern sich nicht, sich als „religiös“ zu bezeichnen, und empfinden das traditionelle religiöse Leben weder als „unak-

¹⁰ Zitate aus Fokusgruppen mit Studierenden der Kulturwissenschaften an der Neuen Bulgarischen Universität in Sofia, Oktober 2015.

¹¹ Laut einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung finanzierten repräsentativen Umfrage bezeichnen sich drei Viertel der Bulgaren zwischen 14 und 27 Jahren als Christen, 16 % als Muslime. Vgl. Petar-Emil Mitev, Sijka Kovacheva: *Young people in European Bulgaria: a Sociological Portrait*. Sofia 2014, S. 76 (abrufbar unter http://www.fes.bg/files/custom/Young_People_in_European_Bulgaria.pdf).

zeptabel“ noch als „autoritär“. Im Gegenteil: Die den religiösen Gemeinschaften 2002 gesetzlich zuerkannten Rechte interpretieren sie als Möglichkeit, das während des Kommunismus Verpasste nachzuholen. Lebendige Jugendgemeinschaften bestehen u. a. bei der bulgarisch-katholischen Kirche (Unierte), der Altkalendarischen Kirche, der evangelisch-methodistischen Kirche und den Siebenten-Tags-Adventisten. Zum Teil lässt sich ihre Attraktivität für die Jugendlichen mit der Verbreitung von New Age-Kulten vergleichen, da sie als eine Alternative zum verlorenen Vertrauen in die orthodoxe Kirche verstanden werden und die Suche nach neuen Formen von Spiritualität befriedigen.

Die sich als „orthodox“ bezeichnenden Bulgaren in der Altersgruppe zwischen 18 und 24 Jahren machen der EVS zufolge 53,9 Prozent aus. 49,7 Prozent der Befragten besuchen die Gottesdienste nur an bestimmten Kirchenfesten, 68 Prozent nehmen sich überhaupt keine Zeit für Gebet oder Meditation. Gleichzeitig lässt sich jedoch ein intensives Internet-Interesse an der Orthodoxie beobachten. Webseiten wie „Dveri na pravoslaviето“ oder „Pravoslavie.bg“ genießen größte Popularität, nicht zuletzt wegen der dort angebotenen Diskussionsmöglichkeiten. Der junge Jurist Boyan Stefanov, Mitglied der freiwilligen informellen Gruppe „Orthodox Youth“, bemerkt dazu: „Normalerweise treffen wir uns nicht nur im Internet, sondern auch nach der Liturgie. Wir laden üblicherweise einen Priester oder Theologen ein, um mit ihm Themen aller Art – wie z. B. Homosexualität oder Zusammenleben ohne Trauschein – zu erörtern.“¹²

Neben der Verlegung religiöser Debatten ins Internet oder in kleinere Foren gibt es noch einen weiteren eher indirekten Beweis für die Verengung des intellektuellen Geisteshorizonts der Jugendlichen in Bulgarien: die niedrige Anzahl der Bewerber zur Aufnahme in die Priesterseminare und in die Theologischen Fakultäten. Die jungen Muslime haben ebenso Schwierigkeiten, zuverlässige religiöse Autoritäten zu finden – der Berufsweg zum Geistlichen hat sich als Folge des sozialistischen Erbes und des Misstrauens gegenüber der institutionalisierten Religion marginalisiert. Damit schließt sich der Kreis: Das Internet schafft eine neue intellektuelle Elite, die ihre spirituelle Suche in geschlossenen Mikrogemeinschaften befriedigt. Wie sich vor diesem Hintergrund die Religiosität der orthodoxen Jugend weiterentwickeln wird, bleibt eine offene Frage.

¹² <http://www.seminar-bg.eu/spisanie-seminar-bg/broy9/item/400-pravoslavna-mladezhne-e-formalna-organizatziya.html> (letzter Zugriff: 13.04.2016).

Junge Menschen in der Tschechischen Republik: ihre Hoffnungen, ihr Glaube, ihre Zweifel

Michal Němeček ist Bischofsvikar für die Seelsorge in der Erzdiözese Prag; er leitet auch das Pastoralzentrum der Erzdiözese Prag.

Große Teile der tschechischen Bevölkerung stehen der Religion fern, die katholische Kirche spricht nur noch wenige an. In der jungen Generation lässt sich jedoch durchaus neues Interesse an Glaubenthemen feststellen. Die Jugendseelsorge bemüht sich, die jungen Menschen bei ihrer Suche nach Gott zu unterstützen, und kann damit, wie aus dem folgenden Beitrag hervorgeht, viele Heranwachsende gerade in der Phase der Pubertät ansprechen.

Junge Menschen, die sich in der Tschechischen Republik zum Glauben bekennen, sind vermutlich den Menschen in Deutschland oder irgendwo anders in der Welt sehr ähnlich. Dennoch gibt es bestimmte Spezifika. Ich möchte hierzu zunächst an die Situation der Kirche in der Tschechischen Republik erinnern: Man kann etwas vereinfacht sagen, dass die Zahl der praktizierenden Katholiken vom Südosten des Landes bis zum Nordwesten nach und nach radikal abnimmt – ein Beispiel: Auf 100 Gottesdienstteilnehmer in der Diözese Brunn (Brno) kommen nur 4 in der Diözese Leitmeritz (Litoměřice).

Zur Situation der Gläubigen in der Tschechischen Republik

Die Tschechische Republik erlebt bestimmte soziodemografische Verschiebungen. In den letzten zwanzig Jahren hat eine große Menge von Menschen Arbeit in den Städten gefunden; im Gegensatz dazu endete durch den Fall des Sozialismus die Zeit der großen landwirtschaftlichen Genossenschaften auf dem Land. Die Zahl der Menschen mit Hochschulabschluss stieg von 7 auf 12 Prozent, mit einem Mittelschulabschluss von 23 auf 27 Prozent. Viele Menschen suchen eine Beschäftigung in der Stadt auch um den Preis, dass sie viele Kilometer fahren

müssen. An der Peripherie der Städte sind zahlreiche neue Siedlungen entstanden, und viele Menschen fahren häufig vom Land in die Stadt, um dort Arzttermine wahrzunehmen, aber auch das bessere kulturelle Angebot zu nutzen. Die frühere Geschlossenheit des ländlichen Raums ist zerfallen – häufig bleiben dort nur noch alte Menschen zurück.

In den Großstädten hat man den Eindruck, dass vor allem höher gebildete Leute in die Kirchen kommen, weniger Menschen mit einfacher Ausbildung oder ohne Ausbildung. Aufgrund der Offenheit des

tschechischen Bildungswesens können heute viele junge Menschen ein Hochschulstudium aufnehmen; allerdings werden es kaum alle abschließen. Bei vielen von ihnen lockert sich

In der mittleren und jungen Generation ist die religiöse Substanz weitgehend verschwunden.

dann die Verbindung zum Elternhaus und zu den überkommenen Traditionen.

Betrachtet man die Bevölkerung insgesamt, muss man leider feststellen, dass nicht nur in der jungen, sondern auch in der mittleren Generation die religiöse Substanz weitgehend verschwunden ist. Das ist einerseits erschütternd, gleichzeitig aber handelt es sich auch um eine große Herausforderung. Vor allem der westliche Teil der Republik stellt heute ein reines Missionsgebiet dar, fast jede Spur einer traditionellen oder selbst deformierten Religiosität fehlt.

Jugendpastoral in der Tschechischen Republik

In der Tschechischen Republik ist die Jugendpastoral auf mehrere Ebenen aufgeteilt. Die erste Ebene ist die *offizielle kirchliche Struktur* mit Anbindung an die Diözesen bzw. die Tschechische Bischofskonferenz (Česká biskupská konference, ČBK).¹ Aufgrund der Erfahrungen der Wendezeit wurde die Pflege um junge Menschen zunächst den Mitgliedern der *Fokolar-Bewegung* anvertraut. Diese hat ein sehr gut funktionierendes Konzept diözesaner Jugendzentren (Diecézní center mládeže, DCM)² aufgebaut. Jedes DCM hat ein „Haus“ für junge Men-

1 Der genaue Name lautet „Sekce pro mládež České biskupské konference“ (Sektion für Jugend der Tschechischen Bischofskonferenz). Offizielle Website: <http://www.cirkev.cz/mladez>

2 Jan Balík: *Na cestě s mladými*. Prag 2004. Ausführliche Hinweise finden sich auf der Internetseite <http://www.signaly.cz/>

schen, das meistens außerhalb der Stadt steht (eine Ausnahme bildet Prag). Jedes DCM verfügt über einen eigenen Priester (manchmal auch mehrere) und eine Laiengruppe. Die Jugendlichen sollen die Möglichkeit haben, jederzeit in ein Haus mit offenen Türen kommen zu können, um dort Veranstaltungen nach ihren Vorstellungen und Bedürfnissen (Spiele, Bälle, Konzerte usw.) zu organisieren. Eine andere Ebene stellt die Arbeit der *Salesianer Don Boscos* (SDB) dar, eine Ordensgemeinschaft, die in der Tschechischen Republik wahrscheinlich die meisten Mitglieder und Ehrenamtlichen hat. Hunderte Kinder haben ihre Zeltlager und so genannten „chaloupky“ (Hüttchen) besucht. Gegenwärtig engagieren sie sich besonders für Menschen am Rande der Gesellschaft. Zu erwähnen wäre außerdem der Einsatz anderer Ordensgemeinschaften und Geistlicher Bewegungen (z. B. Franziskaner, Chemin Neuf).

Besonders erwähnt werden muss die von Geistlichen und Laien getragene Bewegung „Jump“³ mit ihren Verzweigungen („Entercamp“, „Raft“, „Runway“). Es handelt sich um einwöchige Zeltlager, zu denen sich jedes Jahr hunderte junge Menschen anmelden. Ziel ist es, diesen Menschen eine Grundbegegnung mit Gott zu ermöglichen. Ähnliche Ziele verfolgen auch die Katholische Hochschuljugendbewegung (Vysokoškolské katolické hnutí mládeže (VKH))⁴ und kirchliche Schulen, vor allem Gymnasien. Ein großes Thema bilden dabei die Firmvorbereitungen.

Junge Menschen suchen

Nach unserer Erfahrung kann man sagen, dass junge Menschen immer auf der Suche sind. Immer wieder fragen sie nach einem Sinn oder Ziel, suchen eine Richtung im eigenen Leben. Dieser Trend wiederholt sich ständig in der Geschichte, es ändern sich nur die Umstände. Außerdem ist es wichtig festzuhalten, dass alle heutigen jungen Menschen in einem freien Land geboren worden sind und keine Erfahrung mehr mit einem totalitären Regime haben. Das, was Jugendliche früher zur Opposition



*Junge Frauen im Dom von Jelgava/Lettland
(Bild: Markus Nowak)*

3 <http://www.jump.cho.cz/>

4 <http://www.vkher.cz/>

motiviert, also ein gemeinsamer Feind, kennen sie nicht – dennoch haben viele Probleme damit, den Glauben offen zu leben.

Viele jungen Menschen haben am freiwilligen Religionsunterricht teilgenommen. Die meisten waren bis zur Pubertät gemeinsam mit ihren Eltern regelmäßige Besucher der Sonntagsgottesdienste – sie sind aber Gott eigentlich nicht direkt begegnet. Es ist eben die Zeit der Pubertät, wenn Rufe und Fragen erwachen. Sie suchen in dieser Lebensphase häufiger die Gemeinschaft derer, in der sie ihre pubertäre Identität finden können, als den Glauben an Gott. Dennoch wird etwas Innerliches in ihnen wach. Sie suchen Gleichaltrige, die ihnen bestätigen, dass Glaube, Gott und Kirche kein falscher Weg sind. Sie suchen nach Autoritäten, denen sie vertrauen können und die sie verstehen. Die Zeit des Widerstands oder besser der Abgrenzung gegenüber den Eltern erlaubt es ihnen nicht, automatisch die Tradition des praktizierten Glaubens der Eltern zu übernehmen. Zu Recht zweifeln sie diesen an, weil sie bisher keinen tieferen Sinn in diesem für sie eher symbolischen Handeln entdeckt haben.

Viele junge Menschen sind unsicher beim ersten Versuch, Gott anzusprechen, probieren es aber trotzdem. Gott antwortet in der Regel nicht so einfach auf naive Aufforderungen wie „Wenn es dich gibt, soll schönes Wetter kommen“. Leider resignieren viele zu früh: „Ich habe es probiert, aber Gott schweigt“ – und sie meinen dann, dass es ihn überhaupt nicht gibt oder aber dass er mit ihnen gar nicht spricht. Die heutige Generation ist in vielem sehr ungeduldig; wir leben in einer Kultur des Wunscherfüllens „auf den ersten Klick“. Genau das ist bei Gott nicht so selbstverständlich.

Viele Jugendliche suchen Gott, resignieren aber schnell, wenn sie nicht sofort finden.

Nun gibt es leider in der Tschechischen Republik viele Priester und Katecheten, die den Glauben so lehren, als ob er nur aus Informationsvermittlung

bestünde. Junge Menschen fühlen sich aber davon nicht angesprochen, sie interessieren nicht die Zahl der Päpste oder die Namen der Apostel; vielmehr suchen sie Sicherheit, Geborgenheit, Beziehung, aber auch Aufregung und Spaß.

Die meisten Angebote geistlicher Aktivitäten in der Tschechischen Republik richten sich an junge Menschen, die älter als 15 Jahre sind; Ursache dafür sind zum Teil rechtliche Vorgaben, zum Teil wird mit der höheren geistigen Reife der Teilnehmer argumentiert. Dieses Vorgehen birgt leider ein großes Handicap, denn es mangelt an geistlichen Angebo-

ten für Kinder zwischen 12 und 15 Jahren. Besonders problematisch ist das Fehlen einer vollwertigen Katechese, die zur Begegnung mit Christus führt, also nicht nur Freizeitangebote. In der Kirche fehlen leider Jugendleiter, die ihren jüngeren Altersgenossen solche Gruppenangebote anbieten könnten, bei denen sich junge Menschen frei fühlen und in denen gleichzeitig eine Hinführung zu Gott und einem Leben nach dem Evangelium vermittelt wird. Aktuell versuchen wir, in den Jugendzentren mit „Animationskursen“ Gruppenleiter auf diese Aufgaben vorzubereiten. Dabei darf die klassische Rolle des Katecheten oder Priesters natürlich nicht vernachlässigt werden, denn eine stabile, vielleicht sogar väterlich nahe Beziehung spielt immer eine große Rolle.

Viele junge Menschen betonen heute sehr stark ihre Freiheit (freie Zeiteinteilung, Wahl der Freizeitgestaltung usw.) und kennen nicht die Pflichten häuslicher Arbeit oder die Notwendigkeit, Geld zu verdienen. Ein großes Thema ist tatsächlich für viele *Langeweile*. Manche Jugendliche, vor allem in der Stadt, haben ein volles Programm mit Freizeit- und Sportaktivitäten. Andere, vor allem auf dem Land, können nur sehr schwierig solchen Freizeitaktivitäten nachgehen. Dieser Unterschied zeigt sich dann bei einer Begegnung, wenn sich beide Gruppen treffen und nur sehr schwer ein gemeinsames Thema finden können. Häufig wird die Freizeit dann nicht sinnvoll genutzt.

Risiken und Bedrohungen

Ein sehr wichtiger Aspekt ist die derzeitige Mentalität der Tschechen. In der Wahrnehmung der breiten Öffentlichkeit sind wir ein freies und weitgehend atheistisches Land. Zum großen Teil gilt das für Böhmen und bestimmte Gebiete in Mähren. Das Problem liegt aber vor allem darin, dass es sich in Wirklichkeit nicht um Atheismus, sondern um *Neuheidentum* handelt. Viele Menschen in unserem Land widmen sich heute aktiv der Magie, Spiritualität, Esoterik und verwandten Praktiken – man muss tatsächlich von einem Massenphänomen sprechen! Es handelt sich um einen freien Markt mit einem bunten Angebot, aus dem sich jeder je nach Laune das Passende aussucht und kombiniert. Und junge Menschen gehören immer öfter zu den Nutzern. Es gibt Geister- und Totenbeschwörungen (selbst in den Zeltlagern ist das schon vorgekommen), Wahrsagerei, Kartenlegen, Verwendung satanistischer Symbole und vieles mehr.

Auf den ersten Blick könnte man vieles davon als naive Spielerei abtun, aber leider gehen die Aktivitäten in der Praxis häufig weit über die Grenzen von Kindervergnügungen hinaus. Mit Erschrecken begegnen wir einer Generation von jungen Menschen, die ein Problem haben, die Hostie ehrfürchtig zu empfangen oder das Vaterunser zu beten, dafür aber den abstrusesten Praktiken anhängen – wir können von einer „*Harry Potter*“-Generation sprechen.

Nicht weniger bedeutend ist die Bindung der Jugendlichen an die *Computer und andere moderne Kommunikationsmittel*. Für viele ist es sehr kompliziert, die virtuelle Welt zu verlassen. Viele junge Menschen sind ständig online oder beschäftigen sich während einer Gruppenstunde ununterbrochen mit ihrem Smartphone, womit sie natürlich überhaupt nicht mehr für das eigentliche Programm zugänglich sind. Was können wir tun, um die Aufmerksamkeit dieser jungen Menschen zu gewinnen? Es ist wirklich eine Herausforderung für die kirchliche Jugendarbeit, mit den modernen Kommunikationsmitteln erfolgreich in Konkurrenz zu treten.

Ein weiteres Phänomen ist die Welt einer völlig problemlos erreichbaren *Pornografie*. Schon Kinder in der Grundschule sind dank ihrer Mitschüler mit Formen deformierter Sexualität konfrontiert. Bisher fallen sie in der Tschechischen Republik wortwörtlich ohne Vorbereitung oder Vorwarnung in eine reißende Strömung von Bildern und Filmen. Viele junge Männer haben panische Angst vor der Beichte nur deswegen, weil sie sich dort für dieses Thema, mit dem sie geheim leben, öffnen müssten. Für viele wird die Sexualität damit zum Alptraum. Sie kennen keinen Ausweg, verstricken sich in Vorwürfe, zeigen sich äußerlich gleichgültig oder lehnen die kirchlichen Gebote ab. Es ist daher sehr schwierig, ihnen in dieser Situation zu helfen.

Ähnlich problematisch ist das Problem der *intimen Beziehungen*. Es ist kein Geheimnis, dass junge Menschen ihre ersten sexuellen Erfahrungen in der Übergangszeit zu weiterführenden Schulen machen, also mit ca. 15 Jahren. Hier kann es leicht geschehen, dass der Weg zu Freundschaften ohne voreilige sexuelle Kontakte erschwert wird. Dank der modernen Möglichkeiten der Empfängnisverhütung ist es aber nun einmal eine Tatsache, dass junge Menschen sehr früh Intimkontakte pflegen, ohne eine Ehe schließen zu müssen. Wenn trotzdem in der Tschechischen Republik heute die Hälfte der Kinder außerhalb der Familie zur Welt kommt, bedeutet dies, dass die Ehe nach Ansicht vieler Tschechen einen Luxus darstellt; viele heiraten daher erst in einem mittleren Le-

bensalter. Die Ehevorbereitungen bestätigen diesen Trend: Die meisten Verlobten leben schon seit einigen Jahren miteinander. Diese Jugendlichen wissen allerdings, dass sie sich damit den Weg zu den Sakramenten versperrt haben. Viele schränken dann auch ihr übriges Leben in der Kirchengemeinde ein. Es gibt allerdings auch mutige Ausnahmen unter den Jugendlichen, die trotz aller äußeren Reize seitens der Gesellschaft das intime Miteinander erst nach der Eheschließung pflegen möchten.⁵ Leider wird dieser Aspekt der Ehepastoral seitens der Geistlichen häufig in den Mittelpunkt der Jugendkatechese gestellt. Für diejenigen, die solche Vorsätze nicht einhalten können, bricht das ganze geistige Leben zusammen, manchmal mit schmerzhaften Folgen für das Leben mit Gott.

Zu den Problemen, mit denen sich auch die Jugendseelsorge auseinandersetzen muss, gehören die Folgen sexueller Reizüberflutung.

Insgesamt gesehen ist es ziemlich überraschend, wie viele junge Menschen die Suche nach Gott mit sehr konservativen Einstellungen beginnen. Erst mit zunehmendem Alter und Wissen haben sie den Mut, sich unsinnigen Bräuchen, Traditionen oder umgekehrt unsinniger Gleichgültigkeit und Lockerheit zu stellen und damit auseinanderzusetzen.

Ist die jetzige Generation verloren?

In unserer Praxis begegnen wir jungen Menschen, die sehr intensiv nach Gott suchen. Es ist faszinierend, das Gebet der Jugendlichen zu beobachten und zu erleben, wie sie regelrecht entflammen. Häufig müssen wir allerdings erleben, dass sie nicht mehr zu Hunderten kommen, sondern nur noch in kleiner Zahl. Und doch verlangen sie uns viel Zeit und Kraft ab! Es sind nicht die Jugendlichen verloren, sondern diejenigen, die alles so weiter praktizieren wollen, wie sie es „damals“ gelernt haben. Gott lädt auch heute ein, und es ist wunderschön, in den Geschichten der Jugendlichen sein Wirken in der Welt zu erkennen.

Aus dem Tschechischen übersetzt von Michaela Götz.

⁵ In diesem Sinne aktiv ist z. B. „Společensví čistých srdcí“ („Bewegung der reinen Herzen“), <http://www.spolcs.cz/view.php?nazevclanku=jak-postupovat-v-usili-o-rust-idealu-cisteho-srdce&cislocclanku=2011040016>.

Albaniens Weg zur Religiosität: Glaube im Wandel

Prof. Dr. Enika Abazi ist z. Zt. am Paris Peace Research Institute tätig. Zuvor arbeitete sie an der European University in Tirana als Leiterin des Zentrums für Balkanstudien.

Mit dem Ende des Kommunismus in Albanien lebten die traditionellen Glaubensbekenntnisse wieder auf. Allerdings ist das Bild, das die Religionsgemeinschaften gegenwärtig zeigen, sehr diffus: Neben den traditionellen Bekenntnissen haben sich neue Formen von Religiosität herausgebildet; zugleich findet, wie die Autorin anhand von Gesprächen aufweist, besonders in der muslimischen jüngeren Generation eine starke Rückbesinnung auf die Religion im Sinne von Identitätsstiftung statt.

I.

Seit der Machtübernahme durch das kommunistische Regime 1944 waren Schmähung, Erniedrigung, Verfolgung und sogar Hinrichtung von Geistlichen überall in Albanien und gleichgültig, ob muslimisch, römisch-katholisch oder orthodox, an der Tagesordnung. Das Eigentum der Religionsgemeinschaften wurde beschlagnahmt und verstaatlicht (1946), Kirchen und andere Einrichtungen geschlossen und in Lagerhäuser, Turnhallen, Werkstätten oder Kulturzentren umgewandelt. Die kommunistische Regierung erklärte Albanien zum „ersten atheistischen Staat der Welt“ (1967). Das albanische Volk wurde gezwungen, seine Religion zu vergessen, seine Überzeugungen und seine Lebensweise zu verändern.

Das Konzept, Religion als etwas Unnützes und Unwissenschaftliches – und grundsätzlich Rückständiges – einzuordnen, hatte Folgen für alle Lebensbereiche. Häufig wird Marxismus mit einer Religion verglichen und manchmal sogar als säkulare Religion bezeichnet. Im Falle Albaniens lassen sich zahlreiche pseudoreligiöse Elemente der Staatsideologie festmachen: das Versprechen von Gerechtigkeit und bedingungsloser Loyalität, die Verwendung von Opfergaben oder die politische Indok-

trination anstelle religiöser Unterweisung. Das Sakrale wurde durch säkulare und diesseitige Götter, wie zum Beispiel die kommunistische Partei und ihre Führerschaft, verdrängt, Ikonen wurden durch Porträts des Parteivorsitzenden ersetzt. Für die junge Generation galt, dass sie ihr ganzes Leben der kommunistischen Ideologie widmen sollte. Verstärkt wurde der Kampf gegen die Religion wegen der Verbindungen der Kirchen zum Ausland, die der auf Abschließung bedachte kommunistische Staat als zusätzliche Bedrohung ansah.

Nach dem Ende des Kommunismus waren die Menschen frei, ihren Glauben öffentlich zu bekunden, obwohl den meisten Besuchern der Moscheen und Kirchen ihre Religion fremd geworden war. 25 Jahre später hat sich die Situation verändert. Der Staat schuf die gesetzlichen Grundlagen zur freien Entfaltung des religiösen Lebens durch entsprechende Gesetze, die u. a. Rückgabe des kirchlichen Eigentums beinhalteten und die Rechte der vier offiziell bestehenden Religionsgemeinschaften bestätigten.¹ Verschiedene Umfragen zeigen, dass 90 Prozent der jungen Albaner an Gott glauben und sich zumindest mit einem der traditionellen Bekenntnisse identifizieren.² Zusätzlich machten die Umfragen deutlich, was aufgrund der historischen Erfahrungen kaum überraschend war: Die Albaner insgesamt sind in religiöser Hinsicht sehr tolerant und sprechen sich ganz überwiegend für ein friedliches Miteinander der Bekenntnisse im Staat aus.

II.

Will man die Veränderungen auf dem Feld der Religion nach der Liberalisierung in Albanien verstehen, ist es aus verschiedenen Gründen nicht unproblematisch, nur die traditionellen Glaubensgemeinschaften in den

1 Es handelt sich dabei um die Albanische Muslimische Gemeinschaft (Sunniten), die römisch-katholische Kirche Albaniens, die Autokephale orthodoxe Kirche Albaniens und den Bektashi-Orden in Albanien, eine dort seit 1946 eigenständige muslimische Gemeinschaft.

2 Nach der letzten Volkszählung (2011) verteilen sich die Bekenntnisse in Albanien (bei ca. 2,8 Millionen Einwohnern) wie folgt: 56,7 % Muslime, 10 % Katholiken, 6,8 % Orthodoxe (<http://www.instat.gov.al/en/census/census-2011/census-data.aspx>). Siehe außerdem: Albanian Youth 2011 Survey (verfügbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/albanien/10056.pdf>) und Albanian Youth 2015 Survey (verfügbar unter <http://www.fes-tirana.org/media/publications/.../t-150915-albanien-youth-eng.pdf>). 2015 bezeichneten sich 78 % der Jugendlichen als dem Islam nahestehend, 17 % dem Christentum (Zahlen für 2011: 60 % bzw. 21 %).

Blick zu nehmen. Der Befund ist widersprüchlich: Einerseits garantieren die Gesetze die Ausübung religiöser Vollzüge im öffentlichen Raum für die vom Staat als traditionell anerkannten Religionen. Andererseits machen sich aber neue Rituale und religiöse Praktiken autonomer religiöser Gemeinschaften breit, die teils parallel zu den traditionellen entstanden sind, teils aber auch in bewusstem Widerspruch zu diesen.

Die traditionellen Religionen üben keinen Reiz auf die Jugend aus. Die meisten Umfragen belegen, dass derzeit etwa 80 Prozent der Jugend-

Die traditionellen Religionen üben keinen Reiz auf die Jugend aus.

lichen zwar an Gott glauben, aber keine bestimmte Religion praktizieren.³ Stattdessen sehnen sich viele nach einem Urgrund und einem großen Ge-

samtentwurf für ihr Leben, mit dem sie sich identifizieren können und der ihnen Auswege aus der allgemeinen Unsicherheit bietet. Gegenwärtig mühen sich tausende junge Menschen in Albanien unentwegt damit ab, eine Arbeit zu finden (zwei von drei jungen Albanern sind arbeitslos) – viele müssen sich mit unbezahlten Praktika abfinden und werden Landzeitarbeitslose oder Migranten; Religion hat dann eine Art von Zufluchtsfunktion. Einer meiner Studenten drückt es so aus: „Das Wertechaos, das Faustrecht und die Orientierungslosigkeit innerhalb der albanischen Gesellschaft lassen viele junge Menschen Trost in der Religion finden.“ Andere Jugendliche finden wiederum in den Ideen jener Religionen Zuflucht, die von den traditionellen abweichen und radikale Elemente enthalten. Diese Entwicklung trifft jedoch nicht nur für Albanien zu. Natürlich wird sich der westliche Balkan nicht in ein europäisches Zentrum des Dschihadismus, des „Heiligen Krieges“, verwandeln, wie es einige internationale Medien düster prophezeien. Dennoch beinhaltet die durch die Golfstaaten finanzierte religiöse Indoktrinierung ein durchaus ernstzunehmendes Gefahrenpotenzial – man beachte folgende studentische Einschätzung: „Die Politik von heute hält weiterhin das Märchen von der religiösen Harmonie aufrecht, das es nur deshalb noch gibt, weil radikale Ansichten untersagt sind. Wenn es jedoch – was unvermeidbar ist – sehr bald zu Spaltungen kommen wird, müssen wir uns auf ein Zusammenleben mit jenen vorbereiten, die anders als wir sind. Doch heute versucht niemand, solch ein Umfeld zu schaffen.“

3 Vgl. Albanian Youth Survey 2011 und 2015 (wie Anm. 2, oben S. 137).

Ganz offensichtlich belegt die junge Generation Albaniens angesichts des durchlässigen und zugleich ziemlich kontroversen gesellschaftlichen Umfelds Religion und Religiosität mit ganz unterschiedlichen Deutungen. Daher soll es im Folgenden nicht darum gehen, den religiösen „Kommunitarismus“ der Albaner, also die nach traditionellen Denkmustern besonders stark verwurzelte Religiosität innerhalb von Familie und Sippe zu untersuchen, sondern den Weg des einzelnen jungen Albaners hin zu einer religiösen Identität zu beschreiben. Als Quellen dazu dienen Interviews und Angaben in den sozialen Netzwerken.

III.

Jugendliche aus gemischtreligiösen Familien in den größeren Städten verhalten sich in gewisser Weise „protestantisch“ hinsichtlich ihrer Kritik an religiösen Formen; ihr Gottesbild trägt manchmal pantheistische Züge, das „göttliche Wesen“ ist oft mit keiner spezifischen Konfession verbunden, die Beziehung zu ihm bedarf keiner Gebete. Es liegt auf der Hand, dass für diese jungen Menschen nicht die Religion als solche zählt, sondern ihre Religiosität und somit ihre Beziehung zu Gott. Einer der interviewten Studenten beschreibt den Beginn seiner Beziehung zur Religion wie folgt: „Bis vor kurzem kannte ich nicht einmal die Religionszugehörigkeit meiner besten Freunde oder meiner Partnerin ... Religion verkörpert hauptsächlich die Familie und ist weit entfernt von traditioneller Zugehörigkeit. Die meisten meiner muslimischen Freunde besuchten christliche Orte der Verehrung, wie beispielsweise die Kirche von Shna Ndout (für viele Albaner die ‚Kirche der Wunder‘), oder christliche Freunde feiern regelmäßig Bayram mit ihren muslimischen Kollegen.⁴ ... Ein religiöser Feiertag war nicht mehr als ein Moment der Freude.“

Bis heute feiern Muslime und Christen gemeinsam Feiertage beider Religionsgemeinschaften.

In letzter Zeit gibt es auch andere Stimmen, aus denen durchaus eine personalisierte Gottesbeziehung erkennbar wird wie bei dieser Studentin mit gemischtreligiöser Herkunft (katholisch und muslimisch): „Ich glaube an eine persönliche Verbindung mit Gott. Da ich diese emotionale

⁴ In Shna Ndout wird der Hl. Antonius von Padua verehrt; Bayram („Feiertag“) bezieht sich hier auf das muslimische Opferfest oder das Fest des Fastenbrechens am Ende des Ramadan (Anm. d. Redaktion).

Verbindung selbst bestimme und auch auf ein Leben nach dem Tod vertraue, definiere ich einen Großteil meiner moralischen Prinzipien, die mich meines Erachtens zu einem guten Menschen machen und für die ich vielleicht im nächsten Leben belohnt werde, selbst.“ Ein weiterer Student beteuert: „Ich bin tiefgläubig, praktiziere jedoch keine bestimmte Religion. Ich respektiere alle Religionen. Mein Glaube an Gott beeinflusst jede meiner Entscheidungen, denn er ist nicht bloß eine Sicht-, sondern eine Lebensweise.“

Es gibt eigentlich keinen großen Unterschied zwischen dem Verhalten der oben genannten Gläubigen und dem von Atheisten. Liest man die folgenden Aussagen, so begreift man die Gründe ihrer Wahl und die Bedeutung, die sie der Religion zuschreiben: „Als ich aufwuchs, glaubten meine Eltern trotz unseres muslimischen Glaubens an jede Religion. Alles was ich tat, wurde nach ihren moralischen Maßstäben beurteilt; typisch also für Religion. Doch ich hasste es, für alles irgendwie bewertet zu werden. Im Laufe der Jahre verblasste mein Glaube an etwas Überirdisches, umso mehr, als ich begann, mich mit Philosophie zu beschäftigen. Mir wurde klar, dass Religion lediglich ‚Opium des Volkes‘ ist, wie es schon Marx gesehen hat. Heute bin ich Atheist, der einzige in meiner Familie und unter meinen Verwandten. Ich glaube, dass die Freiheit von Religion, Tradition und Brauchtum zur Rückständigkeit der Menschheit führt.“ Ein weiterer Atheist gesteht: „Ich glaube seit drei Jahren nicht mehr an etwas Übersinnliches, folglich hat die Religion keinen Einfluss auf mein Alltagsleben. Anders als die irrationale Religion weist mir die Vernunft den Weg. Innerhalb der Familie orientieren sich allerdings alle Handlungen an der Religion.“

In jüngster Zeit steigt die Zahl der praktizierenden Gläubigen besonders unter den Muslimen. Dennoch schreiben diese Jugendlichen ihren Gebeten eine eher pragmatische Bedeutung zu. So stellt im Rahmen eines Facebook-Austauschs ein praktizierender Muslim fest, dass „der Mensch durch seine Anbetung Gott, Gottes Gunst und Belohnung durch Wohlstand gewinnt; Gott belohnt seinen dankbaren Diener ... Ich sehe nichts Verwerfliches in der Eigennützigkeit der Anbetung Gottes. Egoistisch sind wir ohnehin.“ Dafür bekam er auf Facebook viele Likes.

IV.

Die oben genannten Fälle dürften, um Worte des französischen Soziologen Émile Durkheims zu verwenden, die grundlegendste und elemen-

tarste Form von Religion darstellen. Allerdings bleiben Zweifel bestehen: Letztlich sind sie kein Ausdruck eines religiösen Gemeinschaftsgefühls, sondern eher einer leicht diffusen Empfindung für Moral, die auch „ohne Himmel“ auskommen kann. All das könnte eine Folge des jahrzehntelangen Kommunismus sein. Heute gibt es zahlreiche Gründe, warum die Mehrzahl der Jugendlichen die Religion für sich entdeckt. Für die Generationen, die während des Kommunismus geboren wurden, gab es keinerlei Möglichkeit, sich mit Religion auseinanderzusetzen; die meisten Albaner kannten weder Gebete noch Orte der Andacht und bekamen niemals einen religiösen Text vor Augen. Es ist schwierig, jungen Menschen unter diesen Umständen eine Glaubensordnung zu übermitteln – im besten Fall werden rudimentäre religiöse Weltanschauungen der Großmütter weitergegeben. Diese Tatsache wird durch aktuelle Umfragen untermauert, wonach 80 Prozent der Menschen fast nichts über den Islam wissen. Erschwerend kommt hinzu, dass es in den Schulen keinen Religionsunterricht gibt und die öffentliche Debatte sich weiterhin mit Fragen des Säkularismus und der Rolle der Religion im öffentlichen Raum befasst.

In den vorgestellten Fallbeispielen klingt die Rolle der Religion für die nationale Identität nur sehr verhalten an. Dies ändert sich allerdings neuerdings, speziell unter jungen Muslimen, was weniger damit zu tun hat, dass die meisten Albaner traditionell Muslime sind; vielmehr macht sich ein Bruch zwischen dem überlieferten „moderaten“ Islam und neuen Vorstellungen bemerkbar, die im 19. Jahrhundert aus der Auseinandersetzung der Albaner mit den aus dem Westen kommenden Ideen von Menschenrechten und Demokratie entstanden sind. Es ist zu beachten, dass der Islam in Albanien keineswegs nur der Glaube der armen Landbevölkerung ist; vielmehr bekennen sich auch viele hochgebildete Personen zu ihm. Es geht ihnen darum, „das (universelle) Islambild zu schützen“, das sie in einer Rückbesinnung auf die Zeit der osmanischen Herrschaft zu erkennen glauben, und dieser „ursprünglichen muslimischen Identität der Albaner“ gegenüber dem traditionellen Islam, dem Nationalismus und dem „staatlich-säkularen Katholizismus“ den Vorrang zu verschaffen. Solche Vorstellungen sind in der Albanischen Muslimischen Gemeinschaft weit verbreitet und unterscheiden sich erheblich von denen der „einfachen“ Muslime, die zahlenmäßig größer und teilweise im Islamforum organisiert sind.⁵

5 Nach Angabe der Autorin vom 14.04.2016 handelt es sich beim Islamforum im Unter-

Viele junge Albaner fühlen sich von dieser Bewegung angezogen, was allerdings Folgen für ihr Weltbild hat: Die Osmanen, die von den albanischen Nationalisten ebenso wie von der kommunistischen Geschichtsschreibung als Eroberer bezeichnet wurden und die man für die Rückwärtsgewandtheit des Landes verantwortlich gemacht hat, erfreuen sich nun einer großen Beliebtheit als Vorbilder für eine aufgeklärte muslimische multikulturelle Gesellschaft. Plötzlich wird der säkular eingestellte Albaner als antidemokratisch, autoritär, islamfeindlich und als ein sklavischer Lakai des politischen Establishments und der hegemonialen Spiele des Neoimperialismus angesehen.

Bemerkenswert ist die zunehmende Rückbesinnung auf die angeblich bessere Zeit unter osmanischer Herrschaft.

Die Bewegung gewinnt einen Großteil ihrer Energie aus der Tatsache, dass die Albaner in einer feindselig eingestellten Umgebung aufgrund der Islamisierung und des osmanischen Multikulturalismus überlebten. Für viele Menschen ist es überaus verlockend, das islamische Glaubenssystem einem post-nationalistischen Diskurs zu unterziehen und es gewissermaßen im Kontext der Menschenrechte zu verteidigen. Obwohl es als modern gilt, die Religion gegen die Demokratie einzutauschen, ist dieses „Handelsgeschäft“ zum Scheitern verurteilt, da es vorgibt, eine Sache für eine andere zu sehen. In einem Land jedoch, in dem ein Wertewandel stattfindet, verkauft es sich gut.

V.

Zusammenfassend könnte man festhalten, dass die albanische Jugend gewissermaßen in einer mehrdeutigen Welt lebt, in der sich ererbte Glaubensinhalte, die nur noch bedingt ernst genommen werden, mit theologischem Pragmatismus mischen. Auf naive Weise entwickeln die jungen Leute daraus ein für sie persönlich „richtiges“ Weltbild, das ihnen dann so etwas wie Trost und Unterstützung bietet. Hinsichtlich neuer Herausforderungen ist die Jugend anfällig für radikale postmoderne religiöse Strömungen, die sie entweder ignoriert oder aber als verlockend (und sogar als demokratisch) empfindet.

Aus dem Englischen übersetzt von Thomas Hartl.

schied zur Albanischen Muslimischen Gemeinschaft nicht um eine staatlich registrierte offizielle Vertretung, sondern eher um einen lockeren Kulturverband.

Jugend in Kroatien: Religiosität, Herausforderungen, Probleme

Dr. Krunoslav Novak ist Theologe und Kommunikationswissenschaftler. Nach seiner Promotion am Salesianum in Rom ist er seit 2013 an der Kroatischen Katholischen Universität in Zagreb als Post-Doc tätig.

Die kroatische Gesellschaft steht ein Vierteljahrhundert nach dem Ende des Kommunismus und dem Beginn der staatlichen Unabhängigkeit noch immer vor zahlreichen Herausforderungen. Auch in der jungen Generation sind Zukunftsängste, wie entsprechende Umfragen belegen, weit verbreitet. Hinsichtlich ihrer religiösen Einstellung sind die jungen Kroaten nach wie vor recht stark in der katholischen Tradition verankert, wobei die Mehrzahl die Religionsausübung allerdings als Privatsache ansieht.

Einführung

Hinsichtlich der Religiosität von Jugendlichen¹, die im Fokus dieser Überlegungen steht, lässt sich in Kroatien der Übergang von einer traditionellen Gesellschaft, in der das Sakrale präsent war, hin zu einer säkularen beobachten, mit allen Folgen, die dieser Übergang mit sich bringt. Die moderne Gesellschaft bietet nicht die notwendige Voraussetzung für die Entwicklung einer stabilen Identität, und das gilt für die gesellschaftliche Identität ebenso wie für die religiöse. „Die moderne Gesellschaft toleriert einerseits Religion und religiöse Selbstbestimmung, aber sie marginalisiert sie auch immer mehr in die Privatsphäre des Einzelnen, weil sie sie für inkompetent in Bezug auf verschiedene Probleme des Lebens hält. Religiös zu sein wird als etwas völlig Normales betrachtet, etwas, das einen Wert an sich hat, das für alles andere unnütz ist.“²

1 Unter dem Begriff „Jugend“ werden hier Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren verstanden.

2 Valentina Mandarić: *Mladi – integrirani i(li) marginalizirani*. Zagreb 2009, S. 135.

In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte Kroatien zu Jugoslawien (und damit zur kommunistischen Welt), doch waren die Jugendlichen schon seit den 1970er-Jahren deutlich hin zu den Gewohnheiten und Bräuchen der westlichen Welt orientiert. Die Jugendlichen Kroatiens verfolgten die Trends ihrer Altersgenossen in Westeuropa, unter Bewahrung einer gewissen Spezifik, die durch den Kontext bestimmt war, in dem sie lebten. Kroatien wurde 1991 unabhängig, aber um bestimmte Charakteristika der kroatischen Gesellschaft zu verstehen, dürfen die Folgen von fünfzig Jahren kommunistischem Totalitarismus nicht ignoriert werden. Auch wenn die heutigen Jugendlichen nach dessen Ende geboren wurden, so wurden doch ihre Eltern und Erzieher genau in dieser Zeit geboren und sind damals aufgewachsen, als es keine freie Meinungsäußerung gab und der Zugang zu Informationen streng begrenzt war. Daher erleben auch die heutigen Eltern die Erfahrung der Meinungsfreiheit zum ersten Mal gemeinsam mit ihren Kindern. Zur Erklärung der Lage der heutigen Jugend in Kroatien muss also auch die historische, politische und gesellschaftliche Lage des Landes in den letzten 25 Jahren in Betracht gezogen werden. Der Krieg um die kroatische Unabhängigkeit hatte verschiedene Folgen, die noch immer sichtbar sind: eine große Zahl von Vertriebenen aus Bosnien und Herzegowina, die nach Kroatien umgesiedelt sind; viele Familien ohne Väter, die im Krieg umgekommen sind; andere sind invalide oder haben schwer psychische Traumata erlebt; die wirtschaftlichen Folgen des Krieges haben

das Wirtschaftswachstum und die Entwicklung beeinflusst.

Außer dem wirtschaftlichen Risiko muss festgehalten werden, dass die Globalisierungsprozesse auch Herausforderungen und Probleme mit

sich bringen, die allen jungen Europäern gemeinsam sind.³ Auch wenn die kroatische Gesellschaft nach dem Jahr 2000 im Vergleich zum Zeitraum während der gesellschaftlichen Transformation stabiler geworden ist, lässt sich sagen, dass die Jugendlichen weiterhin in einer Gesellschaft aufwachsen, in der es sowohl Ungewissheit als auch Unsicherheit im Hinblick auf die Zukunft gibt, denn all die Themen, die aus dem Globalisierungsprozess kommen und die den Jugendlichen in den westeuropäischen Ländern zu eigen sind, betreffen auch die Jugend in Kroatien.

Trotz aller positiven Veränderungen seit 2000 wachsen die kroatischen Jugendlichen in einer Gesellschaft auf, deren Entwicklung von Unsicherheit geprägt ist.

3 Vgl. Vlasta Ilišin, Furio Radin (Hrsg.): *Mladi: Problem ili resurs*. Zagreb 2007, S. 267.

ten. Aber die Jugendlichen in Kroatien sind angesichts der genannten Probleme zusätzlich belastet, weil diese in den entwickelteren Teilen Europas nicht so stark zum Ausdruck kommen. Das resultiert in ihrer größeren Hinwendung zum Privaten und ihrer Distanz zu gesellschaftlichem und politischem Engagement.

Bedürfnisse und Sorgen der Jugend

Verschiedene Untersuchungen an Jugendlichen, die in Kroatien durchgeführt wurden, zeigen die Probleme und Schwierigkeiten, die die jungen Leute betonen.⁴ Das sind vor allem die Sorge um die Zukunft, das Fehlen gesellschaftlicher Strukturen, Probleme im Zusammenhang mit der Ausbildung, spezifische Probleme vor Ort, Schwierigkeiten wegen der Gleichgültigkeit der Erwachsenen gegenüber den Problemen der Jugend, Unzufriedenheit mit sich selber, Beziehungsprobleme, Existenzkrise, Suchtprobleme, Probleme in den Familienbeziehungen und Unzufriedenheit mit den Altersgenossen.

In einer Untersuchung, die mit Mittelschülern des Bistums Varaždin 2010 durchgeführt wurde, waren die meisten Befragten der Meinung, dass folgende Probleme den größten Einfluss auf die Probleme der Jugend nähmen: schlechte Gesellschaft, Familienkrise, tägliche Frustration, Fehlen von Vorbildern und Mangel einer Perspektive für die Zukunft.⁵ Solche Überlegungen sind eine Folge davon, dass die moderne Gesellschaft den heutigen Jugendlichen tatsächlich keine sichere Stütze für eine erfolgreiche Zukunft bietet, weshalb viele junge Menschen die Frage nach der Zukunft mit Angst und Unsicherheit verbinden. Sie sind mit den Folgen der Krise der modernen Gesellschaft konfrontiert, die zunächst einen Sinnverlust zur Folge hat, der dann zu Utilitarismus und Indifferenz führt. Heute ist die Jugend immer noch in vielen Gesellschaf-

4 Dazu gehören Valentina Mandarić: Religiozni identitet zagrebačkih adolescenata. Zagreb 2000; Ivana Ferić: Univerzalnost sadržaja i strukture vrijednosti. In: Društvena istraživanja 16 (2007), H. 1-2, S. 12-21; Inga Tomić-Koludrović, Anči Leburić (Hrsg.): Skeptična generacija. Zagreb 2001; Vlasta Ilišin, Furio Radin (Hrsg.): Mladi uoči trećeg tisućljeća. Zagreb 2002; Renata Franc, Ines Sučić, Vlado Šakić: Vrijednosti kao rizični i zaštitni čimbenici socijalizacije mladih. In: Diacovensia 1-2 (2009), S. 135-146; Vlasta Ilišin, Vedrana Spajić Vrkaš: Potrebe, problemi i potencijali mladih u Hrvatskoj, Istraživački izvještaj. Zagreb 2015.

5 Vgl. Krunoslav Novak: Identità religiosa dei giovani. Comunicazione massmediale e interpersonale quali fattori di influenza nella costruzione di identità. Una ricerca sui giovani nella diocesi di Varaždin in Croazia. (Diss.). Rom 2012, S. 230.

ten am Rande der gesellschaftlichen Interessen, sodass sie gleichzeitig Opfer und Ankläger der modernen Gesellschaft wird. „Einst träumten die Jungen von einer neuen, gerechteren und freieren Gesellschaft, und heute träumen sie anscheinend nicht mehr, denn die Gesellschaft kann und will ihnen nichts Besseres anbieten.“⁶

Die heutige Jugend zeigt nach den Ergebnissen einer in ganz Kroatien durchgeführten Umfrage von 2013 einen abnehmenden Optimismus hinsichtlich der Einschätzung der Zukunft und der Frage, ob diese für sie in persönlicher Hinsicht besser werden kann als die Gegenwart. Optimismus lässt sich feststellen im Vertrauen auf die Bedeutung von Bildung, die die Jugendlichen als zuverlässiges Mittel für die Verwirklichung ihrer privaten, beruflichen, gesellschaftlichen und politischen Bedürfnisse und auch der Interessen des Einzelnen betrachten. Bildung ist verbunden mit der Möglichkeit einer besseren Kommunikation mit der Welt, einem rascheren Aufstieg am Arbeitsplatz und der Möglichkeit, eine besser bezahlte Arbeit zu finden; doch gleichzeitig glauben sie nicht, dass man mit einer besseren Ausbildung leichter einen Arbeitsplatz finden und höheren gesellschaftlichen Einfluss erlangen kann. Wenn von Erfolg in der Gesellschaft die Rede ist, sind die meisten Jugendlichen der Meinung, dass das mit Geschick und guten Beziehungen mehr als mit der Fähigkeit des Einzelnen zu tun hat. Wenn von Qualitäten die Rede ist, die ihnen helfen werden, eine gute Arbeit zu finden, dann glauben die Jugendlichen, dass an erster Stelle gute kommunikative Fähigkeiten stehen, dann Fachqualifikation, die Kenntnis von Fremdsprachen und Allgemeinbildung. Doch herrscht auch weiterhin Unsicherheit unter ihnen, und sie betrachten die Arbeitslosigkeit als das größte Problem der kroatischen Gesellschaft, dann folgen Bestechlichkeit, Korruption und Wirtschaftsprobleme. Nach der Lösung dieser Probleme befragt, setzen die Jugendlichen ihr Vertrauen vor allem auf Fachleute und Intellektuelle, dann auf die Jugendlichen selber, das heißt auf ihre eigene Generation, und danach auf Politiker und Parteien.

Die Religiosität der Jugendlichen

In diesem Teil werden wir uns auf die Inhalte konzentrieren, die sich aus einer 2015 durchgeführten Untersuchung mit Mittelschülern in Kroatien im Rahmen des Projekts „Religion und Menschenrechte“ ergeben.

6 Mandarić, Mladi (wie Anm. 2, oben S. 143), S. 57.

Der Begriff der Religiosität ist sehr komplex, und es gibt verschiedene Möglichkeiten, sich der Frage anzunähern. In diesem Kontext werden wir uns auf die Konzepte von Religiosität beschränken, wie sie Gordon W. Allport definiert hat, nämlich Religiosität als relativ stabiles Element der Person einschließlich affektiver und kognitiver Faktoren. Allport betont, dass die Wurzeln der Religiosität komplex, zahlreich und unterschiedlich sind, sodass ihr Einfluss auf das Leben des Einzelnen so verschieden ist, dass sich der Begriff der Religiosität kaum standardisieren lässt. Doch hat er eine Redeweise über Religiosität durch die Art der Manifestation des religiösen Gefühls vorgeschlagen, die auf zwei Ebenen stattfinden kann: extrinsisch (von außen) und intrinsisch (innen).⁷ *Extrinsische Religiosität* bedeutet danach die Nutzung von Religion als Mittel zur Verbesserung des Status in der Gesellschaft und nicht selten zum Erreichen egoistischer Ziele. Religion ist in diesem Sinne nützlich, insofern sie dem Einzelnen für seine persönlichen Ziele nützlich ist.⁸ Es geht also um eine Religiosität, die nicht aus Überzeugung gelebt wird und die kein Ziel in sich selbst hat. Außer den erwähnten Motiven, außer einer opportunistischen Haltung kann sie auch die sein, die der Einzelne für sich ergreift, um seine psychosoziale Entwicklung zu verbessern, als Hilfe in der Interpretation des eigenen Verhaltens und der eigenen Positionen.

Intrinsische Religiosität erkennt Religiosität als Wert in sich, sie ist das wichtigste Ziel im Leben. Es handelt sich um Religiosität als Lebensgestaltung, bei der die Person die eigenen Interessen überwindet und Demut favorisiert. Eine solche Religiosität leben Menschen, die das Prinzip des Genusses überwunden haben, das heißt die unmittelbare Erfüllung eines jeden Bedürfnisses. Im Leben des Einzelnen lassen sich gewöhnlich Elemente beider Arten von Religiosität beobachten.⁹ Daher ist es schwierig auszumessen und genau zu bestimmen, welche Dimension von Religiosität bei einzelnen Menschen vorherrscht.

Wir konzentrieren uns deshalb auf jene Elemente, die uns auf Grundlage der genannten Untersuchung wenigsten ein allgemeines Bild dessen bieten, wie sich junge Menschen heute in Kroatien zur Religion verhal-

⁷ Vgl. Gordon W. Allport: *L'individuo e la sua religione: interpretazione psicologica*. Brescia 1972, S. 71 f.

⁸ Ebd., S. 268.

⁹ Vgl. Luigi Silvano Filippi: *Le basi psicodinamiche del fanatismo religioso*. In: *International Journal of Psychoanalysis and Education* 1 (2009) 1, S. 134.

ten. Wie wir sehen werden, zeigt diese Untersuchung, dass die Gegenwart traditioneller Werte sehr deutlich wahrzunehmen ist, wie es auch die bereits genannte Untersuchung von 2013 gezeigt hat. Beim Vergleich der Ergebnisse mit früheren Umfragen zeigt sich ein Anstieg der Akzeptanz traditioneller Werte wie Familie, Ehe, Glaube und Nationalität.¹⁰

Von den Befragten erklärten sich 85,2 Prozent als Katholiken, 4,3 Prozent als Angehörige einer anderen Religion und 9,8 Prozent als nicht religiös. Dass es Gott oder etwas Göttliches gibt, glauben fest oder

Traditionelle Elemente wie Familie, Ehe, Glaube und Nationalität spielen auch heute noch eine große Rolle.

einigermassen fest 69,7 Prozent der Befragten, während 20,6 Prozent das eher nicht oder kaum glauben und 6,3 Prozent der Befragten nicht an die Existenz Gottes oder von etwas Gött-

lichem glauben. Immerhin 32,3 Prozent der Jugendlichen besuchen wöchentlich die Kirche zum Gottesdienst, während 49,9 Prozent einmal im Monat oder seltener gehen und 15,8 Prozent überhaupt keine kirchlichen Feiern besuchen. Interessant ist auch, dass 45,1 Prozent der jungen Menschen täglich beten, 18,5 Prozent einmal in der Woche, 21,4 Prozent der Befragten einmal im Monat oder noch seltener, und 10,6 Prozent beten überhaupt nicht. Der Aussage, dass ihre Religion oder Weltanschauung großen Einfluss auf ihren Alltag haben, stimmen 51,1 Prozent der Befragten zu, 28,4 Prozent sind nicht sicher und 17,8 Prozent sind nicht einverstanden.

Diese wenigen Angaben lassen ahnen, dass im Leben der heutigen Jugend in Kroatien die Religiosität eine sehr wichtige Stelle einnimmt. Auch wenn relativ viele Jugendliche behaupten, am Leben ihrer Glaubensgemeinschaft teilzunehmen, lässt sich jedoch erkennen, dass sie die Religiosität im Privatbereich des Lebens ansiedeln. Diese Angabe betont mehr einen intrinsischen Zugang zur Reli-



*Vom Fußballplatz in den Beichtstuhl
(Foto: Matthias Kneip)*

10 Vgl. Ilišin, Vrkaš, Potrebe (wie Anm. 4, oben S. 145). S. 23.

giosität, und tatsächlich sind weniger von ihnen der Meinung, dass die Religion einen gesellschaftlichen Einfluss haben soll. Denn während einerseits 51 Prozent angeben, dass sie eine Erfahrung der Verbindung mit Gott haben, sind nur 23,8 Prozent von ihnen der Meinung, dass die Religionen einen Einfluss auf die öffentliche Meinung zu gesellschaftlichen Fragen ausüben sollten. Doch schreiben sie der Rolle von Religion eine viel wichtigere Bedeutung zu (54,1 Prozent), wenn es um die soziale Dimension geht, also etwa um die Sorge für Rechtlose. Wenn von der gesellschaftlichen Rolle der Religion die Rede ist, lässt sich außerdem noch anführen, dass 48,8 Prozent der Befragten der Meinung sind, dass die Religionen und der Staat die Verantwortung für die Bewahrung der Nationalkultur teilen sollen.

Auch wenn relativ viele Jugendliche behaupten, am Leben ihrer Glaubensgemeinschaft teilzunehmen, lässt sich klar ausmachen, dass sie die Religiosität im Privatbereich des Lebens ansiedeln.

Schlussfolgerung

Die Situation von Jugendlichen in Kroatien drückt heute sicher die Situation der gesellschaftlichen Dynamiken aus, die immer noch eine gewisse Instabilität in den Übergangsprozessen zum Ausdruck bringen. Die Jugend ist heute mehr als früher bereit, sich ins Private zurückzuziehen, auch wenn sie glaubt, dass ihre Generation in der Lage ist, auf gesellschaftliche Veränderungen Einfluss zu nehmen. Es trifft zu, dass es in Kroatien keine organisierte Mitwirkung von Jugendlichen bei der Lösung konkreter gesellschaftlicher Fragen und Probleme gibt, und wo es sie gibt, ist das meistens im Rahmen von Organisationen, die von Erwachsenen geleitet werden.

Die im Vergleich zu früheren Zeiten vergrößerte Ausrichtung auf den Glauben stellt die Jugendlichen mehr in die Privatsphäre, denn in der Gesellschaft wird Religiosität in diesen Bereich des Lebens verschoben. Doch gibt es auch bestimmte Initiativen, in denen einzelne Gruppen von Jugendlichen frei ihre Meinung zeigen und ihre Religiosität als Impuls für gesellschaftliches Engagement ausdrücken.

Aus dem Kroatischen übersetzt von Thomas Bremer.

Junge Menschen aus sechs Ländern äußern sich zu Religion, Glaube und Kirche

Bei der Planung des vorliegenden Heftes war es der Redaktion wichtig, neben den Analysen aus einzelnen Ländern auch authentische Stimmen in das Heft aufzunehmen. Die Autoren der Länderbeiträge haben dazu einige Schüler und Studenten um Mitwirkung gebeten. Die folgenden fünfzehn Texte, die behutsam redaktionell bearbeitet worden sind, erheben nicht den Anspruch einer repräsentativen Umfrage, stehen aber durchaus für das Lebensgefühl junger Menschen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa.

Bulgarien

Stefan Praskov (20)

Religion spielt in meinem Leben eine große Rolle, jedoch empfinde ich es gegenwärtig paradoxerweise immer schwieriger, in einem vorwiegend orthodoxen Land ein orthodoxer Christ zu sein. Ehrlich gesagt, es gibt unter Gleichaltrigen viele Missverständnisse rund um die Themen Orthodoxie und Christentum als Ganzes, was dazu führte, dass viele von ihnen (meist selbsternannte Atheisten) mich anders behandeln, wenn sie erfahren, dass ich in die Kirche gehe und wirklich an Gott glaube. Viele erklärten mir, dass ich vermutlich eine Gehirnwäsche verpasst bekommen hätte, dass ich naiv oder komplett bescheuert oder bestimmt sexistisch und sehr konservativ sei (weil sie glauben, dass die Bibel strikte patriarchale Normen bekräftige). Viele von ihnen unterstützen mehr oder weniger sogar eine spirituelle Denkweise im Sinne des New Age, die einen dazu ermutigt, den eigenen Weg zu gehen, indem man aus irgendeiner Religion oder irgendeinem esoterischen Text das jeweils Gefälligste oder Ansprechendste für sich übernimmt. Es gibt aber ebenso zahlreiche Christen in meinem Alter, die der evangelikalen und charismatischen Denkweise zugeneigt sind. Bis heute entstehen neue „Kirchen“, und alle versprechen jedem Besucher regelrechte Wunder. Verglichen damit erscheint natürlich die orthodoxe Kirche nicht annähernd so interessant. Deshalb habe ich gerade einmal zwei orthodoxe Freunde und keinen einzigen evangelikalen, da diese Gemeinschaften sehr konservativ sind

und die Orthodoxie in ihren Augen ketzerisch und gefährlich ist. Zusammenfassend gesagt scheint es zwischen diesen beiden Extremen – dem evangelikalischen und dem new-age-atheistischen – in Bulgarien keinen Platz für einen jungen orthodoxen Christen wie mich zu geben.

Marina Velkova (23)

Die Generation meiner Eltern tat ihr Bestes, uns jungen Menschen größtmögliche Freiheiten und Möglichkeiten zu eröffnen, die sie ihrer Meinung nach selbst nicht hatten. Dies ist meines Erachtens der Grund für das mangelnde religiöse Interesse meiner Generation. Wir wurden mit dem Bewusstsein erzogen, dass wir selbst auswählen sollen. Obwohl ich getauft wurde, führte man mich nie so in die Religion ein, dass ich sie hätte erspüren, verstehen oder Teil einer Gemeinschaft hätte sein können. Zwar wurde ich, besonders an wichtigen Feiertagen, mit der Religion konfrontiert, doch sie war nie ein Teil unseres Lebensalltags. Folglich fehlte mir der Sinn für religiöse Gemeinschaft, und meine Freunde und ich sahen keinen Grund, uns entsprechend damit zu identifizieren. Um es auf den Punkt zu bringen: Wir brauchen die Religion zwar nicht, können uns aber für sie entscheiden und uns nach ihr sehnen. Anstelle der Religion werden wir selbst zur Antwort auf unsere eigenen Fragen und nähern uns ihr zugleich voller Zweifel und Neugier. Wir entscheiden uns für sie aufgrund ihrer Antworten oder lehnen sie sogar ab, weil wir mit der Welt, die sie uns bietet, nicht zufrieden sind. Ich glaube auch, dass sowohl unsere religiöse Suche als auch unser religiöser Ansatz aufgrund unserer Wahlmöglichkeiten eher spiritueller und persönlicher Art sind und wir nicht so sehr nach einer Gemeinschaft suchen.

Kroatien

Marko Mikulec (22)

Für mich gehört der Glaube zu den wichtigsten Dingen in meinem Leben. Ich kann meinen Glauben nicht leicht ausdrücken, aber er ist mir wie angeboren und gibt mir auf eine bestimmte Art eine Antwort auf die Frage nach dem Zweck meines Daseins. Der Glaube an Gott gibt mir Hoffnung, ermutigt mich, führt mich durch mein Leben, lässt mich nicht

aufgeben und geleitet mich zum ewigen Leben. Wegen meines Glaubens habe ich noch nie in meinem Leben gedacht, dass ein Problem, auf das ich gestoßen bin, unlösbar ist. Heute gibt es viele Menschen, die ähnlich denken. Wir sind alle im Schoß der Kirche vereint, und solche Menschen geben mir die Hoffnung, dass diese Welt nicht so schlecht ist, wie man sie oft darstellt.

Katarina Perić (21)

„Auf den Jungen ruht die Welt“, das ist ein Gedanke, der für mich die Lage von jungen Katholiken in Kroatien beschreibt. Selbst wenn viele die Jugendlichen für träge und desinteressiert halten, vor allem an wichtigen gesellschaftlichen Fragen, bemerke und erlebe ich das Gegenteil. Im Bewusstsein der Mängel und der Bedürfnisse der heutigen Gesellschaft treten wir in verschiedene Vereinigungen und Gemeinschaften ein und wollen durch unser Engagement, aber auch durch das Gebet eine positive Veränderung herbeiführen. Dieser Ehrgeiz der Jugendlichen begeistert mich und regt mich an, aber mich bereichert auch das Gefühl der Gemeinschaft, das wir als Mitglieder der Kirche haben. Ich spüre, wie Christus uns junge Leute auch heute mit denselben Worten ruft, die er an Simon und Andreas gerichtet hat: „Folgt mir nach, und ich mache euch zu Menschenfischern!“ (Mk 1,17). In meinem Psychologiestudium und im Freiwilligeneinsatz bemühe ich mich, den ersten Teil des Aufrufs Jesu nicht zu vergessen und auf ihn mit Gebet und Vertrauen in seine Gegenwart im eigenen Leben zu antworten.

Polen

Karolina (27)

Als ich ein Kind war, spielte die Religion eine größere Rolle für mich. Ich glaubte an Gott, ging jeden Sonntag in die Kirche und betete zu Gott. Manchmal war ich in der Kirche nur körperlich und schwebte in den Wolken. Was der Priester gesagt hat, war für mich oft uninteressant. Nun bin ich erwachsen und meine Ansicht veränderte sich. Nicht mit allen Anschauungen, die die katholische Kirche vertrat, bin ich einverstanden. Ich glaube zwar weiter an Gott, besuche aber die Kirche selten. Ich ziehe es vor, einen langen Spaziergang zu machen und in meinen Gedanken ein

Gespräch mit Gott führen, anstatt Männern in Soutane zuzuhören, die gegen Verhütung oder über das Familienleben sprechen, aber keine Ahnung davon haben.

Marta (19)

Ich bin im katholischen Glauben aufgewachsen und glaube an Gott, aber die autoritäre Einstellung von manchen Priestern zur Politik ärgert mich sehr. Außerdem gibt es viele Priester, die den Menschen viele Moralpredigten halten, sich selbst aber nicht daran halten. Ich besuche die Kirche ziemlich regelmäßig, mein Glauben hängt jedoch nicht nur von den Priestern ab.

Paulina Tyszka (26)

Ich komme aus einer katholischen Familie, in welcher in meiner Kindheit der Religion großes Gewicht beigemessen wurde. Als Kind empfand ich das als Vergnügen, wir gingen auf verschiedene Veranstaltungen für Kinder und nahmen an kirchlichen Ereignissen teil. Jeder Sonntag war etwas Besonderes, ich sprach mit meiner Mutter über das Thema der Predigt, die auch an die Kinder gerichtet war. Jede Geschichte hatte ihre Botschaft, die ich wie einen Schwamm aufsog und versuchte, auf unseren Alltag zu übertragen. Aber alles änderte sich mit Beginn der zweiten Grundschulklasse, als dieses Gebet ein Teil des Exams für die Kommunion wurde. Das Auswendiglernen von Regeln, die ich nicht verstand, machte mir kein so großes Vergnügen mehr wie das Gespräch zu Gott mit eigenen Worten. Die Religion wurde zu einer Art Zwang, was dazu führte, dass ich ab und an Fragen stellte: Warum? Wofür? Die Antworten der Eltern und der Kirche waren unbefriedigend. Ich wurde mir bewusst, dass ich, obwohl ich weiterhin an den Messen teilnahm und mein Körper auf der Bank kniete, eigentlich nicht anwesend war. Die Worte der Kirche begannen sich zu reduzieren auf die Probleme der Politik, der Abtreibung, Themen, zu denen sie sich nicht äußern sollte. Meiner Meinung nach sollte die Kirche die Menschen durch Worte der Liebe einen und nicht durch Worte des Hasses. Das führte zum Bruch mit meinem Glauben. Durch die Erweiterung meines Wissens über die Welt und mich selbst begann ich, am Ende die existentiellen Fragen zu stellen nach dem „Wer bin ich?“ Durch das Finden der Antwort auf diese Frage fand ich Gott wieder, aber in einer anderen Form. Ich bin nicht in

der Lage, genau zu bekennen, ob ich religiös bin oder nicht, aber ich kann sagen, dass ich eine gläubige Person bin.

Russland

Arsenij Pilipenko (18)

Der Glaube ist für mich der Sinn des Lebens. Er ist die Motivation zu guten und die Warnung vor schlechten Taten. Er ist die Heilung in schlechten Zeiten. Mein Glaube ist für mich ein innerer Schatz, den ich nur für mich behalten kann, etwas sehr Persönliches und Unveräußerliches, das mich alleine betrifft.

Tschechien

Alžběta (21)

Der Glaube ist für mich eine tiefe und vertraute Beziehung zu Gott: die Überzeugung, dass mich Gott leitet, schützt und liebkost. Ein Beweis dafür, dass um mich herum Berge erschüttert werden können und egal, was passiert, mich das nicht beeinträchtigen wird, weil er immer zwei Schritte vor mir geht. Der Glaube ist für mich ein Geschenk, das mir Gott als Beweis seiner Liebe gibt, und ich weiß, dass ich mich jederzeit an Ihn anlehnen kann.

Alžběta Majerová (24)

Ich bin in der Familie eines Pfarrers der Tschechoslowakischen Hussitischen Kirche aufgewachsen, was mir kein bisschen außergewöhnlich vorkam. In der Tschechischen Republik gibt es aber nicht viele Christen, und so habe ich schon in der Schule meinen Mitschülern vieles erklären müssen und es war nicht immer einfach. Als ich begann, eine katholische Schule zu besuchen, befand ich mich in einer anderen und wunderschönen Umgebung und habe erkannt, dass ich nicht alleine da stehe. Vor allem jungen Menschen begegnete ich in der Kirche nicht vielen. Später reiste ich nach Taizé und habe diese Gemeinschaft kennengelernt. Und alle diese Wege brachten mich zur Erkenntnis, dass es gar nicht darum

geht, aus welchen Traditionen wir stammen. Wenn jemand von der Kirche spricht, stelle ich mir nur irgendeine Institution vor, die für jeden anders sein kann, aber ich würde mir wünschen, dass die Kirche ein Begegnungsort für alle Christen wird.

Anna (15)

Der Glaube bedeutet für mich, eine Sicherheit zu haben: die Sicherheit, dass hier jemand für mich da ist, sei es Gott oder seien es Menschen, die an ihn glauben. Ich kann mich an sie jederzeit mit jeder Bitte oder Sorge wenden. Ich bin mir dessen nur nicht immer bewusst.

Vašek (19)

Ohne den Glauben würde ich mich wahrscheinlich umbringen. Die Vorstellung, dass ich mein Leben nur so vor mich hin lebe, macht mir Angst. Wozu wäre das alles gut? Ich hätte wahrscheinlich keinen Grund, mich um etwas zu bemühen. Ich würde mich wahrscheinlich irgendwo am Abgrund der Gesellschaft bewegen, denn warum sollte ich mich bemühen, wenn ich nur zu Staub zurückkehre? Der Glaube ist für mich die Grundlage für alles.

Tomáš Zavadil (22)

Was bedeutet Glaube für mich? Ich bin als der zweitälteste von vier Brüdern in einer katholischen Familie in Prag aufgewachsen. Unsere Eltern haben uns zum Glauben an Jesus Christus auf sanfte und natürliche Weise herangeführt und dabei von früher Kindheit an unsere Individualität respektiert. Als ich etwa sechzehn Jahre alt war, wurde ich mir meiner Beziehung zu Gott bewusst, zu deren Vertiefung mir die Vorbereitung auf meine Firmung geholfen hat. Am katholischen Glauben finde ich wunderschön, dass es möglich ist, die Gottesdienste überall auf der Welt zu erleben – in jeder katholischen Kirche kann ich mich zu Hause fühlen. Neben den Gebeten, die ich in einer Gruppe erlebe, haben auch solche Momente für mich eine hohe Bedeutung, die ich mit Gott alleine verbringen kann. Vor allem in der Natur, sei es im Wald oder in den Bergen, habe ich häufig das Gefühl, dass ich beinahe die göttliche Macht und Güte berühren kann.

Ukraine

Aljona Fedtschischina (22)

Das, was ich als Leben bezeichne, begann mit Glauben. Und zu leben begann ich vor vier Jahren. Als ich eine Studentin an einer Fakultät war, an der ich nicht studieren wollte, und in einer fremden Stadt wohnte, in der ich nur mit meinem Vater Kontakt hatte und völlig desorientiert im Leben war, besuchte ich nach der Scheidung meiner Eltern zum ersten Mal einen Gottesdienst. Damals schenkte Gott mir das Wertvollste – eine neue Sicht auf das um mich Geschehende. Ich fing an, in allem seinen Plan für mein Leben zu erkennen: ich war ihm dankbar. Kurz nach meinem Gottesdienstbesuch lernte ich zwei wunderbare Menschen kennen, die später auf mein Leben eine starke Wirkung hatten: einen Priester und einen neuen Dozenten an der Universität, die mich in die Welt des christlichen Denkens einführten. Somit entdeckte ich, was ich wirklich studieren wollte. Achtsamkeit dem Nächsten gegenüber half mir letztendlich, für meine Mutter zu beten und nach einem halben Jahr Unterbrechung den Kontakt mit ihr wieder aufzunehmen. So begann mein geistiges Leben mit allen Prüfungen und Lichtblicken: Ich wurde zu einer Christin.

Anna Strelowa (21)

„Jesus sagte: Ein Geldverleiher hatte zwei Schuldner; der eine war ihm fünfhundert Denare schuldig, der andere fünfzig. Als sie ihre Schulden nicht bezahlen konnten, erließ er sie beiden. Wer von ihnen wird ihn nun mehr lieben? Simon antwortete: Ich nehme an, der, dem er mehr erlassen hat. Jesus sagte zu ihm: Du hast recht“ (Lk 7,41-43). Diese Stelle aus der Schrift beschreibt mein Leben. Auf der einen Seite war ich vor meiner Umkehr zwanzig Jahre lang ein „braves“ Mädchen, auf der anderen Seite spürte ich beständige Leere. Seitdem ich gläubige Protestanten in einem von der anglikanischen Kirche organisierten Sommerlager kennen gelernt habe, begann ich immer mehr, an Gott zu denken. Der Weg der Umkehr dauerte ein ganzes Jahr voller Mühen und Prüfungen, denn Gott zeigte mir meine Verfehlungen auf. Mir fiel es sehr schwer, mich gegen meine alten Gewohnheiten zu richten. Genau zu jenem Zeitpunkt, als ich schon dachte, Gott wird mir nie vergeben, hat er es getan. So wirkt Gott in meinem Leben, und der Wunsch, ihm zu dienen, wird immer stärker.

„Vielleicht trauen wir unseren jungen Menschen viel zu spät Verantwortung zu.“

Ein Gespräch mit Prof.
Dr. Thomas Sternberg



Seit dem 20. November 2015 ist Prof. Dr. Thomas Sternberg Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK). Von 1997 bis 2013 war er kulturpolitischer Sprecher des ZdK. Der promovierte Germanist und Theologe hatte an verschiedenen Stationen seines Berufslebens intensiv mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu tun, unter anderem als Direktor der „Katholisch-Sozialen Akademie Franz Hitze Haus“ in Münster (seit 1988). Seit 2005 ist Professor Sternberg Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen und dabei auch mit bildungs- und jugendpolitischen Fragen befasst. – Das Gespräch mit ihm führte Burkhard Haneke. Das Bild wurde vom ZdK zur Verfügung gestellt (© ZdK/KNA-Bild).

Herr Professor Sternberg, als Vater von fünf Kindern haben Sie sicher einen unmittelbaren Zugang zu den Erwartungen, Wünschen, aber auch Sorgen junger Menschen. Wie wichtig sind Ihnen persönlich die Belange junger Menschen?

Zu den erfüllendsten Tätigkeiten gehören für mich die aus der Zeit als Mitarbeiter an der Theologischen Fakultät der Universität Bonn. Dort habe ich erleben dürfen, mit welchem Interesse, mit welchem Eifer und welcher kritischen Offenheit die jungen Studierenden sich mit für sie ganz fremden Inhalten befassen, wenn sie den Eindruck haben können, dass derjenige, der sie vermittelt, für diese Themen brennt. Später habe ich auch in der politischen Bildungsarbeit mit

jungen Erwachsenen in der Akademie Franz Hitze Haus in Münster erfahren dürfen, wie viele wache und kritische, interessierte und intelligente jungen Menschen es gibt. Und auch bei meinen eigenen Kindern sehe ich immer wieder, dass die Rede von den so ungebildeten, uninteressierten Jugendlichen einfach nicht stimmt. Aber ihr Leben ist heute nicht einfacher als früher: alles muss selbst entschieden und bewusst gewählt – auch vor den Freunden legitimiert und vertreten werden. Und dass die Zukunftssorgen nicht geringer geworden sind, das wird wohl jeder bestätigen.

Welchen Stellenwert hat das Thema „Jugend“ für das Zentralkomitee der deutschen Katholiken?

Natürlich sind die jungen Menschen für jede Gemeinschaft besonders wichtig. Sie garantieren und gestalten ja die Zukunft des jeweiligen Verbandes, also auch des ZdK. Im Speziellen sind es die hellwachen Vertreter des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend, des BDKJ, die sich hier mit Überzeugungen und wichtigen Beiträgen in die Debatten einbringen. 17 Jugendverbände mit rund 660.000 Mitgliedern zwischen 7 und 28 Jahren werden von diesem Dachverband repräsentiert. Nicht zuletzt über den BDKJ kommen die Perspektiven junger Menschen zu Wort. Es geht aber auch inhaltlich noch um mehr: Die jetzt Jugendlichen werden eine Kirche in der Minderheit gestalten müssen, die sich noch weniger in alten volksskirchlichen Selbstverständlichkeiten einrichten kann. Sie müssen eine Kirche gestalten, in der Priester kaum noch vorhanden sein werden und damit auch liturgische und Leitungs-Aufgaben zunehmend an „Laien“ delegiert werden müssen. Die Aussichten sind alles andere als rosig.

Was sind Ihrer Meinung besonders wichtige und drängende Aufgaben, die die (Landes- und Bundes-)Politik im Blick auf die Situation junger Menschen angehen müsste? Wie kann sich hier das Zentralkomitee der deutschen Katholiken einbringen?

Die wichtigsten Themen für junge Menschen sind die Fragen der Bildung im weitesten Sinne. Wie kann eine optimale und begabungsgerechte schulische Bildung ermöglicht werden? Wie

werden wir der Falle einer allgemeinen Akademisierung entgehen? Wie werden unterschiedliche Begabungen und Qualifikationen gleich wertgeschätzt? Wie werden auch Menschen mit Beeinträchtigungen sowohl integriert wie zugleich optimal gefördert? Wie wird auch noch außerschulische Bildung als Kennzeichen unserer Jugendarbeit weiter möglich sein? Wann werden die musischen Fächer endlich wieder allgemein selbstverständlich in allen Schulstufen unterrichtet und so die kulturelle Bildung nicht in das Sonderfeld Kultur abgeschoben? Wie werden unsere Kultur, unsere Traditionen, auch unser Glaubenswissen weitergegeben? Wie erreichen wir eine optimale Förderung der Spitzenbegabungen im intellektuellen wie praktischen Bereich? Wie muss eine Universität aussehen, die sich nicht nur als Ort des Credit-Point-Sammelns versteht? Wie ist Bildung möglich, die nicht nur den optimal funktionierenden Menschen im Blick hat? – Wir als Zentralkomitee der deutschen Katholiken bringen uns zu diesen Fragen auf der Ebene der Familien-, Gesellschafts- und Bildungspolitik ein.

Dringt die Kirche heute noch in die Lebenswelten der Jugend vor? Ist sie kommunikativ und medial so aufgestellt, dass sie junge Menschen erreichen kann?

Das ist sicher nicht einfach zu beantworten. Die Formen der siebziger Jahre mit „Jazz-Messen“ und Neuem Geistlichem Lied sind es nicht mehr, womit die Jugendliche motiviert wer-

den. Da sieht es schon anders aus mit der Übertragung von echter Verantwortung auf junge Menschen. Ich mache beste Erfahrungen mit der eigenverantwortlichen Jugendarbeit durch Jugendleiterrunden, die bestenfalls subsidiär auf Unterstützung zurückgreifen und ansonsten sich selbst rekrutierend die Arbeit eigenständig organisieren. Auffallend ist, dass jetzt, wo so viele katholische Männer und Frauen in der Flüchtlingsarbeit engagiert sind, auch Jugendliche ansprechbar sind und in vielen Gemeinden zum Mitmachen bewegt werden können. Von dort ist vielleicht auch die liturgische Selbstvergewisserung dessen, was Christen in solchem diakonischen Dienst trägt, eine Form der Gottesdienste. Vielleicht müssen junge Menschen vor allem in ihren Fähigkeiten angefragt und ernst genommen werden. Vielleicht trauen wir unseren

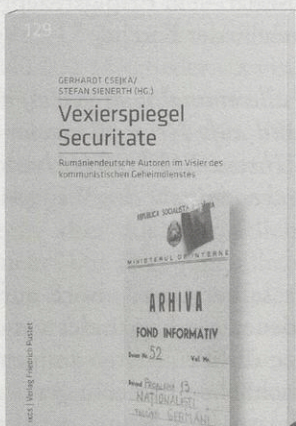
jungen Menschen viel zu spät die Übernahme von Verantwortung zu. Was die Kommunikation und die Medien angeht, ist hier so viel im Fluss, dass leicht der Eindruck entstehen kann, man ist mit den neuen Angeboten immer wieder etwas zu spät. Auch das lässt man am besten die Jugendlichen selbst organisieren und stützt das alles nur subsidiär – ein Erfolgsrezept für viele Bereiche der Kirche.

Wir sind alle einmal jung gewesen – darum Hand aufs Herz: Was würden Sie aus Ihrem Erfahrungsschatz jungen Menschen mit auf den Weg geben?

Bleib dir selber treu – höre auf Menschen, denen du begründet vertraust – setze die Prioritäten immer bei den menschlichen Beziehungen.

Deutsche Geschichte und Kultur im südosteuropäischen Kontext

Veröffentlichungen des Instituts für deutsche Kultur und Geschichte
Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität München



GERHARDT CSEJKA / STEFAN SIENERTH (HG.)

Vexierspiegel Securitate

Rumäniendeutsche Autoren im Visier
des kommunistischen Geheimdienstes

Der ehemalige Geheimdienst »Securitate« hat während der kommunistischen Herrschaft in Rumänien zahlreiche Materialien über deutsche Literatur- und Kulturschaffende im Land gesammelt. Dieser Band ist der Aufarbeitung gewidmet. Deutsche Autoren aus Rumänien berichten über ihre Drangsalierungen.

Band 129, 280 S., kart.

ISBN 978-3-7917-2679-3, € (D) 29,95 / € (A) 30,80
auch als eBook



MARKUS WINKLER (HG.)

Partizipation und Exklusion

Zur Habsburger Prägung von Sprache
und Bildung in der Bukowina. 1848 – 1918 – 1940

Sprache als gesamtgesellschaftlicher Katalysator in der Bukowina. Beiträge von Spezialisten, u. a. Marianne Hirsch, Leo Spitzer, Mariana Hausleitner, Kurt Scharf, David Rechter, Andrei Corbea-Hoișie, Ion Lihaciu und Peter Rychlo.

Band 132, 296 S., 12 Abb., kart.

ISBN 978-3-7917-2712-7, € (D) 29,95 / € (A) 30,80
auch als eBook



VERLAG
FRIEDRICH
PUSTET

Verlag Friedrich Pustet
Unser komplettes Programm unter:
www.verlag-pustet.de

Tel. 0941 / 92022-0
Fax 0941 / 92022-330
bestellung@pustet.de

OST-WEST.

Europäische Perspektiven

Die Zeitschrift **OST-WEST. Europäische Perspektiven** bietet ein offenes Forum für den Dialog zwischen dem Osten und dem Westen Europas. Damit begleitet sie den Prozess des Zusammenwachsens des neuen Europa und der Entstehung einer neuen gemeinsamen Identität auf konstruktive und sachlich kontroverse Weise.

Jede Ausgabe behandelt ein Schwerpunktthema aus verschiedenen Blickwinkeln. Einzelhefte können zum Preis von € (D) 6,50 / € (A) 6,70 (zzgl. Porto) beim Verlag bestellt werden.

Was hält Europa noch zusammen?, Heft 1/2016

Solidarität auf dem Prüfstand ♦ Besinnung auf christliche Werte ♦ Stimmen aus Polen, Tschechien, der Ukraine und Ungarn

Kostenloses
Probeheft
unter
www.owep.de

Religiöse Gruppen in Europa, Heft 4/2015

Sehnsucht nach dem Göttlichen ♦ Facetten des Christentums ♦ Islam und Buddhismus in Europa

Russland – Bedrohung oder Partner?, Heft 3/2015

Russische Eliten von Jelzin bis Putin ♦ Wirtschaftliche und strategische Aspekte ♦ Signale eines Ost-West-Konflikts

Menschenhandel – moderne Sklaverei in Europa, Heft 2/2015

Fakten zu einem unmenschlichen System ♦ Rechtliche, politische und ethische Aspekte ♦ Hilfe für die Opfer

Makedonien – Land am Rand der Mitte Europas, Heft 1/2015

Streifzüge durch die Geschichte ♦ Politik und Kultur ♦ Religion und Nation

Ukraine? – Ukraine!, Heft 4/2014

Der Weg in die Krise ♦ Gesellschaftliche Kräfte ♦ Sprache und Identität

Heft 3/2016 erscheint Mitte August zum Thema »Polen in Europa«.



VERLAG
FRIEDRICH
PUSTET

Verlag Friedrich Pustet
Unser komplettes Programm unter:
www.verlag-pustet.de

Tel. 0941 / 92022-0
Fax 0941 / 92022-330
bestellung@pustet.de

Seit 1997 führt Renovabis jährlich den Internationalen Kongress zu kirchlichen und gesellschaftspolitischen Themen durch.

Der diesjährige 20. Internationale Kongress trägt den Titel
**„Zeugen des Evangeliums – Gestalter der Welt.
Zur Rolle der Orden in Mittel- und Osteuropa“.**

Im Mittelpunkt des Kongresses soll das Engagement der Orden in Mittel- und Osteuropa seit den gesellschaftlich-politischen Veränderungen der neunziger Jahre stehen, also ihr Einsatz in Bereichen wie Schule, Pastoral, Caritas und Flüchtlingshilfe. Darüber hinaus soll auch das Selbstverständnis der Ordensgemeinschaften im Blick auf ihre Zukunft im 21. Jahrhundert thematisiert werden.

Der Kongress findet vom 31. August bis zum 2. September 2016 in Freising statt. Weitere Informationen finden sich ab Mai 2016 unter **www.renovabis.de**.



ZWISCHEN ISOLATION UND INTEGRATION

Polen in Europa

Distanz zu Brüssel und Berlin

Konflikte innerhalb der Gesellschaft

Zur Rolle der katholischen Kirche

Impressum

Herausgeber: Renovabis, Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa, Dr. Gerhard Albert, Geschäftsführer, Kardinal-Döpfner-Haus, Domberg 27, D-85354 Freising,

Tel.: 08161 / 5309-0, Fax: 08161 / 5309-11
info@renovabis.de · www.renovabis.de

und
Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Stefan Vesper, Generalsekretär, Hochkreuzallee 246, D-53175 Bonn, Tel.: 0228 / 38297-0, Fax: 0228 / 38297-44
info@zdk.de · www.zdk.de

Redaktion: Prof. Dr. Michael Albus, Mainz (verantwortlich) · Prof. Dr. Thomas Bremer, Münster · Burkhard Haneke, Freising · Dr. Matthias Kneip, Regensburg · Dr. Christof Dahm, Freising (Redakteur vom Dienst).

Anschrift: Redaktion „OST-WEST. Europäische Perspektiven“, Renovabis, Domberg 27, D-85354 Freising
Tel.: 08161 / 5309-70, Fax: 08161 / 5309-44
owep@renovabis.de · www.owep.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung bzw. die Ansicht der Autorin/des Autors wieder und stimmen nicht unbedingt oder in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion überein.

Erscheinungsweise: 4 x im Jahr, jeweils Mitte Februar, Mai, August und November.

Bezugspreis: Einzelheft 6,50 €
Jahresabonnement 19,80 €
(jeweils zzgl. Versandkosten).

Bezugsbedingungen: Bestellungen sind an den Verlag zu richten. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn bis 15. November keine schriftliche Abbestellung erfolgt.

Verlag und Anzeigenverwaltung:
Verlag Friedrich Pustet
Gutenbergstraße 8, D-93051 Regensburg
Tel. 0941 / 92022-0 · Fax 0941/92022-330
verlag@pustet.de · www.verlag-pustet.de

ISSN 1439-2089

Inhaltsverzeichnis

Die Collage auf der Vorderseite hat Daniela Schulz entworfen (Copyright: Renovabis). – Gesamtgestaltung: Martin Veicht.

Peter Oliver Loew

Flagge zeigen! Polen in Europa – eine Geschichte inniger Verbundenheit 162

Zbigniew Nosowski

Ein neues Bündnis zwischen Thron und Altar? Der polnische Katholizismus und die Versuchung der Politisierung 170

Jarosław Flis

Konfliktlinien in der polnischen Gesellschaft 178

Dieter Bingen

Polens aktuelle Rolle im europäischen Kontext aus deutscher Perspektive 185

Irena Lipowicz

Polen heute – Gedanken über ein Land im Aufruhr 193

Barbara Törnquist-Plewa

„Was zum Teufel scheren dich Polens Affären?“ – Polen aus schwedischer Perspektive 200

Piotr Kosiewski

„Kunst muss in gute und schlechte unterschieden werden.“ Kultur im Dienste des Staates 209

Agnieszka Hreczuk

Eine verlorene Generation? Drei Porträts von jungen Menschen aus Polen 218

Porträt

Georges Mink

Jarosław Kaczyński 225

Bericht

Viltė Žukaitė und Klaus Baumann

Die Caritas in Litauen – aktiv gegen Armut und soziale Ausgrenzung 231

Dokument

XXXI. Weltjugendtag: Auszug aus der Ansprache von Papst Franziskus bei der Begegnung mit den Vertretern der Regierung und des öffentlichen Lebens und mit dem Diplomatischen Korps (Krakau, 27. Juli 2016) 238

Editorial

Aus Polen kommen gegenwärtig wenig erfreuliche Nachrichten. Seit den Wahlerfolgen der Partei „Recht und Gerechtigkeit“, die seit 2015 den Präsidenten und die Regierung stellt, sind beunruhigende Veränderungen in Politik und Gesellschaft im Gange: Das Verfassungsgericht wird in seinen Funktionen beschränkt, durch die Medien geht so etwas wie eine Säuberungswelle, Kunstprojekte und Theateraufführungen werden behindert – sind das Signale eines nur vorübergehenden, auf eine Legislaturperiode beschränkten Umschwungs oder geht es doch um ein grundlegendes Unbehagen vieler Polen, die schließlich den politischen Wechsel an den Wahlurnen herbeigeführt haben? Auffällig sind auch neue außenpolitische Akzente, wenn von mehr Distanz zu „Brüssel“ und von stärkerer Rückbesinnung auf den Nationalstaat die Rede ist.

Polen ist ein Teil Europas und für Deutschland ein Nachbar, zu dem aus historischen Gründen eine besondere Beziehung besteht. In den Beiträgen der vorliegenden Ausgabe beschreiben Experten aus Deutschland und Polen die Ursachen für die aktuelle krisenhafte Situation, deren Wurzeln bis in die Phase des Umbruchs vor einem Vierteljahrhundert zurückreichen. Drei Porträts junger Menschen stehen für eine Generation, deren Zukunft weniger sicher erscheint als die ihrer Eltern. Dies gilt ebenso für die Rolle der katholischen Kirche in Polens Gesellschaft, die sich mit den Herausforderungen einer zunehmend säkularer werdenden Gesellschaft schwer tut. Ob der Weltjugendtag in Krakau neue Anstöße vermittelt hat, bleibt abzuwarten.

Wichtig ist, wie in mehreren Beiträgen deutlich wird, dass die Entwicklungen in Polen nicht singulär zu verstehen sind. Die schwedische Autorin Barbara Törnquist-Plewa schreibt dazu: „Es geht um die Bewegung von Ideen und Stimmungen, die sich in ganz Europa auszubreiten beginnen und fast Formen eines Kulturkampfes annehmen, in dem die Gegner ganz unterschiedliche Wertvorstellungen, unterschiedliche Sichtweisen auf Demokratie und unterschiedliche Erklärungen der augenblicklichen Wirklichkeit haben.“ Vor diesem Hintergrund kann das Heft nicht nur Anstöße im Blick auf Polen vermitteln, sondern auch im Blick auf gesamteuropäische Phänomene.

Die Redaktion

Flagge zeigen!

Polen in Europa – eine Geschichte inniger Verbundenheit

Priv.-Doz. Dr. Peter Oliver Loew ist Historiker und Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Polen-Institut in Darmstadt. Zuletzt erschien sein Buch „Wir Unsichtbaren. Geschichte der Polen in Deutschland“ (München 2014).

Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklung in Polen zeichnet der Beitrag die historische Einbindung Polens in Europa nach. Beginnend mit der Taufe Mieszkos im Jahr 966 nimmt er den Leser mit auf eine Reise durch die polnische Geschichte, deren Schlusskapitel die Frage aufwirft, wie die im letzten Jahr gewählte neue polnische Regierung das Verhältnis Polens zur Europäischen Union gestalten möchte.

Es war ein denkwürdiger Tag: Am 24. November 2015 trat die neue polnische Premierministerin Beata Szydło vor die Presse, vor sich das Rednerpult und zahlreiche Medienvertreter, hinter sich eine Phalanx polnischer Fahnen. Die EU-Fahnen, die bis dahin den Konferenzraum in der Kanzlei des Premierministers gemeinsam mit polnischen Flaggen geziert hatten, waren verschwunden. Szydłos Fahnenwahl war ein deutliches Signal an die einheimische Öffentlichkeit ebenso wie an das Ausland: Polen werde sich in Zukunft auf kritische Distanz zum institutionalisierten Europa begeben, dem man seit 2004 angehört und dem man bis heute etwa 127 Milliarden Euro an Transferleistungen verdankt. Nicht nur liberale Kommentatoren in Polen, sondern auch Journalisten in ganz Europa fragten sich, welchen Weg in Europa Polen nun einschlagen werde, ob es sich gar von Europa entfernen werde.

Polen und Europa – eine historische Beziehung

Eines ist klar: Auch eine nationalkonservative (bzw. besser: sozial-nationale) Regierung in Polen, wie sie die im Herbst 2015 siegreiche Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) gebildet hat, wird das Land nicht völlig aus Europa herausführen können, dazu müsste der Ural an die polnische Westgrenze versetzt und – noch unwahrscheinlicher – die Nation auf die römisch-katholische Kirche verzichten.

Polens europäische Identität hängt tatsächlich auf das Engste mit der katholischen Kirche zusammen: Gemeinhin gilt die Taufe des ersten historisch belegten polnischen Herrschers Mieszko I. im Jahre 966 als Eintritt des Landes in die europäische Völkerfamilie, besiegelt und bestätigt durch die denkwürdige Pilgerreise von Kaiser Otto III. im Jahre 1000 nach Gnesen, wo er nicht nur am Grab des bei der Heidenmission ermordeten Bischofs Adalbert betete, sondern auch Mieszkos Nachfolger Bolesław Chrobry die höchsten Ehren zuteil werden ließ.

Gemeinhin gilt die Taufe des ersten historisch belegten polnischen Herrschers Mieszko I. im Jahre 966 als Eintritt des Landes in die europäische Völkerfamilie.

Polens Platz in Europa veränderte sich zwar im Laufe der Jahrhunderte, stand jedoch kaum jemals infrage. Im Hoch- und Spätmittelalter eng verbunden mit Herrscherhaus und Aristokratie des Reichs, trug es selbst die Fackel des lateinischen Europas nach Osten: Die 1385 besiegelte Personalunion mit dem Großfürstentum Litauen öffnete das östliche Europa für eine kulturelle und politische Expansion, die nach der polnisch-litauischen Realunion von 1569 weiteren Antrieb erhielt, als Kronpolen die ukrainischen Gebiete von Litauen übernahm und die litauische Reichshälfte selbst vehement polonisiert wurde. Als Bollwerk der Christenheit sah sich die „Adelsrepublik“ seit dem 16. Jahrhundert, galt es doch immer wieder, muslimischen Expansionsgelüsten entgegenzutreten, nicht zuletzt 1683 bei Wien, wo erst Johann Sobieskis Heer den osmanischen Belagerungsring um die Stadt sprengte. Gleichzeitig war Polen Vorkämpfer des lateinischen Europas gegen das aufstrebende orthodoxe Russland. Diese doppelte Frontstellung prägt polnische Identitäten bis in die Gegenwart.

Die Epoche der Aufklärung war eine Zeit, in der Moderne und Tradition in Polen aufeinanderprallten: Auf der einen Seite hatte sich das adelige Lebensmodell des „Sarmatismus“ ausgebreitet, eine selbstgefällig

konstruierte Ideologie, die ständische Privilegien dieser in Polen mit mehr als acht Prozent der Bevölkerung besonders großen Bevölkerungsgruppe aus einer mythischen Vergangenheit erklärte und bestrebt war, polnisch-litauische Sonderentwicklungen zu kultivieren. Auf der anderen Seite stand eine aristokratische Oberschicht gemeinsam mit einem Teil der (adligen) Bildungseliten in engem Kontakt mit den Entwicklungen im Westen Europas, die neue Nahrung erhielten, als der Wettiner August II. im Jahre 1697 zum polnischen König gewählt wurde. Unter den beiden Sachsenkönigen und dann vor allem unter der Herrschaft des letzten, 1764 inthronisierten Königs Stanisław August Poniatowski gewannen die Reformer an Einfluss, die davon träumten, Polen zu einem modern verfassten Staat zu entwickeln. Doch die sozioökonomischen Strukturen, verheerende Kriege und die Missgunst der großen, aufstrebenden Nachbarn Preußen, Russland und Österreich ließen letztlich das Reformprojekt scheitern: Kurz nachdem am 3. Mai 1791 der „Große Reichstag“ die erste schriftliche Verfassung Europas verabschiedet hatte, teilten sie Polen endgültig untereinander auf.

Der polnische Staat war aus Europa verschwunden, nicht aber die polnische Nation, die sich Europa immer wieder in Erinnerung rief. Zum einen durch ihre Europäizität, ihren bei aller Eigenart unzweifelhaft europäischen Charakter: Die lateinische Sprache als Sprache der katholischen Kirche kettete sie ebenso an den „Westen“ wie die europäischen Horizonte ihrer Eliten. Bildungssprache war das Französische, Bildungsreisen führten nach England und Italien, und ihr größter Komponist, Fryderyk Chopin, lebte als Frédéric Chopin in Paris. Gleichzeitig zog das geteilte Land Zuwanderer aus glücklichen, da eigene Staaten besitzenden Nationen an: Deutsche etwa ließen sich als österreichische Beamte in Krakau und Lemberg nieder, Deutsche als preußische Beamte und Militärs in weiten Teilen des preußischen Teilungsgebiets, als Kaufleute und Industrielle in den Großstädten Russisch-Polens, in Warschau und in der aufstrebenden Industriestadt Lodz. Dennoch konnte man auf dem Land und in den Kleinstädten oft den Eindruck haben, das „zivilisierte“ Europa sei fern: Bauern wirtschafteten wie vor Jahrhunderten, und in den Shtetl lebten Juden ihr eigenes, oft bitterarmes Leben. Doch auch Bauern und Juden schwebte „Europa“ als Wunschtraum, als Ziel ihrer Lebensträume vor: Seit Mitte des 19. Jahrhunderts rückte es näher, denn die einsetzenden Massenwanderungen in die sich modernisierende Landwirtschaft der deutschen Länder, in die rasant wachsenden Industriezentren Mitteleuropas und in die Weiten Nordamerikas ließen

Träume Wirklichkeit werden. Das Migrationsgeschehen, das mit Unterbrechungen bis in die heutige Zeit anhält, mit all seinen Ab-, Pendel- und Rückwanderungen, schuf neue, enge Bande zwischen Polen und dem Rest Europas, dem Rest der Welt.

Europäischer Geist auch in der Zeit der Teilungen Polens

Es war nun aber nicht so, dass Polen gesichts- und gedankenlos in dieses neue, moderne Europa stolperte. Trotz geringer politischer Entfaltungsmöglichkeiten – lediglich im österreichischen Galizien erhielten die Polen im Laufe des 19. Jahrhunderts weitreichende Freiheiten – und trotz sozioökonomischer Strukturprobleme, ja teils auch Marginalisierung beteiligten sich die gesellschaftlichen und intellektuellen Eliten an allen zeitgenössischen Entwicklungen, waren Teil eines eng aufeinander bezogenen europäischen Kommunikationsraums. Kein Zufall also, dass der Aufstand gegen die Zarenherrschaft im russischen Teilungsgebiet im November 1830 ausbrach, kurz nach der Julirevolution in Frankreich und der belgischen Revolution im September, dass Polen 1848 ins Fahrwasser des „Völkerfrühlings“ steuerte (die Befreiung polnischer Gefangener war sogar ein Hauptereignis der Berliner Märzrevolution) und auch die antirussische Erhebung von 1863/64 großen Widerhall auf dem ganzen Kontinent fand: Die „polnische Frage“ war ein Stachel im Fleisch der lähmenden mächtepolitischen Konstellation in Europa. Die polnische Nation wurde zum Symbol für Aufbegehren gegen Tyrannei und Kampf um nationale Freiheit, damit zu einem Hoffnungsträger liberaler Demokraten und gleichzeitig zu einem Feindbild der kontinentalen Großmächte und ihrer aufkeimenden eigenen Nationalbewegungen.

Kaum waren die Stahlgewitter des Ersten Weltkriegs verklungen, war Polen als Staat in Europa wiederentstanden.

Kaum waren die Stahlgewitter des Ersten Weltkriegs verklungen, war Polen als Staat in Europa wiederentstanden. 123 Jahre hatte sich die Nation ohne Staat durch Erinnerungskultur, durch die einende Kraft ihrer Sprache, ihrer Literatur und Kultur, natürlich durch die römisch-katholische Identität sowie dank einer nie abreißenden Kontinuität ihrer Eliten stets neu regeneriert. Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass keineswegs alle Fundamente polnischer Staatlichkeit über die gesamte Zeitspanne hin beseitigt waren – Napoleon hatte ein kurzlebiges „Herzogtum Warschau“ gegründet, „Kongresspolen“ (der Kern des russischen Teilungsgebiets) hatte bis zu Be-

ginn der 1830er Jahre weitreichende Autonomie behalten, Krakau war bis 1846 Stadtrepublik gewesen, und nach 1867 übernahm Galizien die Rolle eines „polnischen Piemont“. Schließlich hatten die Mittelmächte schon 1916 ein „Königreich Polen“ gegründet, dessen rasch entstehende staatliche Strukturen zur Grundlage der neuen Zweiten Republik wurden. Und der Katholizismus war zwar wichtige Grundlage für nationale Selbstbehauptung und staatliche Wiederauferstehung, doch gelang es der polnischen Nationsidee, Attraktivität auch für andere Konfessionen und Religionen zu entwickeln – Staatsgründer Józef Piłsudski war zumindest zeitweise Protestant (vor allem aber Sozialist), der Anteil jüdischer Intellektueller am kulturellen Höhenflug der Zwischenkriegszeit war enorm.

Polens Platz im Europa im 20. Jahrhundert

Polens Platz im Europa zwischen den Weltkriegen war gewiss kein einfacher: Eingeklemmt zwischen dem revolutionären Russland und dem gedemütigten, nach Revision des Vertrags von Versailles lechzenden Deutschland, stand seine Unabhängigkeit zwar zunächst nicht infrage, doch selbst sein großer politischer Unterstützer, Frankreich, bediente sich des armen östlichen Verbündeten aus ganz pragmatischen Gründen. Zwar blieb Paris nach wie vor europäischer Fixstern am intellektuellen Himmel des Landes, doch zwangen die ernüchternden wirtschaftlichen und politischen Realitäten zu Kompromissen. Als die Regierung Anfang 1934 ein Nichtangriffsabkommen mit NS-Deutschland schloss, schien sich Polen als „Juniorpartner“ sogar in den Orbit eines neuen, nationalsozialistisch geordneten Europas zu begeben. Doch anders als kleinere Nationen des Kontinents erkannte man in Warschau noch rechtzeitig, dass dies letztlich ein Pakt mit dem Teufel war. Polens Weigerung, den ihm von Berlin zugedachten nachrangigen Platz in einem auf Terror und germanische Dominanz fußenden Europa zu spielen, ließ schließlich den Zweiten Weltkrieg ausbrechen. Polen wurde zu seinem tragischsten Schauplatz, zum Ort himmelschreiender Verbrechen: Die Extermination von Millionen europäischer Juden in den auf polnischem Boden liegenden Vernichtungslagern, Mord und Verfolgung von Millionen christlicher Polen und die materielle Zerstörung einer europäischen Kulturlandschaft haben sich dem kollektiven Gedächtnis Europas, ja der Welt eingebrannt.

Es waren schließlich zwei Ereignisse, die nach 1945 Polens Platz in Europa vehement ins Bewusstsein ganz Europas zurückhieften: die

Wahl des Krakauer Erzbischofs Karol Wojtyła zum Papst 1978 und zwei Jahre später der Ausbruch der Solidarność-Revolution. Machte die Wahl eines Ostmitteleuropäers zum Haupt der lateinischen Kirche eindrucklich deutlich, dass es trotz aller politischen Gräben und Eisernen Vorhänge überaus mächtige Gemeinsamkeiten im geteilten Europa gab, so führten die von Danzig ausgehenden Streiks des Jahres 1980 die vergessene Vitalität des von kommunistischer Stagnation fast erstickten östlichen Europas vor Augen. Lech Wałęsa und die neu entstehende unabhängige Gewerkschaft Solidarność ließen die in Ost wie West verbreitete Überzeugung einstürzen, dass die europäische Nachkriegsordnung dauerhaft sei: Das Gegenteil war der Fall.

Lech Wałęsa und die unabhängige Gewerkschaft Solidarność ließen die in Ost wie West verbreitete Überzeugung einstürzen, dass die europäische Nachkriegsordnung dauerhaft sei.

Neue europäische Perspektiven nach 1989

Das „Wunderjahr“ 1989 war zwar noch quälend weit entfernt, doch als es kam, öffnete sich auch Polen neue Wege. Schon in den 1980er Jahren hatten polnische Intellektuelle Polens „Rückkehr nach Europa“ vorge-dacht. Die einen machten sich auf die Suche nach der verdrängten „deutschen“ Geschichte ihrer Städte und Dörfer, die anderen entdeckten die vergessenen Landschaften „Mitteleuropas“ – allesamt multikulturelle Geschichten, die zeigten, wie außergewöhnlich und eigentlich überhaupt nicht europäisch die postulierte Monokulturalität, Monoethnizität und sozusagen auch die „Monoideologie“ vieler europäischer Staaten und insbesondere Polens war. „Rückkehr nach Europa“ bedeutete also, das filigrane Konzert europäischer Vielstimmigkeit zu rekonstruieren, das durch die Nationalismen bürgerlicher wie kommunistischer Prägung zum Verstummen gebracht worden war. Polens seit 1989 neu errungene Souveränität zeigte aber auch, wie schwierig es ist, ein derart komplexes Ensemble zu dirigieren.

Auf der einen Seite gab der Beitritt Polens zur Nato 1999 und zur Europäischen Union 2004 dem Land den nötigen Halt und die Gewissheit, unverbrüchlich Europa, dem europäischen Westen anzugehören. Der Beitritt Polens zum Schengen-Raum Ende 2007 trug schließlich das seine dazu bei, auch wenn Deutschlands Weigerung, seinen Arbeitsmarkt vor 2011 für polnische Arbeitnehmer zu öffnen, letztlich eine innenpolitischen Rücksichtnahmen geschuldete Fehlentscheidung war

und dadurch die Attraktivität deutscher Sprache und Kultur aufgrund schlechter Wanderungsbedingungen zugunsten Großbritanniens und des Englischen zurückging. Die sich auf allen Ebenen verstärkende europäische Zusammenarbeit, die relativ rasch eingerichteten europäischen Strukturfonds und die regulären EU-Transferzahlungen stabilisierten Polen und ermöglichten eine grundlegende Modernisierung auf vielen Ebenen. Die anfängliche Europaskepsis vieler Bevölkerungsgruppen, etwa der Landwirte, wich so einer ausgesprochenen Europabegeisterung. Nach Umfragewerten von Februar 2016 unterstützen 81 Prozent aller Polen die Mitgliedschaft des Landes in der Europäischen Union.

Polen – quo vadis?

Wie ist nun aber vor dem Hintergrund dieser europäischen Erfolgsgeschichte Polens der Wahlsieg einer dezidiert europaskeptischen Partei zu erklären, was steckt hinter den antieuropäischen Aussagen in Teilen des Regierungslagers? Nun, wie schon die angeführten Umfragewerte andeuten, handelt es sich keineswegs um einen Überdruß an Europa, sondern das Wahlergebnis hatte in erster Linie innenpolitische Gründe. Die zwei Legislaturperioden hindurch regierende liberalkonservative Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO) hatte sich stets als konsequent proeuropäisch geriert, unter diesem rhetorischen Gewand aber eine letztlich inkonsequente Politik betrieben und viele notwendige Strukturreformen im Bildungswesen, im Gesundheitsbereich, bei den Sozialsystemen unterlassen: Die stete Betonung, man handle nach bestem europäischem Wissen und Gewissen bei gleichzeitigem Verzicht auf energisches Regierungshandeln, desavouierte letztlich die politischen Kräfte der gemäßigten Rechten, zumal sich die PO zunehmend zu einer „Partei der Macht“ verwandelte und der Parteivorsitzende und Regierungschef Donald Tusk seine Position dadurch zu stärken suchte, dass er die innerparteiliche Demokratie beschnitt und zahlreiche Konkurrenten marginalisierte. Diese Doppelzüngigkeit war den Wählerinnen und Wählern schließlich nicht mehr zu vermitteln, sodass sie schließlich einer Partei (mit etwas Glück und mit der Unterstützung von nur etwa 20 Prozent der Wahlberechtigten) zum Sieg verhalfen, die Europaskepsis geschickt mit einer Kritik an den „europäischen“ Eliten der politischen Konkurrenz verband. Der tüchtige, überaus weltläufige Außenminister Radek Sikorski, dessen mit vulgären Vokabeln gespickte

Hinterzimmergespräche in einem teuren Restaurant abgehört wurden, entwickelte sich zum Symbol für die vermeintliche Abgehobenheit der Eliten. Es gibt Hinweise darauf, dass hier russische Geheimdienste ihre Finger im Spiel hatten, denn der große Nachbar im Osten hat natürlich ein großes Interesse daran, Polen aus dem europäischen Projekt herauszubringen.

Auch die neue Regierung ist nicht daran interessiert, dieses europäische Projekt scheitern zu lassen: Zu groß ist der politische, gesellschaftliche und ökonomische Nutzen, den Polen von Europa hat. Sie möchte jedoch ein größeres Gewicht in Europa haben und stellt sich auf die Seite derer, die eine grundlegende Reform des Staatenbundes fordern.

Gegenstand der Ablehnung ist jedoch das „liberale“ Konzept Europas und die Kultur des oft zähen Aushandelns von Entscheidungen.

Dass dabei der deutsche Einfluss in der EU ebenso zurückgedrängt werden soll wie das als abstrakt empfundene Handeln der Brüsseler Bürokratie, sollte nicht als „antieuropäisch“ gewertet werden, zumal die Regierung ja durchaus auch Partner in Europa sucht – in Ungarn und anderen tendenziell skeptischeren ostmitteleuropäischen EU-Ländern, bei der FPÖ oder den britischen Tories. Gegenstand der Ablehnung ist jedoch das „liberale“ Konzept Europas und die Kultur des oft zähen Aushandelns von Entscheidungen: Der Überkomplexität der real existierenden Europäischen Union wird die Utopie einer von Nationalstaaten gesteuerten, auf das Wesentliche reduzierten Rumpf-Union gegenübergestellt. Gerade die historischen Erfahrungen Ostmitteleuropas sollten allerdings vor Augen führen, dass eine brachiale Polarisierung in „gut“ und „böse“, „schwarz“ und „weiß“ keineswegs zu mehr Gerechtigkeit führt, Verhandlung und die Suche nach *modi vivendi* vielmehr auf das Engste zu dieser Region gehören. So bleibt zu hoffen, dass auch die in Warschau Regierenden erkennen, dass eine billige Politik der Konfrontation nur selten weiter führt als bis an die nächste Wand. Anstatt zu versuchen, die liberale Demokratie in Polen auszuhebeln und dafür die Demontage der EU in Kauf zu nehmen, sollten sie sich besser konstruktiv für eine pluralistische Diskussion in Polen und Europa einsetzen: Als Vorreiter einer konsensualen, offensichtlich durchaus notwendigen Reform des europäischen Projekts könnte sich die PiS-Regierung selbst nach den eurokritischen Schnellschüssen der ersten Monate durchaus noch Verdienste erwerben. Vielleicht kehren dann auch die Europafahren in den Amtssitz der Premierministerin zurück.

Ein neues Bündnis zwischen Thron und Altar?

Der polnische Katholizismus und die Versuchung der Politisierung

Zbigniew Nosowski ist seit 1989 Redakteur der Vierteljahreszeitschrift „Więź“, seit 2001 Chefredakteur und seit 2008 auch Programmdirektor des Think Tanks „Laboratorium Więzi“.

Nach dem Doppelwahlsieg der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) steht der polnische Katholizismus vor einer neuen Versuchung der Politisierung. Ein erheblicher Teil der Kirchenhierarchie unterstützt die Regierungspartei. Erwartet Polen somit ein dauerhaftes Bündnis von Thron und Altar? Nicht unbedingt – denn es kommen wichtige Probleme zum Vorschein, bei denen sich die Sprache der Regierung deutlich von der kirchlichen Sendung unterscheidet.

Das Jahr 2015 könnte sich als ein Wendejahr für eine künftige Geschichte der römisch-katholischen Kirche in Polen herausstellen. Die politischen Veränderungen der vergangenen Monate haben dazu geführt, dass in Polen die Gefahr einer engen Verknüpfung von katholischem Glauben mit der regierenden politischen Gruppierung wiederauflebt – vielleicht nicht so sehr in der Realität, aber doch zumindest im breiten öffentlichen Bewusstsein. Wie aus anderen Ländern bekannt, enden derlei Bündnisse auf längere Sicht meist schlecht für die Kirche, manchmal auch für die Religiosität, da der Glauben für viele Menschen zu einem Teil der offiziellen Ideologie wird. Die in der Zukunft unweigerlich einsetzende Enttäuschung über die politische Macht hängt somit mit einer Abkehr von religiösen Praktiken zusammen, manchmal sogar vom Glauben selbst. Ob es auch in Polen so kommen wird?

Das Jahr der Doppelwahl

Wahlkämpfe in Polen sind stets eine gute Gelegenheit, um zu beobachten, wie auf der einen Seite die verschiedenen politischen Gruppierungen

sich auf den Katholizismus beziehen und wie auf der anderen Seite die Kirchenhierarchie versucht, das Wahlverhalten der Katholiken zu beeinflussen. 2015 fanden in Polen zunächst Präsidentschafts- und später Parlamentswahlen statt. Beide Male kam die Versuchung einer Politisierung des Katholizismus vielfach zum Vorschein – sowohl bei den Politikern als auch bei den Geistlichen.

Aus beiden Wahlen ging die konservative Partei PiS siegreich hervor, die zuvor acht Jahre in der Opposition gewesen war. Ihr Kandidat, der vor dem Beginn des Wahlkampfes wenig bekannte Andrzej Duda, wurde Präsident Polens; später errang die PiS die absolute Mehrheit im Parlament, was es ihr erlaubte, eigenständig die Regierung zu bilden. Erstmals in der Geschichte des demokratischen Polens nach 1989 konnte eine Partei alleine die Regierung stellen. Die PiS übernahm somit die volle Verantwortung für die Zukunft des Landes, doch aufgrund ihrer Ideologie ist auch ein neuer politischer Kontext für die Betätigung der katholischen Kirche entstanden.

Aufgrund der Ideologie der PiS ist auch ein neuer politischer Kontext für die Betätigung der katholischen Kirche entstanden.

Traditionell versuchen bei Wahlkämpfen in Polen verschiedene politische Parteien, etwas von der „Wärme“ der katholischen Kirche abzubekommen. Einer der aussichtslosen Präsidentschaftskandidaten, Grzegorz Braun, nannte sein Wahlkomitee sogar „Grüß Gott“ (Szczęść Boże). Zum Glück hatte seine kuriose Initiative kaum Bedeutung. Alle ähnlichen „erkatholischen“ Einfälle der Rechten gerieten angesichts der Strategie der wichtigsten Oppositionspartei PiS, die in weltanschaulicher Hinsicht darauf beruhte, sich als einzig wahre Verkörperung der katholischen *mainstreams* in Polen darzustellen, ins Hintertreffen. Die PiS-Politiker suchten immer wieder nach kirchlicher Bestätigung ihres Handelns. Vielfach fanden sie diese auch – und zwar in unterschiedlicher Form: von der Möglichkeit, in den Pfarreien Flugblätter zu verteilen, über die problemlos ermöglichte Nutzung von Kirchenzeitschriften und Sendezeit im nationalkatholischen, einflussreichen Sender Radio Maryja bis hin zu einem Auftritt von Parteichef Jarosław Kaczyński auf den Wällen des Klosters Jasna Góra in Tschenschau. Er ist der unbestrittene Führer der PiS und ihr Hauptstrategie.¹ Derzeit übt er keine staatliche Funktion aus und „beordnete“ Andrzej Duda ins Präsidentenamt und

¹ Vgl. dazu das Porträt in diesem Heft auf S. 225-230.

Beata Szydło als Premierministerin. Bekanntlich fällt aber im Regierungslager keine wichtige Entscheidung ohne sein Einverständnis. Er ist dafür verantwortlich, dass seine Partei den derzeitigen weltanschaulichen Charakter erhalten hat, der sich im Wesentlichen darauf stützt, die Bezüge zum traditionellen polnischen Katholizismus herauszustreichen.

Zwar hat der heutige PiS-Vorsitzende vor über 20 Jahren scharfsinnig erkannt, dass eine nationalkatholische politische Partei der kürzeste Weg zur Entchristianisierung Polens sei. Heute aber scheint er zu dem Schluss gekommen zu sein, dass seine Partei nicht in der Lage ist, die Macht zu erlangen und zu erhalten, ohne sich auf die Phraseologie einer Verteidigung von Glauben und bedrohten traditionellen Werten zu stützen. Damit verkörpert er selbst eine politische Instrumentalisierung des Glaubens, vor der er zuvor gewarnt hatte. Nun greift er oft und offen darauf zurück, und sei es nur, indem er bestimmten Geistlichen für die Unterstützung dankt, ohne die der PiS-Sieg nicht möglich gewesen wäre (an erster Stelle nannte Kaczyński natürlich den Direktor von Radio Maryja, den Redemptoristenpater Tadeusz Rydzyk).

Die offizielle Haltung des polnischen Episkopats war anders als bei den beiden letzten Wahlkämpfen. Bei den Präsidentschaftswahlen gehörten die Sympathien der meisten Bischöfe deutlich dem PiS-Kandidaten Andrzej Duda, auch wenn man vielleicht noch eher Ablehnung oder Misstrauen gegenüber dem amtierenden Präsidenten Bronisław Komorowski erkennen konnte. Hier wurde die rechtliche Regelung zur künstlichen Befruchtung zu einer emotional aufwühlenden Streitfrage. Komorowski entschloss sich in einem kritischen Augenblick seines Wahlkampfes dazu, die weitverbreitete künstliche Befruchtung zu einem Schlüsselement seiner Wahlargumente zu machen – im Gegensatz zu seinem wichtigsten Gegenkandidaten, dem der Präsident vorwarf, Polen ins Mittelalter zurückführen zu wollen. Dieser Standpunkt des amtierenden (katholischen) Präsidenten löste viele Kommentare aus, unter anderem den Vorschlag, ihm die heilige Kommunion zu verweigern, da er schwer sündige.

Zwischen weltanschaulicher Leere und Ideologisierung

Bei den Parlamentswahlen hielt sich der Episkopat zurück und unterstützte selbst inoffiziell keine Gruppierung mehr. Auf dieses Prinzip beziehen sich zwei Dokumente direkt: ein Aufruf des Vorsitzenden

der Polnischen Bischofskonferenz, Erzbischof Stanisław Gądecki, an die politischen Parteien, und eine Mitteilung der Bischofskonferenz vor den Wahlen, die am letzten Sonntag vor der Abstimmung in den Kirchen ganz Polens verlesen werden sollte. Dennoch war angesichts der Entwicklung in den vorausgegangenen Monaten klar, dass die Sympathien eines Großteils des Klerus, auch des Episkopats, auf Seiten der PiS lagen.

Ein neues, sehr bezeichnendes Phänomen des Wahlkampfes von 2015 war es, dass junge, tiefgläubige Katholiken die linke Partei Razem („Gemeinsam“) unterstützten, obwohl deren

offizielles Programm sich für die Einführung gleichgeschlechtlicher Ehen ausspricht. Offensichtlich war hier zu sehen, dass diese Gruppe genug davon hatte, wie zuvor immer nur zwischen der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO – die letzten acht Jahre die wichtigste Re-

gierungspartei) und der PiS entscheiden zu müssen. Kein Wunder, denn diese beiden Parteien hatten in den letzten Jahren eine extrem negative Entwicklung genommen: Die PO war von einer liberal-konservativen Gruppierung zu einer überzeugungslosen Partei der Macht geworden, die PiS von einer gemäßigt konservativen Rechten zu einer breiten Volksfront mit einem deutlichen nationalkatholischen Touch.

Die Ablehnung der Alternative „entweder inhaltsleere PO oder die den Glauben ideologisierende PiS“ bewog junge Katholiken dazu, eine sehr wichtige weltanschauliche Diskussion neu aufzugreifen. Sie stellten sich vor allem die Frage: Da keine Partei die Erwartungen der katholischen Soziallehre ideal verkörpert (und auch nicht verkörpern wird), wen soll man dann überhaupt wählen? Welches Kriterium sollte für die eigene Entscheidungsfindung am wichtigsten sein? Muss es die Einstellung zur rechtlichen Regelung von Abtreibung, Euthanasie und künstlicher Befruchtung sein? Oder vielleicht die Haltung zu Flüchtlingen? Oder zur Todesstrafe? Und warum nicht zu Armen, Arbeitslosen und Ausgestoßenen? Können unterschiedliche persönliche Sensibilitäten von Katholiken die Entscheidung zur Unterstützung politischer Parteien begründen?

Immer häufiger wird bei den polnischen Katholiken politische Betätigung als Verlängerung der kirchlichen Einflussphäre verstanden. In schwierigen Fragen sind Politiker, die sich auf den Katholizismus

Die PO war von einer liberal-konservativen Gruppierung zu einer überzeugungslosen Partei der Macht geworden, die PiS hat sich von einer gemäßigt konservativen Rechten zu einer breiten Volksfront mit einem deutlichen nationalkatholischen Touch entwickelt.

berufen, eindeutig unselbstständig und warten augenscheinlich auf Hinweise von den Geistlichen – viele sogar eher auf Ratschläge aus Thorn (wo Radio Maryja seinen Sitz hat) als aus dem Sekretariat der Bischofskonferenz. Die Politisierung des Katholizismus zeigt sich auch daran, dass diesem Gebiet des sozialen Lebens übermäßige Aufmerksamkeit zu Teil wird. Der Chefredakteur der größten katholischen Wochenzeitung „Gość Niedzielny“, Marek Gancarczyk, erklärte sogar: „Meine Damen und Herren, das ewige Leben hängt von den Politikern ab“ und nannte die Wahlen einen „religiösen Akt“.

Die Sorge um die Einhaltung christlicher Werte konzentriert sich immer noch vor allem auf die Gesetzgebung, was sich aus der Überzeugung erklärt, dass objektive Moralnormen, wie sie die Kirche verkündet, ihre Entsprechung in der zivilen Gesetzgebung finden müssen. Immer stärker wird die nationalkatholische Denkströmung, bei der nicht zufällig „national“ vor „katholisch“ steht. Diese Sehnsüchte fußen auf der Annahme, dass die Gesellschaft am ehesten durch Einfluss auf die Machthaber und dadurch auf das staatliche Recht moralischer gemacht werden kann. Dabei handelt es sich eher um ein Bestreben nach Sakralisierung von oben als um eine Durchdringung der Welt mit dem Geist des Evangeliums von innen.

Unnötige Autonomie?

Die Diskussionen während des Wahlkampfs lieferten interessante Beispiele für polnische Besonderheiten beim Verständnis der Beziehungen zwischen Kirche und Staat. Das kann anhand der Idee von der Autonomie irdischer Realitäten gezeigt werden, die sich in der Pastoralkonstitution *Gaudium et Spes* des Zweiten Vatikanischen Konzils u. a. in der Empfehlung ausdrückte, die Beziehungen zwischen Staat und Kirche nach dem Prinzip der gegenseitigen Achtung von Autonomie und Unabhängigkeit zu gestalten. Dieses Prinzip gelangte interessanterweise dank Tadeusz Mazowiecki wortwörtlich in die Verfassung der Republik Polen von 1997, war aber bereits zuvor Teil des Konkordats zwischen dem Heiligen Stuhl und Polen von 1993. Es könnte also den Anschein haben, als sei diese Frage zumindest für die Kirche unumstößlich.

Die gegenwärtig spürbare Wiedergeburt der katholischen Abneigung gegenüber der Idee der Autonomie rührt wahrscheinlich aus der Angst her, dass jedwede Spaltung von Staat und Kirche leicht zu einer Privatisierung des Glaubens führen kann, zu einer Entblößung des öffentlichen

Raums von religiösen Symbolen und religiöser Rhetorik, dazu, dass der Kirche das Recht auf die von Fall zu Fall nötige Äußerung moralischer Beunruhigung genommen wird. Doch wenn ein halbes Jahrhundert nach dem Konzil hier etwas offensichtlich sein sollte, so wohl kaum die Negierung von Autonomie, sondern ihre Bekräftigung. Warum also hat etwa Wacław Depo, Erzbischof von Tschenstochau, sie bei einer Predigt am 15. August 2015 als „verkehrt und künstlich“ bezeichnet? Es scheint, als ginge es hier darum, an das vorkonziliare Verhältnis zwischen Staat und Kirche anzuknüpfen, in dem das Streben nach einem katholischen Staat zum Ideal erklärt wurde. Angesichts des gegenwärtig anwachsenden kulturellen und weltanschaulichen Pluralismus hat das Zweite Vatikanische Konzil darauf verzichtet, die Kirche über den Staat stellen zu wollen. Die Versuchung dazu ist anscheinend jedoch geblieben.

Nach den Wahlen: Einheit und Probleme

In den ersten Monaten der PiS-Regierung gab es weitere Beispiele dafür, dass sich Politiker dieser Partei an die Kirche „anbiedern“. Es gibt jedoch auch Symptome für eine Abkehr der Kirche von zu engen Beziehungen zur PiS.

Das Bestreben nach einer Symbiose zeigte sich besonders stark bei den Feierlichkeiten zum 1050. Jubiläum der Taufe Polens. Dieses Ereignis war für die Regierenden Anlass, die ersehnte Einheit von Staat und Kirche zu zelebrieren. Oft und gerne wurde betont, dass diese Einheit in der Geschichte Polens etwas Neues sei, da die 1000-Jahr-Feier der Taufe 1966 in die Zeit einer sehr scharfen antikirchlichen Kampagne vonseiten der kommunistischen Machthaber fiel. PiS-Politiker erklärten bereitwillig, dass die wichtigste Parole ihrer Reformen, „die Wende zum Guten“ (*dobra zmiana*), im Grunde nichts anderes sei als das von der Kirche vorbereitete Programm der geistigen und moralischen Erneuerung.

Nach Ansicht vieler PiS-Politiker ist die wichtigste Parole ihrer Reformen, „die Wende zum Guten“, im Grunde nichts anderes als das von der Kirche vorbereitete Programm der geistigen und moralischen Erneuerung.

Zum visuellen Symbol der ersehnten Einheit von Thron und Altar wurde ein Gruppenbild staatlicher und kirchlicher Vertreter nach der feierlichen Sitzung beider Parlamentskammern aus Anlass des Jubiläums der Taufe Polens. Dieses Foto zeigt keine große Vertrautheit oder Herzlichkeit – doch es ist bezeichnend, dass die Leiter der polnischen Bi-

schofskonferenz Schulter an Schulter mit den Vertretern des Staates stehen (die passenderweise derzeit ausschließlich der PiS entstammen). Solche Symbole werden rasch überinterpretiert, indem man etwa den Eindruck erweckt, die Beziehungen zueinander seien enger, als es in Wirklichkeit der Fall ist.

Davon, dass diese Einheit gar nicht so stark ist, zeugen jedoch deutliche Meinungsunterschiede, die sich zwischen der Staatsmacht und dem Episkopat ergeben. Es genügt, zwei wichtige Beispiele zu nennen:

- Bei der *Aufnahme von Flüchtlingen* stellt sich die polnische Regierung einmütig gegen die Aufnahme von Asylsuchenden. Als grundlegendes Argument wird eine Bedrohung der nationalen Sicherheit genannt. Die Verlautbarungen der Bischöfe klingen jedoch anders. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Erzbischof Stanisław Gądecki, gab einen Tag vor Papst Franziskus die Parole aus, „jede Pfarrei könnte Flüchtlinge aufnehmen“. Die sich am stärksten für die Flüchtlinge einsetzenden Bischöfe wie Erzbischof Wojciech Polak aus Gnesen, zugleich Primas Polens, oder Weihbischof Krzysz-

tof Zadarko aus Köslin unterstreichen, dass „Christus heute das Gesicht eines Flüchtlings“ habe. Dennoch bleiben die bischöflichen Anregungen lediglich Worte, da ohne Zustimmung der Re-

Beim Thema „Aufnahme von Flüchtlingen“ bestehen zwischen der Regierung und den polnischen Bischöfen erhebliche Meinungsunterschiede.

gierung schließlich niemand ins Land gelassen werden oder hier Asyl erhalten kann. Die Lage wird immer angespannter und das Bewusstsein wächst, dass sich die Erfordernisse der Evangelien radikal von der Regierungspolitik unterscheiden.

- Dann die *Einstellung zum Nationalismus*. In Polen wachsen ähnlich wie in vielen anderen europäischen Ländern fremdenfeindliche Stimmungen, wodurch auch die Ideologie des radikal rechten Nationalismus neu genährt wird. Die polnischen Nationalisten unterscheiden sich insofern von den westeuropäischen, als sie sich gerne auf den Katholizismus berufen. Die Regierung bleibt passiv und schweigt angesichts immer neuer antisemitischer oder nationalistischer Exzesse. Offensichtlich ist es für die PiS nicht opportun, sich von diesen Kreisen abzugrenzen. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz differenziert hingegen eindeutig zwischen gesundem Patriotismus und krankem Nationalismus; er erinnert daran, dass nationalistischer Fremdenhass nichts mit Christentum zu tun habe.

Gleichzeitig haben aber kirchliche Institutionen keine Probleme damit, von der neuen Regierung neue Privilegien zu erhalten. Ein bezeichnendes Beispiel war hier die Novelle des Gesetzes über den Verkauf landwirtschaftlicher Flächen. Dieses Gesetz schränkt den Landverkauf stark ein. In der letzten Phase der parlamentarischen Beratungen wurde hier jedoch eine wesentliche Ergänzung gemacht – die Beschränkungen erstrecken sich nun nicht auf kirchliche Einrichtungen. Hier ist an den unschätzbaren Hinweis des Zweiten Vatikanischen Konzils zu denken: „Doch setzt sie (die Kirche) ihre Hoffnung nicht auf Privilegien, die ihr von der staatlichen Autorität angeboten werden. Sie wird sogar auf die Ausübung von legitim erworbenen Rechten verzichten, wenn feststeht, dass durch deren Inanspruchnahme die Lauterkeit ihres Zeugnisses infrage gestellt ist oder wenn veränderte Lebensverhältnisse eine andere Regelung fordern.“

* * *

Ich glaube immer noch daran, dass wir nicht zu einer polnischen Version der Einheit von Thron und Altar sowie zu der sich daraus ergebenden Verweltlichung verurteilt sind. Die Staatsmacht wird sicher weiterhin versuchen, sich an die Kirche „anzuheften“. Also muss die Kirchenführung sich auch gut von ihr „abheften“ können, indem sie die beiderseitige Autonomie von Kirche und Staat betont, die schließlich in zwei Verfassungen festgehalten ist – jener des Konzils und jener des Staates. Man muss nur wollen. Doch damit gibt es so seine Schwierigkeiten ...

Aus dem Polnischen übersetzt von Peter Oliver Loew.

Konfliktlinien in der polnischen Gesellschaft

Dr. Jarosław Flis ist Soziologe und Politologe mit Schwerpunkt auf der polnischen Innenpolitik. Zudem arbeitet er als Kommentator des politischen Geschehens in Polen für verschiedene Medien, unabhängig von deren parteilichen Ausrichtung.

Der Beitrag geht von der Beschreibung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Trennlinien aus, die das polnische Volk gegenwärtig spalten. Nachgezeichnet werden die Formen der ideologischen und politischen Auseinandersetzung zwischen den Parteien sowie deren taktische Maßnahmen, um die Macht zu erhalten bzw. diese vonseiten der Opposition zu erringen.

Die aktuellen politischen Konflikte in Polen lassen sich auf zweierlei Weise sehen: Entweder als besondere polnische Spezifik oder als Vorreiter und Institutionalisierung von Konflikten, wie sie in den meisten westeuropäischen Ländern stattfinden – Konflikte, die in den einzelnen Ländern unterschiedliche Formen annehmen und sich im Detail unterscheiden, jedoch einem Muster folgen. Dinge werden infrage gestellt werden, die bisher als Selbstverständlichkeit galten. Die Ergebnisse der

Wahlen von 2015 spiegeln diese Spezifik am besten wider, da sie selbst völlig unterschiedlich interpretiert werden.

Handelt es sich um eine normale politische Rivalität zwischen Regierung und Opposition oder um eine außergewöhnliche politische Rivalität zwischen fundamental unterschiedlichen Vorstellungen über Demokratie?

Politische Konfliktlinien

Das übergreifende Problem begleitet im Grunde die gesamte politische

Rivalität in Polen seit 2005 (auch wenn es schon zuvor zu erkennen war): Handelt es sich um eine normale politische Rivalität zwischen normalen Regierenden und einer normalen Opposition oder um eine außergewöhnliche politische Rivalität zwischen fundamental unterschiedlichen Vorstellungen über Demokratie? Verglichen mit den deutschen

Gegebenheiten wäre dies die Frage danach, ob wir es mit einer Rivalität wie zwischen SPD und CDU zu tun haben oder vielmehr wie zwischen Mainstream-Parteien und früher der PDS oder heute der AfD. Dieser Streit wird dadurch zusätzlich angeheizt, dass jede Seite meint, sie sei die normale und die andere die anormale. Auf deutschen Grund verpflanzt verhielte es sich so, als hätte sich auf der einen Seite die SPD mit der alten PDS vereint und auf der anderen Seite die CDU mit der AfD. Beide Seiten einer so gestalteten Aufteilung wären dabei der Auffassung, dass jeweils nur sie die wirkliche Demokratie vertrete und diese vor Entartungen bewahre, wie sie die andere Seite verkörpere. Wenn man den Beteuerungen beider Seiten halbherzig Glauben schenkt, so kann man zu dem Schluss gelangen, es handele sich um den normalen Kampf zweier normaler Kräfte, gleichzeitig aber lässt sich dies als außerordentliche, außergewöhnliche und für die Demokratie fundamentale Auseinandersetzung zweier völlig entgegengesetzter Kräfte sehen, was einer idealen Demokratie widersprechen würde. Doch keine dieser Vereinfachungen ist wahr, da sich in Wirklichkeit normale und außergewöhnliche Elemente vermengen.

Die politischen Trennlinien in Polen werden durch zwei emotionale Entscheidungen bedingt. Die erste betrifft die Frage, ob es gut war, den Kommunismus zu stürzen oder ob dies vielmehr zu bedauern ist. Die zweite Frage dreht sich darum, ob sich die Dinge nach dem Sturz des Kommunismus gut oder schlecht entwickelt haben. Dazu kommen fundamentale politische Teilungen: Die *PO (Bürgerplattform)* konnte alle diejenigen hinter sich bringen, die glauben, dass der Sturz des Kommunismus gut war und dass auch später alles gut lief. Die *PiS (Recht und Gerechtigkeit)* wendet sich in erster Linie an diejenigen, die meinen, es sei zwar gut gewesen, den Kommunismus zu stürzen, aber danach sei alles schlecht gelaufen. Im *Demokratischen Linksbündnis (Sojusz Lewicy Demokratycznej, SLD)* überwiegt die Meinung, dass es zwar schlecht war, den Kommunismus zu stürzen, die Dinge sich danach aber gut entwickelt hätten. Diejenige Gruppe, die glaubt, der Sturz des Kommunismus sei schlecht gewesen und danach sei auch alles schlecht geblieben, wurde marginalisiert. Sie geht nicht zur Wahl und hat niemanden, der sie ansprechen und organisieren würde.

In den 1990er Jahren kam es zur Aufspaltung in ein Post-Solidarność-Lager und ein postkommunistisches Lager. Diese Spaltung wirkte sich auch auf unterschiedliche Einstellungen zu Tradition und Gewohnheiten aus. Die zweite Rückkehr der SLD an die Regierung 2001 endete mit

einer politischen Katastrophe und führte zum Zerfall des linken Lagers. Dabei trafen zwei Dinge zusammen: Der Streit darüber, ob es richtig war, den Kommunismus zu stürzen, trat in den Hintergrund, da die Befürworter eines Endes des Kommunismus unter den gesellschaftlich Aktiven überwogen. Zugleich gewann die Auseinandersetzung darüber an Bedeutung, ob die Entwicklung nach der Systemwende gut oder schlecht verlief. Sie drückte sich in der Rivalität zwischen PO und PiS aus. Diese Parteien wurden zu Vertretern des liberalen bzw. des solidarischen Polen. Die wichtigste Trennlinie verlief zwischen dem Lager derer, die ihre Hoffnung auf den freien Markt richteten, und denen, die auf größere wirtschaftliche, vom Staat unterstützte Solidarität hofften. Die einen glaubten, die Missstände in Polen kämen daher, dass es zu wenig und nicht zu viel Liberalismus gäbe. Es einte sie die Furcht, ein Sieg ihrer Widersacher würde die Entwicklung in eine andere Richtung gehen lassen als in die mit dem Sturz des Kommunismus begonnene. Derweil waren die Anhänger des solidarischen Polen der Überzeugung, die Dinge hätten sich nach 1989 schlecht entwickelt, weil die kommunistischen Eliten ihren Einfluss im Staat bewahrt haben und weiterhin die politischen Freiheiten sowie eine effektive Wirtschaft mit einer gerechten Güterverteilung behinderten.

Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass keines der beiden Lager heute eine Alternative für Demokratie, Zivilisation, Zugehörigkeit zum Westen und Patriotismus besitzt. Das Problem liegt darin, dass sich beide Seiten alle diese Werte völlig unterschiedlich vorstellen. Zudem meint jede, dass die andere Seite zugleich eine Bedrohung für alle diese

Die Spaltung der polnischen Gesellschaft geht quer durch alle gesellschaftlichen Gruppen und Regionen des Landes.

Werte sei, nicht nur für diejenigen, die man selbst am höchsten hält. All dies heizt den Konflikt weiter an, der nüchtern betrachtet absurd ist. Keine Seite stellt die Durchführung von

Wahlen oder den Rechtsstaat infrage. Keine Seite, selbst wenn sie Handlungen ergreift, die von ihren Gegnern als antidemokratisch und nicht rechtsstaatlich angesehen werden, begründet diese mit einer Geringschätzung des Rechts oder Ablehnung der Demokratie, sondern stets mit der Überzeugung, dass eben diese Schritte die wahre Verkörperung von Demokratie und Rechtsstaat seien.

Diese Spaltung ist nur teilweise mit tatsächlichen gesellschaftlichen und geografischen Unterschieden identisch. Natürlich unterscheiden sich die politischen Sympathien einzelner Teile der Gesellschaft auf vor-

hersehbare und deutliche Weise. Nur sehen diese Unterschiede auf Karten und Schaubildern viel schärfer aus als bei einer aufmerksamen Analyse. Außerdem überschneiden sie sich. Die Aufteilung in Stadt und Land überlagert die durch historische Erfahrungen bedingten Unterschiede – die Gebiete, die im 19. Jahrhundert zu den Kaiserreichen Russland, Deutschland und Österreich-Ungarn gehört haben, weisen heute ein unterschiedliches Wahlverhalten auf. Weitere Muster sind in den Gebieten zu erkennen, in denen nach dem Zweiten Weltkrieg Menschen aus den Ostgebieten Vorkriegspolens angesiedelt wurden. Die PO hat ähnlich wie die Linken unter den Bessergestellten eine höhere Unterstützung, während die PiS viel häufiger von materiell schlechter gestellten Menschen gewählt wird. Keine Partei hat jedoch ein Monopol auf diese Wähler, auch wenn sie sich zu ihrem jeweiligen Anwalt erklärt. Die Unterschiede betreffen auch Ausbildung, Alter und Wohnort. Dennoch besteht die Wählerschaft beider Lager zu einem Großteil aus Personen im mittleren Alter mit mittlerer Bildung und mittlerem Wohlstand in einer der vielen übers ganze Land verstreuten mittelgroßen Städte. In Wirklichkeit wird von ihnen entschieden, welche Seite an Unterstützung gewinnt und welche zurückfällt. Folglich haben beide Lager ihre Zentren, in denen sie eine überdurchschnittlich hohe Unterstützung genießen, doch beide verdanken ihren Erfolg deutlichen Gewinnen an Orten, wo sie am schwächsten waren. Hier erleiden sie auch ihre wahlentscheidenden Verluste. Insofern ist die traditionelle Aufteilung in ein „Polen A“ und ein „Polen B“ eine weitere Halbwahrheit und kaum mehr als eine rhetorische Figur. Die emotionalen Trennlinien verlaufen quer durch die Städte, Woiwodschaften und gesellschaftlichen Gruppen. In vielen von ihnen ist nicht sicher, welches Lager mehr Anhänger hat, selbst wenn diese das anders empfinden mögen. Dies wiederum kann ein höheres Selbstbewusstsein zur Folge haben – etwa der PiS-Anhänger im ländlichen Polen oder der PO-Sympathisanten in den Großstädten. In Wirklichkeit sind die großstädtischen Wähler für die PiS ebenso wichtig wie die ländliche Wählerschaft für die PO.

Machtverhältnisse und politische Rhetorik

Wichtig ist die Tatsache, dass die PiS eine eigenständige Mehrheit und damit eine außerordentlich komfortable Situation erlangt hat, was auf institutionelle Regelungen zurückzuführen ist, die in Polen die letzten 25 Jahre hindurch galten (und die von der PiS auch nicht hinterfragt

werden). Erstens wird der Präsident direkt vom Volk gewählt, obwohl er nur beschränkte Aufgaben besitzt. Das Amt des Präsidenten ist sehr unklar mit den Parteiführungen verbunden, zieht aber die öffentliche Aufmerksamkeit in hohem Maße auf sich. Zugleich sieht das polnische Wahlsystem eine deutliche Belohnung für den Sieger der Parlamentswahlen vor – die umso größer ist, je stärker dessen Gegner zersplittert sind. Die Umstände haben nun dazu geführt, dass die Präsidentschaftswahlen direkt vor den Parlamentswahlen stattfanden. Die Strategie der PiS bei den Präsidentschaftswahlen war erfolgreicher als jene der PO und führte zu einem knappen Wahlsieg. Dies bedeutete einen psychologischen Bonus für den Sieger, dessen Höhepunkt genau in die Zeit der Parlamentswahlen fiel. Zugleich waren aufgrund der Präsidentschaftswahlen alle Wahlalternativen zur PiS zersplittert. Diese Zersplitterung war ein weiterer Bonus für die Abgeordnetenzahl der siegreichen Partei.

Die gegenwärtige Lage in Polen ist aus einem weiteren Grund schwer zu interpretieren. Man kann sie als Element eines Wrestling-Kampfes sehen, wo alles auf den ersten Blick absolut gefährlich aussieht, aber eigentlich niemand jemandem etwas antut. Gleichzeitig gibt es viele sehr beunruhigende Merkmale einer Konflikteskalation wie aus dem Lehrbuch. Es handelt sich um einen Konflikt, in dem sich die Streitfragen mehren, kämpferische Anführer das Übergewicht bekommen, die Versuchung zur Radikalisierung der verwendeten Werkzeuge steigt und die Lager ihre Reihen ordnen, wobei diejenigen zurückgepiffen werden, die einen Kompromiss mit der anderen Seite wünschen – sie werden als Verräter, unbewusste Saboteure oder zumindest Weichlinge dargestellt, die den Ernst der Lage nicht erkennen, einer Lage, die eine eindeutige Antwort auf das Vorgehen der anderen Seite erfordert. Dies wiederum heizt die Streitfragen an und lässt ihre Zahl wachsen; es entsteht ein Gefühl von Unrecht und Ungerechtigkeit, was Grundlage für eine weitere Eskalation des Konflikts sein wird.

Eines der Werkzeuge dieser Eskalation ist es, Unterstützung von außen zu suchen, insbesondere bei anderen europäischen Ländern. Das leitet sich aus der Überzeugung ab, dass die Demokratie insgesamt auf dem Spiel steht, weshalb das Prinzip lautet „Alle Mann an Deck“. Folgen hat die Tatsache, dass die derzeitigen Oppositionsgruppen die besten Kontakte zu den EU-Eliten haben und sie erfolgreich in die polnische Auseinandersetzung hineinziehen können. Diese Eliten scheinen diese Rhetorik zu übernehmen, sind also Teil des oben erwähnten Problems, wie die Lage der polnischen Parteien zu interpretieren ist – und versu-

chen, die PiS als rechtsextrem darzustellen. Es ist nun so, dass es angesichts eines anwachsenden Konflikts von Emotionen und des Gefühls, durch die Rhetorik des anderen Lagers verletzt zu werden, beiden Lagern, vor allem aber der Regierung, immer schwerer fällt, die eigenen Falken zu bremsen. Ihre Stimme wird immer vernehmlicher, so wie bei einem gesellschaftlichen Konflikt aus dem Lehrbuch.

Kampf der verschiedenen Lager

Das Bild wird von taktischen Dingen ergänzt. Die Regierenden begehen eine ganze Reihe von Fehlern, die weitere Gruppen gegen sie aufbringen. Bei der sozialen Kommunikation sind sie zu aufdringlich. Sehr oft führt der Bedarf nach radikaler Veränderung und der Umkehr von als negativ beurteilten Entwicklungen in den vergangenen 25 Jahren zu unüberlegten Schritten, die in Polen die Stimmung auf eine Art und Weise aufladen, die für jede Regierungspartei nur schädlich sein kann. Auf der anderen Seite verhindert die Entschlossenheit etwa bei der Einführung des Kindergeld-Programms 500+ offensichtlich einen Rückgang der Umfragewerte für die PiS. Zudem ist die Opposition weltanschaulich gespalten und organisatorisch nicht geeint. Es gibt hier die Linke, die eine riesige Identitäts- und Vertrauenskrise durchmacht, und dann die PO, die einen „Angriff der Klonkrieger“ in Gestalt der Partei „Die Moderne“ (Nowoczesna) abwehren muss. Diese ist eine Gruppierung mit einem der PO nahestehenden weltanschaulichen Profil, deren einziger Unterschied darin besteht, dass sie sich von den handwerklichen Fehlern und Affären distanziert, die die PO im Laufe ihrer achtjährigen Regierungszeit angesammelt hat.

Je mehr Zeit vergeht, desto schwieriger wird es sein, eine Begründung dafür zu finden, dass zwei Parteien, die sich an dieselben Wähler richten, keine einheitliche Organisation bilden. Außerdem hat das Ausmaß des mathematischen Erfolgs von PiS auch eine der in Polen immer wieder entstehenden Protestparteien marginalisiert, die Bewegung „Kukiz‘ 15“: Sie vereint Widerstand gegen das schwache Staatshandeln auf vielen Gebieten mit der Abneigung gegen die beiden wichtigsten miteinander konkurrierenden Parteien und gegen Parteiidentitäten überhaupt. Und so könnte die PiS, wäre sie ohne Fehl und Tadel, auf eine viel größere soziale Unterstützung bauen. Gleichzeitig aber ist immer noch nicht bekannt, welche Form die Alternative zur Regierung annehmen wird. Alleine die Tatsache, dass Basisbewegungen wie das „Komitee zur Verteidigung der

Demokratie“ (Komitet Obrony Demokracji, KOD) entstehen, verweist darauf, dass die existierenden Oppositionsparteien Probleme damit haben, die Abneigung gegen die Regierung zu kanalisieren und zu verkörpern. Dennoch ist bei ihnen kaum zu spüren, dass sie früher oder später enger miteinander kooperieren müssten.

Gewiss ist die Lage in Polen durch die Krise der EU komplizierter geworden. Hinzu kommen der Krieg in der Ukraine und die aggressive Politik Wladimir Putins. Alle diese Faktoren lassen die Temperatur des

polnischen Streits nicht sinken, auch wenn sich die Standpunkte beider Seiten hierbei für europäische Verhältnisse paradoxerweise nur relativ wenig voneinander unterscheiden. Im Vergleich zu anderen EU-Staaten sind die

Noch offen ist der Einfluss der außerparlamentarischen Basisbewegungen auf die weitere Entwicklung des Landes.

Unterschiede im tatsächlichen Handeln von Regierung und Opposition bei diesen Fragen geringer als die Unterschiede zwischen den Mainstreamparteien in den größten EU-Ländern und den überall aufstrebenden neuen Kräften. Parteien wie der Front National in Frankreich oder die AfD in Deutschland müssen ihren Platz in den gewohnten politischen Prozeduren ihrer Länder erst noch finden. Das Anwachsen der neuen Kräfte unterhöhlt die bisherige Aufspaltung in Regierende und Opposition und stellt künftige Machtwechsel infrage. In dieser Hinsicht ist die polnische Politik nun absolut vorhersehbar – die Regierenden haben eine starke, klar konturierte Alternative.

Natürlich sind wie stets auch schwarze Szenarien nicht ausgeschlossen, etwa eine weitere Eskalation des Konflikts bis hin zur Infragestellung grundlegender demokratischer Prinzipien. Doch man kann sich unschwer vorstellen, dass diese Emotionen teilweise erkalten werden und sich mit dem realen Leben messen lassen müssen – mit einem Leben, in dem sich nichts so leicht ändern lässt wie die Rhetorik. Polen ist eines der am wenigsten zu Protesten, öffentlichen Kundgebungen und Streiks bereiten Länder innerhalb der EU. Die wichtigsten politischen Parteien sind durchaus stabil, können sich aber nicht unbedingt sicher sein, auch in Zukunft untereinander zu bleiben. Deshalb lässt sich auch nicht ausschließen, dass angesichts zunehmender Ermattung durch den Konflikt eine neue Kraft entstehen wird, die den gegenwärtigen Streit auslöscht und die Hoffnungen der Polen wieder stärker beflügeln kann als ihre Ängste.

Aus dem Polnischen übersetzt von Peter Oliver Loew.

Polens aktuelle Rolle im europäischen Kontext aus deutscher Perspektive

Prof. Dr. Dieter Bingen ist der Direktor des Deutschen Polen-Instituts (DPI) in Darmstadt.

Auch wenn es gegenwärtig zwischen Deutschland und Polen manche Irritationen gibt, fällt die beiderseitige Bilanz 25 Jahre nach Abschluss des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags (17. Juni 1991) insgesamt positiv aus. Beide Länder sind heute und künftig, wie die Analyse zeigt, Schlüsselländer für Erfolg oder Scheitern gesamteuropäischer Verständigung.

Über 25 Jahre galten in den politischen Eliten Polens, die nach dem demokratischen Umbruch von 1989 das Land regierten, Europa als politisches Projekt und die freiheitliche Demokratie als unverrückbare Bezugsgrößen und Konstanten, auf die sich die Partner Polens in der Europäischen Union bei aller Unterschiedlichkeit von Interessen in Einzelfragen verlassen konnten. Nicht zuletzt auch Deutschland.

Nach dem Sieg der nationalkonservativen Partei PiS (*Prawo i Sprawiedliwość*, Recht und Gerechtigkeit) am 25. Oktober 2015 mit 38 Prozent der abgegebenen Stimmen und der absoluten Mehrheit der Sitze in der ersten Kammer des polnischen Parlaments, dem Sejm, sah das anders aus. Der neue „starke Mann“ Polens und eigentliche Chef der neuen Regierung, der PiS-Vorsitzende Jarosław Kaczyński, konnte nunmehr, ohne formell die Regierungsverantwortung zu übernehmen, mit Hilfe der von ihm auserwählten Regierungschefin Beata Szydło und des ihm bisher loyal ergebenen, vom Volk direkt gewählten und im Gegensatz zu Kaczyński mit eigener demokratischer Legitimation versehenen Präsidenten Andrzej Duda die Politik der „Wende zum Guten“ (*dobra zmiana*) in die Hand nehmen, die eine über die praktische Aufhebung der horizontalen Gewaltenteilung durch die Unterordnung des Verfassungstribunals unter die Legislative weit hinausreichende „konservative Revolution“ in Politik, Gesellschaft, Geschichts-, Kultur- und Bildungspolitik zum Ziel hat.

An dem gesamten Entwicklungspfad Polens seit 1989 wurden bereits früher in (national)konservativen Intellektuellenzirkeln Zweifel formuliert. Seit Herbst 2015 ist die Evaluierung des Modells der liberalen Demokratie, des westeuropäischen Kultur- und Zivilisationsmodell, des 1990 eingeschlagenen ökonomischen Entwicklungspfads und schließlich sogar der politischen Integration mit den westeuropäischen Demokratien das Maximalprogramm, wobei der Primat der Innenpolitik der geforderten Wiedererlangung der inneren Souveränität Polens durch eine exklusiv verstandene Identitätspolitik unmittelbare Auswirkungen auf die Außenpolitik, die Europa- und Nachbarschaftspolitik hat. Das bedeutet letztlich eine erhebliche Distanz zu Deutschland, das mehr in den rechten Print- und E-Medien, sozialen Netzwerken, aber in moderaterer Form auch von Mitgliedern der nationalkonservativen Regierung sogar als Gefahr für die europäisch-christliche Zivilisation beschrieben wird und nicht als ein bislang erfolgreiches Beispiel einer offenen Gesellschaft.¹

Wenn die politische, kulturelle und mentale Abgrenzung von Deutschland ein Vehikel der innenpolitischen Profilierung und Abgrenzung zugleich von politischen Gegnern im Inneren, den Liberalen und „Verrätern“ an den traditionellen Werten ist und im Äußeren der Gewinnung der ungeteilten absoluten nationalen Souveränität dient, gerät zumindest konzeptionell und theoretisch das gesamte außenpolitische Koordinatensystem ins Wanken. Es betrifft zuerst die Integration mit der EU, aber auch das Verhältnis zu den USA und zu Russland. In einer luziden Studie der Batory-Stiftung haben die auch in deutschen politikwissenschaftlichen Kreisen bekannten politischen Analytiker Adam Balcer, Piotr Buras, Grzegorz Gromadzki und Eugeniusz Smolar die Abwendung der PiS-Regierung von den Grundannahmen polnischer Innen- und Außenpolitik seit 1989 beschrieben.² Deutschland ist von der angekündigten Neuorientierung wie gesagt besonders betroffen. Es stand für die polnischen Regierungen seit 1989 mit Ausnahme der Jahre 2005 bis 2007 auf Platz Eins der strategischen Partner und Verbündeten in Europa.

1 Vgl. Piotr Zychowicz: Schwierige Nachbarn. In: Rotary Magazin, 4/2016 (download unter <https://rotary.de/gesellschaft/schwierige-nachbarn-a-8826.html>).

2 Adam Balcer, Piotr Buras, Grzegorz Gromadzki, Eugeniusz Smolar: Jaka zmiana? Założenia i perspektywy polityki zagranicznej rządu PiS. Batory-Stiftung. Warschau, Mai 2016 (download unter <http://www.batory.org.pl/upload/files/Programy%20operacyjne/Otwarta%20Europa/Jaka%20zmiana%20w%20polityce%20zagranicznej.pdf>).

Bilanz der deutsch-polnischen Beziehungen seit 1991

Dies vorausgeschickt, muss die Entwicklung der deutsch-polnischen Nachbarschaft in den zurückliegenden 25 Jahren als ein Glücksfall bezeichnet werden, da erstmals in der neuzeitlichen Geschichte beide Gesellschaften und Staaten, Deutschland und Polen, von gemeinsamen Grundwerten ausgehend nationale Interessenpolitik in einem durch die Europäischen Gemeinschaften bzw. die EU und die transatlantische Ausrichtung gesetzten Rahmen moderiert haben.

Ein Grundkonsens konnte in beiden Ländern über den Wert einer liberalen Demokratie und einer pragmatischen, integrationsorientierten, auf Interessenausgleich ausgerichteten Außenpolitik als gegeben angesehen werden. Werteorientierung und

Trotz aktueller Unstimmigkeiten muss die Entwicklung der deutsch-polnischen Nachbarschaft in den zurückliegenden 25 Jahren als ein Glücksfall bezeichnet werden.

moderate Interessenpolitik galt es in dem zurückliegenden Vierteljahrhundert auszutarieren, immer auf das von einer Mehrheit in den politischen und gesellschaftlichen Eliten in beiden Ländern als höchster außenpolitischer Wert erachtete europäische Integrationsprojekt ausgerichtet. Dies schloss Dissens und teilweise erhebliche Wahrnehmungsunterschiede in Teilbereichen der Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts-, Energie- und Klimapolitik und in anderen Politikfeldern nicht aus. Das heißt, die generell auf Partnerschaft ausgerichtete Politik erforderte keine prästabilisierte Harmonie, sondern ging im Gegenteil von starkem Moderationsbedarf aus – nicht unähnlich den (west)deutsch-französischen Beziehungen, die beständig als Blaupause herangezogen werden, wenn es um die deutsch-polnischen Beziehungen geht. Die westdeutsch-französischen Beziehungen sind kaum jemals interessenharmonisch verlaufen und brachten nur über ständige Kompromissuche Fortschritte in den bilateralen Beziehungen wie in der Europapolitik hervor.

Dieses Beziehungsmuster funktioniert unter der Bedingung, dass nationale Interessen nicht von vornherein quasi naturgesetzlich als antagonistisch zu dem nationalen Interesse des Nachbarn definiert werden. Es war ein Glück für Deutsche und Polen – wie auch für Deutsche und Franzosen –, dass die jeweiligen außenpolitischen Prioritätensetzungen als teildentisch bis kompatibel galten und Inkompatibles nicht als wesentliches Hindernis für die Fortentwicklung der zweiseitigen Interessen und Beziehungen definiert wurde.

Nationalkonservative polnische Kritik richtet sich heute auf die EU und auf Deutschland als vermeintlichen Hegemon in der EU, sodass die Revision der polnischen Europapolitik Deutschland als erstes trifft. Zuletzt hat insbesondere die Flüchtlingskrise auf die Wahrnehmung und Kritik der EU und Deutschlands eingewirkt. Das Phänomen der Angst war Wasser auf die Mühlen der PiS. Eine xenophobe Rhetorik vor und nach den Wahlen in den PiS-nahen Medien, sozialen Netzwerken und seit der Regierungsübernahme bei Regierungsmitgliedern trifft insbesondere auch Deutschland, das als ein Hauptübel bei der „Überfremdung“ und angeblichen „Islamisierung“ Europas gilt.

Die Partei, die sich auf christlich-katholische Werte beruft, hat in der Flüchtlingsfrage eine ganz und gar unchristliche, hartherzige Rhetorik und Politik gefahren, die sie in Konflikt mit der Lehre der katholischen Kirche und von Papst Franziskus bringt, grundsätzlich auch mit dem der Flüchtlingsfrage gewidmeten Hirtenbrief der polnischen Bischöfe vom Herbst 2015. Da aber außer dieser kaum wahrnehmbaren, da kaum verlesenen und publik gemachten Verlautbarung der Bischöfe nur wenige Worte der Barmherzigkeit und der Empathie fielen, stand dem faktischen Bündnis der überwältigenden Mehrheit des Episkopats und des Klerus mit der sich opportunistisch der Kirche andienenden Regierungspartei nichts im Wege, zumal PiS und der Mainstream der katholischen Kirche das antiliberale Kultur- und Zivilisationsverständnis ebenso wie das Misstrauen gegenüber dem libertären Westen teilen, von wo sie die eigentliche Gefährdung des christlichen Abendlandes fürchten. Polen eingekeilt vom dekadenten Westen und dem Islam aus dem Südosten – so sieht die Drohkulisse aus.

Mit dem antiwestlichen, antiindividualistischen, traditionalistisch-patriotischen Syndrom rückt Polen nolens volens Putins Russland näher, in einer faktischen Koalition mit EU-feindlichen, vornehmlich nationalpopulistischen bis rechtsextremen Strömungen in Westeuropa (Front National, Vlaams Blok, FPÖ, AfD u. a.).

Andererseits: Nichts wird so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Will heißen, die europäische Welt ist komplexer, Interessenlagen, Verflechtungen und Interdependenzen sind es ebenfalls. Polen ist eben nicht so absolut souverän und kann es nicht sein, wie es Teile des rechten Spektrums in Polen gerne sähen. Die Realität ist eine andere in Zeiten der Globalisierung für jedes Land auf der Erde, das eine mehr, das andere weniger, wobei die weniger vernetzten Länder mit wenigen internationalen Interaktionen und Interdependenzen nicht an der Spitze der Zivi-

lisation stehen. So muss das „Intermarium“ (Międzymorze), ein Staatsgürtel von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer unter der Hegemonie Polens, von dem viele PiS-Politiker träumen, einfach ein Hirngespinnst bleiben. Gerade in der Russlandpolitik sind die Interessen und Haltungen der politischen Eliten von Tallinn bis Sofia zu unterschiedlich. Eine polnische Führungsrolle wird in der Region auch schon deshalb nicht anerkannt, weil die kleineren Staaten Ostmitteleuropas ihre je eigenen gemeinsamen Interessen mit Deutschland haben. So werden wahrscheinlich der Tendenz zur „Selbstverostung“ Polens durch harte Realitäten Grenzen gesetzt.

Vorstellungen von einer polnischen Hegemonialrolle unter den Ländern des „Intermarium“ sind Hirngespinnste.

Zu den Realitäten gehört auch, dass die deutsche Politik 2016 mit einer Offensive demonstrativer Freundlichkeit und Offenheit Polen umarmt, sodass sich dieser Charme-Offensive auch hartgesottene deutschlandskeptische Nationalkonservative in Warschau dem – zumindest vorübergehend – nicht ganz entziehen können. Damit kann also anlässlich des 25jährigen Jubiläums der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags doch noch gefeiert werden. Denn die Warschauer Regierung weiß, dass Polen mit einem Deutschland, das auch von der PiS-Regierung als wichtigster wirtschaftlicher Partner bezeichnet wird, intensive Zusammenarbeit auf zahlreichen weiteren Feldern suchen muss, um eigene Prioritäten (Wirtschaft und Finanzen, Infrastruktur und Verkehr, Energie, Wissenschaft und Forschung, Verteidigungspolitik, Russland und die Ukraine u. a.) umsetzen zu können. Also ganz ohne Deutschland geht es nicht.

Und Deutschland selbst? Der Politikanalytiker Kai-Olaf Lang schrieb jüngst: „Gute deutsch-polnische Beziehungen sind für Deutschland ein Selbstzweck, denn sie sind auch nach einem Vierteljahrhundert fortschreitender Normalisierung immer noch ein Ausweis erfolgreicher deutscher Vertrauenspolitik und insbesondere eine bedeutende Stützstrebe in der politischen Architektur der EU.“³ Fehlten jedoch die gemeinsame Wertegrundlage und der politische Wille, Verständigung und Partnerschaft mit dem Nachbarn als einen Wert an sich zu betrachten

³ Kai-Olaf Lang: Misstrauen und Zusammenarbeit. Warschauer Blick auf Deutschland und Folgen für die deutsch-polnischen Beziehungen. SWP-Aktuell, 13. März 2016 (download unter http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2016A13_lng.pdf).

unter der Prämisse, dass individuelle sowie kollektive Freiheit(en) und Demokratie eines jeden einzelnen europäischen Staates gewollt und seine Erhaltung im internationalen Staatensystem auf Dauer nur unter der Bedingung einer demokratisch legitimierten und zusätzliche Identität stiftenden Europäischen Union erhalten werden kann, fehlte die Überzeugung, dass die Überwindung der historischen Gegensätze und Feindschaften und die Einbeziehung der Perspektive des anderen in eigenes politisches Handeln die Voraussetzung für Frieden und geregelten Konflikt darstellt, dann würde es schwierig in Europa und schwierig in den deutsch-polnischen Beziehungen. Deshalb ist es in der soeben von Warschau eingeläuteten neuen Phase der deutsch-polnischen Beziehungen, sollen sie das bisher erreichte Niveau der Dichte und Tiefe beibehalten, unabdingbar, zu gemeinsamem Handeln fähig zu sein. Dies sollte damit beginnen, dass man sich wieder zusammensetzt, um gemeinsame Interessen im bilateralen Bereich zu definieren. Dazu könnte man die Gemeinsame Erklärung der Regierungen vom 21. Juni 2011 und das mehr als 90 Punkte umfassende „Programm der Zusammenarbeit“ als *roadmap* kritisch gegenbürsten und neue Felder der Zusammenarbeit entdecken und bearbeiten. Nicht alles Unerledigte im bilateralen Bereich kann an die EU abgegeben werden. Im Gegenteil sollte das bilaterale Programm von der Basis her den Effekt haben, die EU wieder stärker zu machen.

Demnach existiert trotz der These von einem Verlöschen der „deutsch-polnischen Interessengemeinschaft“ und ihrer Ersetzung durch eine „Konfliktgemeinschaft“ nach wie vor ein großes gemeinsames Interesse von Deutschen und Polen über weltanschauliche, kulturelle und ideologische Dissonanzen hinweg an einer starken EU, die zu gemeinsamem Handeln in Feldern, die

Der politische Wille zur Gemeinsamkeit ist das A und O einer gelingenden deutsch-polnischen Partnerschaft und guten Nachbarschaft.

von allen Schlüsselstaaten der EU und

insbesondere auch von Polen als wichtig definiert werden (Migrations-/Zuwanderungspolitik, Russland- und Ukrainepolitik, Sicherheitspolitik, Diversifizierung in der Energiepolitik u. a.), fähig ist.

Ausblick

2016 ist es so aktuell wie 1991: Der politische Wille zur Gemeinsamkeit ist das A und O einer gelingenden deutsch-polnischen Partnerschaft und

guten Nachbarschaft. Die Gefahr liegt darin, dass Polen es angesichts tatsächlicher Interessenunterschiede in wichtigen Politikfeldern aufgibt, den Wert der Partnerschaft als solcher anzuerkennen.

Die nach wie vor bestehende gute Grundstimmung zwischen Deutschen und Polen erlaubt es und erfordert es auch, Gründe für die andauernden Missverständnisse zwischen Deutschland und Polen zu benennen. Ein Hauptgrund mag darin liegen, dass sich weder Deutschland noch Polen die ungeachtet der vielfältigen Asymmetrien tatsächlich bestehenden Analogien mit den deutsch-französischen Beziehungen nach 1945 wirklich bewusst machen. Das westliche Deutschland und Frankreich waren über Jahrzehnte und noch nach dem Wendejahr 1989 zwei Pole bezüglich ihrer Interessen und ihrer Vorstellungen von Europa. Aber gerade deshalb wurde die Kooperation zwischen Bonn/Berlin und Paris zum Motor der europäischen Integration und die Verständigung zwischen den beiden Regierungen die notwendige Bedingung für die Weiterentwicklung der EWG/EG/EU. Wer auf die gelegentlich auftretende Polarität von Deutschland und Polen in unterschiedlichen Politikfeldern seit dem polnischen EU-Beitritt schaut, sollte eigentlich auf das deutsch-französische Muster setzen und den Kompromiss und Ausgleich zwischen Berlin und Warschau suchen, ohne den die Weiterentwicklung der EU scheitern muss. Da aber Deutschland und Polen an der Zukunft der EU gelegen sein muss, sollte hier der „Interessengemeinschaft in Europa“ höchste Bedeutung zukommen. Diese sucht auf der Grundlage der Gemeinsamkeit von Grundannahmen über den Umgang miteinander und über ein Einvernehmen bezüglich des *modus operandi* danach, die unterschiedlichen Teilinteressen im bilateralen und damit zugleich europäischen Interesse auszugleichen.

In Deutschland wie in Polen sind in den letzten Jahren mit unterschiedlicher Gewichtung und emotionaler Intensität wichtige Politikfelder (Europapolitik, Energiepolitik, Erinnerungspolitik) Gegenstand innenpolitischer Gegensätze und parteipolitischer Profilierung geworden. Die Erfahrungen gerade auch mit Nachbarschaftsbeziehungen und der europäischen Einigungspolitik nach 1950 lehren, dass nationale Egozentrik und Rücksichtslosigkeit oder Gedankenlosigkeit – wenn überhaupt – nur über einen begrenzten Zeitraum Vorteile brachten und die Miteinbeziehung der Interessen des Anderen in das eigene Kalkül mehr und längerfristigen Nutzen für die beteiligten Seiten generierte. Deutsche und Polen haben zu unterschiedlichen Zeiten – die Westdeutschen in den 1950er Jahren, die Polen in den 1990er Jahren – erfahren, wie europäische

Solidarität Positives für ihre Rückkehr in eine freie europäische Staatengemeinschaft und die Stabilität in Europa bewirken kann.

Die Meinungsbilder, die in den letzten Jahren in Polen und in Deutschland bei Umfragen erhoben wurden, bestätigen die Einstellung eines Großteils der Gesellschaften: Es gibt eine Alternative zu einem integrierten Europa, aber es gibt keine Alternative, die für Deutsche und Polen lebenswert wäre, wenn sie sich denn an den gemeinsamen Werten orientieren. Dazu gehören eine liberale Demokratie, Wertepluralismus und Grundwertegebundenheit sowie Achtung und Respekt gegenüber den Minderheiten unterschiedlicher Art. Nötig ist ein offener und ehrlicher Diskurs über das, was Gesellschaften akzeptieren müssen und was sie ablehnen, weil es die Grundwerte der europäischen Zivilisation und Grundlagen des Zusammenlebens infrage stellt. Die reichen Erfahrungen mit über 25 Jahren der intensiven Zusammenarbeit, Partnerschaft und Freundschaften auf allen Ebenen und in zahlreichen Bereichen besagen aber, dass es sich für die Politik lohnt, auf einen freundschaftlichen Diskurs über die grundlegenden Gemeinsamkeiten und die Differenzen im Einzelnen zu setzen. Dabei gilt: Deutschland und Polen waren, sind und bleiben Schlüsselländer für Erfolg oder Scheitern gesamteuropäischer Verständigung.

Polen heute – Gedanken über ein Land im Aufruhr

Prof. Dr. Irena Lipowicz ist eine polnische Diplomatin und Juristin und hat z. Zt. einen Lehrstuhl an der Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau inne. 2000-2004 war sie Botschafterin Polens in Österreich, 2010-2015 Beauftragte des Sejm für Bürgerrechte. Sie stellte auch das Foto zur Verfügung, das auf einer proeuropäischen Demonstration am 4. Juni 2016 in Warschau entstanden ist.

Viele ausländische Beobachter reagieren verstört über die Veränderungen der polnischen Innen- und Außenpolitik seit dem letzten Herbst. Polen war eigentlich ein „Musterknabe“ der EU-Integration – wie lässt sich dann die breite Zustimmung innerhalb der Bevölkerung für die neue Regierung erklären? Die Überlegungen der Autorin führen zurück in die neunziger Jahre und zeigen auf, dass damals ungelöste Probleme die Ursache für die gegenwärtige Krise Polens sind.

Ein Blick zurück: 25 Jahre nach der Transformation (in Deutschland würde man wohl eher „Wende“ sagen): Die Feierlichkeiten am 4. Juni 2014 waren imponierend, aber seltsam freudlos, so als ob man schon spürte, dass etwas in der Luft lag. Am Rande standen Demonstranten mit feindlichen Parolen, die heute im Parlament wahrscheinlich zur Mehrheit gehören. Früher jedoch waren solche Jahrestage des Umbruchs pure Freude ...

I.

Polen hatte die Finanzkrise 2008 als einziges EU-Land relativ gut überstanden. Die Wirtschaft florierte, die Arbeitslosigkeit sank und erreichte ihren niedrigsten Stand seit 20 Jahren. Der Staatspräsident genoss breite Akzeptanz (70 Prozent), Premierminister Donald Tusk ging – sehr symbolisch – im Herbst 2014 nach Brüssel. Zwar gab es schon einige Warnsignale, denen zufolge das Parlament nur noch über 20 Prozent

Zustimmungswerte verfüge; die Bereitschaft, eine autoritäre Form der Macht zu ertragen, wurde in Umfragen immer eindeutiger. Was also ist in Polen passiert? Alles war doch so schön – könnte man zumindest meinen.

Die Polen in Europa sind heute entkräftete „Bergsteiger“. Nach 25 Jahren Anstrengung, auch infolge der Reformen, die die Gesellschaft mit großer Selbstaufopferung und Disziplin umgesetzt hat, hat man sich nun endlich eine Atempause gewünscht. Es kamen auch viele, die eine lange, wunderbare Ruhephase versprochen haben.

Im Allgemeinen sind die Polen zwar wohlhabender geworden, aber die wirklich Reichen und Armen existieren jetzt in manchmal absolut getrennten Welten.

Paradoxerweise haben die großen Feierlichkeiten aus Anlass „25 Jahre Transformation“ dazu beigetragen. Einerseits war das Jubiläum eine Stunde des Triumphes der Demokratie und

des Rechtsstaates mit vielen hohen Gästen und großen Reden. Andererseits mussten viele Beobachter, leider auch viele Bürger, eine persönlich eher ernüchternde Bilanz ziehen. Im Allgemeinen sind die Polen zwar wohlhabender geworden, aber die wirklich Reichen und Armen existieren jetzt in manchmal absolut getrennten Welten. Es gibt wieder eine soziale Abgrenzung in bessere und schlechtere Adressen, Wohnviertel, Kindergärten und Schulen. Jahrelang konnte man hoffen, eines Tages zu den Gewinnern der Transformation zu gehören. Die Realität ist jedoch hart. Jetzt hat man genug zum Essen, meistens auch ein Auto, es reicht für einen Urlaub, aber die Kinder sind in London oder haben nur Gelegenheitsjobs, sodass stets die Gefahr besteht, dass man die eigene Arbeit auch wieder verlieren kann.

Wird die Zukunft vielleicht besser? Die Aussichten auf die Rente sind düster, Ersparnisse kaum vorhanden. Gleichzeitig zeigen die Medien den Reichtum der neuen Elite und die Arroganz der Politiker vieler Parteien. In der Verwaltung ist häufig Willkür gegenüber den Menschen zu beobachten.

Die arme, aber egalitäre, „klassenlose“ Gesellschaft der Volksrepublik Polen kannte jahrzehntelang nur eine herrschende Gruppe, die „Nomenklatura“, also die Parteifunktionäre. Luxus bedeutete für diese ein besseres Essen und einen Bulgarienurlaub, manchmal auch eine Villa. Als Elite wurde sie aber – besonders nach 1980 – von der Gesellschaft abgelehnt. Die echte Elite waren für das Volk Intellektuelle, Künstler, Priester und Schriftsteller. Ihnen wurde Vertrauen entgegengebracht, sie

genossen Prestige, obwohl sie fast alle ziemlich arm waren. Diese breit akzeptierte Elite hat in der Phase des Umbruchs die Kluft zum Rest der Gesellschaft überwunden und nicht nur irgendeine Dissidentengruppe, sondern eine echte demokratische Opposition geschaffen.

II.

Die Beitrittsperspektive und damit die Aussicht auf EU-Integration hielt die Gesellschaft lange zusammen. „Der Westen“ war seit kommunistischen Zeiten ein Mythos der Freiheit und des Wohlstands, aber auch die gemeinsamen Werte waren ein Magnet. Im Unterschied zur Realität der Volksrepublik gab es „dort“ eine echte und nicht nur eine gespielte Religions- und politische Freiheit. Auch die westliche Leistungsgesellschaft machte einen guten Eindruck. Besonders die Bundesrepublik Deutschland war für viele Polen, die dort in den siebziger Jahren arbeiteten, *pars pro toto* des Westens (genauso wie heute Polen für viele Ukrainer, die in Polen arbeiten, diese Rolle einnimmt).

Viele Polen sind dann konsequent „im Westen“ geblieben, etliche kamen aber auch mit ihren neuen Erfahrungen zurück – die Früchte der Erfahrungen waren jedoch sehr unterschiedlich. Nehmen wir als Beispiel nur einmal die deutsche Erfahrung: Ungefähr die Hälfte der Reformer der neunziger Jahre, sowohl zukünftige Parlamentarier als auch Experten oder spätere Beamte, hatten 1990 bereits einen Studienaufenthalt in Deutschland hinter sich, ein kleinerer Teil war von Aufenthalten in Frankreich geprägt. Andere, wie etwa Teresa Rabska oder Karol Podgórski, waren auch ohne längeren Auslandsaufenthalt gute Kenner des deutschen Rechtssystems. Die Deutschland Erfahrung weckte bei ihnen eine Überzeugung ähnlich der von Barack Obama: „Yes, we can.“ Nehmen wir als Beispiel einen der größten Fensterhersteller in Europa, „Fakro“, dessen Besitzer seine Karriere als einfacher Arbeiter bei einer Fensterfabrik in Deutschland begann – heute steht er international an zweiter Stelle. Diese polnische Erfolgsgeschichte zeigt deutlich die Bedeutung der Erfahrung in anderen Wirtschafts- und Kultursystemen als Quelle des Erfolges. (Letztlich hoffen wir doch auch, dass diese spezifische Schule des Kapitalismus und der Demokratie eine ähnliche Wirkung bei Migrantaneliten aus Syrien oder Ägypten haben wird.)

Einen längeren Aufenthalt in Deutschland hatten aber auch Pater Tadeusz Rydzyk („Radio Maryja“) oder Prof. Dr. Zdzisław Krasnośki, der heute für die PiS im Europäischen Parlament sitzt. Wie bei

ihnen verhält es sich mit vielen anderen, die die heutige politische Landschaft Polens bestimmen – sie kamen eher voller Enttäuschung, Ablehnung und Protest aus „dem Westen“ zurück. Sie hatten sich ein solch säkularisiertes, zu offenes und buntes multikulturelles Europa nicht vorgestellt und nicht gewünscht.

Heute bestimmt, wie Piotr Buras und andere Analysten belegen, diese zweite Gruppe die polnische Außenpolitik. War damit die deutsche Erfahrung für beide Seiten der politischen Barrikade, die heute Polen und

Deutschland trennt, bestimmend? Keine Seite wollte einfach nur Kopien oder Lösungen eins zu eins übernehmen, aber die Entwicklung in Deutschland war so oder so Maßstab

Aus den Erfahrungen in Deutschland haben Vertreter der polnischen Elite unterschiedliche Konsequenzen gezogen.

zur Gestaltung der eigenen Position. Diese Meinung teilten auch die Polen, die sich in der neuen Gesellschaft nicht zurecht fanden.

Die Ablehnung des Kommunismus, die Solidarność-Bewegung, die Erinnerung an einen Untergrundstaat während des Zweiten Weltkrieges und die Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus sowie auch die Persönlichkeit Papst Johannes Pauls II. und seine Lehre – alles das bildete über alle Unterschiede und Grenzen hinweg das Fundament der Dritten Polnischen Republik. Lange Zeit war unbestritten, dass diese Elemente über allen politischen Debatten stehen, selbst als Polen von einer postkommunistischen Partei regiert wurde. Die heutige Situation ist jedoch ganz anders: Das Fundament wird zunehmend kritisiert oder sogar grundsätzlich infrage gestellt. Belegen wir dies systematisch:

- So wird die scharfe Ablehnung des Kommunismus heute mit offener Bewunderung für Teile der Sozialpolitik der Regierung Edward Giereks in den siebziger Jahren kombiniert.
- Weiterhin gilt der besondere Stolz der Nation nicht mehr der Gewerkschaft „Solidarność“, sondern viel stärker radikalen wie etwa der „kämpfenden Solidarność“ oder der KPN¹. Die Legende wird vor unseren Augen und mit großem Kraftaufwand demontiert, und zwar im doppelten Sinne: nämlich nicht nur die Legende um die Person Lech Wałęsa, sondern auch die generelle Bedeutung dieser

1 KPN steht für „Konfederacja Polski Niepodległej“ (Konföderation des unabhängigen Polens), eine polnische Oppositionsgruppierung, die bereits 1979, also noch vor der Solidarność, entstanden und ideologisch dem nationalkonservativen Spektrum zuzuordnen ist.

Bewegung. Der „Runde Tisch“ wird dabei besonders heftig kritisiert.

- Als leuchtendes Beispiel aus der Vergangenheit wird jetzt nicht mehr die „Heimarmee“ (AK) und ihr Kampf während des Zweiten Weltkriegs hervorgehoben, sondern Vorbild sind die Soldaten, die bis in die fünfziger Jahre den bewaffneten Kampf gegen die Sowjetunion fortführten.

III.

Polen nach zwölf Jahren in der EU: Einerseits hat man nun das Gefühl, endlich zuhause zu sein – *dafür* hat man doch die Bewegung der „Solidarność“ gegründet und *dafür* gekämpft. Andererseits hat man jahrelange die Zähne zusammengebissen und geschuftet in der Hoffnung, dass die EU ein sicherer, ruhiger Hafen sein wird – er ist aber weiter stürmisch, unsicher und schwierig. Dieses Gefühl kam sehr unpassend gerade in einer Zeit, wo sich die Menschen (nicht nur in Polen) nach Ruhe gesehnt haben. Es ist außerdem schwierig zu verstehen, wie man so viele offensichtliche Defizite der Innenpolitik mit Europa in Verbindung setzen konnte. Allerdings war es auch nicht eben leicht, proeuropäisch gesinnte Menschen davon zu überzeugen, dass gerade Brüssel eine Kopie von Moskau und den alten Jahren ist – viele sind aber heute dieser Überzeugung.

In der Mitte des Weges angekommen, behaupten die Politiker, dass die große Anstrengung eigentlich völlig überflüssig war, denn hätte man den Beitritt zur EU härter verhandelt, dann wären die Konditionen viel besser ausgefallen und überhaupt – man hört es nicht nur in den rechtsradikalen Medien – müsse man sich fragen, ob Polen wirklich vom Beitritt profitiert habe. Es scheint zuerst schwierig, solch eine absurde Behauptung aufzustellen, wenn man die große wirtschaftliche Entwicklung und den verbesserten täglichen Lebensstandard sieht, aber letztlich ist alles eine Sache des Blickwinkels. Der EU-Beitritt 2004 war für alle Polen ein legitimes und weises Ziel, so hatte dies auch Papst Johannes Paul II. bekräftigt. Eine gigantische Anstrengung bedeutete vor allem die Harmonisierung des Rechtssystems und der Institutionen – auch das wurde mehr oder weniger akzeptiert. Die Rechtsanpassung fiel jedoch zusammen mit einer breiten Liberalisierung der Wirtschaft. Die polnische Bürokratie hat oft eigene zusätzliche Vorschriften hinzugefügt und ihre Fehler mit EU-Autorität verdeckt (aber das geschah in allen EU-

Ländern). Eine große und positive Rolle haben hingegen die so lange gefürchteten Subventionen gespielt. Ohne sie hätten wir längst einen völligen Niedergang auf dem Land erlebt – stattdessen haben sich die Verhältnisse äußerst positiv entwickelt.

Haben wir also etwas versäumt? Ich glaube schon: Vor allem haben viele Defizite der Sozialpolitik – worauf ich schon als Bürgerbeauftragte in vielen Berichten hingewiesen habe – eine wachsende Unzufriedenheit unter der Bevölkerung hervorgerufen. Den Experten war klar, dass eine

Für den Fortgang der deutsch-polnischen Versöhnung kommt den Kirchen eine wesentliche Rolle zu.

solche tief sitzende Unzufriedenheit politische Folgen haben würde. Dies betrifft auch den Kontext der deutsch-polnischen Zusammenarbeit. Zu lange wurde die deutsch-polnische Versöh-

nung zu Recht gefeiert, aber auch ritualisiert. Man hat das Wunder der Versöhnung und die Rolle der Kirchen gewürdigt, aber viele Preisverleihungen und Podiumsdebatten haben die wachsende Kluft auf der rechten Seite in Deutschland und in Polen eher verschleiert. Dabei bleibt die Versöhnung eine lebendige Quelle der Ideen, wie man bei fast allen Projekten der Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit bis heute erleben kann. Daher ist eine Arbeitsgruppe beider Kirchen notwendig, um auch die historische Versöhnung vor unbegründeten Attacken zu verteidigen. Die beiden Kirchen haben sowohl das moralische Recht als auch die Pflicht, auf die absurden Vorwürfe, die gegen eine deutsch-polnische Zusammenarbeit sprechen, zu reagieren.

Erwähnt werden muss auch, dass die Veränderungen, die mit Europa verbunden sind, immer mehr in Polen sichtbar werden. Nicht nur Subventionen, Normen, sondern fast alles, was neu ist, wird als „europäisch“ angesehen. In dieser Situation entsteht eine Art Torschlusspanik. Eine ähnliche Stimmung habe ich vor Jahren in Österreich als Botschafterin erlebt. Plötzlich wurde die Heimat für Millionen wieder wichtig: Trachten, die Alpen, die alten Werte, die österreichische Gemütlichkeit. Einige Jahre nach dem EU-Beitritt kam die Angst, dass die eigene Identität immer verschwommener Konturen annimmt und man als kleines Österreich in der großen Union untergehen werde. Eine ähnliche Torschlusspanik erleben wir heute in Polen, und sie wird durch einen tiefen Pessimismus über die Perspektiven für die künftige Entwicklung in der Europäischen Union verstärkt. Aus diesem Pessimismus resultiert unter anderem die wachsende Rolle des Visegráder Vierecks, also der engen Zusammenarbeit von Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn.

Wenn man den Glauben an Europa verliert, dann wird die Suche nach Alternativen ziemlich fieberhaft und chaotisch.

Aus der Angst vor dem Identitätsverlust rührt auch die Liebe zum zentralistischen Staat und die Ablehnung der wichtigen und immanenten multikulturellen Tradition Polens her. Ganz aktuell zeigt sich das in Bezug auf das Flüchtlingsthema, was zugleich auf eine eindeutige Ablehnung des Solidarność-Paradigmas „die Lasten der anderen tragen“ hinausläuft! Hinzu treten dann noch Angst, Vorbehalte und Vorurteile, die mittels mancher Medien verstärkt werden. Dort wird nach Argumenten gesucht, die begründen sollen, warum die humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge als naiv und gefährlich eingestuft werden müsste. Viele Abgeordneten sprechen gerne von Terrorismusgefahr, und auch hier ist Deutschland leider präsent: Die Ereignisse in Köln in der letzten Silvesternacht und viele Aussagen von Angela Merkel kehren in jeder Debatte wieder – und der Teil der Gesellschaft, der sich für die Flüchtlinge engagiert, ist zumindest für den Durchschnittsbeobachter kleiner geworden.

Andererseits zeigen die letzten Massendemonstrationen, dass es genug Menschen in Polen gibt, die diese Perspektive nicht akzeptieren und in der Flüchtlingsaufnahme nicht nur eine moralische Verpflichtung, sondern auch eine Chance für Polens Zukunft sehen.

„Was zum Teufel scheren dich Polens Affären?“ – Polen aus schwedischer Perspektive

Prof. Dr. Barbara Törnquist-Plewa ist Professorin an der Universität Lund in Schweden und dort die Direktorin des „Zentrums für Europäische Studien“.

Die Ostseeanrainer Schweden und Polen verband im 16. und 17. Jahrhundert eine wechselvolle Geschichte, die sich bis heute in einem großen Interesse der Schweden am südlichen Nachbarn zeigt. Der Beitrag erläutert diese Zusammenhänge und zeichnet die kritischen Reaktionen in Schweden auf die jüngsten Entwicklungen in Polen nach.

I.

Das Zitat im Titel dieses Aufsatzes stammt aus dem Gedicht „Fredmans Epistel Nr. 45“ (1772 verfasst) von Carl Michael Bellman, einem bekannten und beliebten schwedischen Dichter des 18. Jahrhunderts. Polen war damals von großen inneren Krisen erschüttert und verlor erhebliche Teile seines Territoriums an Preußen, Russland und das Habsburgerreich. Seine Zukunft sah düster aus; darauf verwies der schwedische König, als er kurz nach der Teilung Polens einen Staatsstreich durchführte: Er stärkte seine Macht über das Parlament und begründete sein Vorgehen damit, dass Schweden sonst ein ähnliches Schicksal wie Polen drohe. Bellmans Zitat, unzählige Male von schwedischen Polenexperten paraphrasiert, zeigt die gesplante Haltung der Schweden gegenüber Polen: auf der einen Seite ein generelles Desinteresse, doch auf der anderen Seite das Bedürfnis zu beobachten, was sich beim Nachbarn auf der anderen Seite der Ostsee ereignet aus Sorge, dass es sich in irgendeiner Weise auf Schweden auswirken könne.

Das Desinteresse ist vor allem Resultat der geografischen Lage und der Kulturunterschiede. Die Ostsee dient dabei als teilender und distanzschaffender Faktor. Die Schweden waren schon immer eine Seefahrernation, während die Polen erst „Freunde des Meeres“ wurden, als Polen

durch die Grenzverschiebungen nach dem Zweiten Weltkrieg größere Küstengebiete zugeteilt bekam. Zudem tendierten die Schweden als Protestanten und aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur germanischen Sprachgemeinschaft lange Zeit dazu, ihre kulturelle Zusammenarbeit mit protestantischen, skandinavischen, germanischen und angelsächsischen Gemeinschaften auszubauen. Die Polen neigten hingegen zur katholischen, latinisierten Kultur, während sie zugleich Teil der slawischsprachigen Welt waren. Doch zugleich gab es in Schweden immer ein besonderes Interesse für die politischen Entwicklungen beim polnischen Nachbarn, auch wegen der erlebten Bedrohung durch Russland. Am Ende des 18. Jahrhunderts war Russland ein treibender Faktor für die Teilung Polens und knapp zehn Jahre, nachdem Polen seine staatliche Existenz verlor, wurde Schweden von Russland angegriffen. Im Jahr 1809 musste Schweden Finnland an den Angreifer abtreten. Nicht zuletzt deswegen haben schwedische Politiker ein wachsames Auge auf den russischen Nachbarn und die Völker unter russischem Einfluss.

In Untersuchungen zur Darstellung des Polenbildes in der schwedischen Presse können verschiedene historisch bedingte stereotype Vorstellungen über die Polen identifiziert werden. Besonders deutlich ist das Bild der Polen als Krieger und Aufständische sowie das des polnischen Volkes als Opfer und sogar Märtyrer. Diese Vorstellungen verfestigten sich in Schweden durch die Ereignisse der beiden Weltkriege sowie in Verbindung mit den polnischen Aufständen gegen die kommunistische Unterdrückung während des Kalten Kriegs. Am stärksten traten sie mit dem Aufkommen der Solidarność-Bewegung 1980 und dem Kriege um Ostpolen 1981/83 hervor – Ereignisse, die in

Schweden viel Sympathie und Unterstützung für Polen hervorriefen. Diese positiven Stereotype über die Polen als Krieger oder Opfer wurden je-

Das Bild Polens in Schweden ist ambivalent und schwankt zwischen den Extremen „Märtyrer“ und „Unruhestifter“.

doch stets auch von negativen begleitet: die Polen als Unruhestifter und als beinahe fanatische Katholiken. Die Stereotype haben noch tiefere historische Wurzeln: die polnisch-schwedischen Kriege im 17. Jahrhundert, als beide Seiten religiöse Kriegspropaganda gebrauchten, und das 18. Jahrhundert, als das polnische Staatswesen in Schweden als anarchisch und verdorben beschrieben wurde; damals entstand der bis heute verwendete Ausdruck „polsk riksdag“ („polnischer Reichstag“).

II.

Stereotype, die wir über andere hervorbringen, sagen oft mehr über uns selbst aus als über diejenigen, die wir mit ihrer Hilfe beschreiben wollen. Hinter dem Bild der Polen als Krieger und Opfer steht die Selbstauffassung der Schweden als friedliebendes Volk, das das Glück hatte, während der zwei letzten Jahrhunderte seiner Geschichte ohne Krieg und Blutvergießen zu leben – ein Rekord in Europa. Hinter den schwedischen Darstellungen der polnischen Anarchie wird die Überzeugung der Schweden erkennbar, dass sie dank ihres Organisations- und Zusammenarbeitsvermögens besser zurechtgekommen sind. Was den „fanatischen“ Katholizismus der Polen angeht, so wird dieser heute nicht mehr so stark in Kontrast zu dem schwedischen „rationalen“ Protestantismus gesetzt, sondern vielmehr zum hohen Säkularisierungsgrad der Schweden, der als Zeichen der Modernität verstanden wird.

Ein Thema, das neben den polnisch-russischen und den polnisch-deutschen Beziehungen in den Darstellungen Polens in der schwedischen Presse immer wieder auftaucht, ist der *Antisemitismus*. Dieses Thema ist in den Medien seit 1968 verwurzelt, als das Regime in Polen eine antisemitische Kampagne inszenierte. Es gibt Grund zur Annahme, dass ein Stereotyp über Polen als „traditionelle Antisemiten“ existiert. Schließlich ist ein nicht minder bevorzugtes Thema der Berichterstattung die *Umweltzerstörung*. Luft- und Wasserverschmutzung kennen keine Grenzen, sodass die Schweden von dem Umweltproblem der polnischen Nachbarn mit betroffen sind. Interessanterweise hat sich die Berichterstattung über das Umweltproblem gegen Ende der 1990er Jahre verändert. Die düsteren Darstellungen der Umweltsituation in Polen wurden stückweise durch Berichte über Bemühungen zur Verbesserung der Umweltsituation in Polen ersetzt, nicht zuletzt mit schwedischer Unterstützung und durch das Engagement schwedischer Firmen.

Zum Polenbild in den schwedischen Medien in den 1980er und 1990er Jahren gehörten außerdem die Armut und die Rückständigkeit im ländlichen Raum Polens. Im ersten Jahrzehnt nach dem Fall des Kommunismus wurde Polen zumeist als armes, verschmutztes, graues und tristes Land gesehen, voll von verzweifelte Menschen, die schwarz arbeiten, schmuggeln und Autos stehlen. Dieses Bild begann sich jedoch gegen Ende der 1990er Jahre stückweise zu verändern. Besonders in Verbindung mit dem EU-Beitritt wurde ein neues Polen sichtbar – ein Land mit vielen Fachkräften, einem großen Markt und immensem Potenzial für

Unternehmensinvestitionen. Diese positive Tendenz wurde durch die intensive Zusammenarbeit zwischen Schweden und Polen innerhalb der EU, besonders innerhalb des Ostseeraums, sowie durch ein wachsendes Engagement schwedischer Unternehmen in Polen bestärkt.

Der Durchbruch für ein verändertes Polenbild in Schweden geschah jedoch durch die Finanzkrise 2008. Während dieser Krise erkannten die Schweden zu ihrer Überraschung, dass Polen – neben Schweden – eines der wenigen europäischen Länder war, das sehr gut zurecht kam, besser sogar als Schweden. Die schwedischen Massenmedien „entdeckten“, dass die polnische Wirtschaft ebenso groß wie die schwedische und damit die achtgrößte der EU ist. Damit begann sich ein neues Polenbild abzuzeichnen – ein Land, dem es zügig gelungen war, sich aus dem Abgrund zu befreien, eine Erfolgsgeschichte. Außerdem begann man, Polen als wichtigen außenpolitischen Partner zu respektieren, vor allem durch die gemeinsame schwedisch-polnische Initiative für die Gestaltung und Leitung der östlichen Nachbarschaftspolitik der EU.

III.

Die radikalen Veränderungen in Polen durch den Regierungswechsel 2015 waren für Schweden überraschend. Wie konnte es in einem Land mit gesundem Wirtschaftswachstum und raschen Fortschritten im Modernisierungsprozess, das großen Nutzen von den offenen Grenzen hat und den Zufluss von EU-Kapital für den Aus- und Wiederaufbau von Infrastruktur genießt, zu einem solchen Machtwechsel kommen? Ein noch größerer Schock waren die Maßnahmen und Gesetzesänderungen, die die neue Regierung auf den Weg brachte. Die Beschlüsse zum Verfassungsgericht und zum staatlichen Fernsehen und Radio wurden als Versuch bezeichnet, die polnische Demokratie zu demontieren. Der Ton in den schwedischen Massenmedien wurde geradezu panisch, es gab Schlagzeilen wie „Polnische Unruhe: ein Land auf dem Weg in die Diktatur“ oder „Ungarische Krankheit hat Polen erfasst“.

In die Enttäuschung Schwedens über die Maßnahmen der neuen polnischen Regierung mischen sich Stimmen, die eine Bestrafung Polens fordern.

Zeitgleich mit den medial geäußerten Gefühlen der Empörung und Enttäuschung über den polnischen Nachbarn wurden Forderungen artikuliert, dass Polen in irgendeiner Weise bestraft werden sollte, wobei weitgehend Einigkeit darüber bestand, dass es Aufgabe der EU sei, ener-

gisch zu reagieren. Doch gehen die Meinungen darüber, welche Mittel die EU einsetzen soll, auseinander. Es gibt Unterstützung für den von der EU gewählten Weg des so genannten „Rechtsstaatsprozesses“, der darauf hinaus läuft, dass die EU-Kommission einen Dialog mit dem betreffenden Land einleitet, um einen Umgang damit zu finden, was als „systematische Bedrohung des Rechtsstaatsprinzips“ betrachtet wird. Andere Stimmen fordern eine direkte Bestrafung Polens durch die EU, indem „die umfassende wirtschaftliche Unterstützung ausgesetzt wird“ oder Polen sein Stimmrecht im Europäischen Rat verliert und „herausgemobbt“ wird. Die Anhänger moderater Lösungen sehen in derartigen Maßnahmen jedoch die Gefahr, dass dadurch dem Populismus und der polnischen nationalkonservativen Propaganda zusätzlicher Nährboden geboten werden könnte – einer Propaganda, die bereits behauptet, dass Polen eine halbkoloniale abhängige Stellung in der EU habe, die von den europäischen Großmächten Deutschland und Frankreich gelenkt werde. Zur Verteidigung der schwedischen Medien sollte jedoch gesagt werden, dass die Berichterstattung über die Entwicklung in Polen nicht nur auf belehrende und einfache Vorurteile hinausläuft, sondern ebenso zahlreiche tiefgreifende und umsichtige Analysen enthält. Diese Untersuchungen tragen dazu bei, das gegenwärtige Polenbild zu nuancieren.

Seit die nationalkonservative Regierung in Polen an der Macht ist, haben die schwedischen Medien die Entwicklungen des Landes fast minutiös verfolgt und dabei alle Schritte, die als Bedrohung des Rechtsstaats und der Demokratie interpretiert werden können, identifiziert: das Vorgehen der Regierung zur Lähmung des Verfassungsgerichts, die Kontrolle über die staatlichen Medien, der Zugriff auf den Geheimdienst und die Spionageabwehr, das Gesetz zur Neuordnung der Staatsanwaltschaft. Wachsam verfolgt man die wachsende nationalistische Rhetorik in Polen und die Veränderungen in der polnischen Geschichtspolitik. Die größte Empörung weckt in Schweden jedoch inzwischen die negative Einstellung Polens gegenüber Flüchtlingen und der Unwille der neuen Regierung, sich an der Umverteilung von Flüchtlingen in der EU zu beteiligen. Kritiker meinen, dass die Polen ihre Geschichte vergessen haben, nämlich, dass sie einst ein multikulturelles Land waren und viele Male selbst zu Flüchtlingen wurden. Man hat darauf verwiesen, dass es der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ geglückt ist, die Bevölkerung damit zu beunruhigen, dass Polen von den Flüchtlingen, die ihnen die EU aufzwingen würde, überschwemmt werden würde. Doch mangelt

es in den schwedischen Medien noch immer an einer Diskussion darüber, warum eine solche Propaganda in Polen überhaupt Resonanz findet.

IV.

Erwähnenswert ist, dass der Analyse eines veränderten Klimas zwischen Polen und Deutschland in den Untersuchungen der schwedischen Medien viel Raum gegeben wird. Es wird betont, dass die nationalkonservative Regierung Polens Deutschland gegenüber auf Distanz geht und damit die Zusammenarbeit im „Weimarer Dreieck“ zwischen Frankreich, Deutschland und Polen aufs Spiel setzt. Großen Anstoß nimmt Polen an Deutschlands Flüchtlingspolitik, die gemäß der neuen polnischen Regierung nicht nur die Sicherheit der EU und die Zusammenarbeit im Schengen-Raum gefährdet, sondern ebenso die kulturelle Identität Europas, die in den Augen der polnischen Nationalkonservativen auf dem christlichen Erbe beruht. Der Befund der schwedischen Medien lautet, dass das erste halbe Jahr nach dem Regierungswechsel einen kräftigen Rückschlag für den polnisch-deutschen Versöhnungsprozess bedeutet hat, der seit dem Fall des Kommunismus enorme Fortschritte gemacht hatte. Die Schuld wird der polnischen Führung zugeschrieben.

Für die Abkühlung des deutsch-polnischen Verhältnisses wird in den schwedischen Medien die polnische Regierung verantwortlich gemacht.

Das große Interesse der Medien an den polnisch-deutschen Beziehungen ist nicht so erstaunlich, wenn man bedenkt, dass es mindestens seit 1989 ein bevorzugtes Thema der schwedischen Berichterstattung über Polen war. Doch kehren auch andere favorisierte Themen in der aktuellen Berichterstattung zurück: die Beziehung zu Russland, die Frage des Antisemitismus und nicht zuletzt die katholische Kirche. Das Bündnis der Kirche mit der neuen Regierung wurde besonders beachtet, als Abtreibungsgegner in Polen, unterstützt von der Kirche, Unterschriften sammelten, um im Parlament eine Abstimmung über ein Kompletต์verbot von Abtreibungen zu erwirken. Die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ unterstützt ein solches Verbot, was eine Verschärfung des ohnehin sehr restriktiven Abtreibungsgesetzes möglich erscheinen lässt. In der schwedischen Gesellschaft weckt das Bestürzung. Polnische Frauen werden als Opfer gesehen, die Hilfe in schwedischen Abtreibungskliniken erhalten sollten.

Die historisch verankerten schwedischen Stereotype über Polen werden nun in der medialen Berichterstattung wiederbelebt, zumal die politische Wirklichkeit den Stoff dafür liefert, der sie bestätigen kann. In der Berichterstattung werden fanatische Katholiken beschrieben, die sich bei Straßendemonstrationen dem Kampf mit der wachsenden Opposition gegen „Recht und Gerechtigkeit“ stellen. Das Bild der Polen als einer Nation von Kriegern bestätigt sich durch die Berichte darüber, wie sie sich im neu geschaffenen „Komitee zur Verteidigung der Demokratie“ gegen die Regierung organisieren. Gleichzeitig berichtet man über die scharfen politischen Kämpfe und Beschimpfungen sowohl im polnischen Parlament als auch in den polnischen Medien, was die in ihrer politischen Kultur konsensorientierten Schweden an den Begriff „polsk riksdag“ und Polen als Unruhestifter erinnert.



*Demonstration in Poznań am 19. Dezember 2015
(Bild: Martin Buschermöhle)*

Überraschend ist dabei das große Interesse, das die schwedischen Medien an den jüngsten politischen Entwicklungen in Polen zeigen, ein Interesse, das sich sonst nur in Zusammenhang mit wirklich dramatischen Ereignissen einstellt. Bereits am 18. Dezember 2015, in Zusammenhang mit dem ersten großen politischen Kampf in Polen um das Verfassungsgericht, erklärte die große Abendzeitung *Expressen*, dass „sowohl die schwedische Regierung als auch die EU ein Auge darauf behalten sollten, was in Warschau passiert“. Intensität und Tonfall der Berichterstattung haben dazu geführt, dass der Außenminister Polens, Witold Waszczykowski, am 23. Januar 2016 eine Antwort auf die Kritik in einem großen Artikel in der Zeitung *Dagens Nyheter* veröffentlicht hat. Zudem war Schweden das erste Land, das Waszczykowski nach seiner Ernennung zum Außenminister besucht hat.

V.

Wie kann man Schwedens starke Anteilnahme an den jüngsten Entwicklungen in Polen erklären? Ein Teil der Erklärung liegt darin, dass sich Polen in den letzten Jahren dank der intensiveren Zusammenarbeit mit Schweden im wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Bereich in den Augen der Schweden „normalisiert“ hat und man gerade begonnen hatte, Polen wie jedes andere EU-Land und als verlässlichen Partner zu betrachten. Die Regierungsübernahme der Nationalkonservativen und ihre Art, Polen zu regieren, haben dieses Bild empfindlich getrübt. Polen erschien nun als Gegensatz zu Schweden. Das zeigt sich an den aufgebrachtten schwedischen Reaktionen auf eine Aussage, die Außenministers Waszczykowski in einem Interview für deutsche Zeitungen machte und die seitdem oft zitiert und kommentiert wurde. Um der Kritik an einer antiliberalen Neuausrichtung Polens zu begegnen, soll er gesagt haben: „Als müsse sich die Welt nach marxistischem Vorbild automatisch in nur eine Richtung bewegen – zu einem neuen Mix von Kulturen und Rassen, eine Welt aus Radfahrern und Vegetariern, die nur noch auf erneuerbare Energien setzen und gegen jede Form der Religion kämpfen. Das hat mit traditionellen polnischen Werten nichts zu tun.“

Die schwedische Antwort darauf könnte sein: „Das hat jedoch alles mit schwedischen Werten zu tun.“ Waszczykowski setzte die Werte in Kontrast zu den Idealen und Wertvorstellungen, die mindestens während der letzten drei Jahrzehnte in Schweden gehegt und gepflegt worden sind: kulturelle Vielfalt, Umwelt- und Klimabewusstsein sowie Säkularisierung. Die Aussage wird

Es gibt einen Graben zwischen den polnischen Konservativen und dem, wofür Schweden steht.

deswegen in Schweden als extrem provokant gesehen und rief eine Menge öffentlicher wütender und höhnischer Kommentare hervor. Somit wurde offensichtlich, dass es einen Graben zwischen den polnischen Konservativen und dem, wofür Schweden steht, gibt. Letztlich handelt es sich um einen Zusammenstoß zwischen konservativem Traditionalismus und einer Nation, die sich nach Fredrik Lindström, Autor mehrerer Bücher über das Schwedisch-Sein, in vielerlei Hinsicht als „modernstes Land der Welt“ begreift. Die konservativen Politiker Polens fordern Schweden geradezu heraus. Beide Seiten stärken ihre Identität dadurch, dass sie sich von den Wertvorstellungen des anderen distanzieren.

Hinter dem starken Interesse Schwedens an den aktuellen Entwicklungen in Polen gibt es mittlerweile auch die Sorge, dass die Kritik an Liberalismus und Multikulturalismus, die von den polnischen Konservativen vorgebracht wird, die nationalistischen Kräfte in Schweden anstecken könnte, die während des letzten Jahres aufgrund der Flüchtlingskrise in Europa und der starken Zuwanderung nach Schweden beinahe dramatischen Zulauf hatten. Ein Anzeichen für diese Sorge ist, dass die schwedischen Medien im Winter über die Verhaftung einer explizit *polnischen* Gruppe berichtete, die zusammen mit Vertretern der nationalistischen Organisation *Nordisk Ungdom* („Nordische Jugend“) in eine Schlägerei während einer Demonstration gegen Einwanderung in Stockholm verwickelt war. Es gibt ein wachsendes Bewusstsein unter den politischen und kulturellen Eliten Schwedens dafür, dass das, was in Polen geschieht, kein Einzelphänomen oder nur in postkommunistischen Staaten möglich ist. Es geht um die Bewegung von Ideen und Stimmungen, die sich in ganz Europa auszubreiten beginnen und fast Formen eines Kulturkampfes annehmen, in dem die Gegner ganz unterschiedliche Wertvorstellungen, unterschiedliche Sichtweisen auf Demokratie und unterschiedliche Erklärungen der augenblicklichen Wirklichkeit haben. Wie soll man dieser zunehmenden Polarisierung begegnen? Schwedens Umgang mit den Entwicklungen in Polen kann zu einem Experimentierfeld werden. Bisher hat man meist Belehrung und Beschämung als Strategien eingesetzt, doch die Frage ist, ob man nicht nach einer Art der Kommunikation suchen und einen Dialog führen sollte, um die Gründe für die Standpunkte und Reaktionen der Gegenseite zu verstehen. Das ist ungeheuer schwierig, wenn man weit voneinander entfernt steht, aber womöglich notwendig für die Zukunft Europas.

In dem am Anfang dieses Aufsatzes zitierten Gedicht von Bellman bekommt der Protagonist, Spielmann Mollberg, die Frage gestellt: „Was zum Teufel scheren dich Polens Affären?“ Die Antwort der Schweden auf diese Frage könnte heute sein: Die Angelegenheiten Polens scheren uns, weil viel mehr als nur Polen auf dem Spiel steht.

Aus dem Schwedischen übersetzt von Katja Will.

„Kunst muss in gute und schlechte unterschieden werden.“

Kultur im Dienste des Staates

Piotr Kosiewski ist Historiker, Kunstkritiker und Publizist. Er arbeitet beim „Tygodnik Powszechny“ sowie dem Magazin „Szum“.

Der Regierungswechsel in Polen nach den letzten Parlamentswahlen hatte nicht nur Folgen für die politische Ausrichtung Polens. Auch der Umgang der neuen politischen Führung mit den Medien und kulturellen Einrichtungen änderte sich schlagartig. Der Beitrag vermittelt einen Überblick über aktuelle Entwicklungen in Polen hinsichtlich des medialen und kulturellen Lebens.

Ende März 2016 fasste die neue Führung des Ministeriums für Kultur und Nationales Erbe (MKiDN) die ersten 100 Tage der neuen Regierung zusammen. Genannt wurde eine lange Liste von Erfolgen – von der Gründung neuer Institutionen, die sich mit der polnischen Geschichte befassen, bis hin zu Veränderungen in den öffentlich-rechtlichen Medien. Kaum weniger bedeutsam ist, dass dieser Bericht eines nicht enthält: zeitgenössische Kunst.

Kultur und ihre Bedeutung in Polen

Kultur nahm in den programmatischen Dokumenten der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) stets einen besonderen Platz ein. Wohl keine andere politische Gruppierung hat ihr so viel Aufmerksamkeit gewidmet. Im neuesten, 2014 verabschiedeten Programm der Partei heißt es, dass die Kultur „das Fundament der nationalen Identität und einer der wichtigsten Faktoren für die zivilisatorische Entwicklung Polens“ ist. Darum benötige sie Hilfe vonseiten des Staates und sollte diese auch erhalten, da „der Staat alleine ohne Kultur nicht überleben und sich entwickeln könnte“. Es gibt allerdings eine wichtige Einschränkung – „das

Ausmaß dieser Hilfe muss mit der Sphäre jener Werte übereinstimmen, die vom Staat propagiert werden.“

Nach der für die PiS siegreichen Wahl wurde Professor Piotr Gliński neuer Kulturminister, ein Soziologe und Wissenschaftler am Institut für Philosophie und Soziologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften; der PiS ist er seit einigen Jahren verbunden (2013 war er ihr Kandidat

für das Amt des Premierministers). Er wurde nun nicht nur Minister, sondern auch stellvertretender Premierminister. Zum ersten Mal in der Geschichte der Dritten Republik erhielt ein amtierender Kulturminister einen

Kultur nahm in den programmatischen Dokumenten der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ stets einen besonderen Platz ein.

solch bedeutenden politischen Rang. Mehr noch, zwei weitere Abgeordnete, Krzysztof Czabański und Jarosław Sellin, wurden Vizeminister. So besteht kein Zweifel daran, welche Rolle die Kultur und das Ministerium selbst, das früher gelegentlich mit parteilosen Experten besetzt wurde, für die gegenwärtige Regierung spielen.

Ein gutes Beispiel hierfür sind die *öffentlich-rechtlichen Medien*. Zu Beginn der Regierungskoalition von Bürgerplattform (PO) und Polnischer Bauernpartei (PSL) wurde die Arbeit an einem Gesetz über den Landesrundfunk- und Fernsehrat (Krajowa Rada Radiofonii i Telewizji, KRRiT) vom Kulturministerium in die Kanzlei des Premierministers verlagert, obwohl die öffentlich-rechtlichen Medien traditionell dem Kulturminister unterstanden. Dennoch gelang es der PO-PSL-Regierung zwei Legislaturperioden hindurch nicht, die Lage in den öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten zu ordnen: Ihnen wurde oft Kommerzialisierung vorgeworfen; es hieß, sie würden ihrer Aufgabe nicht nachkommen, und gerade im Umfeld der PiS wurde gesagt, sie seien parteiisch und zu nahe an der Politik. Auch das Problem ihrer Finanzierung konnte nicht gelöst werden.

Es ist eine der Prioritäten der neuen Regierung, die öffentlich-rechtlichen Medien umzugestalten. In den letzten Dezembertagen 2015 wurde ein neues Gesetz verabschiedet, demzufolge es möglich war, neue Direktoren von Radio und Fernsehen einzusetzen. TV-Direktor wurde der Rechtspolitiker Jacek Kurski, der bis zu seiner Ernennung kurz stellvertretender Kulturminister der neuen Regierung gewesen war.

Rechte Kreise, auch Journalisten, kritisierten die Vorgängerregierung scharf, weil sie viele Mitarbeiter der öffentlich-rechtlichen Medien entlassen hatte. Sie legten eine Liste mit vielen dutzend Journalisten vor, die

2007 bis 2015 ihren Abschied genommen hatten. Allerdings umfasst eine von der Journalistengesellschaft (Towarzystwo Dziennikarskie) geführte Entlassungsliste alleine für die Monate Januar bis April 2016 bereits 140 Namen. Wohlgemerkt haben diese Entwicklungen keinerlei Widerstand bei der wichtigsten Berufsorganisation, der „Vereinigung der Journalisten Polens“ (Stowarzyszenie Dziennikarzy Polskich), hervorgerufen.

Im April 2016 präsentierte die Regierung ihr so genanntes „Großes Mediengesetz“, das die Arbeit der öffentlich-rechtlichen Medien in Polen (auch der Polnischen Presseagentur PAP) endgültig verändern wird. Dieses Gesetzesprojekt wurde zwar von allen Oppositionsfraktionen im Sejm kritisiert, konnte aber aufgrund der absoluten Mehrheit der Regierungspartei im Sejm verabschiedet werden.

Es ist kein Zufall, dass die PiS den öffentlich-rechtlichen Medien so viel Aufmerksamkeit schenkt. Meist wird auf ihre Bedeutung bei der Gewinnung von Wählerunterstützung verwiesen. Keine geringere Rolle hat aber ihr gemeinschaftsbildender Charakter, was von den bislang Regierenden vernachlässigt worden war. Heute sollen die öffentlich-rechtlichen Medien ein wichtiges Werkzeug der Identitätspolitik bilden.

Die Vergangenheit als Werkzeug

Der kulturpolitische Bericht für die ersten 100 Regierungstage widmete der Gründung historischer Museen viel Aufmerksamkeit. Darunter befinden sich: Das Museum der Geschichte Polens, das Józef Piłsudski-Museum, das Museum für die polnischen Judenretter im Zweiten Weltkrieg (Ulma-Museum in Markowa) sowie das Museum der verfeimten Soldaten in Ostrołęka (für die antikomunistischen Widerstandskämpfer nach 1945). Angekündigt wurde die Gründung eines Witold-Pilecki-Zentrums für die Erforschung der Totalitarismen sowie ein Programm „Aufzeichnungen des Terrors. Zeugnisse vor der Hauptkommission für die Erforschung der deutschen Verbrechen / Kommission für die Verfolgung der Verbrechen gegen die polnische Nation“, bei dem diese Zeugnisse veröffentlicht und ins Englische übersetzt werden sollen. Als wichtige Entscheidung gilt auch, dass die Mittel für patriotische Projekte im Jahr 2016 erhöht wurden. Alle diese Maßnahmen zeigen in der Praxis die Prioritäten der PiS-Kulturpolitik. Bemerkenswert ist, dass im Bericht selbst keinerlei Aktivitäten des Ministeriums in Hinblick auf die zeitgenössische Kunst genannt werden.

Es sollte niemanden überraschen, mit welcher Aufmerksamkeit die neue Regierung die Vergangenheit bedenkt. Zur Bedeutung der Geschichtspolitik haben sich die Politiker der Regierungspartei vielfach geäußert. So hob Andrzej Duda während des Präsidentschaftswahlkampfes hervor: „Es müssen 26 Jahre aufgeholt werden, in denen Polen es nicht verstanden hat, sich um seine Geschichte und sein Ansehen in der Welt zu kümmern.“



Die Stichwahl zum Präsidentenamt am 24. Mai 2015 gewann Andrzej Duda (PiS). Das Bild von Martin Buschermöhle zeigt ein Wahllokal in Poznań.

Als Präsident ließ er Arbeiten an einer Strategie für eine polnische Geschichtspolitik aufnehmen und erklärte, Erinnerungspolitik werde eine Säule seiner Präsidentschaft sein. Schließlich kündigte der PiS-Vorsitzende Jarosław Kaczyński im Parlamentswahlkampf 2015 an, eine globale Kultur-, Bildungs- und Geschichtspolitik betreiben zu wollen. „Lasst uns Geld für zwei oder drei Hollywoodfilme sammeln, die zeigen, wie es in Polen wirklich gewesen ist“, erklärte er.

Sowohl die Verlautbarungen der Politiker als auch die realen Maßnahmen haben dazu geführt, dass die PiS vor allem als vergangenheitsorientiert wahrgenommen wird. Ihr Ziel ist es, wie Jakub Majmurek im „Dziennik Opinii Krytyki Politycznej“ (Februar 2016) schrieb, „Mythen einer nationalen Gemeinschaft zu errichten“. Es soll eine Poli-

tik sein, die sich nicht nur gegen die Politik der Vorgängerregierung richtet, sondern überhaupt gegen die meisten Regierungen seit 1989. Dies erfordert eine entsprechend konstru-

Als wichtige Entscheidung gilt auch, dass die Mittel für patriotische Projekte im Jahr 2016 erhöht wurden.

ierte Erzählung über die eingeleiteten Maßnahmen. So haben etwa die Arbeiten an den im 100-Tage-Bericht genannten Museen vor vielen Jahren begonnen, doch die Bedeutung der Vorgänger für diese Projekte wird sorgfältig verschwiegen.

Moderne als Problem

Die Auseinandersetzungen um diese Pläne zeigen gut, dass der Konflikt zwischen der vorherigen und der gegenwärtigen Regierung nicht die

Frage betrifft, ob überhaupt eine Geschichtspolitik betrieben werden muss, sondern die Frage, *welches Geschichtsbild* vermittelt werden soll. Dabei möchte die PiS sich das ausschließliche Recht vorbehalten, die Sicht auf die Geschichte Polens sowie die polnische Identität zu gestalten. Die Theaterkritikerin und derzeitige stellvertretende Kulturministerin Wanda Zwinogrodzka skizzierte auf der PiS-Programmkonferenz „Polen denken“ die Unterschiede zwischen der staatlichen Kulturpolitik der PO-PSL-Koalition sowie der PiS. Ziel dieser Politik solle es nicht sein, „die ererbte Tradition nach den Mustern der gegenwärtigen *political correctness* zu rekonstruieren, die rückständigen Polen zu einer Postmoderne umzuerziehen“. Vielmehr solle sie darauf abzielen, „die überstrapazierten und immer weiter zerbröckelnden gemeinschaftsstiftenden Bande zu stärken“.

Trotz vermeintlich fehlenden Interesses an der Gegenwart ist auch die heute entstehende Kunst Teil des PiS-Projekts. Die Jahre 2007 bis 2015 waren ein großer infrastruktureller Sprung in der Kultur. Vor allem dank EU-Mitteln entstanden zahlreiche Objekte, nicht nur in den wichtigsten Zentren, sondern auch an kleineren Standorten. Viele andere wurden modernisiert. Langsam wurden Rückstände aufgeholt, die zum Teil mehrere Jahrzehnte betrug. Außerdem setzte in vielen Institutionen ein Generationenwandel ein. Auch die Präsenz polnischer Kultur im Ausland wurde stärker; einige Künstler wurden zu einem festen Bestandteil der internationalen Kunstszene.

Viele Probleme wurden jedoch nicht gelöst und es entstanden neue, etwa die Diskrepanz zwischen den Aufwendungen für Gebäude und für den Unterhalt von Einrichtungen. Ein Gesetz zur Regulierung des Verlagswesens kam nicht zustande, die Reprivatisierung – auch von Kulturgütern – wurde nicht geregelt. Ein Problem bleiben die niedrigen Löhne in den Kultureinrichtungen. Für viele Künstler ist das Fehlen einer festen Anstellung eine große Herausforderung, auch weil sie deshalb nicht sozialversichert sind.

Zwar wurden alle diese Dinge beschrieben und diskutiert, doch waren sie bei den Wahlkämpfen des letzten Jahres kein wirklich wichtiges Thema. Trotz diverser Wahlversprechen einzelner Parteien kann man kaum von einem umfassenden kulturpolitischen Projekt sprechen. Die Aktivität der Künstler selbst beschränkte sich darauf, sich in Unterstützungskomitees für diverse Politiker zu engagieren. Eine Ausnahme war wiederum die PiS, die in ihrem Programm der Kultur besondere Aufmerksamkeit schenkte. Sie machte – worauf auch ihre Kritiker hinwiesen

– durchaus begründet auf die Bedeutung von Kultur außerhalb der großen Metropolen aufmerksam, kündigte Mittel für Bibliotheken, Programme zur Leseförderung, Unterstützung junger Künstler („Wyspiański-Stipendienprogramm“) sowie Hilfe bei der Vermarktung von Künstlern im Ausland an.

Gleichzeitig aber beurteilt die PiS einen erheblichen Teil des gegenwärtig entstehenden künstlerischen Schaffens sehr kritisch. Im Parteiprogramm heißt es: „Mit den Steuergeldern werden verschiedenerlei pseudokünstlerische Exzesse finanziert, die oft obszön oder Profanisierungen sind. Diese Unternehmungen können überwiegend nicht als Kunst gelten, sondern verletzen verschiedene moralische Tabus, aber auch eine Sphäre, die von der Religion als heilig erachtet wird.“

Diese Worte passten überraschend gut zu den Äußerungen einiger Künstler. Auf einem Wahlkampftreffen von Künstlern mit Andrzej Duda sagte der Dichter, Essayist und Publizist Bohdan Urbanowski: „Die Tradition wird lächerlich gemacht, die patriotischen Vorbilder und heldenhaften Verhaltensweisen werden zerstört, der Bereich des *sacrum* befleckt – und an diese Stelle werden niedrigere Werte gestellt ... Alle diese Antiwerte werden in attraktiver, meist ‚europäischer‘ Verkleidung dargeboten ... In der Kultur ... gibt es unbekannte Auftragstäter und Auftragsmörder ... Die Feinde der polnischen Kultur müssen erkannt werden, es muss festgestellt werden, von wo die Angriffe kommen, wo man Verbündete findet und wo die fünfte Kolonne aktiv ist.“¹

Die Guten und die Schlechten

Zwar werden von Politikern und Künstlern selten die Namen konkreter Kulturschaffender genannt, doch wird der Mainstream der zeitgenössischen Kultur größtenteils misstrauisch, ja sogar feindlich betrachtet. Gleichzeitig werden Kulturschaffende, die sich auf rechte oder konservative Traditionen beziehen, als „marginalisiert“, „ausgegrenzt“ oder gar „verfolgt“ bezeichnet (obwohl viele von ihnen Teil des kulturellen Establishments sind). Gelegentlich gab es auch die Erwartung, dass die neuen Machthaber nicht nur mit der bisherigen Kulturpolitik brechen und ihnen nahestehende künstlerische Kreise unterstützen, sondern dass sie auch als „antipolnisch“ geltende Künstler aus öffentlichen Institutionen beseitigen werden.

¹ Zitiert nach einer online-Veröffentlichung auf www.niezalezna.pl, Mai 2015.

Kunst „muss in gute und schlechte unterschieden werden, je nachdem ob sie mit der polnischen Staatsräson übereinstimmt oder ob sie sie infrage stellt“, legt Tadeusz Deszkiewicz dar, ein Musikjournalist, der seit 2015 Berater von Präsident Andrzej Duda und seit Februar 2016 neuer Direktor des öffentlich-rechtlichen polnischen Radios RDC ist.² „Die erste muss unterstützt werden, um ein Bild von den im Inland wie im Ausland lebenden Polen als eines Volks zu untermauern, das international zählt“, fügt er hinzu, ergänzt jedoch: „Das ist nicht leicht, da die Demokratie die Möglichkeit zur Freiheit des künstlerischen Ausdrucks gibt, selbst wenn sie ... provokant und bilderstürmerisch ist. Derlei Aktivitäten können nicht von oben verboten werden, dürfen aber sicherlich nicht vom Staatsapparat beworben und unterstützt werden.“

Auffällig ist, dass die Jurymitglieder für die meisten Projektausschreibungen des Kulturministeriums für 2016 ausgetauscht wurden.

Piotr Gliński traf sich schon gleich zu Beginn seiner Amtszeit als Kulturminister mit etwa 50 Kulturschaffenden. Er hielt dies für notwendig, weil diese Personen – wie er sagte – „ein sehr schweres Leben hatten ..., da sie keinen Zugang zu öffentlichen Mitteln hatten ..., obwohl es sich um bedeutende Künstler handelt“. Auch wurden die Jurymitglieder für die meisten Projektausschreibungen des Kulturministeriums für 2016 ausgetauscht. Die Ergebnisse zeigen, wie Kulturpolitik auch betrieben werden kann. Bei der Ausschreibung für den Ankauf zeitgenössischer Kunst in „regionalen Sammlungen“ kam etwa das Nationalmuseum der Hauptstadt nicht zum Zuge. Man hielt es für angebrachter, u. a. eine Sammlung modernen Schmucks für das Danziger Bernsteinmuseum anzukaufen. In der Ausschreibung zur Bildung nationaler Sammlungen zeitgenössischer Kunst wurden überhaupt keine Zuschüsse vergeben; sie wird wiederholt.

Zugleich wird sich das Ministerium mit den Erwartungen derer auseinandersetzen müssen, die die gegenwärtige Regierung unterstützt haben (und deren Erwartungen durch die PiS gewachsen waren). Kurz nach den Wahlen veröffentlichte die rechte Tageszeitung „Gazeta Polska Codzienna“ einen Brief an den Kulturminister mit der Forderung, Jan Klata – einen erfolgreichen jüngeren Regisseur – als Direktor des „Narodowy Stary Teatr“ in Krakau abzusetzen. Man warf ihm vor, dass er „unbeeindruckt von der allgemeinen Empörung ... mit ganzer Konse-

2 Zitiert nach www.wpolityce.pl, 05.06.2015.

quenz auf einer staatlichen, von Steuerzahlern finanzierten Bühne den Plan verwirklicht, die polnische Tradition zu zerstören“. Unter den mehr als 100 Unterzeichnern dieses Briefs fanden sich viele rechtsstehende Intellektuelle, doch nur eine Person, die aktuell in der Theaterszene aktiv ist. In einem anderen Fall forderte ein PiS-Abgeordneter im Namen der „patriotischen Malerin und Sängerin“ Bogna Lewtak-Baczyńska, die Nationalgalerie „Zachęta“ solle die jährliche Ausstellung des – eher marginalen – „Verbands der Polnischen Bildenden Künstler“ veranstalten.

Das sind nur zwei Beispiele für derlei „Erwartungen“. Im ersten Fall ordnete Gliński an, das Repertoire des Stary Teatr „künstlerisch zu überprüfen“, letztlich behielt Jan Klata aber seinen Job. Und der PiS-Abgeordnete erhielt die Antwort, das Ministerium werde untersuchen, ob es eine „Mafia“ gäbe, die Künstlern den Zugang zur Nationalgalerie verwehre. Gliński kündigte auch an, die Satzungen öffentlicher Kultureinrichtungen zu prüfen und so zu ergänzen, dass sie zu einer dem Ministerium genehmen Programmpolitik gezwungen werden können.

Außerdem beauftragte das Ministerium die politisch rechts stehende „Republikanische Stiftung“ (Fundacja Republikańska) mit der Revision einer Reihe ihm unterstehender Einrichtungen, was insgesamt als Ankündigung verstanden wurde, ihre Leiter zu entlassen. Noch vor Beginn dieser Überprüfungen wurde – in der Mitte seiner Amtsperiode – dem Direktor des Buchinstituts Grzegorz Gauden der Stuhl vor die Tür gesetzt.

All diese Maßnahmen können bedeuten, dass die Autonomie der Institutionen und die Kulturförderung beschnitten werden, wenn sie die

Erwartungen der Regierenden nicht erfüllen. Wäre dies gleichbedeutend mit der Einführung von Zensur? Piotr Gliński schränkte in einem Gespräch mit der Tageszeitung „Nasz Dziennik“ (die zum katholischen Medienkonzern von Pater Tadeusz Rydzyk gehört) ein: „Es ist sehr schwer, in den

Bereich der so genannten künstlerischen Freiheit einzugreifen, die uns nicht gefallen muss, da sie gelegentlich bestimmte kulturelle Tabus bricht oder die nationale Kultur diskreditiert, doch wir müssen hier vorsichtig sein. Diese Kriterien sind stets unscharf, künstlerische Freiheit ist schließlich ein wichtiger Wert und wir setzen uns immer auch Gegenargumenten der anderen Seite aus.“

Man kann die aktuellen Maßnahmen so deuten, dass die Autonomie der Institutionen und die Kulturförderung beschnitten werden, wenn sie die Erwartungen der Regierenden nicht erfüllen.

Eigentlich aber schlägt die PiS – auch wenn dies nicht das Ziel ihrer Politik ist – die Einführung eines Mechanismus vor, den man „ökonomische Zensur“ nennen könnte. Durch die Steuerung mit Fördermitteln kann man nämlich – so wie in Ungarn unter Victor Orbán – künstlerisches Schaffen zum Schweigen bringen oder marginalisieren, wenn es den Erwartungen der Regierung nicht entspricht.

Im Dezember 2015, kurz nach der Amtseinführung der neuen Regierung, warnte Tadeusz Koczanowicz in der Vierteljahresschrift „Res Publica Nowa“ davor, dass die PiS-Politiker bestimmen wollten, „womit sich Künstler befassen sollen und welches die Grenzen ihrer Aussagen zu sein haben. Diese Grenzen sind die Werte des Regierungslagers, die nach Auffassung seiner Vertreter von allen Bürgern geachtet werden, woraus es eine Legitimation seiner Macht schöpft.“ Die darauffolgenden Monate haben diese Beobachtung wohl leider bestätigt.

Aus dem Polnischen übersetzt von Peter Oliver Loew.

Agnieszka Hreczuk

Eine verlorene Generation? Drei Porträts von jungen Menschen aus Polen

Agnieszka Hreczuk, Journalistin, stammt aus Polen und schreibt für Zeitungen und Magazine in Deutschland und Polen (u. a. „Tagesspiegel“ und „Polityka“). Sie ist Mitglied des n-ost-Recherchenetzwerks und hat auch die beiden Bilder zur Verfügung gestellt.

Michał ist ein erfüllter Mensch

Er kommt in Sportschuhen, Jeans und einem gelben Jumper mit Kapuze. Im Anzug und mit Halbschuhen kann man nicht so schnell laufen, und er stehe immer unter Zeitdruck, sagt Michał. Zum Glück könne er sich das in seiner Branche erlauben, da erwarte niemand von einem Inline-Skating-Trainer schicke Kleidung, lächelt Michał. Sein Smartphone vibriert pausenlos. Eigentlich fällt er mit seinem lässigen Stil im gemütlichen Café im französischen Stil gar nicht auf. An den Tischen sitzen Schulter an Schulter die Korporations-Mitarbeiter in Anzügen, die hektisch ihren Mittagskaffee runterschlucken, und junge Mütter, die sich nach dem Kinderwagen-Jogging zum entspannten Quatschen getroffen haben. Im Warschauer Viertel Ursynow ist immer was los.

Michał wurde 1991 geboren, als Ursynow noch eine Vorzeigeplatenbausiedlung war, weit von der Innenstadt entfernt. Dicht an den sozialistischen Bauklötzen bauten die Bauern immer noch Kohl und Kartoffeln an. Als nach der Wende die U-Bahn das Viertel mit dem



Stadtzentrum verbunden hat, boomte Ursynow. Das restliche Ackerland wurde mit Wohnhäusern bebaut. Für junge Menschen der Jahrgänge Ende Siebziger aufwärts war es eine günstige Gelegenheit, ihre erste Wohnung hier zu kaufen. Lebendig ist heute das Viertel, jung, wie ein Symbol des neuen Warschau und der neuen Generation. Eine Generation, die, wie Michał, nur das demokratische und marktwirtschaftliche Polen kennt, das EU-Polen ohne Grenzen.

Sein Werdergang, sagt er, war eigentlich von Anfang an geplant: Schule, Gymnasium, Abitur, Studium. Eine Alternative war nicht vorgesehen. Beide Eltern, Akademiker, wären nicht auf die Idee gekommen, dass der Sohn einen anderen Weg ginge. Sie kümmerten sich darum, dass er eine gute Bildung bekam, bezahlten seine Sprachkurse und zusätzlichen Mathematik- und Geschichtsunterricht. Doch sie erlaubten ihm auch, seinem Hobby nachzugehen, obwohl sie es nicht so ganz nachvollziehen konnten – Michał lächelt, wenn er sich daran erinnert. „Inline-Skating war für sie etwas merkwürdiges, sie wussten nicht so recht, was sie damit anfangen sollten.“ Schwer zu sagen, ob sie sich jetzt damit abgefunden haben, dass ihr Sohn von einer Inline-Skating-Schule lebt, aber sie wissen, dass er in der Szene anerkannt ist und es ihm Spaß macht. Und – dass er eine gute Ausbildung hat, falls er es sich dann doch einmal überlegen sollte, etwas anderes zu tun. Irgendwann wird man gesetzter.

Michał ist einer von diesen jungen Menschen, die ohne Arbeitsvertrag arbeiten, sondern nur mit Werkverträgen oder als Selbstständige. Viel häufiger noch als Scheinselbstständige: Sie müssen ihre Firma gründen, damit sie den Arbeitsgeber weniger kosten, arbeiten aber wesentlich mehr und bleiben ohne jeglichen Schutz. Auf diese Weise arbeite jeder sechste Pole; unter den jüngeren, bis 30-Jährigen, ist der Anteil sogar höher und beträgt 25 Prozent, berichtet die Polnische Agentur für Unternehmensentwicklung. „Generation der Müll-Verträge“, so nennt man sie in Polen. Sie bezahlen ihre Sozial- und Krankenversicherung selbst – oder bezahlen sie überhaupt nicht, weil sie sich das nicht leisten wollen oder können.¹ Von ihren Gehältern können sie sich keine Mietwohnung leisten, einen Kredit bekommen sie nicht, weil sie nicht kreditwürdig sind. Alles in allem eine ungewisse Zukunft, so alarmieren die Medien und Politiker von allen Seiten.

Bei Michał ist allerdings seine berufliche Situation seine eigene Wahl. Er habe eine der besten Hochschulen absolviert: die Handelsuniversität

1 In Polen gibt es z. Zt. noch keine Krankenpflichtversicherung.

in Warschau mit dem begehrten Studiengang Finanzen. Er hat eine Festanstellung bekommen, doch schnell war er enttäuscht. „Gutes Gehalt, Sicherheit, aber ich hatte oft den Eindruck, ich werde für nichts bezahlt“, sagt er, als ob er immer noch Schuldgefühle hätte. „Ich saß da, wusste auch nicht, ob ich überhaupt zu guten Ergebnissen beigetragen habe oder für die schlechten zuständig war.“ Michał gründete dann seine Inline-Skating-Schule. Am Anfang war er wohl der einzige, der an seinen Erfolg glaubte. Doch immer mehr Menschen fanden diesen Sport toll. Kunden kamen in Strömen. Nebenbei entwickelte Michał in Polen das Night Skating. Innerhalb von wenigen Jahren stieg die Teilnehmerzahl von 300 auf bis zu 6.000. „Ein Zuwachs von 2.000 Prozent“, Michał scheint selbst überrascht zu sein. „In einem Unternehmen wäre es ein Spitzenergebnis“, lacht er. Als er vor Kurzem so viele Leute gesehen hat, erzählt er, war das ein merkwürdiges Gefühl. Eine riesige Freude sei es gewesen, Stolz. „Ein bisschen wie ein Vater, der auf sein Kind schaut“, sagt er.

Die meisten jungen Polen brauchen das Gefühl, auf etwas stolz zu sein, aber sie brauchen vor allem ein sicheres Leben. Auch wenn die Arbeit langweilig ist: Hauptsache, sie erlaubt einen guten Lebensstandard. „Ein Haus, ein Auto“, zählt Michał auf, Auslandsurlaub ein- oder zweimal im Jahr: sein Leben in zwanzig Jahren. Die Erwartungen von jungen Menschen sind relativ hoch, höher als in der Generation davor, behaupten die Arbeitgeber. Bei den Studienkameraden von Michał liegt das gewünschte Anfangsgehalt bei ca. 4.000 Złoty netto (ca. 980 Euro). So viel beträgt mehr oder weniger das Durchschnittsgehalt – allerdings brutto. In Polen ist eine Eigentumswohnung beinahe ein Muss. Wer keine Wohnung geerbt hat oder wer aus seiner Heimatstadt ausgewandert ist, muss mit einem Kredit nachhelfen – häufig eine Verpflichtung für die nächsten 30 Jahre. Dabei ist diese Einstellung nicht nur eine Sache der Laune und Gewöhnung: In Polen sind die Mieter kaum geschützt. Von einem Tag auf den anderen kann die Wohnung gekündigt werden. Auch die Höhe der Miete wird nach Belieben der Vermieter festgelegt. Eine Eigentumswohnung, auch wenn sie klein ist, gibt ein Gefühl der Sicherheit.

Zwei oder drei Kinder, sagt Michał, und eine liebevolle Ehefrau: So sieht er seine künftige Familie. Für die meisten jungen Menschen in Polen heißt es: „Informelle Beziehungen sind in Ordnung, aber für mich wünsche ich mir doch einen Trauschein.“ „Ich bin katholisch und deshalb ist mir eine kirchliche Trauung wichtig“, gesteht Michał. Aber beim

Wunsch nach einer traditionellen Familie geht es nicht nur darum, vielmehr blickt auch eine Art von Bedürfnis nach Stabilität heraus. „Wenn man nicht verheiratet ist, dann kann man einfach so bei jedem Problem verschwinden. Kündigen oder gekündigt werden, wie bei einem Müll-Vertrag.“

Marcin fühlt sich im Stich gelassen

„Eine verlorene Generation? Klar, das sind wir“, sagt Marcin. „Man hat uns die ganze Zeit gesagt, dass wir studieren sollten, und dann würden wir gut leben“ – die Eltern, Lehrer, Politiker. Marcin tritt einen Stein auf dem Bürgersteig, steckt die Hände tiefer in die Hosentaschen. Eine dunkle Jacke, dunkle Hose. Dunkle Gedanken. Müde ist er, wie immer nach der Arbeit. In einem Baumarkt in der südostpolnischen Kleinstadt Przemyśl arbeitet er, nur zehn Kilometer von der Grenze zur Ukraine entfernt. Es ist das so genannte Polen B – eine wirtschaftlich unterentwickelte Region. Obwohl dieser Teil Polens in den letzten zehn Jahren mithilfe der EU-Gelder kräftig ausgebaut wurde, sind die Unterschiede immer noch sichtbar. Marcin heißt nicht Marcin, er besteht darauf, dass man sogar seinen Vornamen nicht nennt. Er scheint sich zu schämen. Denn alles, findet er, ist bei ihm schief gelaufen. „Ich bin schon Mitte zwanzig, nach dem Studium, und habe keine Chance auf meine eigene Wohnung, werde so keine Familie gründen können“, winkt er resigniert mit der Hand. Seine Eltern haben eine Berufsschule abgeschlossen. Damit hatten sie trotzdem einen bescheidenen, jedoch sicheren Job, erzählt Marcin. Die Mutter arbeitet in der Verwaltung als Angestellte, der Vater war angestellter Handwerker. Für ihren Sohn haben sie sich einen Aufstieg gewünscht.

Damals sind überall in Polen Hochschulen entstanden, private und staatliche. Junge Polen sollen studieren, hieß es. Nur ein Studium sichere ein gutes Leben. Berufsschulen sind passé, nur für Versager. In den letzten zehn Jahren hat sich der Anteil der Studierenden und Akademiker unter den jungen Polen verdoppelt und beträgt momentan weit über 40 Prozent, eine der höchsten Raten in der EU. Die meisten von ihnen werden zum Kern der „verlorenen Generation“.

Auch Marcin ging aufs Gymnasium und später auf eine Hochschule, die gerade in der Stadt gegründet wurde. „Und jetzt bin ich ein Diplom-Politologe an der Kasse in einem Baumarkt“, lächelt er ironisch. Seine wenigen Schulkameraden, die – dem Strom entgegen – auf die Berufs-

schule gingen, leben nun besser als er. Marcin ist keine Ausnahme. Unter seinen Arbeitskollegen sind studierte Philologen, Soziologen, Pädagogen. Einen Job in ihrem Beruf haben sie nicht gefunden. Es kann noch schlimmer kommen – die Einwohner der Stadt an der Ostgrenze lebten zum großen Teil von den Kunden aus der Ukraine. Seit dem Kriegsausbruch kommen immer weniger Ukrainer zum Einkauf. Die Umsätze sinken, Mitarbeiter werden entlassen. Marcin weiß, dass es bald für ihn auch mit diesem Job vorbei sein kann. Vielleicht muss er auch, wie viele seiner Kumpel, nach Irland oder Großbritannien? Dort arbeitet er wieder in einem Lager oder Restaurant, aber zumindest für besseres Geld.

Ein deprimierendes Gefühl, die Erwartungen der Eltern nicht erfüllt zu haben, zu versagen, aber auch – unfair behandelt, sogar belogen worden zu sein. Die Folge sei die Radikalisierung der jungen Generation, beobachten die Soziologen. Sie ist gegen alles und alle. Gegen die Flüchtlinge, Unternehmen, Politiker, sogar gegen die EU. Haben ihre Eltern sich nach geöffneten Grenzen gesehnt, so ist diese Offenheit für die unter 25-Jährigen eher eine potenzielle Gefahr durch Terroristen. Haben ihre Eltern nach den demokratischen, westlichen Werten gestrebt, sind sie für ihre Kinder ein unwichtiges Thema.

Vor einem Jahr wählte auch Marcin die Partei „Kukiz‘ 15“² konservativ, wie die meisten in seiner Region, wo insgesamt die konservative PiS-Partei gewann. Seine Hoffnungen, dass sich nun alles ändert, haben sich nicht erfüllt. „Was interessiert mich das Verfassungsgericht, wenn ich nicht weiß, ob ich in ein paar Monaten überhaupt noch arbeiten werde? Das ist das eigentliche Problem, die Situation von Menschen wie mir, die ausgebeutet werden. Nicht irgendwelche Spielchen oben in Warschau. Oder Flüchtlinge, die sie uns aufdrücken wollen.“ Er will keine Flüchtlinge. Er würde sich bedroht fühlen. „Es gäbe keine Arbeit für uns, wie sollen wir noch weitere Menschen aufnehmen“, sagt er sauer. Dann lieber aus der EU aussteigen, sagt Marcin, der selbst auswandern will.

Bei den Antiregierungsdemos in Polen sind Leute unter 30 eine Ausnahme. Diejenigen, die überhaupt auf die Straße gehen, sind eher radikal und konservativ. Den unter 30-Jährigen geht es weniger um Demokratie, mehr um Ängste und Frust. Weil sie sich in der aktuellen Situation unsi-

2 „Kukiz‘ 15“ ist eine von dem polnischen Rocksänger Paweł Kukiz gegründete politische Bewegung, die bei den Sejmwahlen am 25. Oktober 2015 drittstärkste Kraft wurde. Sie versteht sich selbst als patriotisch und systemkritisch; von Beobachtern wird sie als rechtspopulistisch eingestuft.

cher fühlen, suchen sie Halt in den konservativen Werten und im Patriotismus. Alles soll wie „früher“ sein. Ein idealisiertes „Früher“. Politisch sind nur wenige aktiv. Wenn schon, dann sind lokale Themen wichtig: Kitas, neue Straßen, Parkanlagen – das, was sie im Alltag betrifft.

Julia will möglichst schnell unabhängig werden

Sobald sie das Wahlrecht hat, geht sie zur Wahl, versichert Julia. Aber nur zur Kommunalwahl, denn sie will einen Bürgermeister haben, der sich im Dorf um den Bürgersteig kümmert. „Die großen Politiker sind einfach Betrüger“, sagt auch Julia ganz überzeugt. In einer braven, weinroten Uniform, einer sauber gebügelten Bluse und mit sorgfältig zusammengebundenen Haaren wirkt die 17-Jährige auf keinen Fall wie eine Rebellin. Das ist sie auch nicht. Julia ist sehr bodenständig. „In zwei Jahren mache ich mit meiner Freundin ein eigenes Café auf, höchstwahrscheinlich in Seelow“, sagt sie kurz und bündig, wenn man sie nach ihren Zukunftsplänen fragt. Nicht „vielleicht“, nicht „ich würde gerne“. Kein Hauch von Verzweiflung.



Julia kommt aus einem kleinen Dorf bei Kostrzyn an der deutsch-polnischen Grenze. In der Stadt lernt sie in einer Berufsschule Hotellerie und Gastronomie. Jeden Tag steht sie früh auf, um den Bus zu erreichen. Jedes Wochenende steht sie auch früh auf, um zu einem kleinen Schloss auf der deutschen Seite zu gelangen. In einem Schüler-Café, einem gemeinsamen deutsch-polnischen Ausbildungsprojekt, sammelt sie fleißig Erfahrungen. Eigentlich sind oft nur die polnischen Schüler anwesend, die deutschen schwänzen. Das versteht Julia nicht. „Eine solche Chance und sie verzichten darauf“, sie schüttelt etwas erstaunt den Kopf. Sie backen, kochen Kaffee, bedienen die deutschen Touristen, führen Buchhaltung. Ein volles Programm. Macht müde, aber auch selbstsicherer, sagt Julia. „Ich weiß, was ich hier gelernt habe. Ich weiß, dass ich es schaffen werde, mich selbstständig zu machen“, möglichst schnell. Sie könne ja nicht erwarten, dass die ge-

schiedenen Eltern sie ewig finanziell unterstützen werden, zuckt Julia den Schultern. Deshalb hat sie auch die Berufsschule gewählt und kein Gymnasium. Ihr großes Hobby ist Backen. Sie dachte sich, dass sie gerne mit dem, was sie gerne tut, Geld verdienen würde. Ein Volltreffer, sagt sie nach zwei Jahren. Sie habe sich schon erkundigt, wie man ein Café in Seelow, einer Kleinstadt auf der deutschen Seite, unweit von Kostrzyn gründet. Schritt für Schritt baut sie ihre Zukunft auf.

Leute wie Julia, selbstsicher und ausgebildet, flüchten aus den ländlichen Regionen. Über ein Drittel der Dorfbewohner hat gar keinen beruflichen Abschluss. Die Statistiken verbessern die Zuzügler – Großstädter, die aufs Land ziehen. Den Einheimischen gelingt das nur selten. Sie fühlen sich chancenlos und vermitteln das an die nächsten Generationen. Eine Unterstützung bei der Bildung kann man von ihnen kaum erwarten. Sie leben von kleinen und veralteten Bauernhöfen, arbeiten als schlecht bezahlte Hilfskräfte oder sind auf Sozialhilfe angewiesen, von Generation zur Generation.

Eine verlorene Generation? Julia versteht die Frage offensichtlich nicht. Junge Menschen lernen doch, sind auf guten Schulen, haben gute Aussichten. Dass die Politik zu wenig junge Menschen auf dem Weg ins Erwachsenwerden unterstützt, fällt ihr nicht auf. Vielleicht, weil sie keine Unterstützung erwartet. Sie ist überzeugt, dass sie alles mit eigenen Händen aufbauen kann und muss. Alles nach dem Plan, ihrem Plan.

Könnte sie sich vorstellen, dass ihre Chancen größer wären, wenn sie in einer Großstadt aufwachsen würde? „Warum?“, antwortet sie mit einer Frage. Ihre Schule sei ja top, nicht schlechter als in Stettin oder sogar in Warschau, sagt sie mit etwas Stolz, und wenn sie etwas vom Stadtleben will, dann geht sie in Kostrzyn mit Freunden tanzen. Mehr braucht sie nicht. Die Kinder in den Städten, sagt sie, sind verwöhnt. „Sie haben alles von Anfang an. Sie haben zu viele Möglichkeiten und können sich nicht entscheiden. Alles ist vor Ort.“ Die Kinder in der Provinz, so wie sie, müssen um alles kämpfen. Zur Schule müssen sie weit fahren und bei der Einstellung gegen Stereotypen über „Landeier“ kämpfen. „Wenn wir etwas erreichen wollen, müssen wir wirklich schuften. Niemand macht es für uns.“ In der Provinz heißt es: Entweder du bist hart, bodenständig und boxt dich durch oder du bleibst allein und aussichtslos. So viele Chancen, Sozialhilfe, amtliche Unterstützung wie in den Städten gibt es in der Provinz nicht.

Jarosław Kaczyński

Georges Mink war Forschungsdirektor am Institut für Politische Sozialwissenschaften der Universität Paris-Ouest und hat seit 2013 eine Gastprofessur am Europa-Kolleg Natolin-Warschau inne. Seine neueste Publikation: *La Pologne au cœur de l'Europe. De 1914 à nos jours. Histoire politique et conflits de mémoire*. Paris 2015.

Andrzej Urbański, enger Mitarbeiter der Zwillingbrüder Lech und Jarosław Kaczyński, hat zu dem Biografen des letzteren gesagt: „Jarosław Kaczyński war vor 30 Jahren ein Nichts – heute ist er der Mann, der schon mehrfach den Lauf der Geschichte¹ verändert hat. Sie können ihn lieben oder hassen ... Sie schreiben über einen großen Mann, der starke Emotionen in Ihnen auslösen muss.“² Mehr noch: „Es ist wahr, Kaczyński ist ein großer

Politiker, meiner Ansicht nach der bedeutendste in der Geschichte Polens seit 1989.“³

In der Tat fasziniert Jarosław Kaczyński alle Beobachter durch eine Art geheimnisvollen Schleier, der ihn persönlich ebenso wie als Vorsitzenden der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) umhüllt, vor allem seit dem letzten Wahlsieg; mehr noch als für die Wahl von Andrzej Duda zum Präsidenten der Republik am 24. Mai 2015 gilt dies für den Erfolg bei den Parlamentswahlen am 25. Oktober 2015. Anstatt sich wie 2010 selbst um das Präsidentenamt zu bewerben oder wie 2005–2007 als Premierminister an die Spitze der Exekutive zu treten, hat er nun diese Aufgaben delegiert, um nicht zu sagen, Personen für diese

1 Einschneidend für ihn war der Tod seines Bruders Lech (Präsident der Republik 2005–2010) durch den Flugzeugabsturz bei Smolensk am 10.04.2010, zusammen mit zahlreichen hochrangigen Repräsentanten Polens.

2 Andrzej Urbański in: Michał Krzymowski: Jarosław. Tajemnice Kaczyńskiego (Jarosław. Die Geheimnisse Kaczyńskis). Warschau 2015, S. 4.

3 Ebd.

Aufgaben eingesetzt, die ihm völlig ergeben sind. Er selbst bleibt im Schatten seines Büros in der Parteizentrale, scheint durch Stellvertreter zu regieren, aber in letzter Instanz zu entscheiden. Man hat den Eindruck, er sei ein Bauchredner, der seine Stimmen den Marionetten des Präsidenten und der Premierministerin leiht. Ein weiteres Phänomen fällt auf: Man könnte annehmen, seine gesamte politische Gefolgschaft vom Minister bis zum einfachen Funktionär würde nur Erklärungen des Parteivorsitzenden verlesen.

Wie lässt sich eine solche fast schon sektiererische Geschlossenheit erklären, die von vielen Kommentatoren mit einem religiösen Orden – eine häufig gebrauchte Metapher – verglichen wird?

Grundzüge der Biografie von Jarosław Kaczyński

Leben und Persönlichkeit des Führers der PiS sind untrennbar verbunden mit der Person seines Zwillingbruders Lech und mit dem familiären Klima, in dem beide aufgewachsen sind. Sie wurden wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg in einer patriotischen Familie geboren, in der der Mythos des einmütigen, heroischen und unbesiegbaren Polen gepflegt wurde – dies erklärt ihre unkritische Haltung gegenüber der Geschichte. Im Film über die Brüder Kaczyński, den ich für den Fernsehsender ARTE produziert habe, hat sich ihre frühere Geschichtslehrerin Anna Radziwiłł, Erziehungsministerin der ersten nicht-kommunistischen Regierung nach

1989, erinnert: „Der traditionalistische Patriotismus ist gewiss die Grundlage der Motivation (der Brüder Kaczyński). Ich denke, es handelt sich dabei um eine familiäre Traditionslinie ... Sie zeichnen sich durch eine herausragende Kenntnis der Geschichte aus ... Sie betonen besonders eine eigentlich überzogene Vorstellung von nationaler Gemeinschaft im Sinne eines dominanten Nationalismus, vergleichbar etwa mit dem polnischen Nationalismus zwischen den beiden Weltkriegen (1918 bis 1939).“⁴ Die kürzlich verstorbene Mutter hat sich wie folgt geäußert: „Sie waren sehr patriotisch, interessierten sich immer nur für die polnischen Schlachten und letzten Endes nur für die, die mit einem Sieg der Polen endeten. Diese Kinder waren noch nicht einmal sechs Jahre alt, als sie aus eigener Initiative nach dem Abendgebet die Nationalhymne gesungen haben.“

Eine andere Etappe des Lebens von Kaczyński sei geschildert, um seine Sicht auf Antagonismen, Konflikte und Verschwörungen und überhaupt sein ausgeprägtes Schwarz-Weiß-Denken zu verstehen. Seiner innersten Überzeugung zufolge muss man Schläge austeilen, um keine einzustecken, und es geht dabei nicht um gleichrangige Teilnehmer, sondern um einen Kampf zwischen unveröhnlichen Feinden. Wie sein Bruder hat Jarosław Kaczyński Jura studiert und war besonders fasziniert von seinem Lehrer Stanisław Erlich, einem

⁴ Film „Citizens ,K‘“, ARTE France 2007, Autoren: Georges Mink und Eyal Sivan (daraus auch die folgenden Zitate).

heterodoxen Marxisten, dem zufolge die Gesellschaft auf einem Miteinander verschiedener Gruppeninteressen beruht. Das hinderte Kaczyński jedoch nicht daran, nach 1989 eine strikt antikommunistische Haltung einzunehmen. Im Interview zu unserem Film betonte er: „Der Kommunismus war für mich seit meiner frühesten Kindheit inakzeptabel, mein Anti-Kommunismus hat sich allerdings ganz bewusst durch eine starke Anbindung an die Tradition der Heimatarmee herausgebildet.“

Zusammenfassend kann man sagen, dass damit der Platz von Polen in der Welt in der Vision Kaczyńskis beschrieben ist. Zugleich wirft dies aber auch ein Licht darauf, wie er mit seinen Gegnern und Unterstützern umgeht. Manche seiner Todfeinde bezeichnen ihn als zynischen Politiker und skrupellosen Machtmenschen, so etwa Lech Wałęsa: „Die Brüder Kaczyński sind Kämpfer. Ihr ganzes Leben, eigentlich schon im Mutterleib, haben sie gekämpft und schon um die Muttermilch gestritten. Obwohl sie im Laufe der Zeit immer wieder Kompromisse schließen mussten ... haben sie weiter gekämpft ... Als ich Präsident der Republik Polen war (1990 bis 1995), habe ich sie in meine Kanzlei übernommen, musste sie dann aber beobachten lassen, da ihre Tätigkeit nicht meinen Vorstellungen entsprochen hat. Nach ihrer Entlassung wurde es ruhiger.“ Man kann angesichts dieser Bemerkung besser den Hass nachvollziehen, den Jarosław Kaczyński gegenüber seinem früheren Wohltäter und Konkurrenten im Pantheon der Helden Polens hegt und den

er als einen Agenten des alten Regimes stigmatisiert: „Er sollte unser Präsident sein, aber er trat auf wie ihr Präsident, also der Präsident der Roten.“

Wie ist er ein charismatischer Führer geworden?

Ziehen wir die Überlegungen des amerikanischen Sozialwissenschaftlers Immanuel Wallerstein über das Phänomen eines charismatischen Führers wie zum Beispiel Hugo Chavez in Venezuela⁵ zu Rate: „Ein charismatischer Führer? Das ist ein Mann oder eine Frau, der oder die sich durch eine starke Persönlichkeit und eine relativ klare und einleuchtende politische Vision auszeichnet und diese mit großer Energie und großem Durchsetzungsvermögen verwirklichen will. Charismatische Führer verstehen es, zahlreiche Gefolgsleute um sich zu scharen. Zugleich bewirken diese Charaktereigenschaften aber auch, dass sich eine starke Opposition gegen ihre Politik herausbildet.“

Trifft diese Beschreibung von Chavez auch auf Jarosław Kaczyński zu? Was die Sympathie betrifft, sicher. Aber Wallerstein vergisst, was wir seit Max Weber wissen: Das Charisma verdankt sich in hohem Maße auch einer Strategie der Selbstdarstellung des Führers, der „sich aufbaut“, und ebenso dem Umstand, dass viele ihn so sehen wollen, wie er selber gesehen werden möchte. Im Film drückt Jaro-

5 Im Beitrag „Le Leader charismatique n'est plus. Et maintenant?“ (05.04.2013, blog von Immanuel Wallerstein).

śław Kaczyński dies so aus: „Politisches Talent ist nicht aus sich heraus an das Amt des Premierministers gebunden, denn Premierminister ist man nur für eine gewisse Zeit, aber Politiker bleibt man ein Leben lang ...“⁶

Es ist unbestritten, dass Kaczyński von einer charismatischen Aura umgeben ist, die letztlich zu dem nicht prognostizierten phänomenalen Wahlerfolg geführt hat. Man kann von einer „trickreichen“ Strategie dieses durch und durch politischen Menschen sprechen, deren Ursprung in der äußerst stabilen und emotional aufgeladenen Zuneigung seiner Gemeinschaft liegt, die seine Unterstützer sogar von einer Art übernatürlicher Intelligenz seiner Person sprechen lässt. Zusätzlich zementiert wird die Gefolgschaft durch eine gemeinsame Leidens- und Trauererfahrung: den Tod von Lech, Zwillingbruder von Jarosław Kaczyński und Präsident der Republik, der durch eine Katastrophe verursacht wurde, die aber als Komplott des russischen „Erbfeindes“ interpretiert wird. Der Flugzeugabsturz wird mit dem Massaker an polnischen Offizieren durch den sowjetischen Geheimdienst in Katyń während des Zweiten Weltkriegs verglichen, sodass die Katastrophe gewissermaßen zu einer mystischen Solidarität mit Jarosław Kaczyński geführt hat.

Was will Jarosław Kaczyński?

Zwischen 2005 und 2007 amtierte er als Premierminister und hat aus dem damaligen Scheitern einige Schlüsse gezogen. Während der jetzigen Wahlen haben sich seine Kandidaten mit Versprechungen zurückgehalten und nur Folgendes im Falle des Wahlsiegs versprochen: die Senkung des Renteneintrittsalters, ein monatliches Kindergeld für jedes Kind in Höhe von 500 Złoty und kostenlose Medikamente für Senioren. Das Projekt einer Umstrukturierung der Gesellschaft wurde abgemildert zu einer heftigen Kritik am sozialen Egoismus der in den letzten acht Jahren herrschenden Eliten; der Wahlsieg reichte jedoch nicht aus für eine verfassungsändernde Mehrheit. Kaczyńskis Wille zu einem radikalen Wandel wird damit auf eine harte Probe gestellt, und das mag auch die Erklärung für die nächtelangen Sitzungen des Sejm und das Durchpeitschen von Gesetzen sein. So wird das Votum des Verfassungsgerichts übergangen, die Proteste der Opposition werden ebenso ignoriert wie Mahnungen aus dem Ausland. Der Chef der PiS zeigt in einer Art „Revolution aus dem Hinterzimmer“ deutlich, dass es ihm um die Durchsetzung eines umfassenderen Projekts geht: alles das abzuwickeln, was die „Dritte Republik“ (1989-2015) ausmacht, und diese durch eine nach seinen Vorstellungen geformte „Vierte Republik“ zu ersetzen.

Fundament der „Vierten Republik“ soll die Stellung Polens in der Welt sein, und zwar auf Grundlage einer Neuausrichtung der Außenpoli-

6 Zitat aus dem Film (wie Anm. 4, oben S. 226).

tik. Nach diesem Modell handelt jeder Staat für sich in einer anarchischen Welt, die klar in Freund- und Feindstaaten unterteilt ist. In diesem Kontext hat Polen nur einen einzigen Freund: die Vereinigten Staaten von Amerika. Die EU soll sich darauf beschränken, einen gewissen Ausgleich zwischen den Staaten zu gewährleisten, die ansonsten ihre egoistischen Ziele verfolgen. Darüber hinaus soll die internationale Zusammenarbeit auf dem Gleichgewicht regionaler Mächte beruhen. Polen hätte in diesem Konzept die Rolle einer Speerspitze für die „V 4“, also die Visegrád-Staaten, die baltischen Länder und die postkommunistischen Länder Südosteuropas unter dem Schlagwort eines neuen geopolitischen Raums mit Namen „Land zwischen den Meeren“, dem Raum zwischen der Ostsee, dem Schwarzen Meer und der Adria.

Gewicht der „politischen Geschichte“

Jarosław Kaczyński hat persönliche Gründe, seine politische Konzeption durch die Geschichte zu legitimieren. Der Weg führt weit zurück, denn es gilt, den Mythos der Wiedergeburt des unabhängigen Polen nach 1989 zu zerstören: Es war eine unwichtige Periode, in der die Brüder Kaczyński zwar politisch aktiv waren, aber keine wichtigen Positionen innehatten. War diese Zeit für sie nun eine Phase der Enttäuschung, vergleichbar mit der von Viktor Orbán in Ungarn zu einer Zeit, in der seine Bewegung Fidesz nur als eine Art „Kindergarten“ des „Bundes Freier Demokraten“

(SZDSZ) von János Kis und anderen Gründern der demokratischen Opposition der 1970er Jahre angesehen wurde?

Die Umwandlung der „Dritten Republik“ in eine „Vierte Republik“ erfordert eine Umkehrung der Legitimitätsgrundlage, mit anderen Worten: die Ersetzung der historischen Erzählung über das friedliche Ende des Kommunismus durch Verhandlungen um einen so genannten Runden Tisch durch eine andere Erzählung. Mit dieser Absicht wird nun in den Archiven der kommunistischen Geheimpolizei geforscht. Mithilfe des „Instituts für Nationales Gedenken“ (Instytut Pamięci Narodowej, IPN) sollen die damaligen Gestalter des Wandels kompromittiert werden. Von daher kommen dann auch die sukzessiven echten oder gefälschten Verunglimpfungen von Lech Wałęsa, der bisher als personifizierter Held des Sieges über den Kommunismus galt.

Wie tief wird sich das politische System Polens verändern? Die autoritäre Art und Weise, wie die Maßnahmen legalisiert werden, ist besorgniserregend. Man sieht, dass die Mechanismen einer funktionierenden Demokratie der Kontrollinstrumente beraubt und so autoritäre Entscheidungen aus einem Machtmonopol heraus getroffen werden. Mehr als Kritik kann die Opposition kaum mehr äußern, da ihre Gegenanträge durch das autoritäre Auftreten des Sejmmarschalls (Parlamentspräsidenten) ins Leere laufen. Im Gegenteil, die von Jarosław Kaczyński und seinen Gefolgsleuten vorbereiteten An-

träge der PiS werden fast ohne Diskussion durchgedrückt, der Opposition bleibt nur noch eine Statistenrolle. Damit schlägt die Stunde der außerparlamentarischen Opposition auf der Straße, die auf Emotionen setzt und in guter Tradition aus der Zeit des Umbruchs versuchen wird, ohne Gewalt eine Veränderung mit dem Ziel eines Kompromisses herbeizuführen,

ganz ähnlich wie beim Ende des Kommunismus. Sollte aber die wirkliche Macht in den Händen eines einzigen Mannes konzentriert sein, dann wagt man kaum, sich die weitere Entwicklung des Regimes vorzustellen.

*Aus dem Französischen übersetzt
von Christof Dahm.*

Die Caritas in Litauen – aktiv gegen Armut und soziale Ausgrenzung

Viltė Žukaitė M. A. hat Philosophie und Christliche Gesellschaftslehre studiert und arbeitet gegenwärtig für eine Nichtregierungsorganisation in Vilnius. Prof. Dr. Klaus Baumann ist Professor für Caritaswissenschaft und Christliche Sozialarbeit an der Theologischen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Die Caritas in Litauen wurde noch während der Perestroika in der Sowjetunion durch Frauen gegründet und entwickelte sich nach der Wende und dem Zerfall der Sowjetunion zur organisierten Caritas der katholischen Kirche in Litauen mit ihren sieben diözesanen Caritasorganisationen. Sie engagiert sich seit ihren ersten Tagen intensiv im Kampf gegen die Armut in Litauen. Die jüngsten Ergebnisse einer von ihr in Auftrag gegebenen Studie unterstreichen die Bedeutung ihrer Dienste und ihres sozialpolitischen Engagements gegen Armut und soziale Ausgrenzung.

„Die gerechte Gesellschaft kann nicht das Werk der Kirche sein, sondern muss von der Politik geschaffen werden. Aber das Mühen um die Gerechtigkeit durch eine Öffnung von Erkenntnis und Willen für die Erfordernisse des Guten geht sie zutiefst an“ (Benedikt XVI., *Deus caritas est*, 28.a). Sie kann und darf Augen, Herz und Mund – und erst recht die Hände – nicht verschließen angesichts von Armut und Not jeglicher Art. Die Caritas wirkt als Organisation mit in der Sendung der Kirche im Dienst der Liebe und widmet sich folgenden Aufgaben: Hilfe für Menschen in Not, Anwaltschaft für die Benachteiligten und Solidaritätsstiftung, zivilgesellschaftlich-demokratische Mitgestaltung der Sozial- und Gesellschaftspolitik, Qualifizierung sozialer Arbeit.¹ Eines der brennenden sozialen Probleme und eine große Herausforderung in Litauen bleiben Armut und soziale Ausgrenzung. Davon handelt dieser

1 Vgl. Leitbild des Deutschen Caritasverbandes.

Artikel und von den Erfahrungen der litauischen Caritas im Einsatz gegen sie.

Das Armutsproblem in Litauen und die politischen Maßnahmen

Bis 1990 war Litauen Teil der Sowjetunion. Während Litauen sich nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit und den chaotischen Übergangsjahren wirtschaftlich schnell entwickelte, wurde das Sozialwesen eher vernachlässigt. Die sozialen Probleme wie Armut und soziale Ausgrenzung sind trotz gewisser Verbesserungen nach wie vor sehr akut.

Als Litauen 2004 Mitglied der EU wurde, war seine soziale Kennziffer eine der schlechtesten im Vergleich zu allen Mitgliedern. Zum Beispiel betrugen 2004 die Einkommen der 20 Prozent reichsten Litauer das 6,9fache der Einkommen der 20 Prozent der ärmsten Litauer (EU-Durchschnitt: 4,9fach). Die Armutsrate in Litauen lag 2005 bei 20,5 Prozent, 2008 bei 20 Prozent und 2009 bei 20,6 Prozent.² Um die Armutssituation in EU-Ländern besser und objektiver darzustellen, wurde in der 2010 verabschiedeten wirtschaftlichen Entwicklungsstrategie „Europa 2020“ eine neue Kennziffer eingeführt, nämlich der Anteil der Einwohner, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind. 2012 war diese Kennziffer mit 32,5 Prozent in Litauen eine der höchsten in der EU (zum Vergleich: Deutschland 19,6 Prozent, EU-27 24,7 Prozent).³

Die Forscher bezeichnen das Jahr 1995 als den Anfang des Kampfes gegen Armut; damals hatte Litauen im Kopenhagener Gipfeltreffen eine Deklaration zur sozialen Entwicklung unterschrieben. Seit 1997 wurden

Litauen hat eine der höchsten Armutsraten in Europa.

armutsbezogene Erhebungen durchgeführt. Die erste Armutsminderungsstrategie wurde 2000 vom Ministerium für Soziale Sicherheit und Arbeit für die Jahre 2002-2004 vorbereitet. Die Armutsminderungsstrategie wurde fortgesetzt, nachdem Ende 2003 das gemeinsame Memorandum mit der Europäischen Kommission zur sozialen Eingliederung

armutsbezogene Erhebungen durchgeführt. Die erste Armutsminderungsstrategie wurde 2000 vom Ministerium für Soziale Sicherheit und Arbeit für die Jahre 2002-2004 vorbereitet. Die Armutsminderungsstrategie wurde fortgesetzt, nachdem Ende 2003 das gemeinsame Memorandum mit der Europäischen Kommission zur sozialen Eingliederung

2 Vgl. Jolanta Aidukaitė (u. a.): Gerovės valstybės kūrimas Lietuvoje: mitas ar realybė? (Lietuvos socialinių tyrimų centras. Sociologijos institutas). Vilnius 2012, S. 243 f.

3 Eurostat-Angaben, zitiert nach Boguslavas Gruževskis und Rasa Zabarauskaitė: Sisteminių skurdo problemos tyrimas Lietuvoje. Pagal Lietuvos Carito užsakymo tyrimo rezultatus. Lietuvos socialinių tyrimų centras, Darbo rinkos tyrimų institutas. Kaunas 2015, S. 14; vgl. [http://caritas.lt/ckfinder/userfiles/files/Caritas_internetui2\(4\).pdf](http://caritas.lt/ckfinder/userfiles/files/Caritas_internetui2(4).pdf) (letzter Zugriff: 16.02.2016).

Litauens geschlossen worden war. Ziel dieses Memorandums war es, Litauen ab dem ersten Tag in der EU bereit zu machen, mit anderen Mitgliedern nach dem gemeinsamen Ziel zu streben, die Armut in Europa abzuschaffen.⁴ 2005 bestätigte die litauische Regierung das Nationale Umsetzungsprogramm der Lissabon-Strategie. Aufgrund dieses Programms wurde ein nationaler Handlungsplan für den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung vorbereitet.

Im Programm für die Jahre 2008-2010 wurde festgestellt, dass die Minderung von Armut und sozialer Ausgrenzung nicht sehr erfolgreich war: Die Regierung spricht selbst die aktuellen Probleme und Herausforderungen an. Demnach werde ein Teil der arbeitsfähigen Einwohner, die zuhause ihre Kinder oder kranke Angehörigen pflegen, gegenüber Bewerberinnen und Bewerbern zurückgesetzt, die sich nicht um Kinder oder pflegebedürftige Angehörige zu kümmern brauchen. Grundsätzlich sei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kaum möglich; andere zögen es vor, arbeitslos zu bleiben, statt in einem prekären Arbeitsverhältnis schlechter gestellt zu werden und auf Vergünstigungen verzichten zu müssen; wieder andere scheiterten an der wenig motivierenden Bürokratie der Arbeitsämter oder fehlenden Beziehungen (Korruption). Auch die Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten für Jugendliche waren ungenügend.⁵ Der nationale Bericht über die Strategien des Sozialschutzes und der sozialen Eingliederung für die Jahre 2006-2008 erläuterte, dass das rasche Wachstum der Wirtschaft sich nicht genügend in mehr guten Arbeitsstellen, Verbesserung der Lebensstandards und Verstärkung des sozialen Schutzes auswirkte.⁶

Litauen strebt die Ziele der wirtschaftlichen Entwicklungsstrategie „Europa 2020“ der EU an. Damit hat es sich im nationalen Reformprogramm dazu verpflichtet, bis 2020 die Zahl der von Armut gefährdeten oder sozial ausgegrenzten Einwohner von 985.000 um 170.000 auf 814.000 zu reduzieren.⁷ Für ein EU-Land mit einer Bevölkerungszahl

4 Vgl. Aidukaitė (wie Anm. 2, oben S. 232), S. 231-234.

5 Vgl. Dėl Nacionalinės Lisabonos strategijos įgyvendinimo 2008-2010 metų programos patvirtinimo, S. 60; vgl. <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=6251&langId=lt> (letzter Zugriff: 16.02.2016).

6 Vgl. Nacionalinis pranešimas apie Lietuvos socialinės apsaugos ir socialinės aprėpties strategijas 2006-2008 m., 2006, S. 2; vgl. http://www.socmin.lt/public/uploads/595_np-sasas-liet.doc (letzter Zugriff: 16.02.2016).

7 Vgl. Lietuva: Nacionalinė reformų darbotvarkė 2012, S. 34; vgl. http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/nrp2012_lithuania_lt.pdf (letzter Zugriff: 16.02.2016).

von knapp 3 Millionen Einwohnern (2013) sehen solche Armutszahlen immer noch schockierend aus.

Caritas in Litauen: Anwältin der „Ausgegrenzten und Menschen am Rande der Gesellschaft“

Mit der Armut im Land beschäftigt sich die Caritas in Litauen seit ihren ersten Tagen intensiv und kennt die Realität der sozial ausgegrenzten Menschen ohne Beschönigungen. 2014 gab die Organisation beim litauischen Zentrum für Sozialforschung eine systematische Untersuchung des Armutsproblems in Litauen in Auftrag. Ende Februar 2015 wurden die Ergebnisse veröffentlicht. Vor der Vorstellung und Diskussion der Ergebnisse dieser Studie soll im Folgenden die litauische Caritas kurz vorgestellt werden.

Am 26. August 1988, also noch vor dem Fall der Mauer und dem folgenden Zusammenbruch der Sowjetunion, hatte eine Initiativgruppe aus sieben Frauen den Litauischen Katholischen Frauenverein Caritas („Katalikiškas moterų sambūris Caritas“) gegründet. Anstoß für diese Initiative waren das dringende Bedürfnis dieser katholischen Frauen, mit staatlicher Genehmigung in der Sowjetunion tätig zu sein, und ihr Unmut über das ungenügende sowjetische Sozialversorgungssystem. 1991 wurde die Organisation als Teil einer ersten großen Umstrukturierung in Litauische Caritas-Föderation („Lietuvos Caritas Federacija“) umbenannt. Nach weiteren strukturellen Veränderungen 1997 wurde sie in Caritas Litauen („Lietuvos Caritas“) umbenannt und völlig in die Struktur der katholischen Kirche Litauens integriert.⁸ Heute besteht die Caritas in Litauen zum einen aus der Caritas Litauen, die die Zentraldienststelle bildet, und zum anderen aus sieben eigenständigen Diözesancaritas-Organisationen der beiden Erzdiözesen und fünf Diözesen. Die Zentraldienststelle berät und koordiniert die diözesanen Caritasorganisationen; sie vertritt die Caritas-Tätigkeiten auf nationaler und internationaler Ebene. Die diözesanen Caritas-Organisationen leisten direkte soziale Dienste und fördern karitative Tätigkeiten in ihren Territorien. Jede Diözesancaritas besteht in der Regel aus einer koordinierenden Zentralstelle, Caritas-Einrichtungen (z. B. Tagesstätten) und Dekanats- bzw. Pfarrcaritas. Der Ortsbischof ernennt den Caritas-Direktor. Die

⁸ Vgl. Viltė Žukaitė: Von Frauen gegründet: Die Caritas Litauen. In: neue Caritas Jahrbuch 2016, Freiburg 2015, S. 150-157.

Caritas Litauen leitet von der EU oder staatlichen Strukturen finanzierte Projekte bzw. Programme. In der Regel initiiert die Caritas Litauen ein Projekt, das dann in den diözesanen Caritas-Organisationen durchgeführt wird. Genau für diese Projekte und Programme werden dann auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angestellt. Jede Diözesancaritas kann nach Bedarf auch eigene Projekte bzw. Programme auflegen. Die Caritas-Projekte sind oft einzigartig und bahnbrechend für Litauen, so etwa das im März 2001 gestartete Projekt „Hilfe für die Opfer von Menschenhandel und Prostitution“. Das Programm fand in Litauen wie im Ausland große Anerkennung.

Der Caritas-Alltag besteht aus sozialen Diensten wie der Arbeit mit Risiko-Familien und deren Kindern, Betreuung von einsamen armen älteren Menschen, Fürsorge und Reintegration von Häftlingen, Arbeit mit Obdachlosen sowie Suchthilfe. Auch ist die Caritas sehr bekannt für ihre direkte Hilfe gegen Hunger und Kälte. 2013 wurden in Litauen insgesamt 990.973 Kilogramm Nahrungsmittel an bedürftige Personen verteilt.

Einige Caritas-Projekte haben internationalen Vorbildcharakter.

113.964 Personen bekamen regelmäßig warmes Essen in einer von acht Caritas-Armenküchen. 31.069 Personen erhielten die wichtigsten Güter zum Leben (Kleidung, Haushaltsgegenstände).⁹

Es ist klar, dass Wohltätigkeit und Spenden die Probleme nicht auf Dauer lösen können. Vielmehr ist es erforderlich, die Nöte der Gesellschaft und die Mängel der Gesetzgebung grundsätzlicher zu durchschauen, um effektiv Anwältin für die Notleidenden zu sein. Eine der Aufgaben der Caritas Litauen besteht darin, die Sozialpolitik zu beeinflussen, indem sie anwaltschaftlich auf die gesetzlichen Mängel hinweist und Vorschläge zur Verbesserung macht. Aus diesem Grund hat sie 2014 die oben genannte Armutsstudie in Auftrag gegeben.

Systematische Untersuchung des Armutsproblems in Litauen – Ergebnisse 2015

Zur Untersuchung des Armutsproblems wurde das Projekt methodisch in drei Richtungen angelegt: erstens ein Bericht der statistischen Daten zu Armut und sozialer Ausgrenzung in Litauen im EU-Kontext und

⁹ Vgl. Carito Lietuvoje veiklos ataskaita 2013 metai, S. 3 f.; ([http://caritas.lt/ckfinder/userfiles/files/ataskaita Prozent20uz Prozent 20201 3 Prozent20 Prozent202v.pdf](http://caritas.lt/ckfinder/userfiles/files/ataskaita%20uz%202013%20procent20procent202v.pdf)).

Diskussion der besonderen Schwachstellen, zweitens eine quantitative und drittens eine qualitative Untersuchung der Armut auf der Basis eigener Befragungen.

Im quantitativen Teil befragten die Forscher 1.054 Menschen, die Sozialhilfe für sich und ggf. ihre Familie bekommen. Deren durchschnittliches Einkommen für einen Haushalt beträgt 303,2 EUR netto bzw. ca. 105,2 EUR pro Person im Haushalt. Für mehr als die Hälfte der Befragten (59 Prozent) sind die Sozialhilfe und andere Formen der Beihilfe die Hauptquelle des Einkommens. Für 73 Prozent der Befragten sind die finanziellen Ressourcen nicht ausreichend und es mangelt an Nahrungsmitteln: 6 Prozent der Teilnehmenden fehlt das Geld für Nahrungsmittel öfter als 5 mal pro Monat, 12 Prozent begegnen dem Problem 4-5 mal pro Monat, ein Drittel (33 Prozent) ist 1-2 mal pro Monat davon betroffen, 22 Prozent der Befragten fehlt es an Geld für die Nahrungsmittel ein paarmal pro Jahr und seltener. Mit der Sozialhilfe sind die Teilnehmer nicht besonders zufrieden, sie wird mit 5,3 von 10 Punkten bewertet.

Wie könnte diese Situation verbessert werden? 35 Prozent der Befragten waren für eine Erhöhung des Mindestlohns (heute beträgt er 325 EUR brutto), 33 Prozent für mehr Unterstützung von Familien mit Kindern, 28 Prozent für eine Erhöhung der Renten und des Arbeitslosengelds, 26 Prozent für eine Erhöhung der Sozialhilfe, 27 Prozent benötigen Hilfe bei der Arbeitssuche und bei Bewerbungen. Was die Caritas in Litauen betrifft, so haben 40 Prozent der Befragten erwähnt, dass sie Hilfe von der Caritas bekommen. Am häufigsten (80 Prozent) werden als Hilfe Nahrungsmittel genannt. Außerdem bekommt mehr als die Hälfte von ihnen (58 Prozent) Kleidung bei der Caritas. 18 Prozent wiesen auf Seelsorge, Beratung bzw. moralische Unterstützung hin. Die Mehrheit derer, die von der Caritas Hilfe erhalten (90 Prozent), bewertete diese Hilfe positiv (davon 41 Prozent als sehr gut und 49 Prozent als gut). Die übrigen 10 Prozent bezeichneten sie als befriedigend.

Was die sozial ausgegrenzten Menschen im qualitativen Teil der Studie über ihre Lebenserfahrungen mitteilten, ist noch aussagekräftiger. Die Ergebnisse lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

Die sozial ausgegrenzten Menschen geraten in einen Teufelskreis. Diejenigen, die langfristig Sozialhilfe erhalten, werden mut- und kraftlos und entwerten die Unterstützung zunehmend. Viele von ihnen geraten in die Hände von Gerichtsvollziehern und vermeiden dann, nach einem legalen Beschäftigungsverhältnis zu suchen, weil der größte Teil des Ein-

kommens an den Staat (ver-)fallen würde. Dazu kommen in der Regel Suchtprobleme. Nicht selten fehlt es den betroffenen Menschen an Verantwortungsbewusstsein gegenüber ihren Kindern und Familien. Schließlich fühlen sie sich von der Gesellschaft getrennt; die sozial ausgegrenzte Person hat ein schwaches Selbstwertgefühl, sie hat wenig Ausdauer und tendiert zum Aufgeben. Ihre Probleme sind vielschichtig und müssen auf mehreren Ebenen bearbeitet werden. Hier spielt nun die Caritas eine wichtige Rolle. Die von ihr angebotenen Programme zielen darauf, die Entwicklung der sozialen Kompetenzen mit einer besseren Nutzung der materiellen Hilfe zu verbinden. Langfristig erzielen solche Programme positive Ergebnisse.

Die Wissenschaftler formulierten anhand der Ergebnisse Empfehlungen zur Armutsminderung in Litauen. Außerdem sprachen sie Empfehlungen zur Erhöhung der Beschäftigung der Einwohner in Litauen aus. Sie stellten ausdrücklich fest, dass eine geeignete rechtliche Basis, die den EU-Bestimmungen für Minderung der sozialen Ausgrenzung entspricht, in Litauen schon vorhanden sei. Jedoch mangle es an einer interministeriellen Zusammenarbeit und interinstitutionellen Koordinierung der Aufgaben bzw. Arbeit.

Die Programme zielen darauf, die Entwicklung der sozialen Kompetenzen mit einer besseren Nutzung der materiellen Hilfe zu verbinden.

Seit der Veröffentlichung der Studienergebnisse stellen die Vertreter der Caritas Litauen und die wissenschaftlichen Mitarbeiter diese Untersuchung und ihre Resultate in verschiedenen Kommunen Litauens vor. Daran nehmen die Mitglieder der Stadtverwaltungen, die für soziale Fürsorge und die für Bildung zuständigen Staatsbeamten, Sozialarbeiterinnen, Pädagogen und Andere teil, die sich für das Thema interessieren. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer tauschen ihre Erfahrungen aus, diskutieren und machen Vorschläge, die von der Regierung erwogen werden sollten.

Das Problem der Armut und sozialer Ausgrenzung in Litauen ist nicht auf einen Schlag lösbar. Es ist jedoch möglich, die Situation schrittweise deutlich zu verbessern. Die Caritas in Litauen trägt auch auf diese Weise kompetent zur Bewusstseinsbildung und wirksam zu Veränderungen gegen Armut und soziale Ausgrenzung bei.

Papst Franziskus hat während seines Aufenthalts in Polen anlässlich des XXXI. Weltjugendtages (27.-31. Juli 2016) mehrfach auf die Situation von Flüchtlingen und Migranten hingewiesen, so auch in seiner Ansprache am 27. Juli 2016 in Krakau. Im Folgenden sind Auszüge abgedruckt (Quelle: https://w2.vatican.va/content/francesco/de/speeches/2016/july/documents/papa-francesco_20160727_polonia-autorita-cd.html).

Ansprache des Heiligen Vaters bei der Begegnung mit den Vertretern der Regierung und des öffentlichen Lebens und mit dem Diplomatischen Korps

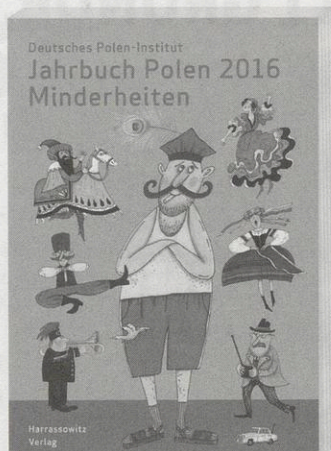
... (Die) edle polnische Nation (zeigt), wie man die gute Erinnerung wachsen und die schlechte fallen lassen kann. Dazu bedarf es einer festen Hoffnung und eines starken Vertrauens auf den, der die Geschicke der Völker lenkt ... Das Bewusstsein des vollbrachten Weges und die Freude über die erreichten Ziele geben Kraft und Gelassenheit, um die augenblicklichen Herausforderungen anzugehen. Diese erfordern den Mut zur Wahrheit und ein ständiges ethisches Engagement, damit die Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse wie auch die menschlichen Beziehungen stets die Würde der Person respektieren. Alles Tun ist davon betroffen: auch die Wirtschaft, das Verhältnis zur Umwelt und die Art des Umgangs mit dem komplexen Phänomen der Migration.

Dieses letztere verlangt eine zusätzliche Portion an Weisheit und Barmherzigkeit, um die Ängste zu überwinden und das Optimum zu verwirklichen. Man muss die Ursachen für die Auswanderung aus Polen herausfinden und denen, die wollen, die Rückkehr erleichtern. Zugleich ist die Bereitschaft zur Aufnahme derer notwendig, die vor Kriegen und Hunger fliehen; die Solidarität gegenüber denen, die ihrer Grundrechte beraubt sind, darunter des Rechtes, in Freiheit und Sicherheit den eigenen Glauben zu bekennen. Gleichzeitig müssen Formen der Zusammenarbeit und Synergien auf internationaler Ebene vorangetrieben werden, um Lösungen für die Konflikte und die Kriege zu finden, die so viele Menschen zwingen, ihre Häuser und ihre Heimat zu verlassen. Es geht also darum, das Mögliche zu tun, um ihre Leiden zu lindern, ohne müde zu werden, klug und beharrlich für Gerechtigkeit und Frieden zu arbeiten und dabei im Handeln die menschlichen und christlichen Werte zu bezeugen ...

Deutsches Polen-Institut Darmstadt (Hg.)
Jahrbuch Polen 27 (2016)
Minderheiten

2016. 231 Seiten, 92 Abb., 2 Diagramme,
2 Karten, 6 Tabellen, br
170x240 mm
ISBN 978-3-447-10557-6
©E-Book: ISBN 978-3-447-19501-0
Einzelpreis je € 11,90 (D)
Fortsetzungspreis je € 9,- (D)

www.deutsches-polen-institut.de



Nach der Zeit der restriktiven Minderheitenpolitik in der Volksrepublik bekennt sich das demokratische Polen seit dem politischen Umbruch von 1989 zu seinen Minderheiten. Insgesamt kann von einer erfreulichen Entwicklung in der Gesetzgebung, aber auch von einer stärkeren Beachtung der Minderheiten durch Politik und Öffentlichkeit gesprochen werden. Gerade im Hinblick auf die Anerkennung der Deutschen in Oberschlesien als nationale Minderheit und die anfänglichen Berührungsängste auf beiden Seiten kann dort mittlerweile bis auf gelegentliche Probleme von einer entspannten Situation ausgegangen werden. Der polnische Staat stellt nicht unerhebliche Finanzmittel bereit, um dem Ziel der Bewahrung der kulturellen und nationalen Identitäten der Mitglieder nationaler und ethnischer Minderheiten zu begegnen.

Das *Jahrbuch Polen 27* setzt sich mit historischen wie gegenwärtigen Entwicklungen der in Polen ansässigen Minderheitengruppen, -strukturen und -identitäten auseinander. Hans-Jürgen Bömelburg beschwört in seinem Beitrag das Erbe der multikulturellen Adelsrepublik (*Rzeczpospolita*) und leitet daraus Handlungsempfehlungen für die aktuelle Flüchtlingspolitik Polens ab. Jan Sowa überlegt, wie es ist, vom historischen Erbe der Multikulturalität und -konfessionalität abgeschnitten zu sein, was den Polen nach 1945 zugemutet wurde. Lech Nijakowski erklärt die rechtliche Lage der Minderheiten aufgrund der Entwicklung der polnischen Gesetzgebung. Es folgen Beiträge, die verschiedene Minderheiten-Gruppen in Polen charakterisieren bzw. die Lage der „polnischen Minderheit“ (*Polonia*) in den Nachbarstaaten Polens beleuchten.

Ebenfalls lieferbar:

Band 17 (2006) · Frauen

Band 18 (2007) · Stadt

Band 19 (2008) · Jugend

Band 20 (2009) · Religion

Band 21 (2010) · Migration

Band 22 (2011) · Kultur

Band 23 (2012) · Regionen

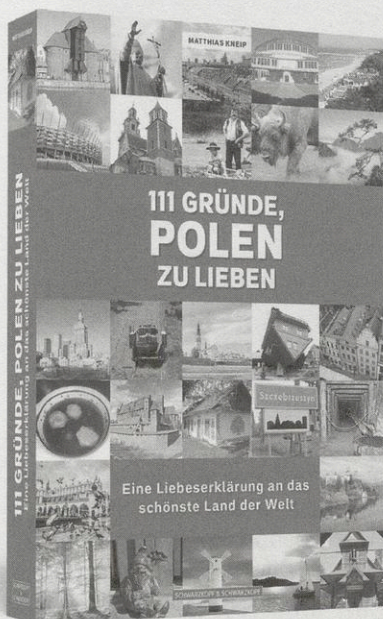
Band 24 (2013) · Arbeitswelt

Band 25 (2014) · Männer

Band 26 (2015) · Umwelt

HARRASSOWITZ VERLAG · WIESBADEN
www.harrassowitz-verlag.de · verlag@harrassowitz.de

111 GRÜNDE, POLEN ZU LIEBEN



»Wer euch einmal besucht hat, der weiß, dass es gar kein Kunststück ist, euch eine solche Liebeserklärung zu machen.« MATTHIAS KNEIP

Matthias Kneip
111 GRÜNDE, POLEN ZU LIEBEN
Eine Liebeserklärung an das schönste Land der Welt
240 Seiten | Taschenbuch
ISBN 978-3-86265-521-2
9,99 EUR (D)
Schwarzkopf & Schwarzkopf Verlag
www.schwarzkopf-verlag.net
Überall im Buchhandel erhältlich!

Reise in Westpolen Orte, die Geschichte erzählen



Lektora, Paderborn
www.lektora.de/shop
April 2016
227 Seiten / Paperback
13,90 EUR
ISBN: 978-3-95461-057-0

Lektora

Nach seinen Büchern „Polenreise“ und „Reise in Ostpolen“ reist der Schriftsteller Matthias Kneip diesmal in den Westen des Landes. Von Kołobrzeg im Norden Richtung Wałbrzych im Süden nimmt er den Leser mit in eine Region, die ebenso von deutscher wie polnischer Geschichte geprägt wurde. In poetischen Essays erzählt Kneip von spannenden Biografien und kuriosen Ortschaften, berichtet er von eindrucksvollen Begegnungen zwischen Menschen, von ihrer Geschichte und den neuen Wegen, die sie einschlagen.

Matthias Kneip zählt zu den bekanntesten Vermittlern polnischer Kultur in Deutschland. Für sein Engagement zur deutsch-polnischen Verständigung erhielt er unter anderem den Kulturpreis Schlesien 2011 sowie 2012 das Kavalierskreuz des Verdienstordens der Republik Polen.



OST-WEST.

Europäische Perspektiven

Die Zeitschrift **OST-WEST. Europäische Perspektiven** bietet ein offenes Forum für den Dialog zwischen dem Osten und dem Westen Europas. Damit begleitet sie den Prozess des Zusammenwachsens des neuen Europa und der Entstehung einer neuen gemeinsamen Identität auf konstruktive und sachlich kontroverse Weise.

Jede Ausgabe behandelt ein Schwerpunktthema aus verschiedenen Blickwinkeln. Einzelhefte können zum Preis von € (D) 6,50 / € (A) 6,70 (zzgl. Porto) beim Verlag bestellt werden.

Jugend in Mittel- und Osteuropa – Glaube, Zweifel, Gleichgültigkeit?, Heft 2/2016

Kirche und religiöse Praxis ♦ Suche nach neuen Wegen ♦
Stimmen von Jugendlichen aus sechs Ländern

Kostenloses
Probeheft
unter
www.owep.de

Was hält Europa noch zusammen?, Heft 1/2016

Solidarität auf dem Prüfstand ♦ Besinnung auf
christliche Werte ♦ Stimmen aus Polen, Tschechien,
der Ukraine und Ungarn

Religiöse Gruppen in Europa, Heft 4/2015

Sehnsucht nach dem Göttlichen ♦ Facetten des
Christentums ♦ Islam und Buddhismus in Europa

Russland – Bedrohung oder Partner?, Heft 3/2015

Russische Eliten von Jelzin bis Putin ♦ Wirtschaftliche und
strategische Aspekte ♦ Signale eines Ost-West-Konflikts

Menschenhandel – moderne Sklaverei in Europa, Heft 2/2015

Fakten zu einem unmenschlichen System ♦ Rechtliche, politische
und ethische Aspekte ♦ Hilfe für die Opfer

**Heft 4/2016 erscheint Mitte November zum Thema
»Europa und die Flüchtlingskrise«.**



VERLAG
FRIEDRICH
PUSTET

Verlag Friedrich Pustet
Unser komplettes Programm unter:
www.verlag-pustet.de

Tel. 0941 / 92022-0
Fax 0941 / 92022-330
bestellung@pustet.de

Neues aus dem Osteuropa-Hilfswerk

Newsletter Nr. 6, August 2016



August - das heißt, die arbeitsintensiven Tage des Weltjugendtages liegen hinter uns. Zeit, um zu reflektieren, zurück und nach vorne zu blicken, um Klarschiff zu machen und um das zu tun, was sonst gerne liegenbleibt. Für viele in der Geschäftsstelle heißt das auch: Zeit für den wohlverdienten Urlaub!

August ist aber auch die "heiße Phase" in der Vorbereitung unseres Internationalen Kongresses. Bis zum 10. August können Sie sich noch anmelden, weiter unten mehr dazu.

Einige Infos aus den vergangenen Wochen und Monaten haben wir hier kompakt zusammengestellt. Ihnen allen wünschen wir von Herzen eine gesegnete Sommer- und Urlaubszeit!

Ein Jahr im Osten Europas

Anfang September beginnt ein neuer Abschnitt im Leben einer Gruppe junger Menschen. Als Freiwillige werden sie sich ein Jahr lang für



Ganz einfach auf dem Laufenden bleiben – mit dem Renovabis-Newsletter

Renovabis verschickt 4–6 Mal im Jahr einen Newsletter.

Per E-Mail informieren wir Sie über aktuelle Projekte, Berichte aus unseren Partnerländern, Veranstaltungen und Publikationen.

Newsletter bestellen: www.renovabis.de/newsletter

Theos



MENSCHEN UNTERWEGS

Migration – selbst gewählt und fremd bestimmt

Migration als Urfahrung

Schicksale aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa

Aktuelle Brennpunkte

Rose X

Impressum

Herausgeber: Renovabis, Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa, Dr. Gerhard Albert, Geschäftsführer, Kardinal-Döpfner-Haus, Domberg 27, D-85354 Freising, Tel.: 08161 / 5309-0, Fax: 08161 / 5309-11 info@renovabis.de · www.renovabis.de
und
Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Stefan Vesper, Generalsekretär, Hochkreuzallee 246, D-53175 Bonn, Tel.: 0228 / 38297-0, Fax: 0228 / 38297-44 info@zdk.de · www.zdk.de

Redaktion: Prof. Dr. Michael Albus, Mainz (verantwortlich) · Prof. Dr. Thomas Bremer, Münster · Burkhard Haneke, Freising · Dr. Matthias Kneip, Regensburg · Dr. Christof Dahm, Freising (Redakteur vom Dienst).

Anschrift: Redaktion „OST-WEST. Europäische Perspektiven“, Renovabis, Domberg 27, D-85354 Freising Tel.: 08161 / 5309-0, Fax: 08161 / 5309-44 owep@renovabis.de · www.owep.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung bzw. die Ansicht der Autorin/des Autors wieder und stimmen nicht unbedingt oder in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion überein.

Erscheinungsweise: 4 x im Jahr, jeweils Mitte Februar, Mai, August und November.

Bezugspreis: Einzelheft 6,50 € Jahresabonnement 19,80 € (jeweils zzgl. Versandkosten).

Bezugsbedingungen: Bestellungen sind an den Verlag zu richten. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn bis 15. November keine schriftliche Abbestellung erfolgt.

Verlag und Anzeigenverwaltung:
Verlag Friedrich Pustet
Gutenbergstraße 8, D-93051 Regensburg
Tel. 0941 / 92022-0 · Fax 0941/92022-330
verlag@pustet.de · www.verlag-pustet.de

ISSN 1439-2089

Inhaltsverzeichnis

Das Copyright für die Abbildung auf dem Umschlag liegt bei doom.ko / www.fotolia.com. – Gesamtgestaltung: Martin Veicht.

<i>Marcin Wiatr</i>	
Blickwinkel verändern oder einmal hin und zurück ...	243
<i>Irena Wiśniowska</i>	
Aus der Ukraine über Russland nach Polen	252
<i>Anna Wishiwanjuk</i>	
Ukrainischer Alltag in Moskau	261
<i>Inga Gevorkyan</i>	
Aus Armenien nach Russland	268
<i>Nikola Erceg</i>	
Als Student aus dem kriegsgeprüften Bosnien und Herzegowina nach Serbien	276
<i>Maria Christina Färber und Monika Kleck</i>	
Abgeschoben, entwurzelt, abgekoppelt – Rückführung von Albanern aus Deutschland ins Nichts	282
<i>Rupert Neudeck †</i>	
Flüchtling sein. Die Stunde der Frauen	291
<i>Reinhard Feiter</i>	
Einen Platz finden in der Welt – und nicht zum Feind werden	299
<i>Alois Glück</i>	
Globale Umbrüche, Flucht und Migration als europäische Herausforderungen	311

Buchauszug

<i>Elizabeth Fleckenstein und Michael Albus</i>	
Schicksale, authentische Zeugnisse	317

Editorial

Zwei Selbstverständlichkeiten vorab. Zum einen: Wir leben in einer Migrationsgesellschaft – machen uns das aber oft nicht klar. Inzwischen (eigentlich schon seit längerem) sind wir sogar auf Einwanderung angewiesen. Aber auch das blenden wir gerne aus oder thematisieren es jedenfalls nicht. Zum anderen: Ein „Gegenbegriff“ von Migration ist Stagnation. Kulturelle, wirtschaftliche und politische Stagnation hatte historisch das Absterben ganzer Zivilisationen zur Folge. Migration gehörte und gehört daher zu den Überlebensbedingungen der Menschheit. Eine Kapitelüberschrift aus Jochen Oltmers Abhandlung über globale Migrationsprozesse¹, nämlich „Migrationsgeschichte als Menschheitsgeschichte“, darf man daher umdrehen und zuspitzen: Menschheitsgeschichte ist Migrationsgeschichte.

Die vorliegende OWEP-Ausgabe bricht den abstrakten Begriff „Migrationsgeschichte“ gewissermaßen herunter, sie erzählt konkrete „Migrationsgeschichten“, besser gesagt: lässt diese erzählen. Migranten geben selber Zeugnis von dem, was ihnen widerfuhr, als sie sich – freiwillig oder gezwungenermaßen – auf den Weg machten. Migration ist, mag sie oft oder zumeist auf äußeren Umständen, strukturellen Ursachen und objektiven Gründen beruhen, immer auch etwas sehr Persönliches, Individuelles, ja Subjektives. Das wollen die Beiträge der vorliegenden Ausgabe von „OST-WEST. Europäische Perspektiven“ deutlich machen. Mit dem Titel des Hefts „Migration – selbst gewählt und fremd bestimmt“ wird daher der Spannungsbogen angedeutet, der die Migrationserzählungen der Autorinnen und Autoren umfasst. Auch das Schicksal „Flucht“ spielt dabei durchaus eine Rolle. Aber das vorliegende Heft will und kann nicht die weltweiten Fluchtbewegungen in ihrer Breite oder die globale Flüchtlingsfrage im Grundsätzlichen reflektieren.

Vielmehr zeigen die hier versammelten, ganz überwiegend im Osten Europas situierten Migrationsgeschichten höchst unterschiedliche, auch ganz unterschiedlich „verursachte“ Wanderungsschicksale und Wegbeschreibungen auf. Es sind – wie Reinhard Feiter in seiner glänzenden zusammenfassenden Betrachtung der einzelnen Geschichten sagt –

¹ Jochen Oltmer, Globale Migration – Geschichte und Gegenwart. 2. Aufl. München 2016.

„Narrative der Migration“. Sie geben besondere, persönliche Erfahrungen von Menschen wieder, die irgendwo aufbrechen, um irgendwo anzukommen. Das Aufbrechen ist mal selbstgewählt, ein anderes Mal auch verzweifelteres Davonlaufen. Die Wege, die beschritten werden, sind oft steinig, mühsam, nicht immer zielführend, manchmal geradezu odysseehaft. Ebenso lesen wir aber von geglücktem Ankommen und von Erfolgserlebnissen auf dem Weg. Es gibt, schreibt Reinhard Feiter, in diesen Geschichten „kontingente Vorkommnisse“, etwas, „das auch anders oder nicht hätte geschehen können“. Aber letztlich konvergieren die Schilderungen doch in einem gemeinsamen Punkt: „Das zentrale Narrativ aller Migrationsgeschichten“ ist, so Feiter, „einen Platz in der Welt zu finden“. Es geht um „Möglichkeiten zu leben und zu handeln“, um einen Ort, „wo mir das Recht eingeräumt wird, Rechte zu haben“.

Ergänzt wird das facettenreiche Bild von Migrationen, das diese OWEK-Ausgabe vorstellt, schließlich durch einen grundsätzlichen politischen Beitrag von Alois Glück. Mit Blick auf die aktuellen Flüchtlingsfragen nimmt er eine eher globale Perspektive ein, fokussiert dabei aber besonders auf die Verantwortung Europas. Angesichts der großen Zahl der Flüchtlinge und Migranten, die in ihrer Not zu uns kommen, seien für uns Europäer jetzt „Klärungsprozesse über unsere Maßstäbe, unsere Einstellungen und unsere Wertorientierung für das Handeln unausweichlich und dringlich“. Wir könnten nicht nur Nutznießer der Globalisierung sein wollen, sondern müssten auch zur Einsicht gelangen, „dass wir immer mehr und immer enger eine weltweite Schicksalsgemeinschaft sind“. Das gelte nicht nur in der Ökonomie oder für den Klimawandel. Es gelte – so Glück – „auch für die politischen Krisen und ihre Folgen. Die Flüchtlinge dokumentieren diese Wirklichkeit“.

Die Redaktion

Blickwinkel verändern oder einmal hin und zurück ...

Dr. Marcin Wiatr (geb. 1975) stammt aus Gleiwitz (Gliwice), studierte Germanistik, deutsche Geschichte, Erziehungs- und Übersetzungswissenschaften an den Universitäten Oppeln, Kiel und Krakau. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Georg-Eckert-Instituts (Leibniz-Institut für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig), wo er zu bildungspolitischen Prozessen und Minderheitenfragen in ostmitteleuropäischen Grenzregionen forscht.

Jede Migrationsgeschichte ist äußerst individuell, vielschichtig und auch von manchen Spannungen nicht frei. Aber jeder Aufbruch in die Fremde verändert auch den Blickwinkel. Fast jeder Auswanderer kennt dabei das Dilemma: Weg für immer oder geht es irgendwann doch zurück? Wer Polen, insbesondere Oberschlesien, verlässt und nach Deutschland übersiedelt, kommt hier meist an, denn hier begegnet er Vertrautem. Selten entscheidet man sich dann für eine Rückkehr – es sei denn, man möchte seine Chancen nutzen, vom neuen Standort aus für seine Heimat etwas bewegen und dabei so manchen Blickwinkel verändern ...

Immer wenn ich an meine noch relativ „junge“ Migrationsgeschichte denke, komme ich immer wieder auf Lev Nussimbaum zurück. Ich spüre, dass mich mit diesem deutschsprachigen Schriftsteller etwas verbindet. Die Breitengrade, unter denen wir das Licht der Welt erblickten, liegen zwar geografisch wie zeitlich weit voneinander entfernt. Ich bin 1975 im oberschlesischen Gleiwitz, dem seit 1945 polnischen Gliwice, geboren. Und dennoch kommt mir Lev irgendwie wie ein Seelenverwandter vor; ein Mensch des Ostens, der einfach nicht der 1905 in Baku geborene Jude sein wollte, sondern zwischen 1922 und 1936 ein bewegtes Leben als orientalischer Prinz in Berlin namens Essad Bey führte. Unter diesem Pseudonym machte er literarische Weltkarriere.¹

¹ Zu diesem in Deutschland kaum bekannten Schriftsteller vgl. z. B. Burkhard Müller-

Was verbindet mich mit Lev Nussimbaum?

Was also verbindet uns? Lev war ein wohlbehütetes Kind des wohlhabenden georgisch-jüdischen Öl-Industriellen Abraham Nussimbaum. Als Jugendlicher flüchtete er in die deutsche Kolonie Helenendorf (heute Göygöl in Aserbaidshan), nachdem 1920 die Bolschewiken Baku erobert und seine Heimat in Schutt und Asche gelegt hatten. Von dort ging es auf abenteuerlichen Wegen über Tiflis und das am Kaspischen Meer

Das Verlassen der Heimat geschah, um neue berufliche Wege einzuschlagen, und ohne irgendeinen Zwang.

gelegene Batumi nach Istanbul, wenig später über Rom und Paris nach Berlin.

Ein solches Schicksal musste ich glücklicherweise nicht erleiden. Im

Herbst 2009 habe ich meine Familie in ein Auto gepackt und bequem und guten Mutes über die Autobahn an Breslau (Wrocław) und Berlin vorbei nach Braunschweig gefahren, wo wir seitdem leben. Vertrieben hat mich niemand, es war mein – unser – gemeinsamer Entschluss, um neue berufliche Wege einzuschlagen. Wir sind nicht geflüchtet, wir wollten weg. Heute bin ich im Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung tätig.

Ist das, was uns verbindet, vielleicht das Östliche, das auf Lev Nussimbaum zeitlebens eine starke Anziehungskraft ausübte und dem er mit höchster Intensität verfiel? Auch ich bin dem Osten nicht abgeneigt, ganz im Gegenteil. Es zieht mich immer wieder dorthin, nach Oberschlesien, in die Beskiden und die Hohe Tatra. Und dennoch vermute ich, dass zwischen Lev und mir ein anderes geistiges Bindeglied besteht.

Die Oberschlesier, meinte der 1930 in Gleiwitz geborene Schriftsteller Horst Bienek, hat es schon immer nach Westen hingezogen. Die Arbeit dort war leichter und wurde besser bezahlt. Die Luft und Flüsse waren dort sauberer als in dieser dreckigen und verseuchten Industrie-region, wo man die Luft mit Händen greifen konnte, so verrußt war sie.

Was mich mit Essad Bey verbindet, ist also eher ein mulmiges Gefühl. Es ist die Sehnsucht nach Vertrautem in der Fremde. Und sie leitete sich vom Bewusstsein des Verlustes her. Meine Sehnsucht nach dem Westen verband sich mit einer früheren Zwangsmigration ... in den Osten. Ein Schicksal, das abertausende Oberschlesier nach dem Zweiten Weltkrieg

Ullrich: Der Orientalist. (Beitrag vom 20.07.2008 im Deutschlandfunk, abrufbar unter http://www.deutschlandfunk.de/der-orientalist.700.de.html?dram:article_id=83688)

ereilt hatte. Es ist eine Geschichte, von der ich zwar erst spät erfuhr, die mich aber nie wirklich losließ und wohl auch den Weg nach Braunschweig wies, nicht zuletzt um an einem weltweit einmaligen Institut tätig zu sein, das selbstredend über Schulbücher den Blickwinkel verändern will.

Ein Rückblick

Ich weiß noch, wie in Sosnitz, einem Gleiwitzer Wohnviertel für Bergarbeiter, wo ich geboren und aufgewachsen bin, jeder, der einen Großvater hatte und sich seiner rühmte, von uns argwöhnisch und mit kaum verhohlenem Neid beäugt wurde. Über Opas, wie wir unsere Großväter nannten, schwiegen wir lieber – denn entweder kämpften sie einst in der Wehrmacht oder sie waren aus unerklärlichen Gründen einfach nicht mehr da. In der Schule stellte sich ziemlich rasch heraus, dass ich eines der wenigen hiesigen Kinder war, die wenigstens einen Großvater hatten. In jener Zeit konnte ich mir dieses Phänomen nicht erklären. Natürlich war der grausame Krieg, der Millionen Menschenleben auslöschte, für eine Erklärung naheliegend. Doch hier handelte es sich um ein besonders großes Ausmaß dieses rätselhaften Phänomens „verwaister“ Enkelkinder. Damals verband uns, die wir Mitte der 1980er Jahre heranwuchsen, ein unausgesprochener Pakt einer gemeinsamen Erfahrung, über die man sich schweigend hinwegsetzte. Die Frage, „Wo ist Opa?“, die uns aber insgeheim umtrieb, blieb lange unbeantwortet.

Erst viel später, es war schon nach der Wende von 1989, fiel das Wort „Deportation“. Die Deportation zehntausender Oberschlesier zur Zwangsarbeit in der UdSSR nach 1945 ist eine der größten Tragödien, die diese Region im 20. Jahrhundert heimgesucht haben. Und davon gab es wahrlich viele. Ende Januar 1945, nachdem die Rote Armee in Oberschlesien eingefallen war, begannen NKWD-Einheiten damit, das Gebiet hinter der Front „von sowjetfeindlichen Elementen“ zu säubern. Verdächtige Personen wurden verhaftet, wobei dafür allein schon der Grund hinreichte, tatsächlich oder auch nur angeblich deutscher Herkunft zu sein. Die Inhaftierten mussten nicht einmal etwas in politischer Hinsicht verbrochen haben, denn man handelte nach einer einschlägigen sowjetischen Richtlinie. Diese sah vor, Reichsdeutsche im Alter von 17 bis 50 Jahren zur Zwangsarbeit einzuweisen. Dabei erfolgten die einzelnen Verschleppungsaktionen sowohl in dem Teil Oberschlesiens, der von 1922 bis 1939 zu Polen gehörte, als auch – und zwar im weit größeren

Ausmaß – in jenem, der vor dem Krieg innerhalb der Reichsgrenzen lag. So wie mein Heimatort Sosniza, der selbst in den 1970er Jahren, obwohl fast im Herzen Polens gelegen, noch eine Art deutsche Kolonie Helenendorf aus der Erfahrungswelt von Essad Bey war.

Die Verhaftungen dauerten bis Mai 1945 an. In die Fänge des NKWD gerieten dabei auch ehemalige schlesische Aufständische, die in den Jahren 1919–1921 für ein polnisches Oberschlesien stritten, sowie deren als Deutsche angesehene Nachkommen. Sie wurden zunächst in Übergangslager gebracht, unter anderem in Beuthen, Gleiwitz und Laband, und später mehrere Wochen lang ins Innere der Sowjetunion verfrachtet, meist unter erbärmlichen Bedingungen. Diese Reise sollte erst ein Vorort der Hölle sein, die etwa 60.000 deportierte Oberschlesier erwartete. Sie trafen in Arbeitslagern ein, die sich im Donezker Kohlrevier oder in den Sowjetrepubliken Belarus und Kasachstan befanden. Zurückgekehrt war höchstens jeder Zehnte. Jeder Fünfte davon verstarb bald danach ...

Schmerzhaftes Wunden und großes Schweigen

Diese Tragödie hat bei der oberschlesischen Bevölkerung schmerzhaftes Wunden hinterlassen. Die Erinnerung daran wurde in den betroffenen Familien trotz der seitens der kommunistischen Machthaber auferlegten Schweigepflicht gepflegt. Aber uns Halbwüchsigen, denen in der Schule diese Geschichte nicht vermittelt werden durfte, sollte sie auch von den Eltern lange noch vorenthalten bleiben. Bis 1989 kam das Thema „Deportation“ auch nicht in den Medien, der Presse oder wissenschaftlichen Publikationen vor. So konnte diese Erfahrung jahrzehntelang keinen Eingang ins kollektive Gedächtnis finden. Aber auch heute ist es damit nicht zum Besten bestellt. Geschichtsschulbücher liefern dafür nur eines der vielen Beispiele. Wenn überhaupt, wird darin meist über den „Infrastruktur- und Industrieraub“ berichtet. In einem Lehrwerk von Jan Wróbel („Odnaleźć przeszłość“, 2003) lesen wir dazu: „In den besetzten Gebieten beschlagnahmte und raubte die Rote Armee Kunstwerke und ganze Technologielinien deutscher Fabriken. Davon waren auch etliche Polen zugesprochene Städte betroffen, aus denen Russen zum Beispiel Kabel, Dampflokomotiven, Maschinen und sogar Straßenbahnen und ganze Fahrleitungen fortschleppten.“

Darüber, dass die Sowjets außer den Kabeln, Fahrleitungen oder ganzen Industrieanlagen auch Menschen aus Oberschlesien fortschleppten,

die dann wie Arbeitssklaven in sowjetischen Bergwerken eingesetzt wurden, wird kein Wort verloren.

Ebenso wenig hat die polnische Literatur dieses Thema aufgegriffen. Dies geschah weder in der Nachkriegszeit (was durchaus noch einleuchtet) noch nach der demokratischen Wende von 1989/90. In dieser tragischen Episode entdeckte man offensichtlich kein menschliches Schicksal, das es wert gewesen wäre, um erzählt zu werden. Und dies, obwohl Gustaw Herling-Grudziński's großer Roman „Welt ohne Erbarmen“, zwischen 1949 und 1950 verfasst und

in Polen erst 1988 veröffentlicht, als aktuelle Schullektüre ein beeindruckendes Zeugnis davon ablegt, wie es in sowjetischen Gulags zugeht. Aber

Kein Wort fiel in Polen darüber, dass Menschen als Arbeitssklaven in die Sowjetunion verschleppt wurden.

das Buch geht auf das polnische Schicksal ein. Das oberschlesische dagegen wartet immer noch auf einen Schulbuchautor oder Schriftsteller, der es aus den Tiefen der familiären Überlieferung hervorkramen und dem kollektiven Gedächtnis vermitteln, ja näherbringen würde. In gewissem Sinne hat vor wenigen Jahren die prominente polnische Reporterin Małgorzata Szejnert genau das getan. In ihrem 2007 erschienenen Buch „Czarny ogród“, das in Polen große Wellen schlug und seit 2015 unter dem Titel „Der schwarze Garten“ auch auf Deutsch zu lesen ist, erzählt die Autorin Schicksale einiger oberschlesischer Familien aus den Arbeitersiedlungen Gieschewald (Giszowiec) und Nickischschacht (Nikiszowiec). Zur Deportation hiesiger Einwohner ins sowjetische Russland lesen wir: „Die pure Angst, die Sibirien, Ural oder Kasachstan auslösen, ist in aller Munde. Es heißt, entlang der Eisenbahnen kann man kleine Zettel finden, auf denen Namen stehen. Man hat sie durch kleine Spalten in den Viehwaggons hinausgeworfen. Männer, die erst vor Kurzem vom Krieg zurückkehrten, verschwinden auf einmal, ohne jegliche Nachricht.“

Entfremdung

Diese Ereignisse haben im familiären Gedächtnis der Betroffenen dennoch überdauert. Der Zusammenbruch des Kommunismus machte es möglich, das von zehntausenden Oberschlesiern und deren Familien erlittene Unrecht endlich auch öffentlich anzusprechen. Aber aus meiner Grundschulklasse und von all den Fußballfreundschaften blieb kaum noch jemand übrig, der diese öffentliche „Genugtuung“ vor Ort erleben

konnte. Die meisten übersiedelten noch in den ausgehenden 1980er Jahren von Sosnitza nach Westdeutschland. Bis heute lässt mich der Gedanke nicht los, dass es nicht in erster Linie die Diskriminierungspolitik des kommunistischen Regimes gegenüber Oberschlesiern oder der Traum von einem besseren Leben in der Bundesrepublik waren, die so viele Einheimische noch Jahrzehnte nach Kriegsende zur Auswanderung bewegten. Obwohl auch das kaum zu unterschätzen ist.

Ausschlaggebend für die Entscheidung der späteren Generationen junger Oberschlesier, also der Eltern vieler meiner Freunde, die beinahe von einem Tag auf den anderen aus der Landschaft meiner Sosnitzer Kindheit verschwanden, war gleichwohl doch die unterschlagene Deportation ihrer Verwandten nach Osten. Ebenso eine Rolle spielte dabei das Ausmaß der öffentlich zur Schau gestellten Verlogenheit. Ich bin mir sogar ziemlich sicher, dass die Verschleppung der Großväter meiner oberschlesischen Altersgenossen ihre eigene Beziehung zu einer Gemeinschaft aus den Angeln hob, die diese Tragödie nicht verhindert, sondern daraus nicht selten gar materielle Vorteile für sich herausgeschlagen hatte. Das alles vermittelte das Gefühl einer totalen Vereinsamung und warf einen langen Schatten auf das Verhältnis der einheimischen Bevölkerung nicht nur zum kommunistischen Regime selbst, sondern vielmehr zum Polentum. Es überschattete auch diesen Anteil der oberschlesisch-polnischen Kultur, die ja auch für Deutsche in Oberschlesien kein fremdes Element ihres eigenen Alltags war.

Tragisch für diese Menschen war ebenso die Tatsache, dass selbst Deutsche sich Jahrzehnte lang nicht dafür einsetzten, um die Erinnerung

Auch im Westen hat sich lange niemand für das Schicksal der in der Heimat verbliebenen Deutschen interessiert.

an die Deportation der Oberschlesier in die Sowjetunion wachzuhalten. Die westdeutschen Landmannschaftsverbände, die aus dem tragischen Schicksal der Vertriebenen aus Schlesien, Ostpreußen oder Pommern beinahe ihre alleinige Existenzberechtigung ableiteten, weigerten sich, die UdSSR wegen des Schicksals, das oberschlesische Sklavenarbeiter im Donbass, auf Kamtschatka oder im Kaukasus ereilt hatte, zur Rechenschaft zu ziehen. Auch gegenüber dem heutigen Russland bleiben sie in dieser Frage deutlich zurückhaltend. Außerdem erfuhr die breitere Öffentlichkeit in Deutschland erst vor wenigen Jahren von den Zwangsdeportationen oder – etwas weiter gefasst – von dem Gebaren kommunistischer Regimes gegenüber Deutschen, die nach 1945 in Ostmitteleuropa verblieben waren.

Dass es so kam, ist dem Literaturnobelpreis für Herta Müller (2009) geschuldet. Die aus dem rumänischen Banat stammende Schriftstellerin lebt seit 1987 in Berlin. In ihren Büchern wimmelt es von erniedrigenden Verhören oder anderen einfallsreichen und erschreckenden Praktiken des rumänischen Geheimdienstes Securitate. In ihrem 2014 erschienenen Buch „Mein Vaterland war ein Apfelkern“ erzählt sie über die Verschleppung ihrer Mutter und anderer Deutscher aus dem Heimatdorf zur Zwangsarbeit in die UdSSR. Sie berichtet darüber, wie diese Erfahrung sie als Kind prägte: „Heute weiß ich, sie war verhärtet und kaputt, sie hatte die fünf Jahre russisches Arbeitslager knapp überlebt, es war noch nicht lange her, als ich geboren wurde. Es waren so viele dort um sie herum verhungert und erfroren, sie hatte mehr Glück als diese Toten, kam verelendet zurück, „Sie sprach nicht übers Lager, und wenn, dann die immer gleichen, kryptischen Sätze, in denen sie selber nicht vorkam. Sie sagte: ‚Wind ist kälter als Schnee, Durst quält stärker als Hunger.‘ Sie zwang ihr Leben in eine gnadenlose Normalität und zu dieser gehörte ihrerseits das Prügeln und meinerseits das Abstumpfen und Vertauschen von Würde und Erniedrigung.“

Aber heute, 25 Jahre nach dem Mauerfall, fristet die Geschichte der Deportation ein Schattendasein, vor allem in den Köpfen der Historiker oder Schulbuchautoren. Zwar wurde erst jüngst ein deutsch-polnisches Forschungsprojekt mit der Publikation „Internierungen – Deportationen – Produktivität“ realisiert. Darin gehen wissenschaftliche Mitarbeiter des Instituts für Nationales Gedenken in Kattowitz (Katowice) gemeinsam mit ihren Kollegen vom Institut für Ost- und Südosteuropaforschung in Regensburg der Frage nach, unter welchen Umständen die Deportation der Oberschlesier zur Sklavenarbeit in der Sowjetunion in den Jahren 1945-1956 erfolgte und wie die Bedingungen in den einzelnen Arbeitslagern waren. Aber das Projekt, so bemerkens- und begrüßenswert es auch ist, stellt eine Ausnahme dar, die nur die geltende Regel bestätigt. Denn um die Popularisierung dieses Wissens ist es ziemlich schlecht bestellt.

In Polen wird die regionalgeschichtliche Erinnerung neu justiert und sie erfährt zunehmendes Interesse. Im Februar 2015 wurde ein Zentrum für Dokumentation der Deportation der Oberschlesier in die UdSSR eröffnet. Das Zentrum ist in Radzionkau angesiedelt, also dem Ort, der einst dicht an der Grenze der polnischen Woiwodschaft Schlesien zum Deutschen Reich lag. Hier kam es 1945 zu Massenverhaftungen und Deportationen in den sowjetischen Osten. Damit ist ein wichtiges und

notwendiges Signal für die polnische Erinnerungspolitik gesetzt. Aber genauso wichtig erscheint vielmehr eine öffentliche Debatte darüber, inwieweit regionalhistorische Erfahrungen polnischer Bürger – darunter vieler heutiger Menschen in Oberschlesien – bei Aktivitäten berücksichtigt werden, denen eine breitere Perspektive und längerfristige Tragweite bescheinigt wird. Dazu zählt zweifellos die Bildungspolitik.

Frage der Glaubwürdigkeit

Kurzum: In welchem Umfang sollte die oberschlesische Regionalgeschichte in polnische Geschichtsschulbücher Eingang finden? Es ist zwar nicht so, dass nach 1989 in dieser Hinsicht gar nichts geschehen wäre. Die regionalgeschichtliche Besonderheit spiegelt sich in polnischen Lehrwerken ansatzweise wider. Aber in den einschlägigen Narrativen dominiert meist eine nationalstaatliche Perspektive, die transnationale Verbindungen der Region verdeckt und den Blick auf bestimmte regionale Gegebenheiten oder Phänomene außerordentlich verengt. So werden Wesensmerkmale, die sich aus diversen kulturhistorischen Erfahrungen speisen, in der polnischen Schule weiterhin als etwas Fremdes behandelt. In Polen gibt es eigentlich kaum ein Schulbuch, welches Oberschlesien angemessen berücksichtigen würde. Dabei sind gerade die Phänomene frappierend, über die Schulbücher schweigen. Denn diese Bildungsmedien sind – neben tagespolitischer Publizistik – wohl der mit Abstand genaueste Seismograf für den Stellenwert historischer Themen. Was Schulbücher thematisieren oder was nicht und wie sie thematisieren, zeigt an, wie ein Thema gesamtgesellschaftlich gewertet und beurteilt werden soll.

Noch einmal also die Frage: In welchem Umfang sollte die Regionalgeschichte in Schulbüchern berücksichtigt werden? Dies wäre nicht zuletzt ein Prüfstein, um unter Beweis zu stellen, dass historische Reflexion und aktuelle Ansätze, solche Dramen wie die Deportation der Oberschlesier zur Zwangsarbeit Anfang 1945 wachzurufen, wirklich authentisch sind und nicht bald wieder verschwinden, nachdem ein weiteres Museum oder Dokumentationszentrum feierlich eröffnet worden ist. Diese Frage bleibt weiterhin offen. Gleichwohl ist es sinnvoll, sie gerade aus Anlass des 70. Jahrestages der Deportation der Oberschlesier in die Sowjetunion zu stellen. Bei Regionen mit hoher historischer Komplexität sind Schulbücher besonders herausgefordert. Dennoch ist es an der Zeit, sich dieser Herausforderung zu stellen.

Vielleicht wird es aber die polnische Literatur sein, die als erste diese Hürde nimmt und den Blickwinkel verändert? Das Literarische bringt es schließlich noch am ehesten zustande, mit der Vergangenheit ins Reine zu kommen und sich dem eigentlichen Sinn menschlichen Schicksals angst- und vorurteilsfrei zuzuwenden. Lev Nussimbaum hätte diese Geschichte sicher mit großem Können literarisch in Szene gesetzt.

Wenn es soweit ist, führt mein Weg vom Braunschweiger Schulbuchinstitut vielleicht wieder einmal nach Oberschlesien zurück. Nicht ohne Grund habe ich bei meiner 2014 erfolgten Einbürgerung den polnischen Vor- und Nachnamen nicht eindeutigen lassen. Für mich als Oberschlesier wäre es dabei ein Leichtes gewesen. Das will schon was heißen.

Es besteht Anlass zur Hoffnung, dass auch in Polen über die Literatur die verdrängten Schicksale eine Stimme erhalten

Auch deshalb werden meine beiden Söhne zweisprachig erzogen. Sie sprechen beide Sprachen perfekt, und auch die oberschlesische Mundart ist ihnen vertraut. Dabei ist Jakob (10) noch in Gleiwitz, Philipp (3) bereits in Braunschweig geboren. Für mich werden sie immer zwischen den beiden Städten meiner Biografie einen europäischen Bogen schlagen. Ob sie nun als Deutsche, Oberschlesier, Polen oder überzeugte Europäer aufwachsen, kann ich zwar ein wenig beeinflussen. Aber ich will es lieber als eine „offene“ Option betrachten. Gerade als Oberschlesier weiß ich, dass es besser ist, eine solche Entscheidung jedem selbst zu überlassen. Irgendwann kann aus Jakob (wieder) Jakub, aus Philipp Filip werden. Dass die Vornamen meiner Kinder im Deutschen wie im Polnischen so ähnlich klingen, war kein Zufall. Manchmal lässt eben auch die Namensgebung beide Alternativen offen. Hauptsache, sie handeln in ihren Entscheidungen immer als freie Menschen. Und es gibt ein Wort, mit dem ich diesen meinen Wunsch in Verbindung bringen kann: Europa. Ja, es ist das vereinte Europa ohne nationale Binnengrenzen. Ich kann nur hoffen, dass meine Söhne es in Zukunft so zu schätzen lernen, wie ich es tun durfte.

Aus der Ukraine über Russland nach Polen

Irena (Inna) Wiśniowska (geb. 1970) stammt aus Tschernigow in der Ukraine und lebt seit den neunziger Jahren in Polen.

Das halbe Leben hat sie in Polen verbracht, doch die Erinnerung an ihre Heimat in der Ukraine ist bis heute lebendig. Irena, die ursprünglich Inna hieß, zeichnet ihre Lebensgeschichte von der Ukraine über Russland nach Polen nach, die einige überraschende Wendungen enthält und trotz mancher Rückschläge letztlich gut verlaufen ist.

I.

Heute heiße ich Irena Wiśniowska. Wie Sie sehen, habe ich einen polnischen Familiennamen (nach meinem Mann) und einen polnischen Vornamen. Als ich vor über 20 Jahren nach Polen kam, hieß ich Inna, was auf Polnisch „die andere“ heißt. Ich hörte nicht sogleich auf, eine andere zu sein. Der Prozess der Dokumentenänderung und der Erhalt der polnischen Staatsbürgerschaft zogen sich lange hin, aber das ist alles vorbei. Heute besitze ich einen polnischen Reisepass, einen polnischen Ehemann, eine eigene Wohnung und eine Arbeit als Verkäuferin in einer der teuersten Konditoreien in Krakau. Ich erteile Russischunterricht, und von Zeit zu Zeit begleite ich als Reiseleiterin russischsprachige Touristen nach Zakopane. In meiner Freizeit aber treffe ich mich mit Freunden und gehe zum Sport. Nur ein leichter Akzent unterscheidet mich von den Menschen, die in Krakau verwurzelt sind. In der Tat sagt man, dass ich wie eine Polin aus Przemyśl spreche.

In dieser Stadt in Ostpolen an der Grenze zur Ukraine begann auch meine Bekanntschaft mit Polen. Wir fuhren mit dem Zug von Kiew nach Przemyśl und stiegen in einen Bus um, der uns in fünf Stunden nach Krakau brachte. Ich sah den ganzen Weg nach draußen und war begeistert. Die Sauberkeit, die akkuraten Häuschen mit den Blumen und den Schüsseln für das Fernsehen auf den Balkonen. Überall schöne, kleine Rasenflächen und glückliche Kinder in aufblasbaren Bassins oder auf den

Schaukeln und Erwachsene in Gesprächen am Grill. Ein ruhiges, gut situiertes Leben. Und das schöne Krakau begrüßte uns mit fröhlicher touristischer Belebtheit, mit einer Menge junger Studenten und dem würdevollen Stolz der einheimischen Krakauer. Für mich war das alles ein Schock – sowohl die jungen Männer, die mit Kindern im Kinderwagen spazierten, als auch die jungen Paare mit den Kindern in der Kirche, der katholischen Kirche Polens. Und selbstverständlich war ich und waren auch die anderen Reisenden begeistert von dem alten Wawel-Schloss, und ich nahm die wundertätige Energie des dortigen, der Legende nach mystischen Czakram-Steines beim Wawel in mich auf. Ich fütterte die Schwäne auf der Weichsel und verliebte mich für immer in Krakau. Wahrscheinlich erhörte der Allmächtige meine Bitte, als ich in der festlichen Atmosphäre der Marienkirche saß und davon träumte, in Krakau leben zu dürfen. Und ich liebe es bis heute, von der Stille ihrer Mauern umgeben, zu sitzen und einfach nachzudenken. Oder zu bleiben, um die Messe zu hören und danach ein Konzert mit klassischer Musik.

Nach diesen von mir beschriebenen Eindrücken liegt nichts Verwunderliches darin, dass ich in Krakau lebe. Ich wollte, wie der berühmte russische Liedermacher Alexander Rosenbaum, der über sein Leningrad sang „Diese Stadt muss man kennen und auch ihre Bevölkerung, damit sie sich von oben öffnet“, meine Stadt entdecken und lieben, meinen Platz in der Welt finden. Natürlich gehört uns, wie man sagt, wenn wir jung sind und eben erst ins Leben treten, die Welt! Wir wollen auch überzeugt sein, dass wir die ganze Welt gewinnen und viel Interessantes erleben. Ich wollte vor allem ohne jemandes Hilfe meinen Platz in der Welt finden, mich selbst und meine

Möglichkeiten in dem neuen Land entdecken. Die Jugend idealisiert alles, und Krakau erwies sich noch nicht als die ideale Stadt, wie sie mir anfangs erschienen war. Obwohl

Der polnische Stolz wirkt sich negativ auf das Verhältnis zu den Ukrainern im Allgemeinen aus, jedoch nicht zum einzelnen Ukrainer.

Obwohl mich dieses wohlmeinende und höfliche Volk, die Polen, bis heute unangenehm berührt mit seiner Neugierde und ich auf die Frage „Woher kommen Sie?“ unsicher reagiere, weil ich nicht weiß, welche Reaktion mich auf meine Antwort „aus der Ukraine“ erwartet. Oder man wird mir ähnliche Geschichten aus der eigenen Großelterngeneration erzählen, die nach Krakau von „dort“ übersiedelten, als Lemberg aufhörte, polnisch zu sein. Oder aber manche – sie sind zum Glück in der Minderheit – sprechen sich ausgesprochen unfreundlich gegen die Ukrainer aus. Je-

der Ukrainer war damit indirekt oder direkt konfrontiert. Der polnische Stolz plus die historischen Fehden – Katyń –, alles das wirkt sich negativ auf das Verhältnis zu den Ukrainern im Allgemeinen aus, allerdings nicht zum einzelnen Ukrainer. Denn wenn man mit solchen Leuten zu reden beginnt, dann platzt die Seifenblase und ich bekomme zur Antwort „Gegen Sie persönlich habe ich nichts.“ Und es tritt die zweite Seite der polnischen Mentalität hervor: die Menschenfreundlichkeit. Der Glaube an Gott, der unbedingte Besuch der Messe in der katholischen Kirche, die starken familiären und verwandtschaftlichen Bande – alles das spielt eine Rolle. Es gibt nicht die Aggressivität und die Bosheit, der ich begegnete, als ich in Moskau studierte. Und nicht die schläfrige, faule Hoffnungslosigkeit der stillen Stadt, in der ich geboren wurde und bis zum 18. Lebensjahr aufwuchs. Obwohl man in der Sowjetunion nur heimlich in die Kirche ging, ohne sich zum Glauben an Gott zu bekennen, waren diese Menschen im allgemeinen gut und prinzipientreu und bereit, das letzte Stück Brot zu teilen. Denn die kommunistische Erziehung rottete die Habgier und das Gefühl für Eigentum aus, was in meiner Kindheit aber damit endete, dass ich mit allen die hausgemachten Piroggen meiner Mutter teilte, die sie mit solcher Liebe für mich bereitet hat, sodass ich in der Schule hungrig war.

II.

Tschernigow¹ – so heißt die Stadt, in der ich 1970 geboren wurde – zählte 160.000 Einwohner. Sie ist 140 km von Kiew und 100 km von Gomel entfernt, einem weißrussischen Städtchen, wohin wir mit Vater zum Einkaufen fuhren. In diesen Jahren in der Ukraine zeigte sich in Städten wie Tschernigow der Mangel an den wichtigsten Waren krass. Wir pendelten zum Einkaufen nach Kiew – aber dort waren Schlangen, dahin fuhren wir mehr für Käse und Wurst. Aber in Gomel gab es gute Sachen von den örtlichen Fabriken – eine hübsche Schuluniform mit Plissée-Rock und nicht dieses braune Säckchen, das in unseren Läden angeboten wurde. Modische Stiefel, die ich neben das Bett stellte, damit ich mich beim Aufwachen freuen und sie betrachten konnte. Und leckere Pralinen, die ich mit niemandem teilen musste, weil Erwachsene keine Pralinen essen – und Geschwister hatte ich nicht. Ich wuchs in einer Familie der Intel-

1 Tschernigow ist der russische Name dieser Stadt; ukrainisch lautet er Tschernihiw.

lizenzierte auf: Mama gab Klavierstunden an der Musikschule und Papa war der Chef der städtischen Elektrizitätswerke. Als ich 16 Jahre alt war, gab es die Explosion im Atomkraftwerk von Tschernobyl. Das liegt 80 km von Tschernigow entfernt. Ich erinnere mich, dass ich mich mit den Schulfreunden im Wald versammelte, wo wir gewöhnlich Feuer anzündeten, Picknicks organisierten und auf der Gitarre spielten. Aber das wurde uns verboten. Wir ärgerten uns und dachten gar nicht daran, was für ein schreckliches Unglück das war. Aber mein Vater befand sich in Ausübung seiner Dienstpflicht eine Woche lang in der gefährlichen Zone.

So endete mit 16 Jahren meine fröhliche Kindheit. Es begannen die massenhaften Ausreisen aus der Stadt. Mir blieb noch ein Jahr bis zum Schulabschluss. In der UdSSR gab es eine zehnjährige mittlere Schulausbildung von 7 bis 17 Jahren. Neuerdings hat man eine 11-jährige Schulausbildung bis zum 18. Lebensjahr eingeführt. Man bekommt ein Reifezeugnis und kann in ein Institut eintreten, was auch mein Traum war. Das Institut und die Stadt hatte ich früher ausgesucht. Das war natürlich ein pädagogisches Institut für russische Philologie, und die Stadt war selbstverständlich Leningrad. Darüber hatte ich seit meiner Kindheit von Oma gehört. In den Erinnerungen von Papas Mutter war Leningrad voller bemerkenswerter, intelligenter und interessanter Menschen. Alle Geschwister meiner Großmutter waren in Leningrad während der Blockade im Zweiten Weltkrieg umgekommen. Meine Genealogie ist typisch für die Mehrheit der Familien in der Sowjetunion. Meine beiden Großväter waren Soldaten, ihrer Nationalität nach Ukrainer, aber ihre Frauen waren Russinnen.

Als ich mit Papa nach Leningrad fuhr, um in das Institut einzutreten, war ich noch keine 17 Jahre alt. Ich bereitete mich auf das Aufnahmeexamen in russischer Sprache, Literatur und Geschichte vor. Doch im letzten Moment wurden Examina für Englisch eingeführt. Und obwohl Papa versuchte, Repetitoren zu finden, war es unmöglich, die Sprache in zwei Wochen zu lernen. So war ich froh, das Examen nicht abzulegen und nicht zu lernen, sondern zwei Wochen lang mit Papa durch Pieter zu spazieren (so bezeichnen die alteingesessenen Einwohner ihre Stadt Leningrad, heute Sankt Petersburg). Das waren meine allerletzten glücklichen Ferien. Ich war so glücklich, dass ich nicht in der fremden, kalten Stadt bleiben musste, und als ich mit Papa wieder zuhause war, konnte ich die nächste Eroberung einer neuen Stadt bis zu einem Jahr hinauszögern. Ich fand eine Arbeit in unserer Stadtbibliothek im Lesesaal und

freundete mich mit Lena an, die ebenso wie ich in kein Institut eingetreten war. Deshalb gingen wir gemeinsam zu den Repetitoren, die ihre Mutter – eine Lehrerin – für uns fand. Wir hatten gemeinsame Ziele, beide träumten wir davon, welch ein interessantes Leben wir in der neuen Stadt führen würden; deshalb beschlossen wir, gemeinsam dorthin zu fahren und in das Institut einzutreten. Und wir ahnten nicht im Entferntesten, was unsere Schicksale so verbinden würde. Dieses Mal suchten wir Moskau aus.

III.

In der Hauptstadt hatten wir Erfolg. Beide bestanden wir glanzvoll die Aufnahmeexamina der Moskauer Staatlichen Kulturuniversität für die bibliothekswissenschaftliche Fakultät. Tatsächlich gab es die Universität und eine gute Gemeinschaftswohnung nicht in Moskau selbst, sondern in der nahegelegenen Stadt Chimki, und man musste nach Moskau mit dem Autobus fahren und danach mit der Metro oder mit der S-Bahn bis zum Bahnhof im Zentrum, was hin und zurück drei Stunden Zeit beanspruchte. Doch das hinderte uns nicht, täglich ins Stadtzentrum zu fahren und Moskau zu erkunden. Die Eltern unterstützten uns finanziell, und wir hatten sogar Zeit und Geld, um einmal pro Woche ins Theater zu gehen und unsere in der ganzen Sowjetunion berühmten Lieblingsschauspieler live zu erleben. Leider dauerte das nicht lange. Es begann der Putsch – der Versuch eines militärischen Umsturzes im Jahre 1991. Wir hatten mit Politik gar nichts zu tun. Aber die Prügeleien unter den

Die Angst vor der politischen Unsicherheit in Moskau war der Anstoß zur nächsten Etappe der Odyssee.

Anschlagsäulen mit politischen Losungen und die durch Moskau kreuzenden Panzer des Militärs nahmen uns das Gefühl der Gefahrlosigkeit.

Wir hatten so viel über die Revolution von 1917 gelesen. Und hier gab es wieder eine Revolution. Wir wussten damals noch nicht, dass alles gut verlaufen und kein Blut vergossen werden würde. Wir empfanden Angst und hörten auf, Moskau zu vertrauen. Ich begriff, dass ich wieder nicht an den richtigen Ort geraten war, und wo meine Stadt sein würde, das lag noch vor mir.

Wenn es in der Sowjetunion keine Veränderungen gegeben und wenn sie nicht abgewirtschaftet hätte, dann wäre ich niemals nach Polen gekommen, um hier zu leben. Die Ukraine wurde zu einem unabhängigen Staat und führte ihre Geldkupon ein (das sind heute die Hriwny). Und

wir blieben in Moskau ohne Existenzmittel. Wechselstuben für das Kupongeld in Rubel gab es damals noch nicht, und die Banken tauschten sie ebenfalls nicht ein. Aber es gibt „nichts Schlechtes ohne das Gute“. Wir waren genötigt, das Handeln zu erlernen. Und wenn gestern noch der Privathandel als Spekulantentum bezeichnet und gesetzlich verfolgt wurde, so handelte jetzt ganz Moskau. Auf den Märkten, Straßen und Bürgersteigen kam man an den Händlern nicht vorbei. Wie Pilze nach einem Regen wuchsen die Kooperativen – Zelte auf der Straße oder kleine Lädchen mit Waren aus Polen, China oder der Türkei. Und wir fuhren zu den Eltern in die Ukraine, tauschten dort die für unser Studium vorgesehenen Kupons in Strumpfhosen und anderen leichten und kompakten Tingeltangel ukrainischer Herstellung und verkauften all das auf dem Flohmarkt in Moskau. Und obwohl unsere Eltern mit unseren Tätigkeiten nicht einverstanden waren, weil uns das vom Studium abhielt, so sahen auch sie keinen anderen Ausweg. Aber sie hatten recht. Vom Studium hielt uns das für immer ab. Uns gefiel es so sehr, Geld zu verdienen (denn die erzielten Einnahmen waren erheblich mehr, als wir von den Eltern bekamen), dass wir beschlossen, wie viele andere in dieser Zeit mit den Waren nicht nach Moskau, sondern nach Polen zu fahren. Das machten wir am besten im August, denn das Studium in Moskau begann erst im Oktober. Dazu hatten wir dank unseres Handels schon die Möglichkeit, in Moskau ein eigenes Quartier zu beziehen und nicht mehr in einer Gemeinschaftswohnung zu leben. So beschlossen wir, für drei Tage nach Polen zu reisen, in eines von drei Ländern, mit denen damals schon ein reger Handel geführt wurde und das näher lag als China oder die Türkei. Wer hätte gedacht, dass wir, die wir für nur drei Tage nach Polen reisen wollten, für immer dort bleiben und niemals nach Moskau zurückkehren würden?

Als wir unsere Ware rasch verkauft hatten und für das eingenommene Geld das aussuchten und kauften, womit wir in Moskau handeln wollten, bestahlen uns Zigeuner. Es blieb uns nur das Kleingeld und ein paar Dosen der populärsten Konserven der früheren UdSSR, „Strömlinge in Tomatensoße“. Aber vor allem – es blieb das Gold. Wir waren behängt mit Gold wie Tannenbäume mit Lametta. Damals entwertete sich das Geld, die Ersparnisse unserer Eltern auf dem Sparbuch wurden zu Kopeken, die Leute vertrauten dem Geld nicht mehr und investierten in Wertsachen und andere teure Waren. Da war uns das Gold von Nutzen. Nachdem wir es verkauft hatten, verfügten wir über ein kleines Kapital, das wir hier in Krakau investieren wollten. Wir nahmen uns ein Zimmer

und beschlossen, bis zum Oktober zu leben, Handel zu treiben und das Versäumte nachzuholen.

IV.

In Polen gab es damals viele, die so lebten wie wir. Man nannte sie Zwischenhändler. Sie kauften von denjenigen, die für ein paar Tage gekommen waren, und verkauften es teurer an die örtlichen Bewohner. Uns schien das ein gutes Geschäft zu sein, aber uns fehlte die Erfahrung und wir gingen bankrott. Schon war der Oktober da, und wir mussten zum Studium nach Moskau zurückkehren. Wir fassten noch einen Beschluss – nicht zurückzukehren. Für uns war es nicht mehr so schrecklich wie am Anfang, als wir hier keine Bekannten hatten und die Sprache gar nicht beherrschten. Wir hatten uns schon mit den Zwischenhändlern angefreundet und liebten unser geregeltes Leben. Wir lernten, polnisch zu verstehen, indem wir uns Kinderbücher kauften, aus denen wir die Wörter herausschrieben und sie mit Hilfe eines Wörterbuches lernten. Wir lernten, Bier zu trinken und in der ganzen freien Zeit durch Krakau zu spazieren. Wenn wir des Zufußgehens müde waren, dann setzten wir uns in die Straßenbahn und gönnten uns Exkursionen in die entlegeneren Bezirke Krakaus. Unsere Eltern schrien, flehten, argumentierten, aber wir wollten nicht an Moskau denken. Sie versuchten, uns von der Unrichtigkeit unserer Wahl zu überzeugen, sprachen von verlorenen Mühen um das Studium in Moskau, führten noch viele Argumente an, aber wir glaubten an uns. Wir hatten unsere Stadt gefunden, das magische Krakau. Wir wollten um keinen Preis fort, und unsere Eltern mussten nach Moskau fahren und dort unsere Sachen abholen. Ihnen gelang es auch, uns auf die Fern-Abteilung der Pädagogischen Hochschule in Winniza umzuschreiben.

Diesmal sollten wir die Investition des letzten Geldes gut durchdenken, um uns nicht noch einmal zu ruinieren. Ich möchte feststellen, dass in Moskau die meisten Mädchen dem äußeren Aussehen eine große Rolle zugemessen hat. Grelle Schminke, eine bewusste Art, sich zu kleiden – ein wahrer Kult des Äußerlichen. In Polen dagegen ein einfacher, leichter Stil, ohne Schminke und überall in Jeans – auf der Arbeit und in der Diskothek. Uns gefiel dieser ungezwungene Stil sehr. Aber es würde hier auch nicht sehr stören, sich die Wimpern zu tuschen. So setzten wir auf Kosmetik. Die war keine gängige Ware und „Unsere“ zeigten uns den Vogel. Aber wir entschieden, das zu verkaufen, worin wir einen Sinn

sehen und was wir lieben. Und wir irrten nicht, und nachdem wir mit einem Tischchen Kosmetik begonnen hatten (zu mehr hatten wir kein Geld), besaßen wir nach einigen Monaten acht davon. Wir fanden einen Rechtsanwalt, der uns half, unsere Firma zu eröffnen, eine GmbH. Die Firma erwies sich als großer Erfolg, und ungeachtet der hohen steuerlichen und sozialen Abgaben, der hohen Büromiete, zu der noch die Korrespondenz, die buchhalterische und die juristische Betreuung kam, wuchsen wir trotzdem an einigen Punkten schnell und konnten Personal einstellen. Nach einigen Jahren er-

In Krakau hatten Irena und Lena zunächst mit einer Kosmetikfirma Erfolg.

öffneten wir unseren Laden mit Kosmetik und Bijouterie. Zu dieser Zeit, nach zwei Jahren Polnischunterricht für Ausländer an einer Privatschule, sprachen und schrieben wir Polnisch fehlerfrei. Und das Wichtigste – die Firma gab uns alle Grundlagen für einen legalen Lebensunterhalt und einen zunächst befristeten, später dauerhaften Aufenthaltsstatus. Wenn man mich fragt, was mir half, mich in Polen zu akklimatisieren, dann antworte ich „meine Firma“.

Nach einigen Jahren schien es, dass wir fast nur noch Kontakte zu Polinnen hatten. Die Polinnen begannen, mehr auf sich zu achten und sich zu schminken, sodass unser Geschäft aufblühte, wir über mehr Geld und auch mehr Freizeit verfügten. Wir litten zu Anfang nicht sehr unter dem Gefühl der Exklusivität – das ist normal für alle Ausländer, und wir wünschten uns polnische Freunde in Krakau, gleichsam, um den Mangel an Verwandten, die in der Ukraine geblieben waren, zu kompensieren. Aber weil wir kontaktfreudig und offen zu den Menschen waren, gelang es uns, Freunde zu finden und uns einen kleinen Freundeskreis zu schaffen. Das waren Leute, die uns gefielen und mit denen es interessant war, sich zu unterhalten. Wir nahmen freudig Einladungen als Gäste an und luden selbst zu uns ein. Wir hatten Gesprächsthemen, von kulinarischen Themen bis zu religiösen verglichen wir Ähnlichkeiten und Unterschiede in unseren Speisen, Gebräuchen und religiösen Riten. Lena und ich waren schon längst von der Orthodoxie zum Katholizismus konvertiert. Das versteht sich von selbst, wenn man in einem katholischen Land lebt. Feiertage sind dann Feiertage, wenn man sie gemeinsam feiert.

Und was war am schwierigsten? Die Eltern. Wir sehnen uns nach ihnen und sie sich nach uns. Und dann die Verwandten mit dem ewigen „Wann kommst du?“ Oder „Ach, wenn du doch bei uns wärest!“ Aber man kann nicht zwei Leben gleichzeitig leben und gleichzeitig an zwei Orten sein. Na, und das Schuldgefühl, dass ich selten komme, dass wir

uns so selten sehen. Aber mit den Jahren haben sich alle daran gewöhnt, und seit der Zeit, als Skype aufkam, können wir uns auch unterhalten und gegenseitig feststellen, dass im Allgemeinen alles ist wie früher. Obwohl ich ungeduldig auf die Reisen in die Ukraine warte, sind sie doch immer weniger und weniger geworden, jetzt nur noch einmal alle paar Jahre. Umso mehr, als wir unsere Firma aufgelöst haben und ich nicht mehr so viel Zeit und Geld habe, um öfter zu reisen.

Alles begann damit, dass jede von uns begann, ihr persönliches Leben zu organisieren. Unsere Dreizimmerwohnung verließen wir beide jeweils mit einem polnischen Mann. Wir teilten die Firma durch zwei und begannen jeweils eine eigene Tätigkeit im Handel. Aber nach einigen Jahren war der Handel sowohl bei mir als auch bei Lena gänzlich zum Stillstand gekommen, und wir schlossen diesen Abschnitt unseres Lebens, den Handel, der uns 20 Jahre lang in Polen unser Einkommen beschert hatte. Lena ließ sich zur Fremdenführerin ausbilden, arbeitet jetzt in dieser Funktion in Krakau und ist damit sehr zufrieden. Und ich fand erst einmal eine Arbeit in einer Konditorei, aber danach sehen wir weiter.

V.

Es war natürlich eine richtige Entscheidung, für immer in Polen zu bleiben. Was mir hier fehlt? Außer meinen Angehörigen – die russische Sprache. Der Umgang auf Russisch. Bücher auf Russisch. Und die russische Musik.

Ich denke, dass mein Schicksal für eine Ausländerin untypisch ist. Es ist nicht vergleichbar mit denen, die in der letzten Zeit aus der Ukraine nach Polen gekommen sind. Heute kommen viele, um zu studieren oder organisiert zu arbeiten. Auf uns hat hier niemand gewartet, und niemand hat uns geholfen. Wir halfen uns selbst und schufen uns und anderen hier für etwas mehr als 20 Jahre einen Arbeitsplatz. In gewisser Weise ähneln sich die Schicksale aller Ausländer nicht sehr, nicht ihre Erlebnisse, nicht ihre Bestrebungen.

Das Wichtigste im Leben ist die Selbstentfaltung als Persönlichkeit und die Fähigkeit, seine Grenzen zu überwinden. Krakau gab mir diese Möglichkeiten. Das Leben geht weiter.

Aus dem Russischen übersetzt von Friedemann Kluge.

Ukrainischer Alltag in Moskau

Anna Wishiwanjuk (geb. 1982) stammt aus dem Westen der Ukraine, ging dann wegen ihres Studiums nach Russland und hat seither ihren Lebensmittelpunkt in Moskau.

Der Beitrag zeichnet den Lebensweg einer jungen Ukrainerin aus der Westukraine nach, der sie zum Studium nach Russland geführt hat. Soll sie nun aus beruflichen Gründen bleiben oder in die Heimat zurückkehren? Diese Frage stellt sich vielen Ukrainern in Russland. Oft fällt, wie die Autorin anhand weiterer Schicksale zeigt, die Entscheidung zugunsten der „Fremde“, doch hält man sich, soweit möglich, eine Hintertür offen.

Zwischen der Ukraine und Russland im Zwiespalt

Ich heiße Anna Wishiwanjuk und wurde 1982 geboren. Von der Geburt bis zum 18. Lebensjahr lebte ich in der Westukraine (die ersten acht Jahre im Bezirk Rowensk und die letzten zehn Jahre in Iwano-Frankiwsk, Stadt Kolomyja). Nach Beendigung der Schule im Jahre 2000 beschloss ich, ein Studium an der Orthodoxen St. Tichon-Universität für Geisteswissenschaften in Moskau zu beginnen. Die Entscheidung zugunsten dieser Universität war dadurch bedingt, dass diese Lehranstalt meiner Meinung nach zu dieser Zeit die qualitativ beste theologische Ausbildung gewährte. Sie steht unter der Ägide der Russischen Orthodoxen Kirche (was für mich sehr wichtig war, weil ich als Gläubige der Ukrainischen Orthodoxen Kirche dem Moskauer Patriarchat angehörte, was für eine Galizierin nicht traditionell ist, und weil ich auf verschiedene kontroverse Fragen auf dem Gebiet der Religion, die für unsere Region charakteristisch sind, Antworten finden wollte).

Die Entscheidung, diese Universität zu wählen, hatte jedoch nichts damit zu tun, dass sie sich in Moskau befindet. Dieser Aspekt war vor allem für unsere Familie ein großes Hindernis (fern von zuhause, ein anderer Staat, das teure Leben in Moskau – unsere Familie war damals in ihren Mitteln ziemlich beschränkt). In den ersten Jahren des Studiums

war ich überzeugt, dass ich nach Beendigung der Ausbildung sofort nach Hause zurückkehren würde. Jedoch schlug man mir nach Beendigung der Universität vor, eine Stelle als Doktorandin anzutreten, und ich nutzte diese Möglichkeit, weil ich in diesem Augenblick aus einer Reihe von Gründen nicht bereit war, nach Hause zurückzukehren: erstens familiäre Reibereien, zweitens wollte ich mich nicht von den Freunden und Arbeitskollegen trennen, drittens die Unsicherheit, zu Hause eine meiner Ausbildung gemäße Arbeit zu finden.

Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine kann den Einzelnen dazu zwingen, sich für eines der Länder zu entscheiden.

Nach der Entscheidung, in Moskau zu bleiben, vergingen einige Jahre. Es gelang mir, die russische Staatsbürgerschaft zu erwerben, und ich begann mich mit der Frage des Erwerbs eines eigenen Hauses zu beschäftigen, da ich

bis dahin die ganze Zeit Zimmer und Wohnungen gemeinsam mit Freunden bewohnt hatte und mich zu meinem 30. Lebensjahr das Fehlen eines eigenen Raumes und die Instabilität in der Wohnungsfrage stark ermüdeten. Dann jedoch, als ich in dieser Hinsicht schon viel Kraft investiert hatte (die Mittel zum Kauf eines Grundstücks in der Nähe Moskaus waren zusammengespart, die Kreditgelder waren zum Teil verbraucht, dennoch begann der Bau mit Unterstützung der Eltern), fing ich an, die Richtigkeit meiner Entscheidung anzuzweifeln. Erstens befürchtete ich, wegen des Konfliktes zwischen der Ukraine und Russland die Verbindung zu den Angehörigen und zu meiner Heimat zu verlieren. Ich verstand, dass im Falle, dass ich vor der Wahl stehen würde, in welchem Land ich für immer bleiben möchte, ohne das andere Land besuchen zu können, meine Wahl zugunsten der Ukraine fallen würde. Zweitens wurde mir bewusst, in welchem Maße mir Freunde und Bekannte wichtig sind, meine Eltern und die nahen Verwandten. Drittens verbesserte sich das Verhältnis der Eltern, aber auch ihre materielle Lage (sie eröffneten einen kleinen Laden), und bei mir kam die Überzeugung auf, dass ich entweder bei ihnen oder an einem anderen Ort (sogar in meinem Fach) arbeiten kann, wo ich mir ein kleines, aber notwendiges Einkommen sichere.

Nichtsdestoweniger gehe ich heute davon aus, dass es klüger ist, am Status quo nichts zu verändern. Hinzu kommt die Überlegung, dass, wenn ich in Moskau bleibe, die Möglichkeit bedeutend größer als bei einer Rückkehr in die Ukraine ist, mich in beruflicher Hinsicht (als Religionshistorikerin) zu entwickeln, ungeachtet dessen, dass ich den

größeren Teil der Zeit mit Gelderwerb (der oft nichts mit meiner beruflichen Spezialisierung zu tun hat) und mit der Lösung von Alltagsproblemen verbringe. Später, wenn die vor mir stehenden Aufgaben gelöst sein werden, und falls ich in Russland keine eigene Familie gründe oder keine anderen hindernden Umstände entstehen, werde ich wahrscheinlich in die Ukraine zurückkehren – umso mehr, als meine Nächsten darauf hoffen. Und für mich ist es sehr wichtig, dass ich die Möglichkeit habe, jederzeit eine Zuflucht bei ihnen zu finden.

Und noch ein Umstand in Bezug auf meine bürgerliche Aktivität in Russland: Ich bleibe bewusst passiv hinsichtlich der Ausprägung des zukünftigen russischen Staates (Beteiligung an Wahlen usw.), weil ich nicht wirklich das Gefühl habe, dass dieser Staat mir eine Heimat ist, und weil ich annehme, dass ich nicht das innere Recht habe, seine Zukunft zu beeinflussen. Das berührt allerdings nicht soziale und wohltätige Fragen.

Mein Fall ist eher untypisch, obwohl ich persönlich mit mehr als zehn Absolventen der Orthodoxen St. Tichon-Universität für Geisteswissenschaften bekannt bin, Auswanderern aus der Ukraine, die nach Beendigung des Studiums zwischen 2000 und 2013 in Moskau geblieben sind, nachdem sie die russische Staatsbürgerschaft angenommen hatten. Die einen gründeten hier eine Familie, andere nicht. Für die Mehrheit von ihnen bleibt das Problem des Fehlens einer eigenen Wohnung eine ernste Frage. Nichtsdestoweniger ziehen sie es vor, hier zu bleiben, weil sie für sich in der Ukraine keine Perspektive sehen. Das betrifft vor allem Personen, die nach Russland kamen, um hier eine höhere Bildung zu erwerben.

Hauptursache zur Auswanderung: bessere Verdienstmöglichkeiten

Nach meiner Wahrnehmung bilden den größten Teil der Übersiedler aus der Ukraine nach Russland solche Personen, die in den 1980er-Jahren und Anfang der 2000er-Jahre auf der Suche nach besseren Verdienstmöglichkeiten hierher kamen. Viele von ihnen gründeten gemischte Familien mit Russen. Und wenn es ihnen gelang, die Frage einer Unterkunft zu entscheiden (eine Wohnung ist ein sehr wichtiger Aspekt – das ist nicht nur der Ort des Lebens, sondern auch der Ort der Registrierung, unverzichtbar für eine legale, langfristige Arbeitsaufnahme und für die medizinische Versorgung), dann siedelten sie sich in Russland an. Als ich mich im Jahre 2007 im russischen Konsulat in Kiew um die russische

Staatsbürgerschaft bewarb, war ich erstaunt über die Menge der Ukrainer, in der Regel mittleren Alters (es sah so aus, als seien es nicht weniger als die, die die russische Staatsbürgerschaft anstrebten), die eine Erklärung über die Ablehnung einer früher erworbenen russischen Staatsbürgerschaft abgaben. Alle begründeten ihre Entscheidung mit

Eine große Rolle bei der Entscheidung für eine dauerhafte Niederlassung in Russland spielt das Vorhandensein einer eigenen Wohnung.

dem Fehlen einer Wohnung in Russland. Hier muss daran erinnert werden, dass zwischen der Ukraine und Russland (als Staaten der GUS) die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft nicht existiert.

Die Arbeiten, zu denen die Ukrainer herkommen, sind in der Regel gering qualifiziert – etwa im Baugewerbe oder im Dienstleistungsbereich. Städte der Niederlassung sind am häufigsten Moskau, seltener Sankt Petersburg, aber auch Orte in Gebieten der Erdölgewinnung.

Fallbeispiele

Erwähnen möchte ich die Verwandten meiner Schwägerin, der Frau meines Bruders. Der Vater ist Wladimir K. (58) aus dem Bezirk Iwano-Frankiwsk, die Mutter Natalja K. (56) aus dem Bezirk Tula (Russland). In den Sowjetjahren lebte ihre Familie in Komsomolsk am Amur. Anfang der 1990er Jahre kehrten die Familienoberhäupter in das Heimatdorf in der Ukraine zurück. Allerdings fiel die Familie dann im Verlauf einiger Jahre auseinander. Die Mutter ging zum Geldverdienen nach Italien. Die Tochter (die Frau meines Bruders) blieb in der Ukraine im Haus der Großmutter (mütterlicherseits), wo sie auch als Familie lebten. Und der Vater mit dem Sohn Sergej K. (er ist jetzt 36 Jahre alt) begaben sich Anfang der 1990er Jahre zur Arbeit nach Moskau. In jener Zeit erwarb der Sohn die russische Staatsbürgerschaft, nachdem er als Erbe das Haus seines Großvaters in der Nähe von Tula bekommen hatte, und arbeitet seither in Moskau in einer Firma für Außenreklame. Er wohnt in einem angemieteten Zimmer und beabsichtigt nicht, in die Ukraine zurückzukehren. Interessant ist es, dass er in der persönlichen Kommunikation die russische Sprache bevorzugt, obwohl er das Ukrainische ausgezeichnet beherrscht. Der Vater hat die Aussicht auf eine Aufenthaltserlaubnis in Russland, er wohnt dauerhaft in Adler¹, verwaltet ein privates Eigen-

1 Ort in der Nähe von Sotschi in Südrussland.

heim und das dazu gehörige Gelände, wo er auch wohnt. In die Ukraine kommt er selten, und für die nächste Zeit beabsichtigt er nicht zurückzukehren.

Viele Ukrainer sind wegen fehlender Zukunftsperspektiven nach Russland ausgewandert. Stellvertretend für verbreitete Hoffnungslosigkeit stehen diese Bauruinen in Lemberg (Foto: Renovabis-Archiv)



Aleksandra M. (38) ist unverheiratet. Sie entstammt einer russischen Familie, die während der Sowjetzeit in der Ukraine, in Lemberg, wohnte. Seit 2006 lebt und arbeitet sie in Moskau als Verkäuferin oder Schneiderin. Sie kam nach Moskau aus zwei Gründen: den Traum der Familie (die aus ihr selbst, der Mutter und dem Bruder besteht) von einer Rückkehr in die historische Heimat zu verwirklichen und die materielle Lage zu verbessern. Lange Jahre versuchte sie vergeblich, die russische Staatsbürgerschaft nach dem Rückkehrprogramm für die eigenen Landsleute zu erwerben. In Moskau lebt sie gemeinsam mit Freundinnen in einem Zimmer. Um überhaupt arbeiten zu können, kauft sie bei kommerziellen Unternehmen in Moskau eine Registrierung und eine Arbeitserlaubnis für Ausländer. Ungeachtet der schweren Bedingungen des Moskauer Lebens bleibt sie absichtlich in Russland. Sie plant, demnächst die Wohnung in Lemberg zu verkaufen, im Moskauer Umland eine Unterkunft zu erwerben und die Mutter zu sich zu holen.

Zwei leibliche Schwestern (die ältere, Ljudmila B., ist 30, die andere, Natalja T., etwas jünger) sind gebürtig aus einer ländlichen Ortschaft im Bezirk Chmielno (Westukraine). Die ältere lernte durch Dorfnachbarn, die in Moskau arbeiten, vor zehn Jahren ihren zukünftigen Ehemann Kirill B. aus dem Moskauer Bezirk kennen. Als sie heiratete, zog sie in das Haus des Mannes. Inzwischen haben sie drei Kinder. Sie ist in einer örtlichen Bäckerei für die Bestellungen zuständig; ihr Ehemann arbeitet dort als Geschäftsführer. In der Annahme, dass es wegen der russophoben Stimmung der Bevölkerung gefährlich sei, dorthin zu reisen, erlaubt der Mann seiner Frau nicht, mit den Kindern die Eltern in der Ukraine zu

besuchen. Interessant ist aber, dass Kirill B. lange vor den Ereignissen von 2014 auf den Namen seiner Frau in ihrem Heimatdorf zwei Hektar Land mit Haus erwarb und dort alljährlich einige Monate verbrachte.

Die jüngere Schwester Natalja T. ist verheiratet mit einem 32-jährigen Mann, Nikolaj T., der auf der Krim geboren wurde. Seit 2012 lebt auch sie im Moskauer Umland in einer gemieteten Einzimmerwohnung unweit der älteren Schwester. Der Ehemann arbeitet ebenfalls als Bäcker im gleichen Betrieb. Natalja widmet sich der Erziehung der minderjährigen

Kinder und geht nicht zur Arbeit. Nach der Annexion der Krim durch Russland erhielten sie zusammen mit den Kindern (sie haben auch drei Kinder) die russische Staatsbürgerschaft. Sie haben die Absicht, auf Kredit eine

Auch wenn familiäre Bindungen in die Ukraine bestehen, scheuen viele Familien eine Rückkehr wegen der unsicheren politischen Gesamtsituation.

kleine Wohnung im Bezirk Moskau zu kaufen.

Über die Perspektiven einer Übersiedlung in die Ukraine sprechen beide Familien – hauptsächlich die Männer – sehr pessimistisch, indem sie auf die ungünstige politische Lage hinweisen, obwohl die Orte, in denen die Schwestern geboren wurden, ihnen sehr gefallen.

Zwei Brüder aus dem Bezirk Dnjepropetrowsk, Maxim B. (30) und Aleksandr B. (26), sind ebenfalls in einer Bäckerei tätig. Seit 2010 fahren sie zur Arbeit nach Moskau. Nach 2014 waren sie um den Erwerb der russischen Staatsbürgerschaft bemüht, um der Einberufung in die ukrainische Armee zu entgehen. Zur Beschleunigung dieses Prozesses erwarben sie zusammen 2016 in der tiefsten russischen Provinz ein altes Haus. In Moskau leben sie in einem gemieteten Zimmer. In die Ukraine zurückzukehren haben sie in der nächsten Zeit nicht vor, ungeachtet dessen, dass sie dort die elterliche Wohnung bekommen könnten.

Dann möchte ich noch Nikolaj G. (49) aus dem Bezirk Lugansk erwähnen, ein Gebiet, das gegenwärtig stark umkämpft ist. Im Laufe von 20 Jahren arbeitete er lange auf Baustellen und lebte in Moskau und im Moskauer Umland. Er hat Familie; die Frau blieb mit den zwei Töchtern in der Ukraine in einem eigenen Haus. Vor den Ereignissen von 2014 hatte Nikolaj eine gut bezahlte Stellung als Wächter eines Restaurants in einer Stadt nahe des Lugansker Bezirks. Seit Sommer 2014 verbringt er fast die ganze Zeit in Moskau und arbeitet als einfacher Arbeiter in einem Unternehmen des Ernährungsbereichs. Er lebt im Bezirk Moskau in einer Mietwohnung. Seine Familie in der Ukraine besucht er regelmäßig, aber er verlässt das Haus nicht für lange, nur für ein paar Tage. Die

Rückkehr zur Arbeit in Moskau erklärt er mit der Abneigung, am bewaffneten Konflikt teilzunehmen (einerseits entzieht er sich der Einberufung in die ukrainische Armee; andererseits fürchtet er, zu einer ungesetzlichen Arbeit durch Lugansker „Freischärler“ gezwungen zu werden). Er beabsichtigt, im Falle einer Verschlechterung der Situation in der Heimat seine Familie ganz nach Moskau zu holen.

Ein Paar mittleren Alters mit Kindern aus Dnjepropetrowsk – beide Eltern tätig im Bereich der höheren Bildung – siedelte 2014 nach Moskau über. Ich hörte von ihnen, dass sie aus Furcht um ihr Leben und wegen der unsicheren Zukunft der Ukraine nach Russland umgezogen seien. Unter vier Augen deuteten sie jedoch an, sie würden in Moskau interessante Arbeitsbedingungen erhalten. Sie arbeiten jetzt in einer Stiftung für internationale kulturelle Beziehungen. Mit den Bedingungen ihres Lebens in Moskau wie auch mit der Arbeit sind sie zufrieden, blieben allerdings als Gesprächspartner wortkarg, wenn es um Details ging. In nächster Zeit beabsichtigen sie nicht, Moskau zu verlassen, andere Perspektiven haben sie zurzeit nicht im Blick.

Wie gelangen die Ukrainer nach Russland? Hier ist alles sehr einfach und zugleich typisch. Für die Niederlassung in Russland brauchen die Ukrainer als Bürger der GUS keine Visa oder ergänzenden Dokumente, es reicht der Reisepass. Für die Dauer von 90 Tagen können Bürger der Ukraine in Russland verbleiben, nachdem sie sich am Aufenthaltsort haben registrieren lassen. Die Mehrheit der Ankömmlinge kauft die Registrierung in speziellen, halblegalen Firmen. Für eine Arbeit muss man sich um ergänzende Dokumente kümmern: ein Patent und die Arbeitslaubnis, für die man bestimmte Gebühren bezahlt. Die maximale Gültigkeitsdauer der Arbeitsdokumente beträgt ein Jahr, eine Verlängerung ist möglich. Die häufigste Transportart aus der Ukraine nach Russland ist die Bahn, seltener der Autobus.

Aus dem Russischen übersetzt von Friedemann Kluge.

Aus Armenien nach Russland

Inga Igorevna Gevorkyan (geb. 1988), Pädagogin und Philologin, Mutter von zwei Kindern, stammt aus Armenien und lebt seit 2012 mit ihrer Familie in Rostow am Don (Russland).

Armenien zählte zu den ärmsten Regionen innerhalb der früheren Sowjetunion. So verwundert es nicht, dass der Lebensweg von Inga Gevorkyan in folgender biografischer Erzählung nach Etappen in Armenien schließlich nach Russland führt, jedoch die Erinnerung an die Heimat ein ständiger Begleiter ist.

Kindheit in Armenien

Bevor ich mit der Geschichte meiner Auswanderung anfangen möchte, möchte ich mich vorstellen: Ich heiße Inga Igorevna Gevorkyan und bin am 1. März 1988 in der Stadt Kirovakan (heute Vanadzor) in der Region Lori der damaligen Sowjetrepublik Armenien geboren. Meine Familie ist nicht groß, wir sind nur vier: meine Eltern, mein Bruder und ich. Mein Vater arbeitete damals als Fräser in einem lokalen Betrieb für Maschinenbau. Die Mutter war Krankenschwester in einem Sanatorium, das 30 km von Kirovakan entfernt war. Unsere Stadt war die drittgrößte in Armenien. Allerdings blieben wir nicht lange in Kirovakan, weil in meinem Geburtsjahr am 7. Dezember ein katastrophales Erdbeben stattfand. Seine Stärke erreichte in vielen Ortschaften Nordarmeniens Stufe 7 gemäß der Richterskala. Laut offiziellen Angaben kamen dabei mehr als 25.000 Menschen ums Leben. Die Zahl der Verletzten, Behinderten und Obdachlosen blieb unbekannt. Das Erdbeben zerstörte insgesamt 230 industrielle Betriebe und im Lande herrschte massive Arbeitslosigkeit. Die Tragödie der Armenier erschütterte die ganze Welt. Deshalb boten viele Staaten ihre Hilfe an. Bis heute hat sich aber Armenien von dieser Katastrophe nicht erholt. Ich weiß, dass ich vom Thema abkomme; man kann aber diese Tragödie nicht vergessen oder verschweigen, weil sie viele unauslöschliche Spuren im Leben jedes Bewohners von Armenien hinterlassen hat.

Nun komme ich auf die Erzählung meines weiteren Lebens zurück. Das Unternehmen, in dem mein Vater beschäftigt war, wurde während des Erdbebens zerstört, sodass er arbeitslos war. Deswegen beschlossen meine Eltern, nach Pushkino umzuziehen, ein kleines Dorf 27 km nördlich von Vanadzor. Dort bewohnten wir ein kleines Häuschen, das meine Großmutter für uns gekauft hatte. Sie selbst wohnte schräg gegenüber. Einen Monat später fand mein Vater eine neue Arbeitsstelle als Bauleiter in einer benachbarten Kaserne. In diesem Dorf verbrachte ich meine Kindheit, eine unvergessliche Zeit. In unserer Straße lebten mehrere Kinder meines Alters und wir spielten von morgens bis abends zusammen. Im Frühling, wenn die Bäume austrieben, wurde die ganze Umgebung grün. Wir sammelten oft Pilze mit meinem Vater im Wald. Dieser Wald war unbeschreiblich schön. Dort fühlte man sich so gut und es herrschte absolute Ruhe. Man hörte nur ab und zu den Gesang der Vögel und das Murmeln der Quellen. Im Sommer gingen wir mit Freunden zum benachbarten Fluss, um zu schwimmen. Auch der Winter war schön, weil es bei uns immer viel Schnee gab. Wir machten Schneeballschlachten oder fuhren zusammen Schlitten und Schi. Wenn wir davon genug hatten, kamen wir durchfroren nach Hause, wo ein alter Holzofen brannte. Drinnen war es warm und gemütlich. Das alles werde ich nie vergessen.

Schulzeit, Studium und erste Berufserfahrungen

Allerdings gab es auch traurige Erfahrungen. 1991, als ich drei Jahre alt war, brach die UdSSR zusammen. Danach gab es in Armenien große wirtschaftliche Schwierigkeiten. Wir hatten jahrelang weder Strom noch Erdgas. Ja, es gab sogar Zeiten, in denen wir auch kein Brot hatten. Die Leute warteten stundenlang in einer Schlange, um mit einer Brotkarte (pro Person 250 Gramm) halbgebackenes Brot zu bekommen. Unsere Familie traf das Ganze besonders hart, weil unser Vater plötzlich wieder arbeitslos wurde. Es gab Tage, wo wir kein Stückchen Brot mehr hatten. Daher entschied sich mein Vater, zur Saisonarbeit als Baumeister nach Russland zu fahren. Er ging immer im Frühling und kehrte kurz vor Weihnachten zurück. So arbeitete er acht Jahre lang. Im Dorf blieben nur meine Mutter und ich, weil mein Bruder als Offizier in der Armee diente.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion hatte schwerwiegende Folgen für die Wirtschaft Armeniens.

1995 ging ich in die Grundschule. Das war eine armenische Dorfschule, wo es eine einzige russischsprachige Klasse mit lediglich vier Kindern gab. Allerdings wurde diese Klasse bald aufgelöst, obwohl unsere Eltern bis zum Ende für ihren Erhalt gekämpft hatten. Es half aber nichts und wir mussten dann alles auf Armenisch lernen. Diese Dorfschule führte allerdings nur bis zur 8. Klasse. Deshalb musste ich anschließend nach Vanadzor umziehen bzw. die letzten Gymnasialklassen in der Stadt-
schule namens Vahan Terian besuchen. Dort blieb ich bei meiner Tante und meiner anderen Großmutter im gleichen Apartment, in dem meine Familie vor dem Erdbeben gewohnt hatte. Die meisten Freunde aus Pushkino waren fast zum gleichen Zeitpunkt mit ihren Eltern nach Russland ausgewandert. Auch meine Eltern fanden weiterhin in unserer Region keine Arbeit. Sie begannen, sich deshalb mit Gartenarbeit und Viehzucht zu beschäftigen. Anfangs spürten sie noch keine großen Schwierigkeiten wegen der physischen Belastung. Langsam wurden sie aber älter und die täglichen Aufgaben für sie immer härter.

In der letzten Klasse nahm ich Nachhilfe, damit ich die Aufnahmeprüfungen für die Universität schaffen konnte. Ich hatte damals nur den einzigen Wunsch – unbedingt zu studieren. Daran dachte ich immer, war aber ziemlich unsicher, ob ich es schaffen könnte. Zum Glück bestand ich die Aufnahmeprüfungen gut und bekam einen Studienplatz an der philologischen Fakultät des staatlichen Pädagogischen Instituts von Vanadzor. Meine Hauptfächer waren russische Sprache und Literatur. Die gesamte Studienzeit war abwechslungsreich und schön. Die ersten vier Jahre des Bakkalaureats vergingen sehr schnell. 2009 begann ich mein Masterstudium an der gleichen Fakultät und beendete es zwei Jahre später erfolgreich. Ich dachte, dass man mit diesem Abschluss sicher eine Anstellung als Lehrerin an einer Schule finden könnte. Die Realität sah allerdings ganz anders aus: Egal, wo ich mich bewarb, stets wurde von mir mindestens eine zweijährige Berufserfahrung verlangt. Außerdem sagten mir die meisten Arbeitgeber, dass es angeblich gar keine freien Stellen mehr gäbe bzw. deuteten mir an, mit Bestechungsgeldern eine Stelle bekommen zu können.

Wie vielen anderen Menschen in Armenien begegnete nun auch mir das Problem der Arbeitslosigkeit. In Yerevan, der Hauptstadt, konnte man wenigstens einen Minijob bekommen, aber in der Provinz gab es sogar für junge Leute keine Möglichkeiten. Ich bewarb mich neun Monate lang sowohl bei staatlichen Institutionen als auch bei privaten Unternehmen. Alles blieb aber ergebnislos. Ich bereute es schon, dass ich an

der pädagogischen Fakultät studiert hatte, weil ich praktisch keine Chancen auf dem aktuellen Arbeitsmarkt hatte. Bei einigen Organisationen oder Wirtschaftsunternehmen wären vielleicht Englischkenntnisse besser gewesen. Ich verstand bald, dass man direkt nach dem Studium keine Berge versetzen kann, und war schon bereit, jede Arbeit – sogar mit niedrigstem Lohn – anzunehmen.

In dieser Zeit wohnte ich teils bei meinen Eltern im Dorf, in Vanadzor bei der Tante oder in Yerevan beim Bruder. Es war eine sehr schwere Zeit. Ich konnte es nicht ertragen, ohne Beschäftigung herumsitzen. Bis dahin hatte es das sechsjährige Studium gegeben, und nun plötzlich hatte ich nichts zu tun. Deshalb wandte ich mich bald an eine Arbeitsvermittlung.

Trotz erfolgreich abgeschlossenem Studium fand Inga keine angemessene Stelle und musste als Verkäuferin arbeiten.

Sie rief nach einem Monat zurück und schlug mir eine Stelle als Verkäuferin für Haushaltstechnik vor. Zuerst musste man dort ein einmonatiges Praktikum machen, dann auf Probe arbeiten und zum Schluss, wenn alles gut lief, konnte man angestellt werden.

Ich kann nicht beschreiben, wie ich mich freute, als sie mich endlich annahm. Anfangs zweifelte ich sehr und dachte, dass ich es nicht schaffen würde. Dann lief aber alles gut und die Besitzer waren sehr zufrieden mit meiner Arbeit. Es war ein kleines Geschäft und ich konnte mich schnell in das Team integrieren. Meine Arbeit dauerte täglich vom 10.00 Uhr bis 19.00 Uhr. Dafür bekam ich umgerechnet ca. 100 €. Natürlich war das nicht viel, aber mir halfen noch meine Eltern und mein Bruder. Parallel zu meiner Arbeit begann ich Englisch zu lernen, um später eine bessere Stelle zu finden. So war ich tagsüber im Geschäft und abends besuchte ich private Sprachkurse. Für andere Dinge gab es keine Zeit mehr.

Der Weg nach Russland

Meine Verwandten und Freunde begannen sich bald Sorgen zu machen, dass ich eine „alte Jungfer“ werde, weil bei uns in Armenien Mädchen spätestens mit Mitte zwanzig heiraten. Daher stellte mich meine Schullehrerin eines Tages einem ihrer Verwandten vor, der in Russland arbeitete. Bis dahin wollte ich niemanden kennen lernen. Kein Junge gefiel mir besonders und ich dachte nicht ans Heiraten. Stattdessen wollte ich mein eigenes Geld verdienen und es ausgeben, frei sein und ein sorgloses Le-

ben führen. Dann kam aber der Moment, in dem ich verstand, dass man eine Familie gründen und Kinder großziehen sollte. Ich begriff, dass die Familie in meinem Leben das wichtigste wäre. Alles andere war sekundär und unwichtig. Ich wollte jemanden in meiner Nähe haben, auf den ich mich verlassen und mit dem ich zusammen mein ganzes Leben verbringen konnte. Als ich meinen künftigen Ehemann kennenlernte, spürte ich sofort, dass er derjenige war, den ich brauchte, weil er mir sehr seriös, familiär und fleißig erschien. So heirateten wir einen Monat später.

Mein Ehemann ist Armenier. Nach seinem Militärdienst fuhr er nach Russland, um Geld zu verdienen. Später wanderte auch seine große Familie zu ihm aus. Anfangs hatten sie es sehr schwer und mussten mehrmals zwischen unbequemen Mietwohnungen umziehen. Sie besaßen weder eine Anmeldung noch eine Aufenthaltserlaubnis. Mein Mann und sein Bruder waren deshalb vom Morgen bis in die späte Nacht auf Baustellen beschäftigt. Nach zwei Jahren aber konnten sie dank ihres rastlosen Einsatzes endlich ein eigenes Haus in der Stadt Rostow am Don bauen und sogar ein Auto kaufen. Ein Jahr später bekamen sie alle notwendigen Unterlagen und durften die russische Staatsangehörigkeit beantragen.

Im November 2012 zog ich zu meinem Mann. Sicherlich war es schwer, diese wichtige Entscheidung zu treffen und in ein anderes Land mit ganz anderen Gesetzen auszuwandern. Mir wurde bewusst, dass ich hier in Armenien praktisch alles verlassen musste. Hier blieben meine Eltern, meine Verwandten, Freunde zurück. Ich gab auch meine mehr oder weniger gute Arbeit im kleinen Elektrogeschäft auf. Andererseits dachte ich aber, dass man in Russland ein neues Leben anfangen könnte, das endlich Perspektiven bieten würde. Außerdem wollte ich eine eigene Familie gründen. So zogen mein Mann und ich in Rostow zusammen und wohnen bis jetzt im gleichen Haus mit seiner Familie.

Rostow am Don ist eine der größten Städte in Südrussland und hat mehr als eine Million Einwohner. Derzeit ist Russland generell sehr multinational geworden und unsere Stadt ist keine Ausnahme. Es gibt hier Menschen aus vielen Völkern, wie z. B. Usbeken, Tadschiken, Ukrainer, Weißrussen, Dagestaner, Tschetschenen, Armenier und andere. Für all diese Menschen ist Russland die Hauptquelle für ihr Einkommen. Momentan sind die Armenier die größte Minderheit hier in Rostow. Unsere Gemeinde hat eine lange Geschichte, weil die Armenier in diesem Gebiet bereits unter der Zarin Katharina II. angesiedelt wurden. Deshalb merkte ich am Anfang kaum, dass ich mich in Russland und nicht in Armenien

befand, weil in der Umgebung so oft armenisch gesprochen wird. Ehrlich gesagt fühlte ich mich in Rostow wie ein Fisch im Wasser. Es war überhaupt nicht schwer, sich mit den russischen Einwohnern zu unterhalten, weil Russisch quasi meine zweite Muttersprache ist. Ich konnte diese Sprache schon seit meiner Kindheit sprechen. Außerdem habe ich einen Universitätsabschluss in russischer Sprache und Literatur. Daher kannte ich diese Kultur schon sehr gut, noch bevor ich hierher kam.

Das Einzige, was mich sehr quälte, war Heimweh. Besonders in den ersten Monaten war es für mich sehr schwer, mich damit abzufinden, dass meine eigene Familie und ich jetzt so weit von einander entfernt sind.

In Rostow war die Eingewöhnung unproblematisch, da dort viele Armenier leben.

Natürlich war ich bereits mit 15 von meinem Elternhaus ausgezogen, aber damals lagen zwischen uns nur 30 km und ich konnte sozusagen jederzeit zu ihnen fahren. Nun aber vermisste ich praktisch alles, jeden kleinen Baum und jeden Stein aus meiner Heimatstadt, geschweige denn Verwandte und Menschen, die mir nahe standen.

Die Armenier sind ein gastfreundliches Volk. Sie kommunizieren sehr oft miteinander und machen gegenseitige Besuche. Die Russen kennen das nicht. Oft wissen sie nicht einmal, wer genau in ihrer Nachbarschaft wohnt. Als ich nach Rostow kam, musste ich einen neuen Bekanntenkreis aufbauen, was mir ziemlich schwer fiel. Mein Mann hatte hier seine Freunde, die ich auch kennenlernte. Bei ihnen war es aber für mich nicht so interessant. Außerdem habe ich auch versucht, eine Arbeit zu finden, allerdings musste man dafür erst eine Arbeitserlaubnis haben. Kein Unternehmen wollte mich anstellen, weil ich nur „ausländische Papiere“ hatte. Das Ganze bedrückte mich zutiefst, weil ich einen derart monotonen Alltag nicht gewöhnt war. Ich wollte so schnell wie möglich eine Beschäftigung finden und mit anderen Menschen kommunizieren. Leider wurde ich nirgends angenommen, weil meine Unterlagen noch nicht in Ordnung waren. Damit man aber die russische Staatsangehörigkeit bekommen kann, muss man fünf Jahre warten. Die meisten Arbeitgeber wollen heutzutage keine Emigranten nehmen, weil sie sich weder mit ihren Papieren befassen noch mit der lokalen Bürokratie auseinandersetzen wollen. Jeder Geschäftsmann vermeidet diesen zusätzlichen Aufwand. Deshalb ist der größte Teil der Gastarbeiter an den Baustellen halblegal tätig. So kommen viele junge Menschen nach Russland in der Hoffnung, etwas zu verdienen, um ihre Familien in der Heimat zu

unterstützen. Ich persönlich habe den Eindruck, dass jedes Jahr mehr und mehr Emigranten nach Rostow einwandern.

Mit der Familie in Rostow am Don

Ein Jahr nach meiner Ankunft bekam ich mein erstes Kind – ein Mädchen. Nochmals eineinhalb Jahre später wurde das zweite Kind geboren – ein Junge. Natürlich sind die Kinder die Blumen unseres Lebens und man liebt sie mehr als das eigene Leben. Nun widme ich deshalb meine ganze Aufmerksamkeit den Kindern. Auch der Haushalt nimmt nun viel Zeit in Anspruch. Ich kann momentan keine andere Arbeit annehmen, weil uns die Erziehung unserer Kinder viel wichtiger ist. Wenn sie ein bisschen älter sind und in den Kindergarten gehen können, werde ich wieder eine Arbeitstelle suchen. Ich denke, dass ich bis dahin die russische Staatsangehörigkeit bekommen werde und es keine Probleme mehr bei der Einstellung geben wird.

Nach der Geburt unserer Kinder hat sich alles verändert. Sie stehen bei uns an erster Stelle. Ich denke aber, dass alle anständigen Eltern ihren Nachkommen eine glückliche Zukunft sichern wollen. Natürlich bemüht sich jeder, so gut er kann. Mein Mann und ich wollen auch, dass unsere Kinder später nicht in Not leben müssen, sondern eine gute Bildung erhalten und einen sicheren Arbeitsplatz finden werden. Allerdings müssen wir dafür noch einiges tun – diese Pflicht der Elternschaft ist nicht so leicht. Wir wünschen uns, dass unsere Kinder sich in jeder Hinsicht gut entwickeln. Hier in Rostow haben wir zumindest die Mög-

Ihre Kinder werden in Russland – im Gegensatz zu Armenien – viel mehr Chancen für ihre spätere Selbstverwirklichung haben.

lichkeit, sie z. B. in einem Sportverein anzumelden, in der Musikschule künstlerische Fähigkeiten zu fördern oder auch mit anderen kulturellen Freizeitangeboten zu bilden. Ich denke deshalb, dass unsere Kinder in

Russland – im Gegensatz zu Armenien – viel mehr Chancen für ihre spätere Selbstverwirklichung haben. Dort ist alles viel schwieriger, weil die Menschen keine stabilen Arbeitsplätze haben und sehr wenig verdienen. Deswegen kann sich nicht jede Familie eine zusätzliche Förderung der Begabungen ihrer Kinder leisten und ihre Kinder in eine private Sport- oder Musikschule anmelden. Allerdings wird es auch hier in Russland für die Bevölkerung zunehmend schwieriger. Aufgrund der aktuellen angespannten wirtschaftlichen und politischen Si-

tuation ist es nicht mehr so leicht, genug Geld für das tägliche Leben zu verdienen.

Trotz allem zieht es mich schon zurück in die Heimat, weil ich dort den größten Teil meines Lebens verbracht habe. Dort wohnt meine Mutter und dort wurde mein Vater beerdigt, den ich nach meiner Abreise nicht mehr lebend getroffen habe – er starb 2015 an einem Herzinfarkt. Ich kann es einfach nicht mit Worten wiedergeben, wie schmerzlich mich sein Tod getroffen hat. Bis heute kann ich mich nicht mit dem Gedanken abfinden, dass er nicht mehr am Leben ist. Mir kommt es vor, als ob mein Vater dort weiterleben würde. Er wartet auf mich in Armenien, bis ich nach Hause kommen werde ...

Sicherlich gibt es zahlreiche ähnliche Schicksale bei der heutigen Jugend. Viele junge Menschen verlassen weiterhin Armenien, um nach Russland auszuwandern. Die jungen Männer kommen anfangs zur Saisonarbeit her und bleiben dann aber für immer da. Die jungen Frauen heiraten und emigrieren ebenfalls. Unter meinen Bekannten gibt es sehr viele junge Familien, die vor kurzem nach Russland eingewandert sind. Ihre Zahl wird immer größer. Wahrscheinlich gibt es in Armenien keine einzige Familie, die noch niemanden aus ihrer Verwandtschaft nach Russland verabschiedet hat.

Ich kann natürlich nicht in die Zukunft schauen und sehen, ob wir in die Heimat zurückkehren oder nicht. Zurzeit planen wir so etwas noch nicht. Mein einziger Wunsch ist, in diesem Sommer mit den Kindern einen Urlaub in Armenien zu machen, einfach in meinem Elternhaus wieder anzukommen, meine Mutter zu sehen und zu umarmen. Nach dem Tod meines Vaters ist sie ganz alleine dort geblieben. Ich will, dass sie endlich ihre Enkelkinder kennenlernt, weil die Kleinen ihre Oma noch nie gesehen haben!

Aus dem Russischen übersetzt von Harut Harutyunyan.

Als Student aus dem kriegsgeprüften Bosnien und Herzegowina nach Serbien

Nikola Erceg, Diplom-Theologe, studiert z. Zt. an der Fakultät für Orthodoxe Theologie der Universität in Belgrad (Studienziel: Master of Arts).

Der Autor des folgenden Beitrags, ein Serbe aus Bosnien und Herzegowina, folgte früh dem Ruf, sich der orthodoxen Theologie zu widmen, ging ins Priesterseminar und absolviert heute einen Aufbaustudiengang in Belgrad. An seinen Werdegang knüpft er weiterführende Überlegungen zum Thema „Migration“ an.

Herkunft und Weg ins Priesterseminar

Ich stamme aus Stupna bei Šipovo in Bosnien und Herzegowina, genauer gesagt: aus der Republika Srpska. 2006 habe ich meine Heimat verlassen und bin nach Serbien gezogen, um das Priesterseminar in Sremski Karlovci zu besuchen. Dieses konnte ich mit sehr gutem Erfolg und der Auszeichnung „Bester Schüler des Priesterseminars und des Jahrgangs“ abschließen.

Schon in meiner frühen Kindheit liebte ich die Kirche, und der Geist und die Tradition meines Umfeldes halfen mir dabei, ein religiöser Mensch zu werden. Nach Abschluss der achtjährigen Grundschule in Šipovo verließ ich meine Familie und meine Heimat und zog nach Serbien, um meinem Interesse und auch meinem großen Wunsch nachzugehen, mich mit der Wissenschaft der Theologie zu befassen.

Einerseits fiel es mir schwer, mich an mein neues Umfeld zu gewöhnen, andererseits war es auch sehr nützlich und inspirierend, denn ich wuchs in einem Internat auf, in dem alles vom Glauben, der Kirche und der Orthodoxie durchdrungen war. Zuerst hatte ich Schwierigkeiten, in anderen jungen Menschen dieselbe Motivation zu erkennen, die auch mich dazu veranlasste, meine Heimat zu verlassen, aber nach einer gewissen Zeit bemerkte ich diese Motivation um so stärker. Ich befand mich nun in einem Umfeld, in das alle meine Mitschüler aus denselben

Gründen und mit derselben Motivation wie ich gelangt waren. Dies war eine sehr schöne und sehr hilfreiche Erfahrung für einen jungen Menschen, sowohl was die Bildung seines Charakters betrifft als auch für seine Vorbereitung auf die göttliche Mission. Die Möglichkeiten, die sich mir in Sremski Karlovci während meines fünfjährigen Aufenthaltes boten, halfen mir dabei, die wichtigsten und wertvollsten Dinge und Werte zu verinnerlichen. Dies sind der Glaube, Frömmigkeit, Kultur, Bildung und das Herausbilden einer ganzheitlichen Persönlichkeit.

Neben dem Wunsch, mich auf wissenschaftlicher Ebene weiterzuentwickeln, hatte ich auch die Absicht, neue Sprachen zu lernen, und zwar sowohl Sprachen der Antike als auch moderne Sprachen. In Sremski

Der Aufenthalt im Priesterseminar fern der Heimat weitete den Horizont und trug zur Bildung einer ganzheitlichen Persönlichkeit bei.

Karlovci hatte ich die Möglichkeit, dies von den Lehrern des dortigen Priesterseminars zu lernen. Die Sprachen, in denen ich auf dem Priesterseminar unterrichtet wurde, waren Kirchenslawisch, Latein, Russisch, Englisch, Griechisch und Serbisch als Muttersprache.

Während der Sommer- und Winterferien habe ich meine Familie besucht und habe die Gelegenheit genutzt, mein dortiges Umfeld, soweit es mir möglich war, an meinen Erfahrungen teilhaben zu lassen. Die Zeit, die ich an diesen verschiedenen Orten verbracht habe, hat sehr zur Weiterentwicklung meiner Weltanschauung beigetragen. All diese Errungenschaften und Erfahrungen waren nur durch die harte Arbeit und die große Opferbereitschaft unserer Lehrer und Erzieher möglich, die jeder Generation die Möglichkeit bieten, sich sowohl intellektuell als auch menschlich zu verbessern.

Studium in Belgrad

Nachdem ich das fünfjährige Priesterseminar abgeschlossen hatte, verspürte ich weiterhin den Wunsch, mich weiterzubilden. Ich entschloss mich schnell dazu, meine Wanderung fortzusetzen, indem ich mich an der Universität immatrikulierte, um Theologie zu studieren. Auf die Frage, an welcher Universität ich mein Studium aufnehmen sollte, fand ich zunächst keine Antwort, aber nach einiger Überlegung fiel meine Wahl auf die Universität in Belgrad. Dort erlebte ich wiederum neue Erfahrungen, die mich prägten und mir sehr wichtig sind. Zum zweiten Mal zog ich aus einer alten Heimat in eine neue Heimat.

Meine ersten Eindrücke von dieser sehr schönen und von mir liebgewonnenen Stadt waren nun auf einer anderen Ebene. Während ich meine Studien vertiefte und neue Interessensgebiete entdeckte, gewann ich eine gewisse Abrundung im Bereich meines Fachwissens. Es gibt verschiedene Gründe, warum ich mein Studium ausgerechnet in Serbien fortsetzte: Erstens haben mir meine vorherigen Besuche eine Vertrautheit gegeben und ich fühlte mich als Bestandteil des Landes. Zweitens hat Belgrad mit seiner Universität schon während meiner Schulzeit in Sremski Karlovci eine gewisse Inspiration auf mich ausgeübt. Drittens fühlte ich mich hier bereits heimisch und empfand ein Bedürfnis und eine gewisse Zufriedenheit bei dem Gedanken, hier zu bleiben.

Im Unterschied zu meinem Umzug nach Sremski Karlovci hatte mein Umzug nach Belgrad endgültigen Charakter: Ich hatte mich bewusst dazu entschlossen, diese Stadt zu meiner neuen Heimat zu machen. Dies geschah 2011, als ich mich an der Theologischen Fakultät einschrieb. Meine Zukunft sah ich sehr deutlich vor mir. Ich war hier, um zu studieren, zu beten und wissenschaftlich zu arbeiten. Weiterhin war mir die Zusammenarbeit mit meinen Professoren sehr wichtig und damit die Möglichkeit, Vorlesungen von den höchsten Würdenträgern und größten intellektuellen Persönlichkeiten unserer Kirche zu besuchen.

Mein Plan besteht darin, eine absehbare Zeit in Serbien zu bleiben. Langfristig möchte ich jedoch in die Republika Srpska zurückkehren, um letztlich aufopferungsvoll meiner Arbeit, zu der ich berufen wurde und für die mir eine große Verantwortung und großes Vertrauen übertragen wurde, nachzugehen. Meiner Erfahrung nach gibt es eine Ge-

Die Kirche kann Migranten in der Diaspora so etwas wie Heimat bieten.

meinsamkeit bei allen Menschen, die ein ähnliches Schicksal haben. Der Glaube ist es, der die Menschen vereint. Er ist es, der tatsächlich die Menschen in einem allumfassenden Sinne

verbindet. Dies wird besonders deutlich, wenn Menschen aus verschiedenen Orten, Staaten oder Umfeldern kommen. Diese Menschen erkennen sich in den verschiedensten Situationen sehr gut wieder. Ich meine an dieser Stelle natürlich gläubige Menschen, die sich an einem Ort und als eine Gemeinschaft versammeln. Ähnlicher ist es bei jenen, die in großer Zahl ihre Heimat verlassen haben und nun in der Diaspora leben, sich für längere Zeit von ihren Familien getrennt haben, um eine Zukunft zu verwirklichen, die in ihrer Heimat nicht möglich ist. Gerade für Familien, die sich unter solchen Begebenheiten zusammenfinden, ist die Kir-

che der Ort, an dem sie sich einmal in der Woche treffen und kennenlernen. Damit macht die Kirche diese Menschen zu einer großen Familie. So werden alle Beschwerden erleichtert, denn die Menschen finden etwas ihnen Gemeinsames und teilen es untereinander.

Gedanken zur Migration

Migrationen hatten schon immer einen wichtigen Einfluss auf die menschliche Geschichte, sei es durch Eroberungen oder durch einen etappenartigen kulturellen Einfluss. Nach dem heutigen Verständnis ist Migration ein üblicher Vorgang; manche verstehen Migration sogar als eine Art normaler Erscheinung oder Verpflichtung, denn sie glauben, dass sie auf diese Weise ihre Situation bedeutend verbessern können. Eines der größten Probleme der Migranten ist das Heimweh. Aus eigener Erfahrung kann ich bezeugen, dass dies eine häufige Erscheinung ist und dass in vielen Fällen eine Selbstverwirklichung scheitert, weil eine starke Verbindung zur Heimat besteht und der große Wunsch, eines Tages in das Land seiner Vorfahren zurückzukehren. Man geht davon aus, dass Migrationen dieser Art meistens das Resultat freier Entscheidungen sind, aber man sollte nicht ausschließen, dass sie auch unter Zwang geschehen können. Wenn wir die Sache unter diesem Gesichtspunkt betrachten, werden wir uns bald davon überzeugen, dass der moderne Mensch ein solches Unterfangen nur unter Druck durchführt, denn in seinem Innersten will er dies gar nicht, sondern es wird ihm als einzige Möglichkeit präsentiert, sich zu verwirklichen. In den meisten Fällen geschieht dies aus materiellen Gründen, die die Menschen dazu bringen, sich in neuen Gesellschaften zurechtfinden zu müssen, um sich und ihre Familien zu versorgen. Betrachten wir unsere eigene Geschichte, werden wir uns schnell vergewissern, dass die Umstände oft unglücklich und schwierig waren.

Anfang der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts befand ich mich in meiner Heimat, der Republika Srpska, als dieses Land sich im Kriegszustand befand, und ich war gezwungen, mit meiner Familie aus unserem Haus zu fliehen und einen sicheren Ort aufzusuchen. Dieser Krieg sollte sich als verheerend und tragisch herausstellen und viele Heime zerstören, zusammen mit allen Besitztümern, die die flüchtenden Menschen zurücklassen mussten. Die Opfer dieses Krieges waren ebenfalls groß. Viele Verwandte und Nachbarn haben Familienmitglieder verloren. Wie viele andere, so war auch meine Familie gezwungen, in Orte zu

flüchten, die nicht vom Krieg erfasst waren. Diese schmerzhaft und schwierige Migration, die wir damals durchmachen mussten, hat eine unauslöschliche Spur in unserem Leben hinterlassen, die auch heute noch auf eine negative Weise bemerkbar ist. Als wir schließlich in unser Haus zurückkehren konnten und es leer und verwüstet war, fiel es uns sehr schwer, wieder von Neuem zu beginnen. Diese Situation hat dauerhafte Spuren hinterlassen. Es handelte sich bei dieser Migration um eine Rückentwicklung, eine Sinnlosigkeit, aus der es keinen Ausweg zu geben schien. Viele Menschen mussten aus gesundheitlichen oder seelischen Gründen ihre Heimat aufgeben, da sie sich mit der Realität nicht abfinden konnten. Dies hatte leider tragische Konsequenzen, die sich auf das gesamte Umfeld ausgewirkt haben. Eigentlich waren diese Gegenden recht gut entwickelt und wohlhabend – all das war vernichtet.

Die Biografie zeichnet einen Menschen aus. Jede Geschichte hinterlässt schöne und hässliche Zeugnisse. Der Mensch tritt diesen Dingen auf eine je einzigartige Weise mit schon vordefinierten Ansichten entgegen. Auch wenn diese Dinge schmerzhaft sind, ist es erwähnenswert, dass jeder in der Lage ist, aus diesen Erfahrungen etwas zu lernen bzw. eine nützliche Lehre für das weitere Leben mitzunehmen. Der Mensch als Geschöpf Gottes ist geschaffen, um sich mit den Schwierigkeiten, die es auf dieser Welt gibt, auseinanderzusetzen und sie alle auf je eigene Weise zu überwinden. Der Kampf um die eigene Identität, Sprache und Schrift ist eine solche Konfrontation. Zu jeder Zeit gab es ähnliche Probleme, aber meiner Meinung nach ist es doch der Krieg, der eine unver-

Der Krieg gehört zu den schlimmsten Ursachen für Migration, die damit verbundenen Erfahrungen können die Menschen aber auch stärken.

wischbare Spur der Trauer im Leben der Menschen hinterlässt, die auch die jüngeren Generationen spüren und als eigenes Verderben in der jüngeren Geschichte empfinden. Aber Gott sei Dank hat die Zeit bewirkt, dass viele,

gemeinsam mit ihren Familien, in ihre Heimat zurückkehren konnten und dort frei und von ihrer Arbeit leben können.

Ich kann mit Bestimmtheit sagen, dass dieser Teil Bosniens, in dem meine Heimat liegt, am schwersten unter dem Krieg zu leiden hatte, aber die Menschen dort führen ihr Leben trotzdem voller Hoffnung und mit dem Glauben an Gott weiter und bezeugen, dass wir mutige orthodoxe Christen sind und nicht vergessen, wie viele bedeutende Würdenträger gerade aus dieser Gegend stammen, die durch ihr Wirken bewiesen haben, dass wir ein fruchtbares Umfeld sind, das entschlossen sein Kreuz

trägt. Trotz allem kann man sagen, dass dieser schwierige Zeitraum durchstanden ist und die Menschen einen erfolgreichen Wiederaufbau geschafft haben.

Wenn wir versuchen, zu unserer ursprünglichen Frage zurückzukehren, warum wir unsere Heimat verlassen und unter welchen Umständen wir dies tun, dann bemerken wir, dass es sehr schwierig ist, eine einfache Antwort darauf zu geben. Meistens scheinen es die Umstände zu sein, die das Leben diktieren, aber die Geschichte zeigt uns, dass dies nicht immer der Fall ist. In den obigen Ausführungen gab es angenehme, aber auch unangenehme Beispiele für Migrationen. Ich halte die Bezeichnung „Migrationen“ in all diesen Fällen für angemessen und all diese Beispiele für erwähnenswert.

Ausblick

Ich habe die Hoffnung und Erwartung, dass alle Umzüge und Migrationen, die Teil eines Kampfes für ein besseres Leben sind, vorteilhaft enden werden, sodass wir alle einen würdevollen und angemessenen Platz in unserer Gesellschaft finden. Gerade unter solchen Umständen ist es die *Kirche* als Gemeinschaft der Gläubigen, die als *Garant für Einigkeit* steht. Das sieht man am besten in der Diaspora, wo sich die Menschen tatsächlich untereinander als orthodoxe Christen erkennen und konsequent in der Bewahrung ihrer Traditionen sind. Aus Dankbarkeit sind wir in jedem Augenblick bereit, diese Menschen in unser gezeichnetes Land aufzunehmen, ihnen überall und in jedem Moment das Gefühl zu geben, sie seien nie weg gewesen, ihnen zu zeigen, dass ihre Heimat auf ihre Rückkehr gewartet hat, die sie ständig hinausgezögert und verschoben haben, um ein weiteres Opfer aus Liebe für ihr Volk und ihre Familie zu bringen.

Deutsch von Pavle Aničić und Boris Savić.

Abgeschoben, entwurzelt, abgekoppelt – Rückführung von Albanern aus Deutschland ins Nichts

Schwester Maria Christina Färber gehört zur „Spirituellen Weggemeinschaft“ und lebt im Kloster der Gemeinschaft in Shkodra (Albanien). Dr. Monika Kleck ist Referentin in der Abteilung Projektarbeit und Länder bei Renovabis.

Albanien gilt in offizieller deutscher Sichtweise als „sicherer Drittstaat“, was zur Folge hat, dass viele Asylbewerber aus Albanien wieder in ihr Heimatland abgeschoben werden. Wie der folgende Beitrag zeigt, der auch einige drastische Schicksale wiedergibt, ist ihre Lage alles andere als hoffnungsvoll.

Im Jahr 2015 wurden in Deutschland 476.649 Asylanträge gestellt: eine halbe Million Menschen mit schrecklichen Schicksalen, die hierzulande Schutz suchen. An zweiter Stelle mit 53.805 Anträgen (12,2 Prozent) standen die Albanerinnen und Albaner. Nachdem Albanien im Oktober 2015 als „sicherer Drittstaat“ eingestuft worden war und die Abschiebungen seither konsequenter durchgeführt wurden, nahm die Zahl der neuen Anträge ab. So waren es im Dezember 2015 nur noch 1.760 Anträge aus Albanien. Bis einschließlich Mai 2015 kamen von 309.785 Asylanträgen 5.673 aus Albanien. Hinter diesen nüchternen Zahlen stehen viele sehr erschütternde Schicksale. Betont werden muss, dass aus Sicht der Autorinnen Schwester Maria Christina Färber aus Shkodra und Monika Kleck, Länderreferentin bei Renovabis, Albanien kein sicherer Drittstaat ist und Deutschland seiner Pflicht zur Einzelfallprüfung auch bei sicheren Drittstaaten nicht nachkommt – genau darum wird es im folgenden Beitrag gehen.

Der Text wird erklären, warum die Menschen fliehen, was sie nach einer Abschiebung erwartet und wie es nach der Abschiebung weitergeht. Schwester Christina berichtet über die Situation vor Ort in Alba-

nien, Monika Kleck über die Mechanismen in Deutschland (vor allem Bayern).

Gründe zum Verlassen Albaniens

Auf den ersten Blick gibt es kaum Gründe, Albanien zu verlassen. In dem Land gab es keinen Krieg, Albanien hat seit 2014 den Status eines EU-Beitrittskandidaten. Wenn man jedoch hinter die Kulissen schaut, so zeigt sich das Land als ein brutaler, korrupter, frauenfeindlicher und ausbeuterischer Staat. Beispiele gibt es dafür in vielen Bereichen.

In den Schulen ist es noch häufig der Fall, dass Schülerinnen und Schüler beschimpft und geschlagen werden. In der Psychiatrie werden Menschen angekettet. Im Gesundheitssystem läuft ohne Bestechung so gut wie nichts, das System ist völlig zusammengebrochen. Die Ärzte in den Krankenhäusern dürfen keine Bestätigungen erteilen, dass z. B. Leukämie nicht behandelt werden kann – dies wäre eine Schande für den Staat, darauf steht Gefängnisstrafe. Es wurde (verständlicherweise) ein Gesetz erlassen, wonach alle offenen Stromrechnungen über viele Jahre zurück bezahlt werden müssen. Die Rechnungen beziehen sich jedoch auf fiktive Werte, da es keine genauen Messungen gibt. Man kann sie auch nicht in Raten bezahlen. Wer nicht zahlt, dem wird selbst mitten im Winter der Strom abgestellt. Wer für den Ofen im Haus illegal Holz hackt, erhält eine Gefängnisstrafe, das Holz geht an einen Politiker für dessen Pizzeria. Hinzu kommt die noch weit verbreitete Blutrache. In weiten Teilen Albaniens herrscht noch immer ein patriarchales System; Frauen werden als Eigentum betrachtet, nicht als Mensch. Die häusliche Gewalt ist hoch, Menschenhandel ebenso. Die Abtreibungsrate von weiblichen Föten übertrifft diejenige von männlichen Föten um ein vielfaches.

Albanien zählt nach wie vor zu den ärmsten Ländern Europas.

All dies hat dazu geführt, dass Albanien eines der ärmsten Länder Europas ist. Die Arbeitslosigkeit ist hoch, die Löhne sind niedrig, das Überleben fällt den Familien immer schwerer, ohne Hoffnung auf Besserung. Die Politiker lassen sich immer neue erpresserische Mechanismen einfallen. Oft wird dabei darauf hingewiesen, dass dies Strukturen seien, die für einen EU-Beitritt notwendig sind. Hinter dieser „Maske für die EU“ wird ein Volk feudal regiert.

Die Menschen sind gezwungen, ihre Heimat in den Bergen zu verlassen, da es dort kein funktionierendes Schulsystem oder Ärzte gibt. Im Winter sind die Dörfer von der Außenwelt abgeschnitten. Kleinbauern aus den Bergregionen können ihre Produkte wie z. B. Kastanien nicht mehr verkaufen, da sie den EU-Normen nicht entsprechen. Wer dann in der Ebene ankommt, lässt sich meistens an den Stadträndern in illegalen Siedlungen nieder, die der Willkür der Behörden ausgeliefert sind – es entstehen regelrechte Slums.

Die Menschen, die Albanien verlassen, wollen einfach ein Leben in Würde.

Abschiebung nach Albanien

Seit Herbst 2015 hat sich die Situation für Albanerinnen und Albaner in Deutschland im Asylverfahren dramatisch verschärft. Als „sicherer Drittstaat“ wird die Vorschrift zur Einzelfallprüfung kaum noch durchgeführt.

Abschiebung bedeutet: am Ende mit der Hoffnung auf ein besseres Leben, ein menschenwürdigeres Dasein, ein bisschen Sicherheit für die Kinder, der Schutz vor der Blutrache – letztlich eine basale Lebensgrundlage, wie sie schon die Bedürfnispyramide von Abraham Maslow¹ beschreibt.

Seit Oktober 2015 werden in Bayern die Familien aus ihrem bisherigen Umfeld in so genannte Abschiebezentren zusammengezogen, anders gesagt: Kinder müssen die Schule verlassen, ihnen wird der reguläre Schulbesuch verweigert; Familien werden aus einem bekannten unterstützenden Umfeld herausgerissen. Die Abschiebezentren sind voll, die Bewegungsfreiheit rigide eingeschränkt, die Versorgung minimal. Oft bleiben die Menschen für mehrere Monate. Einige entscheiden sich aufgrund der Umstände für eine „freiwillige“ Rückkehr. Ansonsten werden jede Woche hunderte Menschen vom Flughafen München in die Westbalkanstaaten – darunter eben auch Albanien – gebracht. Mütter mit kleinen Kindern werden nachts um 3.00 Uhr von bewaffneten Polizisten aus dem Schlaf gerissen und wie Verbrecher abgeführt. Diese Kinder sind traumatisiert, wenn sie in Albanien ankommen. Der Flughafenseelsorger München schildert Menschen, die oft den ganzen Tag ohne Versorgung

1 Vgl. dazu auch <http://www.abraham-maslow.de/beduerfnispyramide.shtml>.

warten müssen, bis ausreichend Personen für eine Maschine beisammen sind; oft wissen sie nicht einmal, wie sie vom Flughafen in Tirana weiter kommen, denn sie haben kaum etwas dabei.

Offiziell gibt es in Deutschland Grundlagen für ein Abschiebungsverbot: Ein *Abschiebungsverbot* gemäß § 60 Abs. 7 AufenthG ist zu gewähren, wenn dem Ausländer bei Rückkehr in den Zielstaat eine erhebliche individuelle Gefahr oder extreme allgemeine Gefahr droht. *Abschiebungsschutz* nach § 60 Abs. 7 AufenthG wird insbesondere (nicht abschließend) geltend gemacht, wenn z. B. die Gefahr einer wesentlichen Verschlechterung einer bestehenden Erkrankung infolge fehlender oder nicht ausreichender Behandlung im Zielstaat droht.²

Viele der Fälle, die wir kennengelernt haben, fallen genau unter dieses Abschiebungsverbot – die Menschen wurden trotzdem abgeschoben. Deutschland achtet die eigenen Gesetze nicht und begeht damit Rechtsbruch. Beispiele:

- Da ist die Familie (eine Mutter mit vier Kindern), die vor Blutrache geflüchtet ist. (*Fall 1*)
- Da ist das Kind, welches in Deutschland erfolgreich die erste Behandlungsphase der Leukämie überlebt hat. Die weiteren Behandlungsphasen sollen in Albanien stattfinden. Die Ärzte dürfen dort nicht schriftlich bestätigen, was sie mündlich sagen: Das Kind wird sterben, denn es gibt keine erfolgreiche Leukämiebehandlung dieser Kinder in Albanien. Die bevorstehende Abschiebung ist ein Todesurteil.
- Da ist die Frau, die als Kind sexuell missbraucht wurde, die von ihrer Familie geschlagen wird, später auch von ihrem Freund. Sie leidet unter Depressionen, posttraumatischer Belastungsstörung und anderen Krankheiten. Doch der Abschiebebescheid ist da. Es ist nicht einmal sicher, ob eine Bescheinigung, derzufolge sie reiseunfähig ist, sie schützt. Momentan zählen auch solche Dokumente nicht.
- Da ist die Familie mit dem Vater, der Lungenkrebs hat. Eine Behandlung in Albanien wird nicht möglich sein. (*Fall 2*)
- Da ist die Familie, deren Vater schwer chronisch erkrankt ist; er hatte schon mehrere Schlaganfälle und ist Epileptiker. Die Familie

² http://www.bamf.de/DE/Migration/AsylFluechtlinge/Abschiebungsverbote/abschiebungsverbote-node.html;jsessionid=0C4C08A7EB692EEE2D76C64DF67349F6.1_cid286

hat drei Kinder im Alter zwischen 4 und 10 Jahren. Das Haus der Familie ist abgebrannt. Sie wurden in ein Rückführungszentrum gebracht. Da die Situation für den Vater dort unerträglich war, zogen sie den Asylantrag zurück und begaben sich auf die freiwillige Ausreise. Die Familie, die sie in Deutschland beherbergte, hat sich um eine Anfangsunterstützung gekümmert. Da jedoch medizinische Behandlungen in Albanien fast unbezahlbar sind, muss davon ausgegangen werden, dass es dem Vater inzwischen wesentlich schlechter geht. Schon vor der Reise nach Deutschland hatte die Familie monatelang im Freien gelebt. Es ist eine Rückführung in die Obdachlosigkeit, die Kinder haben keine Perspektiven.

Die Menschen kämpfen um ein Bleiberecht, weil für sie in Albanien kein menschenwürdiges Leben möglich ist.

Diese Fallbeschreibungen zeigen, warum die Menschen um einen Aufenthalt in Deutschland kämpfen: Sie haben keine Chancen auf ein würdiges Leben in Albanien. Sie sind bedroht von Blutrache, sie können keine medizinischen Behandlungen bekommen, sie haben keine Unterkünfte mehr, sie werden in der Familie geschlagen und misshandelt. Für Frauen gibt es zwar einen eigenen Aufenthaltstitel, denn Deutschland hat die Frauenrechtskonvention unterzeichnet – sie wird aber nicht umgesetzt.

Wie geht es den Menschen in Albanien?

Schwester Maria Christina schildert ihre Erfahrungen:

Fall 1: S. weiß, dass ihren zwei Söhnen die Kugel droht. Die Behörden haben ihr gesagt, Albanien sei ja ein sicheres Land und das mit der Blutrache sei nur eine Lüge, damit sie bleiben können. Sie könnten ja zur Polizei gehen. Die Realität ist, dass die Polizei nicht reagiert, dass die Anzeige einem Rächer gegenüber der sichere Tod ist, da es ja die Rächersippe gibt und nicht nur einen einzigen potenziellen Rächer. Aber diese Antworten werden ignoriert. Warum, frage ich mich? Wir hier sind täglich Zeuge dieser Blutrachetragödien.

Nun, S. ist abgeschoben, in der Nacht um 3.00 Uhr mit vier Kindern im Alter von 5 bis 14 Jahren aus dem Bett geholt. Sie ist nicht freiwillig gegangen. Der Grund: Sie sagt mir, sie kann ihre Jungs nicht freiwillig der Kugel ausliefern. Wenigstens möchte sie einmal sagen können „Ich bin gezwungen worden“. Für den Tod ihrer Jungs sind dann jene verant-

wortlich, die sie ausgewiesen haben, die sie in der Anhörung nicht angehört, sondern wie eine Verbrecherin verhört haben. Eigentlich war die Anhörung sowieso nur eine Phrase, denn die Abschiebung war beschlossen. Dies ist jetzt bei den meisten Ankömmlingen hier so: kalte Form-sache, Akte geschlossen. Gründliche saubere Arbeit.

Nun, die Mutter und die vier Kinder werden zurück gebracht. Irgendwann am frühen Tag landen sie in der Hauptstadt Tirana. Der Vater wurde bereits bei seiner Ankunft in Deutschland von seiner Familie getrennt. Er ist noch irgendwo in einem Auffanglager. Sie sind im Nichts, im absoluten Nichts und haben Angst, nichts als Angst. Es ist Winter, Dezember und kalt und sie finden Unterschlupf in einer anderen Stadt. Schon nach einigen Tagen macht sich der Rächer bemerkbar, es gibt Drohungen. Der Kleinste isst nichts mehr, die Große mit 14 Jahren versteht die Welt nicht mehr. Sie fragt nach dem WARUM und nach der Gerechtigkeit. Dann wird es dem Verwandten bange um seine eigene Familie. Er fürchtet sich vor dem Rächer und bringt die Familie in ein altes Haus, mitten im Winter in die tiefsten Berge nördlich von Kukës nahe der Grenze zum Kosovo. In dieser Situation schreibt die Große ihrer Betreuerin in Deutschland einige SMS und schildert die verheerende Situation: Die Wölfe heulen um das Haus, sie haben nichts mehr zu essen, der Schnee liegt bereits knietief. Alle Kinder sind schwer traumatisiert, die zwei Kleinen mit 5 und 8 Jahren krank. Die Mutter ist der Verzweiflung nahe. F. mit 14 Jahren sagte mir mit in Tränen erstickter Stimme: „Schwester, warum bin ich kein Mensch wie ihr in Deutschland, warum bin ich nicht ‚deutsch‘ geboren? Warum hat uns die deutsche Polizei geholt?“

Schwester Michaela und ich sind zunächst ratlos. Wir wissen, dass man im Winter bei solch hohem Schnee unmöglich in diese Berge kommt. Wir wissen, dass die Handybatterien der Familie bald leer sein werden und es dann keine Kommunikation mehr gibt. Wir haben Angst um das Leben dieser Frau mit ihren vier Kindern. Die Vierzehnjährige möchte sich erhängen. Wir versuchen, die Familie zum Durchhalten zu ermutigen. Wir beten. Wir bangen. Die Lehrerin der Kinder aus Deutschland erzählt, dass die Kinder sehr gut integriert waren, gut gelernt haben, auch die deutsche Sprache. Und sie erzählen, dass die zwei Plätze in der Schule immer noch leer sind und frei gehalten werden. Die Mitschüler trauern, weil ihre Freunde weg sind. Und ich frage mich inzwischen, was das für unsere deutschen Kinder bedeutet. Was sagen wir ihnen, wenn sie fragen, wo über Nacht die albanischen Freunde

hingekommen sind? Schweigen wir alles tot? Wie traumatisieren wir unsere Kinder damit? Wie verunsichern wir sie? Es wird nicht spurlos vorüber gehen. Ich möchte jedoch auch – fast trotzig – sagen, dass trotz der Ausweisung diese Bande der Freundschaft und Solidarität, die viele deutsche Helferinnen und Helfer geknüpft haben, auch über die Grenzen hinweg nicht mehr zerstört werden können.

Zurück zur Familie im Wald: Mithilfe zweier mutiger Chauffeure und eines Landrovers schaffen wir es, in die Berge zu kommen und nach

In vielen Fällen sind deutsche Freunde mit den Abgeschobenen solidarisch und unterstützen sie auch in Albanien weiter.

einem etwas gewagten Fußmarsch die Familie zu finden. Wir sind betroffen und weinen alle. Der Kleine ist schwer krank, S. versucht, die Fassung zu wahren. Erstmal packen wir die Ruck-

säcke aus. Lebensmittel, Medikamente, warme Decken, ein bisschen Malzeug für die Kinder, ein deutsches Lesebuch. Wir wissen, dass diese Familie dort nicht bleiben kann. Es ist ein menschenleeres Gebiet. Alle Häuser in der Nähe sind seit Jahren leer: Landflucht. Geisterdörfer sagen wir dazu. Traurige Realität in Albanien. Es gibt keine Ärzte dort, kein Rauskommen im Winter, keine medizinische Versorgung.



Leerstehende Häuser sind in abgelegenen Regionen Südosteuropas keine Seltenheit. Die Aufnahme stammt aus dem Kosovo (Foto: Renovabis-Archiv).

Nun, wir holten sie raus, fanden ein Versteck. Sicherheit vor dem Rächer können wir nicht gewährleisten. Bei jedem Schulweg ist die Angst gegenwärtig. Rausgehen ist für die Kids ein Spießrutenlauf, der das Leben kosten kann. Man kann sagen, dass sei übertrieben. Wenn ich in die Kinderaugen schaue, weiß ich, dass es untertrieben ist. Wenn ich in das Gesicht der Mutter schaue, die sich immer nur für unser Erbarmen bedankt, dann möchte ich in diesen Momenten als Deutsche eher im Boden versinken.

Die Familie von S. ist voll und ganz auf uns angewiesen und auf die finanzielle Hilfe ihrer treuen Begleiterinnen und Begleiter aus Deutschland. Sozialhilfe bekommt sie nicht. Das soziale Netz ist hier zusammengebrochen, zu viele bedürfen der Hilfe.

Die Familie von S. ist kein Einzelfall. Die Kinder sind eingeschult. Dafür brauchten wir die Papiere und Unterrichtsnachweise aus Deutschland. Dank der dortigen Freiwilligen wurden diese dann geschickt. Zwei der drei Kinder haben ein Schuljahr verloren. Die Bürokratie zur Anmeldung der Familien ist schier unüberwindlich und teuer – schon daran scheitern viele Familien völlig entnervt und leben dann irgendwo illegal, ohne Gesundheitskarte für einen minimalen Zugang zum Gesundheitssystem, ohne Wiedereingliederung der Kinder in die Schule, ohne Arbeit sowieso. Die bürokratischen Hürden zur Reintegration hier sind für viele zu hoch; Beratungsstellen zur Mithilfe der Erledigung der nötigen Formulare gibt es nicht. Auf viele Rückkehrer warten Stromschulden in Unsummen; Stromschulden, die sie nie verursacht haben. Wer nicht zahlt, hat keinen Strom, wer dennoch anschließt, geht ins Gefängnis. Viele Ausgewanderte haben all ihr Hab und Gut verkauft, um überhaupt nach Deutschland zu kommen. Bei der Ausweisung hierher zurück stehen sie vor einem Desaster: Schulden, der private Gläubiger droht oft mit dem Kidnapping oder sogar Tötung eines Kindes, Angst, Enttäuschung, einfach Ende – seelischer, körperlicher und wirtschaftlicher totaler Zusammenbruch. Anders kann ich es nicht sagen. Es sind Gestrandete im eigenen Vaterland, nicht mehr Familien. Dazu kommt eine Art Ächtung im eigenen Land: Es sind jene, die es „nicht geschafft haben“, es sind jene, die nun als Versager belächelt werden.

Und es werden jeden Tag mehr. Wir haben die ersten Kinder im Kindergarten, die die albanische Sprache nicht mehr kennen. Wir haben Kin-

der, die hier die Schule verweigern, weil sie in den deutschen Schulen nicht geschlagen, beschimpft oder unwürdig beleidigt worden sind – so werden sie durch brutale Methoden wieder neu traumatisiert.

Ich möchte noch eine tragische Geschichte erzählen, die ebenfalls eine Tatsache ist. Ein Junge „in Blutrache“ aus unserer Gruppe wurde vom Onkel gezwungen, die Rache an seinem Vater zu üben, als er vor einem Jahr 16 Jahre alt wurde. Er wollte nicht rächen; er hatte in der Gruppe anderes gelernt und internalisiert. Aus Verzweiflung, dem Druck des

Belastend ist außerdem, dass die Abgeschobenen als Versager angesehen werden, weil sie es "nicht geschafft haben".

Eine andere Familie hat es geschafft. Mit großartiger Unterstützung durch die deutschen Helfer konnte der Ehemann zurück nach Deutschland, wo er eine Arbeitsplatzzusage hatte. Doch der Familiennachzug wird sich lange hinziehen, vor allem weil die Mutter nicht genug deutsch kann. Die Familie lebt von einer Patenschaft, die wir vermittelt haben, und von dem, was die Gemeinde noch gegeben hat. Alle sind sehr einsam ohne Vater. Für das kleine Mädchen, in Deutschland nach einer Frühgeburt im Brutkasten, gibt es hier keinerlei ärztliche Nachsorge. Einer der Jungs hat ein Kopfkopfschmerz aufgrund eines aggressiven Pilzbefalls, in Albanien gibt es keine wirksamen Medikamente.

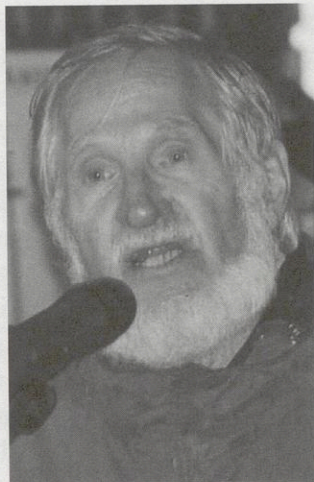
Die Albanerinnen und Albaner, die in Deutschland ein würdiges Leben suchen, werden seit dem Herbst 2015 rigoros abgeschoben. Dabei wird der Schein eines rechtsstaatlichen Verfahrens aufrechterhalten, doch dieser Schein ist für einige tödlich, für die anderen bedeutet er ein Leben in Armut, Hoffnungslosigkeit und Gewalt. Trotz EU-Kandidatenstatus ist Albanien ein Land mit hoher Gewaltquote, dessen Gesundheits- und Bildungssystem am Ende sind und die Arbeitslosigkeit unübersehbar hoch ist. Die Menschen, die zurückgeschickt werden, haben in diesem System so gut wie keine Chance.

Rupert Neudeck †

Flüchtling sein

Die Stunde der Frauen

Dr. Rupert Neudeck (1939 - 2016), Theologe und Journalist, war Gründer und langjähriger Sprecher des deutschen Not-Ärzte-Komitees Cap Anamur. 2003 gründete er die „Grünhelme e. V.“ (Peace-Corps von jungen Deutschen – Muslimen und Christen).



Rupert Neudeck gehörte zu den Autoren unserer Zeitschrift, die wir wiederholt angefragt haben. Als wir diesen Artikel von ihm erbaten, sagte er spontan zu. Das Thema war eines seiner Lebens Themen, buchstäblich von Kindesflüchtlingsbeinen an. Wenige Zeit später kam das Manuskript in der Redaktion an, das einen weiten Bogen von seinen eigenen Erlebnissen über das spätere Engagement für Flüchtlinge bis zur gegenwärtigen Flüchtlingskrise spannt. Zu diesem Zeitpunkt war Rupert Neudeck schon im Krankenhaus. Dort ist er nach einer Herzoperation am 31. Mai 2016 gestorben. Rupert Neudeck war ein Kämpfer, der die journalistische Arbeit weltweit mit dem radikalen Eintreten für die Menschenrechte verband. Wir gedenken seiner in Dankbarkeit.

Wer einmal Flüchtling war, kann sich in einen anderen Flüchtling hineinversetzen. Ich gehöre zu der Generation, die mit den Kindesbeinen noch in die Nazizeit hineinragt, und habe diese Zeit der Flucht mein ganzes Leben nicht vergessen. Wir waren als Familie mit Mutter, Tante, Großmutter und vier Kindern am 30. Januar 1945 an einem klirrend kalten Wintertag wie Hunderte andere von Danzig auf dem Weg nach Gdingen, das damals den Nazi-Namen „Gotenhafen“ trug. Ich erinnere mich noch an die Kälte und daran, dass kurz vor unserer Ankunft ein großer weißer Passagierdampfer ausgelaufen war. Wir hatten uns auch darauf kapriziert, dieses KdF-Schiff¹ mit Namen „Wilhelm Gustloff“ zu erreichen,

1 „Kraft durch Freude“ (KdF) war eine 1933 gegründete nationalsozialistische politische Organisation, deren Aufgabe in der Gestaltung der Freizeit der deutschen Bevölkerung

waren aber für dieses Schiff zu spät gekommen. Dass wir damit, dass wir zu spät kamen, großes Glück hatten, das war uns damals am späten Abend klar, denn die „Wilhelm Gustloff“ war von Torpedos der sowjetischen Rotbanner-Flotte getroffen worden und die Mehrzahl der 9.400 Menschen an Bord ertrank elendiglich in den Fluten der Ostsee.

Wir gingen auf einen Kohledampfer, den ein Kapitän meiner Mutter empfohlen hatte, aber nach zwei Stunden mussten wir dort wieder herunter. Das Schiff hatte keine Heizung, wir wären als kleine Kinder erfroren. Wir waren vier Kinder, der Jüngste war anderthalb Jahre alt und wie er durchgekommen ist, ist für uns immer noch ein Wunder.

Am Abend oder am nächsten Morgen erfuhren wir dann von der Katastrophe der „Wilhelm Gustloff“. Wir mussten zurück nach Danzig. Wir wollten um ein, zwei Tage den Einmarsch der Roten Armee mit all ihren Grausamkeiten und Vergewaltigungen vermeiden. Das war uns nun nicht geglückt.

Wir sind dann unter grauenvollen Erlebnissen, zumal für die Frauen, in Danzig herumgezogen. Die Ungewissheit der Lage für die Frauen und Mütter war zum Zerbersten – wir alle wussten bei unmittelbarem Kriegsende ja nicht, wo sich unsere Väter aufhielten: Ob sie noch leben, ob sie in Kriegsgefangenschaft geraten waren; ob sie, wenn sie gefangen waren, in einer für uns günstigen Gefangenschaft waren? Das alles bedeutete: Nur ja keine Kriegsgefangenschaft in Sibirien!

Wir machten uns auf den Weg im Juni, weil es in Danzig – auch wegen der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz, die ja dafür sorgen sollte, dass wir in „humaner Weise“ aus dem Osten Deutschlands herausgeholt wurden – kein Halten für uns gab. Wir waren nicht mehr als Deutsche gelitten, wir hatten keine geregelte bürgerliche Existenz; die neue Verwaltung war eine polnische. Wir mussten uns also auf den Weg machen. Der Treck ging nach Sachsen-Anhalt – was wir damals noch Mitteldeutschland nannten – und dann weiter nach Westfalen.

Wie wir mit drei Frauen – meiner Mutter, einer Tante (ihre Schwester) und einer Großmutter – den Weg über Pommern, über Stargard und Berlin bis nach Dessau geschafft haben, weiß ich nicht mehr. Ich habe nur nie vergessen, was Christian Graf Krockow in einem seiner Bücher dazu

im Sinne des Nationalsozialismus bestand. Dazu dienten u. a. auch vom Staat subventionierte Ferienreisen. Die „Wilhelm Gustloff“ war ursprünglich ein von der KdF für Fernreisen eingesetztes Schiff. (Anm. d. Redaktion)

geschrieben hat: „Das war die Stunde der Frauen.“² Die Frauen, meist die Mütter, waren, wie wir sagen würden, im totalen Stress. Meine Mutter war total überfordert mit den vier Kindern, obwohl der kleinste, Veit Neudeck, jetzt durchzukommen schien. Die Frauen, die alles tun mussten, auf denen die Verantwortung für uns lastete, die an jeder Straßenecke noch mal nach Sibirien mitgenommen werden konnten. Auch war nichts geregelt. Wir mussten, d. h. unsere Mutter musste sich allein durchschlagen, und sie hatte auch noch zwei andere Frauen mit durchzubringen. Es gab die nervenzerrendsten Szenen: Wenn es mal, was ganz selten kam, einen Zug gab, der uns in die richtige Richtung brachte, dann konnte es dazu kommen, dass wir schon im Abteil waren, unsere Mutter noch nicht. Oft war es dann ein sowjetischer Soldat, der dafür sorgte, dass die „Matka“ doch zu ihren Kindern kam.

Bei der Flucht am Ende des Zweiten Weltkriegs lastete alle Verantwortung auf den Frauen.

Man hatte nichts, es gab niemanden, keine Ämter, wo es irgendwo eine Auskunft gegeben hätte. Nein, 1945 und 1946 gab es noch gar nichts dieser Art. Wir hatten ein erstes Ziel, das war Köthen oder Dessau, dort vermuteten wir noch einen Verwandten, der als Ingenieur bei den Junkers-Flugzeugwerken beschäftigt war.

Wir kamen in der Gegend an, wahrscheinlich nach tagelangen Märschen und dem Transportieren unseres Jüngsten im so genannten Bollerwagen, sodass wir wahrscheinlich am Ende unserer physischen Leistungen und Möglichkeiten waren. Allein die Tatsache, dass wir es bis dahin geschafft hatten, war eine Aufmunterung. Wir wurden als Vertriebene in ein kleines Dorf geschickt, in dem es gerade einmal eine Schule und eine Kirche gab. Wir wurden in der Wohnung einer Bäuerin untergebracht, in der wir uns sehr glücklich fühlten, obwohl die Wohnverhältnisse beengt waren.

Nach einem Jahr erfuhren wir durch reinen Zufall – wir saßen in der Eisenbahn, die uns nach Köthen bringen sollte, und meine Mutter wollte die Mutter, die auch mit Kindern im Abteil saß, warnen, weil wir Neudeck-Kinder zum Teil noch verlaust waren –, dass diese Frau wusste, wo unsere Verwandten im Westen waren und auch wohin unser Vater aus britischer Kriegsgefangenschaft sich hatte entlassen lassen: genau dort-

2 Christian Graf von Krockow: Die Stunde der Frauen. Bericht aus Pommern 1944 bis 1947. Taschenbuchausgabe. München 1998.

hin, wo der andere Zweig der Familie sein Zentrum hatte, Hagen in Westfalen. Das war natürlich das sofortige Signal, es war schon Anfang 1946, den Treck und Marsch weiter aufzunehmen, um nach Westdeutschland zu kommen. Es gab damals schon eine Zonengrenze. Ich besinne mich, wie unsere Mutter alles aufwenden musste, um die Grenze mit uns Kindern zu überqueren. Wir kamen dann irgendwie in der völlig zerstörten Stadt Hagen an und konnten unseren Vater in die Arme schließen.

Vertriebenen-Willkommenskultur

Es gab damals eine so große Masse an Flüchtlingen (Allgemeinbegriff) und Vertriebenen, wie man sich das heute nicht einmal mehr vorstellen kann. Unsere Wohlstandsgesellschaft lässt die Vorstellung von 12 Millionen Menschen, die da in ein, zwei Jahren gekommen sind, gar nicht zu. Nicht einmal die Vorstellung, die Realität noch weniger.

Wie das damals gegangen ist in allen Teilen der westdeutschen Lande, das können wir heute nicht einmal mehr erahnen. Es gab ja keine funktionierende Wirtschaft, nur gerade den ersten Beginn von Administration. Es gab keinen Weg, auf dem man die Vertriebenen hätte zurückschicken können. Sie *mussten* jetzt untergebracht werden. Das geschah über ein sehr wertvolles Instrument, die so genannte Wohnungszwangswirtschaft. Wir kamen damals aus der Großstadt, die schon überfüllt war, in den kleinen Ort Schwerte an der Ruhr, dort waren wir zunächst noch für drei Wochen in einem Lager. Dann bekamen wir eine eineinhalb Zimmer große Wohnung in der Kampfstraße in einer aktiven oder stillgelegten – ich weiß es nicht mehr genau – Brauerei.

Willkommen waren die Flüchtlinge im zerstörten Westdeutschland nicht, da es den Einheimischen kaum besser ging.

Die einheimischen Bewohner und Besitzer waren überhaupt nicht glücklich, dass wir jetzt da gewissermaßen unter den Augen der Polizei einziehen durften – denn das gehört auch zur Fairness der Berichterstattung über die Aufnahme der Vertriebenen: Wir waren nicht willkommen.

Wie sollten wir auch willkommen sein?

Niemand hatte genug zu essen; allein die Schulen bekamen für die Schulspeisung genügend. Es gab keine Arbeit, es gab keine Perspektive, sodass

wir die Vermieter auch verstehen konnten. Ihr Verhalten konnten wir allerdings nicht billigen. Als wir Kinder einmal auf dem kleinen Bürgersteig zu viel Lärm machten, stand plötzlich die Besitzerin am Fenster der zweiten Etage und schüttete uns Kindern einen Eimer Wasser auf den Kopf. Also, ein Willkommen ging über die Kraft der Menschen, die ja wie wir auch den Krieg mitgemacht und so gerade durchgestanden hatten.

Die Vertriebenen wurden per Quote zugewiesen. 3,5 Millionen aus den Ostgebieten wurden aufgeteilt auf die Sowjetische (2 Millionen) und die Britische Besatzungszone (1,5 Millionen). Dazu kamen 2,5 Millionen Deutsche aus der Tschechoslowakei und 0,5 Millionen aus Ungarn. Die Volkszählung am 29. Oktober 1946 gab dann bekannt, dass 9,5 Millionen Vertriebene untergekommen waren – davon 3,6 Millionen in der Sowjetischen Zone, die aber zu großen Teilen später in den Westen kamen. In der Britischen Zone waren 3,1 Millionen untergekommen, in der US-Zone 2,7 Millionen. Bei der nächsten Volkszählung ergab sich schon wieder eine um 2 Millionen heraufgesetzte Zahl. Es waren also in Deutschland 11,5 Millionen, das entsprach damals einem Bevölkerungsanteil von 16,5 Prozent.

Die aktuelle Flüchtlingskrise

hat ganz verschiedene Facetten. Die Syrer werden herausgehen, wenn sie es im Lande nicht mehr aushalten. Wenn der Bürgerkrieg an ein Ende kommt, werden viele Menschen zurückkehren. Allerdings ist das Land in einem solchen Ausmaß zerstört, dass man in vielen Teilen Syriens, vor allem in den Städten, nicht mehr leben können.

Es gibt eine andere Gruppe, die noch verborgen ist in den Wäldern von Gourougou.³ Ich erwähne diesen Wald oberhalb von Melilla, weil das der Gipfel der Rechtlosigkeit ist, in der Menschen gehalten werden. Es sind verschiedene Nationalitäten, die versuchen, Tage oder Wochen ganz auf sich gestellt dort auszuhalten.

Flüchtlinge gab es immer schon, was es aber vor dreißig Jahren noch nicht gab, waren Handys und Smartphones, überhaupt die digitale Kommunikation. Dies stellt die Revolution der jungen Flüchtlingsbewegun-

³ Bewaldeter Berg in Nordmarokko unmittelbar an der Grenze zur spanischen Exklave Melilla und Sammelpunkt für viele Flüchtlinge aus Afrika bei ihrem Versuch, nach Europa zu gelangen. (Anm. d. Redaktion)

gen dar. Die Vorstellung, man könne die Bewegung stoppen, ist illusionär. Die Menschen haben über das Handy einen Zugang zu unserer Welt. Auch früher hat es schon 60 Millionen Flüchtlinge weltweit gegeben. 5 Millionen Afghanen gehen in den Iran, 6 Millionen nach Pakistan. Aus Afrika machen sich viele Millionen auf den Weg.

Der Königsweg der Integration: Alle sind tätig

Eine Integration kann nur gelingen, wenn sie vom ersten Tag des Ankommens von deutschen und europäischen Behörden vorbereitet wird.

Jeder, der in eine Erstaufnahme kommt, muss ein Din-A 4-Papier in die Hand bekommen in seiner Muttersprache Arabisch, Dari, Kurdisch, Urdu usw. In dem Papier wird klar gesagt: Dieses Geschenk der Deutschen, dass man erst einmal ohne Bezahlung eine Unterkunft, einen Schlafplatz, eine Vollversorgung, eine bessere medizinische Versorgung erhalten wird, von denen die meisten nur träumen konnten, muss durch eigene Anstrengungen im Asylheim oder später in einer anderen zugewiesenen Unterkunft beantwortet werden. Man erwartet die Teilnahme an allen Veranstaltungen im Heim. Der Deutschunterricht darf nicht, sondern *muss* besucht werden; es muss in den ersten Tagen kräftig Deutsch gelernt werden. Für besonders Eifrige kommen Helfer am Spätnachmittag in das Heim und machen mit Einzelnen noch einen weiteren Crashkurs. Die Arbeiten in Haus, Heim oder Turnhalle müssen von den Flüchtlingen erledigt werden, auch und gerade die Toilettenreinigung. Kommunale Arbeitsdienste müssen ohne Bezahlung geleistet werden.

Flüchtlinge dürfen nicht nur Hilfe erwarten, sie haben auch eine Bringschuld.

Ein solches Papier muss nach der Lektüre unterschrieben werden. Es gibt Fälle, in denen sich Flüchtlinge nicht bereit finden, den Deutschunterricht mitzumachen. Dann muss ihnen gesagt werden, dass sie in diesem Fall abgeschoben werden. Das muss man in klarer Sprache sagen, auch wenn man weiß, dass die deutsche Rechtsordnung eine solche notwendige Klarheit (noch) nicht zulässt.

Jeder Mensch lebt durch Tätigsein; nicht nur durch belohnte tarifordnungsmäßige Arbeit, auch durch freiwillige Arbeit. Deshalb müssen die Flüchtlinge oder Asylbewerber in den ersten Tagen gleich etwas tun. Gut wären ausgewählte Tätigkeiten im Natur- und Umweltschutz, die

sie schon vom ersten Tag leisten könnten. Sie werden nach unser aller Beobachtung darüber sehr froh sein, denn das Schlimmste ist der Zustand, den das Gesetz bisher vorsieht: Stillstellen. Asylbewerber werden bis zu 17 Monaten stillgestellt. *Das schlimmste Hindernis für Integration sind Untätigkeit und Passivität.* Das ist für die Entfaltung der Selbstorganisation und die Integration von Menschen in unserer Gesellschaft schmerzlich hinderlich. Es ist auch für einen Asylbewerber, der später abgeschoben wird, gut, wenn er schon einmal Deutsch lernt und die ersten Schritte in einer Berufsausbildung macht.

Irgendwie in die Nähe Europas und erkennen, wie die Welt aussieht

Ich habe noch die Vorstellung bei einem Ministerpräsidenten erlebt, der sagte: „Wir würden sie ja gern gastlich aufnehmen, aber die haben ihr Smartphone in der Hand, das sind doch keine armen Flüchtlinge!“ – Unsere Vorstellung von den armen Flüchtlingen, die abgerissen plötzlich hier in der Landschaft stehen, müssen wir für immer korrigieren. Für alle, die es noch nicht wahrgenommen haben: Jeder Flüchtling hat ein solches elektronisch-digitales Ding in der Hand, denn es ist das wichtigste Überlebensinstrument für die ganze Fluchtroute. *Jeder* hat es! Die digitalen Instrumente haben die gesamte Fluchtbewegung revolutioniert.

Jüngere Menschen, die noch nicht im Arbeitsprozess stehen, bekommen das Geld für die Reise ins Ungewisse in den afrikanischen Dorfgemeinschaften oder Großfamilien und sollen damit ihr Glück versuchen. Die größte Flüchtlingsbewegung ist die *afrikanische*. Dort ist eine Mobilität im Gange, deren Ursachen bisher noch viel zu wenig beachtet worden sind. Grundsätzlich ist es viel weniger eine Verfolgungsgeschichte, als wir uns das von unserer Asylbewerber-Ideologie vorstellen mögen. Gewiss, es gibt *Eritrea*, ein Land mit einem diktatorischen Regime, aus dem wie in Zeiten des Kalten Krieges die Menschen zu Hunderttausenden fliehen. Ob die *Republik Somalia* noch als Verfolgerstaat gelten kann? Nein, denn dort gibt es überhaupt keinen Staat mehr. Es gibt nur noch eigene selbstgeschaffene Kriminalität, vor der ja auch die Hälfte der Bevölkerung schon geflohen ist. Es wäre nun an der Zeit, überall Berufsausbildungszentren aufzubauen, auch solche, die später einmal ein Stipendium nach Deutschland ermöglichen.

Offene Konfliktherde

Eine andere auffallend große Gruppe der Flüchtlinge sind und bleiben die *Syrer*. Es gab sie ja schon vor fünf Jahren aufgrund der Bürgerkriegssituation und der völlig willkürlichen Lage der Menschen im Lande, die mittlerweile – keiner weiß das mehr genau – auf 4,5 Millionen Binnenflüchtlinge aus dem Kerngebiet angewachsen ist. Nur wenn der Krieg durch einen echten politischen Kraftakt beendet wird, kann man sich

Zerfallende Wirtschaftsstrukturen, Bürgerkriege, Klimawandel – die Ursachen für Flüchtlingsströme sind mannigfaltig.

vorstellen, dass es an der Flüchtlingsfront eine deutliche Entspannung gegeben wird.

Es gibt die *Afghanen*, die eigentlich fast alle nicht das Asyl verdienen, aber

es schon in der Tasche haben. Das Land hat nicht die geringste Bewegung nach vorne gemacht, obwohl die jeweiligen Generäle und Verteidigungsminister uns immer wieder sagen, dass die Mädchen zur Schule gehen und sich auch sonst etwas bewegt hätte. Als ob das in irgendeiner Weise über den Einfluss deutscher und anderer Militärs gegangen wäre!

Der Klimawandel und seine Folgen

Erinnern möchte ich auch an den unüberhörbaren Appell des früheren Präsidenten der *Malediven*, der sich um die Zukunft seiner Bevölkerung sorgt, die unter den Folgen des Klimawandels zu leiden hat. Der Staat im Indischen Ozean hat ungefähr 350.000 Einwohner auf ca. 1.200 Inseln. Mohamed Nasheed (Präsident 2008 - 2012) hat gesagt, die Bevölkerung drohe noch vor Ende 2016 infolge des Meeresspiegelanstiegs zu ertrinken. Dazu hat er einen Treuhandfonds angelegt, um ein nicht bedrohtes Land zu finden, das die Bevölkerung aufnehmen kann, ehe die Katastrophe einsetzt. Zwar ist dies bisher noch nicht geschehen, die Folgen des Klimawandels sind aber weltweit unübersehbar.

All das zeigt: Das Thema „Flüchtlinge“ wird aktueller bleiben, als manchem „lieb“ ist.

Einen Platz finden in der Welt – und nicht zum Feind werden

Prof. Dr. Reinhard Feiter ist Professor für Pastoraltheologie und Religionspädagogik an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster.

Migration – so zeigen es die in diesem Heft versammelten Berichte und Erzählungen – ist ein vielfältiges Phänomen. Seine Grenzen sind fließend. Denn Migration wird erlitten und gewählt, sie ist Widerfahrnis und Antwort. Deshalb bedarf es unterschiedlicher Perspektiven und mehrfacher Anläufe, um etwas von ihrer Vielschichtigkeit, aber auch ihrer Singularität zur Sprache zu bringen. Aber nur wenn die besprochenen Geschichten und Schicksale auch zum Anspruch an den Verfasser wie die Leserinnen und Leser werden, sind sie als solche in den Blick geraten.

Sieben Schilderungen: Frauen und Männer erzählen die Geschichte ihrer Migration. Nur ein Text stammt nicht von den Betroffenen selbst: Maria Christina Färber und Monika Kleck berichten von Abschiebungen albanischer Asylbewerber aus Deutschland. Bei Anna Wishiwanjuk machen die Ausführungen über sich selbst und wie es dazu kam, dass sie nach Abschluss ihres Studiums in Moskau nicht in ihre ukrainische Heimat zurückkehrte, nur den kleineren Teil ihres Beitrags aus. Weil sie ihren eigenen Fall nicht als typisch erachtet, hat sie eine ganze Reihe weiterer Migrationsgeschichten aus dem Kreis ihrer Bekannten und Verwandten hinzugefügt. Ähnlich und doch anders weitet sich der Blick bei Rupert Neudeck. An die Erinnerung der Flucht, die ihn als Sechsjährigen 1945 zusammen mit Mutter, Großmutter, einer Tante sowie seinen drei Geschwistern von Danzig über Sachsen-Anhalt nach Schwerte in Westfalen führte, knüpft er Beobachtungen und Überlegungen zu heutigen Flüchtlingsströmen.

Das kleine Konvolut an Zeugnissen und Beschreibungen bietet letztlich ein sehr facettenreiches Bild von Migration. Im Folgenden wird es in drei Hinsichten einer näheren Betrachtung unterzogen.

Typisches – ein Register

Den Beginn macht eine Musterung der Texte, die auf Typisches abhebt: auf Lagen, Umstände und Formationen, die sich wiederholen und sich wiederholend voneinander abheben, ohne sich widersprechen zu müssen.¹ Auf diese Weise entsteht keine Kategorientafel, sondern ein Register von Situationen, die nicht aufhören, Situation *dieser* Migrantin oder *dieses* Migranten zu sein, nur weil sie *auch* die Situation *anderer* Migranten ist.²

So begegnen wir neben der *transnationalen Migration* nach Russland, Polen und Deutschland³ auch der *Binnenmigration* innerhalb Armeniens und der Ukraine⁴, selbst eine *Kettenmigration*, von der Ukraine in die Sowjetunion und von dort nach Polen, kommt vor.⁵ Die Spannbreite reicht vom *Ersuchen um Asyl* nach deutschem oder europäischem Recht⁶ über die *Arbeitsmigration*, die ein Pendeln zwischen Heimat und Arbeitsstelle mit monatelanger Abwesenheit von der Familie bedeuten kann⁷ und mit der sich nicht selten auch eine Irregularität des Aufenthaltsstatus und des Beschäftigungsverhältnisses verbindet,⁸ bis zum *studienbedingten Auslandsaufenthalt*, der eine Verlängerung oder anderweitige Fortsetzung erfährt.⁹ Es gibt Beispiele von *Deportation*: die Verschleppung von Oberschlesiern und Rumäniendeutschen zur Zwangsarbeit in der Sowjetunion.¹⁰ Berichtet wird die *Flucht und Vertreibung* von Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg und von Serben im Kontext des Bosnienkrieges von 1992 bis 1995; es gibt einen Hinweis auf die Vertreibung der polnischen Bevölkerung aus Lemberg/Lwiw nach 1945, ohne dass sie benannt wird.¹¹

1 Vgl. Bernhard Waldenfels: In den Netzen der Lebenswelt. Frankfurt (Main). 2. Aufl. 1994, S. 43-51.

2 Der wissenschaftlich übliche Rückverweis auf die unterschiedlichen Erzählungen und Beschreibungen hat deshalb auch den Charakter einer „Rückerstattung“. – Zitiert werden die Texte im Folgenden mit Namenskürzel und Seitenzahl: AW = Anna Wishiwanyuk, CF-MK = Christina Färber und Monika Kleck, IG = Inga Gevorkyan, IW = Irena Wiśniowska, MW = Marcin Wiatr, NE = Nikola Erceg, RN = Rupert Neudeck.

3 Vgl. AW [261, 262 ff., 266], IG [269, 271 f.], IW [252], MW [243].

4 Vgl. IG [269], IW [255].

5 Vgl. IW [255-258].

6 Vgl. CF-MK [282 f.], RN [295 f.].

7 Vgl. AW [265 f.], IG [268 f.].

8 Vgl. IG [272 f.].

9 Vgl. AW [261], IW [254 f.], NE [276-278].

10 Vgl. MW [243-245, 247].

11 Vgl. RN [291-295], IW [253], NE [279 f.].

Da ist weiterhin die freiwillige *Heimkehr* von Migranten in die Ukraine¹², allerdings auch die durch *Abschiebung* gewaltsam erzwungene Rückkehr nach Albanien.¹³ Da ist die vollzogene oder angestrebte *Familienzusammenführung* (*Familiennachzug*),¹⁴ aber auch die schleichende Entfremdung oder das Auseinanderfallen von Familien im Laufe von Migrationsgeschichten¹⁵ – wie Migration überhaupt stets die gesamte Familie tangiert, auch bei unbegleiteten Jugendlichen.¹⁶ Da ist schließlich die *Aussiedlung*, die aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und anderen osteuropäischen Staaten Menschen deutscher Abstammung nach Deutschland sowie Menschen mit russischer Volkszugehörigkeit nach Russland (zurück-)führt.¹⁷

Keine Migrationsgeschichte gleicht der anderen, und doch gibt es vieles, was die Migrantinnen und Migranten miteinander teilen

Keine Migrationsgeschichte gleicht einfachhin der anderen, und doch gibt es vieles, was die Migrantinnen und Migranten, die erzählen oder von denen die Rede ist, miteinander teilen. Denn es sind nicht zuletzt soziale Lebenslagen und kollektive Widerfahrnisse, die sie auf den Weg gebracht haben. Dazu gehören *ökonomische* Umstände: Geldentwertung, wirtschaftliche Rezession und (Massen-)Arbeitslosigkeit.¹⁸ Dazu zählen *politische* Faktoren wie der Zusammenbruch kommunistischer Systeme und staatliche Sezessionen (Sowjetunion, Jugoslawien und Ukraine),¹⁹ die Korruption der Zivilgesellschaft durch mafiöse und kriminelle Machenschaften (Albanien)²⁰ und der Kollaps staatlicher Strukturen überhaupt (Somalia).²¹ Menschen fliehen vor menschenverachtenden Pressionen aus Albanien und Eritrea²² sowie aus akuter Lebensgefahr in den Kriegszonen der Ukraine und Syriens.²³ Aufkommende politische Spannungen zwischen Herkunftsland und Land des aktuellen

12 Vgl. AW [263 f.].

13 Vgl. CF-MK.

14 Vgl. IG [272], CF-MK [288 f.].

15 Vgl. IW [259 f.], AW [263].

16 Vgl. RN [295 f.].

17 Vgl. MW [243], AW [264].

18 Vgl. IW [256 f.], IG [269, 270 ff.].

19 Vgl. IG [269], IW [255 f.], NE [279 f.].

20 Vgl. CF-MK [282 f.].

21 Vgl. RN [297].

22 Vgl. CF-MK [282 f.], RN [297].

23 Vgl. AW [265 f.], RN [297].

Aufenthalts (Ukraine – Russland) stellen vor die Frage: Rückwanderung oder Einbürgerung?²⁴ Ferner lösen *Umwelt- und Naturkatastrophen* Migrationsströme aus. Der Reaktorunfall in Tschernobyl 1986 und das Erdbeben von Spitak im Kaukasus 1988 haben beide dazu geführt, dass Menschen ihre Heimatregion verlassen mussten.²⁵

Auch sogenannte „Pull-Faktoren“ der Migration kommen zur Sprache, also dasjenige, was die Fremde zu verheißern scheint, was Menschen anzieht und was sie im anderen Land suchen. Zum einen ist es der Zugang zu einer ausreichenden *medizinischen Versorgung* und der *Schutz an Leib und Leben* durch ein staatliches Gewaltmonopol und eine rechtsstaatliche Ordnung.²⁶ Zum anderen motiviert die Aussicht auf Arbeit: *sichere Arbeit*, die es ermöglicht, für den eigenen Lebensunterhalt und den der Familie selbst aufzukommen – *lukrative Arbeit*, mit der ein höheres Einkommen erzielt wird und ein gewisser Wohlstand möglich ist – *interessante Arbeit*, die der eigenen Ausbildung entspricht und zufrieden stellt.²⁷ Schließlich sind es Möglichkeiten der *Bildung*, die Migrantinnen und Migranten anzieht, und zwar sowohl die hochwertige Ausbildung, die berufliche Perspektiven eröffnet, als auch Bildungsprozesse im Dienste einer umfassenderen Selbstverwirklichung und Entfaltung der eigenen Persönlichkeit.²⁸

Innerhalb solcher unterschiedlicher Konstellationen zeigen sich Vertreibung und Deportation, Flucht und Emigration immer wieder auch als *Vorgeschichte* gegenwärtigen Lebens und aktueller Migration: Diejenigen, die heute migrieren, sind nicht die ersten Migrantinnen oder Migranten in der Familie²⁹; und auch die Einheimischen haben zugewanderte Vorfahren.³⁰ Oder es erweist sich umgekehrt die persönliche Lebensgeschichte und Gegenwart als *Nachgeschichte* eines Migrationschicksals – und es muss nicht das eigene sein.³¹ Wieviel auch im Einzelnen dem Vergessen anheimgefallen sein mag, Rupert Neudecks frühe Erlebnisse der Flucht sind nie verklungen. Wer mag den Anteil ermessen,

24 Vgl. AW [262, 265 f.].

25 Vgl. IW [255], IG [268].

26 Vgl. CF-MK.

27 Vgl. AW [261 f., 263-266], CF-MK [288 f.], IG [271 f.], IW [256 f., 258].

28 Vgl. AW [261 f.], IG [274], IW [254 f.], NE [276-278].

29 Vgl. IW [254 f.].

30 Vgl. IW [253].

31 Vgl. NE [280 f.].

die sie an seinem lebenslangen Engagement hatten, nicht zuletzt zugunsten von Menschen auf der Flucht. Er schreibt:

„Wer einmal Flüchtling war, kann sich in einen anderen Flüchtling hineinversetzen. Ich gehöre zu der Generation, die mit den Kindesbeinen noch in die Nazizeit hineinragt, und habe diese Zeit der Flucht mein ganzes Leben nicht vergessen.“³²

Marcin Wiatr wiederum verlässt, scheinbar ohne Not („Vertrieben hat mich niemand [...]“ „Wir sind nicht geflüchtet [...]“³³), die Heimat und kann vielleicht doch nicht anders umgehen mit den Gespenstern der Vergangenheit: mit der Deportation der Großväter, die ihm und seinen Altersgenossen verschwiegen worden ist, und dem Trauma einer Generation „verwaister“ Enkelkinder“³⁴.

Wer einmal Flüchtling war, kann sich in einen anderen hineinversetzen.

Trotzdem steht bei Marcin Wiatr am Ende nicht allein ein zweifaches Vielleicht: dass ja *vielleicht* die polnische Literatur einmal den Opfern Gerechtigkeit widerfahren lassen wird und dass dann auch eine Rückkehr nach Oberschlesien *vielleicht* möglich ist.³⁵ Vielmehr hat er bereits dem, was nur die Zukunft bringen kann, die Tür offengehalten. Bei der Einbürgerung in Deutschland hat er es unterlassen, aus „Marcin Wiatr“ zu „Martin Wind“ zu werden.³⁶ Und vielleicht kann er es auch nur so: *mit* seinem angestammten polnischen Namen, ertragen, jetzt *nicht* in seiner Heimat zu leben.

So sehr also die vorliegenden Berichte und Erzählungen dazu einladen, Typisches zu registrieren, so sehr erinnern sie zugleich daran, dass das, was sich wiederholt, anders und verändert wiederkehrt, und dass das, was gleichgesetzt wird, nicht gleich ist.³⁷

32 RN [291].

33 MW [244].

34 MW [245].

35 Vgl. MW [250 f.].

36 Vgl. ebd.

37 Vgl. Bernhard Waldenfels: Sozialität und Alterität. Modi sozialer Erfahrung. Berlin 2015, S. 196-209.

Kontingenzen – das Erzählen

In einem zweiten Schritt soll darum die Aufmerksamkeit den Geschichten als solchen gelten³⁸, schließlich begegnen wir der Migration in den sieben hier dokumentierten Zeugnissen (wesentlich) als erzählter Migration. Bemerkenswert daran ist freilich nicht eine besondere Authentizität, die man solchen Erzählungen vielleicht unterstellen mag. Bedeutsam ist vielmehr, dass und wie Migration hier *erzählend verstanden und zu verstehen gegeben wird*.

Wie andere Erzählungen auch besteht die Migrationserzählung nämlich zunächst aus nichts anderem als aus einer Mannigfaltigkeit von kontingenten Vorkommnissen, also aus solchem, das auch *anders* oder *nicht* hätte geschehen können und im Schema eines „Und dann ... und dann ... und dann“ aneinandergereiht ist. Nehmen wir beispielsweise die Erzählung von Irena Wiśniowska:

Sie wächst auf in Tschernigow, einer ukrainischen Provinzstadt, in der das Leben geprägt ist von Mangel an Waren aller Art. Man muss Ausschau halten, wo welche Waren angeboten werden; und die Familie legt für ihre Einkäufe weite Strecken zurück, fährt 140 km nach Kiew für Käse und Wurst, fährt für Bekleidungsartikel ins benachbarte Weißrussland. – 1986, Irena Wiśniowska ist 16 Jahre alt, ereignet sich 80 km von ihrem Wohnort entfernt die Nuklearkatastrophe in Tschernobyl, die für die Jugendliche ärgerliche Einschränkungen bedeutet. – 1987 besteht sie ihre Aufnahmeprüfung an einem Leningrader Institut für Russische Philologie nicht, da kurzfristig ein Examen in Englisch hinzukam, auf das sie nicht vorbereitet war. – Sie begegnet einer Gleichaltrigen namens Lena, die ebenfalls noch kein Studium aufgenommen hat und deren Mutter dafür sorgt, dass sich beide gut für die Aufnahmeprüfung an der Universität präparieren können. – Sie bestehen beide die Prüfung, nun in Moskau, nehmen dort ihr Studium auf und verbringen zusammen eine gute Zeit. – 1991 liegt Moskau im Zentrum des Staatsstreiches gegen Michail Gorbatschow und seiner Niederschlagung. – In selben Jahr erklärt die Ukraine ihre Selbstständigkeit. Der Rubel verliert seine Gültigkeit in der Ukraine; die eingeführte Übergangswährung, mit dem die Eltern die Studentin-

38 Zum Hintergrund vgl. Paul Ricœur: Zufall und Vernunft in der Geschichte. Aus dem Französischen von Helga Marcelli. Tübingen 1986.

nen unterstützen, wird in Moskau nicht als Zahlungsmittel akzeptiert ...

Wie dieser kleine Ausschnitt zeigt, gibt es zwar nicht allein kontingente Vorfälle, sondern darüber hinaus auch noch intentionale Handlungen und Kausalzusammenhänge, doch das Zusammentreffen und der Zusammenhang all dieser Momente ist ebenfalls kontingent; und die Erzählung beseitigt diese Kontingenz und Heterogenität nicht.

Allerdings überführt die Erzählung – wie Paul Ricœur es formuliert hat – die „wilde“ und „irrationale“ Kontingenz in eine „bedeutsame, intelligible Kontingenz“.³⁹ Wodurch dies geschieht? Durch nichts anderes als dadurch, dass Irena Wiśniowska nun all die genannten kontingenten und heterogenen Bestandteile ihrer Lebenslaufes *erzählend* zusammenfügt; d. h. indem sie sie jene *Ereignisse* sein lässt, welche die Geschichte einer Migration ausmachen, die über Moskau nach Krakau geführt hat. Was außerhalb der Erzählung *nichts anderes ist* als etwas, das geschehen ist, aber hätte auch anders oder nicht geschehen können, das wird in der Erzählung zu etwas, das das eine möglich und das andere unmöglich macht, das Auftakt oder Abschluss der Geschichte ist oder die Krise und der entscheidende Wendepunkt:

Irena Wiśniowska erzählt die Geschichte ihrer Migration als Teil einer von früh auf durchaus *weltläufigen* Biografie, in der Mangelwirtschaft zur *bestandenen* Herausforderung wird, die Katastrophe von Tschernobyl aber das Ende einer „fröhliche[n] Kindheit“ signalisiert.⁴⁰ – Da schlagen in Leningrad Türen für sie zu, doch indem sie sich mit Lena anfreundet, stößt sie andere Türen auf: Sie gewinnt eine auf Jahre bedeutsame Lebensgefährtin. Denn als ihnen in Moskau die ökonomische Basis wegbricht, finden sie gemeinsam eine Lösung im Kleinhandel. – Als sie aber bei der Beschaffung von Waren in Polen ausgeraubt werden und, wieder zu Geld gekommen, bankrottgehen, bleiben sie, wo sie sind: in Krakau. – Im Tandem gelingt es ihnen, die Rückschläge zu verkraften, den „Standards der elterlichen Werte und ihrer Lebenseinstellungen“⁴¹ zu entsagen, an sich selbst zu glauben und sich ein eigenes Geschäft

³⁹ Ebd., S. 16, 14.

⁴⁰ IW [255].

⁴¹ IW [255, 257 f.].

und Leben aufzubauen: Einkommen zu erzielen, Freunde zu gewinnen.

Die Erzählung von Irena Wiśniowska erzählt Migration als ein „Doppelereignis aus Pathos und Response“⁴²: Ihre Migrationsgeschichte ist *Widerfahrnis* tiefgreifender politischer Umwälzungen und schwerwiegender ökonomischer Probleme in den 1990er Jahren sowie des Zusammenfallens dieser Vorkommnisse mit der Phase ihrer Adoleszenz. Freilich: Was ihr widerfahren *ist*, das haben wir nur in ihrer Erzählung, nämlich in der Weise, wie sie darauf eingegangen ist und darauf ihre *Antwort* gegeben hat – und z. B. auch *womit* sie darauf geantwortet hat, nämlich mit Zähigkeit und viel Arbeit wie mit einer auch verbindlichen Weise mit dem umzugehen, was ihr vorgegeben ist und ihr widerfährt. So nimmt z. B. Irena Wiśniowskas Erzählung ihren Anfang mit etwas, das „vorbei“ ist. Den Auftakt bildet der Hinweis auf den langen Prozess, in dem sie nicht nur sesshaft wurde in Polen und die polnische Staatsbürgerschaft erhielt, sondern in der Verheiratung mit einem polnischen Mann auch ihren ukrainischen Familiennamens abgelegte, ja darüber hinaus durch das Polonisieren ihres Vornamens von „Inna“ in „Irena“, die Friedliche, aufhörte „die andere“ zu heißen.⁴³ Damit wird die Geschichte ihrer Migration zur Geschichte einer *Assimilation*, bis hinein in die als „selbstverständlich“ deklarierte Konversion zum Katholizismus.⁴⁴ Dem widerspricht nicht, dass solche Angleichung nicht vollständig gelingt. Es gibt Grade des Gelingens auch in der Assimilation: Konsequent bemüht sie sich, Polnisch zu lernen, es bleibt aber ein Akzent; sie spricht ein Polnisch wie die Menschen in der Grenzregion zur Ukraine.⁴⁵ Assimilation hat ihren Preis: Der Verwurzelung in Krakau opfert Irena Wiśniowska den regelmäßigen Kontakt zu den Eltern und Verwandten in der Ukraine; und doch vermisst sie diese und alles Russische.⁴⁶ Assimilation bedeutet, die Asymmetrie in den Beziehungen anzuerkennen, erwartet keine Geschenke, setzt auf die eigene Leistung: „Auf uns hat hier niemand gewartet, und niemand hat uns geholfen. Wir halfen uns selbst [...]“. ⁴⁷

42 Waldenfels, Sozialität (wie Anm. 37, oben S. 303), S. 20.

43 Vgl. IW [252].

44 Vgl. IW [259].

45 Vgl. IW [258 f., 252].

46 Vgl. IW [260].

47 IW [260].

Diese wenigen Hinweise genügen aber schon, um zu entdecken: Das Erzählen kennt bestimmte Narrative (narrative Motive). Da ist etwa der *Name* beziehungsweise die *Namensänderung*, wofür es mit Irena Wiśniowska und Marcin Wiatr auch gleich zwei pointiert voneinander abweichende Beispiele gibt.⁴⁸ Darüber hinaus kontrastiert der *Assimilation* bei Irena Wiśniowska das *Bewahren der eigenen Tradition und Identität* bei Nikola Erceg. Dieser stellt Wiśniowskas Maxime: „Feiertage sind dann Feiertage, wenn man sie gemeinsam feiert“⁴⁹, das Lob einer *Diaspora-Existenz* entgegen, die vom „Kampf um die eigene Identität, Sprache und Schrift“ bestimmt ist⁵⁰, kommt aber mit ihr vielleicht doch überein im Streben nach einer Trennungen überwindenden Gemeinschaft.⁵¹ Ein wichtiges Narrativ ist natürlich das der *Herkunft*. Es umfasst die u. U. schrittweise Ablösung wie den vielleicht nie endenden Diskurs über eine Rückkehr und das emotionale Verhältnis zum Herkunftsland. Gibt es – wenn meine Deutung stimmt – bei Marcin Wiatr eine Sehnsucht danach, dass das verlassene Land, die Heimat, wieder Heimat werden könne, so findet sich bei Nikola Erceg ein Werben um die Rückkehr von Serben, die im oder nach dem Bosnienkrieg emigriert sind.⁵² Ein Schwanken spricht aus den Worten Anna Wishiwajuks⁵³, heftiges Heimweh bekundet Inga Gevorkyan⁵⁴.

Das zentrale Narrativ aller Migrationsgeschichten jedoch ist, *einen Platz in der Welt finden*.⁵⁵ Dieses Narrativ umfasst Fluchtwege, Reiserouten, Verkehrs- und Transportmittel, Häuser und Wohnungen, Städte und Stadtviertel, aber auch Obdachlosigkeit, Notunterkünfte und Verstecke.⁵⁶ Dem Mangel an Wohnraum kann die Bedeutung einer Wohnung gegenüberstehen, die diese hat, um Zugang zu einer medizinischen Versorgung zu erhalten oder sich legal in einem Land aufhalten und Arbeit aufnehmen zu können. Wie die Formulierung: *Einen Platz in der Welt finden*, schon sagt, geht es stets um mehr als nur um Orte und

48 S.o.

49 IW [259].

50 NE [280].

51 NE [281].

52 Vgl. NE [281].

53 Vgl. AW [261 f.].

54 Vgl. IG [269, 272 f.].

55 Vgl. IW [252], NE [281].

56 Hier und bei den folgenden Momenten nimmt die Ubiquität möglicher Belege in allen Texten einzelnen Nachweisen ihren Sinn.

Gebäude. Das Narrativ löst sich zwar nie ab von konkreter Materialität und Lokalität, aber diese markieren Möglichkeiten zu leben und zu handeln: *Einen Platz in der Welt finden* heißt, es gibt für mich den Ort, wo mir das Recht eingeräumt wird, Rechte zu haben (Hannah Arendt): Sämtliche Notlagen, die Maria Christina Färber und Monika Kleck schildern, verbinden sich mit diesem Moment. *Einen Platz in der Welt finden* heißt, ich kann *mit anderen zusammen tätig sein*: Nicht nur bei Irena Wiśniowska, sondern auch bei Rupert Neudeck spielt dies eine

Letztlich geht es den Migranten darum, einen Platz in der Welt zu finden.

prominente Rolle, die nicht deckungsgleich ist mit der oben genannten Arbeit, jedoch nah benachbart dem Motiv der *Selbstverwirklichung*, das in

den so unterschiedlichen Erzählungen von Irena Wiśniowska, Inga Gervorkyan und Nikola Erceg maßgeblich ist.

Die Gewalt – aber auch: Die Flucht vor der Komplizenschaft mit der Gewalt

Dass es Narrative der Migration gibt, heißt natürlich nicht, die Geschichtserzählungen von Migrantinnen und Migranten seien letztlich nur deren Konstruktion, auf der Basis von gewissen Rohdaten. Allerdings unterstreicht es, dass die Erfahrung nicht mit „eigener“ Stimme spricht, Erfahrungen vielmehr *zum Ausdruck gebracht werden* und dass dabei immer auch schon Ordnungen der Rede und der Wahrnehmung greifen. Insofern (re-)konstruieren Menschen erzählend ihre Geschichte, die ihnen widerfahren ist und die bereits selbst durch vielfältige Handlungsordnungen gefiltert bzw. normalisiert ist.

Solche „Filterung“ und „Normalisierung“ kann durchaus gewaltsame Züge annehmen, z. B. wenn in der deutsche Asylgesetzgebung bestimmte Staaten zu „sicheren Herkunftsstaaten“ erklärt werden. Was es bedeuten kann, wenn nach § 29a AsylG Asylanträge von Staatsangehörigen solcher Staaten als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt werden, solange die Bewerber dies nicht widerlegen können⁵⁷, schildern die

57 Wird der Antrag abgelehnt, bleibt nur eine Woche Zeit, dagegen zu klagen; zusätzlich muss innerhalb derselben Frist ein Eilantrag gestellt werden (vgl. §§ 74 Abs. 1, 36 Abs. 3 S. 1 AsylG; § 80 Abs. 5 VwGO). Ohne Eilantrag und bei Ablehnung kann die Abschiebung vollzogen werden, auch wenn über die Klage noch nicht entschieden ist.

Berichte von Monika Kleck und Maria Christina Färber.⁵⁸ Weiterhin zeigt Rupert Neudeck auf, wie das Institut des Asyls zuungunsten von Flüchtlingen ausschlagen kann, wenn und insofern das Asylgesetz sie zu destruktiver „Untätigkeit und Passivität“ verpflichtet, ja wie es den Blick auf heutige Migrationsströme verstellt, weil und insofern Migration immer nur als „Verfolgungsgeschichte“ wahrgenommen wird. Darüber hinaus begegnen wir in den sieben Erzählungen und Berichten vielfältigen *Schwellen* im Sinne von Grenzzonen, die zögern lassen, in denen niemand sesshaft wird, die eine Art Niemandsland sein können, aber auch ein Todesstreifen,⁵⁹ und den dunklen Geschichtsstunden, auch Europas, in denen Teile der eigenen Kultur und Tradition abgespalten und verdrängt werden – und zusammen mit ihnen jene Menschen, die sie, meine Fremdheit, verkörpern.⁶⁰ Denn wer ist nicht heimatlos und nirgends fremd (gewesen)?⁶¹ Da ist die „Wohnungszwangswirtschaft“, die ihren Wert hat, weil ein Obdach unabdingbar ist⁶²; da ist das Willkommen frei gewährter Gastfreundschaft⁶³, die nie selbstverständlich ist, obwohl vielleicht alle einen Ort suchen wie das Krakau von Irena Wiśniowska: einen Ort, der der „sich von oben öffnet“, der ebenso mich wählt, wie er von mir gewählt wird.⁶⁴

Trotzdem: „Unvollständige Zugehörigkeit“ ist der Status des Gastes.⁶⁵ Er ist derjenige, der *von* Draußen kommt und *als* Fremder, Ausgegrenzter, ins Eingegrenzte des Eigenen einbezogen wird. Ist er willkommen, ist es *Gastfreundschaft*, gibt es einen Rechtstitel für den Aufenthalt, so ist es ein *Sonderrecht*. Schließlich ist Gast, wer kommt, um *nicht* zu bleiben. Wer in ansässige Familien einheiratet oder durch Einbürgerung ins Staatsvolk aufgenommen wird, ist deshalb auch nicht länger ein Gast. Wer aber *als* Gast zu bleiben gedenkt, ist bald unerwünscht. Denn sein Verhalten ist der Gastfreundschaft gegenüber ungebührlich, in der Rechtsordnung aber ein Verstoß – geahndet u. U. mit Abschiebung und (Abschiebungs-)Haft. Es ist offensichtlich nur ein schmaler Grat, der die Aufnahme des Fremden als Gast von seiner

58 Vgl. insbes. CF-MK.

59 Vgl. NE [279 f.].

60 Vgl. MW [243-245, 247].

61 Vgl. Dtn 26,5-11.

62 Vgl. RN [294].

63 Vgl. IG [273].

64 Vgl. IW [252 f.].

65 Waldenfels, Sozialität (wie Anm. 37, oben S. 303), S. 305.

Bekämpfung als Feind trennt; und für mich gibt es deshalb *eine* Flucht, durch die ein analysierend-kommentierendes Sich-Verhalten zu den versammelten Erzählungen und Zeugnissen an sein Ende kommt, aufhört: die Flucht jenes albanischen Jugendlichen, der sich den Gesetzen der Blutrache nicht unterwerfen wollte und der geflohen ist, um *nicht* zum Komplizen der Gewalt und Feind eines anderen Menschen, um *nicht* zu seinem Mörder zu werden.⁶⁶

66 Vgl. CF-MK [289 f.]. – Ausgeschlossen ist im Übrigen nicht, dass dieser Wunsch und Wille auch Nikolaj G. bestimmt und er sich deshalb der Rekrutierung zum Kriegsdienst und jeglicher Verwicklung in die Auseinandersetzung im Bezirk von Lugansk im Osten der Ukraine zu entziehen sucht; vgl. AW [266 f.].

Globale Umbrüche, Flucht und Migration als europäische Herausforderungen

Alois Glück (geb. 1940) ist seit seiner Jugend in Politik, Kirche und Gesellschaft tätig. Zwischen 1970 und 2008 war er für die CSU Mitglied des Bayerischen Landtags (2003 - 2008 Landtagspräsident). Zwischen 2009 und 2015 war er Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.

Die Verunsicherung der europäischen Staatengemeinschaft angesichts von hunderttausenden Menschen, die sich auf den Weg nach Europa machen, ist Symptom einer Krise, die an das Selbstverständnis der Wertegemeinschaft Europa rührt. Eine „Festung Europa“ kann nicht das Ziel sein. Wie der folgende Beitrag zeigt, ist in der Flüchtlingsfrage gemeinsames europäisches Handeln das Gebot der Stunde.

„60 Millionen Flüchtlinge auf unserem Planeten Erde schreien die Ungerechtigkeit der Welt förmlich heraus. Wir müssen endlich begreifen, dass wir die Herausforderungen auf unserem Planeten nur gemeinsam oder gar nicht lösen können. Wir sitzen sprichwörtlich alle in einem Boot! Es gibt nicht mehr länger eine erste, zweite oder dritte Welt. Es gibt nur noch eine Welt, für die wir gemeinsam Verantwortung tragen!“ Mit diesen Worten hat Bundesentwicklungsminister Gerd Müller schon zu Beginn des Jahres 2015 und dann immer wieder auf die reale Situation in dieser Welt und die damit verbundenen Konsequenzen hingewiesen.

Die politische und gesellschaftliche Realität hat Papst Franziskus zutreffend beschrieben, wenn er von der „Globalisierung der Gleichgültigkeit“ spricht. Solange wir Europäer von dieser Entwicklung in der Welt nicht unmittelbar betroffen waren, waren wir mehr oder minder betroffene Zuschauer, haben uns Bilder von ertrunkenen Flüchtlingen und den Tragödien im Mittelmeer für den Moment betroffen gemacht, aber nicht mobilisiert.

Aufgewacht sind wir erst, als die Menschen zu uns kamen, uns mit ihrer Not konfrontierten. Die Flüchtlinge und Migranten haben dann

bei uns in Deutschland die Stärken und die Schwächen in unserer Gesellschaft mobilisiert und offen gelegt. Die Stärken einer kaum für möglich gehaltenen Welle des Engagements von Menschen für die Flüchtlinge und Migranten, die Entfaltung einer „Willkommenskultur“ in Deutschland, die beispiellos ist; ebenso aber auch die Freisetzung von Hass, feindseligem Verhalten, Verrohung und Gewalt in der Sprache und im Handeln. Die plötzlich so große Zahl von Menschen, die in ihrer Not zu uns kommen, hat uns unvorbereitet getroffen.

Die große Zahl von Menschen, die zu uns kommen, hat uns unvorbereitet getroffen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat es so formuliert: „Wenn ich könnte, würde ich die Zeit um viele, viele Jahre zurückspulen, um mich mit der ganzen Bundesregierung und allen

Verantwortungsträgern besser vorbereiten zu können auf die Situation, die uns im Spätsommer 2015 eher unvorbereitet traf.“¹

Wenn wir die Entwicklungen begreifen wollen, müssen wir in die Zeit unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Kommunismus zurückblicken. Der ganze Westen träumte davon, dass nun ein weltweiter Siegeszug von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaat beginnt. Diesen Traum haben wir weiter gepflegt, als längst andere Entwicklungen im Gang waren. Wir haben die Wirklichkeiten lange verdrängt. Darauf haben wir auch europäische Regelungen und die Weiterentwicklung der Europäischen Union gebaut, gewissermaßen unter „Schönwetter-Bedingungen“ mit Regeln wie den Abkommen von Dublin und Schengen, die jetzt nicht funktionierten.

Unvorbereitet, das gilt nicht nur für die Bundesregierung, es gilt für die ganze Europäische Union und letztlich für uns alle. Aber jetzt können wir die Situation nicht mehr verdrängen.

Gemeinsames europäisches Handeln

Jetzt sind Klärungsprozesse über unsere Maßstäbe, unsere Einstellungen, unsere Wertorientierung für das Handeln unausweichlich und dringlich. Vor allem ist nach der Phase der Sofortmaßnahmen für die ankommenden Flüchtlinge und Migranten nun ein gemeinsames

¹ Pressekonferenz am 19.09.2016; vgl. dazu z. B. <http://www.n-tv.de/politik/Merkel-raeumt-Fehler-bei-Fluechtlingspolitik-ein-article18676371.html>.

europäisches Handeln in der ganzen Bandbreite der notwendigen kurzfristigen und langfristigen Maßnahmen zwingend notwendig. Das ist nun die große Herausforderung, der große Prüfstein für die Völker und die Politik der Europäischen Union, die schon vor der „Flüchtlingskrise“ immer mehr auseinander driftete. Seit einigen Jahren entwickelt sich die Europäische Union immer mehr auseinander. Es zeigt sich, dass die kulturellen, die sozialen und die historischen Prägungen in den einzelnen Ländern eine weit größere innere Vielfalt haben und die Unterschiede weit größer sind, als bislang angenommen.

*Wir müssen die Ängste vor
„Überfremdung“ ernst nehmen, dafür
jedoch andere Antworten entwickeln als
die Nationalisten.*

Diese Krisensituation der gemeinsamen europäischen Politik ist eng verwoben mit inneren Krisen verschiedener Ausprägungen in den Gesellschaften der meisten Mitgliedsländer und mit einer globalen Vertrauenskrise.

In einer solchen Situation des Umbruchs sind vor allem einige Grundeinsichten und gemeinsame Maßstäbe für das Handeln dringlich. Dafür haben wir gerade auch als Christen eine Bringschuld. Das dürfen wir nicht den demagogischen Vereinfachern, den Populisten linker oder rechter Prägung überlassen. Wir müssen die Ängste, etwa vor Verlust der eigenen Identität, vor „Überfremdung“, vor Fremdbestimmung durch anonyme zentrale Kräfte, ernst nehmen und dafür andere Antworten entwickeln als die Nationalisten.

Zu diesen Grundeinsichten gehört zunächst und vor allem, dass Europa keine isolierte ruhige Insel innerhalb einer zunehmend unruhigen Welt sein kann. In allen ökonomischen und technischen Entwicklungen dieser Zeit sind wir Europäer eng auf die Zusammenarbeit mit anderen Völkern, Ländern und Kontinenten und politischen Systemen sehr unterschiedlicher Art angewiesen. Vor allem der Wohlstand in Europa hat eine wesentliche Quelle in der Arbeit vieler Menschen und in den Rohstoffquellen in anderen Regionen dieser Erde. Wir können aber nicht – und dürfen auch nicht in unseren Erwartungen – nur Nutznießer dieser Globalisierung sein. Die notwendige Einsicht ist, dass wir immer mehr und immer enger eine weltweite Schicksalsgemeinschaft sind. Das gilt eben nicht nur in der Ökonomie oder für den Klimawandel, es gilt auch für die politischen Krisen und ihre Folgen. Die Flüchtlinge dokumentieren diese Wirklichkeit.

Der Antwort Europas kann nicht das Ziel einer „Festung Europa“ sein. Die Antwort kann auch nicht die Alternative „Abschreckungskultur“ statt „Willkommenskultur“ sein. Das wäre eine moralische Bankrotterklärung für das „christliche Abendland“, für eine Europäische Union, die sich gerne als Wertegemeinschaft definiert.

Für eine wertorientierte europäische Politik können nur Maßnahmen infrage kommen, die nach den europäischen Maßstäben von Recht und Gesetz, nach den Maßstäben der Menschenwürde vertretbar sind. Unsere Mitverantwortung und Solidarität für Menschen in Not endet auch nicht an unseren Landesgrenzen oder an den Außengrenzen der Europäischen Union. Gewiss können wir nicht alle Not leidenden Menschen in Europa aufnehmen. Menschen, deren Leben und deren Existenzgrundlagen durch die Kriege im Umfeld von Europa vernichtet sind, müssen wir wirksam helfen. Weil zwar unser Wille zur Hilfe nicht begrenzt ist – hoffentlich! –, aber unsere Möglichkeiten, sind entsprechende Prioritäten notwendig. Dies darf aber nicht zur wohlfeilen Entschuldigungsformel für Abwehrmaßnahmen werden. Unsere Mitverantwortung und unsere Solidarität für Menschen in Not verlangen, dass wir das uns Mögliche tun, Anstrengungen und Belastungen auch auf uns nehmen. Dies gilt nicht nur für die Aufnahme in unserem Land und für den Umgang mit diesen Menschen, es gilt auch für entsprechende Maßnahmen in den Herkunftsländern. Ganz besonders gilt dies für die bei gutem Willen rasch realisierbaren Verbesserungen für die Lebenssituation der Menschen in den riesigen Flüchtlingslagern im Umfeld von Syrien, in Jordanien, im Libanon und auch in der Türkei. Das ist ein Gebot der Solidarität, aber auch der Klugheit. Wenn mit den weiteren Entwicklungen in Syrien die Strukturen in diesen Ländern überlastet werden und zusammenbrechen, werden wir in Europa mit einer Fluchtbewegung konfrontiert werden, die weit größer sein wird als die von 2015.

Die berechtigte Forderung europäischer Solidarität in der Flüchtlingskrise muss die verschiedenen sozialen und kulturellen Voraussetzungen der Länder Europas berücksichtigen.

situation der Menschen in den riesigen Flüchtlingslagern im Umfeld von Syrien, in Jordanien, im Libanon und auch in der Türkei. Das ist ein Gebot der Solidarität, aber auch der Klugheit. Wenn mit den weiteren Entwicklungen in Syrien die Strukturen in diesen Ländern überlastet werden und zu-

sammenbrechen, werden wir in Europa mit einer Fluchtbewegung konfrontiert werden, die weit größer sein wird als die von 2015.

Für die Verteilung der Flüchtlinge in Europa wird immer wieder europäische Solidarität eingefordert. Das ist richtig und notwendig, gleichzeitig müssen wir aber auch die unterschiedlichen sozialen und kulturellen Bedingungen in den einzelnen Ländern ernst nehmen. Dies darf aber wiederum nicht zu Maßstäben und Entscheidungen führen, die dem Anspruch der Würde des Menschen nicht gerecht werden und noch

weniger christlichen Maßstäben. Einen entsprechenden Klärungsbedarf, eine entsprechende klärende Debatte und auch kritische Auseinandersetzung, braucht es auch innerhalb der Kirchen in Europa.

Bei der Diskussion um die notwendige Solidarität dürfen wir auch nicht einseitig nur auf die Mitgliedsländer in Mittel- und Osteuropa blicken. Auch wir in Deutschland haben uns unter Berufung auf das Dublin-Abkommen über die Registrierung und den Aufenthalt von Flüchtlingen und Migrant*innen auf die rechtlichen Verpflichtungen der Länder im Süden Europas verlassen. Solidarisches Handeln in Europa begrenzt sich auch nicht auf die entsprechende Verteilung der Flüchtlinge. Die einzelnen Länder können genauso in anderer Weise, im Rahmen der vielfältigen Aufgaben, ihren Beitrag einbringen. Dafür braucht es Gesprächsbereitschaft und auch Einfühlungsvermögen.

Afrika – Schicksalsfrage für Europa

Darüber hinaus gibt es eine weitere große Dimension, die Entwicklung in Afrika. Schon der frühere Bundespräsident Horst Köhler hat immer wieder darauf verwiesen, dass Afrika die Schicksalsfrage für Europa wird. In den meisten afrikanischen Ländern sind mehr als 50 Prozent der Menschen jünger als 25 Jahre, für 2050 wird eine Verdoppelung der Bevölkerungszahl prognostiziert. Wenn diese Menschen nicht eine Zukunftsperspektive haben, die ihnen eine menschenwürdige Existenz ermöglicht, haben sie nichts mehr zu verlieren und werden sich entsprechend entschlossen auf den Weg machen.

Hier wird aber besonders drastisch deutlich, was generell für die gesamte westliche Welt und eben besonders auch für Europa unausweichlich notwendig wird: eine ehrliche Auseinandersetzung über die Fluchtursachen und über die damit verbundenen Konsequenzen. Das ist und wird ein sehr unbequemes Thema. Wir brauchen eine ehrliche Diskussion über die Auswirkungen unseres Lebensstils auf die natürlichen Lebensbedingungen in solchen Regionen. Deshalb müssen wir die Regeln des Welthandels ehrlich debattieren, die Ausbeutung ganzer Regionen durch den Abbau von wichtigen Rohstoffen für unsere Entwicklung und die teilweise katastrophalen Folgen für die Lebensräume und für die Ausbeutung der Menschen. Ein zentrales Problem für die Situation und die Entwicklung in Afrika ist die Korruption in den Wirtschaftssystemen, in der Gesellschaft und in der Politik. Auch hier können nur gemeinsame Maßstäbe und gemeinsames Handeln der Europäer zu ent-

sprechenden Veränderungen wirksam beitragen. Europa braucht schon aus Eigeninteresse eine gemeinsame politische Strategie für die Entwicklung dieses bisher weitgehend vernachlässigten Kontinents. Europa braucht also nicht nur eine gemeinsame Flüchtlingspolitik, sondern auch eine koordinierte und damit gemeinsame Afrikapolitik. Wegen der verschiedenen historischen Entwicklungen und Eigeninteressen war dies

Europa braucht schon aus Eigeninteresse eine Strategie für die Entwicklung des afrikanischen Kontinents.

bislang ein mehr oder minder ausichtsloses Unterfangen. Es geht um eine neue Dimension von Weitsicht, von solidarischem Handeln. Wer dafür nicht ansprechbar ist, sollte beden-

ken, dass es letztlich aus eigenem Interesse um eine entsprechende Zukunftsvorsorge geht.

Christliche Verantwortung

Bei den Diskussionen und Entscheidungen um die richtigen Maßnahmen, um die Möglichkeiten und Grenzen unseres Handelns, können Christen selbstverständlich zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen kommen.

Für Christen kann aber nicht zur Disposition stehen der Maßstab der Würde des Menschen und die damit verbundenen Schlussfolgerungen. Im Alltag ist dies der Respekt vor anderen Menschen, unabhängig von Rasse, Alter, Leistungskraft oder Hilfsbedürftigkeit. Dies gilt ebenso für Menschen anderer kultureller und religiöser Prägung. Dazu gehört auch eine entsprechend differenzierte Auseinandersetzung mit den Entwicklungen im Islam.

Die tiefgreifenden und umfassenden Veränderungen in unseren Gesellschaften und in den weltweiten Entwicklungen zwingen uns zu einem Lernprozess, zu Abwägungen und notwendigen Entscheidungen. Als Christen haben wir dafür kein Patentrezept. Aber wir haben gerade in so unübersichtlichen und stürmischen Zeiten Orientierungen für unseren Weg und unseren Beitrag. Dieser Verpflichtung können wir nicht ausweichen. Dafür brauchen wir die Verbindung von Wertmaßstäben, Sachkompetenz und Engagement mit langem Atem.

Schicksale, authentische Zeugnisse

Im Februar 2017 erscheint ein Buch, das der klischeehaften Berichterstattung über Schicksale von Flüchtlingen einen Kontrapunkt entgegensetzen will.¹ Die Schicksale, die hinter den vordergründigen Nachrichten stehen, sind, wenn man genauer hinschaut, atemberaubend und erschütternd. Das Buch bietet durch viele intensive Gespräche mit Flüchtlingen unterschiedlicher Herkunft und verschiedenen Alters einen konkreten und authentischen Einblick in eine schreckliche, gewalterfüllte Welt und macht die unzerstörbare Sehnsucht von Menschen nach Heimat und Geborgenheit offenbar. Nach den Gesprächen, die Elizabeth Fleckenstein mit den Flüchtlingen in ihrer Muttersprache geführt hat, ordnet Michael Albus die Berichte in einen grundsätzlichen Kontext ein. Er hat auch die folgenden Auszüge aus den Gesprächen mit den Flüchtlingen ausgewählt.

Um Sharif aus Syrien, Mutter von sechs Kindern

Es geschah im Monat Ramadan 2011. Alle haben gefastet und wussten oder begriffen nicht wirklich, was um uns herum geschah.

Ich war damals beim frühen Morgengrauen in meinem Haus.

Plötzlich klopft es an der Tür und ich höre Stimmen von draußen sagen: „Steh’ auf, nimm deine Kinder und geh’!“ – Die Stimmen wurden hektischer: „Schnell, schnell, schnell! Geh’! Es kommt hier gleich zu einer bewaffneten Konfrontation. In der Nachbarschaft ist schon fast niemand mehr da. Geh’ raus, verschwinde, fliehe von hier!“

Doch wohin sollte ich denn fliehen? Wer verlässt schon schnell und gern sein Haus und sein Eigentum? Wohin sollte ich denn fliehen? Überstürzt, ohne viel nachzudenken, packte ich meine sechs Kinder und ging raus. Wir liefen schnell auf die freien Felder. Drei Tage lang waren wir in den Feldern. Aber wir waren von bewaffneten Männern umzin-

¹ Elizabeth Fleckenstein und Michael Albus: Schattendasein. Flüchtlinge berichten. Kevelaer: Butzon & Bercker, 2017. Ca. 170 Seiten.

gelt. Wir konnten nicht zurück in unsere Häuser. Wir ernährten uns von den Früchten der Felder. Manchmal aßen wir Gräser oder Pflanzen, von denen wir wussten, dass sie essbar waren.

Wir konnten nichts mitnehmen, gar nichts. Wir hatten nur die Kleidung am Leib, die wir vor der Flucht anhatten. Das war es. Besonders schlecht war es für die, die ihren Pass vergessen hatten und das Geld, vor lauter Angst und Panik wegen des Lebens ihrer Kinder. Klar, was dann passiert ist: Die Häuser wurden geplündert. Alles wurde geraubt. Alles, was wir einst hatten.

Es war eine schreckliche Zeit. Viele Menschen wurden getötet. Wir sahen LKW, die vollgeladen waren mit Leichen. Niemand wusste, wer sie sind. Sie wurden in Massengräber gebracht und dort anonym verscharrt.

Die Straßen und die Märkte verwandelten sich in Geisterstätten. Alles war leer und öde geworden.

Du weißt doch, wie es ist, wenn es wirklich so richtig regnet. So sind die Kugeln auf uns heruntergeprallt, um uns herum geflogen.

Rasul und Rasha Alaskoria, eine christliche Familie aus dem Irak

Am 6. August 2014 geschah es dann auch. Die Kämpfer des IS kamen nach Batraia. Die Glocken wurden geläutet! Es war mitten in der Nacht. Unsere zwei Kinder schliefen schon in ihren Betten. Man hat uns mitgeteilt, dass wir nur wenige Stunden Zeit hätten, um zu fliehen, denn Daisch, die Kämpfer des Islamischen Staates, waren schon auf dem Marsch aus Mossul in unser Dorf! Überstürzt und voller Schrecken packten wir die ganze Familie ins Auto und sind nach Alqosch, einem Dorf in Kurdistan, geflohen.

Panisch vor Angst sind wir mit den weinenden Kindern zum Auto gerannt. Gott sei Dank hatten wir uns schon in den vergangenen Wochen auf diesen Augenblick vorbereitet. Unser Auto hatten wir mit Benzin vollgetankt, hatten es in der Garage untergestellt und fast nie benutzt.

Wir haben alles hinter uns gelassen: Unser Haus, meine eigene große Firma.

Bubakar, 17 Jahre alt, aus Gambia

Die Fahrt begann ganz gut. Doch als wir in internationalen Gewässern waren, ging der Motor kaputt. Der Fahrer versuchte mit aller Kraft, das Boot über Wasser zu halten.

Auf einmal habe ich Schreie gehört, Menschen, die laut „Oh mein Gott, oh mein Gott!“ riefen. – Als ich nachfragte, was los ist, erfuhr ich, dass sechs Leute einschließlich des Fahrers ins Meer gefallen waren. Ein Teil des Bootes lag schon unter Wasser. Ich war total desorientiert und wusste nicht, was ich machen sollte, war auch sehr schwach. Ich hatte am Tag zuvor nichts gegessen, während der Fahrt auch nichts und wir waren ja schon über zehn Stunden auf dem Wasser. Mehrmals habe ich mich übergeben müssen. Als ich dann die Schreie hörte, konnte ich nicht mehr reagieren, weil ich einfach keine Kraft mehr hatte. Niemand konnte auch die sechs Menschen im Wasser retten, weil niemand von uns schwimmen konnte. Es war schrecklich! Wir versuchten, die italienische Küstenwache zu kontaktieren, erreichten sie schließlich auch. Aber sie kamen drei Stunden zu spät.

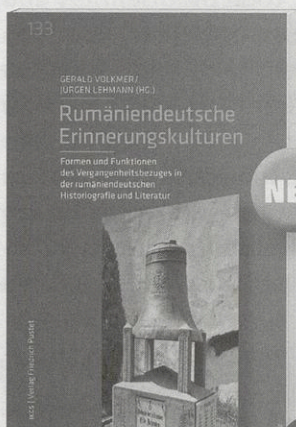
Die Überlebenden wurden vom italienischen Rettungsschiff nach Sizilien gebracht. Endlich kamen wir dort an. Die meisten Menschen rann-ten sofort zu den Toiletten, weil ihnen durch die Seefahrt speiübel war.

Ich sah meinen Vater aber nicht mehr. Ich suchte nach ihm, fragte überall, ob ihn jemand gesehen hatte, doch ohne Erfolg. Zwei bis drei Stunden suchte ich weiter! Nichts! In meinem Kopf schossen die Gedanken durcheinander: Was geht hier vor? Wo ist mein Vater? – Dann habe ich begriffen, dass mein Vater einer von den sechs Menschen war, die im Meer ertrunken sind.

Ich dachte, ich würde meinen Verstand verlieren ... Ohne Vater!? Nie hatte ich bis zu diesem Zeitpunkt erfahren, was es heißt, alleine zu sein. Ich wusste nicht, wie ich diese Situation managen sollte. Mein Vater war alles für mich. Ohne ihn wusste ich nicht, was ich machen soll. Wo sollte ich hin? Ich war in Italien, ohne Vater, ohne Schutz, ohne Geld, ohne Wegweiser. Ich war verloren und am Boden zerstört!

Deutsche Geschichte und Kultur im südosteuropäischen Kontext

Veröffentlichungen des Instituts für deutsche Kultur und Geschichte
Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität München



GERALD VOLKMER / JÜRGEN LEHMANN (HG.)

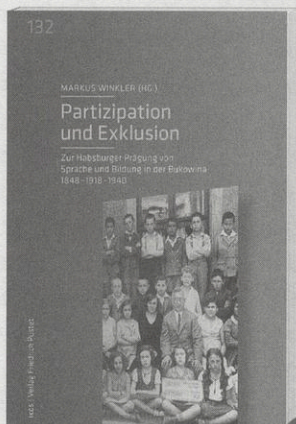
Rumäniendeutsche Erinnerungskulturen

Formen und Funktionen des Vergangenheitsbezuges
in der rumäniendeutschen Historiografie und
Literatur

Die Beiträge Bandes stellen die Vielfalt von Formen und Funktionen der mit den Begriffen »kollektives Gedächtnis« und »kulturelles Gedächtnis« bezeichneten Bezüge auf die rumäniendeutsche Zeitgeschichte dar. Dabei werden auch gesellschaftliche Funktionen analysiert.

Band 133, 184 S., kart.

ISBN 978-3-7917-2784-4, € (D) 24,95 / € (A) 25,70
auch als eBook



MARKUS WINKLER (HG.)

Partizipation und Exklusion

Zur Habsburger Prägung von Sprache und
Bildung in der Bukowina. 1848 – 1918 – 1940

Sprache als gesamtgesellschaftlicher Katalysator in der Bukowina. Beiträge von Spezialisten, u. a. Marianne Hirsch, Leo Spitzer, Mariana Hausleitner, Kurt Scharr, David Rechter, Andrei Corbea-Hoișie, Ion Lihaciu und Peter Rychlo.

Band 132, 296 S., 12 Abb., kart.

ISBN 978-3-7917-2712-7, € (D) 29,95 / € (A) 30,80
auch als eBook



VERLAG
FRIEDRICH
PUSTET

Verlag Friedrich Pustet
Unser komplettes Programm unter:
www.verlag-pustet.de

Tel. 0941 / 92022-0
Fax 0941 / 92022-330
bestellung@pustet.de

OST-WEST.

Europäische Perspektiven

Die Zeitschrift **OST-WEST. Europäische Perspektiven** bietet ein offenes Forum für den Dialog zwischen dem Osten und dem Westen Europas. Damit begleitet sie den Prozess des Zusammenwachsens des neuen Europa und der Entstehung einer neuen gemeinsamen Identität auf konstruktive und sachlich kontroverse Weise.

Jede Ausgabe behandelt ein Schwerpunktthema aus verschiedenen Blickwinkeln. Einzelhefte können zum Preis von € (D) 6,50 / € (A) 6,70 (zzgl. Porto) beim Verlag bestellt werden.

Polen in Europa – zwischen Isolation und Integration, Heft 3/2016

Distanz zu Brüssel und Berlin ♦ Konflikte innerhalb der Gesellschaft ♦ Zur Rolle der katholischen Kirche

Jugend in Mittel- und Osteuropa – Glaube, Zweifel, Gleichgültigkeit?, Heft 2/2016

Kirche und religiöse Praxis ♦ Suche nach neuen Wegen ♦ Stimmen von Jugendlichen aus sechs Ländern

Was hält Europa noch zusammen?, Heft 1/2016

Solidarität auf dem Prüfstand ♦ Besinnung auf christliche Werte ♦ Stimmen aus Polen, Tschechien, der Ukraine und Ungarn

Religiöse Gruppen in Europa, Heft 4/2015

Sehnsucht nach dem Göttlichen ♦ Facetten des Christentums ♦ Islam und Buddhismus in Europa

Russland – Bedrohung oder Partner?, Heft 3/2015

Russische Eliten von Jelzin bis Putin ♦ Wirtschaftliche und strategische Aspekte ♦ Signale eines Ost-West-Konflikts

**Heft 1/2017 erscheint Mitte Februar zum Thema
»Berge in Mittel- und Osteuropa«.**



25. Renovabis-Pfingstaktion 2017

„Stille“ Migration

Angesichts großer Zuströme von Flüchtlingen aus Asien und Afrika nach Europa gerät die Tatsache leicht aus dem Blick, dass es seit vielen Jahren starke Migrationsbewegungen aus dem Osten Europas in den Westen gibt. Mit dem Aktionsthema 2017 will Renovabis auf die Ursachen und Folgen dieser innereuropäischen Migrationsphänomene hinweisen. Menschen im Osten Europas sollten in ihren Heimatländern bessere Perspektiven haben. Thematisiert werden soll aber auch die Situation der Migranten in Deutschland, die sich in teilweise ziemlich schwierigen Arbeits- und Lebensverhältnissen befinden.

Erzbischof Rainer Maria Kardinal Woelki wird die Renovabis-Pfingstaktion mit einem Pontifikalamt am 14. Mai 2017 im Hohen Dom zu Köln offiziell eröffnen. Ihren Abschluss findet die Aktion am Pfingstfest in Görlitz.

Nähere Informationen

Renovabis e. V.

Abt. Kommunikation und Kooperation

Kardinal-Döpfner-Haus,

Domberg 27, D-85354 Freising

Telefon 0 81 61/53 09-0, Fax 53 09-11

www.renovabis.de



Renovabis



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

www.verlag-pustet.de

